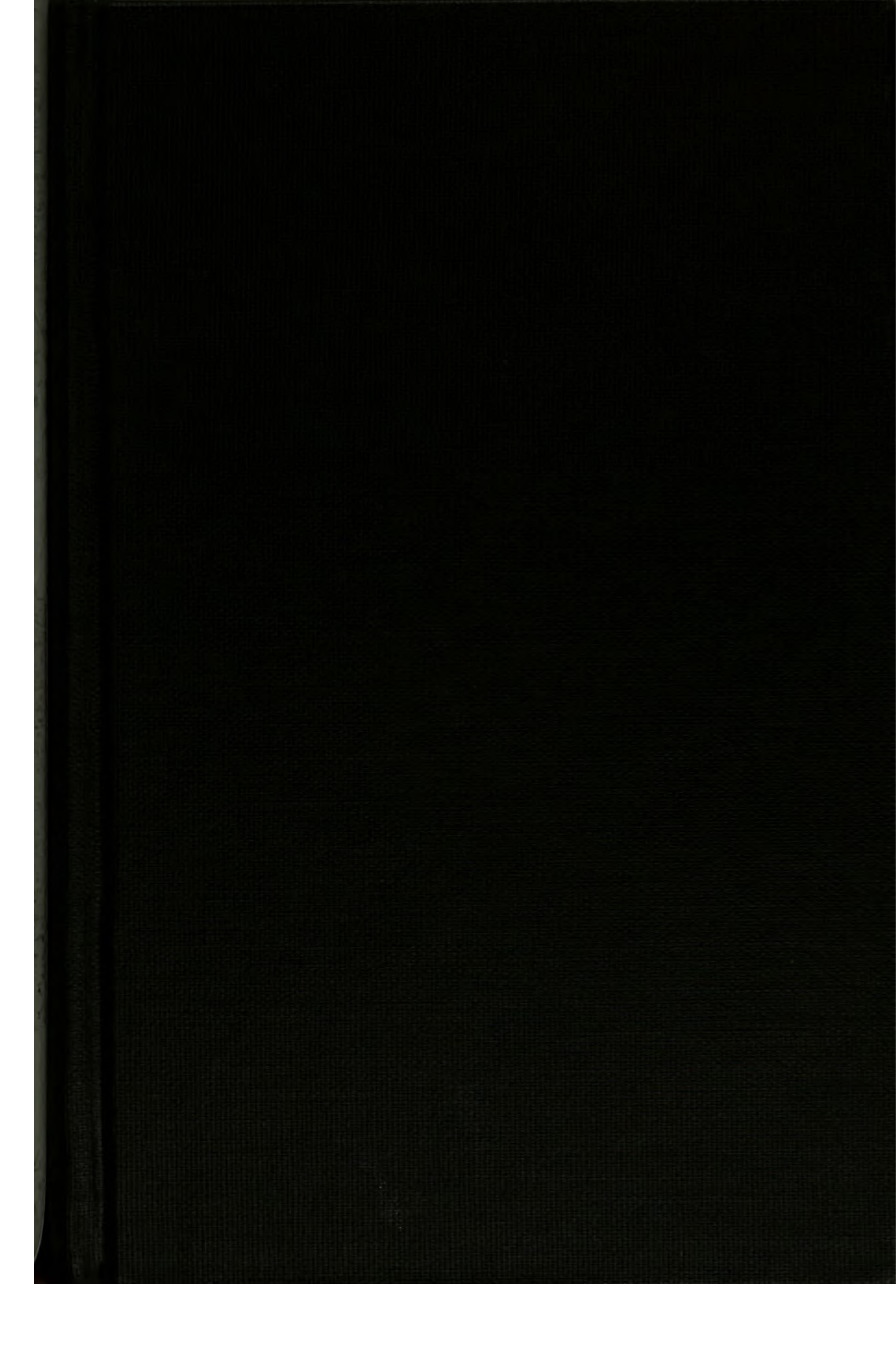




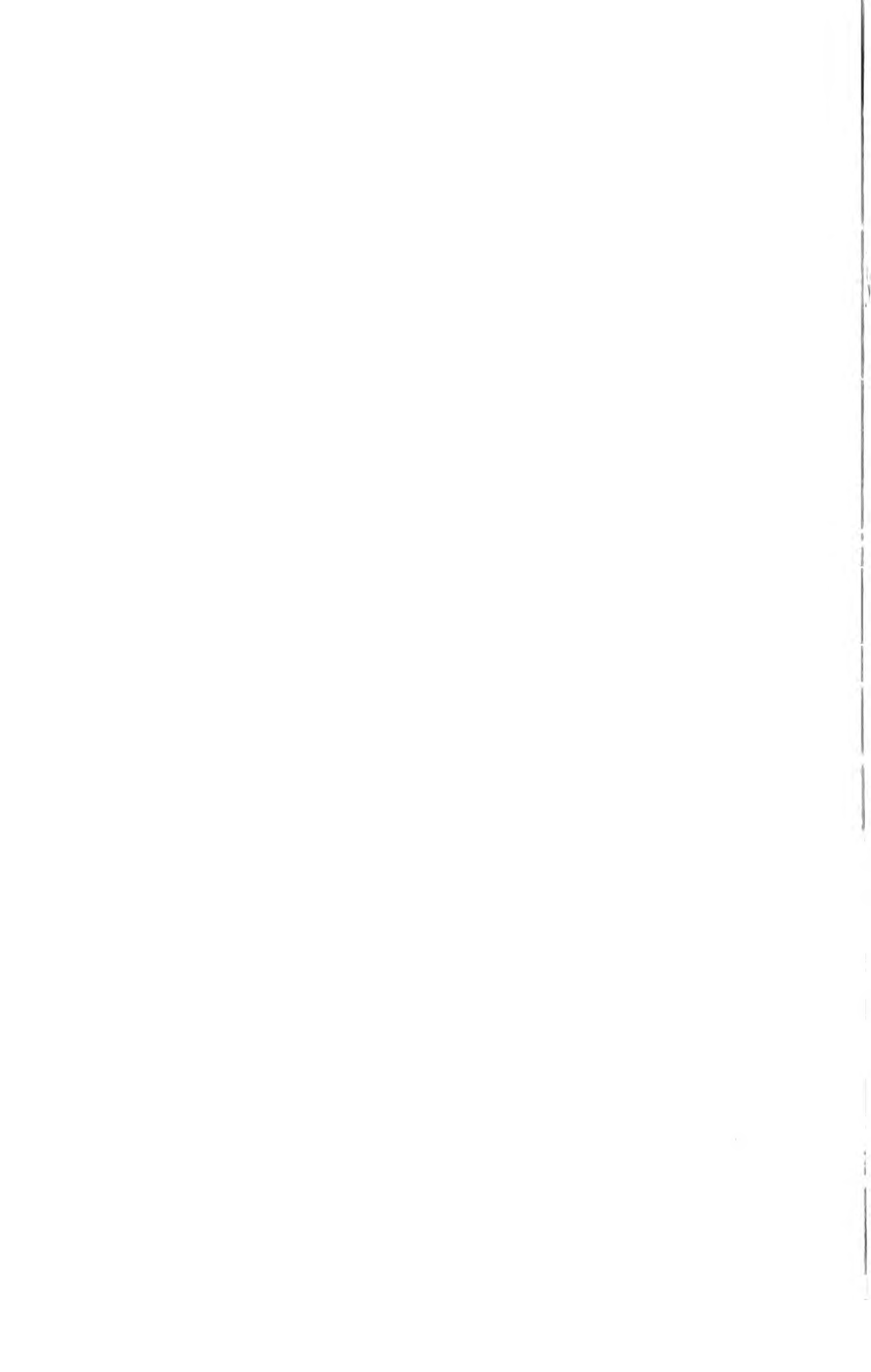

UNIVERSITY OF WISCONSIN
NUMEN
LUMEN
1849
LIBRARY











MARX-STUDIEN

BLÄTTER ZUR THEORIE UND POLITIK
DES
WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VON

DR. MAX ADLER UND DR. RUDOLF HILFERDING

DRITTER BAND

WIEN 1910

VERLAG DER WIENER VOLKSBUCHHANDLUNG IGNAZ BRAND & CO.
VI. GUMPENDORFERSTRASSE 18.

Druck- und Verlagsanstalt »Vorwärts«, Wien VI.

Inhaltsverzeichnis.

Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital.

Tatiana Grigorovici: Die Wertlehre von Marx und Lassalle.

Das Finanzkapital

Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus

Von Rudolf Hilferding

Vorwort.

In den folgenden Blättern soll der Versuch gemacht werden, die ökonomischen Erscheinungen der jüngsten kapitalistischen Entwicklung wissenschaftlich zu begreifen. Das heisst aber, diese Erscheinungen in das theoretische System der klassischen Nationalökonomie einzureihen versuchen, die mit W. Petty beginnt und in Marx ihren höchsten Ausdruck findet. Das Charakteristische des „modernen" Kapitalismus bilden aber jene Konzentrationsvorgänge, die einerseits in der „Aufhebung der freien Konkurrenz" durch die Bildung von Kartellen und Trusts, anderseits in einer immer innigeren Beziehung zwischen Bankkapital und industriellem Kapital erscheinen. Durch diese Beziehung nimmt das Kapital, wie später näher dargelegt wird, die Form des Finanzkapitals an, die seine höchste und abstrakteste Erscheinungsform bildet.

Der mystische Schein, der das Kapitalverhältnis überhaupt umgibt, wird hier am undurchdringlichsten. Die eigentümliche Bewegung des Finanzkapitals, die selbständig erscheint, obwohl sie reflektiert ist, die mannigfachen Formen, in denen sich die Bewegung vollzieht, die Loslösung und Verselbständigung dieser Bewegung gegenüber der Bewegung des industriellen und kommerziellen Kapitals sind Vorgänge, die eine Analyse um so eher verlangen, als das rasche Wachstum und der immer mächtigere Einfluss, den das Finanzkapital in der jetzigen Phase des Kapitalismus ausübt, das Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftstendenzen, damit aber auch jede wissenschaftliche Oekonomie und Politik ohne Kenntnis der Gesetze und der Funktion des Finanzkapitals unmöglich macht.

Die theoretische Analyse dieser Vorgänge musste so zur Frage nach dem Zusammenhange dieser Erscheinungen führen und damit zu einer Analyse des Bankkapitals und seines Verhältnisses zu den anderen Kapitalformen. Es musste untersucht werden, ob den juristischen Formen, in denen das industrielle

Unternehmen gegründet wird, spezifische ökonomische Bedeutung zukommt, was also die ökonomische Theorie der Aktiengesellschaft etwa auszusagen habe. In den Beziehungen aber zwischen Bankkapital und Industriekapital konnte nur die Vollendung der Beziehungen erblickt werden, die in den elementareren Formen des Geldkapitals und des produktiven Kapitals zu finden waren. So warf sich die Frage nach der Rolle und dem Wesen des Kredits auf, die ihrerseits nur beantwortet werden konnte, wenn die Rolle des Geldes klargelegt wurde. Dies war um so wichtiger, als seit der Formulierung der Marxschen Geldtheorie eine Reihe wichtiger Probleme durch die Gestaltungen vor allem des Geldwesens in Holland, Oesterreich und Indien aufgeworfen worden waren, auf die die bisherige Geldtheorie keine Antwort zu finden schien, ein Umstand, der Knapp, der das Problematische der modernen Gelderscheinungen scharfsinnig erkannte, zu seinem Versuche verleitete, jede ökonomische Erklärung beiseite zu schieben und an deren Stelle eine juristische Terminologie zu setzen, die zwar keine Erklärung, also kein wissenschaftliches Begreifen, aber doch wenigstens die Möglichkeit einer vorurteilslosen, unpräjudizierlichen Beschreibung zu bieten schien. Die eingehendere Behandlung dieser Geldprobleme war aber um so nötiger, als nur durch sie der empirische Beweis für die Richtigkeit einer Werttheorie geliefert werden kann, die die Grundlage jedes ökonomischen Systems bieten muss, und zugleich erst aus der richtigen Analyse des Geldes die Rolle des Kredits, damit aber die elementaren Formen der Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital erkannt werden konnten.

So ergab sich die Gliederung dieser Studie von selbst. Der Analyse des Geldes folgt die Untersuchung des Kredits. Daran schliesst die Theorie der Aktiengesellschaft und die Analyse der Stellung, die das Bankkapital hier gegenüber dem industriellen Kapital einnimmt. Dies führt zur Untersuchung der Effektenbörse als des „Kapitalmarktes", während die Warenbörse wegen der in ihr sich verkörpernden Beziehungen von Geldkapital und Handelskapital einer besonderen Betrachtung unterworfen werden musste. Mit dem Fortschreiten der industriellen Konzentration verflechten sich die Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital immer mehr und machen das Studium dieser Konzentrationserscheinungen, wie sie in den Kartellen und Trusts gipfeln,

und das ihrer Entwicklungstendenzen nötig. Die Erwartungen, die an die Ausbildung der monopolistischen Vereinigungen für die „Regelung der Produktion“ und damit für die Fortdauer des kapitalistischen Systems geknüpft werden und denen namentlich für die periodischen Handelskrisen grosse Bedeutung beigelegt wurde, erheischten eine Analyse der Krisen und ihrer Ursachen, womit der theoretische Teil beschlossen war. Da aber die Entwicklung, die theoretisch zu erfassen versucht wurde, zugleich bedeutende Einwirkungen auf die Klassengliederung der Gesellschaft ausübt, so erschien es angezeigt, in einem letzten Abschnitt den hauptsächlichen Einflüssen auf die Politik der grossen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft nachzugehen.

Es ist dem Marxismus oft vorgeworfen worden, dass er die Fortbildung der ökonomischen Theorie vernachlässigt habe und dieser Vorwurf entbehrt in einem gewissen Umfang der objektiven Berechtigung sicherlich nicht. Aber ebenso wird zugestanden werden müssen, dass dieses Versäumnis nur allzu erklärlich ist. Nationalökonomische Theorie gehört infolge der unendlichen Kompliziertheit der zu untersuchenden Erscheinungen sicher zu den schwierigsten wissenschaftlichen Unternehmungen. Der Marxist ist aber in einer eigentümlichen Lage; ausgeschlossen von den Universitäten, die die nötige Zeit für wissenschaftliche Forschungen gewähren, ist er gezwungen, die wissenschaftliche Arbeit in die Mussestunden zu verlegen, die ihm die Kampfstunden der Politik lassen. Von Kämpfern aber zu verlangen, dass ihre Arbeit an dem Gebäude der Wissenschaft so rasch fortschreite, wie die friedlicher Maurer, wäre unbillig, zeugte es nicht von dem Respekt vor ihrer Leistungsfähigkeit.

Die Behandlung der Wirtschaftspolitik bedarf vielleicht nach den zahlreichen methodologischen Kontroversen der jüngsten Zeit, wenn nicht einer Rechtfertigung, so doch einer kurzen Erläuterung. Man hat gesagt, dass die Politik eine Normenlehre sei, die in letzter Instanz bestimmt sei durch Wertungen; da solche Werturteile nicht Sache der Wissenschaft seien, so falle die Behandlung der Politik ausserhalb des Rahmens wissenschaftlicher Betrachtung. Auf die erkenntnistheoretischen Erörterungen über das Verhältnis von Norm- und Gesetzeswissenschaft, von Teleologie und Kausalität hier einzugehen, ist natürlich unmöglich, und ich darf dies um so eher unterlassen, als Max Adler in dem ersten Bande der Marx-

studien ausführlich das Problem der Kausalität für die Sozialwissenschaft untersucht hat. Hier braucht bloss gesagt zu werden, dass auch die Betrachtung der Politik für den Marxismus nur die Aufdeckung von Kausalzusammenhängen zum Ziele haben kann. Die Erkenntnis der Gesetze der warenproduzierenden Gesellschaft zeigt zugleich die determinierenden Faktoren, die den Willen der Klassen dieser Gesellschaft bestimmen. Die Aufdeckung der Determination des Klassenwillens ist nach marxistischer Auffassung die Aufgabe wissenschaftlicher, das heisst aber Kausalzusammenhänge beschreibender Politik. Wie die Theorie, so bleibt auch die Politik des Marxismus frei von Werturteilen.

Es ist deshalb eine, wenn auch intra et extra muros weitverbreitete, so doch falsche Auffassung, Marxismus mit Sozialismus schlechthin zu identifizieren. Denn logisch, nur als wissenschaftliches System betrachtet, also abgesehen von seinen historischen Wirkungen, ist Marxismus nur eine Theorie der Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die die marxistische Geschichtsauffassung allgemein formuliert, während sie die marxistische Oekonomie auf die Epoche der Warenproduktion anwendet. Die sozialistische Konsequenz ist Resultat der Tendenzen, die in der warenproduzierenden Gesellschaft sich durchsetzen. Aber die Einsicht in die Richtigkeit des Marxismus, die die Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus einschliesst, ist durchaus keine Abgabe von Werturteilen und ebensowenig eine Anweisung zu praktischem Verhalten. Denn etwas anderes ist es, eine Notwendigkeit zu erkennen, etwas anderes, sich in den Dienst dieser Notwendigkeit zu stellen. Es ist ganz gut möglich, dass jemand, von dem schliesslichen Sieg des Sozialismus überzeugt, sich dennoch in den Dienst seiner Bekämpfung stellt. Die Einsicht in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die der Marxismus gibt, gewährt aber stets eine Ueberlegenheit dem, der sie sich zu eigen macht, und von den Gegnern des Sozialismus sind sicher jene die gefährlichsten, die am meisten von der Frucht seiner Erkenntnis genossen.

Die Identifizierung von Marxismus und Sozialismus ist aber anderseits leicht zu begreifen. Die Erhaltung der Klassenherrschaft ist an die Bedingung geknüpft, dass die ihr Unterworfenen an ihre Notwendigkeit glauben. Die Erkenntnis ihrer Vergänglichkeit wird selbst eine Ursache ihrer Ueberwindung. Daher die unüberwindliche Abneigung der herrschenden Klasse,

die Resultate des Marxismus anzuerkennen. Die Kompliziertheit des Systems erfordert zudem ein Studium, dessen Mühen sich nur unterzieht, wer nicht von vornherein von der Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit der Resultate überzeugt ist. So bleibt der Marxismus, der logisch wissenschaftliche, objektive, von Werturteilen freie Wissenschaft ist, in seiner historischen Stellung notwendigerweise das Besitztum der Wortführer jener Klasse, deren Sieg er als Resultat seiner Untersuchung erhält. Nur in diesem Sinne ist er Wissenschaft des Proletariats und der bürgerlichen Oekonomie entgegengesetzt, während er den Anspruch jeder Wissenschaft auf die objektive Allgemeingültigkeit ihrer Ergebnisse unbeugsam festhält.

Die vorliegende Arbeit war in ihren Grundzügen schon vor vier Jahren im wesentlichen fertig. Aeussere Umstände zögerten die Vollendung immer wieder hinaus. Ich möchte mir aber doch die Bemerkung erlauben, dass die das Geldproblem behandelnden Kapitel schon vor dem Erscheinen des Knappschen Werkes fertig waren und nur unwesentliche Aenderungen und kritische Zusätze erfuhren. Dieses Kapitel wird auch am ehesten einige Schwierigkeiten machen, da in Geldsachen leider nicht nur die Gemütlichkeit, sondern auch das theoretische Verständnis allzuleicht aufzuhören pflegt, was übrigens schon Fullarton gewusst hat, wenn er melancholisch meint: „The truth is, this is a subject on which there never can be any efficient or immediate appeal to the public at large. It is a subject on which the progress of opinion always has been, and always must be, exceedingly slow.“ Und seitdem ist es sicher nicht besser geworden. Wir beeilen uns daher mit der Versicherung, dass nach Ueberwindung der ersten Erörterungen die weitere Untersuchung dem ungeduldigen Leser hoffentlich keine besonderen Klagen über Schwerverständlichkeit entlocken wird.

Berlin-Friedenau, Weihnachten 1909.

Rudolf Hilferding.

Berichtigungen.

Seite 8, Zeile 9 von oben lies statt: hergestellt richtig: dargestellt.
„ 25, „ 21 „ „ „ „ Beratung richtig: Bewertung.
„ 36, „ 22 „ „ „ „ ein richtig: kein.
„ 81, „ 21 „ „ „ „ aber richtig: eben.
„ 126, „ 15 „ „ „ „ in einem halben Jahre richtig: in einem Jahre.
„ 139, „ 16 „ „ „ „ Betrieb richtig: Profit.
„ 238, „ 8 „ unten „ „ Fusion richtig: Vereinigung gleichartiger Betriebe.
„ 278, „ 11 „ oben „ „ Ihre richtig: Ihrer.

I. ABSCHNITT:

Geld und Kredit.

Erstes Kapitel.

Die Notwendigkeit des Geldes.

Die menschliche Produktionsgemeinschaft kann prinzipiell auf zweierlei Art konstituiert sein. Sie kann einmal bewusst geregelt sein. Die Gesellschaft — mag nun ihr Kreis die selbstwirtschaftende patriarchalische Familie, den kommunistischen Stamm oder die sozialistische Gesellschaft umschliessen — schafft sich die Organe, welche als Vertreter des gesellschaftlichen Bewusstseins das Ausmass und die Art der Produktion festsetzen und das gewonnene Gesellschaftsprodukt unter die Mitglieder verteilen. Wie, wo, wieviel, mit welchen Mitteln aus den vorhandenen natürlichen und künstlichen Produktionsbedingungen neue Produkte hergestellt werden, entscheidet der Pater familias oder die kommunalen, Landes- oder Nationalkommissäre der sozialistischen Gesellschaft, die, sei es aus persönlicher Erfahrung die Bedürfnisse und Hilfsquellen der Familia kennend, sei es mit allen Mitteln einer organisierten Produktions- und Konsumtionsstatistik die gesellschaftlichen Erfordernisse erfassend, in bewusster Voraussicht das ganze Wirtschaftsleben nach den Bedürfnissen ihrer in ihnen bewusst vertretenen und durch sie bewusst geleiteten Gemeinschaften gestalten. Die Menschen einer so organisierten Gemeinschaft beziehen sich in ihrer Produktion bewusst aufeinander als Teile einer Produktions g e m e i n s c h a f t. Ihre Arbeitsordnung und die Verteilung ihrer Produkte unterstehen der zentralen Kontrolle. Die Produktionsverhältnisse erscheinen als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse, die Beziehungen der einzelnen, soweit sie das Wirtschaftsleben betreffen, als von der gesellschaftlichen Ordnung bestimmte, ihrem Privatwollen entrückte ge-

sellschaftliche Beziehungen. Das Produktionsverhältnis selbst wird unmittelbar verstanden als von der Gesamtheit bewusst gesetztes und gewolltes.

Anders die Gesellschaft, die dieser bewussten Organisation entbehrt. Sie ist aufgelöst in voneinander unabhängige Personen, deren Produktion nicht mehr als Gesellschafts-, sondern als ihre Privatsache erscheint. Sie sind so Privateigentümer, die durch die Entwicklung der Arbeitsteilung gezwungen sind, miteinander in Beziehung zu treten; der Akt, in dem sie dies tun, ist der Austausch ihrer Produkte. Erst durch diesen Akt wird hier, in der durch Privateigentum und Arbeitsteilung in ihre Atome zerschlagenen Gesellschaft Zusammenhang hergestellt. Nur als Vermittler des gesellschaftlichen Zusammenhanges bildet aber der Austausch den Gegenstand theoretisch-ökonomischer Analyse. Denn auch in einer sozialistischen Gesellschaft mag Austausch statthaben. Aber es ist ein Austausch nach stattgefundener, von der Gesellschaft irgendwie mit Willen und Bewusstsein normierter Zuteilung. Dieser Austausch ist so gleichsam private Korrektur der gesellschaftlichen Zuteilung, privater Akt, subjektiven Launen und Erwägungen unterworfen, aber kein Objekt ökonomischer Analyse. Er spielt dieselbe Rolle für die theoretische Oekonomie wie etwa der Austausch von Spielzeug in der Kinderstube zwischen Lotte und Fritz, ein Tausch, grundverschieden von dem Einkauf, den ihr Vater bei dem Spielwarenhändler gemacht hat. Denn dieser Austausch ist nur ein Element in der Summe aller Austauschakte, durch die erst die Gesellschaft als Produktionsgemeinschaft, die sie ist, verwirklicht wird. In jedem solchen Austauschakt muss daher die Produktionsgemeinschaft ausgedrückt sein. Denn erst durch ihn geschieht die Verbindung der durch die Arbeitsteilung und das Privateigentum zerlegten Gesellschaft zu einem Ganzen.

Wenn daher Marx einmal sagt, innerhalb des Austauschverhältnisses gilt der Rock mehr als ausserhalb desselben, so kann man auch sagen, innerhalb eines bestimmten Gesellschaftszusammenhanges gilt das Tauschverhältnis mehr als innerhalb eines anderen[1]). Nur dort, wo der Austausch erst den gesellschaftlichen Zusammenhang herstellt, also in einer Gesellschaft, in der die Indivi-

[1]) Diese ganz verschiedene Natur des Tauschaktes macht es absurd, für die Tauschakte unter ganz verschiedenen Gesellschaftsformationen gleiche Gesetze finden zu wollen.

duen durch das Privateigentum und die Arbeitsteilung einerseits getrennt, anderseits auf einander angewiesen sind, erhält der Austausch gesellschaftliche Bestimmtheit, muss er die Funktion erfüllen, den gesellschaftlichen Lebensprozess möglich zu machen. In dem Vollzug aller in dieser Gesellschaft möglichen Tauschakte muss sich das durchsetzen, was in einer kommunistischen, bewusst geregelten Gesellschaft mit Bewusstsein durch das gesellschaftliche Zentralorgan bestimmt wird: was und wieviel produziert wird, wo und von wem produziert wird. Kurz, der Austausch muss den Warenproduzenten dasselbe mitteilen, was den Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft ihre Behörden, die mit Bewusstsein die Produktion regeln, die Arbeitsordnung bestimmen u. s. w. Aufgabe der theoretischen Oekonomie ist es, das Gesetz des so bestimmten Austausches zu finden. Aus diesem Gesetz muss ebenso die Regelung der Produktion in den warenproduzierenden Gesellschaften hervorgehen wie aus den Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften sozialistischer Behörden der ungestörte Ablauf sozialistischer Wirtschaft. Nur dass dieses Gesetz nicht direkt mit Bewusstsein menschliches Verhalten in der Produktion vorschreibt, sondern nach Art eines Naturgesetzes wirkt mit „sozialer Naturnotwendigkeit"[1]).

Aber auch die Frage, ob vom selbständigen Handwerker oder vom kapitalistischen Unternehmer produziert werden soll, muss durch den Austausch beantwortet werden; es ist die Antwort auf die Frage nach der Aenderung im Austauschverhältnis, die innerhalb der Warenproduktion durch den Fortschritt von der einfachen zur kapitalistischen stattfinden muss. Der Austausch ist aber qualitativ verschieden nur in verschiedenen Gesellschaftsformen, so etwa in der sozialistischen wesensanders als in der warenproduzierenden. Er ist aber qualitativ gleich und nur das quantitative Verhältnis der ausgetauschten Waren ist ein anderes innerhalb der warenproduzierenden Gesellschaft selbst. Innerhalb der Warenproduktion liegt dem Austausch ein objektiv gesellschaftliches Moment zugrunde, das das Tauschverhältnis beherrscht: die gesell-

[1]) J. Karner (Dr. Karl Renner), „Die soziale Funktion der Rechtsinstitute", Marx-Studien, I. Bd., II. Heft, Seite 108. Es sind also Gesetze ganz eigener Art, die nur aus einem bestimmten, gesellschaftlichen Zusammenhang sich ergeben, mit diesem verschwinden, aber innerhalb desselben kausale Wirksamkeit besitzen. Nur die Erkenntnis dieser Gesetze ist Aufgabe der theoretisch-ökonomischen Analyse.

schaftlich notwendige Arbeitszeit, die in den ausgetauschten Sachen verkörpert ist. In kommunistischen Gesellschaften liegt ihm zugrunde nur subjektive Gleichsetzung, gleichgerichteter Wille. Der Tausch ist hier zufällig, kein mögliches Objekt theoretisch-ökonomischer Betrachtung. Er ist nicht theoretisch analysierbar, sondern nur psychologisch begreifbar. Da aber Tausch immer als quantitatives Verhältnis zwischen zwei Dingen erscheint, merkt das Völkchen den Unterschied nie[1]).

Die Bestimmung des Tauschaktes, Vermittler des gesellschaftlichen Stoffwechsels zu sein, ist es, die ihn seinerseits bestimmt sein lässt eben durch die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Stoffwechsels. So zufällig der einzelne oder vereinzelte Tauschakt erscheinen mag, so kann er auf die Dauer und in Masse nur vollzogen werden, wenn er den gesellschaftlichen Stoffwechsel ermöglicht, wenn er die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft sichert. Die Produktion der Gesellschaft wird so die Bedingung für den Tauschakt der einzelnen, die nur dadurch zur Gesellschaft verbunden werden und Anteil nehmen an dem Ergebnis der gesamten gesellschaftlichen Produktion, die unter sie aufgeteilt werden muss. Es ist diese Beziehung auf die gesamte Produktion der Gesellschaft, die den einzelnen Austausch aus dem Bereich des Zufälligen, Willkürlichen und Subjektiven heraushebt und ihn zu etwas Regelmässigen, Notwendigen und Objektiven macht, zu einer Bedingung des gesellschaftlichen Stoffwechsels, damit zu einer individuellen Lebensnotwendigkeit. Denn die auf Privateigentum und Arbeitsteilung basierte Gesellschaft ist nur möglich durch die Beziehung der Individuen, die miteinander tauschen, sie wird Gesellschaft durch

[1]) „Ihre (scil. der Warenproduzenten) gesellschaftliche Beziehung erscheint reduziert auf die private Beziehung des Tausches. Der Tausch aber ist als solcher zunächst nur private Beziehung. Damit zwei Menschen tauschen, ist nichts nötig, als dass sie den Gegenstand haben und ihn für einen anderen hergeben wollen. Als solcher ist der Tausch eine allen Gesellschaftsformationen angehörende Erscheinung, weil alle Gesellschaftsformationen Eigentum kennen.

In der Tat, der Tausch von Federstiel und Marke auf der Schulbank, der Tausch von Reitpferd und Automobil zwischen zwei Mitgliedern einer sozialistischen Gesellschaft ist ein privates Vorkommnis, ganz gleichgültig für die theoretische Oekonomie. Es ist die grundlegende Illusion der Grenznutzentheorie, durch die Analyse des Tausches als rein privaten Aktes den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft auf die Spur kommen zu wollen." Hilferding: „Zur Problemstellung der theoretischen Oekonomie bei Karl Marx", „Neue Zeit", 1904/05, I. Bd., Seite 106.

den Tauschprozess, der der einzige gesellschaftliche Prozess ist, den diese Gesellschaft ö k o n o m i s c h kennt. Nur innerhalb dieser Gesellschaft wird der Tauschakt Gegenstand einer besonderen Analyse, die sich fragt: Wie ist der Tauschakt beschaffen, der den gesellschaftlichen Stoffwechsel vermittelt?

Innerhalb eines solchen Tauschaktes ist das Gut Ware geworden, ein Ding, bestimmt nicht mehr für das individuelle Bedürfnis und in seinem Entstehen und Vergehen durch dieses hervorgerufen und vernichtet, sondern bestimmt für die Gesellschaft und in allen seinen Schicksalen, die noch wechselvoller sein können als die des Odysseus, — denn was bedeutet heute der einäugige Polyphem gegen die argusäugigen Zollbeamten in New-Port oder was die schöne Kirke gegen die deutsche Veterinärpolizei? — abhängig von den Notwendigkeiten des Stoffwechsels der Gesellschaft. Es ist Ware geworden, weil die Produzenten dieses Gutes in einem bestimmten gesellschaftlichen Verhältnis stehen, in welchem sie einander als unabhängige Warenproduzenten gegenübertreten müssen. In dieser Form erst ist das Gut, sonst ein natürliches, durchaus unproblematisches Ding, Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses, gewinnt also eine gesellschaftliche Seite. Dass es Arbeitsprodukt, ist jetzt nicht bloss mehr seine natürliche Eigenschaft, sondern wird zugleich eine gesellschaftliche Tatsache. Nun gilt es das Gesetz dieser Gesellschaft als Produktions-, also A r b e i t s gemeinschaft zu finden. Die Einzelarbeit erscheint so unter neuem Gesichtspunkt, als Teil der Gesamtarbeit, über die diese Produktionsgemeinschaft verfügt. Allein unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Arbeit als w e r t bildende Arbeit.

Der Tauschakt wird der Analyse zugänglich, weil er nicht nur individuelles Bedürfnis, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit ist, die das individuelle Bedürfnis nur zu ihrem Werkzeug macht und es gleichzeitig einschränkt. Das individuelle Bedürfnis kann sich nur befriedigen, soweit es die gesellschaftliche Notwendigkeit zulässt. Es ist die Voraussetzung, denn ohne individuelle Bedürfnisbefriedigung ist menschliche Gesellschaft überhaupt undenkbar. Aber der Austausch wird nicht mehr Funktion individuellen Bedürfnisses, wie in der kollektivistischen Gesellschaft, sondern das individuelle Bedürfnis befriedigt sich nur, soweit der Austausch ihm die Anteilnahme an der gesellschaftlichen Produktion gestattet. Diese ist es, welche den Austausch bestimmt. Der Austausch erscheint

aber nur als ein quantitatives Verhältnis zwischen zwei Dingen[1]. Er ist bestimmt, wenn diese Quantität bestimmt ist. Die Quantität, die aber überhaupt im Austausch umgesetzt wird, gilt nur als Teil der Quantität der gesellschaftlichen Produktion. Diese wieder ist quantitativ bestimmt durch die Arbeitszeit, welche die Gesellschaft zur Herstellung des Gesamtproduktes aufwenden musste. Die Gesellschaft wird hier als eine Einheit aufgefasst, die mit ihrer gesamten Arbeitskraft ihr Produkt hergestellt hat; der einzelne gilt mit seiner Arbeit nur als Organ der Gesellschaft; als solches Organ ist er nur so viel an dem Produkt beteiligt, als seine Arbeitskraft dem Durchschnitt der Gesamtarbeitskraft — diese nach Intensität und Produktivität als gegeben vorausgesetzt — entspricht. Hat der einzelne zu langsam gearbeitet oder hat er Unnützes — und das ist auch sonst Nützliches, das aber in dem gesellschaftlichen Stoffwechsel zu viel ist — hergestellt, so wird diese Arbeit auf Durchschnittsarbeit — gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit — reduziert. Ist so die Summe der Arbeitszeit für das gesamte Produkt gegeben, so muss der Austausch diese Tatsache ausdrücken. Auf einfachste Weise wird sie ausgedrückt, wenn im Austausch die quantitative Beziehung der Waren gleich ist der quantitativen Beziehung der auf ihre Herstellung verwandten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Dann tauschen sich die Waren zu ihrem Wert aus.

Und diese Beziehung wird verwirklicht, wenn die Bedingungen für die Warenproduktion und den Warenaustausch für alle Mitglieder der Gesellschaft sozial gleich sind, wenn sie alle selbständige Besitzer ihrer Produktionsmittel sind, die mit diesen das Produkt herstellen und es auf dem Markte austauschen. Diese Beziehung ist die einfachste und sie ist Ausgangspunkt der theoretischen Betrachtung. Nur von ihr aus können Modifikationen verstanden werden, die aber stets die Bedingung erfüllen müssen, dass, wie immer der Einzelaustausch gestaltet sei, die Summe der Austauschakte die Gesamtproduktion umsetzen muss. Die Modifikation selbst kann

[1] Diese Dinge *müssen* in der warenproduzierenden Gesellschaft mit einander überhaupt in ein Verhältnis treten und dies *können* sie als Ausdruck gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Nur als solcher Ausdruck werden sie kommensurabel. Dass sie Produkt gesellschaftlicher Arbeitszeit, also Gesellschaftsprodukt sind, ist das Wesentliche an der Wertlehre, nicht aber, dass diese Arbeitszeit in allen Fällen die gleiche auf beiden Seiten des Tauschverhältnisses sei. Dies ist ein sekundäres Moment und bestimmt nur das Tauschverhältnis unter den Bedingungen der *einfachen* Warenproduktion.

nur hervorgerufen werden durch eine andere Stellung der Mitglieder der Gesellschaft in der Produktion — sie muss durch sie hervorgerufen werden, weil ja nur im Tauschakt der gesellschaftliche Zusammenhang nicht nur der Produktion, sondern auch des Produzenten sich durchsetzt. Die Enteignung des einen Teiles der Gesellschaft und der Monopolbesitz der Produktionsmittel des anderen Teiles modifiziert naturgemäss den Austausch, da nur in ihm diese Ungleichheit der Gesellschaftsmitglieder in Erscheinung treten kann. Da aber der Tauschakt eine Gleichheitsbeziehung ist, erscheint die Ungleichheit jetzt als Gleichheit nicht mehr des Wertes, sondern des Produktionspreises, also die Ungleichheit des Arbeitsaufwandes (zugleich die Gleichgültigkeit der Kapitalisten gegen den Arbeitsaufwand als Arbeitsaufwand Fremder) in der Gleichheit der Profitrate. Diese Gleichheit drückt nichts anderes aus, als dass in der kapitalistischen Gesellschaft das Entscheidende das Kapital ist; deshalb steht der einzelne Tauschakt nicht mehr unter der Bedingung: gleiche Arbeit gegen gleiche Arbeit, sondern: für gleiches Kapital gleichviel Profit. Die Arbeitsgleichung ist ersetzt durch die Profitgleichung und die Produkte werden nicht zu ihren Werten, sondern zu den Produktionspreisen verkauft.

Ist der Austausch so bestimmt durch die Gesellschaft, so erfährt anderseits die Gesellschaft wie der einzelne ihr Gesetz nur aus dem vollzogenen Austausch. Denn die Arbeit des einzelnen ist zunächst nur seine individuelle Leistung, entsprungen seinem individuellen Wollen — Privatarbeit, nicht gesellschaftliche Arbeit. Ob sie übereinstimmt mit den Bedingungen des gesellschaftlichen Stoffwechsels, von denen seine Arbeit nur eine Teilbedingung sein muss, kann sich erst bewähren, wenn alle diese Teilbedingungen miteinander verglichen werden und in ihrer Summe die Gesamtbedingung des gesellschaftlichen Stoffwechsels erfüllt ist.

Die Waren sind Verkörperungen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Aber diese Arbeitszeit wird als solche nicht direkt ausgedrückt wie etwa in der Gesellschaft des Rodbertus, wo die Zentralbehörde für jedes Produkt die gesellschaftlich gültige Arbeitszeit direkt festsetzt. Sie erscheint nur in der Gleichsetzung einer Sache mit einer anderen im Austausch. In diesem wird also der Wert einer Sache, ihre gesellschaftliche Produktionszeit, ausgedrückt nicht als solche, als Acht- oder Zehn- oder Zwölfstundenarbeit, sondern als bestimmtes Quantum einer anderen Sache. Diese, als Ding, wie es

geht und steht, mit allen seinen Natureigenschaften, dient also als Ausdruck des Wertes eines anderen Dinges, als sein Aequivalent. Zum Beispiel in der Gleichung 1 Rock = 20 Meter Leinwand, sind diese 20 Meter Leinwand Aequivalent des Rockes. Sie sind ihm gleich, weil auch sie Verkörperung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit sind und als solche alle Waren einander gleich sind.

Die Darstellung des Wertes, dieses gesellschaftlichen Verhältnisses, in einer anderen S a c h e, also einem vom Gebrauchswert der Ware, deren Wert hergestellt werden soll, unterschiedenen Gebrauchswert, folgt also unmittelbar aus der Natur der Warenproduktion und ist von ihr unzertrennlich. Denn nur dadurch, dass das Gut des einen zur Ware und damit zum Gut des anderen wird, entsteht ja die der Warenproduktion eigentümliche gesellschaftliche Beziehung ihrer Mitglieder, ihr Aufeinanderbeziehen als Tauschende ihrer Sachen. Erst nach vollzogenem Austausch erfährt der Produzent, ob seine Ware tatsächlich gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt und ob er seine Arbeitszeit richtig angewandt hat. Er bekommt die Bestätigung, dass er vollgültiges Mitglied der warenproduzierenden Gesellschaft ist, ja nicht durch eine Person, die im Namen dieser Gesellschaft sprechen, sein Werk kritisieren — wie etwa der Verleger die Arbeit seiner Weber kritisiert — billigen oder ablehnen könnte, sondern ihm wird seine Gesellschaftsfähigkeit nur bestätigt durch eine Sache, die er im Austausch für die seine erhält. Denn die Gesellschaft hat ihre Sache auf die Sache (und darauf gerade beruht trotz Stirner ihre Anarchie) und nicht auf die Personen und ihr kollektives Bewusstsein gestellt. Die Sache, die ihm das sagen kann, muss also die nötige Legitimation haben, um im Namen der Gesellschaft sprechen zu können. Sie bekommt diese Legitimation genau so wie andere Organe ihre Legitimation erhalten, durch die gemeinsame Aktion der Legitimierenden. Wie die Menschen sich zusammentun und einen aus ihrer Mitte zu bestimmten Handlungen in ihrem Namen legitimieren, so müssen sich auch die Waren zusammentun, um ihrerseits die Ware zu legitimieren, die in ihrem Namen die Bürgerschaft in dieser Warenwelt — die Vollbürgerschaft oder die Bürgerschaft minderen Rechtes — erteilt. Die einzige Form aber, in der die Waren sich zusammentun können, ist ihr Austausch. Denn was das gesellschaftliche Bewusstsein in einer sozialistischen Gesellschaft, ist in der kapitalistischen die gesellschaftliche Aktion der Waren auf dem Markt. Das Bewusstsein

der bürgerlichen Welt ist reduziert auf den Marktbericht. Nur durch Vollendung des Austausches erfährt der einzelne das Gesetz der Gesamtheit. Nur wenn dem Einzelnen der Austausch gelungen ist, hat er den Beweis dafür, dass er das gesellschaftlich Notwendige produziert hat; nur dann kann er von neuem die Produktion eröffnen. Die Sache, die so durch die gemeinsame Aktion der Waren legitimiert ist, den Wert aller anderen Waren auszudrücken, ist — das Geld. Mit der Entwicklung des Warenaustausches selbst entwickelt sich zugleich die Legitimation dieser besonderen Ware.

A und B treten als Warenbesitzer nur in ein gesellschaftliches Verhältnis, indem sie ihre Produkte miteinander austauschen. Das Verhältnis ist dann zustandegekommen, wenn sich der Rock mit den zwanzig Metern Leinwand ausgetauscht hat. Verallgemeinert sich die Warenproduktion, so muss der Schneider alle seine Bedürfnisse durch den Austausch befriedigen; statt des einen Verhältnisses mit der Spinnerin der Leinwand geht er jetzt zahlreiche andere ein. 1 Rock = 20 Meter Leinwand, aber auch gleich 5 Pfund Zucker, 10 Pfund Brot u. s. w. Da aber alle Warenproduzenten solch zahlreiche Verhältnisse eingehen, erhalten wir schliesslich eine Unzahl Tauschgleichungen, in denen sich die Waren einander gleichsetzen, ihren Wert miteinander messen. Indem sie sich aber gegenseitig messen, messen sie zugleich ihren Wert immer häufiger in einer Ware, die so zu dem allgemeinen Wertmass aller wird.

Schon der einfache Wertausdruck, etwa 1 Rock = 20 Meter Leinwand, drückt eine gesellschaftliche Beziehung aus; aber diese kann nur zufällig und vereinzelt bleiben. Um wahrhaft gesellschaftlicher Ausdruck zu sein, darf die Wertgleichung nicht vereinzelt sein; in zahllosen Austauschen und daher zahllosen Wertgleichungen setzt sich der gesellschaftliche Stoffwechsel und damit der gesellschaftliche Zusammenhang der Arbeitenden durch, sobald die Warenproduktion die allgemeine Form gesellschaftlicher Produktion geworden ist. Es ist die gemeinsame Aktion der Waren im Austausch, was die private, individuelle und konkrete Arbeitszeit des einzelnen in allgemeine, gesellschaftlich notwendige und abstrakte Arbeitszeit, die Wert bildet, verwandelt. Indem die Waren sich allseitig im Austausch gegenseitig messen, messen sie sich zugleich immer häufiger in einer Ware. Diese braucht bloss gewohnheitsmässig als Wertmesser fixiert zu werden, um Geld zu werden.

Es ist also der Austausch von Werten notwendig, um überhaupt die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion möglich zu machen. Nur so werden die Privatarbeiten gesellschaftlich anerkannt, geeicht, werden die Beziehungen der Sachen aufeinander zu gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Produzenten. Wie immer also der Austausch vor sich gehen mag, er ist notwendigerweise der Austausch zu Wertäquivalenten, mag nun der Austausch der Ware direkt vor sich gehen oder durch Geld vermittelt sein. Geld ist also als Wert Ware wie jede andere und die Notwendigkeit, dass Geld Wert hat, entspringt unmittelbar aus dem Charakter der warenproduzierenden Gesellschaft[1]).

Das Geld ist so Ware wie alle anderen und damit Verkörperung von Wert. Das Geld aber unterscheidet sich vor allen anderen Waren dadurch, dass es für alle anderen Waren Aequivalent ist, also die Ware, die den Wert aller anderen ausdrückt. Dass es dazu geworden, ist das Resultat sämtlicher Austauschprozesse[2]). Dadurch ist es zum Wertmass legitimiert. Die Geldware, also dieser bestimmte Körper mit all seinen natürlichen Eigenschaften, ist jetzt unmittelbar Ausdruck von Wert, von dieser Eigenschaft, die nur aus den gesellschaftlichen Verhältnissen der Warenproduktion und ihrem sachlichen Ausdruck herstammt. Zugleich sieht man, wie aus dem Tauschprozess selbst, aus der Notwendigkeit beständiger Gleichsetzung der Waren untereinander die Notwendigkeit des gemeinsamen Wertmasses entspringt, in dem der Wert jeder anderen Ware unmittelbar ausgedrückt wird, mit dem es daher jederzeit unmittelbar austauschbar ist. Geld ist also einerseits Ware. Anderseits ist aber diese Ware immer an die besondere Stelle des Aequivalents gerückt. Es ist dies geschehen durch die Aktion aller anderen Waren, welche die Geldware als ihr einziges und allgemeines Aequivalent legitimiert haben.

Der Tauschwert aller Waren wird also gesellschaftlich gültig ausgedrückt in der Geldware, in einem bestimmten Quantum ihres

[1]) Es ist Gegenstand späterer Untersuchung, inwiefern dieser Satz durch die modernen Formen der Papierwährung eine Modifikation erfährt.

[2]) Wert hat jede Ware als Verkörperung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, also als Resultat des Waren produktions prozesses. In den Austauschprozess geht sie also schon ein als Wertträger. In diesem Sinne sagt Marx: „Der Austauschprozess gibt der Ware, die er in Geld verwandelt, nicht ihren Wert, sondern ihre spezifische Wertform“, nämlich als allgemeines Aequivalent. „Kapital“, I., 4. Auflage, Seite 56.

Gebrauchswertes. Durch die gegenseitige Aktion aller anderen Waren die sich in ihr messen, erscheint so die Geldware als unmittelbare Verkörperung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. „Geld ist so der Tauschwert der Waren als eine besondere, ausschliessliche Ware.“[1]) Alle Waren erhalten so durch ihre Verwandlung in Geld ihre gesellschaftliche Eichung.

Wie nach Ernst Mach das Ich nur ein Knotenpunkt ist, in dem die unendlichen Fäden der Empfindungen, aus deren Netz das Bild der Welt sich gestaltet, enger zusammenlaufen, so das Geld ein Knoten in dem Netz des gesellschaftlichen Zusammenhanges der warenproduzierenden Gesellschaft, das aus den zahllosen Fäden der einzelnen Tauschakte gewebt ist. Im Gelde ist zugleich das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zu einer Sache geworden, zu einem geheimnisvoll glänzenden Ding, dessen verwirrender Glanz noch immer die Augen so vieler Oekonomen blendet, wenn sie es nicht vorziehen, die Augen ganz davor zu schliessen.

* *
*

Indem die Waren im Austauschprozess sich aufeinander beziehen, werden sie zu Produkten gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit reduziert und werden als solche gleich. Im Austauschprozess zerreisst das Band, das die Ware als Gebrauchswert an das besondere Bedürfnis des einzelnen knüpft. Im Austausch gilt die Ware nur als Tauschwert und nur durch Vollziehung des Austausches, also nach vollzogenem Austausch, wird sie wieder Gebrauchswert, entsteht eine neue Verknüpfung an ein anderes individuelles Bedürfnis. Im Geld, dessen Gebrauchswert nichts ist, als Verkörperung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, also Tauschwert, erscheint die Ware unmittelbar als Tauschwert ausgedrückt; im Geld erscheint so der Tauschwert der Ware verselbständigt gegenüber ihrem eigenen Gebrauchswert. Erst die Verwandlung von Geld in Ware realisiert die Ware als Gebrauchswert, nachdem im Geld ihr Tauschwert schon enthalten ist. Die Ware verlässt dann als Gebrauchswert die Zirkulation und fällt der Konsumtion anheim.

Geld kann nur allgemeines Aequivalent werden, weil es Ware, also Tauschwert ist. Als Tauschwert ist aber jede Ware Mass der Werte aller anderen Waren. Indem sich alle Waren in ihrer gegenseitigen Aktion auf eine Ware beziehen, wird diese besondere Ware

[1]) Marx, „Zur Kritik der politischen Oekonomie.“ 2. Auflage, Seite 28.

adäquates Dasein des Tauschwertes, sein Dasein als allgemeines Aequivalent. Dass alle Waren Tauschwerte sind, das heisst, dass die Produzenten in der durch Arbeitsteilung und Privateigentum in ihre Atome zerlegten Gesellschaft, die ohne gemeinsames Bewusstsein doch eine Produktionsgemeinschaft ist, nur durch Vermittlung ihrer sachlichen Produkte in Beziehung zueinander stehen, erscheint jetzt so, dass ihre Arbeitsprodukte als Tauschwerte nur verschiedene Quanta desselben Gegenstandes — des Geldes — darstellen. Die allgemeine Arbeitszeit, ihrerseits der ökonomische Ausdruck der Produktions g e m e i n s c h a f t, damit aber die Tatsache dieser Gemeinschaft selbst, erscheint jetzt als ein besonderes Ding, eine Ware neben und ausser allen anderen Waren.

Im Austauschprozess hat sich die Ware als Gebrauchswert erwiesen, hat bewiesen, dass sie Bedürfnis, und zwar im gesellschaftlich geforderten Ausmass befriedigt hat. Hat sie das getan, so ist sie damit zum Tauschwert für alle anderen Waren geworden, die dieselbe Bedingung erfüllen. Dies drückt ihre Verwandlung in Geld, den Repräsentanten des Tauschwertes überhaupt aus. Indem sie Geld geworden, ist sie zum Tauschwert für alle anderen Waren geworden. Die Ware muss daher Geld werden, weil sie nur dann gesellschaftlich ausgedrückt ist als Gebrauchswert und als Tauschwert, als die Einheit beider, die sie ist. Dadurch aber, dass alle Waren sich durch ihre Entäusserung als Gebrauchswerte in Geld verwandeln, wird Geld das verwandelte Dasein aller anderen Waren und nur als Resultat dieser Verwandlung aller anderen Waren in Geld wird Geld unmittelbar Vergegenständlichung der allgemeinen Arbeitszeit, das heisst Produkt der allseitigen Entäusserung, Aufhebung der individuellen Arbeiten.

Die Notwendigkeit des Geldes entspringt also aus dem Wesen der warenproduzierenden Gesellschaft, die ihr Gesetz erfährt aus dem Austausch der Waren als Produkte gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, daraus, dass der gesellschaftliche Zusammenhang der Produzenten ausgedrückt wird als Preis ihrer Produkte, der ihnen jeweils vorschreibt ihren Anteil an der Produktion und an der Verteilung der Produkte. Es ist die eigentümliche Regelung dieser Gesellschaft durch das Preisgesetz, welches als Mittel des Austausches der Waren selbst eine Ware verlangt, da nur eine solche gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkörpert. Dass das Tauschmittel Wert haben muss, folgt unmittelbar aus dem Charakter einer Gesell-

schaft, in der die Güter Waren geworden sind und als solche ausgetauscht werden müssen. „Derselbe Prozess, der aus dem Gut Ware macht, macht aus der Ware Geld.“

Die Unbewusstheit des gesellschaftlichen Zusammenhanges, seine Herstellung durch den Austausch der Waren und die Bestätigung, dass diese Herstellung auch gesellschaftlich richtig vollzogen wurde, die erst im Austauschprozess erfolgt, wenn der Produktionsprozess, der eigentlich den gesellschaftlichen Zusammenhang bereits fixiert hat, schon vorüber und unabänderlich geworden ist, dies bedeutet zugleich die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Anarchie — denn es ist kein Bewusstsein da, das von vornherein die Produktion seinem Zwecke gemäss gestaltet, sondern den einzelnen, nur ihrer selbst, nicht aber der Gesellschaft bewussten Mitgliedern drängt sich dieser Zusammenhang nach Art eines Naturgesetzes auf, das unabhängig von dem Willen der Beteiligten wirkt, obwohl es nur durch ihre eigene gesellschaftliche und ihnen daher unbewusste Aktion existiert. Diese Aktion erfolgt eben nie in dem Bewusstsein und der Absicht, damit den gesellschaftlichen Zusammenhang zu konstituieren, sondern dient stets nur der individuellen Bedürfnisbefriedigung. In diesem Sinne kann man daher auch sagen, dass die Notwendigkeit, den Austausch durch Geld, also durch einen selbst wertvollen Stoff zu vermitteln, aus der Anarchie der warenproduzierenden Gesellschaft entspringt.

Ist so das Geld einerseits notwendiges Produkt des Warenaustausches, so ist es anderseits selbst Bedingung der Verallgemeinerung des Austausches der Produkte als Waren. Es macht die Waren unmittelbar vergleichbar, indem es ihr Wertmesser wird. Es ist dies, weil es als Wert dasselbe wie die Waren und innerhalb der Wertform ihr Entgegengesetztes ist — Aequivalent, also Gebrauchswert, in dem Wert ausgedrückt ist.

Das Geld entsteht so naturwüchsig aus dem Tauschverkehr und setzt nichts anderes voraus als diesen. Der Tauschverkehr macht diejenige Ware zu Geld, die dazu vermöge ihrer natürlichen Eigenschaften am besten geeignet ist. Es ist der Gebrauchswert dieser Ware, zum Beispiel des Goldes, der es zum Geldstoff macht. Gold ist nicht von Natur aus Geld (sondern nur infolge einer bestimmten Gesellschaftsstruktur), aber Geld von Natur aus Gold. Also weder den Geldcharakter noch auch den Geldstoff bestimmt der Staat oder die Rechtsordnung willkürlich. Der Staat oder die

Rechtsordnung macht das Geld zunächst nur zur Münze. Er ändert nichts als die Einteilung der Goldquanta. Werden diese zuerst nach dem Gewicht eingeteilt oder gemessen, so jetzt nach einem anderen willkürlichen, also notwendigerweise auf bewusstem Uebereinkommen beruhenden Massstab. Da die warenproduzierende Gesellschaft ihre höchste bewusste Organisation im Staate hat, so muss der Staat dieses Uebereinkommen sanktionieren, damit es allgemein gesellschaftliche Gültigkeit hat. Es verhält sich hier ähnlich, wie bei Festsetzung anderer Masse, zum Beispiel des Längenmasses. Nur dass hier, da es sich um einen Wertmassstab handelt, sich der Wert aber immer nur in einer Sache und in jeder Sache je nach ihrer Produktionszeit anders darstellt, der Staat zugleich auch die Sache, den Geldstoff, deklarieren muss. Nur innerhalb des Kreises der Uebereinkunft, also innerhalb des Staates zum Beispiel gilt dieser Massstab. Er wird ungültig ausserhalb der staatlichen Grenze. Auf dem Weltmarkt gelten Gold und Silber nach ihrem Gewicht gemessen als Geld[1]). Das Uebereinkommen über ein bestimmtes Geld kann auch in Ermanglung einer staatlichen Intervention durch Privatpersonen, zum Beispiel durch Kaufleute einer Stadt erfolgen und gilt dann natürlich wieder nur für diesen Kreis[2]).

[1]) Wenigstens vorläufig noch, solange die Tendenz zur Alleinherrschaft des Goldes sich noch nicht völlig durchgesetzt hat.

[2]) Beispiel ist die Hamburger Bankowährung seit 1770. Die Umsätze wurden durch Uebertragung auf Girokonto bei der Hamburger Girobank erledigt. Die Gutschrift wurde nur gegen Einzahlung vollwichtigen Silbers geleistet. Als Geldstoff gilt das Silber, als Einheit die Kölnische Mark Feinsilber, für die $27^3/_4$ Mark Banko gutgeschrieben wurden. Das Buchgeld, dessen sich der Hamburger Handel bis zum Jahre 1872 bediente, beruhte mithin auf ungeprägtem Silber. Dabei ist es unwesentlich, dass das Silber selbst wohlverwahrt in den Kellern der Bank lag und nur die Besitzscheine (etwas ganz anderes als Banknoten) zirkulierten. Vollgedecktes „Papiergeld", das nur ein Schein über wirklich von dem Inhaber des Scheines hinterlegtes und in der Bank wirklich aufbewahrtes Metall ist, ist rein technischer Behelf und blosses Schutzmittel gegen die Abnützung des Metalls. Es lässt alle Gesetze des Geldumlaufes ebenso unberührt, als ob die Silberstücke selbst in Leder oder Papier eingewickelt zirkulierten.

Die im Text gegebene Darstellung ist zunächst die einzige Rolle, die der Staat spielt. Damit erledigt sich die Einbildung Knapps, dass erst durch die Satzung des Staates das Geld entsteht. Zugleich sieht man, wie historisch das Geld primär aus der Zirkulation hervorwächst. Es ist also zunächst Zirkulationsmittel. Erst dann, wenn es allgemeines Mass der Werte und allgemeines Aequivalent der Waren geworden, wird es zum allgemeinen Zahlungsmittel. Dies gegen Knapp, „Staatliche Theorie des Geldes", Seite 3.

Das Gold wird also vom Staat in irgend einer Weise eingeteilt und jedes Teilstück durch die staatliche Prägung gekennzeichnet. In diesem Massstab werden jetzt alle Preise ausgedrückt. So hat also der Staat den Massstab der Preise hergestellt. Als Mass der Werte fungiert Gold, weil es Ware, also Wert, Verkörperung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit ist, als solches ist sein Wert veränderlich mit der Veränderung seiner Produktionszeit. Als Massstab der Preise ist Gold eingeteilt in Stücke von gleichem Gewicht und diese Einteilung ist ihrem Sinne nach unveränderlich. Die Prägung ist nichts als die Bestätigung, dass das damit versehene Geldstück eine bestimmte Gewichtsmenge des Geldstoffes, zum Beispiel des Goldes enthält. Dies ist zugleich eine erhebliche technische Vereinfachung. Das Geld braucht nicht mehr gewogen, sondern nur gezählt zu werden. Zugleich kann jetzt auf bequeme Weise jede Wertquantität, die im Austausch erforderlich wird, dargestellt werden.

Zweites Kapitel.

Das Geld im Zirkulationsprozess.

Der Zirkulationsprozess hat die Form: Ware—Geld—Ware, W—G—W. In diesem Prozess vollzieht sich der gesellschaftliche Stoffwechsel. A verkauft seine Ware, die für ihn Nichtgebrauchswert, und kauft eine andere, die für ihn Gebrauchswert. Das Geld spielt in diesem Prozess nur die Rolle des Beweismittels, dass die individuellen Produktionsbedingungen der Ware den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen entsprechen. Der Sinn des Prozesses ist aber die Befriedigung der Bedürfnisse des einzelnen, die nur durch den allseitigen Händewechsel der Waren ermöglicht wird. Der Wert der Ware wird ersetzt durch den Wert der anderen Ware. Diese wird konsumiert und fällt aus der Zirkulation heraus.

Fällt die Ware so beständig aus der Zirkulation, so bleibt das Geld fortwährend in dieser Sphäre. Die Stelle, die die Ware geräumt hat, nimmt ein gleichwertiges Geldstück ein. Der Kreislaufprozess der Ware bildet so den Umlauf des Geldes. Es entsteht nun die Frage nach der Menge des Geldes, das für die Zirkulation nötig ist. Es handelt sich dabei um das wirkliche Gegenübertreten von Geld und Ware. Die Menge der Zirkulationsmittel ist also zunächst be-

stimmt durch die Preissumme der Waren. Die Warenmasse als gegeben vorausgesetzt, flutet die Masse des zirkulierenden Geldes auf und ab mit den Preisschwankungen der Waren, gleichgültig, ob die Preisänderung wirklichen Wertänderungen oder blossen Schwankungen der Marktpreise entspringt[1]). Dies gilt, sobald Käufe und Verkäufe räumlich nebeneinander einhergehen. Sind dagegen Käufe und Verkäufe nur Glieder einer Reihe, die zeitlich nacheinander vor sich gehen, so gilt die Gleichung: Preissumme der Waren : Umlaufsanzahl gleichnamiger Geldstücke = Masse des als Zirkulationsmittel funktionierenden Geldes. Dabei kann das Gesetz, dass die Quantität der Zirkulationsmittel bestimmt ist durch die Preissumme der zirkulierenden Waren und die Durchschnittsgeschwindigkeit des Geldumlaufes auch so ausgedrückt werden, dass bei gegebener Wertsumme der Waren und gegebener Durchschnittsgeschwindigkeit ihrer Metamorphosen die Quantität des umlaufenden Geldes oder des Geldmaterials von seinem eigenen Wert abhängt[2]).

Man hat gesehen, was das Geld ist: ein gesellschaftliches Verhältnis ausgedrückt in einer Sache. Diese Sache dient als unmittelbarer Wertausdruck. Innerhalb des Verhältnisses W-G-W wird der Wert der Waren aber stets ersetzt durch den Wert einer anderen Ware. Der Geldausdruck ist also nur verschwindend. Er erscheint so als bloss technischer Behelf, dessen Anwendung Unkosten verursacht, die nach Möglichkeit zu vermeiden sind. Zugleich mit dem Geld erwächst das Streben, das Geld auszuschalten[3]). Innerhalb der Warenzirkulation erscheint das Geld erst als der feste Wertkristall, worin sich die Ware verwandelt, um hinterher als blosse Aequivalentform zu zerrinnen[4]).

Als Wertkristall erscheint das Geld als notwendig, als Aequivalentform überflüssig. Notwendig erscheint es aber, weil nur so

---

[1]) Marx, „Kapital", I., 4. Auflage, Seite 83.

[2]) Ebenda, Seite 87.

[3]) Es ist nur vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft geurteilt, wenn Wilson meint, dass nur das brachliegende Geld für die Gemeinschaft einen Verlust darstellt; vielmehr bildet die ganze Zirkulationsmaschinerie, soweit sie Wert kostet, faux frais und selbst vom entwickelteren bürgerlichen Standpunkt erscheint Gold, soweit es Umlaufsmittel, als unproduktive (das heisst: nicht Profit bringende) Ausgabe, die daher zu vermeiden ist, ein Gedanke, der dem Merkantilsystem ein Greuel war. (Siehe James Wilson: „Capital, Currency and Banking". London 1847, Seite 10.)

[4]) Marx, „Kapital", I., Seite 76.

der Wert der Ware gesellschaftlich gültig ausgedrückt wird und sie sich nur aus Geld wieder in alle anderen Waren rückverwandeln kann. Da aber der Geldausdruck nur verschwindend ist, nicht etwa an sich wichtig (wie dann, wenn der Prozess W-G-W unterbrochen wird und das Geld selbst längere oder kürzere Zeit aufbewahrt werden soll, um dann später einmal den Prozess G-W zu ermöglichen), so kommt allein die gesellschaftliche Seite des Geldes in Betracht, die Eigenschaft, dass es als Wert Warengleiches ist. Diese gesellschaftliche Seite ist im Geld s t o f f, zum Beispiel im Goldgeld, sachlich ausgedrückt. Sie kann aber unmittelbar ausgedrückt werden durch bewusste gesellschaftliche oder, da der Staat das bewusste Organ der warenproduzierenden Gesellschaft ist, durch staatliche Regelung. Der Staat kann bestimmte Zeichen — zum Beispiel als solche gekennzeichnete Papierzettel — als Stellvertreter des Geldes, Geldzeichen, festsetzen.

Es ist klar, dass diese Zeichen nur fungieren können als Vermittler der Zirkulation zwischen zwei Waren; sie sind zu anderen Zwecken, anderen Geldfunktionen unbrauchbar, sie müssen also ganz in die Zirkulation eingehen, denn nur innerhalb der Zirkulation ist das Wertdasein des Geldes stets verschwindend, weil durch Warenwert stets ersetzte Form. Der Umfang dieser Zirkulation aber ist ausserordentlich schwankend, da er, wie wir wissen, bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes von der Preissumme abhängt. Diese wechselt beständig, wobei die periodischen Schwankungen innerhalb des Jahres, wenn zum Beispiel die Ernteprodukte in die Zirkulation eintreten und ihre Masse die Preissumme anschwellt, oder die Preisschwankungen innerhalb des Zyklus von Prosperität und Depression besondere Rolle spielen. Die Menge des Papiergeldes muss also immer unter dem Minimum der zur Zirkulation erforderlichen Geldmenge bleiben. Dieses Minimum ist aber durch Papier ersetzbar [1]), und da dies immer zur Zirkulation notwendig ist, braucht an seine Stelle kein Gold zu treten; der Staat kann dieses Papiergeld daher mit Zwangskurs ausstatten. Innerhalb des Umfanges des Z i r k u l a t i o n s m i n i m u m s ist so der sachliche Ausdruck des gesellschaftlichen Verhältnisses ersetzt durch ein bewusst geregeltes gesellschaftliches Verhältnis. Es ist dies möglich, weil eben auch Metallgeld ein wenn

[1]) Es gilt das Gesetz, „dass die Ausgabe des Papiergeldes auf die Quantität zu beschränken ist, worin das von ihm symbolisch dargestellte Gold (respektive Silber) wirklich zirkulieren müsste.“ (Marx, „Kapital“, I., Seite 91.)

auch unter dinglicher Hülle verstecktes, gesellschaftliches Verhältnis ist. Dies muss begriffen sein, will man die Natur des Papiergeldes erfassen [1]). Wir haben gesehen, wie die warenproduzierende Gesellschaft anarchisch ist und aus dieser Anarchie die Notwendigkeit des Geldes folgt. Für das Minimum der Zirkulation ist diese Anarchie gleichsam ausgeschaltet. Denn ein Minimum von Waren zu einem gewissen Wert muss unter allen Umständen umgesetzt werden. Die Ausschaltung der Wirkung der anarchischen Produktion erscheint in der Möglichkeit des Ersatzes des Goldes durch blosse Wertzeichen.

Diese bewusste Regelung hat aber ihre Grenze an dem Zirkulationsminimum. Nur innerhalb dieser Grenze fungiert das Geldzeichen als voller Stellvertreter des Geldes, ist das Papier Goldzeichen. Da die Zirkulationsmenge stets schwankt, so muss neben dem Papiergeld stets Goldgeld in die Zirkulation ein- und aus ihr ausfliessen können. Ist dies nicht möglich, so treten Abweichungen des Nominalwertes des Papiers von seiner wirklichen Geltung ein, wir haben Papiergeldentwertung.

Um diesen Vorgang zu verstehen, unterstellen wir einmal r e i n e P a p i e r w ä h r u n g. (Es ist dabei immer staatlicher Zwangskurs vorausgesetzt.) Wir wollen annehmen, dass in einem bestimmten Moment die Zirkulation 5 Millionen Mark erfordere, zu denen zirka 36·56 Pfund Gold nötig wären. Wir hätten dann eine Gesamtzirkulation, die folgendes Bild zeigte: (5 Millionen Mark in) W-(5 Millionen Mark in) G-(5 Millionen Mark in) W. Ersetzt man das Gold durch Papierzeichen, so kann auf diesen Zeichen was immer gedruckt sein, ihre Summe muss immer die Wertsumme der Waren repräsentieren, also in unserem Falle gleich sein 5 Millionen Mark. Werden 5000 gleiche Zettel gedruckt, wird jeder

[1]) Knapp verfällt zuerst in die Illusion, dass Geld „ursprünglich“ nichts sei als bestimmtes Metallgewicht, um hinterher darüber zu erstaunen, dass es ersetzt werden kann durch ein nur gesellschaftlich gültiges Zeichen. Hätte er erkannt (und der Mangel dieser Erkenntnis hindert heute noch die Oekonomen, eine erschöpfende Geldtheorie zu geben), dass Geld nur eine gesellschaftliche Beziehung sachlich ausdrückt, so hätte er nichts Rätselhaftes daran finden können, dass in einem bestimmten Umkreis diese sachliche Beziehung ausgedrückt wird durch ein gesellschaftlich gültiges, mit Bewusstsein geregeltes Uebereinkommen, dessen Ausdruck das Staatspapier mit Zwangskurs ist. Dabei ist richtig, dass hier ein wesentliches Problem steckt, nämlich das nach den Schranken dieser staatlichen, also bewusst gesellschaftlichen Regelung. Dieses ö k o n o m i s c h e Problem aber schliesst Knapp gerade aus seiner Betrachtung aus.

1000 M. gleichgesetzt werden, werden 100.000 gedruckt, so jeder 50 M. gleich sein. Verdoppelt sich, die Umlaufsgeschwindigkeit immer gleichgesetzt, die Preissume der Waren und wird die Menge der Zettel nicht geändert, so werden sie 10 Millionen Mark gelten, sinkt die Preissumme auf die Hälfte, so nur $2^1/_2$ Millionen. Mit anderen Worten: Bei reiner Papierwährung mit Zwangskurs ist bei gleichbleibender Umlaufszeit der Wert des Papiergeldes bestimmt durch die Summe der Warenpreise, die in der Zirkulation umgesetzt werden muss; das Papiergeld wird hier ganz unabhängig vom Wert des Goldes und reflektiert direkt den Wert der Waren nach dem Gesetz, dass seine ganze Menge gleichen Wert repräsentiert wie die $\frac{\text{Preissumme der Waren}}{\text{Umlaufsanzahl gleichnamiger Geldstücke}}$. Man sieht sofort, dass, verglichen mit dem Ausgangspunkt, nicht nur Entwertung, sondern auch Ueberwertung des Papiergeldes eintreten kann.

Als Geldzeichen kann nun natürlich nicht nur Papier, sondern ein an sich wertvoller Stoff fungieren. Es sei die Zirkulation zum Beispiel besorgt durch Silber. Tritt Entwertung des Silbers ein infolge Senkung seiner Produktionskosten, so werden die Silberpreise der Waren steigen, während ihre Goldpreise unter sonst gleichen Umständen unverändert bleiben werden. Die Entwertung des Silbers selbst wird sich ausdrücken lassen in seinem Verhältnis zum Gold. Der Wechselkurs des Silberlandes gegenüber dem des Goldwährungslandes wird die Entwertung ausdrücken. Die Entwertung der Silbermünze, die gesetzliche Zahlkraft hat, wird bei freier Prägung genau in demselben Masse stattfinden wie die Entwertung des ungeprägten Metalls. Anders, wenn die freie Prägung[1]) eingestellt wird. Steigt jetzt die Preissumme der zu zirkulierenden Waren in unserem Beispiel von 5 auf 6 Millionen Mark und ist der Wert des gemünzten, also zur Zirkulation geeigneten Silbers entsprechend seinem Metallwert beispielsweise nur $5^1/_2$ Millionen Mark, so wird jetzt doch jede Silbermünze so weit in ihrer Bewertung innerhalb der Zirkulation steigen, dass ihre Summe gleich ist 6 Millionen Mark. Ihre Wertung als Münze übersteigt daher ihren Metallwert. Eine Erscheinung, die in der so bedeutenden Geldtheoretikern wie

[1]) Bekanntlich versteht man unter freier Prägung das Recht der Privaten, jedes beliebige Quantum des Geldstoffes bei der staatlichen Münzanstalt in Landesmünzen nach dem festgesetzten Münzmassstab umprägen zu lassen. Die Prägung ist gesperrt, wenn der Staat sich weigert, diese Umprägung vorzunehmen.

Lexis oder Lotz unerklärbaren Ueberwertung des holländischen und österreichischen Silberguldens und später der indischen Rupie zutage getreten ist, die aber nach dem Vorhergehenden nichts Rätselhaftes mehr aufweist[1]).

In der Bestimmung des Wertes des Papiergeldes durch den Wert der in Zirkulation befindlichen Warensumme erscheint der rein gesellschaftliche Charakter des Wertes darin, dass ein an sich wertloses Ding wie Papier dafür, dass es eine rein gesellschaftliche Funktion, die Zirkulation, erfüllt, einen Wert erhält, der bestimmt ist nicht durch den eigenen verschwindend geringen Wert, sondern durch den der Warenmasse, die ihren Wert auf die Papierzettel reflektiert. Wie der Mond, der selbst längst erkaltet ist, nur leuchten kann, weil er von dem feurigen Sonnenball das Licht erhält, so hat das Papiergeld nur Wert, weil den Waren der gesellschaftliche Charakter der Arbeit Wert verleiht. Es ist der reflektierte Arbeitswert, der das Papier zu Geld macht, wie es das reflektierte Sonnenlicht ist, das den Mond leuchten lässt. Es ist beim Papier Wertschein, nämlich Warenwertschein, wie beim Mond Mondschein, nämlich Sonnenlichtschein.

Oesterreich hatte seit 1859 uneinlösliches Papiergeld. Die Silbergulden erzielten gegenüber dem Papier ein Agio. Es war eben mehr Papier ausgegeben als die Zirkulation erforderte. Dadurch trat der von uns früher geschilderte Zustand ein: wie viel Waren ein Gulden kaufen konnte, war nicht mehr abhängig vom Wert des Silbers, sondern von dem Wert der in Zirkulation befindlichen Gesamtwarenmasse, durch den die Geltung der Gesamtsumme des Papiergeldes bestimmt war. War der Wert der Gesamtzirkulation

[1]) In der Tat ist für die Schriftsteller, die unter dem Eindruck der englischen Bankrestriktion schreiben, die Möglichkeit der Ueberwertung kein Problem, indem sie ganz naiv die Gesetze des Papiergeldes auf die Metallwährung anwenden. Man vergleiche das folgende Zitat: „Es ist klar, dass wie die Ueberausgabe von Papiergeld die nominellen Preise der Waren erhöht, so aus ebensolchen Gründen die Kontraktion unter das natürliche Mass des Zirkulationserfordernisses in demselben Grad die nominellen Preise verringern wird..... Gold in Barrenform wird dann oft von geringerem Wert auf dem Markte sein als Gold in Münzform und der Kaufmann wird es zur Münze bringen, um den Profit aus seiner Verwandlung von Barren in Münzen zu erlangen." William Blake, „Observations on the principles which regulate the course of exchange and on the present depreciated state of the currency". London 1810. Seite 40.

= 500 Millionen Gulden, waren aber 600 Millionen Papiergulden gedruckt worden, so konnte der Papiergulden nur mehr so viel Waren kaufen wie früher $^5/_6$ Silbergulden. Damit wurde der Silbergulden selbst zur Ware; denn man zahlte nur mehr in Papiergulden und verkaufte den Silbergulden etwa ins Ausland; dafür bekam man $^6/_5$ Papiergulden, womit man seine früheren Silberguldenschulden bezahlen konnte. Das Silber verschwand aus der Zirkulation. Eine Aenderung in dem Verhältnis zwischen Silber- und Papiergulden kann nun auf zweierlei Art eintreten. Einmal kann bei unverändertem Wert des Silberguldens infolge der Entwicklung der Warenzirkulation der Warenumsatz steigen. Findet keine Neuausgabe von Papiergeld statt, so kann der Papiergulden wieder seine alte Geltung erlangen, sobald die zirkulierende Warensumme 600 Millionen Gulden zu ihrem Umsatz erfordert. Es kann auch, wenn die Warensumme steigt, der Papiergulden über seinen Ausgangspunkt steigen. Erfordert die Warensumme 700 Millionen Gulden und sind nur 600 Millionen Papiergulden in Zirkulation, so wird jetzt der Papiergulden $^7/_6$ des Silberguldens gelten. Besteht freie Silberprägung, so werden Private Silber so lange ausprägen lassen, bis in die Zirkulation so viele Silbergulden eingetreten sind, dass Papiergulden und Silbergulden zusammen zur Zirkulation der 700 Millionen Gulden Waren ausreichen. Dann gilt Papier- und Silbergulden dasselbe und bei Fortbestand der freien Prägung ist der Papiergulden nicht mehr durch den Warenwert bestimmt, sondern durch das Silber, ist also wieder Silberzeichen geworden.

Aehnliche Vorgänge können auch auf andere Weise eintreten. Die Warenzirkulation bleibe zunächst dieselbe; der Papiergulden gilt dann nur mehr $^5/_6$ des Silberguldens; jetzt träte aber ein Fall im Wert des Silbers ein; dieses falle um $^1/_6$. Dann wird man um den Silbergulden so viel Waren kaufen können, wie um den Papiergulden; das Silberagio ist verschwunden und das Silber bleibt in Zirkulation. Fällt das Silber noch stärker, sage um $^2/_6$, dann wird es profitlich, Silber anzukaufen und es in Oesterreich ausprägen zu lassen. Diese Ausprägung würde solange vor sich gehen, bis die Summe von Papiergulden und Silbergulden so gross geworden ist, dass sie, obwohl um $^2/_6$ in ihrer Kaufkraft vermindert, zur Zirkulation hinreicht. Wir haben vorausgesetzt eine Zirkulation von 500 Millionen Gulden (ursprünglicher Geltung) in Waren. Wir hatten 600 Millionen Gulden Papier. Diese galten also $^5/_6$

des ursprünglichen Gulden. Jetzt kommen dazu Silbergulden, die nur $^4/_6$ gelten. Um die Waren zu zirkulieren, brauchen wir jetzt $^6/_4 \times$ 500 Millionen Gulden oder 750 Millionen Gulden; diese würden aus 600 Millionen Papier- und 150 Millionen neugeprägter Silbergulden bestehen. Der Staat will aber die Entwertung seiner Valuta hindern; dazu braucht er nur die freie Silberprägung aufzuheben. Sein Gulden bleibt dann unabhängig vom Silberpreis; seine Geltung nach wie vor $^5/_6$ des ursprünglichen Guldens; die Senkung des Silberwertes kommt beim Silbergeld nicht zum Ausdruck.

Das widerspricht der herkömmlichen Theorie, wonach ein Silbergulden unter allen Umständen nur ein Stück Silber von $^1/_{45}$ Pfund ist und daher denselben Wert haben muss; es erklärt sich leicht, wenn man weiss, dass bei gesperrter Prägung die Geltung des Geldes nur ein Reflex des in die Zirkulation eingehenden Wertes der Warensumme ist. Da unserer Voraussetzung nach das Silber um $^2/_6$ gefallen ist, der österreichische Gulden aber nur um $^1/_6$ niedriger steht als bei dem Ausgangspunkt der Betrachtung, so wird der noch in Zirkulation befindliche österreichische Silbergulden um $^1/_6$ höher stehen als der Preis des gleichen Quantums Silber beträgt. Es ist also überwertet. In der Tat ist das Phänomen in Oesterreich um die Mitte des Jahres 1878 eingetreten. Verursacht wurde es dadurch, dass einerseits der Wert des Papierguldens durch die Entwicklung der Zirkulation steigen musste, da die Papiergeldsumme nicht oder nicht in gleichem Verhältnis vermehrt wurde, anderseits der Wert des Silbers fiel, was im Fallen des Londoner Silberpreises zum Ausdruck kam.

Der schematischen Darstellung entspricht die Wirklichkeit vollkommen. In den Niederlanden wurde die freie Silberprägung im Mai 1873 eingestellt. Während das metallische Silber im Verhältnis zum Gold eine Entwertung erfuhr, wies das geprägte holländische Silbergeld eine beträchtliche Wertsteigerung auf. „Während bis zum Anfang des Jahres 1875 der Silberpreis in London bis auf etwa $57^1/_2$ Pence hinabging, stieg der Wert des niederländischen gegenüber dem des englischen Geldes soweit, dass 1 Pfund Sterling statt — wie früher — 12 Gulden nur noch 11·6 Gulden notierte. Darin kam die Tatsache in Erscheinung, dass der Wert des holländischen Guldens um etwa 10 Prozent über seinen Silbergehalt hinaus gestiegen war.“ Erst 1875 wurde dann

das goldene 10 Guldenstück als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt [1]). „Schon im Jahre 1879 war der Silbergehalt des Silberguldens nur noch 96·85 Kreuzer wert und er ging weiter zurück bis auf 91·95 Kreuzer im Jahre 1886 und 84·69 Kreuzer im Jahre 1891." [2])

Die Entwicklung der österreichischen Währung sei im folgenden kurz geschildert: „Die Währung der Monarchie war kraft der Patente vom 19. September 1857 und vom 27. April 1858, seit 1. November 1858 rechtlich und zunächst auch faktisch eine Silberwährung mit einem Münzfuss von 45 Gulden per Zollpfund feinen Silbers (90 Gulden [fl.] per Kilogramm). Eine Barzahlung in Silber (seitens der Notenbank) bestand jedoch nur ganze kurze Zeit (zu Ende des Jahres 1858). Ueberdies hatte das Silber infolge der andauernd kritischen politischen und finanziellen Verhältnisse (die eben eine Mehrausgabe von Noten zur Folge hatten. R. H.) bis 1878 gegenüber dem Papiergeld ein Agio, welches die Silbermünzen mehr und mehr aus dem Verkehr drängte. Das Silberagio betrug 1871 noch über 20 Prozent, sank aber im Laufe der Siebzigerjahre infolge des ausserordentlichen Sturzes des Silberpreises am Weltmarkt sukzessive. Von 1875 an war der Preis des Silbers ein so tiefer, dass er dem Münzpreis desselben (45 fl. ö. W. per Zollpfund) wiederholt nahekam und denselben im Laufe des Jahres 1878 auch erreichte. Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kurses der Devise London an der Wiener Börse wurde die Einlieferung von Silber in die Wiener und Kremnitzer Münze behufs Ausprägung in Landessilbermünzen rentabel. Tatsächlich nahm die Einfuhr von Silber in das österreichisch-ungarische Zollgebiet im Jahre 1878 ausserordentlich zu und die Ausprägung von Landessilbermünzen erreichte in diesem Jahre und in dem folgenden (auf Grund der bereits früher erfolgten Anmeldungen) eine vorher nicht erreichte Höhe." [3]) Um die Devalvierung der Währung zu verhüten, wurde zu Beginn des Jahres 1879 die freie Silberprägung eingestellt. Die Einstellung der Silberprägung „bewirkte, dass die Kaufkraft des österreichischen Guldens dem gleichsam mechanischen Einfluss des Silberpreises entrückt wurde, sich viel-

---

[1]) Siehe Helfferich, „Das Geld", Seite 77.

[2]) Ebenda, Seite 80.

[3]) Spitzmüller: „Die österreichisch-ungarische Währungsreform". „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung." XI. Band, 1902, Seite 339.

mehr nahezu ganz unabhängig von dem Werte des im österreichischen Silbergulden enthaltenen Silberquantums entwickelte. Das in 100 Silbergulden enthaltene Feinsilber hatte nämlich unter Zugrundelegung des Londoner Silberpreises und des Kurses der Devise London in Wien durchschnittlich einen Wert:

im Jahre 1883	von 97 fl.	64 kr.
„ „ 1887	„ 91 „	— „
„ „ 1888	„ 86 „	08 „
„ „ 1889	„ 82 „	12 „
„ „ 1891	„ 84 „	70 „

Der Wert von 100 fl. ö. W. hätte unter denselben Voraussetzungen in Gulden Gold[1]) betragen:

1883	82 fl.	38 kr.
1887	72 „	42 „
1888	69 „	34 „
1889	69 „	38 „
1891	73 „	15 „

Dagegen betrug der tatsächliche kursmässige Wert von 100 fl. ö. W. im Durchschnitt der bezeichneten Jahre: 84·08, 79·85, 81·39, 84·33 und 86·33 Gulden Gold" [2]). Mit anderen Worten, die österreichischen Silbergulden waren in diesen Jahren überwertet, das heisst, ihre Kaufkraft war höher als die des in ihnen enthaltenen Silbers, und zwar betrug die Differenz für 100 Silbergulden in den Jahren

1883	1 fl.	70 kr.	in Goldgulden
1887	7 „	43 „	„ „
1888	12 „	05 „	„ „
1889	14 „	95 „	„ „
1891	13 „	18 „	„ „

Man ersieht aus dieser Tabelle, dass der Kurs des Silberguldens nicht nur nahezu, wie Spitzmüller meint, sondern völlig unabhängig vom Silberpreis sich bewegt.

Spitzmüller nennt diese Währung „Kreditwährung", aber er kann nicht angeben, wodurch ihr Kurs bestimmt war. Er sagt:

---

[1]) Der Goldgulden ist der achte Teil des Achtguldenstückes, das als Handelsmünze geprägt wurde, also nicht für die inländische Zirkulation bestimmt war, und dem Zwanzig Francs-Stück mit Rücksicht auf den Goldgehalt gleich war.

[2]) Ebenda, Seite 311.

„Kauf und Tauschkraft des österreichischen Silber-, beziehungsweise Papierguldens wurden demnach in der Periode 1879 bis 1891 in erster Linie nicht durch den Wert des Währungsmetalles bestimmt; ja noch mehr, der österreichische Gulden wies in dieser Periode, wie Karl Menger treffend hervorgehoben hat („N. Fr. Pr." vom 12. Dezember 1889), „einen Verkehrswert auf, welcher durch den inneren Wert keiner existierenden effektiven Münze dargestellt" wurde.

Die österreichische Währung war demnach faktisch keine Silberwährung mehr, ja selbst hinkende Silberwährung konnte sie nur im uneigentlichen Sinn genannt werden. Sie war vielmehr eine Kreditwährung, deren Bewertung im internationalen Verkehr in erster Linie durch die Zahlungsbilanz des österreichisch-ungarischen Zollgebietes, im inneren Verkehr aber überdies durch die übrigen, im Zollinland preisbildenden (sic!) wirksamen Faktoren bedingt war." (Seite 341.)

Seine Unsicherheit geht deutlich aus folgender Stelle hervor:

„Immerhin würde man fehlgehen, wenn man annehmen wollte, dass der „Kredit", welcher der österreichischen Währung entgegengebracht wurde, von der Preisgestaltung am Silbermarkt ganz und gar (!) unabhängig war; vielmehr spielte der Umstand, dass die Sistierung der Silberprägung für Private nur auf einer administrativen, stets widerruflichen Verfügung beruhte und überdies die Prägungen für Staatsrechnungen fortdauerten, bei der Beratung unserer Währung in der Uebergangsperiode von 1879 bis 1891 unzweifelhaft eine gewisse (!) Rolle; denn die oben erwähnten Momente liessen die Zukunft unserer Währung als eine völlig unsichere erscheinen. Insbesondere ist es gewiss kein Zufall, dass der neuerliche Preisfall des Silbers in den Jahren 1885 bis 1888 mit einer starken Verteuerung unserer Devisenkurse einherging." (Seite 311.)

Es wäre interessant, wenn gezeigt würde, wie die gänzlich unsichere Meinung über die Zukunft der Währung in jedem Moment sich in mathematisch bestimmte Kurserhöhungen oder Erniedrigungen umsetzen kann. In der Tat haben diese subjektiven Einflüsse gar keine Rolle gespielt, sondern nur die objektive Gestaltung des gesellschaftlichen Zirkulationserfordernisses.

Viel näher kommt Helfferich der richtigen Erklärung, wenn er sagt:

„Der Mehrwert des geprägten Geldes (sc. bei Währungen mit gesperrter Prägung) beruht darauf, dass nur das geprägte Metall, nicht auch das ungeprägte Metall die Funktionen als Geld erfüllen kann und dass der Staat sich weigert, auf Verlangen das Metall in geprägtes Geld zu verwandeln.

Auch der Wert des uneinlösbaren Papiergeldes beruht ausschliesslich darauf, dass es vom Staate zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt ist, dass es zur Erfüllung bestehender Schuldverpflichtungen verwendet werden kann und dass es für die wirtschaftlich gänzlich unentbehrlichen Funktionen des Geldes staatlich privilegiert ist.

Der Wert beider Arten von Geld beruht weder auf dem Wert ihres Stoffes an sich, noch darauf, dass sie etwa eine Forderung enthielten, wie einlösbare Noten, sondern ausschliesslich auf dem ihnen beigelegten Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel." („Das Geld", Seite 81.)

Die Einstellung der freien Prägung bei Silberwährung ist die Bedingung und zugleich die Erklärung dafür, dass das gemünzte Silber sich von seinem Stoffwert emanzipiert, wie Helfferich richtig hervorhebt. Es wird aber damit nichts über die Grösse des Wertes gesagt, den die Münze nunmehr erhält und gerade das ist das Entscheidende. Diese Grösse ist bestimmt durch die gesellschaftlich notwendige Zirkulationsmenge, die ihrerseits zuletzt bestimmt ist durch den Wert der Warensumme. Dies zu erkennen, hindert Helfferich seine subjektivistische Werttheorie.

Dagegen ist es ganz richtig, was Helfferich gegen die Kredithypothese, wie sie auch Spitzmüller vertritt, einwendet:

„Bei den freien Währungen, bei welchen in allen Geldsorten der Stoffwert der Münzen hinter ihrem Geldwert zurückbleibt, ist es schon deshalb gänzlich ausgeschlossen, den höheren Geldwert auf den Kredit zurückzuführen, weil es gar kein vollwertiges Geld gibt, in welchem das unterwertige Geld einlösbar sein und von dem es auf dem Wege des Kredits seinen Wert ableiten könnte. Im niederländischen Geldwesen gab es von 1873 bis 1875, im österreichischen von 1879 bis 1892, im indischen von 1893 bis 1899 überhaupt kein vollwertiges Geld. Der den Stoffwert überschreitende Geldwert des holländischen und österreichischen Silberguldens und der indischen Rupie war ein durchaus selbständiger, von keinem anderen Wertgegenstand abgeleiteter Wert. Er beruhte nicht einmal auf einer Tarifierung in vollwertigem Geld, geschweige denn auf einem Forderungsrecht auf vollwertiges Geld, sondern einzig und allein auf dem diesen Münzen beigelegten Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel und der beschränkten Prägung. Wie wenig sich die Theorie bisher von der Vorstellung befreit hat, dass unterwertiges Geld Kreditgeld sein müsse und mindestens seinen Wert von einem vollwertigen Geld ableiten müsse, zeigt die Unklarheit, welche teilweise heute noch über das Verhalten der österreichischen Währung vom Jahre 1879 an besteht. Die Erscheinung, dass sich der Wert des geprägten österreichischen Silberguldens nach der Einstellung der freien Silberprägung über den Wert seines Silbergehaltes erhob, verblüffte in erster Reihe deshalb, weil man nicht sah, von welcher in ihrem Stoffe höherwertigen Geldsorte der Silbergulden den seinen Silbergehalt überschreitenden Geldwert ableitete. Man verfiel deshalb auf die sonderbare Erklärung, dass der Wert des Silberguldens nur durch seine Verknüpfung mit dem Papiergulden über seinem Papierwert gehalten werde." („Das Geld", Seite 382 ff.)

Analoge Erscheinungen wie im österreichischen Geldwesen sehen wir in Indien. Im Jahre 1893 wurde die bisher freie Silberprägung eingestellt. Die Absicht war, den Kurs der Rupie auf

16 Pence zu heben. Dieser Kurs entsprach bei freier Prägung einem Silberpreis von ungefähr 43·05 Pence. Das heisst bei einem solchen Preis erzielte das in der Rupie vorhandene Silber, wenn eingeschmolzen und verkauft, auf dem Londoner (Welt-)Markt den Preis von 16 Pence. Die Wirkung der Einstellung der freien Prägung war folgende: Der Rupienkurs stieg auf 16 Pence, nachdem er vorher $14^7/_8$ Pence betragen hatte. Dagegen sank der Silberpreis im Verlauf weniger Tage von 38 Pence vor Schliessung der Münzstätten auf 30 Pence am 1. Juli. Von da an ging der Rupienkurs abwärts, während der Silberpreis auf $34^3/_4$ Pence stieg, und um diesen Betrag bis zur Einstellung der amerikanischen Silberkäufe (monatlich $4^1/_2$ Millionen Oz. f.) am 1. November 1893 schwankte. Von da an ging er zurück und erreichte am 26. August 1897 mit $23^3/_4$ Pence einen Tiefstand. Dagegen erreichte der Wert der indischen Valuta Anfang September 1897 die gewünschte Höhe von 16 Pence, während der in der Rupie enthaltene Metallwert zirka 8·87 Pence beträgt.

Es „war von Anfang an der Erfolg zu verzeichnen, dass der Kurs der Rupie sich bereits von der Schliessung der indischen Münzstätten für private Prägung ab ständig über dem Schmelzwert hielt, und zwar um erheblich mehr, als die Prägekosten ausmachten. Von Mitte 1896 an erwies sich auch der letzte Zusammenhang zwischen dem Silberpreis und dem Rupienkurs als gelöst, und der Parallelismus, der zwischen ihren Bewegungen, wenn zuletzt auch erheblich abgeschwächt, immer noch bestanden hatte, war endgültig beseitigt.“ [1] und [2]

---

[1]) Dr. Anton Arnold, „Das indische Geldwesen unter besonderer Berücksichtigung seiner Retormen seit 1893“, Seite 227.

[2]) Ein Freund, der von einer Reise aus Indien zurückkehrte, erzählte mir einmal folgendes: Er beobachtete einige Europäer, die in einem indischen Bazar Silberschmuck erstanden. Der indische Händler bot ihnen an, den Schmuck abzuwiegen, um ihr Misstrauen, übervorteilt zu werden, zu verscheuchen. Der Kaufpreis solle in dem gleichen Gewicht Silberrupien bestehen. Die Europäer waren damit sehr zufrieden und schlossen das Geschäft mit dem befriedigten Gefühl ab, dem Händler nur den Metallwert ersetzt und die Verarbeitungskosten gratis erhalten zu haben. Dass der Händler dank der Währungsgesetzgebung dabei einen Preis von fast 100 Prozent über dem Metallwert erzielt hatte, wussten sie natürlich nicht. Man wird diese Geldstrafe für nationalökonomische Unwissenheit sicher nur angemessen finden und nur bedauern, dass sie sich nicht verallgemeinern lässt.

Was die Geldtheoretiker quält, ist die Frage, was bei der gesperrten Währung Wertmesser ist [1]). Das Silber (bei gesperrter Goldwährung könnte genau dasselbe Phänomen auftreten) ist es offensichtlich nicht [2]). Der Kurs des Geldes und der Preis des Metalls verfolgen ganz verschiedene Bewegungen. Die Quantitätstheorie gilt mit Recht seit dem Nachweis Tookes als unhaltbar. Dazu kommt, dass man überhaupt nicht die Metallmasse auf der einen Seite, die Warenmasse auf der anderen in Beziehung setzen kann. Welche Beziehung soll zwischen x Kilo Gold oder Silber oder gar Papier und *a* Millionen Stiefeln, *b* Millionen Schachteln Stiefelwichse, *c* Zentnern Weizen, *d* Hektolitern Bier u. s. f. bestehen? Die Inbeziehungsetzung der Geldmasse auf der einen, der Warenmasse auf der anderen setzt bereits ein Gemeinsames voraus, eben das Wertverhältnis, das zu erklären ist.

Die Macht des Staates heranzuziehen, genügt aber ebenfalls nicht. Es bleibt zunächst völlig mystisch, wieso der Staat imstande sein soll, auch nur um ein Hundertstel eines Hellers einem Papierzettel oder einem Gramm Silber grössere Kaufkraft gegenüber Weinen, Stiefel, Stiefelwichse etc. zu verleihen. Zudem hat der Staat regelmässig bei solchen Versuchen Schiffbruch erlitten. Der indischen Regierung nützte ihr Willen, der Rupie den Kurs von 16 Pence zu verleihen, zunächst nicht das geringste. Die Rupie kümmerte sich nicht darum und der nächste Erfolg des Staates war nur, den Kurs der Rupie zunächst überhaupt völlig unberechenbar

---

[1]) „Man darf in der Tat daran zweifeln, ob seit Einführung des neuen Banksystems (gemeint ist die Suspension der Barzahlung und Verleihung des Zwangskurses für die Noten der Bank von England im Jahre 1797) das Gold fortgefahren hat, in Wirklichkeit unser Wertmesser (measure of prices) zu sein; und ob wir einen anderen Massstab der Preise (standard of prices) haben als jenes Zirkulationsmittel (circulating medium) der Bank von England und der Landbanken, dessen Variationen in seinem relativen Wert so unbestimmt sein können als der mögliche Exzess dieses Zirkulationsmittels." Report from the select Committee appointed to inquire into the cause of the high Price of Gold Bullion. (London 1810.) Seite 16. Der Report lässt die Frage, die er stellt, unentschieden.

[2]) Richtig hat Lindsay vor dem unter Vorsitz von Lord Towler tagenden Währungskomitee von 1898 erklärt: „Rupien unter dem gegenwärtigen Währungssystem sind nichts anderes als eine Art uneinlösbarer, mit Zwangskurs versehener metallischer Noten, für die deshalb alle Gesetze zutreffen, die für uneinlösbares Papiergeld gelten." Diese Gesetze sind nach Lindsay die von Ricardo aufgestellten. (Zitiert bei Bothe „Die indische Währungsreform".)

zu machen, da er sich jetzt auch um den Preis des Silbers nicht mehr kümmerte. Für den österreichischen Staat gar kam die Ueberwertung des Silberguldens völlig überraschend, ohne jedes beabsichtigte Eingreifen, gleichsam über die Nacht seiner Ahnungslosigkeit. Was die Theoretiker narrt[1], ist der Umstand, dass das Geld seine Eigenschaft, Wertmesser zu sein, scheinbar beibehalten hat. Natürlich werden nach wie vor alle Waren in Geld ausgedrückt, „gemessen". Das Geld erscheint nach wie vor als Wertmesser. Aber die Grösse des Wertes dieses „Wertmessers" ist nicht mehr bestimmt durch den Wert der Ware, die ihn bildet, den Wert des Goldes oder Silbers oder des Papiers. Vielmehr wird dieser „Wert" in Wirklichkeit bestimmt durch den Gesamtwert der zu zirkulierenden Waren (bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit). Der wirkliche Wertmesser ist nicht das Geld, sondern der „Kurs" des Geldes wird bestimmt durch das, was ich den gesellschaftlich notwendigen Zirkulationswert nennen möchte, der gegeben ist,

[1]) Sehr charakteristisch ist folgendes Fragespiel bei Bothe („Die indische Währungsreform seit 1893", Cotta 1904, Seite 48 ff): „Was war nach dem 26. Juni 1893 Wertmesser in Indien?" Dass, sobald einmal der Goldwert der Rupie sich über den Goldwert des in ihr enthaltenen Quantums Feinsilber erhöht hatte, Silber nicht mehr der Wertmassstab war .... ist klar. War etwa die „Rupie" Wertmesser in Indien geworden in dem Sinne, wie Professor Lexis in seinem Artikel „Papiergeld" („Handwörterbuch der Staatswissenschaften") ausführt, dass uneinlössliche, mit Zwangskurs versehene Noten zum selbständigen Gelde, das heisst auch zum Wertmassstab werden können, weil ihnen ihre gesetzliche Zahlungskraft die „höchste Ausprägung des Zahlungskredites", die Bewahrung ihres Wertes gegen Waren gestatte? Oder war das Gold nach Schliessung der Münzstätten Wertmesser in Indien? Spricht man der „Rupie" die Eigenschaft eines Wertmessers zu, so ist das gleichbedeutend mit der Behauptung, dass ein Abstraktum Wertmesser sein könne, denn nach dem 26. Juni 1893 war der Wert der Rupie nicht mehr durch den Gebrauchswert (!) des Stoffes, aus dem sie geprägt war, bedingt — dieser letztere war ja nur mehr die stets Verschiebungen ausgesetzte untere Grenze — sondern durch das Urteil über Eigenschaften und Brauchbarkeiten der „Rupie", die ausserhalb der aus ihrem Stoffe sich ableitenden lagen.

Ganz ebenso ist die Meinung John Lubbocks, „dass „exchange" seit Schliessung der Münzstätten Wertmesser geworden sei, nur eine andere Form der nicht unbedenklichen (!) Behauptung, dass ein Abstraktum Wertmesser sein könne". Voilà tout. Man sieht, die sehr konkrete Hochachtung vor der Autorität Professor Lexis' hindert den Verfasser an jeder Kritik des Mangels an theoretischer „Abstraktion", die Lexis zu dem famosen Abstraktum führt. Wo aber der Begriff des Wertes mangelt, da stellt zur rechten Zeit das Wort „Vertrauen" sich ein. Vergleiche übrigens die treffende Polemik gegen Lexis bei Arnold, a. a. O., Seite 241 ff.

wenn wir auch die Zahlungsfunktion des Geldes berücksichtigen, was wir bisher der Vereinfachung wegen unterlassen haben und worauf wir später ausführlich zu sprechen kommen, durch die Formel $\frac{\text{Wertsumme der Waren}}{\text{Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes}}$ plus der Summe der fälligen Zahlungen minus der sich ausgleichenden Zahlungen, minus endlich der Anzahl Umläufe, worin dasselbe Geldstück abwechselnd bald als Zirkulations-, bald als Zahlungsmittel funktioniert. Das ist natürlich ein Massstab, dessen Grösse nicht im vorhinein ausgerechnet werden kann. Der Rechenmeister, der allein imstande ist, das Exempel zu lösen, ist die Gesellschaft. Die Grösse wechselt und mit ihm der Kurs des Geldes. Dies zeigen der wechselnde Kurs der indischen Rupie von 1893 bis 1897 und ebenso die Schwankungen der österreichischen Valuta sehr deutlich. Diese Schwankungen werden vermieden, sobald als Wertmesser wieder eine vollwertige Ware (Silber, Gold) als Geld funktioniert. Dazu ist keineswegs nötig, wie wir gesehen haben, dass das Papiergeld oder unterwertiges Geld aus dem Verkehr verschwindet; es braucht bloss auf das Zirkulationsminimum reduziert werden und die Schwankungen, die über das Minimum hinausgehen, durch den Eintritt von vollwertigem Geld beseitigt werden.

Das Mystische verliert die merkwürdige Geschichte der gesperrten Währungen oder der „Silberwährung mit vergoldetem Rand, des Goldmarginalsystems“, wie man die indische und analoge Währungen genannt hat, erst dann, wenn man sie im Lichte der marxistischen Geldtheorie betrachtet, wie sie anderseits im Lichte der „metallistischen“ Theorie unerklärbar bleibt. Knapp dagegen, der mit grösstem Scharfsinn viele Mängel der „metallistischen“ Theorie — die Marxische berücksichtigt er nicht und konfundiert sie offenbar mit jener — aufgedeckt hat, gibt selbst keine *ökonomische* Erklärung der Phänomene, sondern nur ein kunstvolles System der Einteilung der Geldarten, ohne auf ihr Entstehen oder ihre Entwicklung einzugehen. Es ist eine spezifisch juristische Darstellung, für die der breite Raum, den die Terminologie einnimmt, charakteristisch ist; das ökonomische Grundproblem des Geldwertes und der Kaufkraft des Geldes bleibt gänzlich ausserhalb der Betrachtung. Knapp ist gleichsam der Linné der Geldtheorie, während Marx auch hier Darwin ist. Aber dieser Linné kommt lange nach Darwin!

Knapp ist der konsequenteste Ausläufer jener Theorie, die, weil sie die Phänomene der Papierwährung nicht erklären kann, das bei dem Papiergeld mit Zwangskurs in die Augen fallende Phänomen des Einflusses der Quantität der ausgegebenen Papierzettel einfach auf die metallische und damit auf die Zirkulation überhaupt (Metall plus Banknoten, die mit dem Staatspapiergeld zusammengefasst werden) überträgt. Sie betrachtet nur das quantitative Verhältnis und übersieht dabei das Bestimmende des Wertes, sowohl des Warenwertes als des Geldwertes. Ihr Irrtum entsteht aus den Erfahrungen der Papiergeldwirtschaft besonders Englands seit der Suspension der Barzahlung 1797. „Als historischer Hintergrund der Debatte diente die Geschichte des Papiergeldes im achtzehnten Jahrhundert, das Fiasko der Lawschen Bank, die mit der wachsenden Quantität der Wertzeichen Hand in Hand gehende Depreziation der Provinzialbanknoten der englischen Kolonien in Nordamerika vom Anfang bis in die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts; dann später das von der amerikanischen Zentralregierung während des Unabhängigkeitskrieges gesetzlich aufgezwungene Papiergeld (Continental bills), endlich das auf noch grösserer Stufenleiter ausgeführte Experiment der französischen Assignaten.“ [1])

Diesem falschen Schluss entging auch der Scharfsinn Ricardos nicht und das ist psychologisch interessant für den übermächtigen Einfluss empirischer Eindrücke auf das abstrakte Denken. Denn gerade Ricardo geht sonst überall von den Quantitätsverhältnissen, die die Preise beeinflussen (von Nachfrage und Angebot als preisbestimmenden Faktoren), zurück auf das den Quantitätsverhältnissen Zugrundeliegende und sie Beherrschende, auf den Wert. Nur in der Geldfrage schiebt er den bereits gefundenen Wertbegriff beiseite. Er sagt: „If a mine of gold were discovered in either of these countries, the currency of that country would be lowered in value in consequence of the increased quantity of the precious metals brought into circulation, and would therefore no longer be of the same value as that of other countries.“ [2]) Hier ist es die Quantität allein, die den Wert des Goldes senkt und das Gold

---

[1]) Marx, „Zur Kritik der politischen Oekonomie“, Seite 177.

[2]) „Würde in einem Lande eine Goldmine entdeckt, wo würde in diesem Lande das Umlaufsmittel entwertet werden infolge der vermehrten Menge der edlen Metalle, die in Zirkulation treten würden, und es würde infolgedessen nicht länger denselben Wert besitzen, wie das Umlaufsmittel anderer Länder.“

wird ganz einseitig nur als Zirkulationsmittel gefasst, woraus dann natürlich folgt, dass sofort alles Gold auch insgesamt in die Zirkulation eintritt. Und da die Quantität allein entscheidet, kann dann das Gold ohneweiters gleichgesetzt werden mit der Banknote, die zwar Ricardo mit Worten zunächst als konvertibel voraussetzt, die ihm aber, dem Zustand der damaligen englischen Währung entsprechend, als Staatspapiergeld mit Zwangskurs vorschwebt. Daher kann er sagen: „If instead of a mine being discovered in any country, a bank were established, such as the Bank of England, with the power of issuing its notes for a circulating medium, after a large amount had been issued, . . . thereby adding considerably to the sum of the currency, the same effect would follow as in the case of the mine.“ [1]) Hier wird also die Wirkung der Bank von England und die der Entdeckung einer Goldmine gleichgesetzt: denn beide vermehren das umlaufende Medium [2]).

Diese Gleichsetzung liess dann weder die Gesetze der metallischen noch der Banknotenzirkulation richtig erkennen. Knapp wieder ist ganz bestimmt durch die geschilderten neuen Phänomene der stabilen „Papierwährungen“ und der Loslösung des Silbergeldes von seinem Metallwert. Das letztere ist dem Silbergeld (also Metallgeld) mit dem Papiergeld gemeinsam. Das Papiergeld aber scheint in seinem Wert bestimmt durch den Staat, der es ausgibt. Da aber das Silber bei gesperrter Prägung in dieser einen Beziehung mit dem Papier übereinkommt, so entsteht die Illusion, dass das Papier — wie das Metallgeld, also das Geld überhaupt — bestimmt ist durch den Staat, und die staatliche Theorie des Geldes, die bewusst keine ökonomische ist, ist entstanden. Die Illusion, die ihr zugrunde liegt, erfordert folgende Kritik:

„Die Einmischung des Staates, der das Papiergeld mit Zwangskurs ausgibt . . . , scheint das ökonomische Gesetz aufzuheben. Der Staat, der in dem Münzpreis einem bestimmten Goldgewicht nur einen Taufnamen gab und in der Münzung nur seinen Stempel

---

[1]) „Wenn statt der Entdeckung einer Mine in einem Lande eine Bank, wie die Bank von England, errichtet wird mit der Befugnis, ihre Noten als Zirkulationsmittel auszugeben, so wird, sobald eine grosse Summe Noten ausgegeben ist, die so ein Beträchtliches zu der Summe der Umlaufsmittel beiträgt, genau die gleiche Wirkung eintreten, als im Falle der Entdeckung der Mine.“

[2]) Ricardo, High Price of Bullion. The Works of David Ricardo. Herausgegeben von McCulloch. New edition. London 1888. Seite 264.

auf das Gold drückte, scheint jetzt durch die Magie seines Stempels Papier in Gold zu verwandeln. Da die Papierzettel Zwangskurs haben, kann niemand ihn hindern, beliebig grosse Anzahl derselben in Zirkulation zu zwängen und beliebige Münznamen, wie 1 Pfund Sterling, 5 Pfund Sterling, 20 Pfund Sterling, ihnen aufzuprägen. Die einmal in Zirkulation befindlichen Zettel ist es unmöglich hinauszuwerfen, da sowohl die Grenzpfähle des Landes ihren Lauf hemmen, als sie allen Wert, Gebrauchswert wie Tauschwert, ausserhalb der Zirkulation verlieren. Von ihrem funktionellen Dasein getrennt, verwandeln sie sich in nichtswürdige Papierlappen. Indes ist diese Macht des Staates blosser Schein. Er mag beliebige Quantität Papierzettel mit beliebigen Münznamen in die Zirkulation hineinschleudern, aber mit diesem mechanischen Akt hört seine Kontrolle auf. (NB. Und damit hört zugleich auch Knapps Theorie gerade da auf, wo das ökonomische Problem beginnt.) Von der Zirkulation ergriffen, fällt das Wertzeichen oder Papiergeld ihren immanenten Gesetzen anheim.“ [1])

Die Schwierigkeiten der Erklärung rühren daher, dass die verschiedenen Geldfunktionen und die verschiedenen Geldarten (das Staatspapiergeld und das Kreditgeld [s. in ff.]) durcheinander geworfen werden. War es der Fehler der Quantitätstheorie, dem auch Ricardo nicht entging, die Gesetze des Staatspapiergeldes mit denen der Geldzirkulation überhaupt und insbesondere mit denen des Banknoten- (Kreditgeld-) Umlaufs zu konfundieren, so geschieht heute das Umgekehrte. Da die Quantitätstheorie mit Recht als widerlegt betrachtet wird, fürchtet man sich, den Einfluss der Quantität auf den Geldkurs dort einzugestehen, wo er bestimmend ist, nämlich bei Papiergeldwährung und bei Währungen mit „unterwertigem“ Geld. Man greift zu allerhand Erklärungen und hilft sich, weil man das gesellschaftliche Bestimmungsmoment nicht kennt, mit subjektiven Erklärungsversuchen und sucht den Wert des Staatspapieres auf irgendwelche Kreditschätzungen zurückzuführen. Da man aber anderseits beim Metallwert an dem Eigenwert des Geldes festhalten muss, will man nicht wie Knapp gezwungen sein, überhaupt auf die Erklärung des ökonomischen Inhalts zu verzichten, so bleibt die Ueberwertung eben unerklärt. Bei Ricardo erklärt sich jede Wertänderung des Geldes aus Quantitätsänderung. Da die Wert-

[1]) Marx, „Zur Kritik der politischen Oekonomie“, Seite 115. Die Sperrungen rühren von mir her.

änderung nach seiner Theorie eine sehr häufige Erscheinung ist, der Wert des Geldes, je nachdem seine Quantität sich vermehrt oder vermindert, fällt oder steigt, also bei jeder Währung beständig Ueber- und Unterwertung vorkommt, so ist für ihn die Ueberwertung weiter kein Problem. Er sagt:

„Obschon das Papiergeld keinen inneren Wert hat, so kann doch, wenn man seine Menge begrenzt, sein Tauschwert dem Wert von Metallgeld in gleichem Betrage oder von nach ihrem Münzwert abgeschätzten Barren gleichkommen. Ganz ebenso, infolge desselben Prinzipes, das heisst dadurch, dass man die Menge des Geldes einschränkt, können unterwertige Geldstücke in dem Wert zirkulieren, den sie haben würden, wären ihr Gewicht und ihr Gehalt die vom Gesetze vorgeschriebenen, nicht aber nach dem inneren Wert des reinen Metalles, das sie enthalten. Deshalb finden wir in der Geschichte des englischen Geldes, dass unser Hartgeld niemals sich in dem gleichen Verhältnis entwertete, als es gefälscht wurde. Die Ursache liegt darin, dass es niemals im Verhältnis seiner Entwertung vermehrt wurde.“ (Principles XXVII.) Ricardos Fehler ist der, dass er Gesetze, die für die gesperrte Währung gelten, ohneweiters auch auf die freie Währung überträgt. Die meisten deutschen Geldtheoretiker konfundieren aber ebenfalls beide Währungssysteme, nur umgekehrt, eben deswegen haben sie der Quantitätstheorie gegenüber ein schlechtes Gewissen und fallen bei Problemen der Banknotenzirkulation immer wieder in die alten Anschauungen der Quantitätstheorie zurück, während sie bei den Problemen der gesperrten Währungen wieder die Erklärung aus der Quantität verabscheuen.

Dagegen findet sich bei Fullarton eine interessante und im wesentlichen richtige Problemstellung der gesperrten Währung. Er setzt eine Nation ohne Handelsverkehr und ohne Einrichtung für ständige Erneuerung der Münze voraus, die ihren Umsatz im Innern vermittelst einer alten und unterwertigen (debased) metallischen Zirkulation besorgt, die eine hohe Kaufkraft behält nur durch die Beschränkung ihrer Menge (which preserves a high rate of exchangeable value merely by the limitation of its amount). Die Nation verbraucht dabei Edelmetalle in ausgedehntem Masse zu Luxus- und Schmuckzwecken und exportiert jährlich um eine halbe Million Industrieprodukte in ein Minen besitzendes Land, um ihren jährlichen Edelmetallbedarf zu decken. Nun werden durch Ver-

besserung in den Abbaumethoden oder durch Entdeckung neuer ergiebiger Minen die Kosten der Gold- und Silberproduktion in dem Lande, wo die Minen liegen, auf die Hälfte reduziert; ferner wird infolgedessen die Produktion verdoppelt, der Preis der Metalle am Orte wird entsprechend fallen; die Kaufleute der erwähnten Nation würden so imstande sein, für dieselbe Quantität der exportierten Güter statt einer halben Million eine Million dieser Metalle einzuführen. Was wäre der Effekt? Sicher keiner, der wesentlich verschieden wäre von der Wirkung eines Ueberangebots irgend einer anderen, gleich dauerhaften Ware. Da die frühere jährliche Konsumtion von Gold und Silber für Luxuszweke in dem Lande durch den Import zu dem Werte von einer halben Million vollständig befriedigt worden war, werden sich Abnehmer für mehr nicht früher finden, bis nicht eine neue Nachfrage durch Senkung des Preises geschaffen ist; in Uebereinstimmung damit müssen die Preise des neu eingeführten Metallvorrates, geschätzt in der entwerteten Währung, mehr oder weniger rasch fallen, je nachdem die Kaufleute mehr oder weniger rasch ihre Ware realisieren (the prices, accordingly, of the newly imported stock of metals, as estimated in the base currency, would decline with more or less rapidity as the merchants might be more or less eager to realize their returns). Aber während all dieser Zeit (bis durch die Konkurrenz die Preise der Metalle auf ihre Produktionskosten reduziert sind) würde der Preis aller anderen Waren ausser von Gold und Silber, gemessen in der lokalen Währung dieses Landes, unverändert bleiben; und solange nicht etwas von dem überschüssigen Metallwert verwendet werden könnte zu Austauschakten mit einem dritten Lande, das in dem Bezug von Gold und Silber weniger begünstigt wäre, würde das importierende Land von diesen periodischen Erwerbungen des Metallreichtums keinen Vorteil haben, ausser den, der aus der grösseren Verbreitung der Verwendung von Gold und Silber zu häuslichen Zwecken entspringt. (But, all this time, the price of every other commodity but the gold and silver, as measured in the local currency of the country, would remain unmoved; and, unless some of the surplus stock of the metals thus acquired could be turned to account in commercial exchange with some third country less favourably circumstanced for procuring its supplies of gold and silver direct from the mines, the importing country would derive no advantage from these perio-

Zeitung“ vom 21. November 1907: „In einem grossen Teil der amerikanischen Handelsplätze sind die Barzahlungen vollständig eingestellt. Dort werden Privatgeldzeichen gegeben, in anderen werden Zahlungen teilweise in solchen und teilweise in bar geleistet. An vielen Stellen kursiert Bargeld eigentlich nur noch als Scheidemünze. In 77 amerikanischen Städten ist Notstandsgeld emittiert worden, das heisst Clearinghousezertifikate oder besonders für die Gelegenheit hergestellte Bankschecks, meist aber die ersteren. Während vor der Krisis nur vielleicht ein Dutzend amerikanischer Städte Clearinginstitute hatten, sind solche jetzt in etwa hundert Plätzen gegründet worden. Sobald die Krisis in New-York ausgebrochen war, taten sich die Geldinstitute in diesen Orten zur gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahr zusammen. Abweichend von dem Verfahren in New-York, wo die Clearingzertifikate nur auf grosse Summen ausgestellt sind, schufen diese Clearinganstalten nun ein für den allgemeinen Verkehr berechnetes Notstandsgeld, und zwar in den Bedürfnissen des Kleinverkehrs angepassten Abschnitten von 1, 2, 5 und 10 Dollars. Diese Geldzeichen zirkulieren in den Clearingorten und der nahen Umgebung ganz ungehindert, Arbeiter nehmen sie an Stelle ihres Lohnes, Kaufleute für Waren u. s. w., sie gehen von Hand zu Hand und haben, wenn überhaupt, meistens nur ein geringes Disagio gegenüber Bargeld zu erleiden. Wie stark der Bargeldmangel auch in New-York ist, zeigt zum Beispiel, dass selbst die mächtige Standard Oil Company ihre Arbeiter in zertifizierten Schecks ablohnen musste. Nur im Verkehr mit den Regierungsinstituten lässt sich das Notstandsgeld nicht gebrauchen, die öffentlichen Kassen bestehen auf Legal Tender und somit muss Bargeld beschafft werden. Es ist dies die vornehmste Ursache für das Aufgeld auf Barmittel. Als letzter Tage die American Sugar Refining Company hier nicht ausreichend Bargeld auftreiben konnte, um eine Zuckerladung aus dem Zollverschluss zu nehmen, musste sie einige Etablissements einen oder zwei Tage stillegen.“

Das Eigentümliche der Erscheinung besteht darin, dass die vorhandene Zirkulationsmenge für die Bedürfnisse des Verkehrs zu gering wurde. Die Kreditkrise hatte ein starkes Bedürfnis nach barer Zahlung hervorgerufen, da die Ausgleichung der Zahlungen durch Kreditgeld (Wechsel, Giroübertragungen etc.) gestört wurde. Ein Heisshunger nach Bargeld entstand. Während aber die Zirku-

lation mehr Bargeld verlangte, verschwand gleichzeitig Bargeld aus der Zirkulation und wurde als Reserve aufgeschatzt[1]). An Stelle des verschwundenen Geldes suchte man neues zu schaffen, die Clearingzertifikate, in Wirklichkeit unter gemeinsamer Garantie der im Clearingverkehr stehenden Banken ausgegebene Noten. Die gesetzliche Beschränkung der Notenausgabe wurde so einfach kontra oder zumindest praeter legem gesprengt, wie in England in gleichen Fällen die Peels-Akte suspendiert wurde. Aber dieses Kreditgeld hatte nicht gesetzliche Zahlkraft und das Bargeld reichte nicht aus. So wurde es überwertet und blieb so lange überwertet (es bedang ein „Agio"), bis die Goldzufuhren aus Europa, die Wiederherstellung normaler Kreditverhältnisse und die kolossale Einschränkung der Zirkulation unmittelbar nach der Krisis die „Geldnot" beseitigte und in grosse Geldflüssigkeit verwandelte. Die Höhe des Agio war wechselnd und bedingt durch den „gesellschaftlichen Zirkulationswert". Das Charakteristische ist, dass das Agio ganz gleich war für Papier wie für Metall, der beste Beweis, dass es mit irgend einer Steigerung im Goldwert nichts zu tun hatte.

Die Ausgabe von Papiergeld mit Zwangskurs ist bekanntlich für den Staat häufig ein Mittel gewesen, Zahlungen zu leisten, für die ihm sonst die Mittel fehlten. Das Papiergeld warf zunächst das vollwertige Metallgeld aus der Zirkulation hinaus, das ins Ausland zur Bezahlung etwa der Kriegsaufwendungen abfloss[2]). Bei weiterer

---

[1]) In einem Mitte Jänner 1908 dem Kongress vorgelegten Bericht schätzt der amerikanische Schatzsekretär Cortelyon den Gesamtbetrag des baren Geldes, welches seit der Zahlungseinstellung der Knickerbocker Trust Company bis zur Wiederherstellung des Vertrauens von dem Publikum zurückgehalten werde, auf annähernd 296 Millionen Dollars. Diese Summe stellt im wesentlichen ein Zehntel des ganzen in den Vereinigten Staaten annähernd im Umlauf befindlichen Geldes dar.

[2]) Nach dem alten Gesetz, dass das schlechtere Geld im Umlauf das bessere verdrängt. Man liest bei Macanlay: „Der erste Schriftsteller, welcher auf die Tatsache aufmerksam gemacht hat, dass, wo gutes und schlechtes Geld zusammen in Umlauf gesetzt worden, das schlechte Geld das gute verdrängt, ist Aristophanes. Er scheint geglaubt zu haben, dass der Vorzug, welchen seine Mitbürger dem leichteren Gelde geben, seinen Grund in demselben schlechten Geschmacke habe, welcher sie verleitete, Leuten, wie Cleon und Hyperbolus, die Leitung grosser Angelegenheiten anzuvertrauen. Wenn aber auch seine Nationalökonomie die Prüfung nicht besteht, so sind doch seine Verse vortrefflich:

Πολλάκις δ'ἡμῖν ἔδοξεν ἡ πόλις πεπονθέναι
ταὐτὸν ἔς τε τῶν πολιτῶν τοὺς καλούς τε κἀγαθοὺς

Ausgabe fand dann Entwertung des Papiergeldes statt. Für die Währung mit gesperrter Prägung gilt also die Quantitätstheorie, die ja auch durch Verallgemeinerung der Erfahrungen, die man um die Wende des 18. Jahrhunderts mit der amerikanischen, französischen und englischen Währungszerrüttung gemacht hatte, formuliert worden ist. In solchen Fällen kann man auch von Inflation, Ueberfüllung der Zirkulation und (in besonderen Fällen) von Mangel an Zirkulationsmitteln sprechen. Dagegen ist bei freier Prägung, auch wenn das Minimum der Zirkulation durch Zwangspapiergeld ausgefüllt ist, eine Inflation unmöglich. Das konvertible Kreditgeld kehrt, wenn im Ueberfluss vorhanden, sofort zur Ausgabestelle zurück, das Goldgeld ebenso und wird in den Kellern der Bank als Goldschatz aufgespeichert. Als allgemeines Aequivalent ist es

---

ἔς τε τἀρχαῖον νόμισμα καὶ τὸ καινὸν χρυσίον.
οὔτε γὰρ τούτοισιν οὖσιν οὐ κεκιβδηλευμένοις
ἀλλὰ καλλίστοις ἁπάντων, ὡς δοκεῖ, νομισμάτων,
καὶ μόνοις ὀρθῶς κοπεῖσι, καὶ κεκωδωνισμένοις
ἔν τετοῖς Ἕλλησι καὶ τοῖς βαρβάροισι πανταχοῦ,
χρώμεθ' οὐδέν, ἀλλὰ τούτοις τοῖς πονηροῖς χαλκίοις,
χθές τε καὶ πρωῆν κοπεῖσι τῷ κακίστῳ κόμματι.
Τῶν πολιτῶν θ'οὓς μὲν ἴσμεν εὐγενεῖς καὶ σώφρονας
ἄνδρας ὄντας, καὶ δικαίονς, καὶ καλούς τε κἀγάθούς,
καὶ τραφέντας ἐν παλαίστραις καὶ χοροῖς καὶ μουσικῇ,
προυσελοῦμεν. τοῖς δὲ χαλκοῖς, καὶ ξένοις, καὶ πυῤῥίαις,
καὶ πονηροῖς, κἀκ πονηρῶν, εἰς ἅπαντα χρώμεθα."

In deutscher Uebersetzung:

Manchesmal hat mir's geschienen: unserm Staate geht es ganz
Ebenso mit seinen Bürgern, welche fein und edel sind,
Wie's mit unsrer alten Münze bei dem neuen Golde geht.
Jene, wenn auch probehaltig, ungefälscht an Schrot und Korn,
Ja, von allen Münzen, wie mir dünkt, die beste nach Gehalt,
Die, allein von echter Prägung und bewährt durch lautern Klang,
Geltung hat bei Hellas Söhnen und im Ausland überall,
Braucht ihr nicht; nein, lieber braucht ihr dieses schlechte Kupfergold,
Gestern und ehegestern ausgeprägt, vom ärgsten Schlag.
So die Bürger, die wir kennen, edel durch Geburt und Sinn,
Männer, fein, wohlwollend, redlich, ehrenhaft, gerecht und gut,
Gut gepflegt in Ringerschulen, Chorgesang und Musenkunst,
Die verstosst ihr, und das Falschgold, Pyrrhiasse, Fremdlinge,
Schurkensöhn' und Schurken braucht ihr keck zu allem.

(Aristophanes. Deutsch von J. J. C. Donner. Leipzig und Heidelberg 1861, „Die Frösche", Seite 744 ff.)

zugleich allgemein gültige und stets begehrte Form der Wert- und Reichtumsansammlung. Papiergeld mit Zwangskurs aufspeichern ist sinnlos, da es nur innerhalb der Zirkulation des Landes sich als Wert erweist; Gold ist Weltgeld und bildet die Reserve für alle Ausgaben. Seine Ansammlung erscheint daher stets rationell. Gold ist selbständiger Wertträger auch ausserhalb der Zirkulation, während das Papiergeld nur innerhalb der Zirkulation einen „Kurs“ erhält.

Dass Papiergeld im Uebermass ausgegeben wird, erscheint nur in seiner Entwertung gegenüber dem Metall, das es zu vertreten vorgibt. Aber in einem gegebenen Moment ist nicht etwa weniger oder mehr Papier da, als die Zirkulation erforderte. Gesetzt die Zirkulation erfordert 1 Million Gulden, der Staat hat aber durch seine Zahlungen 2 Millionen in die Zirkulation gepresst; die Preise sind nominell auf das Doppelte gestiegen und erfordern jetzt die 2 Millionen Papiergulden. Diese sind entwertet, weil sie im Uebermass ausgegeben wurden; aber da sie einmal ausgegeben sind, erfordert sie jetzt auch die Zirkulation. Sie können also nicht automatisch aus der Zirkulation austreten; ihre Summe kann bei gleichbleibender Warensumme nur verringert werden, indem sie der Staat wieder vernichtet, wodurch die zurückbleibende Geldsumme im Verhältnis im Kurs steigt. Für den Staat würde das natürlich den gleichen Verlust bedeuten, als der Gewinn betrug, den er durch die Ausgabe seinerzeit erzielt hat. Das Wesentliche ist hier, dass bei gesperrter Prägung und wertlosem oder unterwertigem Zirkulationsmittel die ganze Summe des Geldes in der Zirkulation bleiben muss und aus ihr nicht austreten kann, weil sie, in welchem Umfang immer ausgegeben, ihren Kurs von den in Zirkulation befindlichen Waren erhält. Anders bei freier Prägung; hier tritt das Gold in die Zirkulation ein oder aus nach dem jeweiligen Bedarf, während der Ueberfluss als Wertträger in den Banken aufgestapelt wird. Wertänderungen aus dem Umstand, dass zu viel oder zu wenig Geld (vollwertiges Metallgeld) in Zirkulation befindlich ist, wie die Quantitätstheorie annahm, sind hier also von vornherein ausgeschlossen.

Bei reiner Papierwährung wechselt also die durch das Papier repräsentierte Preissumme bei gleichbleibender Umlaufszeit in gleichem Verhältnis zur Preissumme der Waren und im umgekehrten Verhältnis zur Menge der ausgegebenen Papiergeldeinheiten.

Dasselbe Gesetz gilt, wenn bei gesperrter Prägung die Zirkulation von einem minderwertigen Metall versorgt wird. Nur ist hier in dem Preis des Metalls auf dem Weltmarkt die untere Grenze der Entwertung gegeben. Unter diesen Wert kann die Münze auch bei vermehrter Ausgabe nicht sinken. Würde übrigens auch bei Goldwährung die freie Prägung, also das Recht der Privaten, ihr Gold jederzeit ausgeprägt zu erhalten, aufgehoben werden, so könnte auch hier eine Steigerung der Bewertung der Münze gegenüber dem ungemünzten Metall eintreten[1]). In all diesen Fällen werden die Zirkulationsmittel nicht Geld-, also Goldzeichen, sondern Wertzeichen. Sie würden aber diesen Wert erhalten n i c h t durch den Wert einer Einzelware, so wie das Papier bei gemischter Währung, wo es nur Repräsentant des Goldes ist, diesen Wert vom Golde erhält. Sondern die gesamte Papiergeldmasse hat gleichen Wert wie die Gesamtsumme der in Zirkulation befindlichen Warenmasse bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Ihr Wert ist also nur Reflex des gesellschaftlichen Prozesses der Gesamtzirkulation. In ihr wirken alle in einem gegebenen Moment auszutauschenden Waren als eine einzige Wertsumme, als Einheit, der die Papiergeldmasse durch den gesellschaftlichen Prozess des Austausches als gleiche Einheit gegenübergestellt wird.

---

[1]) Auf die Erklärungsversuche der modernen Oekonomen dürfte man dann gespannt sein. Mitte der Neunzigerjahre, als die Goldproduktion rasch wuchs und zugleich starke Geldflüssigkeit und niedriger Zinssatz (Marktdiskont in London unter 1 Prozent) eintrat, wurde der Gedanke der Einstellung der freien Goldprägung in England diskutiert.

Das Problem wird übrigens auch von T o o k e erörtert. Veranlassung gab die Kontroverse über Nützlichkeit und Wirkung der Einführung eines Schlagschatzes (seignorage, Prägegebühr), wie diesen auch im Ausmasse von 5 Prozent Ricardo befürwortete. „Eine unterwertige Münze (debased coinage) oder eine solche, die einem Schlagschatz unterworfen ist, wird, wenn nicht gleichzeitig die Menge des gesamten im Umlauf befindlichen Geldes begrenzt wird, natürlich nicht denselben Tauschwert haben (not be of the same value in exchange), als wenn die Münze vollwertig wäre oder ein Prinzip der Einschränkung strikt durchgeführt würde.“ Zur Illustration setzt dann Tooke folgenden Fall: „Die Zirkulation des Landes bestände nur aus Gold und betrage 20 Millionen Sovereigns von demselben Gewicht und derselben Feinheit wie gegenwärtig; wenn plötzlich jedes Goldstück um ein Zwanzigstel oder 5 Prozent reduziert würde, aber die Zahl der Stücke genau auf den gleichen Betrag von 20 Millionen beschränkt bliebe, dann würde unter sonst gleichen Umständen bei ungeändertem Verhältnis der Waren etc. zu der Zahl der Münzen selbstverständlich keine Veränderung in den Preisen eintreten.

Aus dem bisher Entwickelten geht aber auch bereits hervor, dass eine solche reine Papierwährung auf die Dauer den Anforderungen an das Zirkulationsmittel nicht entspricht. Da sein Wert bestimmt ist durch die Wertsumme der jeweils zirkulierten Waren, diese aber beständigen Schwankungen unterworfen ist, würde auch der Wert des Geldes beständig schwanken. Das Geld würde nicht mehr das Mass der Werte der Waren sein, sondern umgekehrt, sein Wert würde gemessen durch das jeweilige Zirkulationsbedürfnis, also bei gleichbleibender Zirkulationsgeschwindigkeit durch den Wert der Waren. Reines Papiergeld ist also auf die Dauer unmöglich, weil dadurch die Zirkulation beständigen Perturbationen ausgesetzt wäre.

Abstrakt genommen liesse sich ein Zustand reiner Papierwährung folgendermassen konstruieren. Man denke sich einen geschlossenen Handelsstaat, der Staatspapiergeld mit Zwangskurs in einer den durchschnittlichen Zirkulationsbedürfnissen genügenden Menge ausgebe. Diese Papiergeldsumme sei unvermehrbar. Die Bedürfnisse der Zirkulation werden ausser durch dieses Papiergeld durch Banknoten etc. versorgt, genau so wie bei metallischer Währung. Das Papiergeld diene nach Analogie der meisten heutigen Notenbankgesetzgebungen als Deckung für diese Banknoten, die im übrigen bankmässig gedeckt seien. Die Unvermehrbarkeit des

---

Und wenn Barrengold vorher auf dem Markt per Unze 3 Pfund Sterling 17 Schilling $10^1/_2$ Pence galt, so würde der Preis unter sonst gleichbleibenden Umständen derselbe bleiben; oder mit anderen Worten: 46 Pfund Sterling 14 Schilling 6 Pence in gemünztem Gold, die neunzehn Zwanzigstel Pfund wiegen, würden auf dem Markt ein ganzes Pfund ungemünzten Goldes derselben Feinheit eintauschen. Wenn aber die Quantität des Goldes, die so von jeder einzelnen Münze fortgenommen wurde, nun in eine zusätzliche Menge von Goldstücken ausgemünzt und in Zirkulation geworfen würde, so würden jetzt die 21 Millionen keine grössere Tauschkraft besitzen als vorher die 20 Millionen. (The twenty-one millions would then exchange for no more than the former twenty millions.) Alle Waren würden um 5 Prozent im Preis steigen und unter ihnen auch das Barrengold, welches dann 4 Pfund Sterling 1 Schilling $9^1/_4$ Pence kosten würde; oder in anderen Worten 46 Pfund Sterling 14 Schilling 6 Pence in Münze würden nur neunzehn Zwanzigstel eines Pfundes ungemünzten Goldes eintauschen.

Dies ist der Kernpunkt aller Raisonnements über Umlaufsmittel (currency) und seine Anwendung in Bezug auf die Macht des Staates, durch sein Ausgabemonopol den Nominalwert der Münze über ihren inneren Wert (intrinsic value) bei ausschliesslich metallischer Währung zu steigern, ist hinreichend klar." (Siehe „History of Prices", vol. I., Seite 120 ff.)

Papiergeldes würde es vor Entwertung sichern. Das Papiergeld würde dann je nach den Verhältnissen der Zirkulation analog wie heute das Gold in die Bank fliessen oder von Privaten aufgeschatzt werden, wenn der Umfang der Zirkulation abnähme, und wieder in die Zirkulation zurückfliessen, wenn ihr Umfang sich erweiterte. In der Zirkulation verbliebe immer das jeweils gebrauchte Zirkulationsminimum, während die Schwankungen der Zirkulation durch ein Mehr oder Minder von Banknoten befriedigt würden. Ein solches Staatspapiergeld hätte also Wertbeständigkeit. Nur wenn der Kredit zusammenbräche, eine Geldkrise einträte, könnte eventuell die Masse des vorhandenen Papiergeldes nicht ausreichen und dieses ein Agio erhalten wie etwa das Gold und die Greenbacks während der letzten Geldkrise in den Vereinigten Staaten. In Wirklichkeit ist aber eine solche Papierwährung nicht möglich. Einmal wäre dieses Papiergeld nur gültig innerhalb des einen Staates; zum Ausgleich der internationalen Bilanzen ist Metall, Geld mit Eigenwert, erforderlich und sobald dies der Fall, muss auch der Wert des im Inland zirkulierenden Geldes mit dem internationalen Zahlungsmittel auf gleichem Stand erhalten werden, um Störungen des Handelsverkehres zu vermeiden, eine Forderung, die durch das System und die Politik zum Beispiel der österreichischen Währung erfüllt wird, ohne dass dabei Metall in die inländische Zirkulation einzutreten braucht. Es ist wie eine Vorahnung dieser neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete des Geldwesens, wenn Marx sagt: „Alle Geschichte der modernen Industrie zeigt, dass Metall in der Tat nur erheischt wäre zur Saldierung des internationalen Handels, sobald dessen Gleichgewicht momentan verschoben ist, wenn die inländische Produktion organisiert wäre. Dass das Inland schon jetzt kein Metallgeld bedarf, beweist die Suspension der Barzahlungen der sogenannten Nationalbanken, zu der, als zum einzigen Hilfsmittel, in allen extremen Fällen gegriffen wird.“ [1])

[1]) „Kapital“, III., 2, Seite 55. Man hat übrigens bei manchen Aeusserungen von Marx über die Geldprobleme die Empfindung, dass in seinem Bewusstsein gewisse Folgerungen, die sich aus seiner Geldtheorie ergeben, einen Kampf führen gegen die Anschauungen, die aus dem empirischen Material seiner Zeit gewonnen und auf bloss logischem Wege nicht völlig zu überwinden sind. Die neuesten Erfahrungen gerade bestätigen auch die letzten Konsequenzen, die sich aus der Marxschen Wert- und Geldtheorie ziehen lassen.

Wenn Marx betont, dass nur so viel Papier in der Zirkulation sein kann, als sie Gold erforderte, so ist es für das Verständnis der modernen Währungs-

Dann aber scheitert diese Währung praktisch an dem Umstand, dass keine Garantie möglich wäre, die die Unvermehrbarkeit eines solchen Staatspapieres gewährleisten würde. Als Aufbewahrungsmittel des Reichtums in seiner stets schlagfertigen Form ist Geld mit Eigenwert, Gold, stets notwendig[1]).

Deshalb kann das Geld und der selbst wertvolle Geldstoff, zum Beispiel das Gold, in der Zirkulation, wenn sie anders ungestört verlaufen soll, nie vollständig durch blosse Zeichen ersetzt werden. Faktisch läuft daher auch in der reinen Papierwährung immer vollwertiges Geld um, etwa für ausländische Zahlungen. Es kann immer nur das Minimum, unter das die Zirkulation erfahrungsmässig nicht heruntergeht, durch Papier ersetzt werden. Dies ist aber zugleich ein Beweis dafür, dass das Geld ebenso wie die Ware keinen imaginären Wert hat, sondern dieser eine objektive

---

phänomene wichtig, sich zu erinnern, dass diese Gold m e n g e selbst, da ihr Wert gegeben ist, jeweilig bestimmt ist durch den gesellschaftlichen Zirkulationswert; sinkt dieser, so fliesst Gold aus der Zirkulation ab; umgekehrt, umgekehrt. Bei Papierwährung und gesperrter Währung überhaupt kann aber ein Ab- und Zufluss aus der Zirkulation nicht stattfinden, da ja das nicht zirkulierende Papierzeichen minderwertig wäre. Hier muss man also auf den Zirkulationswert als das Bestimmende zurückgehen und man kann sich nicht begnügen, die Geldzeichen als blosse Goldzeichen zu betrachten wie Marx in der „Kritik der politischen Oekonomie".

Am richtigsten scheint mir Marx die Gesetze der Papier- (oder gesperrten) Währung zu formulieren, wenn er sagt: „Die wertlosen Marken sind Wertzeichen, nur soweit sie das Gold innerhalb des Zirkulationsprozesses vertreten, und sie vertreten es nur, soweit es selbst als Münze in den Zirkulationsprozess eingehen würde, eine Quantität, bestimmt durch seinen eigenen Wert, wenn die Tauschwerte der Waren und die Geschwindigkeit ihrer Metamorphosen gegeben sind." („Zur Kritik der politischen Oekonomie", Seite 113.) Nur erscheint der Umweg überflüssig, den Marx einschlägt, indem er zuerst den Wert der Münzmasse bestimmt und durch ihn erst den des Papiergeldes. Der rein gesellschaftliche Charakter dieser Bestimmung kommt viel deutlicher zum Ausdruck, wenn man den Wert des Papiergeldes direkt vom gesellschaftlichen Zirkulationswert ableitet. Dass historisch die Papiergeldwährungen aus Metallwährungen entstanden, ist kein Grund, sie auch theoretisch so zu betrachten. Der Wert des Papiergeldes muss abgeleitet werden können, ohne auf das Metallgeld zu rekurrieren.

[1]) Es ist daher nicht richtig, wenn Helfferich sagt: „Theoretisch würde die Möglichkeit bestehen, ein reines Papiergeld den Schwankungen des Geldbedarfes der Volkswirtschaft anzupassen und dadurch manche Störungen zu vermeiden, die bei den metallischen Währungen aus Verschiebungen des Gleichgewichtes zwischen Geldbedarf und Geldversorgung hervorgehen können. „Das Geld", Seite 470.

Grösse sein muss. Die Unmöglichkeit der absoluten Papierwährung ist ein strikter Experimentalbeweis für die objektive Wertlehre, so wie nur auf Grund dieser Wertlehre die eigentümlichen Phänomene, die die reine Papierwährung und überhaupt die Währung bei gesperrter Prägung darbieten, erklärt werden können.

Dagegen ist es rationell, in dem Umfang, den das Zirkulationsminimum gestattet, das vollwertige Geld, also Gold, durch relativ wertlose Zeichen zu ersetzen. Denn in dem Prozess W-G-W ist das Geld für den Inhalt des Prozesses, für den gesellschaftlichen Stoffwechsel, überflüssig und bildet nur Unkosten, die erspart werden können[1]). Nur in diesem Umfang in der Zirkulation befindlich, ist das Papiergeld nicht Repräsentant des Wertes der Waren, sondern der des Goldes, nicht Warenzeichen, sondern Goldzeichen. Innerhalb dieser Grenze gelten auch die Ausführungen von Marx: „In dem Prozess W-G-W, soweit er als nur prozessierende Einheit oder unmittelbares Ineinanderumschlagen der beiden Metamorphosen sich darstellt — und so stellt er sich dar in der Zirkulationssphäre, worin das Wertzeichen funktioniert — erhält der Tauschwert der Waren im Preis nur ideelle, im Geld nur vorgestellte, symbolische Existenz. Der Tauschwert erscheint so nur als gedachter oder dinglich vorgestellter, aber besitzt keine Wirklichkeit ausser in den Waren selbst, sofern ein bestimmtes Quantum Arbeitszeit in ihnen vergegenständlicht ist. Es scheint daher, als ob das Wertzeichen den Wert der Waren unmittelbar repräsentiere, indem es nicht als Zeichen von Gold, sondern als Zeichen des im Preis nur ausgedrückten, aber in der Ware allein vorhandenen Tauschwertes sich darstellt. Dieser Schein ist aber falsch. Das Wertzeichen ist unmittelbar nur Preiszeichen, also Goldzeichen, und nur auf einem Umweg Zeichen des Wertes der Ware.

Das Gold hat nicht wie Peter Schlemihl seinen Schatten verkauft, sondern kauft mit seinem Schatten. Das Wertzeichen wirkt

---

[1]) Papiergeld ist also kein „fehlerhaftes" oder „schlechtes, minderwertiges" Geld; in der richtigen Proportion in Zirkulation befindlich, widerspricht es durchaus nicht den ökonomischen Gesetzen. Es ist nur Unklarheit über diese, was die meisten „Metallisten" die Missbräuche, die gewollten oder aus Unkenntnis der Theorie erfolgenden, als zum Wesen einer jeden Papierwährung gehörig ansehen und sie in eine ganz abergläubische Angst nicht nur vor jeder uneinlösbaren Staatsnote, sondern vor den harmlosesten kleinen konvertiblen Banknoten geraten lässt. Goliathe, aber nicht in der Theorie, fürchten sie David und je kleiner die Banknote, desto grösser die Angst.

daher nur, soweit es innerhalb des Prozesses den Preis der einen Ware gegenüber der anderen oder jedem Warenbesitzer gegenüber Gold vorstellt. Ein bestimmtes relativ wertloses Ding, Stück Leder, Papierzettel u. s. w., wird zunächst gewohnheitsmässig Zeichen des Geldmaterials, behauptet sich jedoch nur als solches, indem sein Dasein als Symbol durch den allgemeinen Willen der Warenbesitzer garantiert wird, das heisst, indem es gesetzlich konventionelles Dasein und daher Zwangskurs erhält. Staatspapiergeld mit Zwangskurs ist die vollendete Form des Wertzeichens und die einzige Form des Papiergeldes, die unmittelbar aus der metallischen Zirkulation oder der einfachen Warenzirkulation selbst herauswächst." [1])

Unsere Annahme eines reinen Papiergeldes, das ohne Goldergänzung existierte, hat also nur wieder die Unmöglichkeit gezeigt, dass die Waren einander direkt zum Ausdruck ihres eigenen Tauschwertes dienen; vielmehr erscheint auch hier die Notwendigkeit des Fortschreitens zu einem allgemeinen Aequivalent, das selbst nur Ware und daher Wert sein muss.

Es ist klar, dass bereits bei der Münze zur Garantie ihrer Richtigkeit gemeinsames Vorgehen der Produzenten erforderlich ist, um so mehr beim Papiergeld. Das natürliche Organ dazu ist der Staat, die einzig bewusste Organisation, die die kapitalistische Gesellschaft kennt, die zugleich Zwangsgewalt hat. Der gesellschaftliche Charakter des Goldes erscheint hier unmittelbar als solcher in der gesellschaftlichen Regelung durch den Staat. Gleichzeitig ist damit die Grenze der Zirkulationsfähigkeit von Münze und Papier gegeben in der staatlichen Grenze. Als Weltgeld fungieren Gold und Silber nach ihrem Gewicht.

Drittes Kapitel.

Das Geld als Zahlungsmittel. Das Kreditgeld.

Wir haben bisher das Geld als Zirkulationsmittel betrachtet, die Notwendigkeit seines objektiven Wertes nachgewiesen und die Grenzen dieser Notwendigkeit, die Ersetzbarkeit durch Geldzeichen gezeigt. Im Zirkulationsprozess W-G-W war dieselbe Wertgrösse

---

[1]) Marx, „Zur Kritik der politischen Oekonomie", Seite 109/110.

immer doppelt vorhanden, einmal als Ware, das anderemal als Geld. Aber Ware kann verkauft werden und erst später gezahlt werden. Der Stellenwechsel der Ware ist vollzogen, bevor ihr Wert durch Geld ersetzt wird. Der Verkäufer wird Gläubiger, der Käufer Schuldner. Das Geld erhält durch die Trennung von Verkauf und Zahlung eine neue Funktion, es wird Zahlungsmittel. Die gleichzeitige Erscheinung der Aequivalente Ware und Geld auf den beiden Polen des Verkaufsprozesses hat aufgehört. Das Zahlungsmittel tritt in die Zirkulation hinein, aber nachdem die Ware bereits aus ihr ausgetreten ist. Das Geld vermittelt nicht mehr den Prozess, sondern schliesst ihn selbständig ab. Hat der schuldige Käufer kein Geld, so muss er Ware verkaufen, um zahlen zu können. Zahlt er nicht, so finden Zwangsverkäufe seiner Habe statt. Die Wertgestalt der Ware, Geld, wird also jetzt zum Selbstzweck des Verkaufes durch eine den Verhältnissen des Zirkulationsprozesses selbst entspringende gesellschaftliche Notwendigkeit. Während Geld als Zirkulationsmittel den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen Käufer und Verkäufer vermittelt, dieser selbst also nur durch Vermittlung des Geldes entsteht, drückt Geld als Zahlungsmittel einen gesellschaftlichen Zusammenhang aus, der sich bereits gebildet hat, ehe Geld in Funktion getreten ist. Die Ware ist weggegeben, vielleicht längst konsumiert, bevor ihr Wert durch Geld ersetzt ist. Der Zahlungstermin ist ganz verschieden von dem Termin, an welchem die Zahlungsverpflichtung entstanden ist. Das Geld, das als Zahlung gegeben wird, ist nicht bloss vermittelnde und daher verschwindende, daher auch unmittelbar ersetzbare ökonomische Form in dem Warenaustauschprozess. Vielmehr erfüllt erst die Zahlung den Prozess auch inhaltlich. Denn wenn in W-G-W G kreditiert wird, so kann auch der erste Warenbesitzer, der die Ware verkauft hat, den zweiten Teil seiner Metamorphose G-W erst vollziehen, wenn G gezahlt worden ist. Der frühere einfache Prozess ist jetzt in zwei Bestandteile zerlegt, die zeitlich auseinanderfallen.

Auch ein anderer Fall ist möglich: Der Warenbesitzer vollzieht den Kauf G-W seinerseits, indem auch er G schuldig bleibt, in Erwartung des Rückstromes von G für den Verkauf seiner Ware. Seine Zahlung hängt dann ab von der Zahlung des Käufers seiner Ware. Bleibt die Zahlung aus, so macht er bankerott und zwingt auch seine Gläubiger zum Bankerott. Als Zahlungsmittel

muss daher das Geld rückfliessen, soll nicht der ganze bereits vollzogene Austauschprozess hinterher seine Gültigkeit verlieren. Wird das Geld nicht gezahlt, so bleibt zwar die Ware weggegeben, der durch ihre Weggabe geschaffene gesellschaftliche Zusammenhang kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, aber er wird für den einzelnen Warenbesitzer hinterher annulliert. Er erhält den Wert, den er fortgegeben, nicht mehr zurück und kann seinerseits keine Werte erlangen oder die erlangten nicht bezahlen.

Die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel setzt also die beiderseitige Uebereinkunft von Käufer und Verkäufer voraus, die Zahlung aufzuschieben. Das ökonomische Verhältnis entspringt hier also aus einem privaten Akt. Neben dem Kauf und Verkauf entsteht das zweite Verhältnis von Gläubiger und Schuldner, eine Verpflichtung zwischen zwei Privatpersonen.

Anderseits repräsentiert das Geld als Zahlungsmittel nur vollzogene Käufe und Verkäufe. Das Geld hat zunächst nur ideell als Wertmesser fungiert. Gezahlt wird erst später. Sind Käufe und Verkäufe unter denselben Personen vorgegangen, so können sie sich gegenseitig kompensieren und nur die Bilanz muss in Geld gezahlt werden. Soweit ist also das Geld auch hier nur Repräsentant von Werten und kann ersetzt werden. Aber als Zirkulationsmittel vermittelte das Geld nur den Waren*austausch*, der Wert der einen wurde durch den der anderen Ware ersetzt. Damit war der Prozess vollständig abgeschlossen. Dieser Prozess war ein gesellschaftlicher, war der Akt, durch den sich der gesellschaftliche Stoffwechsel vollzieht, daher innerhalb eines bestimmten Umfanges unbedingt notwendig. Da das Goldgeld hier nur vermittelte, konnte es ersetzt werden durch Zeichen, die die Sanktion der Gesellschaft (des Staates) hatten. Wenn Geld als Zahlungsmittel wirkt, so ist gerade der *unmittelbare* Ersatz eines Wertes durch einen anderen aufgehoben. Der Verkäufer hat die Ware hingegeben, ohne sich das gesellschaftlich gültige Aequivalent, Geld, auch ohne sich eine andere Ware von gleichem Wert, die das Geld in diesem Austauschakt überflüssig gemacht hätte, zu verschaffen. Er hat nur ein Zahlungsversprechen des Käufers, hinter dem nicht die gesellschaftliche Garantie[1]) steht, sondern nur die private des Käufers. Dass er Ware gegen ein Versprechen hingibt, ist seine Privatsache.

[1]) Gemeint ist die inhaltliche ökonomische Garantie; die formelle, juristische, dass Verträge erfüllt werden müssen, ist natürlich stets vorausgesetzt.

Was das Versprechen wert war, zeigt sich erst am Zahltag, wenn es wirklich umwandelbar ist in Geld. Der Verkäufer hat also Ware hingegeben gegen eine Zahlungsverpflichtung, einen „Wechsel“. Dieser selbst mag vom anderen für sicher gehalten werden und sie werden ihrerseits Waren an unseren Wechselbesitzer verkaufen. Der Wechsel fungiert hier innerhalb dieses Kreises von Personen, welche durch ihre Eigenschaft, das Zahlungsversprechen für voll zu nehmen, also nur durch diese ihre private, wenn auch meist sehr begründete Meinung zu einem Kreis verbunden sind, als Zirkulationsmittel oder Zahlungsmittel, kurz als Geld — Kreditgeld. All diese Tauschakte sind für diesen Kreis erst vollzogen, endgültig, wenn das Kreditgeld umgewandelt ist in Geld.

Im Gegensatz also zum Staatspapiergeld mit Zwangskurs, das als gesellschaftliches Produkt aus der Zirkulation erwächst, ist das Kreditgeld privat, nicht gesellschaftlich garantiert und muss daher immer in Geld verwandelbar, konvertibel sein. Ist diese Konvertibilität zweifelhaft, so verliert der Ersatz des Zahlungsmittels jeden Wert. Als Zahlungsmittel kann Geld daher nur ersetzt werden durch Zahlungsanweisungen. Diese müssen eingelöst werden, soweit sie sich nicht durch gegenseitige Verflechtung kompensieren.

Es konstituiert dies den Unterschied zwischen dem Wechselumlauf und dem Umlauf des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs. Dieses beruht auf dem gesellschaftlichen Minimum der Warenzirkulation. Die Wechselzirkulation nimmt den Raum über jenes Minimum hinaus ein; sie beruht auf dem jeweilig wirklich vollzogenen, und zwar zu einem bestimmten Geldpreis vollzogenen Verkauf einer Ware und ist privater Schuldtitel, der entweder gegen einen anderen kompensiert oder in Geld bezahlt wird und damit erst aus dem privaten Schuldtitel das gesellschaftlich gültige anerkannte Aequivalent wird. Er ist entsprungen aus der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, er ersetzt Geld, und zwar durch Kredit, durch das private Verhältnis zwischen den Kontrahenten, hinter denen das Vertrauen in ihre Zahlungsfähigkeit, in ihre gesellschaftliche Kapazität steht. Beim Staatspapier ist der Vollzug des privaten Tauschvorganges nicht die Voraussetzung; vielmehr vollzieht sich der Tausch erst vermittelst des Staatspapiers, das hier als reines Zirkulationsmittel wirkt und damit den Tausch vollendet, ihn gesellschaftlich gültig macht; der Tausch braucht nicht wie beim Wechselverkehr — soweit sich die Wechsel nicht

kompensieren — erst durch bare Zahlung gesellschaftlich gültig zu werden.

Das Staatspapiergeld dagegen beruht nicht auf einem Kreditverhältnis und es ist ganz irreführend, es als Staatsschuld oder als Kreditgeld zu bezeichnen.

Auf dieser Tatsache, dass der Wechsel bloss die Privaten verpflichtet, das Staatspapier die Gesellschaft, beruht die verschiedene Entwertungsmöglichkeit von Staatspapier und Wechsel. Die Summe des Staatspapiers ist immer eine Einheit, in der jeder einzelne Abschnitt für den anderen gleichsam solidarisch verantwortlich ist; sie kann nur im ganzen entwertet oder überwertet werden und diese Entwertung trifft alle Gesellschaftsmitglieder in gleicher Weise. Die gesellschaftliche Garantie gilt eben gleichmässig für die ganze Summe und damit für jeden ihrer Bestandteile. Den Ersatz des Geldes als Zirkulationsmittel besorgt die Gesellschaft durch ihr bewusstes Organ, den Staat. Das Kreditgeld ist Schöpfung der Privatleute. Es beruht auf ihren privaten Tauschakten und hat nur Gültigkeit, fungiert nur als Geld, weil und solange es jederzeit in Geld konvertibel. Es kann daher jeder einzelne Wechsel für sich entwertet (aber kein Wechsel überwertet) werden, wenn diese privaten Transaktionen nicht gesellschaftlich gültig vollzogen werden können, das heisst wenn am Verfallstermin keine Barzahlung erfolgen kann. Er kann völlig wertlos werden, aber wertlos wird immer nur der Wechsel des einzelnen, die Entwertung trifft immer nur einen anderen einzelnen, dessen Obligationen dadurch im übrigen nicht geändert werden.

Das inkonvertible Papiergeld muss auf das Minimum der Zirkulationsvorgänge beschränkt bleiben. Die Menge des Kreditgeldes ist nur abhängig von der Preissumme der Waren, für die Geld als Zahlungsmittel fungieren soll. Sein Betrag hängt bei gegebenen Preisen nur ab von der Ausdehnung der Kreditverhältnisse, die selbst ausserordentlich variabel ist. Da es aber stets konvertibel sein muss, so kann es nie im und durch sein Verhältnis zu den Waren entwertet werden. Konvertibles Kreditgeld kann seine Entwertung nie herleiten aus seiner Menge (wie inkonvertibles Staatspapiergeld), sondern nur aus dem Versagen der Konvertibilität. Beim geringsten Zweifel an der Konvertibilität wird sofort die Probe auf das Exempel gemacht. Die Warenbesitzer, die inmitten all der süssen und feinen „Papierchen“ des Goldes ganz vergessen

hatten, stürzen alle nach dem Golde. On revient toujours à ses premiers amours.

In einem bestimmten Zeitabschnitt läuft stets eine bestimmte Anzahl von Schuldverschreibungen ab; diese repräsentieren die Preissumme der Waren, deren Verkauf sie hervorrief. Die zur Bezahlung dieser Preissumme nötige Geldmenge hängt zunächst ab von der Umlaufsgeschwindigkeit der Zahlungsmittel. Diese ist bedingt durch zwei Umstände: die Verkettung der Verhältnisse von Gläubiger und Schuldner, so dass A, der das Geld von seinem Schuldner B erhält, es an seinen Gläubiger C fortzahlt u. s. w., und die Zeitlänge zwischen den verschiedenen Zahlungsterminen. Je mehr die Zahlungstermine einander angenähert sind, desto öfter kann dasselbe Goldstück hintereinander zu Zahlungen verwendet werden.

Finden im Prozess G-W-G die Verkäufe gleichzeitig und nebeneinander statt, so beschränkt dies die Umlaufsgeschwindigkeit der Zirkulationsmittel, also den Ersatz der Masse durch die Umlaufsgeschwindigkeit. Finden dagegen Zahlungen gleichzeitig und an demselben Orte statt, so können sie miteinander ausgeglichen werden und Geld als Zahlungsmittel erspart werden. Mit der Konzentration der Zahlungen an demselben Platz entwickeln sich naturwüchsig eigene Anstalten und Methoden ihrer Ausgleichung. So zum Beispiel die Virements im mittelalterlichen Lyon. Die Schuldforderungen brauchen bloss konfrontiert zu werden, um sich wechselseitig bis zu einem gewissen Belauf als positive und negative Grössen aufzuheben. So bleibt nur eine Schuldbilanz zu saldieren. Je massenhafter die Konzentration der Zahlungen, desto kleiner relativ die Bilanz, also die Masse der zirkulierenden Zahlungsmittel.

Wir fanden die Masse des in der Zirkulation, also im W-G-W befindlichen Geldes (wobei das Gold im Betrag des Minimums der Zirkulation durch Goldzeichen ersetzt sein kann) gleich Preissumme der Waren, dividiert durch Umlaufsanzahl der gleichnamigen Goldstücke. Ebenso ist die Masse der Zahlungsmittel gleich der Summe der Obligationen (die wieder gleich sind der Preissumme der Waren, durch deren Verkauf die Schuldscheine entstanden sind) dividiert durch die Umlaufsanzahl der gleichnamigen Zahlungsmittel, vermindert um die Summe der sich ausgleichenden Zahlungen. Nimmt man die Umlaufsgeschwindigkeit in einem gegebenen

Moment als gegeben und setzt sie gleich 1, so ist die Masse des überhaupt fungierenden Geldes gleich der Summe der zu zirkulierenden Warenpreise plus der Summe der fälligen Zahlungen minus der sich ausgleichenden Zahlungen minus endlich derjenigen Geldstücke, die erst als Zahlungsmittel und dann als Zirkulationsmittel fungiert haben. Beträgt die Warensumme, die umgesetzt wird auf jeder Seite, 1000 Millionen Mark, die fälligen Zahlungen ebensoviel, dienen aber 200 Millionen zuerst zur Bezahlung und dann zur Zirkulation, gleichen sich zudem noch 500 Millionen der Zahlungen gegenseitig aus, so braucht man im ganzen 1300 Millionen Mark, die das in diesem Moment nötige Geld darstellen. Es ist dies der Betrag, den ich den gesellschaftlich notwendigen Zirkulationswert nenne.

Der grösste Teil aller Umsätze geschieht durch dieses private Kreditgeld, durch Schuldscheine und Zahlungsanweisungen, die sich gegenseitig kompensieren[1]). Der Grund des Ueberwiegens des Zahlungsmittels gegenüber dem Zirkulationsmittel ist, dass mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion auch die Verhältnisse der Zirkulation komplizierter werden, die Zeitpunkte des geeigneten Ein- und Verkaufes auseinanderfallen, überhaupt jene Bindung wegfallen muss, die darin besteht, dass nur dann eingekauft werden, wenn verkauft werden kann.

Das Kreditgeld entsteht also auf Grund von Käufen und Verkäufen der Kapitalisten untereinander; es entsteht innerhalb und auf Grund der Zirkulation. Seine Wirksamkeit besteht darin, die Zirkulation von der Schranke des vorhandenen Goldes unabhängig zu machen; soweit Kreditgeld wirksam ist, wirkt das Gold nicht mehr als Zirkulationsmittel, braucht daher nicht leibhaftig der Ware gegenüberzutreten, sondern dient nur zur Ausgleichung der schliesslichen Bilanz. Diese selbst ist riesenhaft gegenüber der Goldmenge und ihrer Ausgleichung dienen eigene Anstalten. Die Zirkulation ist aber, wie wir gesehen haben, in gleicher Weise Bedingung sowohl als Resultat der kapitalistischen Produktion. Diese kann nur begonnen werden, wenn der Kapitalist sich durch einen Akt der Zirkulation in den Besitz der Produktionselemente gesetzt hat. In dem Masse, in dem diese Zirkulation unabhängig wird von dem Dasein wirklichen Geldes, in demselben Masse wird auch die Pro-

[1]) Im Giroverkehr der Deutschen Reichsbank hat 1 Pf. Bargeld 1894 einen Jahresumsatz von Mk. 4·35, 1900 von Mk. 8·30 bewältigt.

duktion von der Goldmenge unabhängig gemacht. Da schliesslich dieses Gold Arbeit kostet und einen erheblichen Posten der faux frais darstellt, so bildet der Ersatz des Geldes direkt eine Ersparnis an unnützen Kosten des Zirkulationsprozesses.

Seiner Entstehung nach ist die Menge des Kreditgeldes beschränkt durch die Grösse der Produktion und Zirkulation. Es dient zum Umsatz von Ware und ist in letzter Instanz durch den Wert der Ware gedeckt, deren Umsatz es vermittelt hat. Aber im Unterschied zum Staatspapier ist hier kein Minimum gegeben, das nicht vermehrt werden kann. Im Gegenteil wächst mit der Warenmenge und ihrem Preis das Kreditgeld. Das Kreditgeld ist aber nur Zahlungsversprechen; wäre der Umsatz der Ware gegen wirkliches Gold erfolgt, wäre also Wert gegen Wert getauscht worden, so wäre der Prozess endgültig erledigt, weitere Störung ausgeschlossen. Er ist aber nur gegen Zahlungsversprechen erledigt worden. Ob dieses Versprechen gehalten werden kann, hängt davon ab, ob der Schuldner die Ware, die er gekauft, oder eine andere an deren Stelle zum gleichen Wert wieder verkaufen kann. Hat der Tauschakt den gesellschaftlichen Bedingungen nicht entsprochen oder haben diese sich unterdes geändert, so kann er sein Zahlungsversprechen nicht erfüllen, dieses wird wertlos; an seine Stelle muss wirkliches Geld treten.

Daraus geht schon hervor, dass die Menge des Kreditgeldes sich stark kontrahiert mit der Kontraktion der Preise der Waren während der Krise. Die Kontraktion bedeutet aber Entwertung des Kreditgeldes, das die höheren Preise repräsentiert. Zur Kontraktion der Preise tritt die Absatzstockung, die Ware wird unverkäuflich, während der Wechsel verfällt. Die Einlösung des Wechsels ist fraglich geworden. Die Preiskontraktion und die Absatzstockung vermindern so den Wert des gegen die Waren gezogenen Kreditgeldes. Diese Entwertung bildet das wesentliche Moment der Kreditkrise, die jede Handelskrise begleitet.

„Die Funktion des Geldes schliesst einen unvermittelten Widerspruch ein. Soweit sich die Zahlungen ausgleichen, funktioniert es nur ideell als Rechengeld oder Mass der Werte. Soweit wirkliche Zahlung zu verrichten, tritt es nicht als Zirkulationsmittel auf, als nur verschwindende und vermittelnde Form des Stoffwechsels, sondern als die individuelle Inkarnation der gesellschaftlichen Arbeit, selbständiges Dasein des Tauschwertes, absolute

Ware. Dieser Widerspruch eklatiert in dem Moment der Produktions- und Handelskrisen, der Geldkrise heisst. Sie ereignet sich nur, wo die prozessierende Kette der Zahlungen und ein künstliches System ihrer Ausgleichung völlig entwickelt sind. Mit allgemeineren Störungen dieses Mechanismus, woher sie immer entspringen mögen, schlägt das Geld plötzlich und unvermittelt aus der nur ideellen Gestalt des Rechengeldes in hartes Geld um." [1])

Gerade dann aber, wenn die Entwertung des Kreditgeldes am grössten, erlebt das Staatspapiergeld mit Zwangskurs seinen grössten Triumph. Es ist gesetzliches Zahlungsmittel wie das Goldgeld. Das Versagen des Kreditgeldes schafft eine Lücke in der Zirkulation und der horror vacui erfordert gebieterisch deren Ausfüllung. In solchen Zeiten wird es rationell, die Zirkulation des Staatspapiergeldes (oder der Noten der Zentralbank, deren Kredit unerschüttert ist und die, wie wir sehen werden, in der Tat durch die gesetzliche Regelung eine Zwischenstufe zwischen Staatspapier und Kreditgeld darstellen) zu erweitern. Geschieht das nicht, so erhält das Geld (Metall und Staatspapiergeld) ein Agio, wie zum Beispiel das Gold und die Greenbacks in der jüngsten amerikanischen Krise.

Das Kreditgeld erfordert zu seiner Funktion eigene Anstalten, in denen die Zahlungsforderungen gegenseitig verglichen und zur Kompensation gebracht werden; mit der Entwicklung dieser Anstalten wächst die Ersparnis von Bargeld. Diese Aufgabe wird bei entwickeltem Bankwesen zu einer wichtigen Funktion der Banken [2]).

Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung wächst einmal rasch die Gesamtsumme der zu zirkulierenden Waren und damit der gesellschaftlich notwendige Zirkulationswert. Damit wächst der Raum, den Staatspapiergeld mit Zwangskurs einnehmen kann. Zweitens wächst mit der Grösse des Umfanges der Produktion, mit der Verwandlung aller Verpflichtungen in Geldverpflichtung und besonders mit dem Wachstum des fiktiven Kapitals der Umfang,

---

[1]) Marx, „Kapital". I., 4. Auflage, Seite 101.

[2]) Zur Abwicklung des gesellschaftlichen Verkehrs ist in Deutschland 9- bis 15mal mehr Bargeld erforderlich als in England. Der Scheckverkehr erspart zirka 140 Millionen Pfund Sterling Noten, zu deren Deckung der Geldvorrat von zirka 35 Millionen Pfund Sterling vervierfacht werden müsste, falls die heutigen gesetzlichen Bestimmungen in Geltung blieben. S. Jaffé, „Das englische Bankwesen", Leipzig 1905.

in dem die Transaktionen durch Kreditgeld vollzogen werden. Beides bewirkt starke Verringerung des Metallgeldes im Verhältnis der zu vollziehenden Zirkulationsvorgänge und Zahlungen.

Viertes Kapitel.

Das Geld in der Zirkulation des industriellen Kapitals.

Wir wenden uns nun der Rolle zu, die das Geld in der Zirkulation des industriellen Kapitals spielt. Also nicht in die kapitalistische Fabrik mit ihren Wundern der Technik geht der Weg, sondern der Eintönigkeit des ewig gleichen Marktvorganges muss sich unsere Betrachtung zuwenden, wo Geld in Ware und Ware in Geld in formell stets gleicher Weise sich wandelt. Nur die Hoffnung, dass auf diesem Wege es möglich ist, dem Geheimnis auf die Spur zu kommen, wie aus den Zirkulationsvorgängen selbst jene Macht erwächst, die als kapitalistischer Kredit schliesslich die Herrschaft über die gesellschaftlichen Vorgänge erhällt, mag den Leser ermutigen, die Leidensstationen des nächsten Kapitels mit einiger Geduld zu passieren.

In der Zirkulation wäre das Geld überflüssig, wenn der Betrag der Preissumme stets konstant, also Masse und Preis der Waren unveränderlich wären und jede Ware sich gegen die andere zu ihrem Werte austauschen würde. Eine Bedingung, die innerhalb einer ungeregelten, anarchischen Produktionsweise unerfüllbar ist. Andererseits würde die bewusste Regelung der gesellschaftlichen Produktion die Erscheinung des Wertes als Tauschwert, also das gesellschaftliche Verhältnis zweier Dinge und damit das Geld unmöglich machen. Anweisungen auf gesellschaftliche Produkte, von der Gesellschaft ausgestellt, sind ebensowenig Geld als die Theatermarke, die Anweisung auf einen Sperrsitz. Vielmehr macht nur der Charakter der Warenproduktion das Geld als Wertmass und damit als Zirkulationsmittel notwendig[1]).

[1]) In einem Briefe an Rudolf Meyer sagt Rodbertus: „Das Metallgeld ist nicht bloss Wertmesser und Liquidationsmittel — so weit entspricht es nur der Idee des Geldes, in der es nicht liegt, dass diese Quittung = Anweisung auf Warenwert auf einem so teuren Stoff geschrieben stehe, wie Edelmetall ist — sondern dient heute auch als Produktionsregulator, und diesen Dienst versieht es

Fungiert das Geld als Zahlungsmittel, so erscheint eine vollständige Ausgleichung aller Zahlungen in einem bestimmten Moment von vornherein als reiner Zufall, der in Wirklichkeit nie eintreten wird. Das Geld schliesst hier den Prozess des Stellenwechsels der Ware selbständig ab. Es ist willkürlich, wann das in Zahlung empfangene Geld seinerseits in Ware verwandelt, also der Wert der ersten Ware endgültig durch andere Ware ersetzt ist. Der Zusammenhang, der im Prozess G-W-G besteht, ist hier zerrissen. Das Geld muss notwendigerweise hier eintreten, um den Verkäufer der Ware, der seinerseits durchaus nicht Käufer einer anderen Ware sein muss, zu befriedigen.

Diese Zerreissung des Zirkulationsprozesses, die uns auf dem Gebiete der einfachen Warenzirkulation noch als zufällig und willkürlich erscheint, wird aber notwendig im Bereich der kapitalistischen Warenzirkulation. Dies zeigt uns eine Betrachtung der Zirkulation des Kapitals.

Wert wird zu Kapital, indem es Mehrwert heckender Wert wird. Dies geschieht im kapitalistischen Produktionsprozess, dessen Voraussetzung das Monopol der Kapitalisten an den Produktionsmitteln und das Dasein einer freien Lohnarbeiterklasse ist. Die Lohnarbeiter verkaufen dem Kapitalisten ihre Arbeitskraft, deren Wert gleich dem Wert der zur Erhaltung und Reproduktion der Arbeiterklasse notwendigen Lebensmittel ist. Ihre Arbeit schafft neuen Wert, von dem ein Teil dem Kapitalisten den Teil des Kapitals ersetzt, den er zum Ankauf der Arbeitskraft vorgeschossen hat — Marx nennt ihn den variablen Teil das Kapitals — während

---

nur durch seine kostbare Stoffzugabe. Sie müssten auch jedem Unternehmer befehlen dürfen, wie viel er produzieren soll, wenn Sie die Warennote einführen wollen. Die Idee der Warennote bohrt auf dem interessantesten Punkt der ganzen Nationalökonomie, aber als ständiges Zirkulationsmittel (und nicht bloss vorübergehender Darlehenskassenschein) ist sie nur möglich, wenn der Wert der Waren nach Arbeit konstituiert ist und die Warennote auf Warenwert nach Arbeit bemessen lautet. Die Möglichkeit eines solchen Geldes bezweifle ich nicht; aber soll ein solches Geld das alleinige Zirkulationsmittel sein, so setzte das die Aufhebung des Grund- und Kapitaleigentums voraus." „Briefe und Sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow." Herausgegeben von Doktor Rudolph Meyer. Berlin 1881, II. Bd., Seite 441. Diese wie andere Stellen beweisen übrigens, dass Engels Rodbertus Unrecht getan hat, wenn er ihn mit den kleinbürgerlichen Arbeitsgeldutopisten, den Gray, Bray etc., die ein Arbeitsgeld ohne gesellschaftliche Kontrolle der Produktion für möglich hielten, in einen Topf warf.

der andere Teil als Mehrwert dem Kapitalisten zufällt. Da im Arbeitsprozess der Wert der Produktionsmittel — das konstante Kapital — auf das Produkt übertragen wurde, hat sich der Wert, den der Kapitalist für die Produktion vorgeschossen hat, vermehrt, ist wertheckender Wert geworden, hat sich als Kapital bewährt.

Jedes industrielle Kapital macht einen Kreislaufprozess durch, von dem uns in diesem Zusammenhang nur die Formverwandlungen interessieren. Denn der Inhalt des Prozesses ist die Entstehung des Mehrwerts, also die Verwertung des Kapitals, und diese vollzieht sich im Produktionsprozess, der in der kapitalistischen Gesellschaft doppelte Funktion hat: er ist wie in jeder Gesellschaftsform Arbeitsprozess, der Gebrauchswerte liefert, er ist aber zugleich, was für die kapitalistische Gesellschaft charakteristisch ist, Verwertungsprozess, in dem die Produktionsmittel als Kapital fungieren und Mehrwert erzeugt wird. Die Analyse dieses Prozesses hat Marx im ersten Band des „Kapital“ erschöpfend gegeben. Der Zusammenhang unserer Untersuchung erfordert nur ein Eingehen auf die Formverwandlung des Wertes, nicht auf seine Entstehung. Die Formverwandlung betrifft aber nicht die Wertgrösse, deren Vermehrung vielmehr den Inhalt des Verwertungsprozesses ausmacht; gehört diese Veränderung dem Produktionsprozess an, so die Formänderung dem Zirkulationsprozess. Es sind aber nur zwei Formen, die der Wert in der warenproduzierenden Gesellschaft annehmen kann: die Form der Ware und die Form des Geldes.

Betrachten wir nun den Kreislaufprozess des Kapitals, so erscheint jedes Kapital zunächst, etwa bei seinem ersten Auftreten, als Geldkapital. Als Geld, das als Kapital fungieren soll, wird es verwandelt in Waren (W) bestimmter Art, Produktionsmittel (Pm) und Arbeitskraft (A). Es folgt der Produktionsprozess (P . . .). Dieser schliesst keine Formänderung des Wertes ein. Der Wert bleibt W a r e. Aber im Produktionsprozess wird, erstens — was den Wert überhaupt nicht trifft — der Gebrauchswert der Ware geändert, und zweitens vermehrt die Arbeitskraft durch ihre Funktion den Wert; der Wert wird vergrössert. Als Ware (W^1), deren Wert um den Mehrwert vermehrt ist, verlässt die Ware die Produktionsstätte, um ihre zweite und letzte Formveränderung zu erfahren, in Geld (G^1) verwandelt zu werden.

Der Kreislaufprozess des Kapitals zerfällt also in zwei der Zirkulation angehörige Stadien G-W und W^1-G^1 und in ein Stadium

der Produktion. In der Zirkulation erscheint es als Geldkapital und Warenkapital, in der Produktion als produktives Kapital; das Kapital, welches alle diese Formen durchläuft, ist industrielles Kapital. Geldkapital, Warenkapital, produktives Kapital bezeichnen hier also nicht selbständige Kapitalsorten, sondern nur besondere Funktionsformen des industriellen Kapitals.

Es ergibt sich also folgendes Schema: G-W-P . . . W^1-G^1.

Jedes neu auftretende Kapital erscheint zunächst als Geldkapital. Dass es Kapital, sieht man dem Geld nicht an [1]). Das ist es nur, weil es in die Elemente des produktiven Kapitals verwandelt werden soll. Zunächst ist es nur Geld, kann also nur Geldfunktionen vollziehen, ist es nur Zirkulations- oder Zahlungsmittel.

Nun wissen wir bereits, dass die Funktion des Geldes als eines Zahlungsmittel Kreditverhältnisse einschliessen kann. G-W, das erste Stadium des Zirkulationsprozesses des Kapitals zerfällt in zwei Teile: G-Pm und G.-A. Da der Lohnarbeiter nur vom Verkauf der Arbeitskraft lebt, ihre Erhaltung tägliche Konsumtion erfordert, muss seine Zahlung ständig in kürzeren Terminen wiederholt werden, damit er die zu seiner Selbsterhaltung nötigen Einkäufe immer machen kann. Der Kapitalist muss ihm daher beständig als Geldkapitalist und sein Kapital ihm als Geld gegenübertreten [2]). Hier spielt somit der Kredit keine Rolle.

Anders im Prozess G-Pm. Hier kann der Kredit grössere Rolle spielen. Die gekauften Produktionsmittel haben den Zweck, verwertet zu werden. Das Geld, das für sie ausgegeben wurde, ist für den Kapitalisten

[1]) Die Schwierigkeit des Kapitalbegriffes wie der ökonomischen Begriffe überhaupt entspringt aus dem Schein, dass sie den Dingen selbst anhaften, während sie nur bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegeln, in denen dieselben Dinge durchaus wechselnde Rollen übernehmen. So spiegelt Gold als Geld einerseits nur das Verhältnis einer bestimmten Epoche in der Entwicklung des Warenaustausches wider, es ist Zirkulationsmittel. Aber in einem anderen Verhältnis wird es Kapital. Ob Gold oder auch Geld Kapital ist, ist daher eine falsch gestellte Frage. In manchen Verhältnissen ist es Geld, in anderen auch Kapital. Auch Kapital aber, das heisst, es kann als Kapital immer nur Geldfunktionen vollziehen ist nur Geldform des Kapitals im Unterschied zur Warenform des Kapitals.

Bestimmten Dingen Kapitalcharakter zuschreiben zu wollen, ist ebenso falsch wie den Raum als etwas den Dingen Anhaftendes anzusehen. Nur unsere Anschauung gibt den Dingen die Raumform, wie nur bestimmte Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung den Dingen Geld- oder Kapitalform geben.

[2]) Marx, „Kapital", II., Seite 12.

nur vorgeschossen; es hat die Aufgabe, ihm nach Ablauf der Zirkulationsperiode zurückzukehren, und es kehrt, normalen Verlauf vorausgesetzt, zu ihm vermehrt zurück. Da der Kapitalist sein Geld also nur vorschiesst, dieses zu ihm zurückkehrt, kann es ihm selbst vorgeschossen werden — geliehen werden. Und dies ist überhaupt Voraussetzung des Produktionskredits: dass Geld nur dem geliehen wird, der es selbst nur in der Weise ausgibt, dass es zu ihm — normalen Verlauf stets vorausgesetzt — wieder zurückkehren muss. Zugleich ist der Kredit hier fundiert auf die Waren, zu deren Ankauf das Geld vorgeschossen wurde.

Wir haben es hier nur mit dem Kredit zu tun, der entspringt aus der Warenzirkulation selbst, aus der Aenderung der Geldfunktion, aus der Verwandlung des Geldes aus Zirkulationsmittel in Zahlungsmittel. Dagegen betrachten wir an dieser Steile noch nicht jenen Kredit, der aus der Teilung der Funktion des Kapitalisten in einen reinen Geldbesitzer und einen Unternehmer entspringt. Wird das Geld vom Geld- oder Leihkapitalisten dem Unternehmer kreditiert, so ist das blosse Uebertragung von Geld. An der Menge des vorgeschossenen Geldes wird dadurch noch nichts geändert. In dem Falle aber, den wir jetzt betrachten, kann dies wohl eintreten. Der Verkäufer der Produktionsmittel kreditiert ihm die Ware und erhält für diese Zahlungsversprechen, zum Beispiel Wechsel. Der Kapitalist wird dann am Ende des Termins vielleicht schon mit Rückflüssen aus dem Zirkulationsprozess seines vorgeschossenen Kapitals zahlen können. Soweit dies der Fall, kann die Summe seines Geldkapitals geringer sein, als sie sonst sein müsste, hat der Kredit die Potenz seines Kapitals ausgeweitet.

Aber die Tatsache des Kredits ändert nichts daran, dass das Kapital Geldform haben muss, um Ware kaufen zu können. Sie vermindert nur, soweit sich Zahlungen kompensieren, die Menge des Metallgeldes, das für den Umtausch sonst erforderlich wäre. Aber diese Menge wird nicht irgendwie bestimmt durch den Kapitalcharakter, den das Geld bei dieser Transaktion besitzt, sondern unterliegt nur den Gesetzen, die aus der Natur der Warenzirkulation entspringen. Alle anderen Umstände gleichgesetzt, ist es die Preissumme der Waren, die gekauft werden müssen, die über die Menge des Geldes entscheidet, das vorgeschossen werden muss. Vermehrter Vorschuss von Geldkapital bedeutet also nichts anderes als vermehrten Ankauf von zu produktivem Kapital geeigneten

Waren (Pm + A), also vermehrte Menge der Zirkulations- und Zahlungsmittel.

Bei dieser Vermehrung wirken zwei einander entgegengesetzte Tendenzen. Mit der rascheren Akkumulation in Zeiten der Hochkonjunktur wächst die Nachfrage nach bestimmten Waren und infolgedessen ihr Preis. Die erhöhte Preissumme macht vermehrtes Geld nötig. Anderseits wächst gleichzeitig der Kredit, da es eine Periode der guten Konjunktur ist, in der die Rückflüsse regelmässig eingehen, der Verwertungsprozess des Kapitals gesichert erscheint und daher die Neigung und Möglichkeit der Kreditgewährung wächst. Die Expansion des Kredits macht hier die rasche Erweiterung über die Basis des Metallgeldes hinaus möglich.

Dies gilt natürlich nur für den Prozess G-Pm, nicht für den Prozess G-A. Vielmehr nimmt mit dem Wachstum des variablen Kapitals auch im selben Masse die Masse des zum Ankauf dienenden und in die Zirkulation eingehenden zuschüssigen Geldes zu. Es ist klar, dass mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion die Sphäre der Anwendung des Kredits absolut und noch mehr relativ beständig wächst, da mit dem Fortschritt zur höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals der Umsatz von G-Pm ständig wächst gegenüber G-A, also auch die Sphäre des Kredits gegenüber der Sphäre des Bargeldes.

So weit ergibt sich aus der Betrachtung des Kreislaufprozesses noch keine neue Bestimmung für die Rolle des Kredits. Dies ändert sich, wenn wir den Einfluss der Umschlagszeit auf die Grösse des Geldkapitals betrachten. Denn es wird sich zeigen, dass im Kreislaufprozess periodisch Geldsummen freigesetzt werden. Da aber brachliegendes Geld nicht Profit zeugen kann, so entsteht das Streben, dieses Brachliegen möglichst zu verhindern, eine Aufgabe, die nur durch den Kredit, der damit eine neue Funktion erfüllt, gelöst werden kann. Dieser neuen Ursache für das Entstehen von Kreditverhältnissen muss sich jetzt die Untersuchung zuwenden.

Periodische Freisetzung und Brachlegung von Geldkapital.

„Die Bewegung des Kapitals durch die Produktionssphäre und die zwei Phasen der Zirkulationssphäre vollzieht sich in einer zeitlichen Reihenfolge. Die Dauer seines Aufenthaltes in der Produktionssphäre bildet seine Produktionszeit, die in der Zirkulations-

sphäre seine Zirkulations- oder Umlaufszeit. Die Gesamtzeit, worin es seinen Kreislauf beschreibt, ist daher gleich der Summe von Produktionszeit und Umlaufszeit.“ [1])

„Der Kreislauf des Kapitals, nicht als vereinzelter Vorgang, sondern als periodischer Prozess bestimmt, heisst sein Umschlag. Die Dauer dieses Umschlages ist gegeben durch die Summe seiner Produktionszeit und seiner Umlaufszeit. Diese Zeitsumme bildet die Umschlagszeit des Kapitals.“ [2])

In unserem Schema bildet also die Zeit, die jedesmal nötig, um den Prozess $G\text{-}G^1$ zu vollziehen, die Umschlagszeit. Die Umlaufszeit ist gleich der Zeit, die die Transaktionen $G < {}^{A}_{Pm}$ und $W^1\text{-}G^1$ erfordern, während die Produktionszeit gleich ist der Zeit, in der das Kapital als produktives Kapital (P) dem Verwertungsprozess unterliegt.

Die Umschlagszeit eines Kapitals betrage neun Wochen, davon die Produktionszeit sechs Wochen und die Umlaufszeit drei Wochen. Zur Produktion seien wöchentlich 1000 M. Kapital erforderlich. Soll die Produktion am Ende der sechsten Woche, der Produktionszeit, nicht auf drei Wochen unterbrochen werden, so muss der Kapitalist während der drei Wochen, die die Zirkulation dauert, ein neues Kapital von 3000 M. (Kapital II) vorschiessen, um die Produktion kontinuierlich fortzuführen. Denn während der drei Wochen, worin das Kapital die Zirkulationssphäre behaust, befindet es sich mit Bezug auf den Produktionsprozess in demselben Zustand, als wenn es überhaupt nicht existierte [3]). Die Zirkulationszeit macht also zuschüssiges Kapital nötig und dieses zuschüssige Kapital verhält sich zum Gesamtkapital wie die Zirkulationszeit zur Umschlagszeit, also in unserem Beispiel wie 3 : 9 oder das zuschüsssige Kapital beträgt ein Drittel des ganzen Kapitals.

Der Kapitalist muss also über 9000 M. statt über 6000 M. verfügen, soll die Produktion nicht drei Wochen stillstehen. Aber diese zuschüssigen 3000 M. treten erst mit Beginn der Umlaufszeit, also in der siebenten Woche in Funktion, liegen also die ersten sechs Wochen brach. Diese Freisetzung und Brachlegung von 3000 M. wiederholt sich jedoch beständig. Die 6000 M., die in

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 97.
[2]) Ebenda, Seite 133.
[3]) Ebenda, Seite 243.

der ersten Arbeitsperiode in Warenkapital verwandelt werden, sind am Ende der neunten Woche verkauft. Der Kapitalist hat jetzt 6000 M. in Händen. Die zweite Arbeitsperiode hat aber bereits mit der siebenten Woche begonnen und ist nun zur Hälfte vorüber. Während dieser Zeit hat das zuschüssige Kapital von 3000 M. fungiert; zur Beendigung der Arbeitsperiode sind also nur 3000 M. erforderlich; 3000 M. von den ursprünglichen 6000 M. sind wieder freigesetzt und dieser Prozess wiederholt sich stets aufs Neue.

Es ist also ein zuschüssiges Kapital, und zwar Geldkapital, da es als Kaufmittel für Produktionsmittel und Arbeitskraft zu fungieren hat, nötig geworden, zur Aufrechterhaltung der Kontinuität des Produktionsprozesses, der durch die Zirkulation des Kapitals nicht unterbrochen werden soll. Dieses zuschüssige Kapital heckt selbst nicht kontinuierlich Mehrwert, fungiert also soweit nicht als Kapital, sondern wird durch den Mechanismus des Kreislaufes selbst stets für eine Zeit freigesetzt, um während der anderen Zeit fungieren zu können.

„Das gesellschaftliche Gesamtkapital betrachtet, wird sich stets ein mehr oder minder bedeutender Teil dieses zuschüssigen Kapitals für längere Zeit im Zustand des Geldkapitals befinden [1]), und zwar ist dies freigesetzte Kapital gleich dem Kapitalsteil, welcher den Ueberschuss der Zirkulationsperiode über eine Arbeitsperiode oder über ein Multipel von Arbeitsperioden auszufüllen hat.“ [2])

„Dies Hereinkommen des zur Verwandlung der Umlaufszeit von Kapital I (von 6000 M.) in Produktionszeit erheischten Zuschusskapitals (von 3000 M.) vermehrt also nicht nur die Grösse des vorgeschossenen Kapitals und die Länge der Zeit, wofür das Gesamtkapital notwendig vorgeschossen wird, sondern es vermehrt auch spezifisch den Teil des vorgeschossenen Kapitals, der als Geldvorrat existiert, also sich im Zustand von Geldkapital befindet und die Form von potentiellem Geldkapital besitzt.“ [3])

Allein diese 3000 M. brauchen durchaus nicht die ganze Summe des Geldkapitals darzustellen, das in einem gegebenen

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 248.

[2]) Ebenda, Seite 262.

[3]) Marx, „Kapital“, II., Seite 248. Das Zahlenbeispiel ist bei Marx anders wie in unserem Text. Wir haben in die Marxzitate der Einfachheit halber unsere Zahlen eingestellt.

Moment brachliegt. Gesetzt den Fall[1]), unser Kapitalist verwende die 6000 M., die für die Produktion zunächst nötig, in der Weise, dass er die eine Hälfte zum Ankauf der Produktionsmittel, die andere für Arbeitslohn verausgabt. Er zahlt aber die Arbeiter wöchentlich. Dann wird von den dazu nötigen 3000 M. bis zum Ablauf der sechsten Woche ein Teil, der sich wöchentlich um 500 M. verringert, stets brachliegen. Ebenso ist es möglich, dass auch ein Teil der Produktionsmittel, zum Beispiel die Kohle, nicht sogleich zu Beginn für die ganze Produktionsperiode eingekauft wird, sondern erst während der Produktion sukzessive die nötigen Einkäufe vollzogen werden. (Umgekehrt könnte es auch passieren, dass die Marktverhältnisse oder Lieferungsgewohnheiten dazu zwängen, für mehr als eine Produktionsperiode einzukaufen. Dann würde sich die Notwendigkeit herausstellen, ein grösseres Geldkapital in Warenkapital zu verwandeln.)

Dadurch also, dass in dem Prozess $G<^{A}_{Pm}$ das Geld nicht sofort in Arbeitskraft und Produktionsmittel verwandelt wird, entsteht brachliegendes Geldkapital, auch abgesehen von dem zuschüssigen Kapital II. Ein Teil des Geldes vollzieht den Akt G-W, während ein anderer Teil im Geldzustand verharrt, um erst zu einer durch die Bedingungen des Prozesses selbst bestimmten Zeit für gleichzeitige oder sukzessive Akte G-W zu dienen. Es ist der Zirkulation nur zeitweise entzogen, um am bestimmten Zeitpunkt in Aktion zu treten, seine Funktion auszuüben. Diese Aufspeicherung ist dann ein Zustand, worin das Geld eine seiner Funktionen als Geldkapital ausübt. Als Geldkapital; denn in diesem Fall ist das zeitweilig in Ruhe verharrende Geld selbst ein Teil des Geldkapitals G, der gleich ist dem Wert des produktiven Kapitals, von dem der Kreislauf ausgeht. Anderseits befindet sich alles der Zirkulation entzogene Geld in Schatzform. „Die Schatzform des Geldes wird also hier Funktion des Geldkapitals, ganz wie in G-W die Funktion des Geldes als Kauf- oder Zahlungsmittel zur Funktion des Geldkapitals wird, und zwar weil der Kapitalwert hier in Geldform existiert, der Geldzustand hier ein durch den Zusammenhang des

[1]) Wir können hier nur die wichtigsten Momente anführen. Im II. Band des „Kapital" hat Marx das Problem bis in die Details, die übrigens von Pedanten noch vermehrt werden könnten, verfolgt. Doch ist die grundlegende Bedeutung dieser Untersuchungen für das Verständnis der Kreditverhältnisse bisher übersehen worden.

Kreislaufes vorgeschriebener Zustand des industriellen Kapitals in einem seiner Stadien ist. Aber es bewährt sich hier wieder zugleich, dass das Geldkapital innerhalb des Kreislaufes des industriellen Kapitals keine anderen als Geldfunktionen verrichtet, und diese Geldfunktionen nur durch ihren Zusammenhang mit den anderen Stadien dieses Kreislaufes zugleich die Bedeutung von Kapitalfunktionen haben."[1])

Eine dritte und sehr bedeutende Ursache von Brachliegen des Geldkapitals entsteht aus der Art, wie das Kapital aus dem Verwertungsprozess rückfliesst, und zwar sind auch hier wieder zwei Hauptursachen für die Entstehung von brachliegendem Geldkapital zu nennen.

Das industrielle Kapital zerfällt, vom Standpunkt seines Umschlages aus betrachtet, bekanntlich in zwei Teile. Ein Teil des Kapitals wird während jeder einzelnen Umschlagsperiode vollständig verzehrt und sein Wert geht ganz auf das Produkt über. In einer Spinnerei zum Beispiel, in der 10.000 Pfund Garn monatlich produziert und am Ende des Monats verkauft werden, sind während dieses Monats der entsprechende Wert von Baumwolle, Schmieröl, Leuchtgas, Kohle und Arbeitskraft verbraucht worden und ihr Wert wird beim Verkauf des Produkts dem Kapitalisten zurückersetzt. Dieser Teil des Kapitals, der in einer Umschlagsperiode ersetzt wird, ist das zirkulierende Kapital. Andererseits waren zur Produktion Baulichkeiten, Maschinerie u. s. w. nötig, die fortfahren auch nach Beendigung der Umschlagsperiode im Produktionsprozess zu fungieren. Von ihrem Wert ist daher nur ein Teil, gleich dem durchschnittlichen Verschleiss während einer Umschlagsperiode, übertragen worden. Beträgt ihr Wert sage 100.000 M., ihre Funktionsdauer durchschnittlich 100 Monate, so werden durch den Verkauf des Garns für Ersatz der Baulichkeiten und Maschinerie 1000 M. zurückfliessen. Jener Teil des Kapitals, der während einer Reihe von Umschlagsperioden fungiert, bildet das fixe Kapital.

Es fliesst also dem Spinnereibesitzer aus der Zirkulation beständig Geld zu als Ersatz seines fixen Kapitals, das er in Geldform festhalten muss, bis es nach 100 Monaten den Betrag von 100.000 M. erreicht hat, die er dann zum Ankauf neuer Maschinerie etc. benötigt. Es findet also auch hier Schatzbildung statt,

---

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 52.

die selbst ein „Element des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ist, Reproduktion und Aufspeicherung in Geldform des Wertes des fixen Kapitals oder seiner einzelnen Elemente bis zu der Zeit, wo das fixe Kapital ausgelebt und folglich seinen ganzen Wert an die produzierten Waren abgegeben hat und nun in natura ersetzt werden muss“ [1]).

Zugleich sehen wir, dass ein Teil der Kapitalisten der Zirkulation beständig Geld entzieht als Ersatz des Wertes des verschlissenen fixen Kapitals. Die Geldform ist hier wesentlich; der Wert des fixen Kapitals kann nur in Geld ersetzt werden, weil das fixe Kapital als solches weiter im Produktionsprozess fungiert und daher nicht in natura ersetzt zu werden braucht. Es ist also die bestimmte Art der Reproduktionsweise des fixen Kapitals, die hier das Geld notwendig macht [2]). Was hier durch das Geld überhaupt erst ermöglicht wird, ist die Trennung und Verselbständigung der Wertzirkulation des fixen Kapitals gegenüber der Beständigkeit seiner technischen Funktion im Produktionsprozess.

Die Art des Rückflusses des fixen Kapitals bewirkt also periodisches Aufschatzen, damit aber periodisches Brachliegen von Geldkapital.

Als letzte Ursache der Freisetzung von Geldkapital haben wir noch die Art der kapitalistischen Akkumulation zu betrachten. Soll der Mehrwert als Kapital fungieren, sei es, dass er zur Erweiterung alter oder Begründung neuer Unternehmen verwandt werden soll, so muss er eine gewisse Grösse erreicht haben, deren Ausmass von den gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen des Unternehmens abhängt. Mit jeder Beendigung eines Kreislaufs wird aber ein Stück Mehrwert, und zwar zunächst in Geldform realisiert. In der Regel muss eine ganze Anzahl solcher Kreisläufe vollzogen sein, bis die realisierten Mehrwertsummen gross genug geworden sind, um in Produktionskapital verwandelt werden zu können. Es werden so beständig Geldsummen von den einzelnen

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 449.

[2]) „Sowenig wie die einfache Warenzirkulation identisch ist mit blossem Produktenaustausch, so wenig kann sich der Umsatz des jährlichen Warenproduktes in blossen, unvermittelten, gegenseitigen Austausch seiner verschiedenen Bestandteile auflösen. Das Geld spielt eine spezifische Rolle darin, die namentlich auch in der Weise der Reproduktion des fixen Kapitalwertes sich ausdrückt.“ („Kapital“, II., Seite 450.)

Kapitalisten aufgeschatzt, die für sie realisierten Mehrwert darstellen, bis schliesslich diese Summen für die produktive Verwendung ausreichend geworden sind. Wir haben es hier mit brachliegendem Geldkapital zu tun, das aus dem Verwertungsprozess herstammt und eine Zeitlang in Geldform aufgeschatzt bleiben muss, bis es zur produktiven Verwendung gelangen kann.

Schatzbildung kann schon innerhalb der einfachen Warenzirkulation erfolgen. Dazu ist weiter nichts nötig, als dass beim Prozess W-G-W der zweite Teil G-W nicht vollzogen wird, dass also der Warenverkäufer seinerseits nicht wieder kauft, sondern das Geld aufschatzt. Aber solches Verhalten erscheint als blosser Zufall und Willkür. In der Zirkulation des Kapitals wird aber solches Aufschatzen zur Notwendigkeit, die sich aus der Natur des Prozesses selbst ergibt. Der Unterschied gegen die einfache Warenzirkulation ist ferner der, dass nicht blosses Zirkulationsmittel freigesetzt wird, das zum Schatz erstarrt, sondern dass Geldkapital freigesetzt wird, Geld, das zugleich Stadium des Verwertungsprozesses war und das nunmehr bestrebt sein muss, neuerdings in den Verwertungsprozess zu gelangen, von neuem Geldkapital zu werden; es übt also Druck auf den Geldmarkt aus.

So entsteht aus dem Mechanismus der Zirkulation des Kapitals selbst die Notwendigkeit, dass Geldkapital in grösserem oder geringerem Umfang für längere oder kürzere Zeit brachliegt. Das bedeutet aber, dass es während dieser Zeit nicht Profit zeugen kann, eine Todsünde vom Standpunkt des Kapitalisten. Der Umfang, in dem das Kapital seinen Sündenfall vollzieht, hängt aber wie die meisten Sünden von objektiven Faktoren ab, deren Betrachtung wir uns nunmehr zuwenden müssen.

Wechselnder Umfang des brachliegenden Kapitals und seine Ursachen.

Wir wissen bereits, dass während der Umlaufszeit des Kapitals zuschüssiges Geldkapital zur Fortführung des Produktionszweiges erfordert wird, das periodisch brachgelegt wird. Verkürzt sich nun in unserem ersten Beispiel die Umlaufszeit von drei auf zwei Wochen, so werden 1000 M. überflüssig und werden in Form von Geldkapital ausgeschieden. Als solches tritt es in den Geldmarkt ein und bildet zuschüssigen Teil der hier fungierenden Kapitalien. Diese überschüssigen 1000 M. existierten früher nur zum Teil in Geldform; nämlich zu jenem Teil, der zur Zahlung der Arbeitskraft

diente, 500 M. dagegen wurden zum Ankauf von Produktionsmitteln verwandt, existierten also in Warenform. Jetzt werden sie ganz, und zwar in Geldform aus dem Kreislaufprozess dieses Kapitals ausgeschieden.

„Die hiermit in Geldform ausgeschiedenen 1000 M. bilden jetzt ein neues, Anlage suchendes Geldkapital, einen neuen Bestandteil des Geldmarktes. Sie befanden sich zwar periodisch schon früher in der Form von freigesetztem Geldkapital und von zuschüssigem Produktivkapital, aber diese latenten Zustände selbst waren Bedingung für die Ausführung, weil für die Kontinuität des Produktionsprozesses. Jetzt sind sie nicht mehr dazu nötig und bilden deswegen neues Geldkapital und einen Bestandteil des Geldmarktes, obgleich sie durchaus weder ein zuschüssiges Element des vorhandenen gesellschaftlichen Geldvorrates bilden (denn sie existierten beim Beginn des Geschäftes und wurden durch dasselbe in die Zirkulation geworfen) noch einen neuakkumulierten Schatz."[1]) Es zeigt sich hier also, wie bei gleichbleibendem Geldvorrat nur durch Verkürzung der Umschlagszeit des Kapitals vermehrtes Angebot von Geldkapital entsteht. Denn das Geld ist durch seine frühere Funktion als Kapital prädestiniert, wieder Kapital zu werden.

Verlängert sich umgekehrt die Umlaufszeit, sage um weitere zwei Wochen, so wird zuschüssiges Kapital erforderlich im Belauf von 2000 M., die aus dem Geldmarkt genommen werden müssen, um in den Kreislauf des produktiven Kapitals (in den immer die Zirkulationszeit eingeschlossen ist) zu treten. 1000 M. werden allmählich aus der Geldform in Arbeitskraft umgewandelt, die anderen 1000 vielleicht sofort in Produktionsmittel. Die Verlängerung des Umschlages bewirkt daher vermehrte Nachfrage auf dem Geldmarkt.

Die wichtigsten Momente, welche die Umschlagsperiode selbst affizieren, sind die folgenden: „Soweit die grössere oder geringere Länge der Umschlagsperiode abhängt von der Arbeitsperiode im eigentlichen Sinne, das heisst der Periode, nötig, um das Produkt für den Markt fertig zu machen, beruht sie auf den jedesmal gegebenen sachlichen Produktionsbedingungen der verschiedenen Kapitalsanlagen, die innerhalb der Agrikultur mehr den Charakter von Naturbedingungen der Produktion besitzen, in der Manufaktur und dem grössten Teil der extraktiven Industrie

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 274.

mit der gesellschaftlichen Entwicklung des Produktionsprozesses selbst wechseln." [1])

Hier walten zweierlei Tendenzen. Die Entwicklung der Technik verkürzt die Arbeitsperiode; das einzelne Stück wird rascher fertiggestellt, verlässt also rascher die Fabrik und kommt auf den Markt; es tut das ausserdem, wenn es sich um diskrete Produkte handelt, auch in grösserer Gesellschaft, es ist mehr hergestellt worden als früher, ein grösseres Kapital schlägt also rascher um; der technische Fortschritt verkürzt die Arbeitsperiode und beschleunigt so den Umschlag des zirkulierenden Kapitals und des Mehrwertes. Aber zugleich bedeutet dieser Fortschritt Vermehrung des fixen Kapitals, dessen Umschlagsperiode länger ist, eine Reihe von Umschlägen des zirkulierenden Kapitals umfasst. Diese Vermehrung des fixen Kapitals schreitet in rascherem Verhältnis fort als die des zirkulierenden. Ein immer grösserer Teil des Gesamtkapitals verlangsamt somit seinen Umschlag. Vom Kredit abgesehen, wäre damit in der Verlangsamung des Umschlages ein weiterer Grund — der erste ist die Vergrösserung der Stufenleiter der Produktion als solche — zu vermehrtem Vorschuss von Geldkapital gegeben, von dem aber auch ein grösserer Teil disponibel (freigesetzt) bliebe.

„Soweit die Länge der Arbeitsperiode auf der Grösse der Lieferungen beruht (dem quantitativen Umfang, worin das Produkt als Ware in der Regel auf den Markt geworfen wird), hat dies konventionellen Charakter. Aber die Konvention selbst hat zur materiellen Basis die Stufenleiter der Produktion und ist daher nur im einzelnen betrachtet zufällig." Auch hier wächst im allgemeinen das Quantum, mit ihm der Kapitalvorschuss. Jedoch ist zu beachten, dass das grössere Quantum infolge des technischen Fortschritts geringeren Preis haben kann, daher auch geringerer Vorschuss erforderlich sein kann.

„Soweit endlich die Länge der Umschlagsperiode von der Länge der Zirkulationsperiode abhängt, ist dies zum Teil zwar bedingt durch den beständigen Wechsel in den Marktkonjunkturen, die grössere oder geringere Leichtigkeit, zu verkaufen, und die dieser entspringende Notwendigkeit, das Produkt teilweise auf näheren oder entfernteren Markt zu werfen. Abgesehen von dem Umfang der Nachfrage überhaupt, spielt die Bewegung der Preise

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 303/304.

hier eine Hauptrolle, indem der Verkauf bei fallenden Preisen absichtlich beschränkt wird, während die Produktion vorangeht; umgekehrt bei steigenden Preisen, wo Produktion und Verkauf Schritt halten oder im voraus verkauft werden kann. Jedoch ist als eigentliche materielle Basis zu betrachten die wirkliche Entfernung des Produktionssitzes vom Absatzmarkt." [1])

Da der Profit in der Produktion entsteht, durch die Zirkulation nur realisiert wird, ist es ständiges Bestreben, alles Kapital womöglich in Produktionskapital zu verwandeln. Daher die Tendenz, die Zirkulationskosten auf ein Minimum herabzusetzen durch Ersetzung des Metallgeldes durch Kreditgeld und zweitens die Zirkulationszeit selbst herabzudrücken durch Entwicklung der Handelstechnik, durch möglichst raschen Verkauf der Produkte. Eine Gegentendenz bildet die stete Erweiterung der Märkte und die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung. Diese Gegentendenz wird in ihrer Wirkung gemildert durch die Entwicklung der Transportverhältnisse.

Wir haben schliesslich noch hervorzuheben, dass die Länge der Umschlagszeit des Kapitals entscheidend ist für die Schnelligkeit, mit der der Mehrwert in Kapital rückverwandelt, akkumuliert werden kann. Je kürzer die Umschlagszeit, desto rascher realisiert sich auch der Mehrwert in Geldform und kann in Kapital verwandelt werden.

All diese angeführten Momente: die organische Zusammensetzung des Kapitals, insbesondere das Verhältnis des fixen zum zirkulierenden Kapitalsbestandteil, die Entwicklung der Handelstechnik, welche die Umlaufszeit abkürzt, die in gleicher Richtung wirkende Entwicklung der Transportmittel, der aber in dem Aufsuchen stets entfernterer Märkte eine Gegentendenz erwächst, die Verschiedenheit im Tempo der Rückflüsse infolge der periodischen Konjunkturschwankungen, schliesslich die raschere oder verlangsamtere produktive Akkumulation: alle diese Umstände wirken auf die Masse des brachliegenden Kapitals und auf die Dauer des Brachliegens ein.

Dazu kommt als wichtiges Moment der Einfluss der Preisänderungen der Waren. Tritt Preisfall der Rohmaterialien ein, so braucht der Kapitalist unseres Beispiels, um die Produktion auf

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 304.

gleicher Stufenleiter fortzuführen, wöchentlich nicht 1000 M., sondern sage nur 900 M. vorzuschiessen; für die ganze Umschlagsperiode seines Kapitals also nicht 9000 M., sondern nur 8100 M., während 900 M. freiwerden. Das so „ausgeschiedene und jetzt unbeschäftigte, daher auf dem Geldmarkt Anlage suchende Kapital, Geldkapital, ist nichts als ein Stück des ursprünglich als Geldkapital vorgeschossenen Kapitals von 9000 M., das durch den Preisfall der Produktionselemente, worin es periodisch rückverwandelt, überflüssig geworden ist, soll das Geschäft nicht erweitert, sondern auf der alten Stufenleiter fortgesetzt werden. Wäre dieser Preisfall nicht zufälligen Umständen geschuldet (besonders reicher Ernte, Ueberzufuhr etc.), sondern einer Vermehrung der Produktivkraft in dem Zweig, der den Rohstoff liefert, so wäre das Geldkapital ein absoluter Zuschuss zum Geldmarkt, überhaupt zu dem in der Form von Geldkapital disponiblen Kapital, weil es keinen integrierenden Bestandteil des bereits angewandten Kapitals mehr bildete“ [1]).

Umgekehrt erfordert Preissteigerung des Rohmaterials zuschüssiges Geldkapital und bewirkt somit Steigerung der Nachfrage auf dem Geldmarkt.

Es ist ohneweiters klar, dass die eben betrachteten Momente von grosser Wichtigkeit sind für die Entwicklung des Geldmarktes während der periodischen Schwankungen, die durch die Konjunktur verursacht werden. Im Beginn der Prosperität sind die Preise niedrig, die Rückflüsse gehen noch rasch ein, die Zirkulationszeit ist kurz. Während der Hochkonjunktur steigen die Preise und die Zirkulationszeit dehnt sich aus. Kredit wird stärker in Anspruch genommen für die Zirkulation, während gleichzeitig durch die Ausdehnung der Produktion auch die Inanspruchnahme für Kapitalkredit gewachsen ist. Sowohl die Ausdehnung der Zirkulationszeit als die Erhöhung der Preise macht zuschüssiges Kapital erforderlich, das dem Geldmarkt entnommen werden muss und die Menge des verfügbaren Leihkapitals verringert.

Mit dem Fortschritt zur höheren organischen Zusammensetzung wächst im allgemeinen auch die Umschlagszeit des Kapitals. Es wächst nicht nur die Grösse des angewandten Kapitals, sondern

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 277.

auch die Zeit, während der es im Produktionsprozess fungiert. Es verlängert sich die Zeit, bis das vorgeschossene Kapital an seinen Ausgangspunkt zurückkehrt. Der Kapitalist muss zum Beispiel 10.000 M. vorschiessen, wenn seine Umschlagszeit zehn Wochen beträgt. Wendet er eine neue Produktionsmethode an, die einen Vorschuss von 60.000 M. nötig macht, und beträgt die Umschlagszeit jetzt 30 Wochen, so sind dem Geldmarkte 60.000 M. zu entziehen. Das sechsfache Kapital müsste dreimal so lang vorgeschossen werden.

Je länger die Umschlagszeit des Kapitals, desto länger dauert es, bis der Gegenwert der dem Markt entzogenen Waren (Produktionsmittel und Lebensmittel für die Arbeiter) wieder in Warenform auf den Markt kommt. Dem Markte werden so Waren entzogen, für die ihm bloss Geld zur Verfügung gestellt wird. Das Geld ist hier nicht verschwindende Form, sondern bleibende Wertgestalt für dem Markt entzogene Waren. Sein Wert ist verselbständigt gegenüber der Ware. Der Warenwert muss hier absolut ersetzt werden durch Geld, da der Ersatz durch andere Ware erst zu einem ganz anderen Zeitpunkt erfolgen kann.

„Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort, also auch die Verkleidungen der Transaktionen, die durch jenes hineinkommen. Die Sache reduziert sich einfach darauf, dass die Gesellschaft im voraus berechnen muss, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie Bau von Eisenbahnen zum Beispiel, für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel, noch Lebensmittel, noch irgend einen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehen. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen, wo der gesellschaftliche Verstand sich immer erst post festum geltend macht, können und müssen so beständig grosse Störungen eintreten. Einerseits Druck auf den Geldmarkt, während umgekehrt die Leichtigkeit des Geldmarktes ihrerseits solche Unternehmungen in Masse hervorruft, also gerade die Umstände, welche später den Druck auf den Geldmarkt hervorriefen. Andererseits: Druck auf das disponible produktive Kapital der Gesellschaft. Da beständig Elemente des produktiven Kapitals dem Markt entzogen werden und für dieselben nur ein Geldäquivalent in den Markt

geworfen wird, so steigt die zahlungsfähige Nachfrage, ohne aus sich selbst irgend ein Element der Zufuhr zu liefern. Daher Steigen der Preise, sowohl der Lebensmittel wie der Produktionsstoffe. Es kommt hinzu, dass während dieser Zeit regelmässig geschwindelt wird, grosse Uebertragung von Kapital stattfindet. . . ." [1])

Hier wird die Verschiedenheit des Umschlages ein Moment der Störung in der Proportionalität der Reproduktion und damit — wie später noch gezeigt werden wird — zu einem Krisenmoment.

Als Resultat der bisherigen Untersuchung ergibt sich also: Erstens: Ein Teil des in der Produktion fungierenden gesellschaftlichen Gesamtkapitals liegt stets in Form von Geldkapital brach. Zweitens: Die Grösse dieses brachliegenden Geldkapitals ist starken Variationen unterworfen und alle diese Variationen müssen unmittelbaren Einfluss auf den Geldmarkt, auf Angebot und Nachfrage von Geldkapital ausüben.

Das Brachliegen von Kapital widerspricht aber der Funktion des Kapitals, Profit zu produzieren. Es ergibt sich so das Bestreben, dieses Brachliegen auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Aufgabe bildet eine neue Funktion des Kredits.

Verwandlung des brachliegenden in funktionierendes Geldkapital durch den Kredit.

Die Art, wie der Kredit diese Funktion erfüllen kann, ist ohneweiters klar. Wir wissen ja, dass periodisch aus dem Kreislaufprozess des Kapitals Geldkapital freigesetzt wird. Dieses aus dem Kreislauf des einen individuellen Kapitals ausgeschiedene Geldkapital kann aber als Geldkapital in dem Kreislauf eines anderen Kapitals fungieren, wenn es diesem anderen Kapitalisten durch den Kredit zur Verfügung gestellt wird. So bildet die periodische Freisetzung des Kapitals eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Kreditverhältnissen.

Alle Ursachen also, die zur Brachlegung von Kapital geführt haben, werden jetzt ebensoviele Ursachen zur Entstehung von Kreditverhältnissen und alle Momente, die auf die Menge des brachliegenden Kapitals einwirken, bestimmen jetzt die Expansion und Kontraktion dieses Kredits.

Treten zum Beispiel Pausen im Kreislaufprozess eines Kapitals ein und findet die Unterbrechung des Kreislaufprozesses so statt,

---

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 302.

dass das Kapital als Geldkapital fixiert bleibt, so wird latentes Geldkapital gebildet, das jetzt durch den Kredit anderen Kapitalisten zur Verfügung gestellt wird. Dies ist der Fall bei diskontinuierlichen Produktionsprozessen, in solchen, die von der Jahreszeit abhängen, sei es infolge von Naturbedingungen (Agrikultur, Heringsfang, Zuckerproduktion etc.), sei es infolge konventioneller Umstände, wie zum Beispiel bei sogenannten Saisonarbeiten. Jede Freisetzung von Geldkapital bedeutet aber die Verwendungsmöglichkeit dieses Geldkapitals durch Vermittlung des Kredits zu anderen produktiven Zwecken ausserhalb des Kreislaufes des individuellen Kapitals, das es freisetzt[1]).

Wird dagegen der Kreislauf in anderen Stadien unterbrochen, wo kein Geldkapital freigesetzt wird, da ist umgekehrt, soll der Prozess kontinuierlich erhalten werden, Reservefonds nötig, der gleichfalls in Geldform gehalten werden muss, oder bei entwickeltem Kreditsystem Inanspruchnahme von Kredit.

Einerseits gibt so die Natur des Kreislaufprozesses die Möglichkeit der Gewährung von Kapitalkredit. Da aber das Geld stets Zirkulationsunkosten darstellt, die kapitalistische Produktion daher die Tendenz hat, ihre Potenzen immer stärker anzuspannen, ohne das Geldkapital in gleicher Weise zu vermehren, wird dieser Kredit zur Notwendigkeit.

---

[1]) Darauf beruht die ausgleichende Tätigkeit jener Banken, die das in den Agrikulturbezirken mit ihrem stark wechselnden Geldbedarf freiwerdende Geldkapital industriellen Bezirken zuführen. Welchen Einfluss andererseits die Konvention ausüben kann, zeigt folgendes Beispiel aus der modernen Schuhfabrikation: Dass sich das umlaufende Kapital nicht öfter als zweimal im Jahre umsetzt, obwohl der Fabrikationsprozess eines Schuhes durchschnittlich nur 3 bis 4 Wochen dauert, erklärt sich aus dem Umstand, dass die Hauptbestellungen im Laufe des Jahres für Lieferung vor Ostern oder Pfingsten geschehen. Die Ware wird in der Zwischenzeit angefertigt und liegt auf dem Lager, da sie vor dem Lieferungstermin nicht abgenommen wird oder doch wenigstens die Zahlungsverpflichtung des Schuhhändlers erst mit dem Lieferungstermin beginnt. Karl Rehe, „Die Deutsche Schuhgrossindustrie", Jena 1908, Seite 55.

Zugleich wirken solche Verhältnisse bestimmend ein auf die Benützung des Kredits. „Die Eigenart des Saisongeschäftes in der Schuhindustrie veranlasst auch die Schuhfabriken, mit Banken zu arbeiten. Die grossen, nach der Hauptsaison einlaufenden Summen werden an die Banken abgeführt, welche ihrerseits in den übrigen Jahreszeiten den Fabriken die erforderlichen Summen für die Bezahlung der Löhne und der sonstigen Betriebsunkosten zur Verfügung stellen und auch die Zahlungen für die Rohstoffe durch Ueberweisung oder Scheckverkehr übernehmen." (Ebenda, Seite 57.)

Andererseits macht jede Störung im Zirkulationsprozess, jede Verlängerung der Prozesse W-G oder G-W zuschüssiges Kapital, Reservekapital, nötig, um die Kontinuität des Produktionsprozesses zu erhalten. Wir haben gesehen, dass die Menge des Geldes caet. paribus abhängt von der Preissumme der zu zirkulierenden Waren. Finden daher im Kreislaufprozess Wertänderungen statt, so wird die Menge des Geldkapitals affiziert. Steigen die Preise, so wird zuschüssiges Geldkapital gebunden, fallen sie, so wird Geldkapital frei; „je grösser die Störungen, um so grösseres Geldkapital muss der industrielle Kapitalist besitzen, um die Ausgleichung abwarten zu können; und da im Fortgang der kapitalistischen Produktion sich die Stufenleiter jedes individuellen Produktionsprozesses und mit ihm die Minimalgrösse des vorzuschiessenden Kapitals erweitert, so kommt jener Umstand zu den anderen, die die Funktion des industriellen Kapitalisten mehr und mehr in ein Monopol grosser Geldkapitalisten, vereinzelter oder assoziierter, verwandeln" [1]).

Der Kredit, der sich auf der Freisetzung des Geldkapitals aufbaut, unterscheidet sich aber wesentlich von dem Zahlungskredit, der sich auf Grund der einfachen Warenzirkulation nur aus der geänderten Funktion des Geldes ergibt. Dies bedarf noch näherer Ausführung.

Fünftes Kapitel.

Die Banken und der industrielle Kredit.

Der Kredit erscheint zunächst als einfaches Resultat der veränderten Funktion des Geldes als Zahlungsmittel. Findet die Zahlung erst statt eine Zeit nach dem tatsächlich vollzogenen Verkauf, so wird für diese Zeit das Geld kreditiert. Diese Form des Kredits unterstellt also Warenbesitzer, in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft produktive Kapitalisten. Unterstellen wir den Prozess als einzelnen und einmaligen, so bedeutet er nur, dass Kapitalist A genug Reservekapital hat, um den Rückfluss von B abwarten zu können, der im Moment des Kaufes nicht über die nötige Summe

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 84. Hier ist also die Herrschaft der Banken über die Industrie, die wichtigste Erscheinung der neuesten Zeit, vorausgesagt, als noch kaum die Keime dieser Entwicklung sichtbar waren.

von Zahlungsmitteln verfügt. Bei dieser einseitigen Kreditgewährung muss A so viel Geld mehr halten, als B bis zum Zahlungstermin braucht. Geld würde dadurch nicht erspart, sondern nur übertragen. Anders wenn die Zahlungsanweisung selbst als Zahlungsmittel fungiert, mit anderen Worten, wenn A Kredit an B nicht nur gibt, sondern selbst von C nimmt dadurch, dass er C mit dem Wechsel von B bezahlt. Hat nun etwa C selbst Zahlung an B zu leisten und zahlt er B mit dessen eigenen Wechsel, so sind hier die Warenkäufe und -verkäufe zwischen A und B, A und C, und C und B vollzogen worden ohne Dazwischenkunft des Geldes. Es ist also Geld erspart worden und da zugleich dies Geld als zusätzliches Geldkapital (für den Zirkulationsprozess des Warenkapitals) in den Händen der produktiven Kapitalisten hätte sein müssen, so ist damit für sie Geldkapital erspart worden. Der Wechsel hat Geld ersetzt, indem er selbst Geldfunktion verrichtet, als Kreditgeld fungiert hat. Ein grosser Teil der Zirkulationsvorgänge, zugleich die grössten und konzentriertesten, spielen zwischen den produktiven Kapitalisten selbst. Alle diese Transaktionen können prinzipiell durch Wechsel bewerkstelligt werden; ein grosser Teil dieser Wechsel wird sich gegenseitig kompensieren und nur ein gewisser Betrag Bargeld nötig sein, um die Bilanz zu saldieren. Es wird hier also Kredit von den produktiven Kapitalisten einander gegenseitig gewährt. Was die Kapitalisten einander hier kreditieren, sind Waren, die für sie Warenkapital darstellen, aber diese Waren als blosse Träger einer bestimmten Wertsumme, die beim Verkauf als in ihrer gesellschaftlich gültigen Gestalt bereits realisiert unterstellt wird, also als Träger einer bestimmten Geldsumme, die der Wechsel repräsentiert. Die Wechselzirkulation beruht also auf der Zirkulation der Waren, aber von Waren, die durch den vollzogenen Verkauf bereits in Geld verwandelt worden sind, wenn auch diese Verwandlung noch nicht gesellschaftlich gültig gemacht wurde, sondern nur als privater Akt im Zahlungsversprechen des Käufers existiert[1]).

---

[1]) Sieht man bloss, dass die Wechsel durch den Warenaustausch fundiert sind, und übersieht man, dass dieser Warenaustausch erst dann gesellschaftlich gültig vollzogen ist, wenn die Wechsel gegeneinander kompensiert, die Bilanz durch Bargeld beglichen und die nicht bezahlten Wechsel durch Geld ersetzt sind, so gelangt man zur Utopie der Warennote, des Arbeitsgeldes etc., von Kreditzeichen, die vom Metall losgelöst, selbständig den Wert der Waren direkt repräsentieren sollen.

Diesen Kredit, wie er hier betrachtet wurde, vorgehend zwischen den produktiven Kapitalisten selbst, nennen wir Zirkulationskredit. Wir haben gesehen, dass er Geld ersetzt, also das kostspielige Metall erspart, da er die Uebertragung von Waren ohne Dazwischenkunft des Geldes bedeutet. Ausdehnung dieses Kredits beruht auf Ausdehnung dieser Warenübertragungen und da es sich hier um Warenkapital — um Vorgänge zwischen produktiven Kapitalisten — handelt, auf Ausdehnung des Reproduktionsprozesses. Der Reproduktionsprozess wird erweitert, die Nachfrage nach Kapital in Form von produktivem Kapital (Maschinerie, Rohmaterial, Arbeitskraft etc.) steigt.

Das Steigen der Produktion bedeutet zugleich Steigen der Zirkulation; die vermehrten Zirkulationsvorgänge werden erledigt durch das vermehrte Kreditgeld. Der Wechselumlauf wird vergrössert und kann vergrössert werden, weil die in die Zirkulation eingehende Warenmasse vermehrt ist. Dieses Anwachsen der Zirkulation kann also vor sich gehen, ohne dass die Nachfrage nach Goldgeld zu steigen braucht. Auch das Verhältnis von Nachfrage und Angebot von Geldkapital braucht keine Aenderung zu erfahren. Denn gleichzeitig und in gleichem Verhältnis mit dem vermehrten Bedarf nach Zirkulationsmitteln kann das Angebot wachsen, da auf Grund der vermehrten Warenmenge das Kreditgeld in vermehrtem Masse ausgegeben werden kann.

Gestiegen ist hier der Wechselumlauf [1]). Dieser vermehrte Kredit hat auch durchaus nicht das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach den Elementen des wirklichen produktiven Kapitals tangieren brauchen. Vielmehr ist beides gleichmässig gestiegen. Der Produktionsprozess wurde erweitert und damit die Waren produziert, die für die erweiterte Stufenleiter der Produktion nötig waren. Wir haben somit hier vermehrten Kredit und vermehrtes produktives Kapital. Beides drückt sich aus im vermehrten Wechselumlauf. Es ist aber keine Verschiebung in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Kapital in Geldform damit verbunden gewesen.

---

[1]) Die Summe der im Laufe des Jahres in Umlauf gesetzten Wechsel betrug in Millionen Mark: 1885 12.060, 1895 15.241, 1905 25.506. Davon waren Bankakzepte: 1965 oder 16 Prozent, 3530 oder 23 Prozent und 8000 oder 31 Prozent. In diesen Summen sind allerdings auch die nicht in den Verkehr (Kautions-, Depotwechsel u. s. w.) gelangenden Wechsel eingerechnet. W. Prion, „Das deutsche Wechseldiskontgeschäft“, Leipzig 1907, Seite 51.

Es ist aber nur diese Nachfrage, welche auf den Zinsfuss wirkt. Es kann also vermehrter Kredit — wenn es eben nur Zirkulationskredit ist — einhergehen mit gleichbleibendem Zinsfuss.

Der Wechselumlauf ist nur beschränkt durch die Summe der wirklich vollzogenen Transaktionen. Während das Staatspapier im Uebermass ausgegeben werden kann, wodurch der Wert des einzelnen Abschnitts gesenkt, aber nie der Wert der Summe verändert wird, kann der Wechsel prinzipiell nur über abgeschlossene Geschäfte ausgestellt, daher nicht im Uebermass ausgegeben werden. Ist das Geschäft fingiert, schwindelhaft, so ist der Wechsel allerdings wertlos. Diese Wertlosigkeit des einzelnen Wechsels aber tangiert durchaus nicht die Masse der anderen.

Dass aber Wechsel nicht im Uebermass ausgegeben werden können, beweist nicht, dass die Geldsumme, auf die sie lauten, nicht zu hoch sein kann. Tritt eine Krise ein, in der die Waren entwertet werden, so können die Zahlungsverpflichtungen nicht voll erfüllt werden. Die Absatzstockung macht die Umsetzung von Ware in Geld unmöglich. Der Maschinenfabrikant, der auf den Verkauf seiner Maschine gerechnet hat, um den Wechsel, den er für den Kauf von Eisen und Kohle gegeben hatte, einzulösen, kann diesen jetzt nicht einlösen und ihn auch nicht durch einen Wechsel, den er vom Käufer seiner Maschine erhalten hätte, irgendwie kompensieren. Fehlen ihm sonst die Mittel, so wird sein Wechsel jetzt wertlos, obwohl er bei seiner Ausstellung Warenkapital (Eisen und Kohle, die in Maschine verwandelt werden) repräsentiert hat[1]).

Der Wechselkredit ist Kredit für den Ablauf des Zirkulationsprozesses und ersetzt das Zusatzkapital, das während der Zirkulationszeit gehalten werden muss. Diesen Zirkulationskredit geben einander die produktiven Kapitalisten selbst; nur wenn die Rückflüsse ausbleiben, muss Geld von dritter Seite, von Banken, zur Verfügung gestellt werden. Ebenso treten die Banken ein, wenn der Warenverkauf, also die Bedingung des Wechselverkehrs, irgendwie stockt, sei es dass die Ware momentan unverkäuflich, sei es dass

[1]) Wird aber die normale Warenzirkulation durch ausserordentliche ausserökonomische, also zufällige Ereignisse unterbrochen, wie Revolution oder Krieg etc., so wird es rationell, diese Unterbrechungszeit gleichsam in die normale Umlaufszeit nicht einzurechnen und erst das Vorübergehen dieser Ereignisse abzuwarten. Dies geschieht durch die gesetzliche Bestimmung eines Moratoriums für die Wechsel.

sie aus spekulativen Gründen zurückgehalten wird oder dergleichen. Hier ergänzen sie nur und vervollständigen den Wechselkredit.

Der Zirkulationskredit erweitert somit die Basis der Produktion über das in den Händen der Kapitalisten befindliche Geldkapital hinaus, das für sie nur mehr die Basis des Kreditüberbaues bildet, einen Fonds zum Ausgleich der Bilanz der Wechsel und einen Reservefonds für Verluste bei ihrer Entwertung.

Die Ersparnis an Bargeld wird einmal um so grösser sein, je mehr sich die Wechsel untereinander kompensieren. Dazu sind eigene Einrichtungen notwendig; die Wechsel müssen gesammelt und miteinander konfrontiert werden. Diese Funktionen erfüllen die Banken. Sodann wird die Geldersparnis immer grösser, je mehr derselbe Wechsel als Zahlungsmittel fungiert. Der Umlauf des Wechsels wird aber um so ausgedehnter sein können, je sicherer seine Zahlungsfähigkeit ist. Die Kreditwürdigkeit des Wechsels, der als Zirkulations- und Zahlungsmittel fungieren soll, muss bekannt sein. Auch diese Funktion fällt den Banken zu. Sie erfüllen beide Funktionen, indem sie die Wechsel kaufen. Indem der Bankier den Wechsel kauft, ist er es, der den Kredit gewährt. Der Bankier setzt an Stelle des kommerziellen Kredits den Bankkredit — seinen eigenen, indem er für den Wechsel Noten gibt, an Stelle des industriellen und kommerziellen Wechsels seinen eigenen. Denn die Banknote ist nichts als ein Wechsel auf den Bankier, der lieber genommen wird als der des Industriellen oder Kaufmannes. Die Banknote beruht also auf dem Wechselumlauf. Ist die Staatsnote gesichert durch das gesellschaftlich notwendige Minimum der Warentransaktionen, der Wechsel durch die vollzogene Warentransaktion als einen privaten Akt des Kapitalisten, so die Note durch den Wechsel, das Zahlungsversprechen, für das das ganze Vermögen aller Personen haftet, die den Austausch vollzogen haben. Zugleich ist die Notenausgabe beschränkt durch die Zahl der diskontierten Wechsel, die selbst beschränkt ist durch die Zahl der vollzogenen Austauschakte.

Die Banknote ist so ursprünglich nichts anderes als ein Wechsel der Bank, der den Wechsel der Produktiven[1]) ersetzt.

---

[1]) Unter produktiven Kapitalisten verstehen wir die Kapitalisten, die Durchschnittsprofit realisieren, also die Industriellen und Kaufleute, im Gegensatz zu den Leihkapitalisten, die Zinsen, und den Grundbesitzern, die Rente beziehen.

Vor der Zeit der Entstehung der Banknote liefen die Wechsel oft mit hundert Unterschriften versehen in der Zirkulation bis zu ihrem Verfall um; umgekehrt wurden die Banknoten ursprünglich nach Art des Wechsels auf die verschiedensten Beträge, nicht nur auf runde Summen ausgestellt. Sie trugen nicht einmal immer den Charakter von Sichtwechseln. „In früheren Zeiten war es nicht ungewöhnlich, dass Banken Noten ausgaben, die entweder bei Sicht oder an einem späteren Tag als dem der Präsentation, nach Wahl des Ausstellers, zahlbar waren, doch in dem letzten Fall trugen die Noten bis zum Tag der Zahlung Zinsen.“ [1])

Eine Aenderung, die aber die ökonomischen Gesetze nicht aufhebt, führt erst das Eingreifen des Staates herbei: Zweck dieser Gesetzgebung ist, die Konvertibilität der Note zu sichern, indem die Ausgabe der Banknoten direkt oder indirekt beschränkt wird und die Ausgabe zum Monopol einer unter staatlicher Kontrolle stehenden Bank gemacht wird. In Ländern, wo das Staatspapiergeld fehlt oder auf einen weit unter dem gesellschaftlichen Minimum bleibenden Betrag beschränkt ist, nimmt die Banknote den sonst dem Staatspapiergeld zukommenden Raum ein. Wird der Banknote in gewissen krisenhaften Zeiten Zwangskurs verliehen, so wird sie damit selbst zum Staatspapiergeld [2]). Die künstliche Regelung der

---

[1]) James Wilson, „Capital, Currency and Banking“. London 1847, Seite 44.

[2]) Natürlich wird die Bank fortfahren, mit diesen Noten zu diskontieren, und insofern diese Noten gegen Wechsel und andere Sicherheiten ausgegeben werden, erfüllen sie die Funktionen des Kreditgeldes nach wie vor. Das schliesst aber durchaus nicht aus, dass sie Staatspapiergeld sind, und das wird sofort bewiesen, wenn sie entwertet werden, weil mehr Papier ausgegeben ist, als dem gesellschaftlichen Zirkulationsminimum entspricht. Geschieht das nicht, so wird natürlich auch keine Entwertung eintreten. Da die Vorschüsse an den Staat, wodurch eben die Zirkulationsmenge des Papiers unabhängig von den Bedürfnissen von Handel und Industrie vermehrt wird, auch während der Periode der Bankrestriktion in England gering blieben, war auch die Entwertung gering. Es ist edoch falsch, wenn D i e h l sagt: „Aber selbst bei den uneinlöslichen Banknoten mit tatsächlicher Qualität als gesetzliches Zahlungsmittel kann von einem ‚Papiergeld‘ nicht die Rede sein; denn so bedenklich auch der Mangel der Einlösungspflicht ist“ (Bedenken, die Diehl, der auf die Erfahrungen der österreichischen Währung keine Rücksicht nimmt, ausserdem noch überschätzt), „auch unter diesem System werden die Banknoten nicht ausgegeben, um Geld in Umlauf zu bringen, sondern sie werden in Form von Darlehen an den Staat oder an Kaufleute ausgegeben — also gegen Forderungsrechte, die die Bank ihrerseits erreicht. Dann hängt alles von der Art der Geschäftsführung der Bank, nicht aber von der Notenmenge ab, ob und inwieweit auch unter diesen Verhältnissen die Noten-

Notenausgabe versagt sofort, sobald die Umstände eine vermehrte Notenausgabe verlangen. So wenn in der Krise der Kredit zusammenbricht, das Kreditgeld vieler privater Kapitalisten (also viele Wechsel) unsicher wird und der von ihm eingenommene Raum in der Zirkulation durch zuschüssige Umlaufsmittel ausgefüllt werden muss. Das Gesetz versagt und wird übertreten, wie jüngst in den Vereinigten Staaten, oder suspendiert, wie die Peelsakte in England. Dass die Banknote genommen wird, während viele andere Wechsel zurückgewiesen werden, beruht lediglich auf dem unerschütterten Kredit der Bank. Wäre dieser gleichfalls erschüttert, so müsste den Noten Zwangskurs verliehen oder direkt Staatspapiergeld ausgegeben werden. Geschähe auch dies nicht, so würden private Umlaufsmittel wie in der letzten amerikanischen Krise geschaffen werden. Aber dies ist ein viel unwirksameres Mittel, um der durch ver-

---

ausgabe nur berechtigten Kreditbedürfnissen des Staates und des Handels dient oder ob sie darüber hinausgehend zu einer den ganzen Kredit gefährdenden Papiergeldwirtschaft führt." (Karl Diehl: „Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft", Leipzig 1905, II. Teil, Seite 235.) Diehl übersieht den wesentlichen Unterschied zwischen Notenausgabe, die auf Wechseldiskont beruht, also auf Warenumsatz, der Geld verlangt, für den aber das Kreditgeld zur Verfügung gestellt wird, und der Notenausgabe für Vorschüsse an den Staat. Die Note ersetzt den Wechsel, also eine Form des Kreditgeldes durch eine andere, und der Wechsel repräsentiert wirklichen Warenwert. Notenausgabe gegen Zahlungsversprechen des Staates aber soll erst den Staat in den Stand setzen, Waren zu kaufen, für die ihm das Geld mangelt. Nimmt der Staat Schulden auf dem Geldmarkt auf, so erhält er in Zirkulation befindliches Geld und durch seine Ausgabe fliesst es wieder auf den Geldmarkt zurück. Hier braucht sich die in Umlauf befindliche Geldmenge nicht zu ändern. Aber der Staat wendet sich an die Bank, weil er eben keinen anderen Kredit hat, und verleiht den Noten Zwangskurs, weil die Bank sonst bankerott würde. Die für diese Anleihe ausgebenen Noten sind Zusatz zur Zirkulation und können entwertet werden. Es ist genau dasselbe, als würde der Staat das Papiergeld, das er für seine Zahlungen braucht, selbst und nicht erst durch den Umweg durch die Bank ausgeben. Nur dass der Umweg für die Bank vorteilhaft ist, weil sie jetzt für die „Anleihe", die sie nur Druck kostet, Zinsen bezieht. Es war namentlich dieser Umstand, der Ricardo so gegen die Bank von England aufbrachte und zu der Forderung führte, die Papiergeldausgabe, wobei er freilich Staatspapier und Banknote konfundierte, zur Staatssache zu machen. Es ist übrigens nicht uninteressant, zu sehen, dass die berühmten Vorschläge Ricardos in seinen Proposals for an economical and secure Currency in der „reinen Papierwährung" Oesterreichs in manchen Teilen verwirklicht sind, während gerade diese Verwirklichung das Falsche in Ricardos theoretischer Begründung aufs klarste erkennen lässt.

fehlte Banknotengesetzgebungen verschärften Geldkrise entgegenzutreten[1]).

[1]) Bei der Gesetzgebung über das Geldwesen steht die kapitalistische Gesellschaft vor einem rein gesellschaftlichen Problem. Diese Gesellschaft ist sich aber ihrer selbst nicht bewusst. Ihre eigenen Bewegungsgesetze bleiben ihr verborgen und müssen erst mühsam von der Theorie entdeckt werden. Gegen die Annahme der theoretisch gefundenen Resultate wehrt sich aber das Interesse ihrer führenden Schichten. Selbst abgesehen von den engen und eigennützigen Interessen der Geldkapitalisten, die als vornehmlichste Sachverständige in den Fragen der Bankgesetzgebung gelten, ist es der Widerwille gegen die Arbeitswerttheorie, welche zum unüberwindlichen Hindernis in die richtige Einsicht der Gesetze der Geld- und Notenzirkulation wird und in der englischen Bankgesetzgebung zum Sieg der Prinzipien der Currencyschule führt, obwohl diese Lehre schon durch die Arbeit von Tooke, Fullarton und Wilson historisch und theoretisch ad absurdum geführt war. Es ist dabei eine hübsche Ironie der Geschichte, dass diese Theorie sich — und bis zu einem gewissen Grade mit Recht — auf denselben Ricardo, der sonst die Arbeitswerttheorie konsequent durchzuführen bestrebt war, berufen konnte, weil Ricardo unter dem Eindruck der Praxis der Papiergeldwirtschaft hier seine eigene Theorie im Stiche gelassen hatte.

Es ist der anarchische Charakter der kapitalistischen Gesellschaft, der ihr die rationelle und bewusste Regelung einer gesellschaftlichen Aufgabe so sehr erschwert. Mühsam und ganz allmählich lernt sie erst aus den harten und kostspieligen Erfahrungen der verschiedensten Länder und Epochen richtigere Grundsätze, ohne die Kraft zu finden, sie zu verallgemeinern, wie die Aufrechterhaltung der amerikanischen und englischen, im geringeren Grade auch der deutschen Notenbankgesetzgebung und -Politik beweist. Und noch weniger ist sie heute imstande, die neuen Erfahrungen einheitlich theoretisch zu erfassen; staunt sie doch schon die Kühnheit eines Knapp an, der die neuen Tatsachen weder verurteilt, noch weginterpretiert, sondern wenigstens daraus eine systematische — Terminologie schafft.

Da es sich bei der Verwaltung der Geld- und Kreditzirkulation um eine rein gesellschaftliche Aufgabe handelt, so erhebt sich die Forderung, diese Aufgabe dem Staate zu übertragen. Da aber der kapitalistische Staat von Klasseninteressen zerrissen ist, so werden gegen diese Forderung sofort die Bedenken derer wach, die den Machtzuwachs der den Staat gerade beherrschenden Schichten zu fürchten haben. Der Kampf endet zumeist mit dem Kompromiss einer weitgehenden staatlichen Aufsicht über eine privilegierte Privatgesellschaft. Das persönliche Interesse des Kapitalisten, das angeblich unentbehrlich sein soll, muss eben ausgeschaltet oder doch beschränkt werden. Das Privatinteresse der Leiter der Nationalbanken steht in gar keinem Verhältnisse zur Bedeutung ihrer Macht. Hier könnte in der Tat das freie Walten des Profitinteresses durch Ausnützung des Nationalkredits für eigene Rechnung den grössten Schaden anrichten. Der gesellschaftliche Charakter der Aufgabe macht die Ausschaltung oder doch die starke Einschränkung des Profitinteresses unentbehrlich.

Ebensowenig wie der Wechsel kann die konvertible Banknote (und die nicht konvertible ist in Wirklichkeit nichts anderes als Staatspapiergeld mit Zwangskurs) im Uebermass ausgegeben werden [1]). Der Verkehr entledigt sich der Banknote, die er nicht mehr braucht, indem er sie der Bank zurückgibt. Da sie den Wechsel substituiert, ist ihre Notenausgabe denselben Gesetzen unterworfen wie die Wechselzirkulation und dehnt sich mit dieser aus, solange der Kredit unerschüttert bleibt, tritt aber als Zahlungsmittel, dessen Kredit in der Krise unerschüttert geblieben ist, neben dem Bargeld an die Stelle des Wechsels, sobald die Wechselzirkulation sich in der Kreditkrise gewaltsam kontrahiert.

Mit der Entwicklung des Bankwesens, wo alles unbeschäftigte Geld in den Banken zusammenströmt, substituiert sich der Bankkredit dem kommerziellen in der Weise, dass immer mehr alle Wechsel nicht in ihrer ursprünglichen Form als Zahlungsmittel dienen, indem sie unter den produktiven Kapitalisten umlaufen, sondern in ihrer verwandelten Form als Noten. Die Kompensation und Saldierung der Bilanz findet jetzt bei und unter den Banken statt, eine technische Erleichterung, die den Kreis der möglichen Kompensation erhöht und das zur Saldierung nötige Bargeld weiter verringert.

Das Geld, das früher die produktiven Kapitalisten selbst halten mussten, um die Bilanz der von ihnen ausgestellten Wechsel zu begleichen, ist für sie jetzt überflüssig; es fliesst als Depositum den Banken zu, die jetzt damit die Saldierung der Bilanzen vollziehen können. Es verringert sich also der Kapitalteil, den die Produktiven in Form von Geldkapital halten mussten.

Da der Banquier an Stelle der Wechsel seinen eigenen Kredit setzt, so braucht er Kredit, aber nur ein geringes eigenes Kapital in Geldform als Garantiefonds für seine Zahlungsfähigkeit. Was die Banken hier leisten, ist, durch Ersatz des unbekannten Kredits

[1]) „Ich zögere keinen Moment, meine volle Uebereinstimmung mit der so sehr verschrieenen Doktrin der alten Bankdirektoren von 1810 auszusprechen, dass, solange als eine Bank ihre Noten nur ausgibt in der Diskontierung guter Wechsel von nicht mehr als 60tägiger Laufzeit, sie nicht falsch handeln kann, wenn sie soviel Noten ausgibt, als das Publikum nehmen will. In diesem Grundsatze, so einfach er ist, steckt nach meiner Meinung mehr Wahrheit und tiefere Einsicht in die Prinzipien, welche den Geldumlauf beherrschen, als in irgend einer Vorschrift über diesen Gegenstand, die seitdem erlassen worden ist." Fullarton, loc. cit., Seite 207.

durch ihren eigenen bekannteren das Kreditgeld in erhöhtem Mass zirkulationsfähig zu machen. Sie ermöglichen dadurch auch den Ausgleich der Zahlungsforderungen lokal auf einem viel grösseren Gebiete und soweit dadurch auch die Kompensationsmöglichkeiten der Zeit nach vervielfacht werden, den zeitlichen Ausgleich; sie erweitern somit den Kreditüberbau in weit höherem Masse als es der auf die produktiven Kapitalisten beschränkten Wechselzirkulation gelungen wäre.

Aber man darf das Kapital, das die Banken durch den Wechseldiskont den produktiven Kapitalisten zur Verfügung stellen, nicht doppelt nehmen; der grösste Teil der Bankdepositen gehört der Klasse der produktiven Kapitalisten, die mit der Entwicklung des Bankwesens ihr ganzes verfügbares Geldkapital in den Banken halten. Dieses Geldkapital bildet, wie wir gesehen haben, die Basis des Wechselumlaufes. Es ist aber das eigene Kapital der Klasse. Durch den Wechseldiskont wird der Klasse als solcher nicht neues Kapital zugeführt. Es wird nur an Stelle des Kapitals in der einen Geldform (dem privaten Zahlungsversprechen) Kapital in anderer Geldform (Zahlungsversprechen der Bank, eventuell Bargeld) gesetzt. Um Geldkapital handelt es sich nur, soweit es eben realisiertes Warenkapital ersetzt, also die Geldsumme hier genetisch betrachtet wird. Funktionell handelt es sich immer um Geld (Zahlungs- oder Kaufmittel).

Die Substituierung des Kredits der produktiven Kapitalisten durch Bankkredit kann natürlich auch in anderen Formen erfolgen als denen der Banknotenausgabe. So stellen in Ländern mit Notenmonopol die Privatbanken den Produktiven ihren Bankkredit zur Verfügung, indem sie die Wechsel der Produktiven „akzeptieren“, das heisst mit ihrer Unterschrift versehen und damit sich für deren Zahlungsfähigkeit verbürgen. Dadurch geniesst der Wechsel den Kredit der Bank, was seine Umlaufsfähigkeit ebenso erhöht, als wäre er durch die Noten dieser Bank ersetzt. Es ist bekannt, dass ein grosser Teil besonders der internationalen Handelstransaktionen durch solche Wechsel erledigt wird. Prinzipiell besteht zwischen solchen akzeptierten Wechseln und Noten von Privatbanken kein Unterschied [1]).

[1]) „Das wichtigste Mittel, im internationalen Verkehr Zahlungen zu erledigen, ist der Wechsel. Während sich in früherer Zeit in dem Handelswechsel sichtbar der zwischenstaatliche Ausgleich vollzog, ist in dem letzten Jahrhundert

Der Zirkulationskredit, in dem eben von uns gebrauchten Sinn, besteht also in der Schaffung von Kreditgeld. Er macht die Produktion damit unabhängig von der Schranke der vorhandenen Bargeldsumme, wobei wir unter Bargeld das vollwertige Metallgeld, das Währungsgeld, Silber- oder Goldgeld, verstehen, plus dem Staatspapiergeld mit Zwangskurs und den Scheidemünzen, soweit sie in dem Umfang des gesellschaftlich notwendigen Zirkulationsminimums existieren.

Durch den Zirkulationskredit als solchen findet aber weder Uebertragung von Geldkapital von einem produktiven Kapitalisten auf den anderen statt, noch Zufluss von Geld anderer (unproduktiver) Klassen zur Kapitalistenklasse, um von dieser in Kapital verwandelt zu werden. Leistet der Zirkulationskredit also Bargeldersatz, so nennen wir den Kredit in seiner Funktion, Geld in welcher Form immer, also gleichgültig ob Bargeld oder Kreditgeld, aus brachliegendem Geld in fungierendes Geldkapital zu verwandeln: Kapitalkredit. Kapitalkredit deswegen, weil diese Uebertragung stets Uebertragung an solche ist, die das Geld durch Kauf der Elemente des produktiven Kapitals als Geldkapital anwenden.

Wir haben im vorhergehenden Kapitel gesehen, wie im Verlauf des kapitalistischen Produktionsprozesses freiliegendes, aufgeschatztes Geld, das als Geldkapital dienen soll, entsteht. Es sind die Summen, die zeitweilig durch den Zirkulationsprozess gebunden, zeitweilig brach liegen, die Summen, die aufgeschatzt werden zum Ersatz des fixen Kapitals und des aufgeschatzten Mehrwerts, bis sie zur Akkumulation gross genug geworden sind. Hier ist dreierlei zu leisten; die einzelnen Summen sind zu sammeln, bis sie durch die Zentralisation gross genug zur produktiven Verwendung werden; zweitens sind sie den

---

der Bankwechsel mehr und mehr in den Vordergrund getreten, hinter welchem der erstere, aber auch der aus anderen Forderungen — zum Beispiel aus dem Effektengeschäft — abgeleitete, verborgen ist. In dem Handelswechel ist die spezielle Art des vorausgegangenen Warenkaufes ausgelöscht, in dem Bankwechsel ist, dem Zuge der Zeit entsprechend, die Abstraktion noch weiter getrieben, und es ist nicht mehr der Schluss gestattet, dass der Warenverkehr ihm zugrunde liegt, vielmehr lässt sich nur sagen, dass eine Geldforderung aus irgend einem ökonomischen Vorgang beglichen werden soll. An diese Zahlungsart kann nun der internationale Kredit anknüpfen." A. Sartorius Freiherr v. Waltershausen: „Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Ausland." Berlin 1907, Seite 258 ff.

geeigneten Personen zur Verfügung zu stellen und drittens sind sie für die geeignete Zeit zur Verfügung zu stellen.

Wir haben früher gesehen, wie das Kreditgeld aus der Zirkulation entsprang. Jetzt haben wir es mit Geld zu tun, das nicht funktioniert; Geld kann aber nur Geldfunktion verrichten und diese kann es nur in der Zirkulation verrichten; der Kredit kann in dieser Funktion daher nichts anderes leisten, als nicht zirkulierendes Geld in Zirkulation zu werfen.

Aber als kapitalistischer Kredit wirft er es nur in Zirkulation, um mehr Geld herauszuziehen; er wirft es in Zirkulation als Geldkapital zur Verwandlung in produktives Kapital. Er erweitert damit den Umfang der Produktion, eine Erweiterung, der die Erweiterung des Umfanges der Zirkulation vorausgegangen sein muss. Diese Erweiterung vollzieht sich ohne Dazwischenkunft neuen Geldes, nur durch die Ausnützung alten, aber brachliegenden Geldes zu Zirkulationszwecken.

Hier ergibt sich also wieder das Bedürfnis für eine ökonomische Funktion, die darin besteht, das brachliegende Geldkapital aufzusammeln und das gesammelte zu verteilen.

Der Kredit trägt hier aber anderen Charakter als der Zirkulationskredit. Dieser bewirkt, dass Geld als Zahlungsmittel fungiert. Die Zahlung für eine Ware, die verkauft wird, wird kreditiert. Geld, das sonst in die Zirkulation eintreten müsste, wird erspart, weil es durch Kreditgeld ersetzt ist. Um diese Summe wird wirkliches Geld überflüssig, das sonst vorhanden sein müsste. Anderseits wird dem Kapitalisten kein neues Kapital zur Verfügung gestellt. Der Zirkulationskredit verleiht nur seinem Warenkapital die Form von Geldkapital.

Anders der Kapitalkredit. Er ist nur Uebertragung einer Geldsumme, die ihr Besitzer nicht als Kapital anwenden kann, an jemand, der sie als Kapital anwenden soll. Dies ist ihre Bestimmung. Denn würde sie nicht als Kapital angewandt, könnte ihr Wert nicht erhalten bleiben und rückfliessen. Gesellschaftlich betrachtet ist aber immer Rückfluss des Geldes an den Schuldner nötig, um es mit Sicherheit ausleihen zu können. Es findet also hier Uebertragung von Geld statt, das bereits vorhanden ist, nicht Ersparung von Geld überhaupt. Der Kapitalkredit besteht also in Uebertragung von Geld, das damit aus brachliegendem in fungierendes Geldkapital ver-

wandelt werden soll[1]). Dieser erspart nicht wie der Zahlungskredit Zirkulationskosten, sondern erweitert auf Grundlage der gleichen Geldbasis die Funktion des produktiven Kapitals.

Die Möglichkeit des Kapitalkredits entspringt hier aus den Bedingungen der Zirkulation des Geldkapitals selbst, entspringt daraus, dass periodisch Geld im individuellen Kreislauf des Kapitals brachgelegt wird. Die einen Kapitalisten zahlen dies beständig in die Banken ein, die es den anderen wieder zur Verfügung stellen. Die ganze Kapitalistenklasse betrachtet, liegt dann das Geld nicht müssig; erstarrt es hier als Schatz, so verwandelt es der Kredit sofort in aktives Geldkapital in einem anderen Zirkulationsprozess. Für die ganze Klasse verringert sich so der Umfang des vorzuschiessenden Geldkapitals. Diese Verringerung erfolgt, weil die Pausen der Zirkulation hier das Geld übertragbar machen und so das Ruhen des Geldes als Schatz vermieden wird. Die ganze Kapitalistenklasse braucht dann nur einen verhältnismässig geringen Teil des Geldes als Schatz fungieren zu lassen, um Unregelmässigkeiten und Störungen der Zirkulation begegnen zu können.

Früher hatten wir es mit produktiven Kapitalisten (industriellen und kommerziellen) zu tun, die ihre Umsätze, zum Beispiel den Kauf von Produktionsmitteln, mit Kreditgeld vollziehen. Jetzt wird der produktive zum Geld- oder Leihkapitalisten. Aber diesen Charakter nimmt er nur vorübergehend an, wenn sein Geldkapital, der Verwandlung in produktives harrend, gerade brachliegt. Und wie er in einem Moment leiht, so borgt er in einem anderen von einem zweiten produktiven Kapitalisten. Der Charakter des Leihkapitalisten ist zunächst nur vorübergehend und wird dann mit der Entwicklung des Bankwesens zu dessen besonderer Funktion.

Das vorhandene Geldkapital fungiert durch Vermittlung des Kredits in grösserem Umfang als ohne diese Vermittlung. Der Kredit schränkt das brachliegende Kapital auf jenes Minimum ein, das erforderlich ist, um Störungen oder unvorhergesehene Veränderung im Kreislaufprozess des Kapitals zu verhüten. Das Brachliegen des

[1]) Da alles Geld gegen Zins ausgeliehen, also für den Verleiher Kapitalcharakter annimmt, so wird umgekehrt alles ausgeliehene Geld, welches immer in Wirklichkeit seine Funktionen, ob es Ausgangspunkt für neues produktives Kapital bildet oder nur Zirkulationsvorgänge bereits vorhandenen Kapitals vermittelt, als Kapital angesehen und die Nachfrage nach Geld als Zahlungsmittel mit der als Geldkapital verwechselt.

Geldkapitals während einer gewissen Zeit im Ablauf des Kreislaufprozesses des individuellen Kapitals sucht der Kredit so für das gesellschaftliche Kapital aufzuheben.

Zugleich folgt, dass die Hinterlegung der Depositen der produktiven Kapitalisten und ebenso ihre Entziehung bestimmten Gesetzen folgt, die sich aus der Natur der Zirkulation des produktiven Kapitals, aus der Länge seiner Umlaufszeit herleiten. Diese Gesetzmässigkeit erkennen, lehrt die Banken die Erfahrung, die ihnen das Minimum von Depositen zeigt, das in normalen Zeiten nicht unterschritten wird und ihnen erlaubt, diesen Betrag den produktiven Kapitalisten stets zur Verfügung zu halten.

Der Scheck ist der unmittelbare Bezug auf das Depositum, während der Wechsel sich nur virtuell auf dasselbe beziehen muss; der Scheck bezieht sich auf das individuelle Deposit, der Wechsel beruht auf dem Depositum der Klasse. Denn es sind zunächst die eigenen Depositen, die der Kapitalistenklasse im Wechseldiskont zur Verfügung gestellt werden und, wenn die Zahlungen für die verfallenen Wechsel eingehen, die Rückflüsse für die verkauften Waren also tatsächlich erfolgen, immer wieder als Depositen zurückkehren. Vermindern sich die Rückflüsse, werden die Wechseleingänge geringer, so müssen die Kapitalisten zusätzliches Kapital zur Verfügung haben. Sie vermindern dann die Depositen, damit aber den Fonds, aus dem ihre Wechsel diskontiert werden. Dafür muss nun die Bank eintreten; sie muss mit ihrem eigenen Kredit diskontieren; da aber die Basis des Wechselumlaufes, die Depositen, abgenommen haben, ihre Liquidität vermindert ist, kann sie ohne Gefahr nicht ihren eigenen Kredit vermehren. Der verlangsamte Rückfluss hat in diesem Fall vermehrte Nachfrage nach Bankierkredit, und da dieser nicht ausdehnbar ist, nach Bankierkapital — Leihkapital — hervorgerufen. Dies äussert sich im Steigen des Zinsfusses. Die Funktion des Wechsels, als Kreditgeld zu fungieren, hat sich vermindert. An seine Stelle musste Geld treten, das den Banken entzogen worden und hier als vermehrte Nachfrage nach Geldkapital empfunden wurde. Wir haben hier also Verminderung der Depositen bei gleichbleibendem oder noch steigendem Wechselumlauf und steigendem Zins.

Dass die Summe der Depositen ein Vielfaches der wirklich vorhandenen Bargeldsumme ist, ist schon hier klar. Das Hartgeld macht eine ganze Anzahl von Umläufen durch und ist zugleich

die Basis des Kreditgeldumlaufes. Jeder solche Umlauf von Bar- oder Kreditgeld kann als Depositum beim Bankier niederschlagen. Die Depositensumme kann damit um so viel grösser sein als die Bargeldsumme, als die Umlaufszahl des Geldes einschliesslich des Kreditgeldes anzeigt.

A legt 1000 M. in die Bank. Die Bank leiht diese 1000 M. an B. Dieser zahlt damit eine Schuld an C. C legt diese 1000 M. wieder in die Bank, die Bank leiht sie neuerdings aus und erhält sie neuerdings als Deposit etc. „Die Depositen . . . spielen eine doppelte Rolle. Einerseits werden sie . . . als zinstragendes Kapital ausgeliehen und finden sich also nicht in der Kasse der Banken, sondern figurieren nur in ihren Büchern als Guthaben der Depositoren. Anderseits fungieren sie als solche blosse Buchposten, soweit die wechselseitigen Guthaben der Depositoren durch Schecks auf ihre Depositen sich ausgleichen und gegeneinander abgeschrieben werden; wobei es ganz gleichgültig ist, ob die Depositen bei demselben Bankier liegen, so dass dieser die verschiedenen Konti gegeneinander abschreibt, oder ob dies durch verschiedene Banken geschieht, die ihre Schecks gegeneinander austauschen und sich nur die Differenzen zahlen.“ [1])

Nach dem bisherigen wirkte die Bank einmal als Vermittlerin des Zahlungsverkehres, den sie durch die Konzentration der Zahlungen und Ausgleichung der örtlichen Verschiedenheiten erweitert; sodann besorgte sie die Verwandlung von brachliegendem in funktionierendes Geldkapital, das sie sammelte, konzentrierte, verteilte und dadurch auf das jeweilige Minimum, das für den Kreislauf des Gesellschaftskapitals notwendig ist, reduzierte.

Eine dritte Funktion übernimmt die Bank, indem sie das Einkommen aller anderen Klassen in Geldform sammelt und der Kapitalistenklasse als Geldkapital zur Verfügung stellt. Den Kapitalisten fliesst so ausser ihrem eigenen Geldkapital, das die Banken verwalten, das brachliegende Geld aller anderen Klassen zur produktiven Verwendung zu.

Um diese Funktion zu erfüllen, müssen die Banken möglichst alle Gelder, die in den Händen ihrer Besitzer brachliegen, sammeln, konzentrieren und sie dann den Produktiven ausleihen. Ihr Hauptmittel ist die Gewährung von Zins auf die Depositen und

[1]) Marx, „Kapital“, III., 2. Teil, Seite 8.

die Errichtung von Sammelstellen (Filialen) zur Aufnahme der Depositen. Diese sogenannte Dezentralisation — sogenannt, weil sie rein örtlich ist, nicht aber ökonomisch — liegt also im Wesen der Bankfunktion, die brachliegenden Gelder auf die Produktiven zu übertragen.

Das Geldkapital, das die Banken den industriellen Kapitalisten zur Verfügung stellen, kann von diesen in zweierlei Weise zur Erweiterung der Produktion verwandt werden: es kann Geldkapital verlangt werden, um es in zirkulierendes oder aber um es in fixes Kapital zu verwandeln. Die Unterscheidung ist wichtig wegen der Verschiedenartigkeit des Rückflusses. Geldkapital, vorgeschossen zum Ankauf von zirkulierendem Kapital, fliesst in derselben Weise zurück, das heisst sein Wert ist nach Ablauf der Umschlagsperiode vollständig reproduziert und in Geldform rückverwandelt. Anders beim Vorschuss zur Verwandlung in fixes Kapital. Hier fliesst das Geld nur allmählich während einer längeren Reihe von Umschlagsperioden zurück und ist während der ganzen Zeit festgelegt. Die Verschiedenartigkeit des Rückflusses bedingt so eine Verschiedenartigkeit in der Art und Weise, wie die Gelder der Bank festgelegt sind. Die Bank hat ihr Kapital in das kapitalistische Unternehmen eingelegt und ist damit an dem Schicksal dieses Unternehmens beteiligt. Diese Beteiligung ist um so fester, je mehr das Bankkapital als fixes Kapital in dem Unternehmen fungiert. Dem Kaufmann gegenüber ist die Bank viel freier als dem industriellen Unternehmen gegenüber. Ueberhaupt kommt beim Kaufmannskapital überwiegend nur Zahlungskredit in Betracht. Dies erklärt auch, warum die Beziehungen zwischen Kaufmanns- und Bankkapital sich, wie wir noch sehen werden, ganz anders gestalten als die zum industriellen Kapital.

Die Formen, in denen das Bankkapital inklusive der fremden Gelder in dem Umfang, in dem sie oben erwähnt worden, den Produktiven zur Verfügung gestellt werden, sind mannigfach: Ueberziehen der eigenen Depositen, Einräumung eines offenen Buchkredits und der Kontokorrentverkehr. Ihre Unterscheidung ist von keiner prinzipiellen Bedeutung, wichtig sind nur die Zwecke, zu welchen die Gelder wirklich verwandt werden, ob zur fixen oder zirkulierenden Kapitalanlage [1]).

[1]) Die Oekonomen, welche bei der Analyse der Ware die spezifischen Formbestimmtheiten übersehen und nur den Inhalt des Tauschaktes betrachten, ver-

Diese Festlegung von Kapital erfordert aber anderseits auch ein grösseres eigenes Kapital der Banken, das als Reservefonds und Garantiefonds für die stete Einlösbarkeit der Depositen dient. Banken mit der Funktion der eigentlichen Kreditgewährung müssen also immer auch über bedeutendes Kapital verfügen, im Gegensatz zu den reinen Depositenbanken. So ist in England das Verhältnis des eingezahlten Aktienkapitals zu den Verpflichtungen ein ausserordentlich geringes; „bei der ausgezeichnet geleiteten London- und Countybank war 1900 das Verhältnis wie 4·38 : 100“ [1]). Anderseits erklärt sich aus diesem Verhältnis die Höhe der Dividenden der englischen Depositenbanken.

Zu Beginn der Entwicklung wird der Kredit hauptsächlich vermittelt durch Wechsel; er ist Zahlungskredit, den sich die produktiven Kapitalisten, Industrielle und Kommerzielle untereinander geben; sein Resultat ist das Kreditgeld. Ist der Kredit bei den Banken konzentriert, so tritt einmal neben den Zahlungskredit der Kapitalkredit stets stärker hervor. Zugleich kann sich der Kredit, den sich die Industriellen untereinander geben, der Form nach verändern. Die Industriellen halten alles Kapital, das sie in Geldform haben, in der Bank. Es macht jetzt keinen Unterschied, ob sie sich Kredit durch Wechsel gegenseitig geben oder ob sie sich gegenseitig Anweisung auf ihre Bankkredite geben. So können Bankkredite an Stelle von Wechselkrediten treten und der Wechselumlauf hat sich verringert. An Stelle des industriellen und kommerziellen Wechsels ist der Bankwechsel, dem aber eine Verpflichtung des Industriellen an die Bank zugrunde liegt, getreten [2]).

nachlässigen umgekehrt bei den entwickelten Formen des Kredit- wie des Börsenverkehrs den Inhalt und können sich nicht genug tun mit unendlichen Spintisierereien über die Formen. Auch Jeidels scheint mir in seiner sonst vorzüglichen Schrift („Das Verhältnis der deutschen Grossbanken zur Industrie“, Leipzig 1905) den Formen des Kreditverkehrs übermässige Bedeutung beizulegen.

[1]) Jaffé, „Das englische Bankwesen“, Seite 200.

[2]) „Zunächst ist in fast allen Geschäftszweigen, durchgeführt schon im Rohstoff- und Halbfabrikatenverkehr, die zunehmende Einbürgerung der Barzahlung (worin aber Prion die Bankzahlung einbegreift) an Stelle der Wechselbegleichung wahrzunehmen. Mit Hilfe des Bankkredits, besonders in der Form des Akzeptkredits, zahlt der Kaufmann mittels Giroüberweisung oder Ausschreibung eines Schecks in bar, so dass der reine Warenwechsel immer mehr verdrängt wird. Am stärksten muss dies die grossen und besten Warenwechsel treffen, weil in den obersten Schichten des Handelsverkehres der Kapitalreichtum durch den Aufsaugungsprozess ohnehin schon stark gewachsen ist. Selbst im über-

Dass die Entwicklung vom Zahlungs- zum Kapitalkredit geht, zeigt sich auch international. Zuerst gibt England (wir sehen von der analogen Stellung des holländischen Kapitalismus zum englischen während des Frühkapitalismus ab) den fremden Ländern, die die englischen Produkte kaufen, hauptsächlich kommerziellen Kredit, während England seine Einkäufe in verhältnismässig grösserem Masse bar zahlt; heute ist es anders: Kredit wird nicht allein und in erster Linie für die Handelsbeziehungen gewährt als kommerzieller Kredit, sondern für Kapitalanlagen; man sucht sich durch Kapitalkredit der auswärtigen Produktion zu bemächtigen. Internationaler Bankier ist weniger das Industrieland (Vereinigte Staaten, Deutschland), sondern in erster Linie sind es Frankreich, dann Belgien und Holland, das schon den englischen Kapitalismus im 17. und 18. Jahrhundert finanziert hat, die Kapitalkredit gewähren. England nimmt eine Mittelstellung ein. Daher auch die Verschiedenheit der Goldbewegungen in den Zentralbanken dieser Länder. Die Goldbewegung der Bank von England ist einmal Index für die internationalen Kreditverhältnisse, da London der einzige ganz freie Goldmarkt von altersher ist und sich daher dort der Goldhandel konzentriert. In Frankreich hindert die Goldprämienpolitik, in Deutschland manche Einflüsse der Reichsbankleitung die völlig freie Goldbewegung. Die Bewegung des englischen Goldschatzes hängt in erster Linie ab, da der Kredit, den England gibt, noch wesentlich kommerzieller Kredit ist, vom Stande der Industrie und des Handels und seiner Bilanz. Die Dispositionen der Bank von Frankreich mit ihrem riesigen Goldschatz und ihrer verhältnismässig geringen kommerziellen Verpflichtung

---

seeischen Grossverkehre, dem Herkunftsgebiet des bisher feinsten Wechsels, beispielsweise im Getreidehandel, ist es üblich geworden, an Stelle des Zwei- und Dreimonatwechsels mit der Sichttratte zu zahlen, wenn nicht das Bankakzept gebraucht wird. Begründet ist diese Umwandlung durch die Tatsache, dass der Käufer bei Barzahlung stets vorteilhaftere Bedingungen erlangen kann, die selbst im ganzen bestehen bleiben, wenn auch zu diesem Zwecke in erheblichem Umfange der Bankkredit in Anspruch genommen werden muss. Um die tatsächlich noch in Umlauf gelangenden Warenwechsel entspinnt sich des weiteren ein starker Wettbewerb sowohl zwischen Reichsbank und Kreditbanken, als auch zwischen den einzelnen Gruppen der letzteren selbst. Die gewaltigen Kapitalanhäufungen in den Grossbanken drängen nach einer entsprechenden Wechselanlage und drücken deshalb in diesem Wettbewerb den Preis für die guten Warenwechsel weit unter den Reichsbankdiskontsatz bis auf den Privatdiskontsatz herab." (Prion, loc. cit., Seite 120.)

sind viel freier. Sie ist es, die der Bank von England bei Erschütterungen des kommerziellen Kredits zu Hilfe kommt.

Diese relative Unabhängigkeit des Bankkredits vom kommerziellen ist wichtig, weil sie eine gewisse Ueberlegenheit für den Bankier bedeutet. Jeder Kaufmann und Industrielle hat Kreditverpflichtungen, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt erfüllt werden müssen. Er selbst ist aber für die Erfüllung heute abhängig von den Dispositionen seines Bankiers, der ihm durch Einschränkung seines Kredits die Erfüllung eventuell unmöglich machen könnte. Solange die Hauptmasse des Kredits kommerzieller Kredit war und die Bankiers nur wesentlich Wechselhändler, war dies nicht der Fall; hier hing vielmehr der Bankier selbst vom Ablauf des Geschäfts, von der Bezahlung der Wechsel ab; er musste es möglichst vermeiden, die geforderte Kreditgewährung einzuschränken, solange es irgendwie ging, da er sonst den ganzen Wechselkredit zerstören konnte; daher grosse Anspannung seines eigenen Kredits bis zur Ueberanspannung und dem Krach. Heute, wo der kommerzielle Kredit diese Rolle nicht mehr spielt, sondern der Kapitalkredit die Hauptsache, kann die Bank die Verhältnisse viel besser kontrollieren und beherrschen.

Eine gewisse Entwicklung des Kredits gegeben, wird die Benützung des Kredits für das kapitalistische Unternehmen eine Notwendigkeit, die ihm der Konkurrenzkampf aufdrängt. Denn für den Einzelkapitalisten bedeutet die Benützung des Kredits eine Erhöhung seiner individuellen Profitrate. Beträgt die Durchschnittsprofitrate 30 Prozent, der Zinsfuss 5 Prozent, so wird ein Kapital von 1 Million Mark einen Profit von 300.000 M. erzielen. (Von diesem Profit werden in der Berechnung des Kapitalisten 250.000 M. als Unternehmergewinn, 50.000 M. als Zins auf sein Kapital gebucht werden.) Gelingt es dem Kapitalisten, eine zweite Million aufzunehmen, so wird er jetzt einen Profit von 600.000 M. minus 50.000 M., die er als Zins auf die zweite Million Mark wegzahlen muss, also 550.000 M. Gewinn machen; sein Unternehmergewinn beträgt jetzt 500.000 M., der, nach wie vor auf das eigene Kapital von 1 Million berechnet, nunmehr eine Unternehmergewinnrate von 50 Prozent gegen die frühere von 25 Prozent ergibt. Erlaubt ihm das grössere Kapital zugleich mit der Ausdehnung der Produktion auch billiger zu produzieren, so wird sich sein Gewinn weiter erhöht haben. Ist anderen Kapitalisten die Kreditbenützung nicht im selben Masse

oder zu härteren Bedingungen möglich, so wird der begünstigte Kapitalist einen Extraprofit machen können.

Ist die Marktlage ungünstig, so äussert sich der Vorteil der Kreditbenützung in anderer Weise. Es ist dem Kapitalisten, der fremdes Kapital benützt, möglich, mit seinen Preisen für jenen Umfang, in dem er fremdes Kapital benützt, unter den Produktionspreis (Kostpreis plus Durchschnittsprofit) herunterzugehen bis auf k + z (Kostpreis plus Zins), so dass er die Gesamtsumme seiner Waren unter dem Produktionspreis verkaufen kann, ohne den Profit auf sein eigenes Kapital zu schmälern. Er opfert nur den Unternehmergewinn auf das fremde, nicht den Profit auf das eigene Kapital. Die Benützung des Kredits gibt so in Zeiten ungünstiger Konjunktur eine Ueberlegenheit im Preiskampf, die mit dem Umfang der Kreditbenützung wächst. So wird das eigene Kapital, das die produktiven Kapitalisten benützen, für sie nur die Basis eines Unternehmens, das mit Hilfe fremden Kapitals weit über die Schranke des eigenen Kapitals ausgedehnt wird[1]). Die Erhöhung des Unternehmergewinns durch Benützung des Kredits ist eine solche für den individuellen Kapitalisten und für sein eigenes Kapital. Sie lässt zunächst die Höhe der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate unberührt. Zugleich steigert sich aber natürlich die Profitmasse, damit das Tempo der Akkumulation. Indem sie erlaubt, die Stufenleiter der Produktion auszudehnen, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern, gewährt sie zunächst den Kapitalisten, die den Kredit zuerst oder in grösserem Umfang als andere anwenden können, Extraprofit, um im weiteren Verlauf der Entwicklung durch Fortschreiten zur höheren Zusammensetzung des Kapitals, die mit der Ausdehnung der Produktion meist verbunden ist, die Profitrate zu senken. Die Erhöhung des Unternehmergewinns des einzelnen Kapitalisten treibt diese zu immer stärkerer Inanspruchnahme des Kredits. Zugleich wächst durch die Zusammenfassung alles Geldkapitals in den Banken die Möglichkeit der Inanspruchnahme. Diese in der Industrie entspringende Tendenz

[1]) Um wie hohe Kredite es sich im Einzelfall handelt, sieht man zum Beispiel aus einer Notiz des „Aktionär“ aus dem Jahre 1902, wonach es vielfach üblich geworden ist, dass Industrielle 20 bis 40 Prozent als Bankschulden zu verzinsen haben. Auf der Generalversammlung des Neusser Eisenwerkes, vormals Rudolf Daelen, rechnete ein Aktionär aus, dass die Schulden dieses Werkes 1900 bis 1903 26, 85, 105, 115 Prozent der flüssigen Mittel betrugen; von den 718.000 Mark Schulden im Jahre 1903 waren 500.000 Mark Bankschulden bei 1 Million Mark Aktienkapital. (Jeidels, a. a. O., Seite 42.)

muss ihrerseits zurückwirken auf die Art der Kreditgewährung durch die Banken.

Die Verstärkung des Strebens nach Kredit führt zunächst dazu, dass für das zirkulierende Kapital Kredit in Anspruch genommen wird; ein immer grösserer Teil des eigenen Kapitals wird in fixes Kapital verwandelt, während für einen erheblichen Teil des zirkulierenden Kapitals fremdes Kapital eintritt. Je grösser aber die Stufenleiter der Produktion, je gewaltiger der fixe Kapitalteil wird, desto fühlbarer wird die Beschränkung des Kredits auf das zirkulierende Kapital empfunden. Soll aber auch für das fixe Kapital Kredit in Anspruch genommen werden, so ändern sich die Bedingungen für die Kreditgewährung von Grund aus. Das zirkulierende Kapital ist nach einer Umschlagsperiode in Geldkapital rückverwandelt, das fixe Kapital verwandelt sich nur allmählich im Laufe einer längeren Periode mit seiner allmählichen Abnützung in Geld zurück. Geldkapital, das in fixes Kapital verwandelt worden ist, ist damit für längere Zeit gebunden, es muss lange Zeit vorgeschossen bleiben. Die Leihkapitalien aber, die der Bank zur Verfügung stehen, müssen zum grössten Teil jederzeit ausbezahlt werden können. Es kann davon nur der Teil zur Verwandlung in fixes Kapital ausgeliehen werden, der in den Händen der Bank lange genug bleibt. Das tut nun kein individuelles Leihkapital; aber von dem gesamten Leihkapital bleibt immer ein grosser Teil in den Händen der Bank, ein Teil, dessen Zusammensetzung stets wechselt, der aber in einem gewissen Minimum stets vorhanden bleibt. Dieser in der Verfügung der Banken bleibende Teil ist es, der auch als fixes Kapital ausgeliehen werden kann. Während das individuelle Kapital nicht in Form blossen Leihkapitals zur fixen Anlage geeignet ist — denn es hört damit auf Leihkapital zu sein und wird ein Teil des industriellen Kapitals, der Kapitalist wird aus einem Leihkapitalisten ein Industrieller — ist dieses Minimum, das immer der Bank zur Verfügung steht, zur fixen Anlage geeignet. Dieser Teil wird erstens um so grösser und zweitens um so konstanter sein, je grösser das Gesamtkapital, das der Bank zur Verfügung steht. Es muss daher die Bank, die fixes Kapital zur Verfügung stellt, immer schon eine gewisse Ausdehnung haben, die mit der Expansion der industriellen Unternehmungen wachsen und noch rascher wachsen muss als diese. Zugleich wird eine Bank sich nicht an *einem* Unternehmen beteiligen

können, sondern die Tendenz haben, durch mehrfache Beteiligung ihr Risiko zu verteilen. Dies wird schon deshalb der Fall sein, weil dadurch die Rückflüsse auf diese Vorschüsse regelmässiger eingehen werden.

Mit dieser Art der Kreditgewährung ändert sich aber zugleich die Stellung der Banken zur Industrie. Solange die Banken nur den Zahlungsverkehr vermitteln, interessiert sie eigentlich nur der momentane Stand des Unternehmens, seine momentane Zahlungsfähigkeit. Sie lösen die Wechsel ein, die nach dieser Prüfung gut sind, sie bevorschussen die Waren, lombardieren die Aktien, die nach dem augenblicklichen Stand des Marktes zu normalen Preisen verkäuflich sind. Ihr eigentliches Wirkungsfeld ist demnach auch mehr das kommerzielle Kapital als das industrielle und daneben die Befriedigung der Ansprüche der Börse. Auch ihr Verhältnis zur Industrie bezieht sich weniger auf den Produktionsprozess als vielmehr auf den Verkauf des Industriellen an den Grosskaufmann. Anders wenn die Bank dazu übergeht, dem Industriellen Produktionskapital zur Verfügung zu stellen. Dann bleibt ihr Interesse nicht mehr auf den augenblicklichen Zustand des Unternehmens und die augenblickliche Marktlage beschränkt, sondern jetzt handelt es sich vielmehr um das fernere Geschick des Unternehmens, um die künftige Gestaltung der Marktlage. Aus dem augenblicklichen wird ein dauerndes Interesse, und je grösser der Kredit, je mehr vor allem der Anteil des in fixes Kapital verwandelten Leihkapitals überwiegt, desto grösser und desto bleibender dieses Interesse.

Gleichzeitig wächst aber der Einfluss der Bank auf das Unternehmen.

Solange der Kredit nur vorübergehend war, solange also das Unternehmen nur sein zirkulierendes Kapital von der Bank kreditiert erhielt, so lange war auch die Lösung dieser Beziehung verhältnismässig leicht. Nach Ablauf der Umschlagsperiode konnte das Unternehmen den Kredit zurückzahlen, einen anderen Kreditgeber sich aussuchen. Das hört auf, wenn auch ein Teil des fixen Kapitals kreditiert ist. Die Verpflichtung lässt sich dann erst nach längerer Zeit lösen. Das Unternehmen bleibt an die Bank gebunden. In diesem Verhältnis pflegt aber die Bank der stärkere Teil zu sein. Die Bank verfügt immer über das Kapital in seiner flüssigen, stets schlagfertigen Form, über Geldkapital. Das Unternehmen aber ist angewiesen auf die Rückverwandlung der Ware. Stockt der Zirku-

lationsprozess oder sinken die Verkaufspreise, so ist zuschüssiges Kapital notwendig, das auf dem Wege des Kredits zu beschaffen ist. Denn mit der Ausdehnung des Kreditwesens ist der Umfang des Kapitals eines jeden Unternehmens auf das Mindestmass beschränkt, erfordert jede plötzlich eintretende Notwendigkeit einer Vermehrung der flüssigen Mittel eine Kreditoperation, deren Versagung für das Unternehmen den Bankerott bedeuten könnte. Es ist die Verfügung über das Geldkapital, was der Bank die Uebermacht gibt gegenüber dem Unternehmen, dessen Kapital als Produktions- oder Warenkapital festgelegt ist. Dazu kommt die Uebermacht des Kapitals der Bank, die sie relativ unabhängig der einzelnen Transaktion gegenüber macht, während für das Unternehmen von dieser Transaktion vielleicht alles abhängt. Umgekehrt kann in manchen Fällen die Bank so stark bei einem Unternehmen engagiert sein, dass ihr Geschick mit dem Unternehmen eng verflochten ist und sie sich allen seinen Anforderungen fügen muss. Es ist im allgemeinen immer die Ueberlegenheit der Kapitalsmacht, besonders die Ausdehnung des zu freier Verfügung stehenden Geldkapitals, was über die ökonomische Abhängigkeit innerhalb eines Schuldverhältnisses entscheidet.

Das geänderte Verhältnis zur Industrie verstärkt alle jene Tendenzen, welche schon aus der Technik des Bankwesens heraus zur Konzentration führen. Eine Betrachtung dieser Tendenzen muss auch hier die drei Funktionen der Banken scheiden, die im Zahlungskredit (also im Wechselverkehr), im Kapitalkredit und im Emissionsgeschäft — dies muss hier vorweggenommen werden — zum Ausdruck kommen.

Für den Wechselverkehr entscheidend ist vor allem die Ausdehnung der internationalen Beziehungen. Er erfordert ein weitverzweigtes Netz ausländischer Beziehungen. Sodann macht hier die längere Umlaufszeit des Auslandswechsels es notwendig, grössere Mittel eventuell festlegen zu können. Drittens ist auch der Ausgleich durch Kompensation der Wechsel hier weniger gleichmässig. Der Devisenhandel verlangt also eine grosse leistungsfähige Organisation. „Das Bedeutsame dabei liegt darin, dass schon allein aus der Technik eines bestimmten Bankgeschäftes, das für eine aufblühende Industrie von zunehmender Wichtigkeit ist, eine Tendenz zur Konzentration im Bankwesen entsteht. Der aus der gewerblichen Produktion stammende Wechsel, Auslands- sowohl wie Inlands-

wechsel, wesentlich der Bezahlung von Rohmaterial und Fabrikaten dienend, verlangt eine Organisation des Bankwesens, die weitverzweigt genug ist, um den Wechselverkehr im grossen, besonders auch mit dem Ausland, regeln, gleichzeitig aber auch den einzelnen Wechsel auf seine Sicherheit prüfen zu können, das heisst Grossbanken mit vielen auswärtigen Beziehungen und einheimischen Niederlassungen. Freilich dient der Wechsel der Industrie wesentlich zur Zahlung und zur Schaffung von Zahlungskredit; das Institut, das diesen Kredit gewährt, erhält dadurch noch keine Möglichkeit, in die kreditnehmenden Industrien bewusst und planvoll einzugreifen, über die notwendige Prüfung der Sicherheit des Kreditnehmers und den Diskontgewinn gehen die Beziehungen zwischen Bank und Industrie dabei nicht hinaus." [1])

Um das ausländische Wechselgeschäft lukrativ betreiben zu können, muss damit auch die Wechselarbitrage eng verbunden sein. Dazu gehören einerseits ausgedehnte Verbindungen, anderseits grosse flüssige Mittel. Denn Arbitrageoperationen müssen immer, um Gewinn abzuwerfen, sehr rasch und in grossem Massstab gemacht werden. Dieses Wechselarbitragegeschäft „beruht darauf, dass zum Beispiel an Tagen, an denen (scil. in London) die Nachfrage nach Wechseln auf Paris grösser ist als das Angebot und die Wechselkurse dementsprechend anziehen, von Häusern, welche entweder Guthaben oder Kredit in Frankreich haben, diese Konjunktur ausgenützt wird, indem sie Wechsel auf Paris ausstellen; die betreffende bezogene Firma in Paris wartet sodann eine ähnliche günstige Gelegenheit auf dem dortigen Markte ab, um die Summen wieder nach England zurückzuleiten" [2]).

Die Pflege des Kapitalkredits drückt sich aus in der zunehmenden Bedeutung des Kontokorrentverkehres [3]). „Seine Bedeu-

---

[1]) Jeidels, loc. cit., Seite 32.

[2]) Edgar Jaffé, „Das englische Bankwesen", Seite 60.

[3]) Das Wesen des Kontokorrentkredits besteht darin, „dass er dem Schuldner gestattet, über den vereinbarten Kredit im ganzen oder durch Teilbeträge zu verfügen und auch dementsprechend jederzeit Rückzahlungen zu leisten. Vorteilhaft für den Schuldner ist diese Eigenart des Kontokorrentkredits dadurch, dass er die Benützung der leihweise überlassenen Kapitale ganz dem Bedürfnis seines Geschäftsbetriebes anpassen und in ökonomischer Weise die Kosten derselben verringern kann. Dagegen bedeutet die Hingabe von Geldern im Wege des Kontokorrentkredits für die Banken eine ziemlich feste Anlage, deren Dauer zwar nicht begrenzt ist, die aber Rückzahlungen von seiten des Schuldners fort-

tung für das Verhältnis der Banken zur Industrie entspringt drei Gründen: 1. Durch seine entscheidende Wichtigkeit für die ruhige Ausdehnung eines Unternehmens schafft er eine Abhängigkeit von den Kreditgebern. 2. Die geschäftliche Natur des industriellen Bankkredits übt noch mehr als die bisher erwähnten Kreditgeschäfte eine Wirkung auf die Organisation des Bankwesens aus, nur sie wirkt auf die Bankkonzentration hin . . ., die eigenartigen Beziehungen zur Industrie . . . verlangen neue Prinzipien, eine andere Kenntnis der Industrie seitens der Bankleiter. 3. Schliesslich ist das industrielle Kontokorrentgeschäft der Angelpunkt sämtlicher Geschäfte der Bank mit der Industrie; die Gründungs- und Emissionstätigkeit, die direkte Beteiligung an gewerblichen Unternehmungen, das Mitwirken bei der Leitung industrieller Betriebe als Mitglied des Aufsichtsrates stehen zu dem Bankkredit in sehr vielen Fällen in dem engen Verhältnis von Ursache und Wirkung." Zugleich ist das Kontokorrentkonto ein „gutes Mittel für die Bank, das Industrieunternehmen zu beurteilen und zu kontrollieren; regelmässige Umsätze bedeuten guten Geschäftsgang" [1]). Die Bank erwirbt durch diese regelmässigen Beziehungen zugleich eine genaue Kenntnis dieses Unternehmens, die ihr in anderer Beziehung, zum Beispiel bei Börsengeschäften, von Vorteil sein kann. Anderseits erfordert die Gefahr übermässiger Kreditgewährung die genaue Ueberwachung des industriellen Unternehmens, deren erste Vorbedingung die ist, dass das Unternehmen nur mit einer einzigen Bank arbeitet.

Fordert so die Funktion der Bank als Kreditvermittlerin mit der Ausdehnung der Industrie eine fortschreitende Konzentration

während zulässt". (Prion, loc. cit., Seite 102.) Ueber seine Höhe in Deutschland heisst es ebenda: „Es ist üblich, den Kontokorrentzinsfuss dem Lombardzinsfuss der Reichsbank anzupassen, ihn jedoch nicht bei Ermässigung der Bankrate unter eine bestimmte Mindesthöhe fallen zu lassen, die meist 5 Prozent beträgt. Neben dieser in der Praxis gleichmässig gehandhabten Berechnung der Zinsen wird für die besondere Art der Kreditgewährung nach Unterlagen und Qualität der Banken eine Provision in Ansatz gebracht, die den qualitativen Abstufungen der Geschäftsverbindungen gerecht wird. Sie wird meist von einem Vielfachen der gewährten oder tatsächlich in Anspruch genommenen Kreditsummen berechnet und ist von der Lebhaftigkeit des Umsatzes abhängig. Jedenfalls verändert diese Provision den eigentlichen Zinssatz so sehr zu ungunsten des Kreditnehmers, dass in Wirklichkeit je nach dem einzelnen Abkommen 2 bis 3 Prozent mehr gezahlt werden müssen als die dem Namen nach bestehende Zinsberechnung angibt."

[1]) Jeidels loc. cit., Seite 32 ff.

des Bankkapitals, so verlangt ihre Funktion als Emissionsinstitut gleichfalls grösstmögliche Konzentration. Zunächst macht sich hier bei den gewinnreichsten Geschäften die unmittelbare Ueberlegenheit einer grossen Bank am stärksten geltend; sie wird mehr Geschäfte machen, grössere Geschäfte und bessere Geschäfte. Je grösser die Bank, desto grösser die Sicherheit, mit der sie emittiert. Sie wird einen grossen Teil der Emission bei ihren eigenen Kunden unterbringen können. Dann aber muss die Bank imstande sein, die immer grösseren Summen, um die es sich handelt, mit Sicherheit aufzubringen. Sie braucht dazu grosses eigenes Kapital und grossen Einfluss auf den Markt.

Die grosse Bank kann sich den geeigneten Zeitpunkt des Absatzes aussuchen, sie kann mittels ihres grossen Kapitals die Börse präparieren und sie ist in der Lage, auch späterhin die Kursentwicklung der Aktien zu beherrschen und so den Kredit des Unternehmens zu schützen. Die Ansprüche, die an die Emissionskraft der Banken gestellt werden, werden mit der Entwicklung der Industrie immer grösser. Die Mobilisierung des Kapitals lässt für die Ausdehnung der Produktion nur mehr eine Bedingung: die technische Angemessenheit, gelten. Zugleich beseitigt sie auch für die Erweiterung der Unternehmungen die Abhängigkeit von den Ueberschüssen des eigenen Betriebes und gestattet rasche, zu Zeiten günstiger Konjunktur oft geradezu sprunghafte Erweiterungen mit plötzlichen starken Kapitalsansprüchen. Sie kann dieses Kapital nur dort erhalten, wo es in grossen konzentrierten Massen vorhanden ist, von den Banken, und sie muss diesen wieder die Sorge überlassen, dieses Kapital ohne Erschütterung des Geldmarktes zu beschaffen. Dies kann die Bank nur, wenn das Kapital, das sie ausgibt, ihr wieder rasch zurückströmt oder die Umsätze nur buchmässig vollzogen werden; dies wird in um so grösserem Mass der Fall sein, sobald die Aktien von ihren eigenen Kunden genommen werden, die das Geld dafür an die Bank zahlen; sie entnehmen es den Depositen der Bank und vermindern damit die Passiven.

Aus der Technik des Bankbetriebes selbst ergeben sich so Tendenzen, die gleichfalls auf die Bankkonzentration hinwirken, wie dies die industrielle Konzentration bewirkt, die aber die primäre Ursache für die Bankkonzentration darstellt.

Sechstes Kapitel.

Der Zinsfuss.

Auf Grundlage der kapitalistischen Produktion erhält jede Geldsumme die Fähigkeit, als Kapital zu fungieren, also Profit abzuwerfen. Bedingung dafür ist, dass sie den produktiven Kapitalisten zur Verfügung gestellt wird. „Gesetzt, die jährliche Durchschnittsprofitrate sei 20 Prozent. Eine Maschine im Wert von 100 Pfund Sterling würde dann, unter den Durchschnittsbedingungen und mit dem Durchschnittsverhältnis von Intelligenz und zweckmässiger Tätigkeit als Kapital verwandt, einen Profit von 20 Pfund Sterling abwerfen. Ein Mann also, der 100 Pfund Sterling zur Verfügung hat, hält in seiner Hand die Macht, aus 100 Pfund Sterling 120 zu machen oder einen Profit von 20 Pfund Sterling zu produzieren. Er hält in seiner Hand ein mögliches Kapital von 100 Pfund Sterling. Ueberlässt dieser Mann für ein Jahr die 100 Pfund Sterling einem anderen, der sie wirklich als Kapital anwendet, so gibt er ihm die Macht, 20 Pfund Sterling Profit zu produzieren, einen Mehrwert, der ihn nichts kostet, wofür er kein Aequivalent zahlt. Wenn dieser Mann dem Eigner der 100 Pfund Sterling am Jahresschluss vielleicht 5 Pfund Sterling zahlt, das heisst einen Teil des produzierten Profits, so zahlt er damit den Gebrauchswert der 100 Pfund Sterling, den Gebrauchswert ihrer Kapitalfunktion, der Funktion, 20 Pfund Sterling Profit zu produzieren. Der Teil des Profits, den er ihm zahlt, heisst Zins, was also nichts ist als ein besonderer Name, eine besondere Rubrik für einen Teil des Profits, den das fungierende Kapital, statt (ihn) in die eigene Tasche zu stecken, an den Eigner des Kapitals wegzuzahlen hat.

Es ist klar, dass der Besitz von 100 Pfund Sterling ihrem Eigner die Macht gibt, den Zins, einen gewissen Teil des durch sein Kapital produzierten Profits, an sich zu ziehen. Gäbe er dem anderen die 100 Pfund Sterling nicht, so könnte dieser den Profit nicht produzieren, überhaupt nicht mit Beziehung auf diese 100 Pfund Sterling als Kapitalist fungieren“ [1]).

Indem der Geldbesitzer sein Geld ausleiht, fungiert dieses Geld für ihn als Kapital, Leihkapital, da es nach einiger Zeit zu ihm zurückkehrt als vermehrtes Geld. Kapital verwertet sich aber nur im Produktionsprozess durch Ausbeutung der Arbeitskraft,

[1]) Marx, „Kapital“, III., Seite 323.

Aneignung von unbezahlter Arbeit. Das Geldkapital des Leihkapitalisten muss daher zum Geldkapital des produktiven Kapitalisten werden, um sich im Produktionsprozess zu bewähren, um Profit zu erzeugen. Dieser Profit wird jetzt geteilt; ein Teil kehrt als Zins zum Leihkapitalisten zurück, der andere verbleibt dem produktiven Kapitalisten. Da der Zins unter normalen Umständen ein Teil des Profits, so ist der Profit die Höchstgrenze des Zinses. Und das ist das einzige Verhältnis zwischen Profit und Zins. Dagegen ist der Zins kein irgendwie bestimmter, fixierter Teil des Profits. Die Höhe des Zinses hängt ab von der Nachfrage und dem Angebot des Leihkapitals. Man kann sich kapitalistische Gesellschaft denken und ihre Grundsätze ableiten, unter der Voraussetzung, dass Geldbesitzer und produktive Kapitalisten identisch oder mit anderen Worten: dass alle produktiven Kapitalisten zugleich über das nötige Geldkapital verfügten. Dann würde kein Zins entstehen. Dagegen ist kapitalistische Produktion undenkbar ohne Produktion von Profit; beides bedeutet vielmehr dasselbe. Die Produktion von Profit ist Bedingung wie Ziel kapitalistischer Produktion. Seine Produktion, die Produktion des Mehrwerts, der im Mehrprodukt verkörpert ist, ist objektiv bestimmt; der Profit entspringt unmittelbar aus dem ökonomischen Verhältnis, dem Kapitalverhältnis, der Trennung der Produktionsmittel von der Arbeit und dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit; seine Grösse hängt ab von dem Neuwert, den die Arbeiterklasse mit den vorhandenen Produktionsmittel produziert, und der Teilung dieses Neuwerts zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse, die wieder bestimmt ist durch den Wert der Arbeitskraft. Wir haben es hier mit lauter objektiv bestimmten Faktoren zu tun.

Anders der Zins. Er entspringt aus der gegenüber dem Wesen des Kapitalismus, der Trennung der Produktionsmittel von der Arbeit, akzidentellen Tatsache, dass die Verfügung über das Geld einmal nicht allein die produktiven Kapitalisten besitzen, sodann dass im Kreislauf des individuellen Kapitals nicht zu jeder Zeit das ganze Geldkapital eingehen muss, sondern dass es zeitweise brachliegt. Es hängt nun von dem wechselnden Verhältnis der Nachfrage von seiten der Produktiven nach diesem Geldkapital ab, welchen Teil des Profits sich die Leihkapitalisten aneignen können[1]).

[1]) Um mittels des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage etwas zur Erklärung des Preises aussagen zu können, müssen Angebot und Nachfrage gegebene

Hängt aber der Zins von Nachfrage und Angebot ab, so müssen wir uns fragen, wodurch Nachfrage und Angebot ihrerseits bestimmt sind. Auf der einen Seite steht das momentan brachliegende, aber nach Verwertung strebende Geld, auf der anderen Seite steht die Nachfrage der fungierenden Kapitalisten nach Geld, das sie als Geldkapital in fungierendes Kapital verwandeln wollen. Diese Verteilung besorgt der Kapitalkredit, von dessen Stand also die Höhe des Zinsfusses abhängt. In jedem gegebenen Moment steht der kapitalistischen Gesellschaft eine quantitativ gegebene Geldsumme zur Verfügung, die das Angebot darstellt, und auf der anderen Seite der in demselben Moment gleichfalls durch die Ausdehnung der Produktion und Zirkulation gegebene Bedarf der fungierenden Kapitalisten nach Geldkapital. Es handelt sich hier also um zwei in jedem Moment bestimmte Grössen, die als Nachfrage und Angebot einander auf dem Geldmarkt begegnen und den „Leihpreis des Geldes", den Zinsfuss, bestimmen. Diese Bestimmung bietet weiter keine Schwierigkeit; diese ergibt sich erst bei der Analyse der Veränderung des Zinsfusses.

Es ist zunächst klar, dass eine Ausdehnung der Produktion und damit der Zirkulation vermehrte Nachfrage nach Geldkapital bedeutet. Die vermehrte Nachfrage würde also, bliebe das Angebot dasselbe, eine Steigerung des Zinsfusses bewirken müssen. Die Schwierigkeit entsteht aber daraus, dass auch das Angebot sich ändert zugleich mit der geänderten Nachfrage und

---

und feste Grössen sein. Daher auch das Bestreben der Grenznutzentheorie, das Angebot als konstant vorauszusetzen, also von einem gegebenen Vorrat auszugehen. Es ist also ganz konsequent, wenn Schumpeter („Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie", Leipzig 1908) in seinem Bemühen, die Grenznutzentheorie zu sichern, schliesslich die Nationalökonomie auf eine Statik reduziert, während sie doch Dynamik, die Lehre von den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft sein muss. Damit ist denn der Gegensatz gegen den Marxismus sehr glücklich und auf das schärfste formuliert, zugleich aber auch die völlige Ergebnislosigkeit der Grenznutzenlehre, the final futility of final utility, nach dem Scherzwort Hyndmans. Oekonomisch besteht die Schwierigkeit, das Ausmass des Angebots zu erklären, was nichts anderes heisst, als den Umfang der Produktion in seiner ökonomischen Gesetzmässigkeit darzulegen. Die Nachfrage selbst ist bestimmt durch die Produktion und deren Verteilung und die Gesetze, nach denen die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts vor sich geht. Auch bei den Bestimmgründen des Zinsfusses besteht die Schwierigkeit nur in der Darlegung der Momente, welche das Ausmass des Angebots bestimmen.

gerade infolge der geänderten Nachfrage. Betrachten wir die das Angebot bildende Geldmasse, so besteht sie aus zwei Teilen: erstens aus dem vorhandenen Bargeld, zweitens aus dem Kreditgeld. Nun haben wir bei der Analyse des Zirkulationskredits gesehen, dass das Kreditgeld einen variablen Faktor bildet, der sich ausdehnt zusammen mit der Ausdehnung der Produktion. Diese aber bedeutet vermehrte Nachfrage nach Geldkapital; diese vermehrte Nachfrage findet aber auch ein vermehrtes Angebot, das gegeben ist durch das infolge der Ausdehnung der Produktion vermehrte Kreditgeld. Eine Aenderung des Zinsfusses wird also nur eintreten, wenn die Veränderung in der Nachfrage nach Geldkapital stärker ist als die des Angebots; also ein Steigen des Zinsfusses dann, wenn die Nachfrage nach Geldkapital rascher wächst als die Vermehrung des Kreditgeldes. Wann wird dies der Fall sein? Zunächst erfordert Vermehrung des Kreditgeldes eine Vermehrung derjenigen Bargeldsumme, die als Reserve für die stete Einlösbarkeit des Kreditgeldes nötig ist; ferner wächst mit der Zirkulation des Kreditgeldes auch der Teil der Bargeldsumme, die zur Ausgleichung der Bilanz für das sich nicht kompensierende Kreditgeld gehalten werden muss. Zugleich wachsen mit der Ausdehnung der Zirkulation auch jene Transaktionen, in denen das Kreditgeld nur geringe Rolle spielt; die zur Bezahlung der Arbeiter und zur Erledigung der gestiegenen Umsätze im Kleinhandel nötigen Summen bestehen meistens aus Bargeld. So verringern sich die für den Leihverkehr zur Verfügung stehenden Summen, weil ein Teil des Bargeldes für diese anderen Funktionen benötigt wird. Schliesslich wird die Vermehrung des Kreditgeldes hinter den Anforderungen der gestiegenen Produktion und Zirkulation zurückbleiben, sobald bei Beendigung einer Prosperitätsepoche der Absatz der Waren stockt oder verlangsamt wird.

Denn dies bedeutet, dass die Wechsel, die gegen die Waren gezogen sind, sich nicht mehr gegenseitig kompensieren werden und dass wenigstens die Laufzeit der Wechsel sich verlängert. Wenn aber die verfallenen Wechsel sich nicht kompensieren, so müssen sie mit Bargeld eingelöst werden. Das Kreditgeld (also die Wechsel, respektive die sie substituierenden Noten) können also die Geldfunktionen, die Zirkulation der Waren, nicht mehr im bisherigen Umfang erfüllen. Um sie einzulösen, entsteht vermehrte Nachfrage nach Bargeld. Es hat sich also das wirklich fungierende Kreditgeld verringert, während gleichzeitig zum Ersatz dafür die

Nachfrage nach Bargeld steigt; es ist diese Nachfrage, welche das Steigen des Zinsfusses herbeiführt.

Hängt also die absolute Höhe des Zinsfusses vom Stande des Kapitalkredits ab, so die Veränderungen vor allem vom Stande des Zirkulationskredits. Die nähere Analyse dieser Veränderungen gehört in die Darstellung der industriellen Konjunkturschwankungen und wird daher im Zusammenhang mit dieser gegeben werden.

„Die Variationen des Zinsfusses (abgesehen von den in längeren Perioden erfolgenden oder von dem Unterschied des Zinsfusses in verschiedenen Ländern; die ersteren sind bedingt durch Variationen in der allgemeinen Profitrate, die zweiten durch Differenzen in den Profitraten und in der Entwicklung des Kredits) hängen ab vom Angebot des Leihkapitals (alle anderen Umstände, Stand des Vertrauens etc., gleichgesetzt), das heisst des Kapitals, das in Form von Geld, Hartgeld und Noten, verliehen wird; im Unterschied zum industriellen Kapital, das als solches, in Warenform, vermittelst des kommerziellen Kredits, unter den reproduktiven Agenten selbst verliehen wird“ [1]).

Unsere Ansicht stimmt damit nicht voll überein. Marx lässt die Variationen des Zinsfusses abhängen von dem Angebot des Kapitals, das in Form von Geld, Hartgeld und Noten verliehen wird. Es bleibt dann aber die Frage offen, wie gross der Betrag der Noten sein kann. Für England, dessen Verhältnisse Marx hier offenbar vorschweben, ist die Antwort durch die gesetzliche Vorschrift der Peelsakte gegeben. Die Summe des Hartgeldes und der Noten setzt sich zusammen aus der Summe des in Zirkulation befindlichen Hartgeldes, dem Goldschatz der Bank und 14 Millionen Pfund Sterling in Noten, die den Betrag des ungedeckten Notenumlaufes darstellen. In der Tat versehen diese Noten die Funktion von Staatspapiergeld insofern, als sie das Minimum der Zirkulation, das durch Geldzeichen ersetzbar ist, repräsentieren oder wenigstens zu Peels Zeiten repräsentiert haben. Die Notensumme ist also durch das Gesetz in einem bestimmten Ausmasse ein für allemal festgesetzt. Stellt man aber die Frage allgemein, so hängen die Variationen des Zinsfusses ab von dem Angebot, von der Menge des verleihbaren Geldes. Es kann aber alles Geld verliehen werden, das nicht in Zirkulation befindlich ist. In Zirkulation befindlich ist aber erstens

[1]) Marx, „Kapital“, III., 2. Auflage, Seite 37.

der dem Minimum entsprechende Bedarf an Geldzeichen und dann eine bestimmte Summe Gold. Das übrige Gold ist in den Kellern der Bank oder der Banken. Ein Teil dieses Goldes dient als Reserve (Schatz) für die inländische Zirkulation, ein Teil als Reserve für die internationale Zirkulation, da Gold die Funktion des Weltgeldes erfüllen muss. Den Minimalbetrag, den die Reserve für beide Zwecke haben muss, lehrt die Erfahrung. Der Rest kann verliehen werden und bildet in letzter Instanz jenes Angebot, dessen Inanspruchnahme die Höhe des Zinsfusses bestimmt. Diese Inanspruchnahme selbst hängt aber ab vom Stande des Zirkulationskredits, also von dem „kommerziellen Kredit", den die reproduktiven Agenten einander geben. Solange dieser sich in gleichem Masse ausdehnen kann, wie es die gestiegene Nachfrage verlangt, wird keine Veränderung im Zinsfuss erfolgen. Man darf aber nicht vergessen, dass der grösste Teil der Nachfrage befriedigt wird durch ein Angebot, das gleichzeitig mit der Nachfrage wächst. Der grösste Teil des Kredits ist „kommerzieller Kredit" oder, wie wir lieber sagen, Zirkulationskredit. Hier wachsen Nachfrage und Angebot oder, wenn man will, die Befriedigungsmittel der Nachfrage gleichzeitig miteinander und mit der Ausdehnung der Produktion. Die Ausdehnung dieses Kredits ist möglich ohne jede Wirkung auf den Zinsfuss; zu Beginn der Prosperität findet solche Ausdehnung statt ohne besondere Einwirkung auf den Zinsfuss. Der Zinsfuss steigt erst, wenn die Goldbestände der Banken abnehmen, die Reserven sich ihrem Minimum nähern und die Banken daher gezwungen sind, den Diskont hinaufzusetzen. Dies ist aber in den Perioden der Hochkonjunktur der Fall, weil die Zirkulation mehr Gold verlangt (Anwachsen des variablen Kapitals, der Umsätze überhaupt und damit auch des Betrages, der zum Ausgleich der Bilanzen dient). Die Nachfrage nach Leihkapital wird aber gerade dann am stärksten, wenn der Goldschatz durch die Bedürfnisse der Zirkulation, die mehr Gold absorbiert, am geringsten ist. Die Erschöpfung des ausleihbaren Goldschatzes wird unmittelbare Veranlassung zu der Hinaufsetzung des Bankdiskonts, der in solchen Perioden zum Regulator des Zinsfusses wird. Der Zweck der Diskonterhöhung ist es ja auch, den G o l d zufluss zu bewirken. Die Einschränkungen der verfehlten Bankgesetzgebung bewirken nur, dass dieser Zeitpunkt früher eintritt, als die rein ökonomischen Bedingungen es erfordern. Das Verfehlte all dieser Einschränkungen ist, dass sie auf die eine oder

andere Art indirekt in Deutschland, direkt in England, das von der Zirkulation benötigte Minimum unterschätzen und damit das Angebot von Leihkapital einschränken.

Eine Tendenz zum Sinken des Zinsfusses wäre also an die Voraussetzung geknüpft, dass das Verhältnis des vorhandenen Goldschatzes zu der Nachfrage nach Leihkapital ständig günstiger würde, das heisst, dass der Goldschatz rascher wüchse als die Nachfrage nach Leihkapital. Eine solche Tendenz zum ständigen Sinken des Zinsfusses lässt sich, wenn man nur entwickelte kapitalistische Verhältnisse miteinander vergleicht, in der Tat nicht konstatieren[1]). Sie lässt sich auch theoretisch nicht postulieren; denn gleichzeitig mit dem Wachsen des Goldschatzes und dem Minimum der Zirkulation wächst auch die Goldsumme, die in Zeiten der Hochkonjunktur zusätzlich von der Zirkulation aufgenommen wird.

Das Sinken der Profitrate würde aber nur dann ein Sinken des Zinsfusses bedeuten, wenn der Zins irgend ein fester Teil des Profits wäre, was aber nicht der Fall ist. Das Sinken der Profitrate

---

[1]) Soweit empirisches Material vorliegt, das Vergleiche zulässt, stützt es das Dogma vom sinkenden Zinsfuss durchaus nicht. Smith erzählt, dass zu seiner Zeit in Holland die Regierung 2 Prozent und gutakkreditierte Privatleute 3 Prozent Zinsen zahlen. In England bezahlten einige Zeit nach dem letzten Kriege (1763) nicht nur bestakkreditierte Privatleute, sondern auch einige der grössten Handelsgeschäfte Londons gewöhnlich 5 Prozent Zinsen, während sie vordem höchstens 4 bis $4^1/_2$ Prozent zu bezahlen pflegten. Tooke, der die letztere Angabe zitiert, bemerkt dazu: „In 1764 fielen vierprozentige Schatzscheine unter Pari; navy bills bedangen $9^5/_8$ Prozent Diskont, und dreiprozentige Konsols, die März 1763 auf 96 standen, fielen im Oktober auf 80. Aber 1765 standen dreiprozentige Schatzscheine, von denen eine neue Emission erfolgt war, im allgemeinen auf und bisweilen über Pari, und die dreiprozentigen Konsols stiegen auf 92." Schmoller („Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre", II., Seite 207) gibt übrigens an, dass die dreiprozentigen Konsols schon 1737 auf 107 standen. Nun ist der Kurs der Staatspapiere, der ja noch anderen Bestimmungsgründen unterliegt, sicher kein unbedingt zuverlässiger Massstab für die Höhe des Zinsfusses, aber immerhin zu beachten.

Doch auch die Betrachtung der Diskontsätze der Notenbanken lässt keine gleichmässig sinkende Tendenz erkennen. Wir entnehmen einem interessanten Artikel Dr. Alfred Schwoners, „Zinsfuss und Krisen im Lichte der Statistik", im „Berliner Tagblatt" vom 26. und 27. November 1907, folgende Tabelle (K bedeutet Krisenjahr, doch handelt es sich beim Jahre 1895 und 1882 [Bontouxkrach] um reine Spekulationskrisen):

hat höchstens die Bedeutung, dass die theoretisch mögliche Höchstgrenze des Zinses, nämlich der Profit, sinkt; da aber diese Höchst-

Durchschnittsdiskontsätze der vier europäischen Hauptbanken in den letzten 55 Jahren.

	Bank von England	Bank von Frankreich	Deutsche Reichsbank (1847 bis 1875 Preussische Bank)	Oesterreichisch-Ungarische Bank (früher Nationalbank)
1907 (erste 10 Monate)	4·54	3·3	5·72	4·72
1906	4·27	3·0	5·12	4·4
1905	3·08	3	3·82	3·68
1904	3·3	3	4·2	3·5
1903	3·76	3	3·77	3·5
1902	3·33	3	3·32	3·55
K 1901	3·9	3	4·1	4·08
K 1900	3·94	3·2	5·33	4·58
1899	3·75	3·06	5·04	5·04
1898	3·19	2·2	4·27	4·16
1897	2·64	2	3·81	4
1896	2·48	2	3·66	4·09
K 1895	2	2·1	3·14	4·3
1894	2·11	2·5	3·12	4·08
1893	3·06	2·5	4·07	4·24
K 1892	2·52	2·7	3·2	4·02
K 1891	3·35	3	3·78	4·4
1890	4·69	3	4·52	4·48
1889	3·55	3·16	3·68	4·19
1888	3·3	3·1	3·32	4·17
1887	3·34	3	3·41	4·12
1886	3·05	3	3·28	4
1885	2·92	3	4·12	4
1884	2·96	3	4	4
1883	3·58	3·08	4·4	4·11
K 1882	4·14	3·8	4·54	4·02
1881	3·48	3·84	4·42	4
1880	2·76	2·81	4·24	4
1879	2·38	2·58	3·07	4·33
1878	3·75	2·2	4·34	5
1877	2·85	2·26	4·42	5
1876	2·62	3·4	4·16	5
1875	3·25	4	4·71	4·6
1874	3·75	4·3	4·38	4·87
K 1873	4·75	5·15	4·95	5·22
1872	4·12	5·15	4·29	5·55
1871	2·85	5·35	4·16	5·5
1870	3·12	3·9	4·40	5·44
1869	3·25	2·5	4·24	4·34
1868	2·25	2·5	4	4
1867	2·5	2·7	4	4
K 1866	7	3·67	6·21	4·94
1865	4·75	3·66	4·96	5
1864	7·5	6·51	5·31	5
1863	4·5	4·63	5·08	5
1862	2·5	3·73	4·2	5·06
1861	5·25	5·86	4·2	5·5
1860	4·25	3·56	4·2	5·12
1859	2·75	3·47	4·2	5
1858	3	3·68	4·2	5
K 1857	6·7	6	5·76	5
1856	5·8	5·5	4·94	4·27
1855	4·8	5	4·08	4
1854	5·1	4·37	4·36	4
1853	3·4	3·23	4·25	4
1852	2·5	3·18	4	4

Schwoner bemerkt zu dieser Tabelle:

„Wollte man im übrigen aus der Statistik der Bankdiskonte im 19. Jahrhundert allgemeine Schlüsse über die Bewegung des Zinsfusses ziehen, so zeigt sich, dass eine bestimmte Tendenz nach oben oder nach unten nicht nachweisbar ist. Zwar sind offizielle Diskontsätze unter 4 Prozent erst im Laufe der Zeit auf-

grenze allgemein auf längere Zeit nicht erreicht wird, so hat diese „Konstatierung“ gar keine Bedeutung [2]).

getaucht, und zwar je nach der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes früher oder später. England war in dieser Beziehung den anderen Staaten weit voraus. Daselbst kam schon im Jahre 1845 der zweiprozentige Bankdiskont zum erstenmal vor. Bei der Bank von Frankreich gab es 1852 zum erstenmal einen Zinsfuss von 3 Prozent, 1867 zum erstenmal $2^1/_2$ Prozent und 1877 zum erstenmal 2 Prozent. Bei der Berliner Bank gab es schon in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts Minimalsätze von 3 Prozent, aber während des Regimes der Preussischen Bank und der Deutschen Reichsbank ging der Zinsfuss zum erstenmal im Jahre 1880 unter 4 Prozent herunter. Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank trat zum erstenmal im Jahre 1903 ein Zinsfuss von $3^1/_2$ Prozent auf, in der ersten Depressionsperiode, die die Monarchie nach der Valutaregulierung erlebte. Es ist also insoweit ein Fortschritt zu erkennen, als mit der technischen Vollendung der Bankorganisation und der Währung die Grenze des Zinsfusses nach unten herabrückt.“

Schwoner gibt noch folgende Zahlen:

Diskontdurchschnitte der fünf letzten Dezennien.

Durchschnitts-diskont	Bank von England	Bank von Frankreich	Deutsche Reichsbank	Oest.-ung. Bank	Gesamt-durchschnitt
1897—1906	3·52	2·85	4·28	4·05	3·67
1887—1896	3·04	2·71	3·59	4·21	3·38
1877—1886	3·19	2·96	4·11	4·26	3·63
1867—1876	3·25	3·89	4·34	4·85	4·09
1857—1866	4·82	4·48	4·83	5·06	4·79

„Der Gesamtdurchschnitt ist weitaus am höchsten im Dezennium 1857—1866, wo er 4·79 Prozent beträgt, im Dezennium 1867—1876 fällt er auf 4·09 Prozent, ist also noch immer sehr hoch, 1877—1886 geht er auf 3·63 Prozent zurück und erreicht im Jahrzehnt 1887—1896 mit 3·38 seinen Tiefpunkt, für das letzte Jahrzehnt beträgt der Durchschnitt 3·67, ist also höher als in den beiden vorgehenden Dezennien, dagegen noch viel niedriger als in den ersten zwanzig Jahren des industriellen und finanziellen Aufschwungs (1857—1876).“

Aus all dem geht hervor, dass die Höhe des Zinsfusses bestimmt ist nicht irgendwie durch die Profitrate, sondern durch die stärkere oder geringere Nachfrage nach Geldkapital, wie sie die raschere oder langsamere Entwicklung, Tempo, Intensität und Ausdehnung der Prosperitätsepochen bedingen.

Bei Betrachtung ganz anormal hohen Zinsfusses zeigt sich stets, dass seine Ursache in der Ordnung des Geldwesens zu suchen ist. So stieg 1799 zum Beispiel der Diskont in Hamburg auf 15 Prozent, und auch zu diesem Satz waren nur die besten Wechsel und auch nur in beschränktem Umfang diskontierbar. (Tooke, I., Seite 241.) Die Ursache liegt ebenso in dem Mangel jedes elastischen Geldsystems, wie bei den enormen Zinssätzen und ihren riesigen Schwankungen in den Vereinigten Staaten heute; dagegen haben sie nichts zu tun mit irgend welchen Aenderungen in der Profitrate.

[2]) Der Grundsatz Adam Smiths, „dass dort, wo ein grosser Gewinn mit dem Gelde erzielt werden kann, auch gewöhnlich viel für seine Benützung gezahlt werden wird; und dass dort, wo wenig damit verdient werden kann, auch nur wenig dafür gegeben werden wird“ („Wealth of Nation“, Vol. I., Ch. IX), ist zwar sehr einleuchtend, aber nicht bewiesen und auch nicht richtig.

Dagegen ist ein anderes Moment wichtig. Da der Zinsfuss in entwickelten kapitalistischen Verhältnissen sich wenig ändert, die Profitrate dagegen sinkt, so wächst in gewissem Grade der Anteil des Zinses am Gesamtprofit gegenüber dem Unternehmergewinn, also der Anteil der müssigen Kapitalisten auf Kosten der funktionierenden, eine Tatsache, die zwar mit dem Dogma vom sinkenden Zinsfuss im Widerspruch steht, dafür aber mit den Tatsachen im Einklang und zugleich mit eine Ursache ist des wachsenden Einflusses und der Bedeutung des zinstragenden Kapitals, also der Banken, und ein wichtiger Hebel zur Verwandlung des Kapitals in Finanzkapital.

II. ABSCHNITT.

Die Mobilisierung des Kapitals. Das fiktive Kapital.

Achtes Kapitel.

Die Aktiengesellschaft.

1. Dividende und Gründergewinn.

Die bisherige Oekonomie hat den Unterschied zwischen Einzelunternehmen und Aktiengesellschaft vornehmlich bloss in der Verschiedenheit der Organisationsform und den daraus unmittelbar sich ergebenden Folgen gesucht. Sie hat auf die „gute“ und „schlechte“ Seite beider Unternehmungsformen hingewiesen und dabei teils subjektive Momente (grössere oder geringere unmittelbare Interessiertheit und Verantwortlichkeit der Leiter, leichtere oder schwierigere Kontrollierbarkeit des Unternehmens), teils objektive Momente (leichtere Kapitalbeschaffung, grössere oder geringere Akkumulationskraft) als Unterscheidungsmerkmale hervorgehoben. Doch hat sie es unterlassen, auf die grundlegenden ökonomischen Unterschiede der beiden Unternehmungsformen einzugehen, obwohl diese von entscheidender Wichtigkeit sind für das Verständnis der modernen kapitalistischen Entwicklung, die ohne den Sieg der Aktiengesellschaft und dessen Gründe gar nicht begriffen werden kann [1]).

Die industrielle Aktiengesellschaft, die wir zunächst betrachten, bedeutet vorerst eine Aenderung der Funktion des industriellen

[1]) Dieses Gefühl leitete wohl auch Erwin Steinitzer, als er seine Schrift über die Aktiengesellschaft „Oekonomische Theorie der Aktiengesellschaft“ (Leipzig, Duncker & Humblot, 1908) nannte. Jedoch sind die grundlegenden ökonomischen Besonderheiten der Aktiengesellschaften auch hier nicht erkannt. Die Schrift ist übrigens reich an treffenden und feinen Bemerkungen.

Kapitalisten. Denn sie bringt grundsätzlich mit sich, was beim Einzelunternehmen nur zufällig einmal eintreten kann: die Befreiung des industriellen Kapitalisten von der Funktion des industriellen Unternehmers. Diese Funktionsveränderung gibt dem Kapital, das in die Aktiengesellschaft investiert wird, für den Kapitalisten die Funktion des reinen Geldkapitals. Wie der Geldkapitalist als Gläubiger nichts mit der Verwendung seines Kapitals im Produktionsprozess zu tun hat, mag auch in Wirklichkeit diese Verwendung die notwendige Bedingung des Leihverhältnisses sein, sofern er nur sein Geldkapital abzutreten und es nach Ablauf einer bestimmten Zeit mit den Zinsen zurückzuerhalten hat, seine Funktion also sich in einer juristischen Transaktion erschöpft; ebenso fungiert auch der Aktionär als blosser Geldkapitalist. Er gibt Geld her, damit er dafür ein Erträgnis, um zunächst diese ganz allgemeine Bezeichnung zu gebrauchen, erhalte. Er kann dabei die Höhe der Summe beliebig bemessen und haftet für nicht mehr als diese Summe, so wie der Geldkapitalist ebenfalls nur eine bestimmte Summe in der von ihm gewählten Höhe aufs Spiel setzt. Jedoch ergibt sich hier bereits ein Unterschied. Der Zinssatz für das in Aktienform zur Verfügung gestellte Geldkapital ist nicht als solcher im voraus bestimmt, sondern er besteht nur als Anspruch auf den Ertrag (Profit) eines bestimmten Unternehmens. Ein zweiter Unterschied gegenüber dem Leihkapital besteht darin, dass der Rückfluss des Kapitals an den Geldkapitalisten nicht direkt — nicht als beim Eingehen des Verhältnisses selbst vereinbart und aus der Natur des Leihverhältnisses selbst hervorgehend — bestimmt ist.

Wir betrachten zunächst das erste Moment. Vor allem ist festzustellen, dass das Erträgnis für das in Aktienform zur Verfügung gestellte Geldkapital keineswegs ein völlig unbestimmtes ist. Ein kapitalistisches Unternehmen wird gegründet, um Profit abzuwerfen. Die Erzielung des Profits, und zwar unter normalen Verhältnissen die Erzielung des herrschenden Durchschnittsprofits ist Voraussetzung der Gründung. Jedenfalls ist hier der Aktionär in ähnlicher Lage wie der Geldkapitalist, der ebenfalls auf die produktive Verwertung seines Kapitals rechnen muss, soll sein Schuldner nicht zahlungsunfähig werden. Im allgemeinen wird die im Vergleich mit dem Geldkapitalisten vielleicht etwas grössere Unsicherheit des Aktionärs demselben eine gewisse Risikoprämie

einbringen. Nur darf man sich nicht vorstellen, dass diese Prämie als solche irgendwie fixiert und als bewusster und vor allem messbarer Anspruch des Aktionärs erscheint. Vielmehr entsteht sie dadurch, dass das Angebot an Geldkapitalien — und an das freie Geldkapital wenden sich die Gründer — für die Anlage in Aktien unter sonst gleichen Umständen geringer sein wird als für die fest verzinslichen, eventuell besonders sicheren Anlagen. Es ist überhaupt diese Verschiedenheit im Angebot, was die Verschiedenheit der Zinssätze, respektive die Verschiedenheit im Kurse der zinstragenden Papiere erklärt. Die grössere Sicherheit oder Unsicherheit wirkt als Motiv für das grössere oder geringere Angebot. Aber erst aus der Verschiedenheit dieses Verhältnisses von Angebot und Nachfrage resultiert eine Verschiedenheit des Zinsertrages. Das mutmassliche Ergebnis des Ertrages der Aktie ist also bestimmt durch den industriellen Profit und dieser unter sonst gleichen Umständen durch die Durchschnittsprofitrate.

Der Aktionär ist aber nicht industrieller Unternehmer (Kapitalist). Er ist vorerst nur Geldkapitalist. Aber es gehört zu den wesentlichen Unterscheidungsmerkmalen des Leihkapitalisten von dem industriellen Kapitalisten, dass er sein Kapital — Geldkapital — in ganz anderer Weise frei verfügbar hat. Der industrielle Kapitalist legt als solcher sein ganzes Kapital in einem bestimmten Unternehmen an. Voraussetzung dafür ist, dass sein Kapital hinreicht, in diesem Industriezweig selbständig fungieren zu können. Der Aktionär dagegen braucht nur über einen geringfügigen Kapitalbetrag zu disponieren. Der industrielle Unternehmer hat sein Kapital in seinem Unternehmen fixiert, er wirkt nur produktiv in diesem Unternehmen und ist mit ihm dauernd verwachsen. Er kann es nicht zurückziehen, ausser durch den Verkauf des Gesamtunternehmens, was nur heisst, dass die Person des Kapitalisten wechselt, ein industrieller durch einen anderen ersetzt wird. Er ist nicht Geldkapitalist, sondern industrieller (produktiver, fungierender) Kapitalist. Der Ertrag des Unternehmens — der industrielle Profit — fällt ihm zu. Wenn wir aber den Aktionär als blossen Geldkapitalisten betrachten, so würde für ihn die Erzielung des Zinses auf sein Kapital genügen, damit er sein Geldkapital zur Verfügung stellt.

Damit aber der Aktionär Geldkapitalist werde, ist es notwendig, dass er sein Kapital jederzeit als Geldkapital zurückerhalten kann. Sein Kapital erscheint aber wie das des Einzelkapitalisten in dem

Unternehmen fixiert. Und dies ist in der Tat so. Das Geld ist weggegeben und dient zum Ankauf der Maschinen, des Rohmaterials, zur Bezahlung der Arbeiter u. s. w., kurz es hat sich aus Geldkapital in produktives Kapital, $G <^{Pm}_{A}$ verwandelt, um den Kreislauf als industrielles Kapital zu beschreiben. Der Aktionär kann *dieses* einmal weggegebene Kapital nicht mehr zurückerhalten. Er hat darauf keinen Anspruch, er hat nur Anspruch auf einen aliquoten Teil des Erträgnisses. In der kapitalistischen Gesellschaft gewinnt aber jede Geldsumme die Fähigkeit, Zins abzuwerfen; umgekehrt wird jedes regelmässig wiederkehrende Einkommen, das übertragbar ist (und dies ist der Fall, sofern es nicht an eine rein persönliche und daher vergängliche, unbestimmbare Bedingung geknüpft ist, wie der Arbeitslohn etc.), als Zins eines Kapitals betrachtet und erhält einen Preis, der gleich ist dem zum herrschenden Zinsfuss kapitalisierten Betrag[1]). Dies erklärt sich ohneweiters daraus, dass immer grosse Geldsummen zur Verwertung frei liegen und diese Verwertung in dem Anspruch auf dieses Erträgnis finden. Der Aktionär ist daher in der Lage, sein Kapital jederzeit zurückerhalten zu können durch den Verkauf seiner Aktien, seines Anspruchs auf den Profit, und ist damit in derselben Lage wie der Geldkapitalist. Diese Verkaufsmöglichkeit wird geschaffen durch einen eigenen Markt, die *Effektenbörse*. Erst die Herstellung dieses Marktes gibt dem Aktienkapital, das nunmehr stets für den einzelnen „realisierbar" ist, ganz den Charakter des Geldkapitals. Umgekehrt behält der Geldkapitalist diesen seinen Charakter auch dann, wenn er sein Kapital in Aktienform anlegt. Das freie Geldkapital konkurriert also als solches, das heisst als zinstragendes Kapital, um die Anlage in Aktien, wie es in seiner eigentlichen Funktion als Leihkapital um die Anlage in festverzinslichen Darlehen konkurriert. Die Konkurrenz um diese verschiedenen Anlagemöglichkeiten nähert den Preis der Aktie dem Preis der fest verzinslichen Anlagen an und reduziert für den Aktionär das Erträgnis vom industriellen Profit auf den Zins.

Diese Reduktion auf den Zins ist also ein historischer Prozess, der mit der Entwicklung des Aktienwesens und der Effektenbörse

---

[1]) „Der Wert des Geldes oder der Waren als Kapital ist nicht bestimmt durch ihren Wert als Geld oder Waren, sondern durch das Quantum Mehrwert, das sie für ihren Besitzer produzieren." Marx, „Kapital", III., Seite 340.

vor sich geht. Solange die Aktiengesellschaft nicht herrschende Form und die Negotiabilität der Aktie nicht entwickelt ist, wird auch in der Dividende nicht nur Zins, sondern auch Unternehmergewinn enthalten sein.

Soweit also die Aktienunternehmung reicht, wird jetzt die Industrie betrieben mit einem Geldkapital, dessen Verwandlung in industrielles Kapital für diese Kapitalisten nicht den Durchschnittsprofit, sondern nur den Durchschnittszins abzuwerfen braucht.

Hier scheint sich aber ein offenkundiger Widerspruch zu ergeben. Das als Aktienkapital zur Verfügung gestellte Geldkapital wird ja in industrielles Kapital verwandelt. Dass es für seinen Besitzer — also subjektiv — ganz nach Art des Leihkapitals fungiert, kann auf den Ertrag des industriellen Unternehmens sicher nicht von Einfluss sein. Dieses wird nach wie vor unter normalen Umständen den Durchschnittsprofit abwerfen. Dass die Aktiengesellschaft ihre Ware unter dem Durchschnittsprofit verkauft, freiwillig auf einen Teil des Profits verzichtet, um ein Erträgnis zu verteilen, das nur den Zins den Aktionären abwirft, ist eine unmögliche Annahme. Denn jedes kapitalistische Unternehmen sucht den höchstmöglichen Profit zu erzielen, und gerade dieses Bestreben bewirkt den Verkauf zu Produktionspreisen, das heisst zu Preisen gleich dem Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit. Es scheint daher, als wären die angeführten Momente, die subjektiv dem in Aktienform angelegten Geldkapital den Charakter des Leih-, also des zinstragenden Kapitals geben, nicht ausreichend, um die Reduktion des Erträgnisses der Aktie auf Zins zu erklären. Würde ja dadurch unerklärt bleiben, wohin der andere Teil des Profits, nämlich der Durchschnittsprofit minus Zins, der gleich ist dem eigentlichen Unternehmergewinn, entschwunden wäre. Sehen wir näher zu.

Durch die Verwandlung des Privatunternehmens in eine Aktiengesellschaft scheint eine Verdoppelung des Kapitals eingetreten zu sein. Aber das ursprüngliche, von den Aktionären vorgestreckte Kapital ist definitiv in industrielles verwandelt, existiert als solches allein in Wirklichkeit fort. Das Geld fungierte als Kaufmittel für Produktionsmittel, ist für diese ausgegeben und damit definitiv aus dem Kreislaufprozess dieses Kapitals geschwunden. Erst die Verwandlung der Produktionsmittel in Waren durch die Produktion und der Verkauf dieser Waren lässt Geld — ganz anderes Geld — aus der Zirkulation zurückströmen. Das Geld also, das bei den

späteren Umsätzen von Aktien gezahlt wird, ist durchaus nicht das Geld, das von den Aktionären ursprünglich hergegeben worden war und verbraucht ist; es ist kein Bestandteil des Kapitals der Aktiengesellschaft, des Kapitals des Unternehmens. Es ist zusätzliches Geld, erforderlich für die Zirkulation der kapitalisierten Ertragscheine. Ebenso ist der Preis der Aktie keineswegs bestimmt als Teil des Unternehmungskapitals; er ist vielmehr der kapitalisierte Ertragsanteil. Als solcher bestimmt nicht als aliquoter Teil des in der Unternehmung fixierten Gesamtkapitals und also eine relativ fixe Grösse, sondern nur der zum herrschenden Zinsfuss kapitalisierte Ertrag. Daher ist der Preis der Aktie abhängig nicht vom Wert (respektive Preis) des wirklich fungierenden industriellen Kapitals, denn die Aktie ist nicht Anweisung auf einen Teil des im Unternehmen tatsächlich fungierenden Kapitals, sondern Anweisung auf einen Teil des Ertrags und daher abhängig erstens von der Grösse des Profits (also einer viel variableren Grösse, als es der Preis der Produktionselemente des industriellen Kapitals selbst wäre) und zweitens von dem herrschenden Zinsfuss[2]).

Die Aktie ist also Revenuetitel, Schuldtitel auf künftige Produktion, Ertragsanweisung. Indem dieser Ertrag kapitalisiert wird und dies den Preis der Aktie konstituiert, scheint in diesen Aktienpreisen ein zweites Kapital vorhanden zu sein. Dieses ist rein fiktiv. Was wirklich existiert, ist nur das industrielle Kapital und sein Profit. Das hindert aber nicht, dass dieses fiktive »Kapital« rechnungsmässig vorhanden ist und als »Aktienkapital« angeführt wird. In Wirklichkeit ist es kein Kapital, sondern nur der Preis einer Revenue — ein Preis, der eben dadurch möglich ist, dass innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft jede Geldsumme Revenue abwirft und daher umgekehrt jede Revenue als Frucht einer Geldsumme erscheint. Ist bei der industriellen Aktie diese Täuschung noch dadurch erleichtert, dass ein wirklich fungierendes industrielles Kapital besteht, so wird der fiktive, rein rechnungsmässige Charakter dieses papierenen Kapitals bei anderen Ertragsanweisungen völlig unzweifelhaft. Staatsschuldscheine brauchen in keiner Weise irgend ein vorhandenes Kapital zu repräsentieren. Das von den

[2]) Der Zusammenhang des Aktienkurses mit dem Wert des produktiven Kapitals äussert sich nur mehr darin, dass der Kurs nicht tiefer sinken kann, als der Wertteil beträgt, der beim Bankerott des Unternehmens aus der Masse nach Befriedigung aller anderen Forderungen als aliquoter Teil auf die Aktie entfiele.

Staatsgläubigern seinerzeit geliehene Geld mag längst in Pulverdampf aufgegangen sein. Sie sind nichts als der Preis für einen Anteil an den jährlichen Steuern, die das Erträgnis ganz anderen Kapitals sind als desjenigen, das seinerzeit irgendwie unproduktiv verausgabt worden war.

Der Umsatz von Aktien ist kein Kapitalsumsatz, sondern Kauf und Verkauf von Rententiteln; die Schwankungen ihrer Preise lassen das wirklich fungierende industrielle Kapital, dessen Erträgnis und nicht dessen Wert sie repräsentieren, direkt ganz unberührt. Ihr Preis hängt ausser vom Erträgnis von der Höhe des Zinsfusses ab, zu dem sie kapitalisiert werden. Dieser ist aber in seinen Bewegungen ganz unabhängig von den Schicksalen des individuellen industriellen Kapitals. Schon daraus geht hervor, dass es nicht angeht, den Aktienpreis als aliquoten Teil des industriellen Kapitals anzusehen.

Die Summe des »Aktienkapitals«, also die Preissumme der kapitalisierten Ertragstitel braucht daher mit dem ursprünglich in Industriekapital verwandelten Geldkapital nicht übereinzustimmen. Es fragt sich nun, wie diese Differenz entsteht und wie gross sie ist. Nehmen wir ein industrielles Unternehmen mit einer Million Mark Kapital. Der Durchschnittsprofit sei 15 Prozent, der herrschende Zinsfuss 5 Prozent. Das Unternehmen wirft einen Profit von 150.000 Mk. ab. Die Summe von 150.000 Mk. wird aber als jährliche Revenue zu 5 Prozent kapitalisiert einen Preis von 3,000.000 M. haben. Zu 5 Prozent würde allerdings das Geldkapital vielleicht nur fest verzinsliche sichere Papiere übernehmen wollen. Aber setzen wir eine hohe Risikoprämie ein, sage von 2 Prozent, berücksichtigen wir weiter die Verwaltungskosten, Tantiemen etc., die aus dem Profit des Unternehmens bestritten werden müssen und dem Privatbetrieb im Gegensatz zur Aktiengesellschaft erspart blieben, und setzen wir dafür eine Verringerung des verfügbaren Profits um 20.000 M., so werden 130.000 M. verteilt werden können, die den Aktionären eine Verzinsung von 7 Prozent bieten sollen. Es ist dann der Preis der Aktien gleich 1,857.143, sage rund 1,900.000 M. Um den Profit von 150.000 M. zu erzeugen, ist aber nur ein Kapital von 1,000.000 M. nötig, 900.000 M. sind frei; diese 900.000 M. entspringen aus der Verwandlung des profittragenden Kapitals in zinstragendes (Dividende tragendes) Kapital. Sie sind, wenn wir von den höheren aus der Form der Aktien-

gesellschaft entspringenden Verwaltungskosten, die den Profit vermindern, absehen, gleich der Differenz zwischen dem zu 15 Prozent und dem zu 7 Prozent kapitalisierten Betrag, also zwischen dem Kapital, das die Durchschnittsprofitrate, und dem, das den Durchschnittszins abwirft. Es ist diese Differenz, die als »Gründergewinn« erscheint, eine Quelle des Gewinns, die nur aus der Verwandlung des profittragenden in die Form des zinstragenden Kapitals entspringt.

Die herrschende Anschauung, die die Kostspieligkeit der Verwaltung der Aktiengesellschaft gegenüber dem Privatunternehmen so eifervoll hervorhebt, hat das merkwürdige Problem, woher ein Gewinn bei der Umwandlung aus einer billiger in eine teurer produzierende Unternehmungsform entsteht, weder gesehen noch erklärt, sondern sich mit blossen Phrasen über Kosten und Risiko begnügt. Der Gründungsgewinn ist aber weder ein Schwindel noch eine Vergütung oder Lohn, sondern eine ökonomische Kategorie sui generis.

Die Oekonomen, soweit sie Zins und Unternehmergewinn überhaupt scheiden, fassen die Dividende einfach als Zins plus Unternehmergewinn, also als dasselbe wie den Profit des Individualunternehmens. Dass dabei das Spezifische der Aktiengesellschaft nicht erkannt wird, ist klar. So sagt zum Beispiel Rodbertus: »Ich will zur Verständigung über die Terminologie hier nur noch bemerken, dass in der Dividende einer Aktie nicht bloss Zins, sondern auch Unternehmungsgewinn steckt, in dem Zinsfuss eines Darlehensscheines aber nicht.«[1] Eine Erklärung des Gründergewinnes ist daher unmöglich. »Es ist . . . Unternehmungsgewinn, der in der Betriebsform[2] der Aktienunternehmung, dem Kapitalbesitzer (der, wenn er sein Kapital an einen Einzelunternehmer ausgeliehen hätte, nur den laufenden Zins bekommen hätte) auch noch zufliesst, und zwar in derselben Bequemlichkeit, wie der Zins es getan hätte, weshalb auch die Aktienunternehmung für unsere Kapitalisten so reell einladend und vorauszusetzen ist, dass sich die Aktienform immer mehr des Industriegebietes bemächtigen wird. Der sogenannte Gründungsschwindel ist bloss Schaum,

[1]) „Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow." Herausgegeben von Dr. Rudolf Meyer. Berlin 1880. I., Seite 259.

[2]) Das ist übrigens falsch: Aktiengesellschaft ist keine Betriebs- sondern eine Unternehmungsform.

respektive Abschaum von dem reellen Geschäft.«[1]) Ueber die moralische Verurteilung ist jede Erklärung des Gründergewinnes, der kein Schwindel ist, sondern erst den Schwindel möglich macht, unterlassen. Rodbertus fasst die Sache einseitig und deshalb falsch auf, wenn er sagt: »Das frühere Leihkapital hört also in der Aktienform auf, Leihkapital zu sein, und wird in den Händen seiner Besitzer selbstwertend, und zwar in einer Form, die ihnen bei dem göttergleichen Leben der Leihkapitalisten noch nahezu die ganze Kapitalrente (worunter Rodbertus den Unternehmergewinn plus Zins versteht) zuwendet.«[2]) Rodbertus sieht nur den Inhalt des Prozesses, die Verwandlung von Geldkapital in industrielles; er übersieht aber, dass hier die Form der Verwandlung wesentlich ist, indem das Geldkapital zugleich fiktives Kapital wird und damit für seine Besitzer die Form von Geldkapital beibehält[3]).

Betrachten wir nun die eigentümliche Zirkulationsform des fiktiven Kapitals, so finden wir folgendes: Die Aktien (A) werden emittiert, also gegen Geld (G) verkauft. Dieses Geld zerfällt in zwei Teile; ein Teil (g_1) bildet den Gründergewinn, gehört den Gründern, zum Beispiel der Emissionsbank, und fällt aus der Zirkulation dieses Kreislaufes heraus. Der andere Teil G_1 verwandelt sich in produktives Kapital und beschreibt den uns bereits bekannten Kreislauf des industriellen Kapitals. Die Aktien sind verkauft; sollen sie selbst wieder zirkulieren, so ist dazu zusätzliches Geld (G_2) als Zirkulations-

---

[1]) „Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow.“ Herausgegeben von Dr. Rudolf Meyer. Berlin 1880. I. Seite 262.

[2]) Ebenda, I., Seite 285.

[3]) Aber die revolutionierende Bedeutung der Aktiengesellschaft hat der konservative Sozialist richtig gefühlt: „Diese Betriebsform (scil. die Aktienunternehmung), die aus tausend kleinen Kapitalsquellen die Zuflüsse zu einem Strom zu verbinden weiss, hat eine Mission zu erfüllen. Sie hat Gottes Schöpfung zu supplieren, Landengen und Länder durchzustechen, wo der Allmächtige es vergessen oder noch nicht an der Zeit gehalten hat, vom Meer getrennte Länder unter dem Meeresgrunde oder über der Meeresfläche zu verbinden, Alpen zu durchbohren u. s. w. Der Pyramidenbau und die phönizischen Quadern reichen nicht an das, was das Aktienkapital noch zu schaffen hat.« So weit schwärmt Rodbertus nicht weniger romantisch als Zolas Saccard im „L'Argent“. Dann aber fährt er fort: „Aber ich, für meine Person, habe noch einen ganz besonderen ‚Schwarm‘ für sie. Und warum? Sie säubern mir meine Strasse. Und wie sie sie säubern! Der gewöhnliche Freihandel ohne Aktienform ist nur ein miserabler

mittel nötig. Diese Zirkulation $A - G_2 - A$ findet ihre Stätte auf einem eigenen Markt, der Börse.

Es ergibt sich also folgende Zirkulationsfigur:

$$
\begin{array}{l}
A < \begin{array}{l} G_1 - W < \begin{array}{l} Pm \\ A \end{array} \ldots P \ldots W' - G'_1 \\ g_1 \end{array} \\
| \\
G_2 \\
| \\
A
\end{array}
$$

Einmal geschaffen, hat die Aktie mit dem wirklichen Kreislauf des industriellen Kapitals, das sie repräsentiert, nichts mehr zu tun. Die Vorgänge und Unfälle, die sie bei ihrer Zirkulation erwarten, lassen direkt den Kreislauf des produktiven Kapitals unberührt.

Der Handel mit Aktien, allgemeiner mit den fiktiven Kapitalscheinen überhaupt, erfordert neues Geld — Bargeld und Kreditgeld — zum Beispiel Wechsel. Während aber der Wechsel früher gedeckt war durch den Wert der Ware, ist er jetzt gedeckt durch den „Kapitalwert“ der Aktie, der wieder abhängt von dem Erträgnis. Dieses wieder hängt ab von der Realisierung der Produkte, die die Aktiengesellschaft herstellt, also von dem Verkauf der Waren zu ihren Werten, respektive Produktionspreisen. So ist dieses Kreditgeld erst *indirekt* gedeckt durch Warenwert. Ferner: während der Zahlungsverkehr im Handel in seinem Umfang durch den Wert

---

Handbesen; der Freihandel mit Aktienform ist ein Dampfmaschinenbesen, der in 10 Jahren so viel reinfegt wie jener Samstagsbesen in 100. Die Hand von den Aktienunternehmungen! Die Lösung der sozialen Frage bedarf dieser Strassenkehrer, denn auch ohne Innungsform bedarf sie einer Reinheit, als hätten die Tauben sie zusammengelesen.“ (Ebenda I. Bd., Seite 291.)

Ebenso ist die Bemerkung sehr fein: „Wie unter der Aktienform der Individualunternehmer wird auch der reine Leihkapitalist immer mehr verschwinden.“ (Ebenda I. Bd., Seite 286.)

Unerlaubt naiv ist die Darstellung *Van Borghts* im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Kapitel Aktiengesellschaften. „Aufgabe und Zweck gesellschaftlicher Unternehmungen kann sowohl die Ergänzung und Verstärkung der persönlichen Arbeitskraft, des Wissens und der Erfahrung des Unternehmers als auch die Verstärkung der Kapitalskraft sein.“ Das ist ebenso schön, als wenn einer in einem wissenschaftlichen Kochbuch dozierte: Aufgabe und Zweck des Zwetschkenknödels kann sowohl die Anregung und das Vergnügen des Gaumens sein als auch, der Köchin den Lohn zu verschaffen.

der Waren bestimmt ist, so dieser durch den kapitalisierten Betrag des Reinerträgnisses. Anderseits wird hier das wirklich nötige Geld sehr beschränkt durch die Fungibilität dieser Papiere.

Betrachten wir nun die Formel für den Gründungsgewinn (Gg), so ergibt sich die folgende, wenn wir den Durchschnittsprofit = p, die Dividende = d und den Ertrag des Unternehmens gleich E setzen und uns erinnern, dass das Kapital gleich ist den 100fachen Zinsen dividiert durch den Zinsfuss:

$$Gg = \frac{100\,E}{d} - \frac{100\,E}{p}$$

Sieht man den Ertrag der Aktiengesellschaft als vermindert an infolge der Kostspieligkeit der Verwaltung, so ist für das erste E (E — n) zu setzen. Man sieht, die Trennung der Unternehmerfunktion, die die bisherige Oekonomie rein deskriptiv konstatiert, ist zugleich eine Verwandlung des industriellen Kapitalisten zum Aktionär, zu einer besonderen Sorte von Geldkapitalisten, wobei die Tendenz besteht, den Aktionär immer mehr zum reinen Geldkapitalisten zu machen. Diese Tendenz wird vollendet durch die stete Verkäuflichkeit der Aktie auf der Börse.

Unsere Auffassung der Okonomie der Aktiengesellschaft geht über die von Marx entwickelte hinaus. Marx fasst in seiner genialen Skizzierung — die Ausführung blieb ihm leider versagt — der Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion[1]) die Bildung von Aktiengesellschaften als Folge des Kreditwesens und bezeichnet als ihre Wirkung:

„1. Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche.

2. Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.

3. Verwandlung der wirklich fungierenden Kapitalisten in einen blossen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals, und der Kapitalseigentümer in blosse Eigentümer, blosse Geldkapitalisten. Selbst wenn die Dividenden, die sie be-

---

[1]) Marx, „Kapital", III, 1., 27. Kapitel, Seite 422 ff.

ziehen, den Zins und Unternehmergewinn, das heisst den Totalprofit einschliessen (denn der Gehalt der Dirigenten ist, oder soll sein blosser Arbeitslohn einer gewissen Art geschickter Arbeit, deren Preis im Arbeitsmarkt reguliert wird, wie der jeder anderen Arbeit), so wird dieser Totalprofit nur noch bezogen in der Form des Zinses, das heisst als blosse Vergütung des Kapitaleigentums, das nun ganz so von der Funktion im wirklichen Reproduktionsprozess getrennt wird, wie diese Funktion in der Person des Dirigenten vom Kapitaleigentum. Der Profit stellt sich so dar (nicht mehr nur der eine Teil desselben, der Zins, der seine Rechtfertigung aus dem Profit des Borgens zieht) als blosse Aneignung fremder Mehrarbeit, entspringend aus der Verwandlung der Produktionsmittel in Kapital, das heisst aus ihrer Entfremdung gegenüber den wirklichen Produzenten, aus ihrem Gegensatz als fremdes Eigentum gegenüber allen wirklich in der Produktion tätigen Individuen, vom Dirigenten bis herab zum letzten Taglöhner. In den Aktiengesellschaften ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit. Es ist dies Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum des Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum vereinzelter Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziiertes, als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist anderseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozess, in blosse Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen.

Bevor wir weiter gehen, ist noch dies ökonomisch Wichtige zu bemerken: Da der Profit hier rein die Form des Zinses annimmt, sind solche Unternehmungen noch möglich, wenn sie blossen Zins abwerfen, und es ist dies einer der Gründe, die das Fallen der allgemeinen Profitrate aufhalten, indem diese Unternehmungen, wo das konstante Kapital in so ungeheurem Verhältnis zum variablen steht, nicht notwendig in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehen."

Was Marx hier betrachtet, sind vor allem die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Aktiengesellschaften. Die Dividende fasst er noch nicht als besondere ökonomische Kategorie und lässt deshalb auch den Gründergewinn unanalysiert. Was die letzte Bemerkung über den Einfluss auf die Bildung der Durchschnittsprofitrate und den Fall der Profitrate anlangt, ist es klar, dass mit der Verbreitung der Aktiengesellschaft der Profit der Aktiengesellschaft genau so in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehen muss, wie der von Privatunternehmungen. Wir haben übrigens schon oben gesehen, dass auch das Produkt der Aktiengesellschaft unter normalen Umständen genau den gleichen Preisgesetzen unterliegt wie das von Privatunternehmungen. Marx schwebten die Eisenbahnaktiengesellschaften seiner Zeit vor und in dieser Beziehung mag seine Bemerkung vielleicht teilweise zutreffen; nur

teilweise deswegen, weil auch dort der Gründergewinn bereits einen Teil des Profits vorweggenommen hat, der in den Eisenbahnpreisen zum Ausdruck gelangen musste.

2. Finanzierung der Aktiengesellschaften. Aktiengesellschaften und Banken.

Bei Gründung einer Aktiengesellschaft wird also das Aktienkapital so bemessen, dass der Profit des Unternehmens hinreicht, auf dieses Kapital eine Dividende zu verteilen, die für den einzelnen Aktienbesitzer den Zins auf sein ausgelegtes Kapital abwirft[2]). Tritt eine Hochkonjunktur ein oder erlauben sonst günstige Umstände später eine höhere Dividende zu verteilen, so wird der

---

[2]) Ein Beispiel für die im Text gegebene schematische Darstellung: Das „Berliner Tageblatt" berichtet in der Abendausgabe vom 16. Mai 1908: „In diesen Tagen wurden die Aktien der Köpenicker Nitritfabrik mit mehr als 80 Prozent Agio an der Börse eingeführt. Vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1906 bestand dieses Unternehmen als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem bescheidenen Kapital von 300.000 M. Nach einigen verlustreichen Jahren erzielte die Gesellschaft mit beschränkter Haftung einmal einen Bruttogewinn von 100.000 M., ein zweitesmal einen solchen von 300.000 M. und zahlte 15.000, respektive 75.000 M. an Dividenden. Damit schien sie den Gründern prädestiniert für eine Aktiengesellschaft mit 1 Million Mark Grundkapital, in die die 300.000 M. Anteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu einem Preise von 900.000 M. wanderten. Um die Aktiva und Passiva der neuen Aktiengesellschaft balancieren zu lassen, mussten die Grundstücke, die bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit 60.000 M. zu Buch standen, von der Aktiengesellschaft mit 210.000 M. übernommen werden, der Gebäudewert wurde von 45.000 M. auf 140.000 M. und der Maschinen-, Apparate- und Utensilienwert von 246.000 M. auf 400.000 M. erhöht. Die neue Aktiengesellschaft hat jetzt zwei Geschäftsjahre hinter sich, für die sie 15, respektive 16 Prozent Dividende verteilte, obwohl das Grundstückskonto — ohne Berücksichtigung der Neuerwerbungen — noch immer eine Belastung von 200.000 M. und das Gebäudekonto eine Belastung von 150.000 M. zeigt. Nur beim Maschinen- und Utensilienkonto, dessen Werterhöhung am bedenklichsten erschien, ist eine Herabschreibung bis auf 250.000 M. vorgenommen worden. Die Fabrikation der Gesellschaft basiert auf zwei Patenten, von denen das eine bereits in einem Jahre abläuft, das andere von seinem Erfinder für 50.000 M. an die Aktiengesellschaft verkauft wurde. Und diese Grundlagen genügten den Emissionshäusern, um einen Preis von 180 Prozent zu stipulieren, das heisst sie liessen sich für die ehemaligen 300.000 M. Anteile, die zuzüglich einer Barzahlung von 100.000 M. das Fundament der Aktiengesellschaft bilden, 1,800.000 M. zahlen!" Der Gründergewinn ist hier noch vermehrt, weil das Unternehmen durch die Ausbeutung der Patente Extraprofit macht, der natürlich gleichfalls kapitalisiert wird.

Kurs der Aktien steigen. Gesetzt die Aktien eines Unternehmens stehen auf 100 bei einer Dividende von 6 Prozent, so werden sie auf 150 steigen, wenn die Dividende 9 Prozent beträgt. In der Verschiedenheit der Dividenden spiegeln sich also die verschiedenen Geschicke, die die individuellen Unternehmungen in ihrem weiteren Verlauf erfahren. Anderseits werden diese Verschiedenheiten ausgelöscht für die Neuerwerber von Aktien in der Erhöhung oder Erniedrigung des Kursstandes[1]).

Im Verlauf des Lebens einer Aktiengesellschaft kann die Differenz zwischen dem wirklich fungierenden Kapital und dem (fiktiven) Aktienkapital weiter wachsen. Wirft das Unternehmen viel höheren als den Durchschnittszins ab und ergibt sich die Notwendigkeit oder auch nur die Gelegenheit zu einer Kapitalserhöhung, so wird dieser höhere Ertrag bei der neuen Kapitalisierung zugrunde gelegt und das nominelle Aktienkapital weit über das fungierende Kapital hinaus vermehrt. Umgekehrt ist es auch möglich, das fungierende Kapital zu vermehren, ohne das nominelle Aktienkapital zu erhöhen. Das wird zum Beispiel der Fall sein, wenn der Reingewinn, statt als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet zu werden, ganz oder teilweise für den Betrieb des Unternehmens verwendet wird. Da eine solche Verwendung Steigerung des künf-

[1]) Dass das in Aktien ausgelegte Kapital seinem Besitzer bei der ersten oder bei Neuanlage eine Dividende bringt, die nur wenig über den durchschnittlichen Zinssatz sich erhebt, beweist folgende Tabelle, die wir dem „Berliner Tageblatt" vom 1. Juni 1907 entnehmen. Der Diskont der Reichsbank betrug damals $5^1/_2$ Prozent.

	Kurs vom 30. Mai Prozent	Dividende Prozent	Rentabilität Prozent
Berliner Handelsgesellschaft	150·75	9	5·97
Darmstädter Bank	129·30	8	6·18
Deutsche Bank	223·60	12	5·36
Diskontogesellschaft	169·—	9	5·32
Dresdner Bank	141·—	$8^1/_2$	6·02
Nationalbank	121·50	$7^1/_2$	6·17
Bochumer Gussstahl	224·25	15	6·68
Laurahütte	225·30	12	5·32
Harpener Bergbau	207·60	11	5·29
Gelsenkirchener Bergwerk	195·50	11	5·62
Phönix Bergbau	205·30	15	7·30
Rombacher Hüttenwerke	204·50	14	6·84
Donnersmarckhütte	264·50	14	5·29
Eisenwerk Kraft	166·—	11	6·62
Eisenhütte Thale, Vorzugsaktien	123·—	9	7·31
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft	198·50	11	5·54
Lahmeyer Elektrizität	122·—	8	6·55
Hofmann Waggonfabrik	335·—	22	6·56
Gaggenauer Eisenwerk	105·—	8	7·61
Schering Chemische Fabriken	263·—	17	6·46
Chemische Fabrik Oranienburg	184·50	10	5·42
Schultheiss' Brauerei	288·50	18	6·23
Vereinsbrauerei, Aktien	210·50	12	5·70

tigen Ertrages verspricht, wird gleichzeitig eine Erhöhung im Kurswert des Aktienkapitals eintreten.

Abgesehen davon werden Aenderungen im Kurswert unabhängig von Aenderungen im Ertrag und in der Vermehrung oder Verminderung des wirklich fungierenden Kapitals sich ergeben durch Aenderungen in der allgemeinen Zinsrate. Ein länger dauernder niedriger Zinsfuss lässt den Kurswert des Aktienkapitals caet. par. anschwellen, ein hoher ihn kontrahieren.

Aus der Bildung der Dividende geht bereits hervor, dass es keine Durchschnittsdividende weder nach Art der Zinsrate noch nach Art der Profitrate gibt. Die Dividende ist ursprünglich gleich dem Zins plus einer Risikoprämie, kann im Lauf der Entwicklung aber sowohl geringer als höher werden und dauernd so bleiben, da ja hier die Ausgleichung durch die Konkurrenz nicht wie bei der Zins- und Profitrate bei dem Erträgnis, sondern nur beim Aktienkurs einsetzt.

Der Kurswert des Aktienkapitals ist also stets grösser als der Wert des unter normalen Bedingungen fungierenden, das heisst den Durchschnittsprofit bringenden Kapitals. Anderseits den Ertrag des Unternehmens und den Zinsfuss gegeben, hängt der Kurswert des Aktienkapitals ab von der Menge der ausgegebenen Aktien. Das gesamte Aktienkapital eines Unternehmens, in dem das produktive Kapital 1 Million Mark beträgt und das 200.000 M. Profit bringt, wird einen Kurswert von 4 Millionen Mark haben, wenn der Zinsfuss 5 Prozent beträgt. Der Kurs einer Aktie von 1000 M. Nominalwert wird aber 4000 M. betragen, wenn 1 Million Mark Aktien, 2000, wenn 2 Millionen, 1000, wenn 4 Millionen, 500, wenn 8 Millionen Mark Aktien ausgegeben werden.

Ist das nominelle Aktienkapital so gross, dass sein Kurs bei der Emission unter den Nominalwert, unter pari, fällt, so spricht man von Verwässerung des Aktienkapitals. Es ist klar, dass diese Verwässerung zunächst etwas rein Rechnungsmässiges ist. Gegeben ist das Erträgnis und dieses bestimmt den Kurs des Gesamtaktienkapitals; aus je mehr einzelnen Stücken sich dieses zusammensetzt, ein desto kleinerer aliquoter Teil entfällt natürlich auf das einzelne Stück. Die Verwässerung hat nichts zu schaffen mit dem Gründergewinn, der vielmehr bei jeder Aktiengesellschaftsgründung aus der Verwandlung von produktivem, profittragendem Kapital in fiktives zinstragendes Kapital entsteht. In der Tat ist

die Verwässerung nichts Wesentliches und kann daher in der Regel durch Gesetz gehindert werden, im Gegensatz zum Gründergewinn. Die Bestimmung des deutschen Aktiengesetzes, dass das Agio der Aktie den Reserven zufallen muss, hat nur bewirkt, dass die Aktie pari oder mit geringem Agio an ein Bankkonsortium begeben wird und von diesem mit Gewinn (Gründergewinn) an das Publikum verkauft wird.

Die Verwässerung ist aber unter Umständen ein geeignetes finanztechnisches Mittel, um den Anteil der Gründer über den Gründergewinn hinaus zu steigern. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel werden bei den grossen Gründungen gewöhnlich zweierlei Arten Aktien ausgegeben, die preferred shares (Vorzugsaktien) und die common shares (gewöhnliche Aktien). Die preferred shares sind in ihrer Verzinsung limitiert, sie tragen meist 5 bis 7 Prozent. Sie sind zugleich häufig kumulativ, das heisst, wenn in einem halben Jahre nicht die ganze Dividende, auf die sie Anspruch haben, gezahlt wird, so haben sie das Recht auf Nachzahlung aus den Erträgnissen der folgenden Jahre. Erst nach Befriedigung der preferred shares können Dividenden auf die commons verteilt werden. Der Betrag der preferred shares wird bei der Gründung gewöhnlich so bemessen, dass er grösser ist als das wirklich zur Funktion benötigte Kapital. In den preferred shares steckt schon der grösste Teil des Gründergewinnes. Dazu kommen dann die common shares meist in annähernd gleichem Betrag. Ihr Kurswert ist gewöhnlich ursprünglich sehr gering; preferred und commons zusammen stehen meist etwas über pari. Aber diese commons bleiben einmal zum grossen Teil in den Händen der Gründer und erleichtern ihnen die Sicherung der Majorität[1]). Zweitens: die pre-

[1]) Dasselbe auch bei englischen Gründungen. Bei Schilderung einer Interessengemeinschaft zwischen einem gemischten Roheisenwerk und einem Stahlwerk sagt Macrosty: „It is to be observed, that while the aid of the public was called in to assist in the extension of the business (scil. durch Ausgabe von Obligationen, Vorzugsaktien), control lay solely with the vendors (die Firma Bill bros. and Durman Long & Co.) so long as debenture interest and preference dividend were maintained. This is quite a common feature of British flotations, and it demands from the cautious investor a careful scrutiny of the purchase conditions,“ Henry W. Macrosty, „The Trust Movement in British Industry.“ London 1907. S. 27. „In many cases the ordinary stock is held largely or solely by the original vendors in order that they may retain control, in which case the amount of the ordinary dividend is of less consequence to the public.“ Ebenda S. 54.

Eine ähnliche Funktion wie die common shares — die Monopolisierung der günstigen Ergebnisse der Entwicklung der Aktiengesellschaft für die Gründer —

ferred werden bei den solideren Gründungen so ziemlich verzinst; der Anteil der commons dagegen ist völlig unbestimmt, in ihnen vor allem kommt die Gestaltung der Konjunktur zum Ausdruck; ihr Ertrag schwankt ausserordentlich; sie sind daher beliebtes Spekulationspapier; die Kursschwankungen können aber von den eingeweihten Grossaktionären, denen sie nichts gekostet haben, zu gewinnreicher Spekulation ausgenützt werden. Drittens aber sichert diese Finanzierungsmethode den durch die Gründung zu erwartenden Extraprofit und den Ertrag aller künftigen Errungenschaften und günstigen Konjunkturen den Gründern, den Besitzern der common shares, während der Gewinn des Publikums, das die preferred besitzt, auf eine feste, den Zins nicht allzuhoch überschreitende Grenze gesetzt ist. Schliesslich wird dadurch bis zu einem

---

hatten die sogenannten Gründerrechte des früheren deutschen (und österreichischen) Aktienrechts. Die Gründer bedangen sich gewisse Vorrechte, zum Beispiel bei Neuemissionen von Aktien aus, die ihnen etwa stets zum Parikurse angeboten werden mussten. Diese Festlegung geriet aber mit der Funktion der Mobilisierung des Kapitals in Widerspruch und wurde daher beseitigt. Das „Berliner Tageblatt" vom 24. September 1907 schreibt darüber: „Wie ein Denkmal einer längst vergangenen Periode ragt in unsere Zeit die Institution der Gründerrechte hinein, die noch bei einer Reihe von Aktiengesellschaften besteht. Die Gründerrechte stammen aus einer Zeit, in der das Aktienrecht noch nicht die Entwicklung erreicht hat, auf der es heute steht. Früher galt es als zulässig, den Gründern eines Unternehmens dauernde Sondervorteile zu sichern, ein Zustand, der bei dem mobilen Charakter, der der Aktie innewohnt, als drückend und ungerechtfertigt empfunden werden musste. Bereits die Aktiennovelle von 1884 legte Bresche in das System der Gründerrechte, völlig beseitigt werden diese für Neubildungen von Gesellschaften durch das Handelsgesetzbuch, das seit dem 1. Jänner 1900 Gültigkeit hat. Freilich hatte das neue Handelsgesetz keine rückwirkende Kraft, und so bestehen unverändert die Gründerrechte aus alter Zeit weiter und bringen sich, soweit sie nicht durch freiwillige Vereinbarungen abgelöst worden sind, gelegentlich den Aktionären von mit Gründerrechten „gesegneten" Gesellschaften recht unangenehm in Erinnerung... Bei den Berliner Elektrizitätswerken — um eines der Schulbeispiele der Wirkung von Gründerrechten zu erwähnen — bestehen Vorrechte der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft dahin, dass diese jeweils die Hälfte der neu zu emittierenden Aktien zu pari übernehmen kann. Der Gewinn, der durch dieses Vorrecht der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft allein die Aktienemission der B. E. W. in den Jahren 1889, 1890, 1899 und 1904 zufloss, wird auf etwa 15 Millionen Mark geschätzt. Dass die Gründer, respektive ihre Erben ihre wohlerworbenen Rechte geltend machen, wird man ihnen nicht verübeln können. Aber es hat sich doch gezeigt, dass die moderne Auffassung vom Aktienwesen mit Recht die Beseitigung der ewigen Gründervorteile verlangt."

gewissen Punkte der wirkliche Stand des Unternehmens [1]) verhüllt und dieses Dunkel kann leicht zu schwindelhaften Operationen ausgenützt werden. Doch hat die Ueberkapitalisierung keineswegs einen Einfluss auf die Preise. Es ist eine merkwürdige Vorstellung, dass, weil das fiktive Kapital nominell angeschwollen ist, die Preisgesetze irgendwie alteriert sein können. Dass ein grosses Aktienkapital den Wunsch erzeugt, hohe Preise möchten seine Verzinsung gestatten, ist selbstverständlich. Aber das Kapital kann auch auf o abgeschrieben sein und kein Kapitalist wird billiger verkaufen als er muss, sei er Gebieter eines Privatunternehmens, einer einfachen Aktiengesellschaft oder eines Trusts.

Die Aktiengesellschaft ist eine Gesellschaft von Kapitalisten. Sie wird konstituiert durch die Einzahlung des Kapitals; der Grad,

---

[1]) Das beste und grösste Beispiel bietet die Geschichte des amerikanischen Stahltrusts (s. „Report of the Industrial Commission 1901", vol. XIII, S. XIV und XV). Er vereinigte bereits überkapitalisierte Gesellschaften. Der Report berechnet den „wirklichen Wert", indem er nur die preferred shares der konstituierenden Gesellschaften addiert, was in Wirklichkeit ein Aktienkapital ergäbe, das den Paristand einnehmen könnte und kommt zu dem Resultat, dass 398,918.111 Dollars nur für „good will" gerechnet sind. Noch bessere Vorstellung von der „Ueberkapitalisation", genauer von der Differenz des wirklich fungierenden Kapitals und des Aktienkapitals gibt folgende Angabe der „Frankfurter Zeit." vom 29. März 1909: „Die Werke in Gary werden etwa 100 Millionen Dollars kosten und über 2 Millionen Tonnen Stahl liefern. Die anderen Werke des Trusts sind mit fast 1500 Millionen Dollars kapitalisiert und haben eine Leistungsfähigkeit von 10 Millionen Tonnen. Das Missverhältnis springt in die Augen." Selbst wenn man berücksichtigt, dass in diese Kapitalisation wertvoller Erzbesitz und andere Objekte eingeschlossen sind, bleibt das Missverhältnis noch kolossal.

Das hat aber nicht gehindert, dass der Stahltrust stets die 7 Prozent Dividende auf die preferred shares zahlen konnte und dass auch die common shares in steigendem Masse Dividenden tragen. Der Trust wurde im Frühjahr 1901 gegründet. 1901 bis 1903 war günstige Konjunktur und die common shares erhielten 4 Prozent Dividende; 1903 sank die Dividende auf 3 Prozent, 1904 und 1905 fiel die Dividende aus. Jedoch setzte 1905 bereits die Besserung in der Konjunktur ein und der Stahltrust hätte gegen 43 Millionen Dollars zur Dividendenverteilung übrig gehabt, was die Ausschüttung von $8^1/_2$ Prozent Dividende gestattet hätte. Aber der Trust verwendete diesen Betrag zu Abschreibungen, Neuinvestitionen und Reservebildung. 1906 wurden dann wieder 2 Prozent gezahlt.

Zu den Gewinnen des Stahltrusts stand aber diese Dividende in keinem richtigen Verhältnis, denn das Jahr 1906 war sehr fett gewesen, und für Dividenden standen dem Stahltrust fast 100 Millionen Dollars zur Verfügung. Davon beanspruchte die Auszahlung auf die preferred shares etwa 25 Millionen Dollars. Was rechnerisch übrig blieb, waren 14·4 Prozent für die common shares. Während nun die Aktionäre nur

an der jeder Kapitalist an der Konstituierung teil hat, ist gegeben durch die Grösse des von ihm beigesteuerten Kapitals; sein Stimmrecht, respektive seine Verfügungsgewalt richtet sich daher naturgemäss nach der Grösse seiner Einzahlung. Der Kapitalist ist ja Kapitalist nur, soweit er Kapital hat, unterscheidet sich nur quantitativ vor jedem anderen Kapitalisten. Damit ist aber die Verfügungsgewalt über das gesamte Unternehmen in die Hand der Besitzer der Majorität des Aktienkapitals gegeben. Um über die Aktiengesellschaft verfügen zu können, ist also nur die Hälfte des Kapitals notwendig, nicht wie bei der Verfügung über das Privatunternehmen der Besitz des Gesamtkapitals. Dies verdoppelt die Macht grosser Kapitalisten. Ein Kapitalist, der sein Privatunternehmen (vom Kredit abgesehen) in eine

10,166.000 Dollars erhielten, wurden 50 Millionen Dollars für Neubauten aufgewandt (darunter figurierte die zweite Rate für das Garystahlwerk mit 21½ Millionen Dollars), und ausserdem wurde der Surplusfonds mit 13 Millionen Dollars bedacht. Die gleiche Politik schlugen die Direktoren auch im Jahre 1907 ein. Es wurde noch mehr verdient als in 1906. Für die Besitzer der common shares stand ein Betrag zur Verfügung, der 15·6 Prozent Dividende entsprach. Wieder erhielten die Aktionäre nur 2 Prozent per Jahr, also ein halbes Prozent per Quartal. 54 Millionen Dollars wurden für Neubauten verwandt, davon 18½ Millionen Dollars für das Garywerk ausgesetzt. Das Surplus erhielt 25 Millionen Dollars. Das Jahr 1907 fiel nun wesentlich dürftiger als seine Vorgänger aus. Immerhin wurden auf die common shares des Stahltrusts noch etwas über 4 Prozent per Jahr verdient; die Besitzer erhielten tatsächlich nur 2 Prozent. Für Neubauten wurde nichts ausgeworfen, dagegen dem Surplus über 10 Millonen Dollars zugeführt, so dass dieses bei Jahresschluss 1908 auf zirka 133½ Millionen Dollars angewachsen war. Für das erste Quartal 1909, das im Vergleiche mit der entsprechenden Vorjahrszeit wieder eine Besserung aufwies, gegenüber den beiden letzten Quartalen 1908 hauptsächlich infolge des Mitte Februar am amerikanischen Eisenmarkt erfolgten Preissturzes dagegen eine Verschlechterung zeigte, wurde auf die common shares wie seit 1906 ein halbes Prozent Quartalsdividende gezahlt und über 3 Millionen Dollars dem Surplusbestande überwiesen. (Siehe „Berliner Tageblatt" vom 28. Juli 1909.) Für das zweite Quartal 1909 erklärte der Stahltrust eine Quartalsdividende von ¾ Prozent, was einer dreiprozentigen Verzinsung entspricht und für das dritte Quartal eine solche von 1 Prozent also eine vierprozentige Verzinsung auf die common shares. Da die common shares zu einem grossen Teil in den Händen der Gründer geblieben oder aber, so weit sie in die Hände der Spekulation übergegangen waren, zu deren beliebtesten Spielpapieren sie zählen, während und bald nach der Panik von 1907 zu niedrigsten Kursen von den Finanzgruppen zurückgekauft worden waren, ist diese Dividendenpolitik, die auf Kosten der Aktionäre den Gewinn jahrelang zurückhielt, um ihn im geeigneten Moment plötzlich auszuschütten, eine ungeheure Bereicherungsquelle für die den Stahltrust beherrschenden Finanzgruppen gewesen.

Aktiengesellschaft verwandelt, braucht, um die volle Verfügungsgewalt zu behalten, nur sein halbes Kapital. Die andere Hälfte wird frei und kann aus diesem Unternehmen zurückgezogen werden. Freilich geht dann die Dividende auf diese Hälfte verloren. Jedoch ist die Verfügungsgewalt über das fremde Kapital von grösster Wichtigkeit und die Beherrschung des Unternehmens abgesehen von allem anderen von grösster Bedeutung für die Beeinflussung der Eigentumsbewegung der Aktien auf der Börse.

In der Praxis ist aber der Kapitalbetrag, der zur Beherrschung der Aktiengesellschaft ausreicht, gewöhnlich noch geringer, beträgt bloss ein Drittel bis ein Viertel des Kapitals und weniger. Der Beherrscher der Aktiengesellschaft verfügt aber über das andere fremde Kapital wie über sein eigenes. Diese Art der Verfügung deckt sich keineswegs mit der Verfügung über fremdes Kapital überhaupt. Ist in der kapitalistischen entwickelten Gesellschaft jedes eigene Kapital durch die Entwicklung des Kredits zugleich Exponent fremden ausgeliehenen Kapitals — und von der Grösse des eigenen Kapitals hängt unter sonst gleichen Umständen die Grösse des Kredits ab, die noch rascher wächst als die Grösse des Eigenkapitals — so wird das Eigenkapital des Grossaktionärs in doppelter Hinsicht ein solcher Exponent. Sein Kapital hat die Verfügung über das der übrigen Aktionäre und die gesamte Kapitalskraft des Unternehmens wird wieder die Attraktion für fremdes Kapital, Leihkapital, das das Unternehmen aufnimmt.

Von noch viel grösserer Wucht aber wird das eine Aktiengesellschaft beherrschende Grosskapital, wenn es sich nicht mehr um eine einzelne Aktiengesellschaft, sondern um ein System voneinander abhängiger Gesellschaften handelt. Gesetzt, Kapitalist N. beherrsche mit 5 Millionen Aktienbesitz die Aktiengesellschaft A, deren Aktienkapital 9 Millionen betrage. Diese Gesellschaft gründe eine Tochtergesellschaft B mit 30 Millionen Aktienkapital, von denen sie 16 Millionen im Portefeuille behält. Um das Geld für diese 16 Millionen einzahlen zu können, gäbe A für 16 Millionen festverzinsliche Obligationen aus, die kein Stimmrecht besitzen. N. beherrscht jetzt mit seinen 5 Millionen beide Gesellschaften, also ein Kapital von 39 Millionen. A und B können jetzt nach denselben Prinzipien neue Gesellschaften gründen, so dass N. mit einem verhältnismässig geringen Kapital das Kommando über ausserordentlich grosse fremde Kapitalssummen erhält. Mit der Entwick-

lung des Aktienwesens bildet sich eine eigene Finanztechnik aus, deren Aufgabe es ist, möglichst geringem eigenen Kapital die Beherrschung möglichst grossen fremden Kapitals zu sichern. Ihre Vollendung hat diese Technik bei der Finanzierung amerikanischer Eisenbahnsysteme erfahren[1]).

Mit der Entwicklung der Aktiengesellschaften einerseits, mit der wachsenden Eigentumskonzentration anderseits wächst die Zahl der Grosskapitalisten, die ihr Kapital in verschiedenen Aktien-

---

[1]) Die detaillierte Darstellung der Finanzierungstechnik fällt ausserhalb des Rahmens vorliegender Arbeit. Doch wird folgendes typische Beispiel das Gesagte veranschaulichen, das die Finanzierung des Rock Island-Bahnsystems darstellt. (Siehe „Frankf.-Zeit." vom 6. Oktober 1909.) An der Spitze des Systems steht eine Kontrollgesellschaft (Holding Company, das heisst eigentlich eine Aktien anderer Gesellschaften besitzende Gesellschaft), die Rock Island Company, ohne feste Verschuldung mit einem autorisierten Kapital von 54 Millionen Dollars preferred und 96 Millionen Dollars common stock, wovon 49·129 Millionen Dollars, beziehungsweise 89·733 Millionen Dollars emittiert sind. Die preferred Aktien allein besitzen das Stimmrecht. Diese Gesellschaft besitzt das gesamte Aktienkapital von 145 Millionen Dollars der Chicago Rock Island und Pacific Railroad Company, die ausserdem eine feste Verschuldung von 70·199 Millionen Dollars 4prozentiger Collateral Trust Bonds und 17·361 Millionen Dollars 5prozentiger Collateral Trust Bonds besitzt. Dies sind Schuldscheine, zu deren Sicherheit andere Effekten bei Treuhändern als Pfand hinterlegt sind. (Siehe über die Collateral Trust Bonds Thomas L. Greene, „Corporation Finance", New-York 1906.) Diese Railroad Company erst besitzt zwei Bahngesellschaften: 1. Chicago Rock Island und Pacific Railway Company. Deren fundierte Schuld beträgt 197·850 Millionen Dollars; das Aktienkapital 74·859 Millionen Dollars, wovon 70·199 Millionen Dollars bei Treuhändern als Unterlage für die erwähnte Emission der 4prozentigen Collateral Trust Bonds der Railroad Company hinterlegt sind. 2. Die St. Louis und San Francisco Railroad Company mit einer fundierten Schuld von rund 227 Millionen Dollars. Das Aktienkapital besteht aus: 5 Millionen Dollars I. preferred stock, 16 Millionen Dollars II. preferred stock, 29 Millionen Dollars common stock, wovon 28·940 Millionen Dollars von der Rock Island Company erworben wurden. Diese gab für je 100 Dollars in Aktien 60 Dollars in eigenen Aktien und 60 Dollars in fünfprozentigen Collateral Trust Bonds der Chicago Rock Island und Pacific Railroad Company. Beide grosse Bahngesellschaften haben nun wieder ihre eigenen Untergesellschaften.

Der Zweck dieser kunstvollen Finanzierung ist klar. Die Kontrolle des ganzen gewaltigen Bahnsystems liegt bei den allein stimmberechtigten preferred shares der Rock Island Company. Zur Zeit ihrer Gründung 1902 betrug der Kurswert dieser Titres zwischen 40 und 70 Prozent. Für die 27 Millionen Dollars preferred shares, die zur Kontrolle nötig waren, brauchten die Gründer höchstens etwa 15 Millionen Dollars. Dieses Geld genügte, um sie zu Beherrschern des ganzen Bahnnetzes zu machen.

gesellschaften angelegt haben. Starker Aktienbesitz gibt aber die Macht, sich in der Leitung der Gesellschaft vertreten zu lassen. Als Mitglied des Aufsichtsrates erhält der Grossaktionär in Form der Tantièmen erstens einen Anteil am Profit[1]), zweitens Gelegenheit, auf die Verwaltung des Unternehmens Einfluss zu nehmen oder aber die Kenntnis von den Vorgängen im Unternehmen auszunützen, sei es zu spekulativen, sei es zu anderen geschäftlichen Transaktionen. Es bildet sich ein Kreis von Personen heraus, die vermöge ihrer eigenen Kapitalsmacht oder aber als Vertreter der konzentrierten Macht fremden Kapitals (Bankdirektoren) als Aufsichtsräte in einer grossen Anzahl von Aktiengesellschaften vertreten sind. Es entsteht so eine Art von Personalunion[2]), einmal zwischen den verschiedenen Aktiengesellschaften untereinander und sodann zwischen diesen und den Banken, ein Umstand, der für die Politik dieser Gesellschaften von grösstem Einfluss sein muss,

---

[1]) Die Einnahmen aus Aufsichtsratstellungen in Deutschland hat E. Loeb (Das Institut des Aufsichtsrates etc., Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, XXIII. Bd., 1902) für 1900 auf etwa 60 Millionen Mark geschätzt. In einer sehr eingehenden Untersuchung über die Aufsichtsräte der deutschen Aktiengesellschaften in der genannten Zeitschrift (3. Folge, XXXII. Bd., 1906, Seite 92 ff.) schätzt Franz Eulenburg diese Summe auf zirka 70 Millionen Mark für 1906. Jede Aktiengesellschaft verteilt durchschnittlich $^6/_{10}$ Prozent ihres Nominalkapitals als Tantieme, mithin erhält durchschnittlich jedes Aufsichtsratsmitglied $^1/_{10}$ Prozent. Bei grossen Gesellschaften ist natürlich dieser Betrag absolut grösser, etwa 6000 bis 8000 M. und mehr. So verteilte die Dresdener Bank 21.000, Felten und Guillaume 34.000, Dürkopp 10.000, Deutsche Bank 32.000, Hörder Bergwerke 15.000, Gelsenkirchen 8700, Bayrische Hypothekenbank 13.000 M. als Tantiemen.

[2]) Die Personalunion ist Anfang oder Ende von zusammengehörigen Vereinigungen, die aus äusseren Gründen organisatorisch und institutionell getrennt sein müssen, die aber nur in der Zusammenfassung ihrer Kräfte in einer obersten gemeinsamen Leitung ihre volle Wirksamkeit entfalten können. Die Personalunion zwischen Oesterreich und Ungarn ist der Rest, der aus der Zeit der ehemaligen Verbindung beider Länder zurückgeblieben und vielleicht nur soweit bedeutungsvoll, als er der Ausgangspunkt einer andersartiger Verbindung werden könnte. Die Vereinigung der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse durch Personalunion in ihrer obersten Leitung gestattet beiden erst volle Machtentfaltung. Dieselbe Erscheinung der Verbindung wirtschaftlicher und politischer Organisation finden wir beim deutschen Grundbesitz im Bund der Landwirte und besonders vollkommen ausgebildet bei den Organisationen der preussischen Polen.

weil zwischen den verschiedenen Gesellschaften ein gemeinsames Besitzinteresse sich bildet.

Um die Konzentration der Kapitale in einem Unternehmen durchzuführen, sammelt die Aktiengesellschaft ihr Kapital aus einzelnen Kapitalstücken, jedes für sich genommen vielleicht zu klein, um industriell — sei es überhaupt, sei es namentlich in den Industriezweigen, deren Domäne die Aktiengesellschaft ist — zu fungieren. Es ist aber zu beachten, dass in den Anfängen der Aktiengesellschaft diese Sammlung meist durch direkten Appell an die Einzelkapitalisten geschieht. Im Fortgang der Entwicklung aber sind die Einzelkapitale bereits gesammelt und konzentriert in den Banken. Der Appell an den Geldmarkt geht daher durch die Vermittlung der Banken.

Keine Bank kann daran denken, das Kapital eines Privatunternehmers aufbringen zu wollen. Diesem kann sie in der Regel wesentlich nur „Zahlungskredit" leisten. Anders bei der Aktiengesellschaft. Hier das Kapital aufbringen, heisst für die Bank nichts anderes als es vorschiessen, in Anteile zerlegen und durch Verkauf dieser Anteile das Kapital zurückerhalten, also ein der Form nach reines Geldgeschäft G-G^1 machen. Es ist die Uebertragbarkeit und Negoziabilität dieser Kapitalscheine, die das Wesen der Aktiengesellschaft ausmacht, die dann der Bank die Möglichkeit der „Gründung" und damit der schliesslichen Beherrschung der Aktiengesellschaft gibt. Ebenso ist hier die Möglichkeit der Bankschulden viel grösser als im Privatbetrieb. Dieser muss im allgemeinen diese Schulden aus den Erträgnissen decken können und diese Schulden haben daher eine enge Grenze. Gerade deswegen, wegen ihrer relativen Kleinheit, lassen sie aber den Privatunternehmer ziemlich unabhängig. Bei der Aktiengesellschaft besteht aber die Möglichkeit, diese Bankschulden nicht nur aus den laufenden Erträgnissen, sondern durch Vergrösserung des Kapitals decken zu können, durch Emission von Aktien oder Obligationen, deren Ausgabe für die Bank dann noch den Gründungsgewinn abwirft. Die Bank kann daher der Aktiengesellschaft mit grösserer Sicherheit wie dem Privatunternehmen grösseren Kredit einräumen, vor allem aber andersartigen Kredit, Kredit nicht nur zur Zahlungsvermittlung, also Zirkulationskredit, sondern zur Ergänzung fehlenden Betriebskapitals, also Kapitalkredit. Denn die Bank vermag, falls es ihr nötig erscheint, diese Kreditgewährung dadurch einzuschränken,

dass dem Unternehmen durch Neuemission von Aktien oder Obligationen neues Kapital zugeführt wird[1]).

Die Bank kann aber der Aktiengesellschaft nicht nur in höherem Masse Kredit gewähren als dem Privatunternehmen, sie kann auch einen Teil ihres Geldkapitals für kürzere oder längere Zeit in Aktien anlegen. In allen Fällen aber entsteht ein dauerndes Interesse der Bank an der Aktiengesellschaft, die einerseits von der Bank kontrolliert werden muss, um die richtige Verwendung des Kredits zu gewährleisten, anderseits von der Bank möglichst beherrscht werden muss, um all die gewinnbringenden finanziellen Transaktionen der Bank zu sichern.

Aus diesen Interessen der Banken entspringt das Bestreben, die Aktiengesellschaften, an denen sie interessiert sind, dauernd zu überwachen, was am besten durch die Vertretung im Aufsichtsrat geschehen kann. Diese Vertretung gewährt zugleich die Garantie, dass die Gesellschaft auch alle übrigen finanziellen Transaktionen, die mit dem Emissionsgeschäft zusammenhängen, durch die Bank besorgen lässt. Anderseits sucht die Bank, um das Risiko zu verteilen und ihren Geschäftskreis zu erweitern, mit möglichst viel Gesellschaften zu arbeiten und damit zugleich auch in deren Aufsichtsrat vertreten zu sein. Die Verfügung über Aktienbesitz gibt ihr die Möglichkeit, eventuell auch in ursprünglich widerstrebenden Gesellschaften eine Vertretung durchzusetzen. So entsteht hieraus eine Tendenz zur Kumulierung solcher Aufsichtsratstellen[2]).

---

[1]) Starke Bankschulden eines Privatunternehmens sind daher oft die Vorboten seiner Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

[2]) Die Grossbanken suchen „ihre Verbindungen mit industriellen Unternehmungen nach Ort und Gewerbeart möglichst vielseitig zu gestalten, die Ungleichheiten in der örtlichen und gewerblichen Verteilung, die sich aus der Geschichte der einzelnen Institute erklärt, mehr und mehr zu beseitigen. Damit geht Hand in Hand das Bestreben, die Industriebeziehungen zu fundieren auf die reguläre dauernde Geschäftsverbindung und ihnen Ausdruck und die Möglichkeit der Erweiterung und Vertiefung zu geben durch ein vereinigtes System der Besetzung von Aufsichtsratsstellen". Jeidels a. a. O., Seite 180.

Jeidels gibt folgende Tabelle (für 1903): Es waren bei Aktiengesellschaften vertreten:

	Die Deutsche Bank mit	Diskonto-Gesellschaft	Darmstadter Bank	Dresdener Bank	Schaaffhausenscher Bankverein	Berliner Handelsgesellschaft	Summe
durch Direktoren	101	31	51	53	68	40	344
durch eigene Aufsichtsräte .	120	61	50	80	62	34	407
	221	92	101	133	130	74	751

Eine andere Rolle spielen die Vertreter der Industrie in den Aufsichtsräten; hier handelt es sich um Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen zwischen zwei Gesellschaften. So wenn der Vertreter eines Eisenwerkes im Aufsichtsrat einer Kohlenzeche sitzt und darauf hinwirkt, dass das Eisenwerk seine Kohle von dieser Zeche bezieht.

Diese Personalunion, die zugleich eine Kumulierung von Aufsichtsratstellen in der Hand einer kleinen Anzahl von Grosskapitalisten bedeutet, wird wichtig, sobald sie Vorläufer oder Beförderer engerer organisatorischer Verbindung zwischen bisher voneinander unabhängigen Gesellschaften wird[1]).

3. Aktiengesellschaft und Individualunternehmung.

Die Aktiengesellschaft appelliert also bei ihrer Gründung nicht an die relativ schmale Schicht der fungierenden und funktions-

Im ganzen verfügten also die sechs Berliner Grossbanken allein über 751 Aufsichtsratstellen.

Nach dem neuesten Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder (1909) gibt es in Deutschland 12.000 solche Stellen. 2918 Aufsichtsratstellen aber sind in der Hand von nur 197 Personen. Den Rekord hält Herr Karl Fürstenberg von der Berliner Handelsgesellschaft mit 44 Mandaten; Herr Eugen Gutmann von der Dresdener Bank hat 35 Stellen inne. Ueberhaupt ist von den verschiedenen Berufen, die unter den Aufsichtsratsmitgliedern vertreten sind, der Bankberuf am stärksten vertreten und auf diesen fällt daher die stärkste Kumulierung. Detaillierte Angaben darüber bei Eulenburg l. c.

Dieselbe Erscheinung natürlich in den Vereinigten Staaten. 1906 war die Firma J. P. Morgan u. Cie. vertreten im Board von 5 Banken, 50 Bahnen, 3 Schiffahrtsgesellschaften, 8 Trustgesellschaften, 8 Versicherungsgesellschaften und 40 industriellen Unternehmungen. Steinitzer, a. a. O., Seite 158.

[1]) Dagegen spielt die Aufsichtsführung im Sinne der juristischen Fiktion gar keine Rolle. So sagte der Vorsitzende in der Generalversammlung der „Elektrische Licht- und Kraftanlagen-Aktiengesellschaft in Berlin“ geradezu: „Die Idee, dass irgend ein Aufsichtsrat oder das Mitglied eines Aufsichtsrates das tun könne, was das Gesetz ihnen vorschreibe, sei irrig. Die Gesetzgeber wussten nicht, was sie taten, als sie dieses Gesetz machten. Man stelle sich vor, dass ein Mitglied des Aufsichtsrates oder der Aufsichtsrat überhaupt bei einer unserer grossen Gesellschaften die sämtlichen Zweige des Unternehmens auch nur an einem Tag verfolgen solle Während der Mann an einer Stelle kontrolliere, könnten an zehn anderen die grössten Fehler begangen werden. Der Aufsichtsrat könne die grossen Richtlinien angeben, nach welchen eine Gesellschaft geleitet werden soll. Er könne die Direktion beaufsichtigen, dass sie nichts gegen Gesetz und Statuten tue. Die Einzelheiten der Revision seien Sache der Revisionsgesellschaften.“ („Berliner Tageblatt“, 28. November 1908.)

fähigen Kapitalisten, die die Eigentumsfunktion mit der Unternehmerfunktion vereinigen müssen. Sie ist von diesen persönlichen Qualitäten im vorhinein unabhängig und bleibt es während ihres Bestehens. Tod, Erbteilung etc. ihrer Besitzer üben auf sie keinen Einfluss. Aber dies ist kein entscheidender Unterschied gegenüber der Individualunternehmung, die von einem gewissen Grad der Entwicklung an die persönlichen Qualitäten, die ihrem Eigentümer abgehen, durch die bezahlter Angestellter ersetzen kann. Praktisch bedeutungslos ist auch ein anderer Gegensatz, der in der Literatur zwischen Aktiengesellschaft und Privatunternehmen gemacht wird; darnach schalte einmal ein subjektiv voll verantwortlicher, ganz unabhängiger Unternehmer, der aber auch voll interessiert sei, während das anderemal eine Menge wenig unterrichteter, einflussloser Unternehmer (Aktionäre) gebiete, die nur zum Teil interessiert seien und nichts von der Leitung verstünden. Denn die Aktiengesellschaften und gerade die wichtigsten, erträgnisreichsten und bahnbrechendsten, werden von einer Oligarchie oder sogar nur von einem Grosskapitalisten (oder einer Bank) beherrscht, die in Wirklichkeit ebenfalls voll interessiert und von der Masse kleiner Aktionäre unabhängig sind. Dazu kommt, dass die Leiter, die Spitzen der industriellen Bureaukratie, sowohl durch die Tantiemen als auch, und vor allem, durch in der Regel ausgedehnten Aktienbesitz an dem Unternehmen interessiert sind.

Viel wichtiger ist der sachliche Unterschied: der Appell an den Geldmarkt ist ein Generalappell an alles, was Geld hat, Geld hier zugleich als Verfügung über Kredit genommen. Die Aktiengesellschaft ist unabhängig von der Grösse des Einzelkapitals, das in einer Hand erst vereinigt sein muss, um als Industriekapital eines Privatunternehmens fungieren zu können. Es ist nicht nur der Kreis der Personen erweitert — Geldkapitalist kann jeder sein, der Geld hat — sondern es ist jetzt auch jede Geldsumme über ein gewisses Minimum hinaus (das bekanntlich bloss ein paar Schillinge zu betragen braucht) befähigt, in einer Aktiengesellschaft mit anderen vereinigt und als industrielles Kapital angewendet zu werden. Das gibt der Aktiengesellschaft von vornherein eine ganz andere Leichtigkeit der Gründung als dem Privatunternehmen und der schon bestehenden eine viel grössere Expansionskraft.

In dieser Eigenschaft der Zusammenfassung von Kapital erfüllen die Aktiengesellschaften eine ähnliche Funktion wie die

Banken. Der Unterschied ist der: Das in den Banken angesammelte Kapital behält die ursprüngliche Form von Geldkapital bei und wird durch den Kredit nach seiner Zusammenfassung der Produktion zur Verfügung gestellt. Bei den Aktiengesellschaften wird das zersplitterte Geldkapital vereinigt in der Form des fiktiven Kapitals. Man darf übrigens nicht meinen, dass die Zusammenfassung kleiner Kapitalien, die nur Bruchstücke grosser zu sein brauchen, dasselbe ist, wie die Beteiligung kleiner Kapitalisten. Die kleinen Kapitale können recht grossen Kapitalisten gehören. Kleine Kapitalien kleiner Kapitalisten werden mehr durch die Banken als durch die Aktiengesellschaft vereinigt.

Zu der Leichtigkeit der Kapitalbeschaffung gesellt sich die Leichtigkeit der Akkumulation. Beim Privatunternehmen muss die Akkumulation aus dem Profit bestritten werden. Ein Teil des Profits, der nicht konsumiert wird, was von vornherein eine gewisse Grösse des Unternehmens voraussetzt, wird als latentes Geldkapital angesammelt, bis seine Grösse zur Neuanlage und Erweiterung des Betriebes ausreicht. Demgegenüber wird in der Aktiengesellschaft allerdings die Dividende zunächst an die Aktionäre weggezahlt. Aber auch hier ist die Möglichkeit vorhanden, Teile des Profits, namentlich bei hohen, über den Durchschnittszinssatz erheblich hinausgehenden Dividenden zu akkumulieren. Aber vor allem wird die Erweiterung unabhängig von der eigentlichen Akkumulation aus den eigenen Erträgnissen des Betriebes und kann direkt durch Kapitalsvermehrung vollzogen werden. Die Schranke des Wachstums des Privatbetriebes — die Grösse des im Betriebe selbst erzeugten Profits — ist gefallen. Die Wachstumsenergie der Aktiengesellschaft ist damit eine bedeutend grössere als die der Privatunternehmung. Der Aktiengesellschaft steht für ihre Vergrösserung, ebenso wie für ihre Gründung, das gesamte freie Geldkapital zur Verfügung. Sie vergrössert sich nicht bloss aus der Akkumulation ihres eigenen Profits. Das gesamte akkumulierte und nun nach Verwertung strebende Geldkapital ist das Wasser, das sie auf ihre Mühle leiten kann. Die Schranken, die aus der individuellen Zersplitterung des Kapitals unter seine gleichgültigen und zufälligen Träger entspringen, sind aufgehoben. Die Aktiengesellschaft appelliert unmittelbar an das vereinigte Kapital der Kapitalistenklasse.

Die Unabhängigkeit vom Einzelkapital macht die Grösse der Unternehmung unabhängig von der Grösse des bereits in einer ein-

zigen Hand akkumulierten Reichtums und erlaubt ihr — ohne Rücksicht auf den bereits eingetretenen Grad der Vermögenskonzentration — das Unternehmen auszuweiten. So werden durch die Aktiengesellschaft Unternehmungen erst möglich oder wenigstens in dem erforderlichen Umfang möglich, die durch die Grösse ihres Kapitalerfordernisses dem Privatunternehmer unzugänglich waren, daher entweder unterblieben oder vom Staate ausgeführt werden mussten, also dem direkten Einfluss des Kapitals entzogen blieben. Das bedeutendste Beispiel bilden hier bekanntlich die Eisenbahnen, die am mächtigsten die Verbreitung der Aktiengesellschaften gefördert haben. Diese Bedeutung der Aktiengesellschaft, die persönliche Schranke des Eigentums zu sprengen, gleichsam nur durch die Grösse nicht des persönlichen, sondern des gesellschaftlichen Kapitals[1]) in ihrem Umfang beschränkt zu sein, hat namentlich in ihren Anfängen die grösste Wichtigkeit.

Die Expansion des kapitalistischen Unternehmens, das Aktiengesellschaft geworden ist, kann jetzt, losgelöst von der Fessel des individuellen Eigentums, rein nach den Anforderungen der Technik erfolgen. Die Einführung neuer Maschinerie, die Aufnahme verwandter Produktionszweige, die Ausnützung von Patenten erfolgt nur mehr nach dem Gesichtspunkt ihrer technischen und ökonomischen Angemessenheit. Die Sorge um Aufbringung des nötigen Kapitals, die beim Privatunternehmern eine Hauptrolle spielt, seine Expansionskraft einschränkt, seine Schlagfertigkeit und stete Kriegsbereitschaft vermindert, tritt zurück. Konjunkturen können besser, gründlicher und rascher ausgenützt werden, ein wichtiger Gesichtspunkt namentlich dann, wenn die Dauer günstiger Konjunkturen sich verkürzen sollte[2]).

---

[1]) Wenn hier von gesellschaftlichem Kapital gesprochen wird, so ist dies in diesem Sinne gemeint: Der Privatunternehmer ist beschränkt durch die Grösse des Einzelkapitals, die Aktiengesellschaft durch die Grösse des ganzen in der kapitalistischen Gesellschaft vorhandenen, zu neuer Verwertung freien Geldkapitals.

[2]) „Die Aktiengesellschaft ist die schärfste und sicherste und deshalb bevorzugteste Waffe, welche die kapitalistische Wirtschaftsordnung zur Durchfechtung ihrer Konzentrationstendenzen zur Verfügung hat. Stellt doch schon die Aktiengesellschaft selbst eine vollendete Konzentration dar: eine Zusammenfassung kleiner und zersplitterter, an sich von produktiver Verwertung mehr oder weniger ausgeschlossener Vermögensteile in einer Gesamtkapitalmasse, welche als solche unter einheitlicher Leitung wirtschaftliche, also produktive Zwecke zu verfolgen

Die angeführten Momente werden von Bedeutung im Konkurrenzkampf. Wir haben gesehen, wie bei der Aktiengesellschaft die Leichtigkeit der Kapitalbeschaffung eine ganz andere ist als bei dem Privatunternehmen. Die Aktiengesellschaft hat so die Möglichkeit, die Einrichtung ihres Betriebes nach rein technischen Rücksichten zu treffen, während der Individualunternehmer dabei fortwährend an die Schranke stösst, die ihm die Grösse seines Kapitals zieht. Dies gilt auch dann, wenn er Kredit benützt, da dessen Grösse durch die Grösse seines Eigenkapitals begrenzt ist. Die Aktiengesellschaft dagegen ist sowohl bei der Gründung als auch namentlich bei der Erweiterung und bei Neuanlagen an diese Schranke des persönlichen Eigentums nicht gebunden. Sie kann daher die besten und neuesten Errungenschaften sich aneignen und ist auch in dem Zeitpunkt, in dem sie Neuanlagen macht, viel unabhängiger als der Privatunternehmer, der warten muss, bis sein Betrieb akkumulationsfähige Grösse erreicht hat. Die Aktiengesellschaft kann also technisch überlegen eingerichtet werden und, was fast ebenso wichtig ist, diese technische Ueberlegenheit stets festhalten. Das bedeutet aber auch, dass sie imstande ist, technische Errungenschaften, arbeitsparende Methoden anzuwenden, bevor sie allgemein geworden sind; die Aktiengesellschaft kann so gegenüber dem Privatunternehmen erstens auf grösserer Stufenleiter,

---

bestimmt und geeignet ist. Die Aktiengesellschaft übt denn aber auch infolge der eichten Veräusserlichkeit und Vererblichkeit der Anteile, ferner infolge der durch die fast völlige Loslösung von der Person des Unternehmers in viel höherem Grade als bei den anderen Unternehmungsformen gewährten Wahrscheinlichkeit längerer Lebensdauer, endlich infolge der (theoretischen) Unbegrenztheit der auf das zusammengefasste Kapital zu erwartenden Dividende, eine ungemein starke Attraktionskraft auf verfügbare Kapitalien aus. Sie besitzt also in höherem Grade als jede andere Unternehmungsform die Möglichkeit, ihre Kredit- und Erweiterungsbedürfnisse durch Kapitalerhöhungen zu befriedigen. Die Leichtigkeit der Kapitalbeschaffung aber ruft naturgemäss wieder die Tendenz zur Kapitalvergrösserung hervor, und zwar deshalb in immer steigendem Verhältnis, weil es sowohl auf dem Gebiete der Industrie wie des Handels und auch des Bankwesens ein wirtschaftliches Gesetz zu sein scheint, dass ein doppeltes Kapital mehr als doppelte Produktion, beziehungsweise mehr als doppelten Umsatz (Anmerkung: Aber nicht ohne weiteres auch doppelte Rentabilität.) ermöglicht und dass schon deshalb die Tendenz zur Kapitalvergrösserung sich verstärkt mit dem Wachstum dieses Kapitals und somit bei grösseren Kapitalien relativ weit bedeutender ist als bei kleineren." Riesser, „Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken", Seite 152.

zweitens mit verbesserter und neuerer Technik arbeiten und wird so diesem gegenüber einen Extraprofit erzielen können.

Dazu kommt die grosse Ueberlegenheit, die die Aktiengesellschaft in der Benützung des Kredits vor dem Individualunternehmer voraus hat und auf die in diesem Zusammenhang noch kurz verwiesen werden muss.

Der Privatunternehmer wird in der Regel nur Kredit im Höchstbetrag seines zirkulierenden Kapitals in Anspruch nehmen können. Jede weitere Kreditgewährung würde das kreditierte Kapital in fixes industrielles Kapital verwandeln und ihm damit auch für den Leihkapitalisten de facto den Charakter von Leihkapital nehmen. Der Leihkapitalist würde einfach verwandelt sein in einen industriellen Kapitalisten. Daher kann der Kredit an Privatunternehmer auch nur gewährt werden von Personen, die mit allen Verhältnissen und Geschäftsgebarungen der Industriellen vertraut sind. Der Kredit an das Privatunternehmen unterstellt den kleinen lokalen Bankbetrieb, den Privatbankier, als genauen Kenner der Geschäftsbeziehungen seiner Kunden.

Die Aktiengesellschaft erhält leichter Kredit, weil die Art ihrer Organisation die Ueberwachung ausserordentlich erleichtert durch einfache Delegierung eines Vertrauensmannes der Bank. Hier ist der Privatbankier auszuschalten durch einen Bankbeamten. Dann aber ist die Kreditgewährung an die Aktiengesellschaft in viel grösserem Umfang möglich, da die Aktiengesellschaft sich leicht Kapital beschaffen kann. Es besteht nicht die Gefahr, dass der in Anspruch genommene Kredit immobilisiert wird. Selbst wenn er in der Tat von der Aktiengesellschaft zur Anschaffung von fixem Kapital benützt würde, kann die Aktiengesellschaft doch bei günstiger Gelegenheit ohne Rücksicht auf den wirklichen Rückfluss des fixen Kapitals durch Ausgabe von Aktien das Kapital mobilisieren und es zur Rückzahlung der Bankschulden verwenden. In der Tat auch ein alltäglicher Umstand. Beide Umstände aber, die leichtere Beaufsichtigung und der Wegfall der Kreditbeschränkung auf das zirkulierende Kapital geben der Aktiengesellschaft die Möglichkeit weit stärkerer Kreditbenützung und damit eine neue Ueberlegenheit im Konkurrenzkampf.

Die ökonomische Ueberlegenheit der leichteren Kapitalsbeschaffung bei der Gründung und der leichteren Ausdehnungsfähigkeit bringt so eine technische Ueberlegenheit mit sich.

Die Aktiengesellschaft ist aber vermöge ihrer Konstitution auch überlegen im Preiskampf.

Wir haben gesehen, dass der Aktionär den Charakter des Geldkapitalisten hat, von seinem angelegten Kapital nur Zins erwartet. Trotz des Gründergewinnes, trotz Verringerung des Profits durch erhöhte Verwaltungskosten, Tantiemen etc. mag im Verlauf einer günstigen Entwicklung das Erträgnis den Zins weit übertreffen.

Dies gesteigerte Erträgnis braucht, wie wir gesehen haben, durchaus nicht immer den Aktionären zugute zu kommen. Ein Teil desselben mag zur Stärkung des Unternehmens, zur Reservenbildung verwendet werden, die dann in Krisenzeiten der Aktiengesellschaft einen stärkeren Rückhalt verschafft gegenüber dem Privatunternehmen. Gleichzeitig ermöglichen hohe Reserven eine stetigere Dividendenpolitik und erhöhen dadurch den Kurs der Aktien. Oder es kann aus diesem Erträgnis ein Teil akkumuliert, das wirklich fungierende, Profit produzierende Kapital also erhöht werden ohne Erhöhung des Nominalkapitals. Auch das steigert und in noch höherem Masse als die Reservenbildung den wirklichen Wert der Aktie. Diese Steigerung, die sich vielleicht erst in einem späteren Zeitpunkt manifestiert, kommt den grossen und bleibenden Aktionären zugute, während die kleinen und häufig ausscheidenden Besitzer dazu mit dem Verlust eines Teiles ihres Gewinns beitragen mussten.

Tritt aber eine ungünstige Konjunktur ein und verschärft sich der Konkurrenzkampf, so kann eine Aktiengesellschaft, bei der durch eine solche Dividendenpolitik die ursprüngliche Differenz zwischen Aktienkapital und wirklich fungierendem Kapital stark vermindert oder völlig geschwunden ist, ihre Preise unter den Produktionspreis $k + p$ reduzieren auf einen Preis $= k + z$ (Kostpreis + Zins) und wird dann noch immer eine Dividende gleich oder wenig unter dem Durchschnittszins verteilen können.

Die Widerstandskraft der Aktiengesellschaft ist dadurch viel grösser. Der Einzelunternehmer wird das Bestreben haben, den Durchschnittsprofit zu realisieren. Produziert er weniger, so wird er darauf bedacht sein, sein Kapital zurückzuziehen. Dies Bestreben ist bei der Aktiengesellschaft gar nicht in diesem Masse vorhanden, wenigstens nicht bei der Leitung, aber auch nicht bei den Besitzern. Der Privatunternehmer muss aus dem Erträgnis seinen Lebensunterhalt bestreiten, sinkt sein Profit unter eine gewisse Grenze,

so werden ihm die Betriebsmittel ausgehen, da er einen Teil seines Kapitals zu seinem Unterhalt verbraucht. Er macht Bankerott. Anders die Aktiengesellschaft. Sie hat das Bestreben, das Aktienkapital zu verzinsen. Aber die Aktiengesellschaft kann überhaupt so lange bestehen, als sie nicht mit Verlust arbeitet. Der Zwang, mit Reinertrag zu arbeiten, besteht für sie überhaupt nicht[1]), nämlich ein unmittelbar zur Katastrophe führender Zwang, der für den Einzelkapitalisten in der Verringerung seines Kapitals durch seinen Konsum und dem Unzureichendwerden seines Kapitals existiert. Dieser Zwang wirkt vielleicht auf den Aktionär und zwingt ihn, die Aktie zu verkaufen. Aber dieser Verkauf lässt das fungierende Kapital unberührt. Ist der Reingewinn nicht verschwunden, sondern nur geschmälert, so kann die Aktiengesellschaft auch auf die Dauer weiterbestehen. Ist der Reingewinn unter den Durchschnittssatz der Dividende gefallen, so wird der Preis der Aktie fallen. Die neuen Käufer ebenso wie die alten Besitzer berechnen jetzt das Erträgnis auf ein niedrigeres Kapital. Der Kurswert der Aktie ist gesunken, aber das Unternehmen, das vom Standpunkt des industriellen Kapitalisten unrentabel geworden, da es nicht mehr den Durchschnittsprofit erzeugt, ist für die neuen Käufer durchaus rentabel und die alten Besitzer würden bei völliger Einstellung nur noch mehr verlieren. Aber auch die mit Verlust arbeitende Aktiengesellschaft ist widerstandsfähiger. Während der Privatunternehmer in diesem Falle gewöhnlich verloren, der Bankerott unausbleiblich ist, kann die Aktiengesellschaft verhältnismässig leicht „reorganisiert" werden. Denn ihr macht es die Leichtigkeit der Kapitalsbeschaffung eher möglich, die Summen aufzubringen, die zur Fortführung und Sanierung nötig sind. Die Aktionäre müssen in der Regel zustimmen. Im Aktienpreis ist ja dieser Stand des Unternehmens ausgedrückt. Sie müssen den tatsächlichen Verlust nur auch nominell ausdrücken. Das Aktienkapital wird herabgesetzt; das heisst, das

---

[1]) „Namentlich über die Konkurrenz der Aktiengesellschaften hat die Kommission von 1886 besonders viele Klagen zu hören bekommen; viele Zeugen behaupteten, die Hauptursache der niedrigen Warenpreise bestehe darin, dass in vielen Produktionszweigen Aktiengesellschaften eine übermässige Verbreitung gefunden hätten. Diese könnten zu arbeiten fortfahren, selbst ohne einen Profit, da im Interesse der Leute, welche die Geschäfte leiten (des Vorstandes, des Aufsichtsrates u. s. w.) eine Weiterführung der Produktion ohne Rücksicht auf ihre Rentabilität liege." Tugan-Baranowski, Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England. Jena 1901. Seite 162.

Erträgnis verteilt sich auf ein geringeres Kapital, ist diesem alsdann angemessen. Oder wenn kein Erträgnis da ist, so wird neues Kapital aufgebracht, das, mit dem minder bewerteten alten zusammengenommen, nunmehr genügenden Ertrag abwirft. Nebenbei sei bemerkt, dass diese Sanierungen und Reorganisationen für die Banken von doppelter Bedeutung sind: erstens als gewinnbringendes Geschäft und zweitens als eine Gelegenheit, solche notleidenden Gesellschaften von sich in Abhängigkeit zu bringen.

Die Trennung des Kapitaleigentums von seiner Funktion ist auch auf die Führung des Betriebes von Einfluss. Für die Leiter der Aktiengesellschaft können bis zu einem gewissen Grade die Interessen des Eigentümers auf Erzielung eines möglichst grossen und raschen Profits, der Drang zum Raubbau, der in jeder Kapitalistenseele schlummert, zurücktreten hinter die rein technischen Erfordernisse, die der Betrieb stellt. Sie werden in energischerer Art, als es der Privatunternehmer tut, die Ausgestaltung des Betriebes, die Modernisierung veralteter Einrichtungen, auch die Führung des Konkurrenzkampfes um Eroberung neuer Gebiete betreiben, trotz der Opfer, die die Befriedigung ihrer Forderungen die Aktionäre kostet. Es wird bei der Verwaltung des fremden Kapitals ein energischerer, kühnerer und rationellerer, von persönlichen Rücksichten freierer Zug sich geltend machen, um so mehr als eine solche Politik auch die Zustimmung der grossen, herrschenden Aktionäre in der Regel finden wird, die die vorübergehenden Einschränkungen ihres Profits leicht ertragen können, während sie schliesslich in erhöhtem Kurs und erhöhtem Profit auch die Früchte der Opfer einheimsen, die die kleinen Aktionäre, die schon längst ihren Besitz veräussert haben, gleichfalls bringen mussten.

Die Aktiengesellschaft ist darin dem Individualunternehmen überlegen, dass bei ihr die rein ökonomischen Bedingungen und Bedürfnisse sich durchsetzen auch gegen die Bedingungen des individuellen Eigentums, die unter Umständen in Widerspruch zu den technisch-ökonomischen Erfordernissen geraten können.

Die Konzentrationsbewegung des Kapitals wird ständig begleitet von der Loslösung von Kapitalteilen, die als neue selbständige Kapitale fungieren. „Eine grosse Rolle spielt dabei unter anderem die Teilung des Vermögens in Kapitalistenfamilien . . . Die Akkumalation und die sie begleitende Konzentration sind also

nicht nur auf viele Punkte zersplittert, sondern der Wachstum der funktionierenden Kapitale ist durchkreuzt durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale. Stellt sich die Akkumulation daher einerseits dar als wachsende Konzentration der Produktionsmittel und des Kommandos über Arbeit, so anderseits als Repulsion vieler individueller Kapitale voneinander.“[1])

Mit der Ausdehnung des Aktienwesens löst sich so die ökonomische Entwicklung los von den individuellen Zufälligkeiten der Eigentumsbewegung, die in dem Schicksal der Aktien, nicht der Aktiengesellschaft, erscheint. Die Konzentration der Unternehmungen kann also rascher erfolgen als die Zentralisation des Eigentums. Beide Bewegungen haben ihre eigenen Gesetze. Doch ist die Konzentrationstendenz bei beiden vorhanden. Bei der Eigentumsbewegung erscheint sie nur zufälliger und weniger zwingend und wird auch in der Tat oft durch Zufälligkeiten durchkreuzt. Es ist dieser Schein, der manche veranlasst, von einer Demokratisierung des Eigentums durch die Aktie zu reden. Die Trennung der industriellen Konzentrationsbewegung von der Eigentumsbewegung ist wichtig, weil dadurch die erstere nur mehr den technisch-ökonomischen Gesetzen zu folgen braucht, unabhängig von der Schranke des individuellen Eigentums. Diese Konzentration, die nicht zugleich Eigentumskonzentration ist, muss unterschieden werden von der Konzentration und Zentralisation[2]), die durch Eigentumsbewegung und mit ihr zugleich erfolgt.

Durch die Verwandlung des Eigentums in Aktieneigentum wird der Eigentümer zum Eigentümer minderen Rechts. Als Aktienbesitzer ist er abhängig von den Entschlüssen aller anderen Aktienbesitzer; er ist nur ein Glied (wenn auch nicht gerade immer ein dienendes) einer Gesamtheit. Mit der Ausdehnung des Aktienwesens wird so das kapitalistische Eigentum immer mehr zu solchem beschränkten Eigentum, das dem Kapitalisten nur einen blossen Mehrwertstitel gibt, ohne ihm zu erlauben, entscheidend in den Gang der Produktion einzugreifen. Diese Beschränkung gibt aber zugleich dem Besitzer der Aktienmajorität die unumschränkte Herrschaft über die Minorität, und so wird das Eigentum der grössten Zahl der kleinen Kapitalisten immer mehr beschränkt, die unumschränkte

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 589 ff.

[2]) Siehe über den Unterschied dieser beiden Begriffe Marx, „Kapital“, I., Seite 591 ff.

Verfügung über die Produktion beseitigt, der Kreis der Produktionsbeherrscher stets enger; die Kapitalisten bilden eine Gesellschaft, in deren Leitung die meisten von ihnen nichts dreinzureden haben. Die wirkliche Verfügung über das Produktionskapital steht Leuten zu, die nur einen Teil desselben wirklich beigesteuert haben. Die Besitzer der Produktionsmittel existieren nicht mehr als einzelne, sondern sie bilden eine Gesellschaft, von der der einzelne nur die Forderung auf den aliquoten Teil des Erträgnisses hat.

4. Die Emissionstätigkeit.

Als Vermittler des Wechselverkehrs substituieren die Banken Bankkredit dem kommerziellen Kredit. Als Vermittler der Verwandlung von brachliegendem Geld in Geldkapital führen die Banken den produktiven Kapitalisten neues Kapital zu. In einer dritten Funktion führen die Banken gleichfalls den Produktiven Kapital zu, aber nicht, indem sie es ihnen leihen, sondern indem sie Geldkapital in industrielles Kapital und in fiktives Kapital verwandeln und diese Umwandlung selbst vornehmen. Einerseits führt die Entwicklung immer mehr dazu, dass alles Geld in den Banken zusammenströmt und nur durch ihre Vermittlung in Geldkapital verwandelt werden kann. Anderseits hört durch die Verwandlung des Bankkapitals in industrielles das Kapital auf, in Geldform zu existieren, und hört damit auf, geeigneter Bestandteil des Bankkapitals zu sein. Diesen Widerspruch löst die Mobilisierung des Kapitals, seine Verwandlung in fiktives Kapital, in kapitalisierte Erträgnisanweisungen. Da gleichzeitig mit dieser Verwandlung sich der Markt für diese Anweisungen entwickelt, sie damit jederzeit in Geld verwandelbar werden, können sie Bestandteil des Bankkapitals selbst werden. Die Bank geht hier kein Kreditverhältnis ein, sie realisiert auch keinen Zins. Die Bank stellt nur das zur Verwandlung in industrielles Kapital bestimmte Geldkapital in Form des fiktiven Kapitals dem Markt zur Verfügung. Dort wird das fiktive Kapital verkauft und die Bank realisiert den Gründergewinn, der aus der Umwandlung des industriellen in fiktives Kapital entspringt. Der Ausdruck „Emissionskredit" bezeichnet also kein Kreditverhältnis, sondern bedeutet nur das mehr oder weniger begründete Vertrauen des Publikums, von der Bank nicht beschwindelt zu werden.

Diese Funktion der Bank, die Mobilisierung des Kapitals durchzuführen, entspringt aus ihrer Verfügung über das gesamte Geld

der Gesellschaft. Zugleich bedingt diese Funktion ein grosses eigenes Kapital der Bank. Das fiktive Kapital, der Schuldtitel, ist eine Ware sui generis, die erst durch Verkauf in Geld rückverwandelt wird. Dazu ist eine gewisse Zirkulationszeit nötig, während der das Kapital der Bank in dieser Ware festliegt. Zudem mag der Verkauf nicht in jedem Zeitpunkt möglich sein, während die Verpflichtungen der Bank stets in Geldform zu erfüllen sind. Es muss daher für diese Transaktionen stets der Bank Kapital zur Verfügung stehen, für das sie nicht verpflichtet ist, also eigenes Kapital; zugleich wächst mit der Entwicklung der industriellen Unternehmung die Grösse der Transaktionen, und damit die Notwendigkeit der Vergrösserung des Bankkapitals[1]).

Je stärker die Bankenmacht, desto vollständiger gelingt die Reduktion der Dividende auf den Zins, desto vollständiger fällt der Gründergewinn der Bank zu. Umgekehrt wird es starken und gefestigten Unternehmungen gelingen, bei Kapitalserhöhungen selbst einen Teil des Gründergewinnes dem eigenen Unternehmen zu sichern. Es entspinnt sich dann eine Art Kampf um die Verteilung des Gründergewinnes zwischen der Gesellschaft und der Bank und damit ein neues Motiv für die Bank, ihre Herrschaft über das Unternehmen zu sichern.

Es versteht sich von selbst, dass Gründergewinn nicht nur gemacht wird bei Gründungen im eigentlichen Sinne des Wortes, seien es völlige Neugründungen oder Umwandlungen bestehender Privatunternehmungen in Aktiengesellschaften. Gründergewinn im ökonomischen Sinne des Wortes kann ebenso bei jeder Kapitalserhöhung bestehender Aktiengesellschaften erzielt werden, vorausgesetzt, dass ihr Erträgnis mehr abwirft als blossen Zins.

---

[1]) Diese Tendenz zur Vergrösserung des Bankkapitals kann durch gesetzliche Eingriffe noch gesteigert werden. So hat die Bestimmung des deutschen Aktiengesetzes, dass bei Umwandlung von Privatunternehmungen in Aktiengesellschaften die Aktien erst ein Jahr nach der Gründung zum Börsenhandel zugelassen werden, die Folge, dass das Bankkapital ein Jahr hindurch nicht mobilisiert werden kann, während dieses Jahres also in industrielles verwandelt bleibt und nicht wieder Geldform annehmen kann. Dadurch wurde die Gründungstätigkeit besonders für grosse Unternehmungen das Monopol der ganz grossen Banken mit hohem Eigenkapital. Zugleich wurde dadurch die Tendenz zur Konzentration im Bankwesen gefördert. Diesen Grossbanken fällt dann auch der Gründungsgewinn zu.

Zum Teil ist das, was als Sinken des Zinsfusses imponiert, nur die Folge der fortschreitenden Reduktion der Dividende auf Zins, während im Gründergewinn immer mehr der gesamte Unternehmergewinn kapitalisiert erscheint, ein Prozess, der zur Voraussetzung hat eine verhältnismässig hohe Entwicklung der Banken und ihrer Verbindung mit der Industrie, sowie eine entsprechende Entwicklung des Marktes des fiktiven Kapitals, der Börse. Wenn in den Siebzigerjahren in den Vereinigten Staaten der Zins für Eisenbahnobligationen 7 Prozent betrug gegen $3^1/_2$ Prozent heute[1]), so deswegen, weil heute der Teil, der in den 7 Prozent als Unternehmergewinn steckte, von den Gründern kapitalisiert wird. Dies ist auch deswegen wichtig, da es bedeutet, dass der Gründergewinn steigende Tendenz hat, weil der Ertrag für Aktien und Obligationen immer mehr auf den blossen Zins reduziert wird. Dieser steigenden Tendenz des Gründergewinnes wirkt entgegen der Fall der Profitrate, doch darf man annehmen, dass dieser so oft unterbrochene Fall, dem so viele den Profit steigernde Gegenwirkungen gegenüberstehen, in seinem schliesslichen Ergebnis die steigende Tendenz des Gründergewinnes nicht aufheben konnte, dieser also bis in die neueste Zeit steigende Richtung hatte, und zwar in den Ländern am stärksten, wo die Entwicklung von Bank und Börse am raschesten vor sich ging und der Einfluss der Banken auf die Industrie seine grösste Vollendung erfuhr.

Während der Geldkapitalist durch Verleihen des Kapitals Zins erhält, erhält die Aktien emittierende Bank, die in diesem Fall nichts ausleiht, auch keinen Zins. Den Zins erhalten vielmehr die Besitzer der Aktien als Dividende. Der Bank fliesst der Unternehmergewinn zu; aber nicht als jährliche Revenue, sondern kapitalisiert als Gründergewinn. Der Unternehmergewinn ist eine fortlaufende Einnahme, die aber der Bank im Gründergewinn ein für allemal ausbezahlt ist. Die Bank hat die kapitalistische Verteilung des Eigentums als ewig und unabänderlich gesetzt und eskomptiert im Gründergewinn diese Ewigkeit. Sie ist damit auch ein für allemal abgefunden und hat keinen Anspruch auf Entschädigung für die Aufhebung dieser Eigentumsverteilung. Sie hat ihren Lohn bereits dahin.

---

[1]) Siehe Edward Sherwood Meade. „Trust Finance", New-York 1907, Seite 243.

Achtes Kapitel.

Die Effektenbörse.

1. Die Börsenpapiere. Die Spekulation.

Die Börse ist der Markt für die Effekten. Darunter verstehen wir hier zunächst ganz allgemein „Wertpapiere“, die Geldsummen repräsentieren. Sie zerfallen in zwei Hauptgruppen: Geldanweisungen, die nichts anderes darstellen als Schuldscheine, also Kreditpapiere, die auf die Geldsumme lauten, auf die sie ausgestellt sind; deren Hauptrepräsentant ist der Wechsel. Die zweite Gruppe wird dargestellt von Papieren, die nicht die Geldsumme, sondern deren Ertrag repräsentieren; sie zerfallen wieder in zwei Unterabteilungen, in die festverzinslichen Papiere — Staatsschuldscheine und Obligationen — und in die Dividendenpapiere, Aktien. In der kapitalistischen Gesellschaft wird aber, wie wir bereits wissen, jeder regelmässig (jährlich) wiederkehrende Ertrag als Revenue eines Kapitals aufgefasst, dessen Grösse gleich ist dem zu dem herrschenden Zinsfuss kapitalisierten Ertrag. So repräsentieren diese Wertpapiere gleichfalls Geldsummen. Der Unterschied gegenüber der früheren Gruppe ist jedoch der: bei den Kreditpapieren ist die Geldsumme das Primäre; Geld oder Wert von gleicher Grösse ist wirklich verliehen worden und trägt nun Zinsen. Diese Papiere zirkulieren nur eine bestimmte Zeit — sie finden ihr Ende, wenn das Kapital zurückgezahlt wird. Damit ist der Wechsel verfallen. Dass ständig Wechsel im Umlauf sind, hindert nicht, dass der einzelne Wechsel ständig verfällt und damit das ausgeliehene Kapital an den Ausleiher zurückfliesst. Dieser hält dann die Geldsumme wieder in Händen und kann sie von neuem ausleihen. Der Verfall des Wechsels, also der ständige Rückfluss des Kapitals zu seinem Eigentümer, ist hier die Bedingung der ständigen Erneuerung des Prozesses.

Anders in der zweiten Gruppe: Hier ist das Geld definitiv weggegeben; bei den Staatspapieren kann es längst unproduktiv verzehrt sein, also gänzlich verschwunden sein, bei den Industriepapieren ist es im Ankauf von konstantem und variablem Kapital ausgegeben, es hat als Kaufmittel gedient, sein Wert ist nun vorhanden in den Elementen des produktiven Kapitals, die Geldsumme ist in den Händen der Verkäufer und kehrt nicht mehr zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Die Aktien können dieses Geld schon deshalb nicht mehr repräsentieren, weil dieses Geld in die

Hände der Warenverkäufer (der Verkäufer der Elemente des produktiven Kapitals) übergegangen ist, deren Eigentum es damit wurde. Sie repräsentieren aber auch durchaus nicht das produktive Kapital selbst. Denn erstens haben die Aktienbesitzer keinen Anspruch auf irgend einen Teil des produktiven Kapitals, sondern nur auf das Erträgnis, und zweitens repräsentiert die Aktie nicht irgend einen konkreten Gebrauchswert nach Art der Warrants oder Ladescheine, wie es sein müsste, wenn die Aktie wirklich einen Anteil an dem produktiv fungierenden Kapital darstellte, sondern sie gibt nur Anspruch auf eine Geldsumme. Dass sie das tut, macht ja die „Mobilisierung“ des industriellen Kapitals aus. Diese Geldsumme ist aber nichts anderes als der zum jeweiligen Zinsfuss kapitalisierte Ertrag. Hier ist also der Ertrag, die jährliche Revenue, der Ausgangspunkt für die Bewertung des Papieres und erst nach dem Ertrag wird die Geldsumme berechnet.

Die festverzinslichen Papiere nähern sich der ersten Gruppe insofern, als jederzeit in einem bestimmten Moment einem festen Erträgnis eine bestimmte Geldsumme entspricht. Aber sie gehören zur zweiten Gruppe, weil das Geld, das sie ursprünglich repräsentierten, definitiv fortgegeben ist und nicht an den Ausgangspunkt zurückzukehren braucht, das Kapital, das sie darstellen, also fiktiv, seine Grösse nur aus dem Ertrag berechnet ist. Der Unterschied der festverzinslichen Papiere von den anderen Ertragspapieren erscheint darin, dass, von den zufälligen Bestimmungsgründen abgesehen, erstere in ihren Preisen abhängen von dem Zinsfuss, letztere von diesem und der jeweiligen Höhe des Ertrages. Der Preis der ersteren wird somit verhältnismässig nur geringen Schwankungen unterliegen, Schwankungen zudem, die allmählich vor sich gehen mit den leichter vorauszusehenden allgemeinen Schwankungen des Zinsfusses. Dagegen ist die Höhe des Ertrages bei der zweiten Gruppe unbestimmt, mannigfachen, nicht immer voraus berechenbaren Aenderungen unterworfen, die starke Preisschwankungen dieser Papiere bewirken. Diese bilden damit das hauptsächliche Objekt der Spekulation.

Aus dem bisherigen folgt bereits, dass die allgemein übliche Bezeichnung der Börse als „Kapitalmarkt“ ihr Wesen nicht trifft.

Die Papiere der ersten Gruppe sind Schuldscheine. Sie sind ihrer überwiegenden Mehrheit nach entstanden aus Akten der Zirkulation, aus Warenübertragung ohne Dazwischenkunft des Geldes,

das hier nur als Zahlungsmittel fungiert hat. Sie haben als Kreditgeld das bare Geld ersetzt. Ihr Handel auf der Börse bedeutet nur die Uebertragung der Kreditgewährung von dem einen auf den anderen. Die Zirkulation des Kreditgeldes hat aber, wie wir bereits wissen, zur Voraussetzung und zur Ergänzung die Zirkulation wirklichen Geldes. Da das Kreditgeld, das hier zirkuliert, nicht nur den inländischen, sondern auch den ausländischen Zahlungsverkehr vermittelt, so muss der Börse nicht nur das inländische Kreditgeld, sondern auch das ausländische Kreditgeld und Hartgeld zur Verfügung stehen. Als Ergänzung des Kreditgeldverkehrs findet daher auch der Handel in ausländischer Valuta und der Geldhandel auf der Börse sein Zentrum. Hier strömt das jederzeit verfügbare Geldkapital zusammen, um Anlage zu suchen und sie in den Kreditpapieren zu finden. In dieser Tätigkeit konkurriert die Börse mit den eigentlichen Kreditinstituten, den Banken. Der Unterschied ist aber sowohl quantitativ als qualitativ. Quantitativ, da hier nicht wie bei den Banken die Sammlung aus den verschiedensten kleinen Quellen eine Rolle spielt, sondern von vornherein grosse angesammelte Kapitalien nach Anlage suchen. Die Konzentration der Gelder, die bei den Banken eine so wichtige Funktion ausmacht, ist hier schon vollzogen. Qualitativ ist der Unterschied der, dass es sich nicht um verschiedene Arten der Kreditgewährung handelt. Hier wird nur das Geld zur Verfügung gestellt, das zur Erhaltung der Kreditgeldzirkulation nötig ist. Das Geld wird angelegt in grossen Beträgen, erstklassigen Wechseln. Sowohl bei der Nachfrage als bei dem Angebot handelt es sich um grosse Summen, Angebot und Nachfrage stehen sich konzentriert gegenüber. Hier ist es, wo der Marktpreis des Leihkapitals, der Zinsfuss, sich bildet. Es ist der reine Zins — befreit von jeder Risikoprämie — handelt es sich doch um die besten Papiere, die in dieser schlechten kapitalistischen Welt zu haben sind, an deren Güte ein Zweifel weit unmöglicher ist als ein Zweifel an der Güte des lieben Gottes. Der Zins auf diese feinsten Wechsel — fein natürlich nicht im Sinne des schnöden Gebrauchswerts, auch Primawechsel werden nicht auf Büttenpapier geschrieben — scheint unmittelbar aus dem blossen Eigentum an Geldkapital herzurühren. Das Geld scheint gar nicht fortgegeben; denn es kann jeden Moment durch die stets mögliche Weiterbegebung des Wechsels realisiert werden. Auf alle Fälle wird es nur vorübergehend angelegt, stets bereit zu anderer

Verfügung. Die Sicherheit und die kurze Fälligkeit bedingen die Niedrigkeit des Zinses für diese Anlagen, zu denen nur ganz grosse, oft nur momentan verfügbare Kapitalien geeignet sind. Es ist der Zins, der den Ausgangspunkt bildet für die Berechnung des Zinses für die anderen Anlagezweige. Seine Höhe bestimmt auch die Wanderungen der freien, schwebenden, flottierenden Geldkapitalien von und zu den verschiedenen Börseplätzen. Diese Gelder treten in beständig wechselndem Umfang in die Zirkulation des Weltgeldes ein und aus.

Die Börse bildet hier den Markt für den Geldverkehr der grossen Banken und Grosskapitalisten untereinander. Die Wechsel, um die es sich handelt, tragen die Unterschrift eines der ersten Bankhäuser. Die Banken des In- und Auslandes oder sonstige Grosskapitalisten legen in diesen Wechseln flüssige Gelder zu zinstragender und absolut sicherer Verwendung an. Umgekehrt bringen die grossen Kreditinstitute diese Wechsel an die Börse, um sich die nötigen Mittel zu verschaffen, wenn die an sie gestellten Ansprüche ihre verfügbaren Kapitalien überschreiten[1]).

Die Geldsummen, die dieser Verkehr erfordert, expandieren und kontrahieren sich, aber sie sind immer in einem gewissen Minimalumfang vorhanden. Mit ihnen werden die Wechsel gekauft und die Gelder kehren zurück, wenn der Wechsel verfällt. Durch diese beständige Rückkehr des Geldes zu seinem Ausgangspunkt, durch seine Funktion als blosser Vermittler des Kreditverkehrs, unterscheidet sich die Zirkulation des Geldes, das in dieser ersten Gruppe der Börsenpapiere angelegt wird, sofort von der Anlage des Geldes in der zweiten Gruppe, zum Beispiel von der Anlage in Aktien. Hier wird das Geld definitiv fortgegeben, in produktives Kapital verwandelt und wandert in die Hände der Warenverkäufer. Es kehrt nicht wie im ersten Fall zur Börse zurück. Statt des Geldes sind jetzt die kapitalisierten Zinstitel vorhanden. Hier wird wirklich dem Geldmarkt Geld entzogen.

Auf dem Wechselmarkt konkurriert die Börse mit den Banken. Die Entwicklung der letzteren nimmt der Börse einen Teil der Wechsel; die Beziehungen zwischen den industriellen Kapitalisten und der Börse als Vermittlerin des Zahlungskredits, die in der Entstehungszeit der Börsen deren wichtigste Funktion war,

[1]) Vergleiche die instruktive Schrift von W. Prion, „Das deutsche Wechseldiskontgeschäft", Leipzig 1907.

werden von den Banken zum grössten Teil ihr abgenommen. Es bleibt ihr nur die Vermittlung zwischen den Banken selbst und der Devisenhandel, der die ausländischen Zahlungen vermittelt und den Wechselkurs reguliert. Aber auch hier vollzieht sich ein grosser Teil des Verkehrs direkt durch die Banken, die zu diesem Zwecke ihre auswärtigen Filialen unterhalten. Die Entwicklung der Banken wirkt in doppelter Hinsicht auf die Einschränkung dieses Teiles des Börsenverkehrs. Zunächst direkt dadurch, dass die Banken ihre stets wachsenden Gelder in immer grösserem Masse ohne Vermittlung der Börse in Wechseln anlegen. Sodann dadurch, dass durch die Entwicklung der Banken der Wechselkredit zum Teil durch andere Kreditformen ersetzt wird.

Der Wechsel ist Kredit, der von einem produktiven Kapitalisten (darunter wird jeder Kapitalist, der Profit macht, verstanden; also auch der Kaufmann) dem anderen an Zahlungsstatt gegeben wird. Der Kapitalist, der ihn empfängt, lässt ihn von der Bank diskontieren, die somit jetzt den Kredit gewährt. Haben beide Kapitalisten ein Depot oder einen offenen Bankkredit bei der Bank, so können sie statt des Wechsels mit einem Scheck auf die Bank oder durch Ueberschreibung in den Büchern der Bank ihre Zahlung regeln. Der Wechsel ist überflüssig geworden. An seine Stelle ist eine Transaktion in den Büchern der Bank getreten, die nach aussen im Gegensatz zum Wechsel, der weiterbegeben werden kann, gar nicht in Erscheinung tritt. Dadurch, dass die Banken in immer grösserem Masse die Zahlungen ihrer Kunden regeln, findet eine Einschränkung des Wechselverkehrs statt, von der auch der Börsenmarkt für Wechsel betroffen wird. Dazu kommt in Ländern mit Notenbankmonopol die beherrschende Stellung der Notenbank auf dem Devisenmarkt, eine Stellung, die nicht zugunsten der Börse, sondern nur zugunsten der Grossbanken erschüttert wird. Eine spezifische Börsentätigkeit findet auf diesem Gebiete des Kreditgeldumsatzes nicht statt, mit Ausnahme der Valutaspekulation. Die Börse ist hier nur der zusammenfassende Markt für die Geldsummen, die dem Kreditgeldverkehr zur Verfügung gestellt werden.

Das Gebiet der eigentlichen Börsentätigkeit ist der Markt der Zinstitel oder des fiktiven Kapitals. Hier findet zunächst die Anlage des Geldes als Geldkapital statt, das in produktives umgewandelt werden soll. Das Geld wird definitiv im Ankauf der Zinstitel fortgegeben und kehrt nicht wieder zurück. Der Börse strömt nur all-

jährlich der erzielte Zins zurück, also anders wie bei der Geldanlage für Kreditpapiere, wo das Kapital selbst gleichfalls zurückkehrt. Vielmehr ist für den Kauf und Verkauf der Zinstitel weiteres Geld nötig, das der Zirkulation an der Börse selbst dient. Diese Geldsummen sind im Verhältnis zu den umgesetzten Summen gering. Da die Zinstitel Geldanweisungen darstellen, so können sie unmittelbar miteinander kompensiert werden und es ist stets nur eine kleine Bilanz auszugleichen; durch eigene Anstalten zur Abrechnung dieser Differenzen wird dafür gesorgt, dass tatsächlich nur der Betrag der Bilanz mit Bargeld beglichen werden muss. Absolut genommen sind aber die für Börsenzwecke erforderlichen Zirkulationsmittel namentlich in Zeiten starker Spekulation bedeutend, da gerade in erregten Spekulationszeiten die Spekulation meist einseitig gerichtet ist und daher die Bilanz, die auszugleichen bleibt, stark anwächst.

Es entsteht nun die Frage nach der Art der Börsentätigkeit und ihrer Funktion. Wir haben gesehen, dass die Börsentätigkeit auf dem Wechselmarkt mit der Tätigkeit der Banken übereinstimmt. Ebenso ist der Kauf von Wertpapieren zu Anlagezwecken keine spezifische Funktion der Börse. Die Wertpapiere können ebensogut auf der Bank gekauft werden wie auf der Börse und werden es auch in der Tat in immer höherem Masse. Die spezifische Börsentätigkeit ist vielmehr die S p e k u l a t i o n.

Die Spekulation erscheint zunächst als Kauf und Verkauf. Es ist aber nicht Kauf von Waren, sondern von Zinstiteln. Damit der produktive Kapitalist seinen Profit realisiert, muss sein Warenkapital in Geld verwandelt werden, also seine Ware verkauft sein. Nimmt ihm die Verkaufsfunktion ein anderer Kapitalist ab, so muss ihm der Industrielle einen Teil seines Profits abtreten. Der ganze in der Ware steckende Profit wird erst beim Verkauf an den Konsumenten definitiv realisiert. Die Ware wird dabei vom Produzenten zum Konsumenten bewegt, wobei es natürlich unsinnig ist, dabei an die örtliche Bewegung zu denken (man denke nur an den Häuserkauf) und den Handel mit dem Transport zu verwechseln. Bei Kauf und Verkauf handelt es sich nicht um Lokalereignisse, sondern um ökonomische Vorgänge, Eigentumsübertragungen. Bei allen nicht intensiven Vorgängen handelt es sich auch um räumliche Veränderung. Aber wer sieht das Wesen des Theatervergnügens im Aufsuchen des Theaterraumes?

Die Ware fällt schliesslich der Konsumtion anheim und verschwindet damit vom Markte. Der Zinstitel ist dagegen seiner Natur nach ewig. Er fällt nie in dem Sinne aus der Zirkulation wie die Ware. Selbst wenn er zu Anlagezwecken dem Markt momentan entzogen ist, kann er doch jederzeit auf den Markt zurückkehren und kehrt tatsächlich nach längerer oder kürzerer Zeit in grösserer oder geringerer Anzahl dorthin zurück. Für die Spekulation selbst ist aber die Entfernung des Zinstitels vom Markte und damit aus der Zirkulation weder Zweck noch Wirkung. Das eigentliche Spekulationspapier ist beständig auf der Börse in Zirkulation. Es ist ein Hin- und Herbewegen, ein Kreisen und keine Fortbewegung.

Der Warenkauf und -Verkauf ist ein gesellschaftlich notwendiger Vorgang. Durch ihn erfüllt sich in der kapitalistischen Wirtschaft die Lebensbedingung der Gesellschaft, er ist eine Conditio sine qua non dieser Gesellschaft. Die Spekulation ist dies keineswegs in gleicher Weise. Sie betrifft nicht das kapitalistische Unternehmen, weder den Betrieb noch sein Produkt. Der Besitzwechsel, die stete Zirkulation, ist für das einmal gegründete Unternehmen ohne Einfluss. Die Produktion und ihr Ertrag wird nicht dadurch berührt, dass die Anweisungen auf den Ertrag die Hände wechseln; ebensowenig wird der Wert des Ertrages geändert durch die Preisänderungen der Aktien. Umgekehrt ist es caet. par. der Wert des Ertrages, der diese Preisänderungen bestimmt. Der Kauf und Verkauf dieser Zinsanweisungen ist also ein rein wirtschaftliches Phänomen, eine reine Verschiebung in der privaten Eigentumsverteilung, ohne jede Einwirkung auf die Produktion oder die Realisierung des Profits (wie beim Warenverkauf). Die Gewinne oder Verluste der Spekulation entstehen also nur aus den Differenzen der jeweiligen Bewertungen der Zinstitel. Sie sind nicht Profit, nicht Anteil am Mehrwert, sondern entspringen nur aus Schwankungen der Bewertungen des Mehrwertanteiles, der aus dem Unternehmen auf die Aktienbesitzer entfällt, Schwankungen, die, wie wir noch sehen werden, durchaus nicht aus Veränderung im wirklich realisierten Profit zu entstehen brauchen. Es sind reine Differenzgewinne[1]). Während die Kapitalistenklasse als solche

[1]) Wohlgemerkt: Wir sprechen hier durchaus nicht von den sogenannten Differenzgeschäften, wobei die tatsächliche Lieferung der Effekten nicht erfolgt und die Spekulation durch Zahlung der Kursdifferenzen abgeschlossen wird. Viel-

sich einen Teil der Arbeit des Proletariats ohne Aequivalent aneignet und so ihren Profit erzielt, gewinnen die Spekulanten nur voneinander. Der Verlust des einen ist der Gewinn des anderen. Les affaires, c'est l'argent des autres.

Die Spekulation besteht in der Ausnützung der Preisänderung. Aber nicht in der Ausnützung der Preisänderung der Waren. Dem Spekulanten ist es im Gegensatz zum produktiven Kapitalisten gleichgültig, ob die Preise sinken oder steigen. Ihm handelt es sich nicht um Warenpreise. Diese kommen für ihn nicht in Betracht, sondern nur die Preise seiner Zinstitel. Diese hängen aber ab von der Grösse des Profits, einer Grösse, die steigen oder fallen kann, bei gleichbleibenden, sinkenden oder steigenden Preisen. Denn für den Profit entscheidend ist nicht die absolute Preishöhe der produzierten Ware, sondern das Verhältnis ihres Kost- zu ihrem Verkaufspreis. Aber es ist dem Spekulanten auch nicht wesentlich, ob der Profit steigt oder ob er fällt; es kommt ihm nur auf die Veränderung an und darauf, diese vorauszusehen. Sein Interesse ist durchaus ein anderes als das des produktiven Kapitalisten sowohl, als auch des Geldkapitalisten, der einen möglichst stabilen, sich womöglich stets erhöhenden Ertrag wünscht. Die Warenpreiserhöhungen haben nur dann Einfluss auf die Spekulation, wenn sie Index eines erhöhten Profits sind. Es sind die Veränderungen im Profit, die vorausgehen müssen, respektive erwartet werden, die die Spekulation bestimmen. Der Profit aber, der da produziert wurde, wird verteilt ohne Rücksicht auf die Spekulation. Der Profit verteilt sich ja auf die Eigentümer des produktiven Kapitals oder auf die Eigentümer der Profittitel. Der Spekulant aber als solcher zieht seinen Gewinn durchaus nicht aus dem erhöhten Profit; er kann ebenso gewinnen durch einen Fall des Profits; er rechnet überhaupt nicht auf die Profiterhöhung, sondern nur auf die Preisveränderungen der Profittitel infolge der Profitsteigerung oder -Senkung. Er behält nicht die Profittitel in der Hoffnung, erhöhte Profite einzustecken — das tut der Anlagekapitalist — sondern er sucht zu gewinnen durch

mehr ist jeder Spekulationsgewinn Differenzgewinn in ökonomischem Sinne. Die Technik des zugrunde liegenden Börsengeschäfts ist dafür ebenso gleichgültig wie der Umstand, dass den Kapitalisten und zum Teil auch den Oekonomen aller kapitalistische Gewinn als Differenz erscheint, ganz gleich, ob es sich um industriellen oder kommerziellen Profit, Grundrente, Zins oder Spekulationsgewinn handelt.

Kauf und Verkauf seiner Profittitel. Sein Gewinn besteht aber nicht in irgend einer Anteilnahme am Profit — er gewinnt ja eventuell auch bei fallendem Profit — sondern an der Preisveränderung, daran, dass er in einem gegebenen Zeitpunkt billiger kaufen kann, als er früher verkauft, oder teurer verkaufen, als er früher gekauft hat. Würden alle Teilnehmer der Spekulation in gleicher Richtung handeln, würden also alle gleichzeitig die Profittitel höher oder niedriger bewerten[1]), so könnten überhaupt keine Spekulationsgewinne entstehen. Sie entstehen nur dadurch, dass entgegengesetzte Bewertungen sich bilden, von denen nur eine sich als richtig herausstellen kann. Die Differenz, die zwischen den Bewertungen der Profittitel zu einem gegebenen Zeitpunkt zwischen Käufern und Verkäufern entsteht, bildet den Spekulationsgewinn des einen, den Spekulationsverlust des andern. Der Gewinn des einen ist hier der Verlust des andern, ganz im Gegensatz zum Profit des produktiven Kapitalisten; denn der Profit der Kapitalistenklasse ist kein Verlust der Arbeiterklasse, die unter normalen kapitalistischen Verhältnissen nicht mehr als den Wert ihrer Arbeitskraft zu erhalten hat.

Es sind nun die Momente zu untersuchen, die die Spekulation bei ihren Operationen berücksichtigt. Das Hauptobjekt der Spekulation sind die nicht fest verzinslichen Papiere. Hier hängen die Preisveränderungen im wesentlichen von zwei Faktoren ab. Von der Höhe des Profits und von der Höhe des Zinsfusses. Der Profit ist zwar im allgemeinen theoretisch gegeben durch die Durchschnittsprofitrate. Aber diese ist nur der Ausdruck einer unzähligen Reihe von Einzelprofiten, deren Höhe von dem Durchschnittsniveau durchaus abweichen kann. Die Höhe des individuellen Profits ist aber für den Aussenstehenden völlig unerkennbar. Neben den allgemeinen Bestimmgründen der Profitrate: Grösse des Mehrwerts und Grösse des vorgeschossenen Kapitals, spielen hier alle Zufälligkeiten der Variationen der Marktpreise, der Ausnützung der Konjunktur durch individuelles Geschick der Unternehmer eine entscheidende Rolle. Nach aussen tritt nur der Marktpreis der

[1]) Und nicht nur in gleicher Richtung, sondern auch in gleicher Zeit und gleichem Grade. Denn Spekulationsgewinn entsteht auch dann, wenn einer ein Papier zu einem höheren Preise in einem späteren Zeitpunkt kauft, zu dem ein anderer verkauft, oder wenn einer einen höheren Preis gibt als ein zweiter, der zu diesem Preise schon verkauft.

Ware in Erscheinung; das entscheidende Moment, das Verhältnis des Marktpreises zum Kostpreis, bleibt nach aussen unerkennbar, ist oft den Unternehmern selbst erst am Schluss einer Umschlagsepoche nach genauer Berechnung bekannt. Abgesehen von der wirklichen Grösse des Profits, spielen eine Reihe von mehr oder weniger willkürlichen Momenten eine Rolle, die auf den Ertrag einwirken, der wirklich zur Verteilung auf die Zinstitel gelangt: Höhe der Abschreibungen, der Tantiemen, Bemessung der Reserven etc. Die letzteren Momente geben zugleich der Leitung des Unternehmens die Macht, die Höhe des Ertrages bis zu einem gewissen Umfang willkürlich festsetzen zu können und so die Kurse zu beeinflussen. Aber jedenfalls ist der eine Faktor der Preisbestimmung und der in praxi entscheidende für die Masse der Spekulanten durchaus unberechenbar. Bei den geringfügigen Preisdifferenzen, um die es sich manchmal handelt, und bei der Grösse des Ausschlages, den eine Veränderung des Profits durch seine Kapitalisierung im Kurse bewirkt, ist mit einer allgemeinen, mehr oder weniger oberflächlichen Kenntnis des Unternehmens noch sehr wenig getan. Umgekehrt gibt die intime Kenntnis den Eingeweihten eine grosse Sicherheit und die Befähigung, ihre Kenntnis fast risikolos zu Spekulationsgewinnen auszunützen.

Anders steht es mit dem zweiten Preisbestimmungsgrund, dem Zinsfuss. Wir haben gesehen, dass zur Betätigungsmöglichkeit der Spekulation eine Divergenz der Meinungen über die voraussichtliche Kursgestaltung bestehen muss, wie sie sich etwa aus der Ungewissheit über den künftigen Profit ergibt. Der Zinsfuss ist dagegen ähnlich wie der Marktpreis der Ware in jedem gegebenen Moment eine gegebene Grösse, also allen Spekulanten gleich bekannt. Aber auch seine Veränderung lässt sich in ihrer Richtung wenigstens mit annähernder Wahrscheinlichkeit vorausbestimmen, abgesehen von plötzlichen, mehr oder weniger starken Perturbationen, wie sie ausserordentliche, direkt auf den Geldbedarf einwirkende Ereignisse, Kriegs- oder Revolutionsausbruch, kosmische Katastrophen, mit sich bringen. Zudem tritt die Intensität der Wirkung von Zinsfussveränderungen auf die Kurse zurück; niedriger Zinsfuss herrscht gewöhnlich in Zeiten der Depression, wo die Spekulation matt, das Vertrauen gering ist und das Kursniveau der Industriepapiere trotz des niedrigen Zinsfusses tief steht. Umgekehrt wird zur Zeit der Hochkonjunktur und der entfesselten Spekulation der hohe Zinsfuss durch

die Erwartung gesteigerter Kursgewinne überwunden. Ist somit der Zinsfuss und seine Gestaltung ein sichereres Moment als die Vorausberechnung des Profits, so ist es im Wesen die Gestaltung des letzteren, die die Richtung der Spekulation angibt und ihre Intensität bestimmt. Es ist also gerade das unsichere, unberechenbare Moment, das die Spekulanten in Rechnung ziehen sollen. Mit anderen Worten: irgend eine sichere Voraussicht ist der Spekulation unmöglich, sie tappt bei ihren Operationen im Dunkeln. Die Börsenspekulation hat den Charakter von Spiel und Wette. Aber diese Wette wird zur Wette à coup sûr für die Eingeweihten.

Wie bei allen Preisen kann man auch bei den Kursen neben den eigentlichen Bestimmgründen des Preises jene gelegentlichen unterscheiden, die im veränderten Verhältnis von Nachfrage und Angebot zum Ausdruck kommen. Für die Spekulation, der es nur auf die Preisänderung und nicht auf deren Gründe ankommt, sind diese natürlich gleichgültig. Anderseits liegt es im Wesen der Spekulation, mit ihren stets wechselnden Stimmungen und Erwartungen — ein Wechsel, der aus ihrer Unsicherheit notwendig sich ergibt — selbst ein stets wechselndes Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu schaffen, das wieder preisändernd wirkt; jede Preisänderung aber ist auf diesem Gebiet wieder der Anstoss für neue Spekulationen, neue Engagements und Positionsänderungen, mit neuem Wechsel für Nachfrage und Angebot. So schafft die Spekulation in den Papieren, deren sie sich bemächtigt, einen stets aufnahmsbereiten Markt, gibt so die Möglichkeit für andere kapitalistische Kreise, ihr fiktives Kapital in wirkliches zu verwandeln, schafft also den Markt für den Umsatz des fiktiven Kapitals und damit die Möglichkeit des steten Wechsels der Anlagen im fiktiven Kapital und seiner steten Rückverwandlung in Geldkapital.

Die Unsicherheit der Spekulation schafft aber auch ein anderes Phänomen, die Möglichkeit der Beeinflussung der Spekulationsrichtung, des „Mitnehmens“ der kleinen Spekulanten durch die grossen. Da der Spekulant nichts weiss (oft im allgemeinen, aber jedenfalls nichts im besonderen[1]), so folgt er äusseren Anzeichen, der

[1] Dafür nur ein schlagendes Beispiel: „Dieser Tage tauchte die Meldung auf, der Phönix habe einen recht bedeutenden Auftrag auf Stahlröhren für amerikanische Rechnung erhalten; genannt wurde ein Wert von mehreren Millionen Mark. Leichten Herzens schenkte die Börse der Meldung Glauben und setzte die Kurse unserer heimischen Montanpapiere, vor allem aber

Stimmung, der allgemeinen Strömung des Marktes. Diese Stimmung kann aber erzeugt werden und wird in der Tat erzeugt von den grossen Spekulanten, die zudem mit mehr oder minderem Recht als eingeweiht gelten. Ihre Spekulationen werden von den Kleinen nachgemacht. Sie befestigen durch umfangreiche Käufe den Markt und erhöhen das Kursniveau, indem ihre gesteigerte Nachfrage die Preise hinauftreibt. Ist die Bewegung im Gange, so steigert sich die Nachfrage durch die Käufe aller jener, welche in ihrem Gefolge zu spekulieren glauben, und die Preise erhöhen sich weiter, obwohl die Beteiligung der Grossen bereits aufgehört hat. Diese können jetzt je nach ihrem Zweck ihren Gewinn allmählich realisieren oder das erhöhte Kursniveau mehr oder minder lang behaupten. Hier erzeugt die Verfügung über das grössere Kapital unmittelbar die Ueberlegenheit auf dem Markt, da die Marktrichtung selbst durch die Anwendungsart dieses Kapitals bestimmt wird. Während auf dem Gebiet der Produktion der Vorteil des grösseren Kapitals in der billigeren Produktion, also in der Senkung des Preises besteht, wird hier die Preisänderung direkt durch die Einwirkung des Kapitals hervorgerufen. Diesen Umstand können die Grosshändler in Effekten, die Banken, benützen, um die Spekulation in eine bestimmte Richtung zu drängen. Sie geben ihrer zahlreichen Klientel Winke für Kauf und Verkauf bestimmter Wertpapiere und erzielen somit gewöhnlich eine ihnen im voraus bekannte Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, was für sie, wie ein jedes Vorauswissen der Spekulationsrichtung, gewinnbringend ist. Zugleich aber zeigt sich die Wichtigkeit dieser Mitgeher, der Aussenseiter

---

Phönixaktien in die Höhe. Wusste sie doch, dass es in den Vereinigten Staaten zurzeit nicht unwesentlich besser aussieht als vor Monaten .... Aber draussen im Lande, in den Industrierevieren, da wird man sich wohl eins ins Fäustchen über jene abenteuerliche Meldung gelacht haben, die an der Berliner Börse eine so gute Stimmung auslöste, und besonders wohl im Direktorium des Phönix. Wird da einem Unternehmen ein Auftrag, ja ein Millionenauftrag und obendrein noch für amerikanische Rechnung angedichtet, das überhaupt keine Tonne Stahlröhren produziert, ja nicht einmal eine Beteiligungsziffer für Röhren im deutschen Stahlwerksverband besitzt. Also ein plumper Schwindel." „Berliner Tageblatt" vom 15. Juli 1909.

Wenn also Herr Arnhold (Deutsche Börsenenquete, Teil I, Seite 444) von spekulativer Denktätigkeit spricht, so ist das mehr eine Spekulation auf die Denkuntätigkeit der Zuhörer. Uebrigens muss er selbst das Zufällige und die Regellosigkeit der Spekulation für die Masse der Kleinen und der Mitläufer aus dem Publikum zugeben.

oder des Publikums. Für die berufsmässige Spekulation mögen sich Gewinne und Verluste gegenseitig aufheben; das grosse Publikum aber, das nur der Richtung folgt, die die grossen Spekulanten anzeigen und in dieser Richtung verharrt, wenn sich jene bereits mit ihrem realisierten Gewinn zurückgezogen haben, diese Naiven, die glauben, dass für sie jetzt der Moment gekommen sei, um teilzunehmen an den Früchten der Hochkonjunktur, sie sind es, die die Verluste zu tragen haben, und bei jedem Umschlag der Konjunktur oder auch nur bei jedem Umschlag der Börsenstimmung die Differenzen zahlen müssen, deren Einsackung die „produktive Tätigkeit" der Spekulation ausmacht.

Aber dass die Spekulation unproduktiv ist, dass sie den Charakter von Spiel und Wette trägt und in der Volksmeinung ganz richtig so eingeschätzt wird, dies alles sagt nichts gegen die Notwendigkeit der Spekulation auf Basis der kapitalistischen Gesellschaft oder zum mindesten in einer bestimmten Epoche der kapitalistischen Entwicklung. Es ist überhaupt ein apologetischer Kniff, alles was in der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist, als produktiv auszugeben; vielmehr schliesst die kapitalistische Produktion infolge ihrer Anarchie, infolge des Antagonismus zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und ihren Anwendern, in der Art ihrer Distribution von vornherein eine grosse Summe von Ausgaben und Aufwendungen ein, die keine Erhöhung des Reichtums bedeuten, in einer organisierten Gesellschaft in Wegfall kommen und in diesem Sinne unproduktiv[1]) sind. Ihre Notwendigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft zeugt nicht für ihre Produktivität, sondern nur gegen die Organisation dieser Gesellschaft.

Die Spekulation ist aber notwendig für die Erfüllung der Funktionen der Börse, die nun näher zu betrachten sind.

2. Die Funktionen der Börse.

Die Funktion der Börse ändert sich im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung. In ihren Anfängen dient die Börse dem Umsatz von Geldsorten und Wechseln. Dazu war nur nötig die Ansammlung freier Geldkapitalien, die in diesen Wechseln angelegt werden.

[1]) Ueber den Begriff der produktiven Arbeit im engeren Sinne siehe Marx, „Theorien über den Mehrwert". I. Bd., Seite 407 ff.

Später wird sie zum Markt des fiktiven Kapitals. Dieses entwickelt sich zuerst mit der Entwicklung des Staatskredits. Die Börse wird zum Markt der Staatsanleihen. Aber umwälzend wirkt erst die Verwandlung von industriellem Kapital in fiktives Kapital, also das immer stärkere Eindringen der Aktiengesellschaft in die Industrie. Einerseits dehnt sich damit das der Börse zur Verfügung stehende Material rasch und unbegrenzt aus, anderseits ist das Vorhandensein der Börse als stets aufnahmebereiter Markt die Voraussetzung für die Verwandlung von industriellem in fiktives Kapital und der Reduktion der Dividende auf Zins.

Mit der Entstehung dieses Marktes des fiktiven Kapitals ist die Möglichkeit der Spekulation gegeben. Anderseits ist die Spekulation nötig, um diesen Markt stets aufnahmebereit zu machen und dadurch erst dem Geldkapital als Geldkapital die Möglichkeit zu geben, sich stets in fiktives Kapital und aus fiktivem Kapital wieder in Geldkapital zu verwandeln. Denn dadurch, dass durch Kaufen und Verkaufen Differenzgewinne gemacht werden können, ist der fortwährende Anreiz zum Kaufen und Verkaufen gegeben, ist also das beständige Dasein eines aufnahmebereiten Marktes verbürgt. Es ist die wesentliche Funktion der Börse, diesen Markt für die Anlage des Geldkapitals herzustellen. Denn dadurch wird die Anlagemöglichkeit des Kapitals als Geldkapital erst im weiten Umfang gegeben. Denn damit Kapital als Geldkapital fungieren kann, muss es erstens eine ständige Revenue — Zins — abwerfen, zweitens muss die Hauptsumme selbst zurückfliessen oder falls sie nicht tatsächlich zurückfliesst, doch jederzeit gegen Verkauf der Zinsforderung zurückfliessbar gemacht werden können. Die Börse erst hat die Mobilisierung des Kapitals möglich gemacht. Diese Mobilisierung ist juristisch nichts anderes als eine Umwandlung und zugleich eine Verdoppelung des Eigentumsrechts[1]). Das Eigentum an den wirklichen Produktionsmitteln geht über von den Einzelpersonen an eine juristische Gesellschaft, die zwar aus der Gesamtheit dieser Einzelpersonen besteht, in der aber die Einzelperson als solche durchaus nicht mehr das Eigentumsrecht an deren Vermögen hat. Die Einzelperson hat vielmehr nur einen Anspruch auf den Ertrag; ihr Eigentum, das einst tatsächliche, unumschränkte Verfügung über die Produktionsmittel und damit die Leitung

[1]) Nach der Terminologie Karners liegt Funktionswandel eines Rechtsinstituts ohne gleichzeitigen Normwandel vor. (S. „Marxstudien“, I., S. 81.)

der Produktion bedeutete, ist jetzt in einen blossen Ertragstitel umgewandelt und ihr die Verfügung über die Produktion benommen. Oekonomisch aber besteht die Mobilisierung in der Möglichkeit für den Kapitalisten, sein angelegtes Kapital jederzeit in der Form von Geld zurückziehen und auf andere Sphären übertragen zu können. Je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals wurde, desto weniger konnte dieser Wechsel sich durch tatsächliche Veränderungen der Anlage des produktiven Kapitals in seinen stofflichen Elementen vollziehen. Die Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate findet in stets höherem Masse Widerstand an der steigenden Unmöglichkeit, das produktive Kapital, dessen Hauptbestandteil vom fixen Kapital gebildet wird, aus einem Produktionszweig zurückzuziehen. Die tatsächliche Bewegung der Ausgleichung vollzieht sich nur langsam, allmählich und annähernd, hauptsächlich durch die Anlage des neu zu akkumulierenden Mehrwerts in den Anlagesphären mit höherer Profitrate und der Unterlassung von Neuanlagen in solchen mit niedrigerer Rate. Umgekehrt ist die Zinsrate im Gegensatz zur Profitrate in jedem gegebenen Moment gleich und allgemein. Die Gleichheit alles Kapitals — und diese besteht für den individuellen Kapitalisten nicht in der Gleichheit der Wertsumme, sondern in der Gleichheit des Ertrages gleich grosser Werte — findet ihren adäquaten Ausdruck erst in der Allgemeinheit und Gleichheit der Zinsrate. Die Gleichgültigkeit des Kapitalisten gegen den Gebrauchswert, gegen die jeweilige konkrete Anlagesphäre seines Kapitals, die Tatsache, dass das Kapital nichts ist als Mehrwert heckender Wert, nur in diesem Quantitätsverhältnis in Betracht kommt, nur Profittitel ist, führt bei tatsächlicher Verschiedenheit des Ertrages (Profits) zu einer verschiedenen Bewertung der gleichen Kapitalwerte. Von zwei Kapitalien vom Wert 100, von denen das eine 10, das andere 5 Profit abwirft, wird das erste doppelt so hoch bewertet als das zweite. Die Verschiedenheit des Profits, den das individuelle Kapital abwirft, führt einerseits durch das Streben des individuellen Kapitalisten nach möglichst hohem Profit für s e i n Kapital zur Konkurrenz der Kapitalien um die Anlagesphären und damit zur Tendenz der Ausgleichung der Profitraten (und vorher der Mehrwertraten) und zur Herstellung der allgemeinen Durchschnittsprofitrate und anderseits, da diese Ungleichheit der individuellen Profitraten ständig sich neu erzeugt und ständig die Bewegung der Kapitalien hervorruft, wird

diese Ungleichheit ständig für den individuellen Kapitalisten überwunden durch die Bewertung seines Kapitals nach dem zum Zinsfuss kapitalisierten Ertrag. Damit diese Bewertung praktisch wird, die Kapitalisten qua Kapitalisten wirklich gleich sind, die Gleichheit alles dessen, was Profit trägt, endlich verwirklicht werde, muss dieses Kapital auch jederzeit nach diesem Bewertungsmassstab realisiert werden können, und zwar realisiert werden in der gesellschaftlichen gültigen Form — als Geld. Erst dann ist die Gleichheit der Profitrate für jeden individuellen Kapitalisten verwirklicht. Diese Verwirklichung ist zugleich die Umkehrung des tatsächlichen Verhältnisses. Das Kapital erscheint nicht mehr als bestimmte Grösse und diese entscheidend über die Grösse des Profits. Vielmehr erscheint der Profit als bestimmte Grösse fixiert und darnach die Grösse des Kapitals bestimmt; eine Bestimmung, die bei der Gründung der Aktiengesellschaft praktisch wird, die Erzielung des Gründungsgewinnes ermöglicht und dessen Höhe bestimmt. Die wirklichen Verhältnisse erscheinen auf den Kopf gestellt. Was Wunder, dass jenen Oekonomen, die die ökonomischen Verhältnisse mit Börseaneraugen ansehen, umgekehrt die Darstellung der wirklichen Verhältnisse als Verkehrtheit erscheint!

Die Gleichheit alles Kapitals realisiert sich so in seiner Bewertung nach seinem Ertrag. Realisiert aber und damit wirklich werden diese so bewerteten Kapitalien eben auf der Börse, dem Markte der kapitalisierten Zinstitel, des fiktiven Kapitals. Treibt so die innere Gesetzmässigkeit des Kapitalismus, sein Bedürfnis, alle in der Gesellschaft vorhandenen Werte als Kapital in den Dienst der Kapitalistenklasse zu stellen und für jeden Kapitalsteil den gleichen Ertrag zu erhalten, zur Mobilisierung des Kapitals und damit zu seiner Bewertung als blosses zinstragendes Kapital, so erfüllt die Börse die Funktion, diese Mobilisierung zu ermöglichen, indem sie den Ort für die Uebertragung und den Mechanismus derselben schafft.

Die Mobilisierung des Kapitals verwandelt in steigendem Masse das kapitalistische Eigentum in Ertragsanweisungen und macht dadurch den kapitalistischen Produktionsprozess in wachsendem Umfang unabhängig von der Bewegung des kapitalistischen Eigentums. Denn der Handel mit diesen Ertragstiteln, der auf der Börse vor sich geht, bedeutet eine Eigentumsbewegung. Diese Eigentumsübertragung kann aber jetzt unabhängig von der Bewegung der

Produktion und ohne Einfluss auf diese vor sich gehen. Die Eigentumsbewegung ist jetzt verselbständigt und wird nicht mehr durch Produktionsvorgänge bestimmt. Während früher Eigentumsbewegung zugleich Uebertragung der kapitalistischen Unternehmerfunktion bedeutete und anderseits Wechsel der Unternehmerfunktion Wechsel des Eigentums bedingte, ist das jetzt nicht mehr der Fall. Und während früher der Hauptgrund zur Aenderung der Eigentumsverteilung geänderte Produktionsergebnisse waren, die Eigentumsverteilung ein Produkt der industriellen Konkurrenz, treten zu diesen fortwirkenden Ursachen andere, die aus dem Mechanismus der Zirkulation der Zinstitel fliessen und Eigentumsbewegungen hervorrufen können, die ohne jeden Einfluss auf die Produktion bleiben, wie sie ohne Aenderung in den Produktionsverhältnissen entstanden sind.

In der Warenzirkulation geht Güterübertragung und Eigentumsübertragung Hand in Hand. In der einfachen Warenproduktion erscheint die Güterübertragung als das Wesentliche, als der Antrieb des Prozesses der Eigentumsübertragung, diese nur als das Mittel, jene zu vollziehen. Denn bestimmendes Motiv der Produktion ist noch der Gebrauchswert, die Bedarfsdeckung. In der kapitalistischen Warenzirkulation bedeutet die Güterzirkulation zudem die Realisierung des Profits, der in der Produktion entstanden ist und Trieb des ökonomischen Handelns bildet. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet zugleich die Uebertragung der Ware Arbeitskraft auf den Kapitalisten Vermehrung des kapitalistischen Eigentums durch Mehrwerterzeugung. Bei der Zirkulation der Effekten aber handelt es sich um Eigentumsübertragung, Zirkulation blosser Eigentumstitel ohne gleichzeitige Güterübertragung. Die Eigentumsbewegung findet hier statt ohne gleichzeitige Güterbewegung. Hier hat das kapitalistische Eigentum jeden unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gebrauchswert verloren. Der Markt für diese *Zirkulation des Eigentums an sich* ist die Börse.

Die Mobilisierung selbst, die Schaffung des fiktiven Kapitals, ist an und für sich bereits eine wichtige Ursache der Entstehung kapitalistischen Eigentums ausserhalb des Produktionsprozesses. Entstand früher kapitalistisches Eigentum wesentlich durch Akkumulation von Profit, so gibt jetzt die Schaffung des fiktiven Kapitals die Möglichkeit des Gründungsgewinnes. Damit wird der Profit zu einem grossen Teil in die Hände der konzentrierten Geldmächte

geleitet, die allein imstande sind, dem industriellen Kapital die Form von fiktivem Kapital zu verleihen. Dieser Profit fliesst ihnen aber nicht, wie die Dividende der Aktionäre, als jährliche, zersplitterte Revenue zu, sondern kapitalisiert als Gründungsgewinn, als eine relativ und absolut betrachtet grosse Summe, die in Geldform sofort als neues Kapital fungieren kann. Ein jedes neue Unternehmen zahlt so von vornherein einen Tribut an seine Gründer, die nichts dafür getan haben und nie etwas mit ihm zu tun haben brauchen. Es ist ein Vorgang, der in der Hand der grossen Geldmächte aufs neue grosse Geldsummen konzentriert.

Und ein Konzentrationsprozess des Eigentums unabhängig von dem Konzentrationsprozess in der Industrie geht auch an der Börse vor sich. Es sind die grossen Kapitalisten, die die Kenntnis besitzen, von den Vorgängen in den Aktiengesellschaften, die die Gestaltung der Geschäftsergebnisse übersehen und daher die Richtung der Kursentwicklung vorauswissen können. Ihnen erlaubt es auch ihre grosse Kapitalsmacht, durch entsprechende Käufe und Verkäufe die Kursgestaltung selbst zu beeinflussen und daraus den entsprechenden Gewinn zu ziehen. Ferner gestattet ihnen ihre Kapitalsmacht die Interventionen, wofür sie sich noch so preisen lassen, die Aufnahme der Papiere zu Zeiten einer Krisis oder einer Panik, die sie dann, sobald normale Verhältnisse wieder eingetreten sind, mit Gewinn verkaufen können[1]). Kurz, sie sind es, die Bescheid wissen, und „alle Schwankungen des Geschäftes sind vorteil-

[1]) Vielleicht das bedeutendste Beispiel aus neuester Zeit ist die Aufnahme der Tennessee Steel and Coal Company während der Panik im Herbst 1907 durch den Stahltrust, dessen bedeutendste Konkurrentin diese Kompagnie war. Im „Berliner Tageblatt" vom 17. November 1907 schreibt darüber eine entrüstete Feder: „Von gut informierter Seite wird jetzt bestätigt, dass die beiden vor einigen Tagen nach Washington gesandten Vertreter J. Pierpont Morgans — E. H. Gary (Steel Trust) und H. C. Frick — dem Präsidenten Roosevelt folgendes Ultimatum stellten: Entweder die Aufsaugung der Tennessee Steel & Coal Company durch den Morganschen Trust ruhig gewähren zu lassen und zu versprechen, dass von der Regierung keine präventive Aktion vorgenommen werde in Gemässheit der bestehenden Antitrustgesetze, oder — die schlimmste Panik zu erleben, die sich je im Lande abgespielt hat, mit wahrscheinlicher Suspendierung jeder Bank.

Diese waghalsig im erregtesten und bedrohlichsten Moment der wirtschaftlichen Katastrophe auf den Staatspräsidenten gerichteten Feuerwaffen konnten naturgemäss ihre Wirkung nicht verfehlen. Der Präsident musste, der Not gehorchend, der Börse seine Macht ausliefern. Er wurde brutal gezwungen, selbst seine höchsten Pflichten als erster Staatsbeamter augenblicklich abzuschwören und

haft für den, der Bescheid weiss", wie schon der schlaue Bankier Samuel Gurney dem Komitee des Oberhauses versicherte[1]).

Für die Funktion der Börse, dem industriellen Kapital durch Verwandlung in fiktives Kapital für den individuellen Kapitalisten den Charakter von Geldkapital zu verleihen, ist die Grösse des Marktes wesentlich, da ja der Geldkapitalcharakter davon abhängt, dass die Aktien und Obligationen jederzeit wirklich und ohne grösseren Kursverlust verkauft werden können. Daher die Tendenz zur möglichst grossen Konzentration aller Geschäfte an einem einzigen Markt; so werden die Bank- und Börsengeschäfte immer mehr im Zentralpunkt des wirtschaftlichen Lebens, in der Hauptstadt, konzentriert, während die Provinzbörsen immer mehr an Bedeutung verlieren. In Deutschland überragt die Berliner Börse weit alle anderen. Neben Berlin kommen nur noch die Börsen in Hamburg und Frankfurt in Betracht, deren Bedeutung aber im Rückgang befindlich ist.

Während nach der kleinbürgerlichen Theorie die Aktien die „Demokratisierung des Kapitals" bedeuten sollen, sucht die kleinbürgerliche Praxis — immer noch vernünftiger — den Aktienbesitz auf die Kapitalisten zu beschränken. Die Vertreter der grosskapitalistischen Praxis schliessen sich bereitwilligst diesen Warnungen an, in dem angenehmen Bewusstsein, dass sie nicht allzuviel nützen werden. „Wer festen Zins zum Leben braucht," meint der Sachverständige Arnhold, „der darf keine Aktien kaufen" [2]). Die schwankenden Erträgnisse einer Aktie, wird dann im folgenden ausgeführt, sind für den, der seine Zinsen zum Leben braucht, nur eine Quelle von Kapitalverlusten, weil ihn hohe Dividenden meist zu einer Erhöhung seines Etats veranlassen; er benützt hohe Kurse nicht zum Verkauf, sondern tut das in der Regel erst dann, wenn er durch

die bestehenden Gesetze ausser acht zu lassen. Die höchste Exekutivgewalt war unschädlich gemacht und — der brave Morgan konnte für die „Rettung" der Trust Company of America und der Lincoln Trust Company das Monopol für Eisen und Stahl in der Union für seinen Steel Trust einstreichen. Wenige Tage später ist ihm in seiner Rettertätigkeit ein weiterer Coup gelungen, er nahm C. W. Morses Coastwise Steamship Combination.

Dies kennzeichnet die augenblickliche Lage der von selbstlosen Patrioten, wie George Washington, Benjamin Franklin, Jefferson und anderen hervorragenden Männern begründeten Republik der United States of America."

[1]) Marx, „Kapital", III., 1. Seite 406.

[2]) Stenographischer Bericht der deutschen Börsenenquete 1893, I., Seite 190.

kleine Dividenden und niedrige Kurse ängstlich geworden ist (und das wird er immer, weil er keinen Einblick in die wirkliche Lage des Geschäftes hat und daher dem Kurs, dem „Urteil‘ der Börse, glauben muss) oder aus sonst welchen Anlässen verkaufen muss.

3. Die Börsengeschäfte.

Börsengeschäfte sind Kauf- und Verkaufgeschäfte, die sich von anderen essentiell unterscheiden durch die Ware, mit der, und nicht durch die Weise, in der gehandelt wird. Nicht die Technik der Geschäfte, sondern ihr Inhalt ist ökonomisch entscheidend und die Beschreibung dieser technischen Einzelheiten gehört in ein Handbuch für praktische Kaufleute mehr als in eine theoretische Abhandlung. Nur insoferne die Art der Abwicklung der Geschäfte gewisse Resultate erleichtert, die aus dem Inhalt der Geschäfte sich ergeben, wird sie auch allgemein von Wichtigkeit und Interesse.

Die eigenartigen Bestimmungen über die Abwicklung der Börsengeschäfte — die Börsenusancen — verfolgen vor allem die Ermöglichung weitestgehender Kreditbenützung, der Begrenzung des Risikos und der grössten Beschleunigung der Umsätze.

Die Kreditbenützung ist im weitesten Masse schon ermöglicht durch die Natur der „Waren“, mit denen gehandelt wird. Diese sind im vorhinein Geldanweisungen entweder direkt wie die Wechsel etc. oder indirekt wie die kapitalistischen Profitanweisungen. Als solche Geldanweisungen sind die Börsenwerte einander gleich, fungibel, nur quantitativ verschieden. Auch sogenannte qualitative Unterschiede der Börsenpapiere, wie die zwischen festverzinslichen Papieren und den Aktien, ebenso wie Unterschiede in der Sicherheit der Papiere, werden durch den Börsenhandel stets in quantitative Unterschiede verwandelt und können auch gar nicht anders als in Verschiedenheiten der Bewertung zum Ausdruck kommen. Nur dass hier die Verschiedenheit des Preises nicht wie bei verschiedener Qualität derselben Ware sich in erster Linie aus der Verschiedenheit der Produktionskosten erklärt, sondern ausschliesslich zustande kommt durch ein verschiedenes Verhältnis von Nachfrage und Angebot. Wenn meinethalben eine Zuckeraktie und eine Eisenbahnaktie gleichen Ertrag liefern, so mag der Kurs der Eisenbahnaktie höher sein, weil mehr Leute die Eisenbahnaktie kaufen wollen, die nach ihrer Meinung grössere Stabilität in ihrem Erträgnis

versprechen mag. Der qualitative Unterschied der Sicherheit des Ertrages ist in der Verschiedenheit des Kurses quantitativ ausgedrückt. Diese Fungibilität der Börsenwerte lässt nun die Möglichkeit zu, dass die Kauf- und Verkaufgeschäfte durch gegenseitige Kompensation zum grössten Teil erledigt werden und nur ein geringer Teil durch Bezahlung der Differenzen beglichen zu werden braucht. Mit dem Abschluss des Geschäfts ist so zugleich Kreditgewährung verbunden, das Geld fungiert nur als Rechengeld und nur ein geringer Betrag ist dann zur Barzahlung nötig. Damit aber diese Zahlungen auf das geringste Mass reduziert werden können, sind eigene Anstalten zur Kompensation der aus den Kauf- und Verkaufgeschäften resultierenden Forderungen vorhanden[1]). Dazu ist aber nötig, dass die Preise, zu denen die Börsengeschäfte abgeschlossen werden, bekannt sind; die Kursfestsetzung ist daher öffentlich. Zugleich wird durch diese öffentliche Kursfestsetzung erst die Funktion der Börse erfüllt, der Markt zu sein, wo jederzeit zu einem bekannten Preis diese Börsenwerte gehandelt werden können. Da so der jederzeit realisierbare Preis festgesetzt wird, ist auch die andere Form der Kreditgewährung, die eigentliche Belehnung im Gegensatz zur früheren Form der Zahlungskompensation wesentlich erleichtert, da der Kreditgeber genau den Preis des Objekts, das er belehnt, kennt. Der Spekulant verpfändet dem Geldgeber die Papiere, die er mit dem geliehenen Geld bezahlt. Zugleich entsteht so eine neue und sichere Art der zinstragenden Verwendung von Geldkapital in der Lombardierung der Börsenpapiere.

Die Kreditgewährung gestattet dem Spekulanten, schon geringfügige Preisschwankungen auszunützen, indem er so seine Operationen weit über sein eigenes Vermögen ausdehnen kann und damit auch kleine Preisschwankungen durch den Umfang seiner Geschäfte lukrativ macht. Umgekehrt wieder, dadurch, dass der Spekulation durch den Kredit gestattet wird, ihre Geschäfte

[1]) So besteht zum Beispiel in London „seit 1874 das Stock Exchange Clearing, durch welches für die bedeutendsten Effektengattungen die jeweiligen Umsätze so weit als möglich kompensiert werden, so dass nur für den etwa verbleibenden Rest ein Scheck ausgestellt wird. Für die Umsätze auf der Fondsbörse ist das Ergebnis, dass nur zirka 10 Prozent derselben per Scheck zu bezahlen sind, während 90 Prozent der gegenseitigen Verpflichtungen sich durch einfachen Ausgleich erledigen". (Jaffé, „Das englische Bankwesen", Leipzig 1904, Seite 95.) Aehnliche Einrichtungen existieren auch an den anderen Börseplätzen.

auszudehnen, jederzeit die Marktlage auszunützen, bewirkt sie, da die spekulativen Operationen stets von Gegenoperationen begleitet werden, eine Verringerung der Preisschwankungen. Die Kreditausnützung steigert gleichzeitig die Ueberlegenheit des grossen Spekulanten; die Wucht seines Vermögens wird ums vielfache vermehrt durch die Ausnützung des Kredits, der viel rascher wächst als das Vermögen.

Eine weitere Eigentümlichkeit der Börsengeschäfte ist die Schnelligkeit, mit der sie geschlossen werden, die eine gewisse Formlosigkeit des Geschäftsabschlusses bedingt. Diese Schnelligkeit entspringt wesentlich aus dem Bedürfnis der Spekulation, geringe, kurz dauernde Preisschwankungen ausnützen zu können. Bei dem schnellen Wechsel des Verhältnisses von Nachfrage und Angebot und der Schnelligkeit der Kursvariationen ist diese möglichste Beschleunigung des Geschäftsabschlusses von grosser Wichtigkeit. Denn für die Spekulation bedeutet jeder neue Umschlag eine neue Verwertungsmöglichkeit, neuen Kursgewinn; deshalb wird jede zeitraubende Formalität perhorresziert, denn hier gilt tatsächlich für viele das Wort: Zeit ist Geld. Daher auch die Abneigung gegen jede gesetzliche Fristbestimmung, gegen jede gesetzliche Intervention überhaupt, die stets mit Zeitverlust verbunden ist.

Die Vorteile des Kredits werden am besten ausgenützt durch den Terminhandel. Das Termingeschäft verlegt die Erfüllung aller Geschäfte auf den gleichen Zeitpunkt. Da diese Geschäfte vor allem von der Spekulation gemacht werden, stehen sich Kauf- und Verkaufgeschäfte gegenüber, die sich zum grössten Teil gegenseitig kompensieren. Geld ist nur nötig zum Ausgleich der Differenzen (und auch diese Zahlungen finden statt zum grossen Teil durch Kreditgeld oder Ueberschreibungen in den Büchern der Banken) oder zur Begleichung einerseitiger Käufe und Verkäufe, die aber der grossen Menge der sich kompensierenden Geschäfte gegenüber relativ gering sind. Auch hier entfaltet der Kredit seine markterweiternde Wirkung. Der Terminhandel erlaubt eine grosse Ausdehnung der Operationen; die Papiere, die auf Termin gehandelt werden, finden jederzeit ihren Markt; es ist daher jederzeit möglich, durch Kauf oder Verkauf seine Spekulation zu beendigen, seinen Gewinn zu realisieren oder seinen Verlust zu begrenzen, ausser im Zeitpunkt katastrophenartiger Erschütterungen des Marktes. Da es ferner bei der Terminspekulation nicht auf den Besitz der Papiere

ankommt, sondern auf die Erzielung des Differenzgewinns und die Papiere jederzeit verkauft werden können, so ist die Grösse des Engagements begrenzt nicht durch den Preis der Papiere, sondern nur durch die Summe der Differenzen, die aus der Spekulation entstehen können. Zugleich sind die wirklich existierenden, am Markte vorhandenen Papiere nur nötig, soweit sich die Spekulationsgeschäfte — Kauf und Verkauf — nicht gegenseitig aufheben. Die Grösse des eingegangenen Engagements ist also auch unabhängig von der Grösse der Preissumme der wirklich vorhandenen Papiere und kann diese um das Vielfache übertreffen. Zugleich ist durch die typische Beschaffenheit der Schlussbedingungen für die Schnelligkeit der Geschäftsabwicklung in vollkommenster Weise gesorgt.

Die grössere Vereinfachung auf dem Terminmarkt, die erhöhte Möglichkeit der Kompensation verringert das Kapital, das für das Eingehen der Spekulation nötig ist. Es erweitert damit den Kreis der Personen, die sich an der Spekulation beteiligen können und vergrössert den Umfang der einzelnen Engagements. Der Terminmarkt wird gegenüber dem Kassenmarkt erweitert. Zugleich aber absorbiert er weniger Mittel zur Aufrechterhaltung und Fortführung der Spekulation und wirkt dadurch weniger intensiv auf den Zins des der Spekulation zur Verfügung gestellten Kapitals. Da aber stets ein grosser Teil der Spekulation mit geliehenem Kapital gemacht wird, für die Weiterführung der Spekulation der Zins auf dieses Kapital bestimmend einwirkt, wird der Terminmarkt im allgemeinen die Tendenz zur stetigeren Fortführung der Spekulation haben. Aus dieser grösseren Stetigkeit folgt wieder eine geringere Variation im Verhältniss von Nachfrage und Angebot und damit ein geringerer Ausschlag der Kursschwankungen. Zugleich genügen bei dem grösseren Umfang der Transaktionen auch viel geringere Schwankungen, um die Spekulanten zu ihren Aktionen zu veranlassen. In gleicher Richtung wirkt der Umstand, dass durch den Terminhandel auch der V e r k a u f der Papiere zu Spekulationszwecken ermöglicht ist und dadurch einem einseitigen Zunehmen des Angebots besser entgegengewirkt werden kann, als auf dem Kassenmarkt[1]).

---

[1]) „Die Formen des Börsenverkehrs sind aber nicht nur für die Ermittlung der Preise von Bedeutung; die Bedingungen für die Eingehung und Abwicklung von Börsengeschäften sind mehr als blosse juristisch-technische Hilfsmittel des Börsenverkehrs, sie sind auch Faktoren der Preisbildung selbst, deren Wichtigkeit nicht

Der Terminhandel gibt die Möglichkeit, erst später fällige Kapitalien schon früher zu vorher feststehenden Kursen anzulegen oder die erst später benötigten Kapitalien sich zu günstigen Umständen vorher zu beschaffen. Dazu kommt die bereits erwähnte Erweiterung des Marktes, die der Terminhandel durch die Leichtigkeit der Kreditgewährung und des Geschäftsabschlusses überhaupt gewährt. Er ist aufnahmefähiger als der Kassenmarkt. Er erleichtert so das Emissionsgeschäft, indem die Emissionshäuser ihre Bestände allmählich und ohne Kursrückgang veräussern können[1]). Der Terminhandel ist auch für die Funktion der Arbitrage, des Ausgleiches von Kursdifferenzen an verschiedenen Börsenplätzen die gegebene Form.

Die Spekulation verlangt einen gewissen Vorrat von Papieren, der für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt ist. Ist ein Papier überwiegend in „festen“ Händen, das heisst, ist es als Anlagepapier dem Markt dauernd entzogen, so ist es für die Spekulation ungeeignet. Ebenso sind Papiere, deren Gesamtbetrag gering ist, ungeeignete Objekte der Spekulation. Kleine Käufe und Verkäufe können das Kursniveau sehr stark beeinflussen und geben einigen wenigen Kapitalisten die Möglichkeit, durch Aufkaufen des gesamten „Materials“ ihren Gegenspekulanten Monopolpreise diktieren zu können. Die Spekulation setzt eben einen grossen, nicht allzu leicht zu beherrschenden Markt voraus; das Monopol ist der Tod der Spekulation.

Mit den Spekulationsgeschäften sind, wie wir gesehen haben, immer auch Kreditgeschäfte verbunden. Bei der Spekulation steht ja nicht die Gesamtsumme des Kurswertes der angekauften Papiere in Frage, sondern nur die Grösse der möglichen Kursvariationen. Der Kredit-

---

verkannt werden darf, wenn auch in letzter Linie Bedarf und Vorrat, Angebot und Nachfrage entscheiden. Ob ein Effekt oder eine Ware bloss per Kasse oder auch auf Termin, ob auf längere oder kürzere Termine, in welchen Schlusseinheiten, in welcher Type eine Ware, in welcher Börsengruppe: Kulisse oder Schranken, ein Wertpapier gehandelt wird und andere formale Einrichtungen mehr: das sind sehr einflussreiche Momente, nicht bloss für die richtige Ermittlung der Preise, sondern auch für ihre Bildung, und jede Veränderung in ihnen beeinflusst die Kurve, in der die Preise auf einem organisierten Markt zeitlich verlaufen.“ Landesberger: Die Reform der landwirtschaftlichen Börsen in Deutschland. „Zeitschrift für Volkswohlfahrt, Sozialpolitik und Verwaltung.“ XI. Band (1902), Seite 36.

[1]) Deutsche Börsenenquete, I, Bericht der Kommission. Seite 75 ff.

geber wird bei Verpfändung des Papiers bis zu einem solchen Betrag mit der Kreditgewährung gehen können, dass er gegen Kursveränderungen gedeckt ist. Ist der Kurs eines Papiers, in dem verhältnismässig geringe Schwankungen vorkommen, 110, so wird beispielsweise der Spekulant jederzeit gegen Verpfändung des Papiers 90 erhalten können und braucht daher nur 20 selbst vorzuschiessen.

Diese Form der Kreditgewährung ist die gewöhnlichste Art, in der Börsenkommissionsgeschäfte, Bankiers und Banken ihren Kunden die Beteiligung an den Börsengeschäften ermöglichen. Die Entziehung oder Erschwerung dieses Kredits ist ein beliebtes Mittel, diese Kunden „aus ihren Engagements zu werfen“, den Fortgang ihrer Spekulationen unmöglich zu machen, sie zu zwingen, zu jedem Preis ihre Papiere loszuschlagen und so durch dieses plötzliche Angebot die Kurse zu werfen, zugleich ein Mittel für die Kreditgeber, diese Papiere zu billigen Preisen sich zu verschaffen. Auch hier ist die Kreditgewährung ein Mittel zur Expropriation der kleinen Schuldner.

Anders ist die Kreditgewährung für die eigentliche grosse Spekulation geregelt. Hier verschaffen sich die Spekulanten die nötigen Gelder auf dem Wege des Reports. Formell besteht das Reportgeschäft in einem Kauf- und Verkaufgeschäft. Will der Haussespekulant seine Papiere über den Ultimo hinaus halten bis zum nächsten Termin, weil er hofft, dass in der Zwischenzeit die Papiere weiter steigen werden, so verkauft er diese Papiere an einen Geldkapitalisten und kauft sie für den nächsten Termin zurück. In dem Unterschied des Verkauf- und Kaufpreises ist für den Geldgeber die Verzinsung seines Geldes enthalten. Das ist aber nur nominell, in Wirklichkeit hat einfach der Geldgeber für diese bestimmte Zeit das Papier aufgenommen und ist an Stelle des Spekulanten getreten; er unterscheidet sich aber von ihm dadurch, dass er kein Risiko übernimmt, auch keinen Spekulationsgewinn machen will, sondern sein Geld für diese Zeit angelegt hat und dafür den Zins realisiert. Es ist aber hier die Form, in welcher dieser Vorschuss geleistet wird, von Wichtigkeit. Denn dadurch, dass hier das Kreditgeschäft die Form eines Kaufgeschäftes hat, geht in der Zwischenzeit das Eigentum an den Papieren auf den Kreditgeber über. Dies ermöglicht ihm, in der Zwischenzeit die Papiere nach Gutdünken zu benützen. Dies kann wichtig werden, sobald es sich um industrielle Aktien handelt. Es kann sich einer Bank darum

handeln, sich zur Zeit einer Generalversammlung durch grossen Aktienbesitz entscheidenden Einfluss auf deren Beschlüsse zu sichern. Durch den Report ist sie imstande, sich vorübergehend in den Besitz der Aktien zu setzen und damit die Aktiengesellschaft zu beherrschen. Indem eine Bank die Reportierung durch Herabsetzung des Reportsatzes erleichtert, wird es ihr ein leichtes, von der Spekulation diese Papiere zu erhalten. Die Banken pflegen dabei sich oft gegenseitig zu unterstützen, indem sie die Konkurrenz um die Reportierung bei einem bestimmten Papier in einem gegebenen Zeitraum ausschalten[1]. Dadurch gewinnen die Aktien gleichsam doppelte Funktion. Sie dienen einerseits als Objekt der Spekulation und Unterlage für ihre Differenzgewinne. Gleichzeitig dienen sie auch den Banken in ihrem Bestreben, sich in den Aktiengesellschaften beherrschenden Einfluss zu verschaffen und ihren Willen in den Generalversammlungen zur Geltung zu bringen, ohne dabei genötigt zu sein, dauernd ihre Gelder in den betreffenden Aktien festlegen zu müssen[2].

Die Grösse der Börsenspekulationen ist unter sonst gleichen Umständen wesentlich abhängig von der Grösse des den Speku-

---

[1]) Dies kann auch zu anderen Zwecken geschehen. „Auf dem Kontinent wird (von den Banken) nicht selten eine eigene Reportpolitik getrieben. Es kommt vor, dass Banken, wenn sie zum Beispiel eine grössere Emission vorbereiten, den Report herabsetzen, um Haussestimmung zu erzeugen, sie können ja den Verlust, den sie dadurch erleiden, durch Kursgewinne bei der Emission kompensieren.“ Philippovich, „Grundriss der politischen Oekonomie.“ II. Band, 2. Teil, Seite 181.

[2]) Vergleiche Deutsche Börsenenquete, III., Seite 1930, die Aussage des Sachverständigen Königs. Er hält den Terminhandel für die Industrie für unerwünscht und begründet dies folgendermassen: „Alle diese Papiere, die im Ultimohandel sind, schwimmen an der Börse herum, zum grossen Teil in Händen, die sich dauernd nicht für die Sache selbst interessieren, sondern nur ein Interesse haben an den Aktien, aber nicht an den Werken als Werken, die ein Interesse daran haben, die Aktien von oben nach unten oder von unten nach oben zu bringen; bei den Einrichtungen, die bei dem Ultimohandel bestehen, ist es ausserordentlich leicht für jemand, auf die Werke einzuwirken und an dem Ultimo desjenigen Monats, wo eine Generalversammlung stattfinden soll, sich ein grosses Quantum Aktien zu sichern im Wege des Reports. Man tritt als Eigentümer von ein paar Millionen Aktien auf, die einem gar nicht gehören, tritt auf einmal vor die soliden Aktionäre, die gar nichts ahnen; auf einmal werden sie überrumpelt und ihnen die schönsten Sachen oktroyiert, von denen sie gar nichts geahnt haben.“

lanten zur Verfügung stehenden Geldes. Denn wie oft die Papiere umgesetzt werden — und jedes dieser Umsätze bringt Differenzgewinne — ist von der Zahl der vorhandenen Papiere natürlich unabhängig. Daher der Einfluss der Banken auf die Börsenspekulation, die durch Gewährung oder Versagen des Kredits den Umfang der Spekulation in hohem Masse beeinflussen können. Die grösste Inanspruchnahme des Kredits erfolgt nun auf dem Wege des Reportgeschäftes. In diesem werden meistens bedeutende flottante Kapitalien angelegt[1]) und diese Anlagen sind von Einfluss auf die Bildung der Sätze für tägliches Geld und — in Zeiten geringerer Geldflüssigkeit — auf die Diskontsätze und damit auf die Goldbewegung. Durch die Einschränkung der Kreditgewährung können daher die Banken unmittelbaren Einfluss auf die Höhe des Zinses nehmen. Es ist dies möglich, weil hier die Kreditgewährung in ganz anderem Masse in dem Belieben der Banken steht. Es handelt sich hier um rein finanzielle Transaktionen, die wegfallen können, ohne auf den Gang der Volkswirtschaft von entscheidendem Einfluss zu sein. Anders bei der Kreditgewährung an die Kommerziellen und Industriellen, wo eine plötzliche und übertriebene Kreditentziehung zum Zusammenbruch und zur akutesten Krise führen muss.

Mit der Entwicklung des Bankwesens geht eine Aenderung in der Struktur des Handels in Wertpapieren vor sich. Anfangs ist der Bankier nur Kommissionär, der für den Kunden das Geschäft besorgt. Je mehr aber die Kapitalskraft und das Interesse der Bank an den Aktienkursen wächst, desto mehr geht sie zum Eigenhandel über. Ein grosser Teil der Umsätze wird jetzt nicht mehr auf der Börse vollzogen, sondern die Bank gleicht die von ihren Kunden an sie gelangenden Aufträge untereinander aus und nur der Betrag, der sich nicht ausgleicht, wird auf der Börse besorgt oder aus den eigenen Beständen der Bank gedeckt. Es steht also bis zu einem gewissen Grade im Belieben der Bank, welche Summen sie auf der Börse zum Kauf oder Verkauf bringt; die Bank hat darin ein Mittel, die Kursentwicklung zu beeinflussen. So hört die Bank auf, blosse Vermittlerin des Effektenhandels zu sein, und treibt Eigenhandel. „Das Bankgeschäft ist heute tatsächlich kein

[1]) Siehe die Aussage von Meier (Börsenenquete, II. Bd., Seite 1608), der die starke Entwicklung des Termingeschäftes in England darauf zurückführt, dass dort jederzeit bedeutende flottante Kapitalien für das Reportgeschäft zur Verfügung stehen.

Kommissionsgeschäft mehr, es ist das Geschäft des Eigenhandels geworden"[1]).

Zugleich entzieht die Grossbank der Börse einen Teil ihrer Funktion und wird selbst zum Markt für die Effekten; der Börse bleibt nur ein Restbetrag übrig, der bei den Banken nicht zum Ausgleich kommt[2]). „Eine Grossbank stellt in sich ein Quantum von Angebot und Nachfrage dar, wie es früher ein bedeutender Börseplatz allein repräsentierte"[3]).

Mit der fortschreitenden Konzentration des Bankwesens wächst die Macht der Grossbanken über die Börse ausserordentlich, besonders in den Zeiten, wo die Beteiligung des grossen Publikums an der Börsenspekulation geringer ist. „Wie sich die Verhältnisse an der Börse entwickelt haben, muss man ja heute, statt von einer Tendenz der Börse, viel eher von einer Tendenz der Grossbanken reden, weil diese die Börse immer mehr zu ihrem abhängigen Werkzeug gemacht haben und deren Bewegungen nach ihrem eigenen Belieben lenken. Wie im vergangenen Frühjahre die viel erörterte ungünstige Konjunkturprognose einer Grossbank den äusseren Anstoss zu dem damaligen plötzlichen Kursrückgang gegeben hatte, dessen innere Ursachen allerdings natürlich viel tiefer lagen, so sind es in dieser Woche umgekehrt Stimulationen und Beruhigungsversuche der haute-banque gewesen, die die Stimmung der Börse ausgewechselt und sie, die bisher nur für die ungünstigen Momente

[1]) Die Börsenenquete, I. Bd., Seite 347. Aussage von Arnhold.

[2]) Vergleiche zum Beispiel folgende Aeusserungen eines „hervorragenden Mitgliedes der Berliner Bankwelt", die das „Berl. Tagebl." vom 25. Februar 1908 wiedergibt: „Vergessen Sie nicht, dass zu dem offiziellen Kassakurs nur ein relativ kleiner Teil der Gesamtumsätze getätigt wird. Die Konzentration im deutschen Bankgewerbe hat es mit sich gebracht, dass ein wesentlicher Teil der Kauf- und Verkauforders in den Bureaus der Grossbanken zur Kompensation gelangt. An der Berliner Börse werden eigentlich nur noch die ‚Spitzen' reguliert."

Die gleiche Erscheinung auch in Oesterreich: In der Generalversammlung des Wiener Giro- und Kassenvereines klagt ein Aktionär: „Infolge des Umstandes, dass das kommerzielle Leben der Monarchie sich immer mehr bei den Banken konzentriert, so dass alle schwächeren Privathäuser verschwinden müssen, benötigt der Umsatz an der Börse in sehr vielen Fällen gar nicht die Vermittlung des Arrangementbureaus. Jede Bank ist ein Giro- und Kassenverein ohne Spesen und Beamten. Das Prosperieren des Effektengeschäftes bei den Banken ist verbunden mit einer Einschränkung der Vermittlung des Arrangements durch den Giro- und Kassenverein." „Neue Freie Presse" vom 1. Februar 1905.

[3]) Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie 1905.

Aufmerksamkeit hatte, jetzt auch für die günstigen empfänglich gemacht haben“[1]).

Zu diesem starken Einfluss auf die Kursentwicklung kommt aber hinzu, dass die Banken durch ihre zunehmende Verbindung mit der Industrie die Verhältnisse der einzelnen Unternehmungen genau kennen, die Ergebnisse voraussehen, eventuell unter Umständen deren Höhe nach ihren Wünschen beeinflussen können, alles Momente, die den Banken gestatten, bei ihren Spekulationen mit grosser Sicherheit zu operieren.

Mit dieser Entwicklung der Grossbanken ist natürlich ein Rückgang in der Bedeutung der Börsen verbunden[2]).

Auf der Börse erscheint das kapitalistische Eigentum in seiner reinen Form als Ertragstitel, in den das Ausbeutungsverhältnis, die Aneignung der Mehrarbeit, begriffslos verwandelt ist. Das Eigentum hört auf, irgend ein bestimmtes Produktionsverhältnis auszudrücken, und wird eine Ertragsanweisung, die ganz unabhängig erscheint von irgend einer Tätigkeit. Das Eigentum ist losgelöst von jeder Beziehung zur Produktion, zum Gebrauchswert. Der Wert jedes Eigentums erscheint bestimmt vom Wert des Ertrages, eine rein quantitative Beziehung. Die Zahl ist alles und die Sache nichts. Die Zahl allein ist das Wirkliche und da das Wirkliche keine Zahl

---

[1]) „Frankfurter-Zeitung“ vom 21. Juni 1907.

[2]) So schreibt die „Frankf. Zeit.“ am 28. Jänner 1906:

„Von einer wirklichen Ultimo-Liquidation ist heutzutage kaum die Rede. Es werden allerdings noch Prolongationssätze bekanntgegeben, aber die Mehrzahl der Schiebungen wird innerhalb der grossen Banken reguliert, die auch ihre eigenen Sätze notieren dürften. Ueber die Höhe der schwebenden Engagements lässt sich überhaupt kein Urteil abgeben, weil, wie gesagt, in der Börsenliquidation nur der kleinste Teil aller Engagements zur Verrechnung gelangt.“

Anders steht es zum Teil mit den auswärtigen Börsen. Namentlich die New-Yorker Börse hat als Mittel der Eigentumsübertragung, das heisst der Expropriation, grössere Bedeutung als die europäischen Börsen. Hier wirkt auch die eigentümliche Geldverfassung in Verbindung mit der Börsentechnik mit. Die New-Yorker Börse kennt nur das Kassengeschäft, in der Art, dass die Differenzen täglich reguliert werden müssen. Bei stärkeren Kursbewegungen, besonders wenn diese sich in ein- und derselben Richtung bewegen, entsteht so eine starke Nachfrage nach Geld. Ist der Geldmarkt angespannt, so ist die amerikanische Notenbankgesetzgebung mit ihrer mangelnden Elastizität ein ausgezeichnetes Mittel, exorbitante Zinssätze zu produzieren, die die kleinen Spekulanten nicht bezahlen können. Dies ist der Moment für die grossen Geldgeber, sie „aus der Spekulation zu werfen“ und bei der Zwangsliquidation die Papiere billig zu erwerben.

ist, so ist der Zusammenhang mystischer als der Glaube der Pythagoräer. Alles Eigentum ist Kapital und Nichteigentum, Schulden sind, wie jede Staatsanleihe beweist, ebenso Kapital und alles Kapital ist gleich und verkörpert sich in den bedruckten Papierzetteln, die auf der Börse hoch- und niedergehen. Die wirkliche Wertbildung ist ein Vorgang, der ganz der Sphäre der Eigentümer entrückt bleibt und auf völlig rätselhafte Weise ihr Eigentum bestimmt.

Die Grösse des Eigentums scheint nichts zu tun zu haben mit der Arbeit; ist schon in der Profitrate der unmittelbare Zusammenhang von Arbeit und Kapitalertrag verhüllt, so vollends in der Zinsrate. Die scheinbare Verwandlung alles Kapitals in zinstragendes Kapital, das die Form des fiktiven Kapitals mit sich bringt, löscht vollends jede Einsicht in den Zusammenhang aus. Es erscheint absurd, den Zins, der stets wechselt und in der Tat unabhängig von den unmittelbaren Vorgängen in der Produktion wechseln kann, in Zusammenhang mit der Arbeit zu bringen. Er erscheint als Folge des Kapitalseigentums als solchen, als τόκος, Frucht des mit Produktivität begabten Kapitals. Er ist wechselnd, unbestimmt, und mit ihm wechselt der „Wert des Eigentums“, eine verrückte Kategorie. Dieser Wert erscheint ebenso rätselhaft, unbestimmt, wie die Zukunft. Der blosse Zeitablauf scheint Zinsen zu bringen und Böhm-Bawerk macht aus diesem Schein seine Theorie des Kapitalzinses.

Neuntes Kapitel.

Die Warenbörse.

Für den Effektenhandel ist die Börse die Geburtsstätte. Mit ihr entwickeln sich die Effektenbanken, die einerseits Konkurrenten der Börse sind, anderseits die Börse als ihr Vermittlungsorgan gebrauchen. Für den Effektenhandel ist das Termingeschäft unwesentlich, es erleichtert ihn, hat aber keinen entscheidenden Einfluss auf die Höhe des Preises. Anders steht es beim börsenmässigen Warenhandel [1]).

[1]) Herr Russel von der Diskontogesellschaft definiert: „Das Wesen der kaufmännischen Spekulation liegt darin, eine entsprechende Aenderung der Konjunktur wahrzunehmen und unter Umständen dieselbe sich durch den Terminhandel schon im voraus zu sichern.“ Börsenenquete, I., Seite 417.

Auf der Effektenbörse vollzieht sich der Umsatz von Effekten; diese Umsätze erfüllen die Funktion der Mobilisierung des Kapitals. Im Verkauf der Aktien vollzieht sich für den individuellen Kapitalisten die Rückverwandlung fiktiven Kapitals (das seinerzeit einmal in industrielles Kapital verwandelt worden war) in Geldkapital. Es sind Umsätze eigener Natur, die mit dem Warenhandel nichts gemeinsam haben als die Form von Kauf- und Verkauf, die allgemein ökonomische Form von Wert- und Eigentumsübertragung. Ganz anders der Warenhandel; hier vollzieht sich die Realisierung des in der Produktion erzeugten industriellen und kommerziellen Profits; zugleich erfüllt sich durch die Warenzirkulation der Stoffwechsel der Gesellschaft. Warenbörse und Effektenbörse unterscheiden sich daher von vornherein schon so wie Waren und Effekten. Ihre Zusammenwerfung als „Börse" muss Verwirrung stiften, wenn man diesen grundlegenden Unterschied ausser acht lässt und noch dazu Spekulation und Handel identifiziert. Der Begriff des börsenmässigen Warenhandels, also der spezifischen Eigenschaften der Warenbörse, zum Unterschied von anderem „Handel" bedarf daher näherer Prüfung.

Gewöhnlich nennt man allen Handel börsenmässig, der an einer Börse, einem von zahlreichen Kaufleuten besuchten Ort, vor sich geht. Doch ist es klar, dass es nur einen handelstechnischen, aber keinen ökonomischen Unterschied ausmachen kann, ob die Kaufleute ihr Geschäft auf ihren Comptoirs erledigen oder an einem dritten Ort, eben der Börse. Die Schnelligkeit der Geschäftsabschlüsse, die Uebersicht der Marktlage können dadurch vermehrt werden; doch sind dies bloss handelstechnische und nicht ökonomische Unterschiede.

Der Unterschied bleibt selbst dann ein bloss handelstechnischer, wenn eine sonst wichtige Funktion des Kaufmanns dadurch überflüssig wird, dass die Prüfung und Feststellung des Gebrauchswertes für das einzelne Geschäft in Wegfall kommt, indem nur Waren einer festgesetzten Qualität geliefert werden dürfen. Ob diese Lieferungsbedingungen erfüllt sind oder nicht, darüber haben dann in Streitfällen eigene sachverständige Börsenorgane zu befinden. Jedoch bleibt der Wegfall dieser Funktion eine Vorbedingung des Börsenwarenhandels, der aber nur dann gegeben ist, wenn andere ökonomische Kriterien hinzutreten.

Die Ware geht also in den Börsenhandel ein als Ware bestimmter Qualität. Sie ist börsenmässig als festgesetzter Gebrauchswert, als Standardware. Als solche ist jedes Quantum durch das andere gleich grosse ersetzbar, als Quantum von gleichem Gebrauchswert ist die Ware fungibles Gut geworden. Die Warenmengen unterscheiden sich innerhalb des Börsenhandels nur quantitativ. Je nach der Natur der Ware und den Bestimmungen der Börse gilt ein bestimmtes Quantum — soundsoviel Kilogramm, soundsoviel Sack — als Einheit bei den Geschäftsabschlüssen. Für den börsenmässigen Handel geeignet sind also nur Waren, die von Natur aus oder durch verhältnismässig einfache, wenig kostspielige Massregeln fungibel sind.

Dass aber Waren fungibel sind, ist eine natürliche Eigenschaft des Gebrauchswerts, welche die eine Warenart besitzt, die andere nicht. Zum börsenmässigen Handel gehört aber mehr. Beim gewöhnlichen Handel geht die Ware zum Produktionspreis des Fabrikanten an den Kaufmann über und wird von ihm — um den Handelsprofit vermehrt — an den Konsumenten verkauft. Börsenmässig wird der Handel erst dann, wenn ausser dem Handel noch Raum bleibt für Differenzgewinn, für Gewinn aus Spekulation. Voraussetzung aber für die Spekulation sind häufige Preisdifferenzen, Preisfluktuationen. Zum börsenmässigen Handel geeignet sind also solche Waren, die grösseren Preisschwankungen in verhältnismässig kürzeren Zeiträumen unterliegen. Dies sind vor allem Bodenfrüchte, Getreide, Baumwolle, dann Halb- und eventuell auch Ganzfabrikate, bei denen das Rohmaterial starken Preisschwankungen unterliegt und den Preis des Produkts entscheidend beeinflusst, zum Beispiel Zucker.

Nach den Angaben von Robinow[1]) hat sich der Terminhandel zuerst in England in Metallen, Talk etc. entwickelt. Erst mit der Einführung des Telegraphen und der Dampferlinien dehnte sich der Terminhandel aus auf überseeische Produkte, deren Gewinnung sich nicht über ein ganzes Jahr hinaus erstreckt, sondern nur wenige Monate dauert, die mit einem Male auf den Markt geworfen werden, während der Konsum sich über das ganze Jahr verteilt. Ursache des Terminhandels ist also die kurze Dauer der Produktionszeit gegenüber der Länge der Zirkulationszeit, die durch

[1]) Börsenenquete, II., Seite 2072.

den ununterbrochenen Konsum erzeugt wird. Zur Einführung des Terminhandels im Effektengeschäft drängt die Fungibilität der umgesetzten Objekte, die an sich als kapitalisierte Ertragsanweisungen, also Repräsentanten von Geld, fungibel sind. Die Einführung des Warenterminhandels ist bedingt durch spezifische Umschlagsbedingungen, zum Beispiel durch die Differenz zwischen Zirkulations- und Produktionszeit. Erst das Bedürfnis des Terminhandels führt zu der oft nur durch künstliche Mittel erreichbaren Herstellung von völlig fungiblen Waren, das heisst Waren, von denen jedes Quantum denselben Gebrauchswert wie jedes andere hat[1]).

Hören die Preisschwankungen auf, etwa durch Kartellierung, wie zum Beispiel bei Petroleum, so hört auch der Börsenhandel in diesen Produkten auf oder wird rein nominell.

Ein drittes Moment von Wichtigkeit, das mit den vorigen unmittelbar zusammenhängt, ist dies, dass die Preisschwankungen durch ein Anpassen des Angebots an die Nachfrage nicht in jedem Moment ausgeglichen werden können. Auch hier ist die Anpassung am schwierigsten bei den Ernteprodukten. Ist einmal geerntet, so ist damit das Angebot bestimmt und kann erst nach längerer Zeit der Nachfrage angepasst werden. Ein letzter Umstand, der noch zu erwähnen bleibt, ist der, dass die Warenmengen, die in den Börsenhandel eingehen, gross genug sein müssen, um die Gefahr einer Ringbildung, eines Corners, der Regel nach auszuschliessen, da die Herstellung eines Monopolpreises die Preisänderung und damit die Spekulation stillsetzt.

Die Eigenheit des börsenmässigen Handels ist nun die, dass die Festlegung des Gebrauchswertes der Ware diese Ware für jedermann zur reinen Verkörperung des Tauschwerts, zum blossen Preisträger macht. Jedes Geldkapital ist unmittelbar in der Lage, sich in diese Ware zu verwandeln. Es können daher Kreise ausserhalb des bisherigen berufsmässigen, sachverständigen Handels zum Kauf und Verkauf dieser Waren herangezogen werden. Diese Waren sind unmittelbar geldgleich; die Prüfung ihres Gebrauchswerts ist dem Käufer abgenommen; sie unterliegen nur bestän-

[1]) Diese Künstlichkeit ist Quelle vieler Missbräuche und Hemmungen, die dort wegfallen, wo wirkliche und stets leicht konstatierbare Fungibilität vorhanden, wie zum Beispiel beim Spiritus (Alkoholgrad) und zum Teil beim Zucker (Polarisationsgrad).

digen, mehr oder weniger geringen Schwankungen ihres Preises[1]). Da sie Weltmarktwaren sind, ist ihre Absatzfähigkeit und daher ihre Rückverwandelbarkeit in Geld jederzeit gesichert; es handelt sich immer nur um Gewinn oder Verlust der Preisdifferenzen. Sie sind daher ebenso geeignete Spekulationsobjekte geworden wie sonstige Geldanweisungen, zum Beispiel Effekten. Beim Terminhandel gilt so die Ware nur als Tauschwert. Sie wird zum blossen Repräsentanten von Geld, während sonst Geld Repräsentant des Warenwerts ist. Der Sinn des Handels, der Warenzirkulation, ist verloren gegangen und damit auch die Charaktere und der Gegensatz von Ware und Geld. Dieser Gegensatz erscheint erst wieder, wenn die Spekulation zu Ende, weil sie ein Corner verhindert und plötzlich an Stelle der profanen Ware, die nicht zu haben ist, Geld treten muss. Wie das Geld in der Zirkulation nur eine verschwindende Rolle spielt, so innerhalb der Warenspekulation die Ware. Wie in der Zirkulation viel mehr Geld rechnungsmässig umgesetzt wird, als vorhanden ist, so setzt die Spekulation weit grössere Warenmengen um, als in Wirklichkeit existieren[2]).

Damit beim Warenterminhandel schliesslich eine wirkliche Fortbewegung vom Produzenten zum Konsumenten vor sich gehe. also wirklich Handels- und nicht bloss Spekulationsoperationen erfolgen — und für die Möglichkeit der Spekulation ist der Handel die notwendige Voraussetzung — ist es notwendig, dass am Anfang

[1]) „Diese spezielle Form des Termingeschäftes ist also nicht nur zur Erleichterung des effektiven Handels geschaffen, sondern sie dient im letzten Grunde dazu, den Kapitalisten oder Spekulanten, das heisst dem Besitzer von zurzeit anderweitig ungebundenem Kapital die Möglichkeit zu geben, dies vorübergehend (oder dauernd) in der betreffenden Warenbranche anzulegen, auch wenn ihm Kenntnis der Ware und der äusseren Technik dieses Handelszweiges fehlt. Dieser Kapitalist . . . . unterscheidet sich also von dem Getreidehändler prinzipiell durch das Motiv seiner Tätigkeit.“ Letzterer will Getreide umsetzen, ersterer an den Schwankungen des Preises gewinnen. Der Kapitalist nimmt dabei zugleich das Risiko auf sich. (Fuchs, „Der Warenterminhandel“ in Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung etc.“, 1891, 1. Heft, Seite 71). Dazu ist jedoch zu bemerken, dass das Gewinnstreben natürlich gemeinsames Motiv aller kapitalistischen Aktionen ist, verschieden ist nur die Art, wie der Gewinn erzielt werden kann.

[2]) So berichtet Offermann von der Wollbörse in Havre, dass dort 1892 2000 Ballen effektiv und 16.300 Ballen auf dem Terminmarkt verkauft wurden. Desgleichen sei auch in Baumwolle der Terminhandel zehnmal grösser als der Effektivhandel. Bei einer Ernte von 8 bis 9 Millionen Ballen wurden zirka 100 Millionen auf dem Terminmarkt umgesetzt. (Börsenenquete, Seite 3368.)

der Kette der Zeitgeschäfte der Produzent (oder der Kaufmann als dessen Repräsentant) und am Ende der Konsument (zum Beispiel der Müller) stehe. Man kann die Sache so betrachten, dass ein Teil der Ware stets zur Verfügung der Spekulation bleibt. Es ist das nichts anderes als ein gewisser Vorrat, dessen Zusammensetzung natürlich beständig wechselt; dieser müsste sonst anderswo gelagert und unter Verfügung anderer kapitalistischer Agenten, nicht der Spekulanten, sondern der Produzenten oder Kaufleute, eventuell auch der Konsumenten, stehen. Dieser Vorrat muss stets eine gewisse Grösse haben, um die Gefahr eines Corners, einer Ringbildung, zu vermeiden.

Indem die Spekulation sich dieser Waren bemächtigt, entsteht eine grosse Reihe neuer Transaktionen von Käufen und Verkäufen. Diese Kette von Kauf- und Verkaufgeschäften ist rein spekulativ; ihr Zweck ist die Erzielung von Differenzgewinn. Es sind keine Handelsoperationen, sondern Spekulationsumsätze. Die Kategorien von Kauf und Verkauf haben hier nicht die Funktion der Warenzirkulation, nicht die Aufgabe, die Ware von der Produktion zur Konsumtion gelangen zu lassen, sondern sie sind gleichsam imaginär geworden. Der Zweck ist die Erzielung eines Differenzgewinnes. Die Ware erreicht die Börse bereits mit dem Aufschlag des normalen Handelsprofits. Denn der Händler verkauft sie an der Börse. Hat es der Fabrikant getan, so hat er eben selbst zugleich als eigener Kaufmann fungiert und den Handelsprofit selbst eingesteckt. Die Börse kauft und verkauft nur spekulativ, die Spekulanten machen nicht Profit, sondern Differenzgewinn. Der Gewinn des einen ist der Verlust des anderen. Aber diese Kette beständiger Transaktionen sichert die beständige Verwandelbarkeit der börsenmässigen Ware in Geld, gestattet daher bis zu einem gewissen Grad, das Geld in dieser Ware anzulegen und es jederzeit durch ihren Verkauf zu realisieren. Die börsenmässige Ware wird also zum geeigneten Pfandobjekt vorübergehend freiliegender Gelder. Die B a n k e n können also diese Waren bis zu einem gewissen Grad ihres Preises belehnen oder sie reportieren. Dadurch ergibt sich eine neue Verwendungsart des Bankkapitals. Das Bankkapital beteiligt sich am Handel; aber es tut dies nur in der ihm eigenen adäquaten Form als zinstragendes Kapital. Die Waren, in die es sein Geld verwandelt hat, sind jederzeit in Geld rückwandelbar. Und eine gut geleitete Bank wird nie mehr Geld in diesen Waren

festlegen, als sie jederzeit, auch im ungünstigsten Fall, realisieren kann. Das Vorhandensein einer Börse, einer unaufhörlichen Kette von Käufen und Verkäufen, die die Spekulation ausmachen, sichert der Bank jederzeit die Möglichkeit, ihr Geld zu realisieren. Das Geld ist also nicht festgelegt, ist für die Bank Geldkapital, bankmässig angelegtes Kapital geblieben und bringt daher nur Zinsen. Das Eingreifen des Bankkapitals aber gibt wieder der Spekulation sowohl als dem Handel die Möglichkeit zur Ausdehnung ihrer Operationen. Um die Ware zu kaufen, ist jetzt der Besitz des vollen Geldpreises nicht nötig. Man braucht nur so viel Geld, als ausreicht, alle etwa im Bereich der Möglichkeit liegenden Differenzen decken zu können, den Rest stellt die Bank. Für die Spekulation bedeutet das nur Ausdehnung ihrer Operationen. Da aber infolge des Wachsens der gehandelten Massen schon geringe Differenzen genügen, um Kauf und Verkauf dem Spekulanten nahezulegen, wird sich die Zahl der Umsätze einerseits vermehren, anderseits aber die Grösse der jedesmaligen Differenzen verringern.

Anders und interessanter liegt die Frage des Einflusses des Bankkapitals auf den Handel. Auch der Handel kann jetzt die Ware belehnen lassen. Für dieses Kapital hat er nur Zins zu zahlen. Durch den Handel selbst aber entsteht kein Profit. Der Handel realisiert nur soviel Durchschnittsprofit, als der Grösse des angewandten Kapitals entspricht. Er braucht aber jetzt, da ihm nun Kredit in grösserem Umfang zur Verfügung steht, nur mehr ein geringeres Eigenkapital, um dieselben Mengen umzusetzen. Der Handelsprofit auf dieses Kapital wird sich also jetzt auf eine grössere Warenmenge verteilen. Der durch den Handel verursachte Aufschlag auf die Ware wird sich also vermindern. Da der Handelsprofit aber nur Abzug ist vom industriellen Profit, so wird dieser um das gleiche steigen. Der Preis der Ware für den Konsum wird derselbe bleiben. Das Eingreifen des Bankkapitals hat zur Folge also erstens Steigen des industriellen Profites, zweitens Sinken des Handelsprofits in seiner Gesamtheit und berechnet auf die einzelne Ware und drittens Verwandlung eines Teiles des Handelsprofits in Zins. Das letztere ist die notwendige Folge davon, dass ein Teil des Handelskapitals ersetzt ist durch Bankkapital. Möglich gemacht aber hat diese Ersetzung der börsenmässige Warenhandel.

Der Zins — dies sei hier eingeschaltet — ist — Konsumtionskredit ausgenommen — immer ein Stück Profit oder Bodenrente.

Jedoch ist folgendes noch zu merken. In der Produktion tätiges Leihkapital wirkt als industrielles Kapital, produziert also Profit. Es erhält nur Zins und vermehrt daher den Profit des industriellen Kapitalisten um die Differenz zwischen dem Durchschnittsprofit und dem Zins auf den Betrag des ausgeliehenen Kapitals. Im Handel, wo kein Profit produziert wird, sondern nur für das Handelskapital die Durchschnittsprofitrate aus der allgemeinen Profitmasse bezahlt werden muss, wirkt das Bankkapital anders. Es erhält seinen Zins, aber es produziert keinen Profit für den Händler. Dieser erhält vielmehr jetzt den Durchschnittsprofit für sein um den Betrag des Bankkapitals verringertes Handelskapital plus dem Zins, den er an das Bankkapital weiterzahlt. Zur Besorgung des Handels ist jetzt weniger kommerzielles Kapital nötig, daher auch weniger Profit auf dieses Kapital. Dieser ersparte Profit bleibt seinem Erzeuger, dem industriellen Kapital. Das Bankkapital wirkt hier so, wie irgend ein Fortschritt, der Handelskosten erspart. Der Unterschied in der Wirkung rührt einfach daher, dass industrielles Kapital Mehrwert erzeugt, kommerzielles nicht.

In derselben Richtung wirkt ein anderer Umstand. Der börsenmässige Terminhandel schafft für die von ihm ergriffenen Waren einen stets aufnahmebereiten Markt. Der Produzent oder der Importeur kann daher jederzeit die Ware verkaufen. Das bedeutet aber eine Verkürzung der Zirkulationszeit seines Kapitals. Wir wissen aber bereits, dass jede Verkürzung der Zirkulationszeit Freisetzung von Kapital bedeutet. So vermindert der Terminhandel auch auf diese Weise das zur Zirkulation der Ware, also zu Handelsoperationen erforderliche Kapital, das nicht zur Produktion, sondern nur zur Realisierung des Profits diente.

Die adäquate Form jeder Spekulation ist der Terminhandel. Da jede Spekulation die Ausnützung von Preisdifferenzen ist und diese sich in der Zeit abspielen, anderseits aber für jede Spekulation die Zeit, in der sie keine Käufe oder Verkäufe macht, blosser Verlust ist, da die Spekulation nicht Produktion ist, so muss sie jede Preisdifferenz, auch die künftige, sofort benützen können. Sie muss also in jedem Augenblick für jeden künftigen Augenblick kaufen oder verkaufen können, eben das, was das Wesen des Terminhandels ausmacht. Indem die Spekulation dies tut, schafft sie einen Preis für jeden Moment des Jahres. Damit aber gibt sie dem Fabrikanten und Händler die Mög-

lichkeit, die zufälligen Folgen der Preisentwicklung für sich auszuschalten, sich gegen die Preisschwankungen zu versichern, das Risiko für die Preisänderungen auf die Spekulation abzuwälzen. Der Rohzuckerfabrikant, der heute Rübe kauft, weiss, dass er für dieselbe sage 100.000 M. zahlen kann, wenn er den Rohzucker bereits heute an der Börse für denjenigen Termin, an dem er den Rohzucker wird liefern können, sage um 130.000 M. wird verkaufen können. Verkauft er also heute den Rohzucker um diesen Preis, so ist er von allen unterdes erfolgenden Preisschwankungen unabhängig, er hat seinen Profit sichergestellt. Der Terminhandel ist so das Mittel für die Industriellen und Kommerziellen, sich auf ihre reine Funktion zu beschränken. Ein Teil des Reservekapitals, das zur Sicherung gegen diese Schwankungen notwendig war und in der industriellen, respektive kommerziellen Sphäre festlag, wird hiermit frei. Ein Teil davon dient jetzt zur Börsenspekulation. Hier aber ist es konzentriert und infolgedessen kann es geringer sein, als das Kapital war, das in den Händen der einzelnen Industriellen und Kaufleute zersplittert war.

Der kapitalistische Profit entsteht in der Produktion; er wird realisiert durch die Zirkulation. Es ist das naturgemässe Streben der Produzenten sowohl als der Händler, sich diesen Profit zu sichern gegen die Zufälle, die aus den Preisschwankungen während der Zirkulation entstehen, wenn die Produktion längst abgeschlossen und der Profit damit für den Produzenten, respektive den Händler, der die Ware bereits gekauft hat, eine gegebene Grösse ist. Diesem Streben dient in einem bestimmten Stadium der Entwicklung und für jene Waren, bei denen infolge natürlicher Ursachen (zum Beispiel infolge der Abhängigkeit des Ausfalls der Produktion von Witterungsverhältnissen) diese Schwankungen besonders gross und unübersehbar sind, der Terminhandel. Er gleicht die aus der Spekulation stammenden Schwankungen möglichst aus, kann dies aber nur durch Erzeugung kleinerer und häufigerer Oszillationen, die die Spekulation hervorbringt. Diese Spekulation — gänzlich sinnlos vom gesellschaftlichen Standpunkt aus — erscheint notwendig, weil sie für den notwendigen Umfang der Beteiligung von Käufern und Verkäufern sorgt, so dass immer die nötigen Warenquanta gehandelt werden können. Diese Versicherung gegen Preisschwankungen bringt den Marktpreis in stetig grössere Annäherung zum Produktionspreis. Es bildet sich eine eigene Klasse von Kapitalisten,

die Spekulanten, heraus, die diese Preisschwankungen auf sich nehmen. Die Frage ist, wie verwertet sich deren Kapital?

Wir haben bei der Effektenspekulation gesehen, dass dieses Kapital Differenzgewinn erzielt. Der Gewinn des einen ist der Verlust des andern. Es sind dabei in der Regel die Grossen, die warten können und selbst Einfluss auf die Kurse nehmen, und die Eingeweihten [1]), die Bescheid wissen, die den Gewinn machen auf Kosten der Kleinen und der Outsiders. Das Problem ist nur, ob der Spekulation ausserdem eine Risikoprämie zufällt.

Die Risikoprämie ist zwar sehr häufig berufen, aber um so weniger untersucht worden. Festzuhalten ist zunächst, dass die Risikoprämie, nicht Entstehungs- und daher auch nicht Erklärungsgrund des Profits sein kann. Der Profit ist in der Produktion erzeugt und ist gleich dem Mehrwert, der in dem Mehrprodukt der Arbeiter, das der Kapitalistenklasse nichts gekostet hat, enthalten ist. Verschiedenes Risiko, das heisst verschiedene Sicherheit, den in der Produktion erzeugten Profit durch die Zirkulation realisieren zu können, kann nur eine verschiedene Verteilung des Profits bewirken, so dass Zweige mit höherem Risiko, das sich aber auch wirklich in höherem Verlust ausdrücken muss, höhere Preise erzielen, so dass die Profitrate auf ihr Kapital doch schliesslich gleich der Durchschnittsprofitrate ist. Es ist klar, dass, soweit in einem Produktionszweig mit besonderen Umständen, die den Ertrag vermindern, zu rechnen ist, diese Umstände ausgleichend in die Höhe der Preise eingehen müssen, damit die Gleichheit der Profitrate gewahrt werde. In den Preis optischer Linsen gehen auch die Kosten für jene Gläser ein, die beim Guss durchschnittlich verderben. Sie gehören eben zu den Produktionskosten. Ebenso gehen Beschädigungen oder Verderb, die Waren auf ihrer Reise zum Markt durchschnittlich erfahren, in den Preis ein. Anders steht es aber mit dem Risiko, das aus Vorgängen entspringt, die nur zu-

[1]) Allerdings darf man sich von den Eingeweihten beim Warenterminhandel keine besonderen Vorstellungen machen. „Wenn es so wäre, dass man aus den Berichten ersehen könnte, wie der Markt ferner gehen wird und welcher Preis angemessen ist, so wäre das eine herrliche Sache. Ich kann aus alter Erfahrung nur sagen: Gefühl ist alles. Informiert sein, ist ganz wundervoll, ein Schlagwort, nur es wird nichts daraus, und die Kaufleute irren sehr häufig . . . Der Kaufmann ist so unwissend wie der Landwirt, und wenn er alle Berichte studiert, ist er erst recht dumm geworden, und es kommt gewöhnlich anders“, gesteht der aufrichtige Händler Damme. Deutsche Börsenenquete, II., Seite 2858.

fällig während der Zirkulation vorgehen, aber die Produktionskosten selbst alterieren. Ist zum Beispiel ein Produkt noch auf dem Markte, das mit alten Maschinen hergestellt wurde, während neue erlauben, es in der Hälfte der Zeit herzustellen, so existiert für dieses „Risiko" kein Ausgleich. Der Verkäufer dieses Produkts wird den Verlust zu tragen haben.

Aehnlich sind nun die Bedingungen für die Produkte, die zumeist auf dem Börsenterminmarkt gehandelt werden. Die Unsicherheit rührt daher, dass für den Preis zum Beispiel des deutschen Getreides nicht nur der Ausfall der deutschen Ernte, also die deutschen Produktionskosten, die sich im Preise unmittelbar ausdrücken würden, bestimmend sind, sondern ebenso die amerikanischen, indischen, russischen etc. Produktionskosten. Für diese Preisgestaltung aber gibt es keinen Ausgleich im Preis des deutschen Getreides[1]).

Sofern aber in der Zirkulation grosse, unvorhergesehene Schwankungen auftreten, muss in einem solchen Produktionszweig ein Reservefond von den Kapitalisten gehalten werden, um Verluste aus Preisschwankungen ausgleichen und die Produktion kontinuierlich fortführen zu können. Dieser Reservefond ist ein Teil des notwendigen Zirkulationskapitals und für ihn wird der Durchschnittsprofit berechnet. Der auf ihn entfallende Profit kann als Risikoprämie bezeichnet werden. Dieser Reservefond wird aber auch durch den Terminhandel für die produktiven Kapitalisten nicht überflüssig. Denn der Terminhandel beseitigt durchaus nicht die Schwankungen der Preise, die aus Wechsel der Produktionsbedingungen folgen. Die Wirkung des Weltmarktes auf den inländischen Preis muss der Produzent tragen.

Die Versicherung der Börse bezieht sich nur auf Schwankungen, die während der Zirkulation auftreten. Der Müller sichert sich den Preis, zu dem er heute sein Mehl verkauft hat, indem er heute Getreide kauft. Der Getreidehändler sichert sich seinen Gewinn, indem er das Getreide, das er heute gekauft hat, an der Börse für einen bestimmten Termin verkauft. Die Versicherung besteht darin, dass er sich den bestimmten, den bestehenden Preis sichert für einen späteren Termin, an dem er seine Verpflichtung

[1]) Der Schutzzoll gleicht diesen Preis nicht aus, sondern erhöht nur den deutschen um einen Betrag über den Weltmarktpreis, der dem Getreideproduzenten auch bei niedrigem Weltmarktpreis noch Profit bringen soll.

effektiv erfüllen wird. Mit anderen Worten: Kauf und Verkauf haben sich für den Händler oder Produzenten Zug um Zug vollzogen, statt dass nur einseitig Kauf oder Verkauf stattgefunden hätte. Dies setzt aber einmal einen stets bereiten, grossen, aufnahmefähigen Markt voraus, wie ihn der Terminhandel schafft; sodann aber Agenten, die ihrerseits diese Sicherung nicht vornehmen, sondern die Gestaltung des späteren Termines abwarten, eben Spekulanten, die dem sich versichernden Händler das Risiko abnehmen. Ihr Gewinn ist also keine Risikoprämie, sondern nur Differenzgewinn, dem ein entsprechender Verlust entgegenstehen muss. Eben dieser Charakter des Spekulationsgewinnes hat zur Folge, dass die Berufsspekulation nur gedeiht, wenn zahlreiche Aussenstehende teilnehmen, die die Verluste tragen. Ohne Beteiligung des „Publikums“ gedeiht die Spekulation nicht [1]).

Die fortschreitende Konzentration macht diese Versicherung allmählich unnötig. Einen gewissen Umfang des Handelsgeschäftes gegeben, gleichen sich günstige und ungünstige Chancen aus. Das grosse Handelshaus macht die „Versicherung in sich“ und verzichtet auf den Terminmarkt. Dazu kommt, dass die kleinen Spekulanten [2]) allmählich sich zurückziehen müssen, da sie immer öfter die Zeche zahlen mussten. Die Entwicklung des Aktienwesens und die Effektenspekulation entzieht sie der Warenbörse. Schliesslich machen die Syndikate und Trusts der Spekulation in jenen Waren, die sie beherrschen, radikal ein Ende.

Fragt man, für welche Schichten der Terminhandel nötig ist, so kann man sagen, dass seine Notwendigkeit für den mittleren Händler wohl am dringendsten ist. Für den Produzenten trifft die Notwendigkeit so weit zu, als dieser wichtige Handelsfunktionen

---

[1]) Ueber die Beteiligung am Terminhandel überhaupt sagt Herr Kämpf, Vorsitzender der Berliner Handelskammer: „Wenn die Wogen hoch gehen, die ganze Welt. Wenn sie nicht hochgehen, dann sind es die reicheren Leute, die derartige Geschäfte machen.“ (Börsenenquete II, S. 813.)

[2]) Köstlich ist das Zwiegespräch zwischen Herrn v. Gamp und Herrn Horwitz über den Schmerz, den der Kaufmann bei dem Gedanken an die Verluste der kleinen Leute zu empfinden sittlich verpflichtet sei: Das liegt nicht in der Natur des Kaufmannes. Schaffen sie entweder den Kaufmann ab oder lassen sie ihm die Natur, die ihm nun einmal eigen ist. (Börsenenquete III., Seite 2459.)

Für die ethische Nationalökonomie erfüllt die Börse überhaupt nur die Funktion einer moralischen Bedürfnisanstalt. Ihre sonstigen Funktionen bleiben ihr verborgen.

sonst selbst vollziehen müsste. Dieses wird dann der Fall sein, wenn die Weiterverarbeitung schon grosskapitalistisch ist, während die Erzeugung des Rohmaterials noch stark zersplittert ist. Hier vollzieht die Börse die notwendige Konzentration der Produkte. Dies gilt zum Beispiel für die Zeit der Entwicklung der modernen Handelsmüllerei. Die Warenbörse vollzieht rascher und radikaler diese Konzentration, als wenn sich erst ein Grosshandel entwickeln müsste. Für den Handel ist der Terminmarkt besonders in jenen Produkten erwünscht, wo die Zirkulationszeit lang, die Produktion über einen grossen Kreis von schwer übersehbaren Produktionsstätten zersplittert, ihre Ergebnisse schwer vorauszusehen und inkonstant, die Zirkulationsschwankungen der Preise daher bedeutend und unregelmässig sind.

Ist der Terminhandel einmal etabliert, dann wird die Beteiligung sowohl für die Händler als auch für die Produzenten immer mehr zur Notwendigkeit, weil der Terminmarkt für die Preisgestaltung massgebend wird. Dagegen nimmt die Einschränkung des Terminhandels auf die Berufshändler dem Terminhandel seine wichtigste Funktion: die Versicherungsmöglichkeit durch Abwälzen der Verluste aus Preisschwankungen auf die Spekulation.

Da die Spekulanten das Spekulationsobjekt nicht dauernd behalten wollen, so geht schon daraus hervor, dass jeder Spekulant immer sowohl Käufer als Verkäufer ist. Der Baissespekulant, der Verkäufer einer Ware, wird ihr Käufer, um sich zu decken. Er ist aber Käufer und Verkäufer zu einem verschiedenen Zeitpunkt und nützt die Preisschwankungen innerhalb dieses Zeitpunktes aus, während die Versicherung des Effektivgeschäftes gerade darin besteht, diesen Schwankungen auszuweichen und daher den Käufen die Bewertung desselben Zeitpunktes durch gleichzeitigen Verkauf und den Verkäufen durch gleichzeitigen Kauf zugrunde zu legen.

Der Spekulant nützt zunächst die Preisschwankungen aus, die nicht er, sondern der Effektivverkehr geschaffen hat. Diese Preisschwankungen können sowohl aus zufälligem Verhältnis von Angebot und Nachfrage als auch aus tiefer liegenden Veränderungen der Produktionskosten der Ware hervorgegangen sein. Die Nachfrage und das Angebot der Spekulation verändert sodann selbst wieder dieses Preisniveau und bewirkt Schwankungen, die sich aber schliesslich stets kompensieren müssen, eben weil jeder Spe-

kulant sowohl Käufer als Verkäufer ist. Das hindert natürlich nicht, dass eine Zeitlang eine Spekulationsrichtung, zum Beispiel Kauf, also Haussespekulation, überwiegen kann; solange diese Einseitigkeit anhält, steht der Preis über dem Niveau, das aus dem blossen Effektivgeschäft sich ergeben würde. So bewirkt die Spekulation häufigere und deshalb vielfach auch geringere Preisoszillationen, die sich auf die Dauer gegenseitig kompensieren.

Der Terminhandel konzentriert das ganze Geschäft an einem Ort und gibt den dortigen Grosshändlern das Uebergewicht über die Provinzialhändler, die allmählich verschwinden[1]). Aber an dem Börsenplatz selbst gibt er die Möglichkeit des Eindringens früher aussenstehender Elemente, die den alten Häusern Konkurrenz machen. Daher die Neueinführung des Terminhandels oft dem Widerstand der alten Berufshändler begegnet. Der Terminhandel ist bis zu einem gewissen Grade weniger qualifiziert als der alte Berufshandel und die Beteiligung des Bankkapitals erlaubt kapitalsschwächeren Elementen die Teilnahme. Aber auch hier findet auf der neuen Basis eine Konzentration statt; im allgemeinen hat man den Eindruck, dass die Beteiligung der reinen Spekulation und der aussenstehenden Elemente an den Terminmärkten eher im Abnehmen begriffen ist[2]).

Umgekehrt bedeutet die Abschaffung des Terminhandels die Verstärkung der Position der Grosshändler, die das Versicherungsgeschäft entbehren können.

Eine Gefahr des Terminhandels besteht in der Möglichkeit des „Schwänzens". Der Käufer hat das Recht, sich die Ware auf Rechnung des Verkäufers auf der Börse zu kaufen, wenn der Verkäufer am Lieferungstage die Ware nicht abgeliefert hat. Ist diese Ware nicht in genügendem Verhältnis zur Nachfrage vorhanden, weil der Käufer die verfügbaren Vorräte bereits früher hat ankaufen lassen, so entstehen sehr hohe, fiktive, vom Willen der

[1]) Siehe Börsenenquete, Bericht der Kommission. Seite 90.

[2]) „Aus dem Kaffeehandel haben sich die kleinen und unberufenen Elemente zurückgezogen, er steht unter Führung grosser Konsortien". (Börsenenquete, Seite 2065). Dies aus der Erfahrung erklärlich, die der Sachverständige van Gülpen in die Worte fasst: „Es lässt sich mit grosser Kapitalsgewalt ausserordentlich viel ausrichten, wenn sie auf vereinzelte Artikel dirigiert wird."

Die grossen Londoner Getreidefirmen sind Gegner der Einführnng des Terminhandels, durch den der Handel demokratisiert und ihre beherrschende Stellung aufgehoben würde. Ebenda, Seite 3542.

Käufer abhängige Preise; die Verkäufer sind dann den Käufern völlig preisgegeben. Die „Schwänze“ ist um so leichter, je geringer der Vorrat der Ware. Dies kann auch künstlich herbeigeführt werden, wenn die Lieferungsbedingungen für den Terminhandel hohe Ansprüche an die Qualität der Ware stellen. Umgekehrt ist die Herabsetzung der Lieferungsqualitäten ein Mittel, das „Schwänzen“ zu erschweren. Die „Schwänze“ lässt sich gewöhnlich nur unter besonderen Umständen und für kurze Zeit herbeiführen, zum Beispiel wenn die Getreidevorräte gering sind, weil die neue Ernte noch nicht stattgefunden, die alten Vorräte aber bereits zumeist verkauft sind. Die ausserordentlichen Preise bewirken aber gewöhnlich das Erscheinen von Vorräten, die man schon der Konsumtion anheimgefallen glaubte, auf dem Markte. Uebersteigen die neuen Zufuhren die Aufnahmefähigkeit der Käufer, so bricht die „Schwänze“ zusammen. Im allgemeinen bedeuten aber auch gelungene „Schwänzen“ nur die Expropriation der aussenstehenden Spekulantengruppen und beeinflussen den effektiven Handel und die wirklichen Preise der Ware in geringem Masse.

Das deutsche Börsengesetz vom 22. Juni 1896 hat bekanntlich den Terminhandel zum Teil aufgehoben, zum Teil erschwert. Der Getreidehandel erfuhr, namentlich seit die Rechtsprechung auch das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft bedrohte, eine starke Einschränkung. So wurde „der Kreis der am Lieferungshandel beteiligten Personen ein immer kleinerer, und zwar so klein, dass er für die Zwecke des Lieferungshandels kaum mehr ausreicht“. Dadurch wurden nun auch die Versicherungsgeschäfte wesentlich erschwert. Was waren nun die Folgen? „Es gibt nun schon einige sehr grosse Firmen, die wegen der Schwierigkeiten, welche damit verbunden sind, eine Preissicherung an der Terminbörse ganz entbehren zu können glauben, und dieselben haben dabei, unterstützt durch einige Jahre stabilerer, ja sogar steigender Preise, nicht unerhebliche Gewinne erzielt. Im allgemeinen halten jedoch die soliden Firmen ein solches Verfahren für eine sehr gefährliche Spekulation und begnügen sich lieber mit einem kleineren, aber sicheren Gewinn. . . . . Es ist ganz unverkennbar, dass bei der heutigen Sachlage die oben erwähnten zwei bis drei grossen Firmen auch einen immer wachsenden Anteil des ganzen Geschäfts an sich reissen. Durch die Gesetzgebung wird hier die Konzentration ebenso begünstigt, wie eine solche im Bankgewerbe auf dieselbe Weise zu-

tage getreten ist. Es ist sehr zu bezweifeln, ob diese Entwicklung denjenigen, welche das Gesetz als einen so grossen Erfolg preisen, wirklich auf die Dauer gefallen wird. Für die Erzielung möglichst günstiger Preise wird wohl jedenfalls eine vielseitige Konkurrenz den Landwirten weit bessere Garantien bieten, als wenn schliesslich ein par Riesenfirmen die Preise diktieren können[1])".

„Die Provinzhändler sind um so mehr am Lieferungsgeschäft interessiert, als sich ihnen durch den Terminverkauf die Möglichkeit bietet, die Ware günstig zu lombardieren, da dieselbe schon zu einem festen Preise verkauft ist und daher nicht mehr durch einen Preissturz an Wert verlieren kann. So wird dann der Händler wieder kapitalkräftig und imstande, neue Posten Getreide den Produzenten zu guten Preisen abzunehmen"[2]).

Durch Verkürzung der Zirkulationszeit für die produktiven Kapitalisten und Abnahme des Risikos durch die Spekulation können auch Rückwirkungen auf die Produktion erfolgen. Vor Einführung des Terminhandels war es hauptsächlich ein Teilproduzent, der das Risiko zu tragen hatte; fällt dies und die Notwendigkeit der Lagerung der Ware, die jetzt ebenfalls an dem Börsenplatz konzentriert ist, fort, so genügt die reine Produktionsfunktion nicht mehr; der Teilnehmer wird Vollunternehmer durch Kombination seines Betriebes mit einem zweiten. Er kann das um so eher, da ja jetzt ein Teil seines Zirkulations- und Reservekapitals freigeworden ist. So werden die Wollkämmer überflüssig, weil das Risiko, das sie früher trugen, nun auf den Terminhandel überwälzt ist. Sie werden nun selbst Spinner; oder die Spinner gliedern sich umgekehrt Wollkämmereien an[3]).

---

[1]) H. Ruesch, „Der Berliner Getreidehandel unter dem deutschen Börsengesetz". Conrads „Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", III. Folge, XXXIII. Bd., 1907, 1. Heft, Seite 53.

[2]) Ebenda, Seite 87. Vergleiche auch die Voraussage dieser Entwicklung bei Landesberger: „Die allergrössten Getreidehäuser beteiligen sich bezeichnenderweise am Terminhandel nicht, sie machen die Versicherung in sich. Die Aufhebung des Terminhandels muss daher mit derselben Notwendigkeit dazu führen, den Getreidehandel in den Händen der kapitalstärksten Häuser zu konzentrieren, mit der das Verbot des Terminhandels in gewissen Sorten von Wertpapieren diesen Zweig des Effektenhandels in die Hände der deutschen Grossbanken gespielt hat." (Loc. citat., Seite 45.)

[3]) Börsenenquete III., Seite 3373 ff. Aussage Offermanns.

Der Terminhandel erspart den Produzenten Zirkulationskapital erstens durch Verkürzung ihrer Zirkulationszeit, zweitens durch Reduzierung der Selbstversicherung (Reservefonds) gegen Preisschwankungen. Das verstärkt die Kapitalskraft der grossen Unternehmungen, die vor allem die Vorteile des Terminmarktes geniessen. Das so freigewordene Kapital wird zu Produktionskapital.

Bei der Arbeitsteilung der Unternehmungen ist nicht allein der technische Gesichtspunkt ausschlaggebend, sondern auch der kommerzielle; manche Teilprozesse, zu denen vor allem die Verarbeitung von Rohstoffen zu Halbfabrikaten gehört, bleiben nur deshalb als solche verselbständigt, weil die Teilproduzenten zugleich wichtige kommerzielle Funktionen erfüllen. Sie übernehmen die Rohstoffe vom Produzenten oder von den Importeuren, mit denen sie das Risiko der Preisschwankungen teilen. Die Selbständigkeit wird überflüssig, wenn sich der Fabrikant auch ohne diese Vermittlung durch den Terminmarkt vor Risiko schützen kann. Er gliedert dann seinem eigenen Betrieb diese Verarbeitung des Rohstoffs an. Es ist der Wegfall der kommerziellen Funktion, der die technische Selbständigkeit überflüssig macht. Es liegt auch hier die Tendenz nach Ausschaltung des Zwischenhandels vor. Die Warenbörsen scheinen allerdings zunächst die Handelsoperationen noch zu vermehren, jedoch wissen wir bereits, dass diese Käufe und Verkäufe Umsätze nicht des Handels, sondern der Spekulation darstellen.

Wir haben gesehen, dass der Terminhandel Mittel ist, um Bankkapital sich am Warenhandel beteiligen zu lassen, zunächst durch Kreditgewährung, sei es in Form der Lombardierung oder des Reportgeschäfts. Die Bank kann aber ihre grosse Kapitalsmacht und ihre Uebersicht über den Markt auch ausnützen, um mit ziemlicher Sicherheit sich an der eigentlichen Spekulation zu beteiligen. Ihre umfassenden, sich über eine Reihe von Terminmärkten erstreckenden Verbindungen geben ihr ausser besserer Uebersicht über den Markt zunächst Gelegenheit zu sicheren Arbitrageoperationen, die bei dem grossen Umfang, in denen sie ausgeführt werden, erheblichen Gewinn bringen. Die Bank wird solche Spekulationsgeschäfte um so sicherer ausführen können, in je grösserem Umfang sie über die Ware verfügt und damit Einfluss auf die Grösse der Zufuhr nehmen kann. So entsteht das Streben, über die Waren, die auf dem Terminmarkt gehandelt werden, immer mehr

die Verfügung zu bekommen. Die Bank sucht die Ware direkt vom Produzenten unter Ausschluss anderer Händler zu erhalten. Sie lässt sich entweder kommissionsweise den Verkauf übertragen — und sie kann für diesen Verkauf in Konkurrenz mit dem Händler einen viel geringeren Profit beanspruchen als dieser, weil sie noch Spekulationsgewinn machen kann und weil sie mit Kredit in viel höherem Masse arbeiten kann — oder sie kauft die Ware für eigene Rechnung. Die Bank benützt dabei den Einfluss, den sie durch ihre sonstigen geschäftlichen Beziehungen auf die Industrie besitzt, um sich an Stelle des Kaufmanns dem Industriellen darzubieten. Ist die Bank einmal im Besitze des Absatzes, so werden dadurch die gegenseitigen Beziehungen der Bank zur Industrie enger. Die Bank ist an der Preisgestaltung der Ware nicht nur als Spekulant interessiert, ein hoher Preis ist ihr erwünscht im Interesse des Unternehmens, zu dem sie auch Kreditbeziehungen aller Art hat. Zugleich sucht sie, da sie ja Interesse an möglichst grosser Verfügung über die Ware hat, mit möglichst viel Unternehmungen Verbindung und wird so an dem ganzen Industriezweig interessiert. Ihr Interesse aber ist es, diesen Industriezweig möglichst gegen Depressionen zu schützen; sie wird ihren Einfluss benützen, um die Kartellierung zu beschleunigen, die ja allerdings die spekulative Tätigkeit der Bank auf dem inneren Markt (nicht auf dem Weltmarkt) überflüssig macht, sie aber durch Anteilnahme am Kartellprofit in verschiedener Form dafür reichlich entschädigt. Es ist eine Entwicklung, die sich namentlich dann vollzieht, wenn aus historischen Ursachen die Bildung eines starken und leistungsfähigen Grosshandels, sei es überhaupt, sei es in dem betreffenden Produktionszweig, ausgeblieben ist. So sind in Oesterreich die Banken auf dem Wege des Handels in die Zuckerindustrie, mit geringerem Erfolge in die Petroleumindustrie eingedrungen und Träger der Kartellierungsbestrebungen in diesen Industriezweigen geworden, die stark in ihrer Abhängigkeit stehen. So wird hier durch den Terminhandel eine Entwicklung, die ja allgemeine Tendenz ist, begünstigt, um schliesslich den Terminhandel selbst wieder aufzuheben.

Die monopolistischen Verbände beseitigen die Warenbörsen vollständig. Das ist ja selbstverständlich, da sie die Preise für längere Zeit festsetzen und daher die Ausnützung der Preisschwankungen unmöglich machen. Die „Verteilung in der Zeit" geht natürlich ohneweiters vor sich, was höchstens Herrn Professor Ehrenberg

überraschen kann. Das deutsche Kohlensyndikat und der Stahlwerksverband haben die Börsennotierungen von Essen und Düsseldorf zu rein nominellen gemacht. „So besteht die Essener Kohlenbörse lediglich in — einer Mappe mit Kohlennotierungen, die jedesmal vom Kohlensyndikatsgebäude zum Essener Saalbau getragen wird, während die ganze sogenannte Düsseldorfer Produktenbörse in — einem Schreibebrief besteht, den ein Industrieller regelmässig dem Vorstand der Düsseldorfer Börse zugehen lässt[1]."

Das gleiche gilt für das Termingeschäft in Spiritus. „Es ist hier ganz richtig bemerkt, dass ein Teil des Handels durch die Zentrale (für Spiritusverwertung) seine Bedeutung verloren hatte und dass ein Teil des Zwischenhandels in dem Syndikate keinen Raum mehr fand. Es ist das der Teil, der sich in der Hauptsache mit dem Börsengeschäft befasst. Das Kommissionsgeschäft, die Makler, alle die Händler, die nicht direkt mit Produzenten in Verbindung stehen, sind allerdings durch das Zustandekommen des Syndikats überflüssig geworden und sind dadurch ausgeschaltet[2]." Die effektiven Händler werden vom Spiritussyndikat in Agenten verwandelt, mit fester Provision (30 bis 40 Pf.) und ihre Zahl, wie es scheint, ziemlich stabil gehalten — 1906 waren es 202 — die 40 Prozent der Erzeugung absetzten.

Soweit die Gewinne der Produktenbörse aus Handelsprofit stammen, fallen sie bei Ausschaltung der Börse den Produzenten zu. Dies ist auch der Fall bei jenen Gewinnen, die aus der Verschiedenheit der Produktionszeit (der „Dauer der Kampagne") und der Konsumzeit entstehen. So sind zum Beispiel für Spiritus die Sommerpreise höher als die Winterpreise. Die Produktion geht am Ende der Kampagne in die Hände des Handels über. Die Sommerpreise sind schon deswegen höher, weil Lagerungskosten, Zinsverluste u. s. w. berechnet werden müssen. Aber die Brenner müssen am Ende der Kampagne möglichst bald verkaufen. Das Angebot ist hier drängend. Umgekehrt findet während des Sommers keine Produktion statt. Das Angebot kann hier nicht mehr vermehrt werden und die Händler sind kapitalskräftig genug, um die Ware nicht in ungünstigen Zeiten loszuschlagen. Hier spielt der

[1] „Berliner Tageblatt" vom 19. Oktober 1907.

[2] Kontradiktorische Verhandlungen der deutschen Kartellenquete über die Verbände in der deutschen Spiritusindustrie. Aussage des Geschäftsführers der Zentrale für Spiritusverwertung, Bourzutschky.

Unterschied der Kapitalskraft der Händler einerseits, denen auch hier das Bankkapital für Reportierung oder Lombardierung zur Verfügung steht, und der Kapitalskraft der oft kleinen Produzenten eine Rolle in der Preisbestimmung, allerdings nicht für den Preis, den der Konsum zu zahlen hat, sondern für den, den der Händler dem Produzenten zahlt. Auch diese Verhältnisse werden durch ein Kartell der Produzenten zu ungunsten der Händler und zugunsten der Produzenten geändert. Sehr prägnant drückt dies Herr Stern, der Geschäftsführer der Zentrale für Spiritusverwertung aus, wenn er sagt: „Das Syndikat lässt die Preissteigerung nach Schluss der Brennkampagne den Brennern zugute kommen, der freie Markt der Spekulation."

Gerade auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion hat die Kartellierung — und die landwirtschaftlichen Produktions-„genossenschaften" sind häufig nichts anderes als Kartellkeime oder Kartelle im Kleinen — grosse Vorteile, weil gerade für die landwirtschaftliche Produktion die kapitalistische Regelung durch den Preis am unangemessensten ist, die Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft mit den natürlich-technischen Bedingungen gerade der landwirtschaftlichen Produktion unvereinbar ist, wie ja der Kapitalismus überhaupt das Ideal einer rationellen Landwirtschaft im Gegensatze zur Industrie nicht durchsetzen kann. Dieser Widerspruch, in den die kapitalistische Preisgestaltung zu den natürlich-technischen Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion gerät, wird aber durch das Vorhandensein eines Terminmarktes, der die Preisänderungen kontinuierlich macht, auf die Spitze getrieben. Was Schuld der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt, wird so dem Terminhandel mit seinen oft dramatischen, durch die Spekulation hervorgerufenen oder doch übertriebenen Aenderungen der Preisrichtung angekreidet. Demagogisch ausgenützt, kann daher leicht bei den landwirtschaftlichen Produzenten eine heftige Bewegung gegen den Terminhandel hervorgerufen werden[1].

[1]) Sehr richtig sagt Landesberger: „Der Kampf der Landwirtschaft gegen den Terminhandel findet seine Erklärung auch in wichtigen Tatsachen der Wirtschaft. Die Landwirtschaft steht mehr als irgend ein anderer Produktionszweig im Banne zeitlich und örtlich gegebener Produktionsbedingungen. Das heisst, der Faktor Produktionskosten ist bei ihr weniger veränderlich als in anderen Wirtschaftszweigen. Es hängt dies zusammen mit der Bindung des Kapitals in der Landwirtschaft, mit der Bodenverschuldung, mit der natürlichen Schwierigkeit, die wichtigsten Defensivwaffen anderer Produktionszweige gegen ungünstige Konjunkturen: Spezialisierung der

Soweit ein Kartell imstande ist, die Anarchie einzuschränken, soweit wirkt es gerade auf landwirtschaftlichem Gebiet besonders günstig. Es liegt im Charakter der Landwirtschaft, dass die Produktionsmengen der einzelnen Jahre je nach den natürlichen Bedingungen ausserordentlich variieren. Diese Produktionsmengen beeinflussen aber unmittelbar den Preis. Eine überschüssige Produktionsmenge übt starken Preisdruck und vermehrt in diesem Jahr die Konsumtion. Infolge der gedrückten Preise wird im nächsten Jahr die Produktion beschränkt. Tritt dazu etwa eine schlechte Ernte, so tritt Mangel ein, der Preis schnellt in die Höhe, die Konsumtion wird stark eingeschränkt. Die zersplitterte Produktion ist gegen diese Erscheinungen ziemlich machtlos. Das Kartell aber hat auf die Preisgestaltung viel grösseren Einfluss, da es die Möglichkeit hat, rechtzeitig Vorräte anzulegen und in Verbindung mit der Produktionskontingentierung allzu starken Schwankungen vorzubeugen. Freilich benützt das kapitalistische Kartell diese Macht, um dauernd

---

Produktion, temporäre Ausdehnung und Einschränkung des Betriebes, auch nur annähernd im gleichen Umfange oder mit gleichem Erfolge anzuwenden. Der ausserpersönliche Faktor alles Wirtschaftslebens, die Konjunktur, hat in keinem anderen Produktionszweige ein gleiches Uebergewicht über den persönlichen Faktor: Produktionskosten. Und die Konjunktur ist für die mitteleuropäische Landwirtschaft seit mehreren Jahrzehnten überwiegend ungünstig. Die Konjunktur aber wird durch den Terminhandel vermittelt. Der Handel, der die Konjunktur nicht umgehen kann, der an beiden Polen seines Wirtschaftsprozesses, bei Anschaffung und Veräusserung von der Konjunktur ergriffen wird, ist gezwungen, auf sie mit einer spezifischen Funktion zu reagieren. Das Organ für diese Funktion ist der Terminhandel, seine Aufgabe, die Weltkonjunktur ökonomisch erfassbar zu machen, sie möglichst klar zu vermitteln. Der Terminhandel in seiner vollkommensten Gestalt, von allen Irrungen und Missbräuchen befreit, müsste die Konjunktur getreulich widerspiegeln. Aber in diesem Spiegel würde die Landwirtschaft überwiegend eine ihr ungünstige Konjunktur erblicken. Und daher das natürliche Bestreben, den Spiegel zu zertrümmern." (Landesberger, l. cit., Seite 44 ff.)

Dass das Verbot des Terminhandels in einem Staate durch Ausnützung des Terminhandels in einem anderen für die kapitalskräftigen Händler und Spekulanten umgangen wird, ist bekannt. So sagt zum Beispiel der Baumwollindustrielle Dr. Kuffler: „In Bremen, wo fast das ganze Baumwollimportgeschäft für Zentraleuropa gemacht wird, besteht kein Terminhandel, und doch wird jeder einzelne Abschluss auf Termin basiert, nämlich in Liverpool oder in New-York." (Siehe den Bericht über die Verh. der Ges. österr. Volkswirte in „Zeitschrift für Volksw., Sozialp. und Verw.", XI. Bd., Seite 83.) Ebenso hat das Verbot des Getreideterminhandels in Oesterreich nur die Uebertragung der Spekulation nach Budapest bewirkt.

Höchstpreise zu erzielen durch eine dementsprechende Einschränkung der Produktion. Aber für die landwirtschaftliche Produktion schafft es stabilere Verhältnisse.

So sagt der eben angeführte Geschäftsführer Stern: „Das Syndikat kann die Ueberschüsse bis zu einem sehr weitgehenden, wenn auch nicht unbeschränkten Masse aufbewahren. Der freie Markt lässt, sowie die Ueberschüsse zu stark werden, sofort einen Preissturz eintreten und hört damit erst auf, wenn das Produkt weit unter den Herstellungswert sinkt. Das Syndikat kann den Auslandspreis vom Inlandspreis trennen, der freie Markt ist, wenn Ueberschüsse vorhanden und auf Ausfuhr angewiesen sind, in der Preislage für das gesamte Erzeugnis vom Erlös für den Export abhängig. Ein Beispiel: 1893/94 ist ein Ueberschuss von 20 Millionen Litern vorhanden gewesen, keineswegs ein bedrohlicher Ueberschuss, der aber den Durchschnittspreis des Jahres auf 31 M. drückte. Das Syndikat hätte in diesem Jahr 10 Millionen mehr exportiert, und wenn es auf diese 10 Millionen 5 oder 8 M. im Preise, gleich 500.000 bis 800.000 M. verloren hätte, so hätte es dem Brennergewerbe eine grosse Entwertung erspart; denn wenn ich annehme, dass die Preise dann 5 M. auf die ganze Produktion höher gewesen wären, so hätten wir mit 500.000 bis 800.000 M. Verlust die ganze Produktion von etwa 300 Millionen Litern um 15 Millionen Mark in Werte gehoben.

Die Börse hat wesentliche Bestände nicht aufkommen lassen und sehr schnell ein etwaiges Plus durch ein Minus der Produktion ausgeglichen. Die Bestände, die am Schluss einer Kampagne (am 30. September eines Jahres) vorhanden waren, betrugen während der Dauer des freien Marktes im Spiritus regelmässig zirka 30 Millionen; mehrere Male bleibt der Bestand darunter, und zwar am weitesten einmal um 9 Millionen; ein einziges Mal aber steigt diese Ziffer wesentlich, nämlich um 15 Millionen im Jahre 1893/94. Diese Ziffern, diese 10 Millionen hin und her, sie sind nur 3 bis 5 Prozent der Produktion und diese 3 bis 5 Prozent genügen, um den Preis auf das äusserste zu drücken. Selbst kleine Bestände machen den Spekulanten nervös; er stösst sie ab, wenn er glaubt, dass eine gute Ernte bevorsteht. Das scheinbare Gleichmass der Börse war nichts anderes im Grunde als Aengstlichkeit und Nervosität." Den Grund, warum ihm der Ausgleich durch die Börse nicht recht ist, gibt er gleich darauf an: „Der Ausgleich wird von der Börse durch

b i l l i g e P r e i s e erzielt.“ Seine Auftraggeber, die kartellierten Brenner und Spritfabrikanten können aber nur einen Ausgleich z u h o h e n P r e i s e n brauchen[1]).

Manche Verfechter des Terminhandels behaupten auch, dass er eine Gewähr für eine genauere Preisbestimmung sei. Der Terminmarkt umfasse eine grössere Zahl von sachverständigen Interessenten, die Resultante so vieler sachverständiger Meinungen müsse im allgemeinen richtiger sein als der einer geringeren Anzahl. Aber die Eigenschaft, Getreidehändler zu sein, verleiht dem Menschen noch nicht die mystische Fähigkeit, den künftigen Ernteertrag voraussehen zu können und diese Fähigkeit besitzt weder einer, noch unendlich viele Getreidehändler. Mag also für Börsenbesucher das Wort „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen“ nicht gelten, so besitzen sie doch — so viele alttestamentarische Eigenschaften sie sonst haben mögen — sicher nicht die Prophetengabe. In Wirklichkeit sind Terminpreise nur spekulativ. Selbst ein Syndikat wie das Spiritussyndikat, das auf die inländische Preisbestimmung ja unmittelbaren Einfluss hat und daher viel eher in der Lage wäre, Terminofferten abzugeben, gibt sie nur ungern ab. So sagt der Geschäftsführer der Spirituszentrale, Untucht: „Mit den Terminofferten hat es immer gewisse Schwierigkeiten gehabt. Wenn es nach uns gegangen wäre, wären wir lieber mit den Terminofferten zurückhaltender gewesen.... Wenn jemand ein Produkt offeriert, muss er, um den Preis normieren zu können, vorher wissen, welche Mengen ihm zur Verfügung stehen. Wir können das natürlich erst wissen, wenn die Kampagne schon etliche Monate vorgeschritten ist. Auch dann sind wir Täuschungen nicht ganz enthoben, denn erst die Produktion der Frühjahrsmonate gibt immer den Ausschlag dafür, ob die Produktion der Kampagne gross oder klein ist; dies namentlich, wenn die Situation etwas unübersichtlich ist.“ Man wird aber zugeben, dass die Informationen der Zentrale, die die ganze Produktion übersieht und der zirka 80 Prozent der Produktion unterstehen, ganz anders geartet sind als die der Börsenbesucher.

Der Grund, der zum Verlangen nach Terminpreisen führt, ist der, dass die weiterverarbeitende Industrie in dem Moment, wo sie Offerten abzugeben hat, dazu die Preise des Rohmaterials kennen muss. Wenn nun der Zeitpunkt der Kampagne des Rohmaterials

[1]) Anderseits zeigt dies aber auch, wie unvollkommen die Börse ihre angebliche Funktion des zeitlichen Ausgleichs erfüllt.

nicht zusammenfällt mit den Bestellungsterminen der weiterverarbeitenden Industrie, so entsteht bei Waren mit stärkeren Preisschwankungen das Bedürfnis nach Terminpreisen. Der Weiterverarbeiter wälzt damit das Risiko auf seinen Rohmateriallieferanten ab. Syndikate aber benützen ihre Stärke, um das Risiko wieder von sich abzuwälzen, sei es, dass sie die Preise stabil halten oder dass sie die Terminpreise so hoch ansetzen, dass für sie ein Risiko gleichfalls in Wegfall kommt. Herr Untucht spricht es auch direkt aus: „Da wir uns ungewissen Verhältnissen gegenüber befinden, haben wir die Vorsicht (sic!) beobachtet, dass wir die Preise eher etwas zu hoch griffen als zu niedrig.“ Und in der Denkschrift des Syndikats wird bemerkt: „Während solche Terminofferten in den ersten vier Jahren des Syndikats zeitig zu Beginn des neuen Geschäftsjahres ausgegeben wurden, wird seit 1904/05 der Grundsatz befolgt, die allgemeinen Lieferungspreise erst zu notieren, sobald ein gewisser Anhalt für die Entwicklung der Produktion vorliegt.“

In der deutschen Börsenenquete halten die ausserhalb der Geschäftswelt stehenden Mitglieder (wie Geheimrat Wiener und der freikonservative Abgeordnete v. Gamp) das Effektivgeschäft für legitim, das Börsendifferenzgeschäft für illegitim; eine Unterscheidung, die ebenso regelmässig von den Geschäftsleuten zurückgewiesen wird. Die ersten können eben nicht begreifen, dass bei a l l e n kapitalistischen Transaktionen der Gebrauchswert völlig gleichgültig und nur meistens eine traurige Notwendigkeit (conditio sine qua non) ist. Das reine Differenzgeschäft ist in Wirklichkeit der vollendetste Ausdruck der Tatsache, dass für den Kapitalisten nur der Tauschwert wesentlich ist. Gerade das Differenzgeschäft ist so das legitimste Kind der kapitalistischen Grundstimmung; es ist das Geschäft an sich, bei dem von der profanen Erscheinungsform des Werts — dem Gebrauchswert — abstrahiert ist; es ist nur natürlich, dass dieses ökonomische Ding an sich den nichtkapitalistischen Erkenntnistheoretikern schlechthin als transzendent erscheint und sie es dann in ihrem Aerger als Schwindel bezeichnen[1]). Sie sehen nicht, dass hinter der empirischen Realität

[1]) Es ist also ganz richtig, wenn der Sachverständige Simon meint (Börsenenquete, II., Seite 1584): „Der Wunsch nach Differenz ist der eigentliche Begründer jedes gewerblichen Unternehmens.“ Wenn dagegen der Reichsbankpräsident Koch einwendet, bei Kaufgeschäften liege zum Unterschied von Differenz-

eines jeden kapitalistischen Geschäfts die transzendentale Tatsache eines solchen Geschäfts an sich steht, die erst jene empirische Realität erklärt. Das Merkwürdige dabei ist, dass den Verteidigern des Gebrauchswerts, sobald sie mit der Börse zu tun bekommen, der Begriff des Gebrauchswerts selbst verloren geht. Als effektiv gilt ihnen jetzt jedes Geschäft, ob es sich um Umsatz von Ertragstiteln oder Waren handelt, in gleicher Weise, wenn nur die Papiere oder die Waren wirklich abgeliefert werden. Sie übersehen dabei vollkommen, dass die Effektenzirkulation für den Stoffwechsel der Gesellschaft völlig gleichgültig ist, während die Warenzirkulation ihre Lebensbedingung ist.

Zu welchen Verrücktheiten die Gleichgültigkeit gegenüber dem Gebrauchswert führen kann, dafür ein Beispiel. Um die Ware fungibel zu machen, muss sie bestimmte festgesetzte Bedingungen erfüllen, also in bestimmter Menge ein bestimmtes Gewicht besitzen, bestimmte Farbe, bestimmten Geruch etc. aufweisen. Nur dann entspricht sie dem „Typ", der zur Erfüllung der Lieferung geeignet ist. Beim Kaffeetermingeschäft in Hamburg war der Typ ein ziemlich schlechter. Bessere Sorten wurden also durch Zusatz von schwarzen Bohnen, Steinen etc. verschlechtert. In Berlin war der Typ besser. Die Zusätze, die in Hamburg gemacht wurden, mussten in Berlin erst mühsam entfernt werden, um den Kaffee lieferbar zu machen. Wohl das merkwürdigste Beispiel von kapitalistischen Unkosten[1]). Es kommt aber noch besser. In Hamburg hatte sich ein Corner gebildet. Es trat Mangel an lieferbarer Ware ein. Lieferbar war aber nur der mit Steinen etc. versetzte Kaffee. Bessere Sorten bedangen daher, da sie nicht der Lieferungsqualität

---

geschäften die Absicht zugrunde, eine Ware aus einer Hand in die andere gehen zu lassen, so trifft diese Erwiderung vollständig daneben und wird auch von Simon gar nicht verstanden. Denn der Unterschied zwischen den beiden Geschäften besteht nur darin, dass diese Differenz einmal durch den Durchschnittsprofit, das anderemal durch Differenzgewinn im kategorischen Sinn gebildet wird.

Die bürgerliche Oekonomie verwechselt fortwährend die gesellschaftlichen Funktionen der wirtschaftlichen Handlungen mit den Motiven der Handelnden und schiebt die Erfüllung dieser Funktionen den Handelnden als deren Motiv unter, wovon diese natürlich nichts wissen. Sie sieht also gar nicht das spezifische Problem der Oekonomie: diesen funktionellen Zusammenhang der wirtschaftlichen Handlungen, durch den sich das gesellschaftliche Leben erfüllen muss, als Ergebnis ganz anderer Motive aufzudecken und aus der notwendigen Funktion selbst die Motivation der kapitalistischen Produktionsagenten zu verstehen.

[1]) Die Börsenenquete. II. Bd., Seite 2079.

entsprachen, ein Aufgeld. Mit anderen Worten, man musste für die Lieferung besserer Qualität Strafe zahlen. Es entspricht das aber nur konsequent angewandter kapitalistischer Logik; denn es handelt sich dem Käufer, dem Mitglied des Corners, gar nicht um den Gebrauchswert, sondern nur um den Tauschwert. Dieser bestimmt die ganze wirtschaftliche Aktion, die eben nicht Gebrauchswerterzeugung oder Vermittlung ist, sondern nur Erzielung von Gewinn[1]).

Die Apologeten der kapitalistischen Produktionsweise suchen die Notwendigkeit ihrer einzelnen Erscheinungen zu beweisen, indem sie die aus der kapitalistischen Produktion folgende spezifisch ökonomische und daher historische Form identifizieren mit dem technischen Inhalt, der gegenüber der transitorischen Form dauernd notwendig ist, und aus dieser falschen Identifizierung dann auf die Notwendigkeit der Form zurückschliessen. So betonen sie emphatisch die Notwendigkeit der Oberleitung und Beaufsichtigung jedes gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, um daraus sofort die Notwendigkeit der kapitalistischen Leitung, die aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln entspringt, und damit die Notwendigkeit dieses Privateigentums überhaupt zu beweisen. So fassen sie den Handel nicht als spezifischen Zirkulationsakt, sondern als Verteilung der Güter an die Konsumenten auf. So erklärt Ehrenberg[2]) den Handel als Verteilung über den Raum, die Spekulation als Verteilung über

---

[1]) Börsenenquete, Seite 2135. Im folgenden noch ähnliche Beispiele für Getreide und Spiritus, wo zum Beispiel rektifizierter Spiritus nicht an Stelle von rohem geliefert werden kann.

[2]) „Handel und Spekulation sind besondere Produktionsarten, gleich der Urproduktion und dem stoffbearbeitenden Gewerbe: Der Handel ist diejenige Produktionsart, welche die Aufgabe hat, die örtliche Knappheit der Natur an wirtschaftlichen Gütern zu überwinden. Die Spekulation dagegen hat die gleiche Aufgabe hinsichtlich der zeitlichen Güterknappheit. Privatwirtschaftlich betrachtet, nützt der Handel örtliche, die Spekulation zeitliche Preisunterschiede aus."

„Die Börsenmeinung beeinflusst die Preise auf Grund von Nachrichten aller Art, die an der Börse zusammenströmen, wahren und falschen Nachrichten, solchen über schon erfolgte und solchen über erst erwartete Tatsachen. Letztere werden schon im voraus von der Börsenmeinung auf ihre Tragweite abgeschätzt („eskomptiert"). Wenn sie auf solche Weise niedrige Preise benützt, um Vorräte für die Zukunft zu schaffen, hohe Preise, um die Verfügung über künftige Vorräte wie über gegenwärtige zu ermöglichen, so wirkt sie produktiv, anderenfalls nicht." Richard Ehrenberg: Artikel „Börsenwesen" im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften". 2. Auflage.

die Zeit. Und da die Verteilung natürlich bei einem gewissen Grade der technischen Entwicklung immer notwendig ist, so ist Handel und Spekulation immer notwendig, ihre Beseitigung eine Unmöglichkeit, eine Utopie. Identifiziert man noch dazu „notwendig“ mit „produktiv“, so kommt man mit Ehrenberg zu dem grotesken Resultat, dass die Spekulation ebenso ein Produktionszweig ist wie die Landwirtschaft. Warum auch nicht, da der Boden und eine Aktie in gleicher Weise Geld tragen! Es wird dabei der Handel einfach mit dem Transport und der Arbeit des Einpackens, Zerteilens etc. verwechselt, die Spekulation mit der Lagerung identifiziert, Operationen, die natürlich bei jeder technisch entwickelten Produktionsweise nötig sind. Aber auch ein ganz anders als Ehrenberg ernst zu nehmender und scharfsinniger Mann wie Professor Lexis[1]) gerät bei seinen Aussagen über den Terminhandel in Verlegenheit; denn auch er übersieht die spezifisch ökonomische Formbestimmtheit des börsenmässigen Warenterminhandels zum Unterschied vom Warenhandel. Er übersieht die spezifische Rolle der Spekulation und sucht den Terminhandel als Notwendigkeit zu erweisen, indem er ihn als wirklichen Handel nachzuweisen sucht.

Sein Gegner Gamp hat dann leichtes Spiel darauf hinzuweisen, dass der Terminhandel eine Unsumme von Warenumsätzen schafft, die für die Verteilung vom Produzenten zum Konsumenten gar nichts leisten. Lexis weist darauf hin, dass es beim Terminhandel leichter sei, Käufer zu finden. Das ist richtig, nur ist dieser „Käufer“ gewöhnlich nicht der Konsument, sondern selbst wieder „Verkäufer“, nämlich selbst Spekulant. Es ist aber falsch, den Handel und gar den Termin„handel“, die Terminspekulation, aus einem absoluten Distributionsbedürfnis herleiten zu wollen; der Handel erfüllt nur das Distributionsbedürfnis in einer kapitalistischen Gesellschaft und seine Notwendigkeit ist nur transitorisch selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wie die Ausschaltung des Handels durch die Syndikate und Trusts beweist. Wer nun gar den Handel als „produktiv“, das heisst als Profit nicht bloss realisierend, sondern erzeugend ansieht, gerät vollends in Verlegenheit: er preist als einen Vorzug der Kartellierung die Ersparung von Handelskosten, was ja nur Vorteil sein kann, wenn die Handelsoperationen Unkosten darstellen, also unproduktiv sind.

---

[1]) Siehe Die Börsenenquete, II., Seite 3523 ff.

Die Notwendigkeit des Terminhandels besteht in Wirklichkeit einmal darin, dass er den produktiven Kapitalisten, Industriellen und Kommerziellen erlaubt, ihre Zirkulationszeit auf Null herabzusetzen und sich damit gegen die Preisschwankungen während der Zirkulationszeit zu versichern, diese auf die Spekulation, die diese spezifische Funktion zu erfüllen hat, abzuwälzen. Zweitens erlaubt der Terminhandel, einen Teil der Handelsfunktionen statt von kommerziellem Kapital von Geld-(Bank-)Kapital erfüllen zu lassen; für diesen Teil der Operationen wird nicht Durchschnittsprofit, sondern Zins erzielt; um die Differenz steigt der industrielle Profit (Unternehmergewinn). Drittens gestattet der Terminhandel, was ja mit dem zweiten Punkt zusammenhängt, die Verwandlung von Geldkapital in Handelskapital unter Beibehaltung des Geldkapitalcharakters und eröffnet so dem Bankkapital die Möglichkeit, sein Herrschaftsgebiet über Handel und Industrie zu erweitern und einem immer grösseren Teil des produktiven Kapitals den Charakter von Geldkapital, das in der Verfügung der Bank ist, zu erhalten.

Zehntes Kapitel.

Bankkapital und Bankgewinn.

Die Mobilisierung des Kapitals eröffnet den Banken ein neues Gebiet ihrer Tätigkeit: die Emission und die Spekulation. Theoretisch ist es dabei nicht von Belang, ob diese Tätigkeiten mit der der Zahlungs- und Kreditvermittlung in einer Bank verbunden sind oder von verschiedenen Bankinstituten besorgt werden. Wichtig ist nur die Unterscheidung der einzelnen Funktionen nach ihrer ökonomischen Bedeutung. Die moderne Entwicklung führt übrigens überall in immer steigendem Grade zur Zusammenfassung dieser Funktionen, sei es in einem Unternehmen, sei es durch die Beherrschung mehrerer, verschiedene und also sich ergänzende Funktionen erfüllender Unternehmungen durch denselben Kapitalisten oder dieselbe Kapitalistengruppe. Das Moment, das zur Zusammenfassung führt, ist in letzter Instanz dies, dass in allen diesen Funktionen das Kapital als Geldkapital im spezifischen Sinn auftritt, als Leihkapital, das stets wieder aus seiner jeweiligen Anlage als Geld zurückgezogen werden kann. Aber auch wo diese Zu-

sammenfassung in einem Unternehmen nicht erfolgt ist, ist es zum Teil dasselbe Geldkapital, das alle verschiedenen Funktionen erfüllt, indem es von der einen dieser Unternehmungen den anderen zur Verfügung gestellt wird.

Erst nach der Analyse dieser verschiedenen Funktionen ist es möglich geworden, zu untersuchen, aus welchen Quellen der Gewinn des Bankkapitals fliesst und welche Gestaltung in der Sphäre des Bankkapitals das Verhältnis zwischen Gewinn und Kapital — sowohl dem eigenen der Bank als dem ihr zur Verfügung stehenden fremden — annehmen muss.

Wir wissen, dass der Profit in der Produktion entsteht und in der Zirkulation realisiert wird; ebenso wissen wir, dass die Ausführung der Zirkulationsoperationen, der Kauf und Verkauf der Waren, zuschüssiges Kapital erfordert. Ein Teil dieser Operationen wird den Industriellen von den Kommerziellen abgenommen und zur selbständigen Funktion einer Abteilung des gesellschaftlichen Kapitals, des Warenhandlungskapitals. Das von den Kaufleuten angewandte Kapital wirft Durchschnittsprofit ab, der nichts anderes ist als ein Teil des von den Industriellen in der Produktion erzeugten Profits, also pro tanto Abzug von dem Profit bildet, der sonst den Industriellen zufiele [1]). Ebenso erfordert die Zirkulation eine Reihe von Geldtransaktionen, Vorrathaltung, Bereitstellung und Versenden von Geld, Einziehen und Auszahlung von Rechnungen etc. Diese Operationen, also die Kassenführung, können konzentriert und durch diese Konzentration Arbeit, die Zirkulationskosten darstellt, erspart werden. Infolge der Konzentration wird zur Ausführung dieser Arbeit auch ein geringeres Kapital nötig sein. „Die rein technischen Bewegungen, die das Geld durchmacht im Zirkulationsprozess des industriellen Kapitals und, wie wir jetzt hinzusetzen können, des Warenhandlungskapitals (da dies einen Teil der Zirkulationsbewegung des industriellen Kapitals als seine eigene und eigentümliche Bewegung übernimmt) — diese Bewegungen verselbständigt zur Funktion eines besonderen Kapitals, das sie und nur sie, als ihm eigentümliche Operationen ausübt, verwandeln dies Kapital in G e l d h a n d l u n g s k a p i t a l. Ein Teil des industriellen Kapitals und näher auch des Waren-

[1]) Ueber das Nähere siehe „Kapital", III., 1, 4. Abschnitt: Verwandlung von Warenkapital und Geldkapital in Warenhandlungskapital und Geldhandlungskapital.

handlungskapitals, bestände nicht nur fortwährend in Geldform, als Geldkapital überhaupt, sondern als Geldkapital, das in diesen technischen Funktionen begriffen ist. Von dem Gesamtkapital sondert sich nun ab und verselbständigt sich ein bestimmter Teil in Form von Geldkapital, dessen kapitalistische Funktion ausschliesslich darin besteht, für die gesamte Klasse der industriellen und kommerziellen Kapitalisten diese Operationen auszuführen. Wie beim Warenhandlungskapital, trennt sich ein Teil des im Zirkulationsprozess in der Gestalt von Geldkapital vorhandenen industriellen Kapitals ab und verrichtet diese Operationen des Reproduktionsprozesses für das gesamte übrige Kapital Die Bewegungen dieses Geldkapitals sind also wiederum nur Bewegungen eines verselbständigten Teiles des in seinem Reproduktionsprozess begriffenen industriellen Kapitals"[1]). „Der Geldhandel in der reinen Form, worin wir ihn hier betrachten, das heisst getrennt vom Kreditwesen, hat es also nur zu tun mit der Technik eines Moments der Warenzirkulation, nämlich der Geldzirkulation und den daraus entspringenden verschiedenen Funktionen des Geldes... Es ist augenscheinlich, dass die Masse des Geldkapitals, womit die Geldhändler zu tun haben, das in Zirkulation befindliche Geldkapital der Kaufleute und Industriellen ist und dass die Operationen, die sie vollziehen, nur die Operationen jener sind, die sie vermitteln. Es ist ebenso klar, dass ihr Profit nur ein Abzug vom Mehrwert ist, da sie nur mit schon realisierten Werten (selbst wenn nur in Form von Schuldforderungen realisiert) zu tun haben"[2]). Die Kassenführung fällt im Laufe der Entwicklung den Banken zu. Die Grösse des dazu erforderlichen Kapitals ist durch die technische Natur der Operationen und ihre jeweilige Ausdehnung jeweils gegeben. Auf dieses Kapital realisieren die Banken ebenso wie die Händler auf das Warenhandlungs- und die Industriellen auf das Produktionskapital den Durchschnittsprofit[3]). Dies ist aber auch der einzige Teil des Bankkapitals, dessen Gewinn Durchschnittsprofit

[1]) Marx, „Kapital", III., Seite 299.

[2]) Ebenda, Seite 306.

[3]) Zur Veranschaulichung diene folgende schematische Berechnung. Gesetzt das Produktionskapital sei gleich 1000. Es erzeuge einen Profit von 200. Das Warenhandlungskapital betrage in übertriebener Proportion 400, das Geldhandlungskapital 100. Der Profit verteilt sich auf ein Gesamtkapital von 1500; die Durchschnittsprofitrate beträgt daher 15 Prozent. Den Industriellen fällt vom Gesamtprofit von 200 zu: 150, den Kommerziellen 40 und den Geldhändlern 10.

im kategorischen Sinn darstellt. Der Gewinn auf das übrige Bankkapital ist davon wesensverschieden.

Als Vermittlerin des Kredits arbeitet die Bank mit dem ganzen ihr zur Verfügung stehenden eigenen und fremden Kapital. Ihr Bruttogewinn besteht aus dem Zins für das ausgeliehene Kapital; ihr Reingewinn — nach Abzug der Unkosten — aus der Differenz der ihr bezahlten Zinsen und der Zinsen, die sie ihrerseits für die Depositen zahlt. Dieser Gewinn ist also nicht Profit im kategorischen Sinn und seine Höhe ist nicht durch die Durchschnittsprofitrate gegeben. Er stammt ebenso wie der eines anderen Geldkapitalisten aus dem Zins. Die vermittelnde Stellung der Bank im Kreditverkehr erlaubt ihr nur, nicht wie ein anderer Geldkapitalist, bloss an dem eigenen Kapital, sondern auch an dem ihrer Gläubiger zu gewinnen, denen sie einen niedrigeren Zins zahlt, als sie selbst von ihrem Schuldner verlangt. Dieser Zins ist nur ein Teil oder ein Abzug von dem in seiner Höhe bereits gegebenen gesellschaftlichen Durchschnittsprofit. Dieser Gewinn geht aber keineswegs wie der des Kaufmanns- und Geldhandlungskapitals selbst in die Bestimmung der Höhe der Durchschnittsprofitrate ein.

Die Höhe des Zinses hängt von Angebot und Nachfrage nach Leihkapital im allgemeinen ab, von dem das Bankkapital nur ein Teil ist. Diese Höhe des Zinses bestimmt den Bruttogewinn. Um möglichst grosse Verfügung über das Geldkapital zu erhalten, vergüten die Banken ihrerseits Zins auf die Depositen. Caeteris paribus hängt die Verfügung einer Bank über das Geldkapital ab von der Höhe des von ihr auf die Depositen gezahlten Zinses. Die Konkurrenz um die Depositen zwingt so die Banken, einen möglichst hohen Zins zu vergüten. Die Differenz zwischen dem Zins, den sie als Gläubiger erhalten, und dem Zins, den sie als Schuldner vergüten, bildet den Reingewinn der Banken.

Der Vorgang ist also der: Primär setzt sich durch Nachfrage und Angebot des Leihkapitals überhaupt der Zinsfuss fest und dieser bestimmt den Bruttogewinn der Banken, den sie durch das Verleihen der ihnen zur Verfügung stehenden eigenen oder fremden Gelder erhalten. Dabei ist es sowohl für die Bildung der Höhe der Zinsrate als auch für die Grösse des Bruttogewinns völlig gleichgültig, in welchem Verhältnis die eigenen zu den fremden Mitteln der Bank stehen. Nur dass von den fremden Geldern bloss ein Teil

wirklich den Banken zur Verfügung steht, während ein anderer als Reserve gehalten werden muss, wobei diese Reserve, die keine Zinsen trägt, im Vergleich zu der gesamten Summe minimal ist. Die Konkurrenz der Banken untereinander bestimmt die Höhe der Zinsen, die die Banken ihrerseits für die Depositen vergüten müssen, und von dieser Höhe hängt dann bei gegebenem Bruttogewinn und gegebenen Unkosten der Reingewinn ab. Man sieht, das Gegebene ist hier nicht das eigene Kapital der Banken. Denn nicht vom Eigenkapital, sondern von dem ihnen überhaupt zur Verfügung stehenden Leihkapital hängt der Gewinn der Banken ab. Dieser ist also das Gegebene und nach ihm muss sich das Ausmass des Eigenkapitals der Banken richten. Die Banken können von dem gesamten Leihkapital so viel in ihr eigenes umwandeln, als ihr Gewinn erlaubt. Für das Kapital ist aber der Bankbetrieb eine Anlage wie jede andere. Es wird in diese Sphäre nur strömen, wenn es in dieser die gleiche Verwertungsmöglichkeit finden wird wie in einer industriellen oder kommerziellen Sphäre. Sonst würde Kapital aus dieser Sphäre abfliessen. Anderseits ist aber der Gewinn der Bank das Gegebene. Das Eigenkapital der Bank muss also so bemessen werden, dass der Gewinn, auf das Eigenkapital berechnet, gleich dem Durchschnittsprofit auf dieses Kapital ist. Gesetzt den Fall, eine Bank habe die Verfügung über ein Leihkapital von 100 Millionen Mark. Sie macht damit einen Bruttogewinn von 6 Millionen und einen Reingewinn von 2 Millionen. Das Eigenkapital der Bank kann dann bei einer Profitrate von 20 Prozent 10 Millionen betragen, während ihr 90 Millionen als Depositen zur Verfügung stehen werden.

Dies erklärt auch, warum bei Gründung oder Kapitalvermehrung von Aktienbanken Raum für Gründergewinn bleibt, während doch das Bankkapital nicht Unternehmergewinn (industriellen Profit) erzeugt, sondern nur Zins realisiert. Denn da der Bankgewinn gleich ist der Durchschnittsprofitrate, die Aktionäre aber bloss Zins zu erhalten brauchen, so ergibt sich die Möglichkeit von Gründergewinn. Hat die Bank auf dem Geldmarkt eine beherrschende Stellung, so kann sie den Gründergewinn ganz oder teilweise selbst machen. Er verstärkt dann ihre Reserven. Die Reserven sind natürlich Eigenkapital der Bank, nur dass buchmässig sich der Gewinn auf das geringere Nominalkapital verteilt. Die Reserven erlauben der Bank wieder, einen grösseren Teil ihres Kapitals industriell zu fixieren.

Der Umstand, dass die Teilung in eigenes und fremdes Kapital hier für den Gewinn gleichgültig ist, ein festes Verhältnis zwischen der Grösse des eigenen und des durch das Eigenkapital attrahierten fremden Kapitals nicht existiert, lässt das Ausmass des eigenen Kapitals zunächst willkürlich erscheinen und gibt die Möglichkeit, es so zu bemessen, dass der Gewinn, obwohl nicht selbst Durchschnittsprofit, doch gleich dem Durchschnittsprofit wird. Ist das Bankwesen bereits stark entwickelt und das freie Leihkapital bereits in der Verfügung der Banken, so ist die Neugründung von Banken sehr erschwert, da diesen nicht genügend fremdes Kapital zur Verfügung stehen würde oder dieses erst nach einem heftigen Konkurrenzkampf mit der Gesamtheit der anderen Banken — eine Konkurrenz, deren Erfolg sehr zweifelhaft wäre — herangezogen werden müsste.

Es verhält sich eben mit dem Bankkapital ganz anders als mit dem Industrie-, aber auch anders als mit dem kommerziellen und Geldhandlungskapital. In diesen Sphären ist das Ausmass des Kapitals technisch gegeben, durch die objektiven Bedingungen des Produktions- und Zirkulationsprozesses bestimmt. Die Grösse des industriellen Kapitals hängt ab von der Entwicklung des Produktionsprozesses überhaupt, von dem Ausmass der vorhandenen Produktionsmittel, wozu auch die Naturkräfte und ihre Ausnützungsmöglichkeiten gehören, und der vorhandenen Arbeiterbevölkerung. Ihre Anwendung und der Ausbeutungsgrad der Arbeiterschaft bestimmt die Grösse des Profits, der sich in gleicher Weise auf das industrielle, kommerzielle und Geldhandlungskapital verteilt, wobei das Kapital in den beiden letzteren Sphären gleichfalls technisch durch die Bedingungen der auszuführenden Zirkulationsoperationen gegeben ist. Da die Zirkulation nicht Profit erzeugt, also Unkosten darstellt, besteht zugleich die Tendenz, das hier verwandte Kapital auf sein Minimum zu reduzieren. Dagegen ist das Bankkapital, das eigene und das fremde, nichts anderes als Leihkapital und dieses Leihkapital in Wirklichkeit nichts anderes als Geldform des produktiven Kapitals, wobei es wichtig ist, dass es zum grössten Teil blosse Form ist, also rein rechnungsmässig existiert.

Das gleiche Verhältnis zwischen Bankgewinn und Grösse des Eigenkapitals finden wir bei der Betrachtung des Gewinns, der aus der Emissions- und der Spekulationstätigkeit fliesst.

Der Gründungs- oder Emissionsgewinn ist weder Profit noch Zins, sondern kapitalisierter Unternehmergewinn. Seine Voraus-

setzung ist die Verwandlung des industriellen in fiktives Kapital. Die Höhe des Emissionsgewinnes ist bestimmt erstens durch die Durchschnittsprofitrate und zweitens durch den Zinsfuss. Durchschnittsprofit minus Zins bestimmen den Unternehmergewinn, der zum herrschenden Zinsfuss kapitalisiert den Gründungsgewinn bildet; in keiner Weise ist der Gründungsgewinn abhängig von der Höhe des Eigenkapitals der Bank. Die Verwandelbarkeit von industriellem in fiktives Kapital hängt nur ab von der Menge des verleihbaren Kapitals überhaupt, das unter Beibehaltung der Form von zinstragendem Kapital zur Umwandlung in produktives Kapital bereit ist. Es muss genügend Geld vorhanden sein zur Anlage in Aktien. Dabei ist zu unterscheiden: Verwandlung bereits vorhandenen industriellen Kapitals in Aktienkapital bindet nur soviel Geld, als zur Zirkulation der Aktien auf dem Effektenmarkte notwendig ist; dies hängt selbst wieder davon ab, ob diese Aktien mehr als Anlagepapiere in „festen Händen" bleiben oder als Spekulationspapiere rege umgesetzt werden. Oder aber die Ausgabe von Aktienkapital bedeutet zugleich die Neugründung oder Erweiterung der Unternehmung. Dann braucht es soviel Geldkapital als nötig, um die Umsätze $G-<{}^{Pm}_{A}-P\ldots W'-G'$ zu vollziehen und zweitens, um die der Aktien selbst auszuführen. Die Menge des vorhandenen Leihkapitals bestimmt zugleich die Höhe des Zinsfusses, der entscheidend ist für die Kapitalisierung, und damit die Grösse des Emissionsgewinns. Dieser ist also unabhängig von der Höhe des Eigenkapitals der Bank. Die Summe des Emissionsgewinns muss aber auf die Dauer gleich sein der Durchschnittsprofitrate auf das eigene Kapital der Bank. Anderseits wird die Bank die Tendenz haben, ihr Eigenkapital auszudehnen, weil damit einmal ihr Kredit, sodann ihre Sicherheit wächst.

Analog verhält es sich bei dem Spekulationsgewinn. Auch die Beteiligung an der Spekulation hängt nicht von der Teilung des den Banken zur Verfügung stehenden Kapitals in eigenes und fremdes ab, sondern von der Grösse der Gesamtsumme.

Wir wissen aber bereits, dass sowohl aus der Tätigkeit der Kreditvermittlung, als aus der Finanzierung und Spekulation Tendenzen zur Konzentration erwachsen und mit diesen zugleich das Streben, einen möglichst grossen Teil des Kapitals als Eigenkapital zu halten. Denn das eigene Kapital kann nicht wie das ausgeliehene jederzeit

zurückverlangt werden, kann also mit viel grösserer Sicherheit in industriellen Anlagen fixiert werden. Namentlich das Gründungsgeschäft bedeutet ja Festlegung des Geldkapitals für kürzere oder längere Zeit in der Industrie, bis durch Verkauf der Aktien das Geldkapital wieder der Bank zurückgeflossen ist. Sodann bedeutet Vergrösserung des Eigenkapitals die Möglichkeit grösserer dauernder Beteiligung und schliesslicher Beherrschung der Industrieunternehmungen und stärkerer Beeinflussung der Waren- und Effektenspekulation. Die Bank hat daher die Tendenz, sobald es der Gewinn aus Zins und Emissionsgewinn erlaubt, ihr Kapital beständig zu vergrössern.

Die Möglichkeit der Umwandlung des fremden in eigenes Kapital steht aber auch, abgesehen von der Notwendigkeit, das vergrösserte Kapital entsprechend zu verwerten, durchaus nicht im Belieben der Bank. Die Bank sucht ihr Eigenkapital zu vergrössern, um es industriell fixieren zu können, um Emissionsgewinn zu machen und die Industrie beherrschen zu können. Denn für die Vermittlung des Zahlungskredits allein wäre die Vergrösserung des Eigenkapitals über eine gewisse Grenze hinaus unnötig, da hier die Verfügung über die fremden Gelder ausschlaggebend bleibt, die Bank das zur Zahlungsvermittlung dienende Kapital stets in schlagfertiger Form halten, anderen als Zinsgewinn darauf nicht machen kann. Allein es ist nicht so, dass, weil die Bank jetzt einen grösseren Teil des überhaupt verleihbaren Geldes als eigenes Kapital hält, sie deshalb allein schon ein grösseres Kapital industriell festlegen kann. Sondern umgekehrt. Weil nur ein Teil des verfügbaren Leihkapitals überhaupt für die Zahlungsvermittlung (den Zirkulationskredit) notwendig ist, steht der andere Teil für industrielle Anlagen (Kapitalskredit) zur Verfügung. Diese Teilung des überhaupt verfügbaren Leihkapitals für die Zwecke des Zirkulationskredits und des Kapitalkredits besitzt ihre eigenen objektiv bedingten Bestimmungen, die sich aus dem jeweiligen Stand des Produktions- und Zirkulationsprozesses ergeben; sind die Grenzen auch elastisch, so dürfen sie doch nicht von den Banken ausseracht gelassen werden, soll nicht die stete Erhaltung der Geldform des Bankkapitals unmöglich, also die Zahlungsfähigkeit der Bank gefährdet werden. Dagegen ist diese Teilung des verfügbaren Leihkapitals davon unabhängig, welcher Teil als Eigenkapital und welcher als fremdes Kapital den Banken zur Verfügung steht. Die Bank will aber ihr Eigenkapital ver-

grössern, um es industriell fixieren zu können; die Grenze für diese Umwandlungsmöglichkeit fremden in eigenes Kapital bildet jener Teil des überhaupt verfügbaren Kapitals, der für Kapitalskredit zur Verfügung steht. Innerhalb dieser Grenze geht die Tendenz der Bankentwicklung dahin, einen stets wachsenden Teil des Leihkapitals in Eigenkapital der Bank zu verwandeln. Es hängt somit die Grösse des Eigenkapitals durchaus nicht von dem Willen der Bank allein, auch nicht von der Verwertungsmöglichkeit des vergrösserten Kapitals allein ab.

Die Vermehrung des Bankkapitals bedeutet zunächst nur eine juristische Transaktion, keine ökonomische Funktionsänderung. Die Bank kann ihr Kapital, das ja die Form von Geldkapital haben muss, nur vermehren, indem sie fremdes Geldkapital in ihr eigenes verwandelt. Da bei entwickeltem Geldwesen alles verfügbare Geld bei den Banken gesammelt ist, so bedeutet die Vermehrung des Bankkapitals zunächst nichts anderes, als dass ein Teil der Depositen, die die Bank zur Verfügung gehabt hat, jetzt, etwa durch den Weg der Aktienausgabe, in Bankkapital verwandelt wird.

Diese Verwandlung fremden in eigenes Geldkapital der Bank lässt natürlich Nachfrage und Angebot von Geldkapital ganz unverändert und hat daher keine Wirkung auf den Zinsfuss [1]).

Vermehrung des industriellen Kapitals hat unter sonst gleichen Umständen Vermehrung der Profitmasse zur Folge, da ja das industrielle Kapital im Produktionsprozess Mehrwert heckt. Vermehrung des Bankkapitals lässt die von den Banken erzielte gesamte Zinsmasse natürlich ganz unverändert; denn diese hängt bei gleichbleibender Nachfrage ab von dem Angebot an Leihkapital, das in keiner Weise durch die geänderte Verteilung des Leihkapitals zwischen Banken und Privaten, also durch die blosse Eigentumsänderung alteriert wird. Was sich ändert, ist nur die Berechnung des Reingewinnes der Bank, der bei vermehrtem Eigenkapital prozentual geringer erscheint.

Industrielles, kommerzielles und Geldhandlungskapital sind bestimmte Teile des gesellschaftlichen Kapitals, die in einem gegebenen Moment in einem bestimmten Verhältnis zu einander existieren müssen. Abstrakt genommen könnte aber alles gesell-

[1]) Es ist daher eine ganz kindische Vorstellung, zu erwarten, dass die Vermehrung des Eigenkapitals einer Notenbank, zum Beispiel der Deutschen Reichsbank, eine Verbilligung des Zinsfusses herbeiführen müsste.

schaftliche Kapital zugleich Bankkapital sein. Denn Bankkapital bedeutet nur das den Banken zur Verfügung gestellte Kapital und es steht an sich nichts im Wege, dass alles Kapital durch die Banken hindurchgeht. Der grösste Teil dieses Bankkapitals ist natürlich fiktiv, nur Geldausdruck für wirklich produktiv fungierendes Kapital oder nur kapitalisierter Mehrwertstitel.

Die Vermehrung des Bankkapitals ist also nicht Voraussetzung der Vermehrung des Gewinns wie in der Industrie. Vielmehr ist bei der Bank der Gewinn das Gegebene. Steigt der Gewinn, so wird die Bank ihr Eigenkapital vermehren, weil das vermehrte Kapital ihr erlaubt, in grösserem Umfang sich an der Verwandlung ihres Bankkapitals in industrielles zu beteiligen, ohne ihre Sicherheit zu gefährden. Dass es wesentlich die industrielle Kreditgewährung, die Beteiligung an Industrieunternehmungen durch Aktienbesitz und die Emissionstätigkeit ist, die die Vergrösserung des eigenen Kapitals der Bank veranlassen, beweist die Tatsache, dass die reinen Depositenbanken Englands ihr Kapital trotz der riesig gestiegenen Umsätze nicht vermehren und daher sehr hohe Dividenden verteilen.

Man darf sich also die Sache nicht so vorstellen, als ob der Zufluss oder Abfluss von Bankkapital etwa in der Weise auf den Gewinn der Banken einwirken würde, dass der Zinsfuss sich veränderte. Vielmehr verändert sich nur die Verteilung des Gewinns, indem dieser bald auf ein grösseres, bald auf ein kleineres eigenes Kapital repartiert werden muss.

Es ist dabei von einer gewissen Wichtigkeit, dass die Vermehrung des Bankkapitals in Form des Aktienkapitals, also des fiktiven Kapitals vor sich geht.

Wir haben gesehen, dass die Verwandlung von Geld in fiktives Kapital den Charakter des individuellen Kapitalisten als Geld- oder Leihkapitalisten unverändert lässt. Das Geld, das jetzt in fiktives Kapital verwandelt wird, wird Bankkapital bleiben, daher auch ökonomisch Geldkapital. Ein Teil dieses Bankkapitals wird in industrielles Kapital verwandelt, wobei diese Verwandlung auf doppelte Weise vor sich gehen kann. Die Bank gewährt dem industriellen Unternehmen Kredit, hat also einfach ihr Kapital diesem geliehen oder die Bank übernimmt Aktien des Industrieunternehmens, die sie jetzt, da die Grösse ihres Kapitals es erlaubt,

dauernd in Besitz behält. In diesem Fall war die Wirkung der Vermehrung des Bankkapitals die, dass das Geldkapital zuerst in Bankkapital und erst dieses in produktives verwandelt wird. Statt dass die privaten Geldkapitalisten direkt ihr Geld in Industrieaktien anlegen, legten sie es in Bankaktien an und erst die Bank verwandelte es, indem sie Industrieaktien kaufte, in industrielles Kapital. Der Unterschied ist aber der, dass die Bank nicht nur Vermittlerin dieser Operation ist, sondern als Eigentümerin des Bankkapitals auch Miteigentümerin des Industrieunternehmens geworden ist. Und dieses Eigentumsrecht der Bank ist ganz anders wirksam als das der einzelnen Aktionäre. Und so besteht eine Tendenz, das verfügbare Geldkapital der Privaten zunächst in möglichst grossem Umfang in Bankkapital und erst dieses in industrielles zu verwandeln. Dabei hat Verdoppelung des fiktiven Kapitals stattgefunden. Geldkapital wird fiktiv in das Kapital der Bankaktien umgewandelt und geht damit in Wirklichkeit über in das Eigentum der Bank; dieses Bankkapital wird jetzt fiktiv in Industrieaktien verwandelt und in Wirklichkeit in die Elemente des produktiven Kapitals, Produktionsmittel und Arbeitskraft.

Die Dividendenpolitik der Banken, die mit grossem fremden Kapital (Depositen) arbeiten, muss stabiler sein als die von Industrieunternehmungen. Dies besonders dann, wenn die Depositen von Kreisen herrühren, die nur aus äusseren Anzeichen, wie es die Stabilität der Dividende ist, auf die gute oder schlechte Leitung schliessen können und bei schwankender Dividendenpolitik ihre Depositen zurückziehen. Es handelt sich hier also um die Depositen der nichtkapitalistischen Kreise. Das Industrieunternehmen ist in der Dividendenpolitik unabhängiger. Einmal, weil seine Kreditgeber ohnehin meist genauen Einblick in die Zahlungsfähigkeit haben. Sodann, weil der Kredit, den es beständig in Anspruch nimmt, der Zahlungskredit, durch die Waren, die es produziert, gedeckt sein muss, während anderer Kredit nicht beständig wie bei den Banken, sondern nur in längeren Zeiträumen in Anspruch genommen wird. Diese grössere Unabhängigkeit erlaubt einmal Beeinflussung der Aktienkurse und damit für die Eingeweihten Spekulationsgewinn auf der Börse, dann aber auch leichtere Anpassung an Konjunkturschwankungen und die Bedürfnisse der Akkumulation, Schwankungen und Anpassungen, die für das Industrieunternehmen mehr ins Gewicht fallen als für die Banken.

Anderseits ist die grössere Stetigkeit in der Dividendenpolitik für die Banken leichter durchzuführen als für die industriellen Unternehmungen, weil die Konjunkturschwankungen auf die Bankgewinne nicht so stark und nicht so einseitig einwirken wie auf den Profit. Einmal hängt ein grosser Teil des Bankgewinnes nicht so sehr ab von der absoluten Höhe der Zinsrate, sondern von der Differenz zwischen dem Zins auf das ausgeliehene und das geschuldete Kapital. Diese Differenz ist aber, besonders wenn die Bankkonzentration bereits einigermassen fortgeschritten ist, viel konstanter als die Schwankungen in der absoluten Höhe des Zinses. Sodann entstehen im Laufe der Konjunktur günstige und ungünstige Momente, die sich zum Teil miteinander kompensieren. Am günstigsten ist die Periode ansteigender Prosperität mit allmählich anziehendem Zinsfuss, starkem Kapitalbedarf der Industrie und daher lebhafter Emissionstätigkeit und hohem Gründergewinn. Zugleich steigen die Gewinne aus der Kassenführung und der Vermittlung des Zahlungskredits sowie der Börsenspekulation. In der Hochkonjunktur steigt der Zinsfuss und auch die Differenz zwischen dem erhaltenen und vergüteten Zins. Dagegen nimmt die Emissionstätigkeit und der Gründergewinn ab. Der Kapitalbedarf der Industrie wird mehr durch Bankschulden als durch Aktien- oder Obligationenausgabe befriedigt, zugleich wird die Effektenspekulation gewöhnlich schon einige Zeit vor der Krise durch den hohen Zinsfuss eingeschränkt. In der ersten Zeit der Depression, wenn der Zinsfuss am niedrigsten, ist der Zeitpunkt für die Ausgabe von festverzinslichen Papieren am günstigsten. Der Gewinn der Banken aus der Uebernahme von Staats- und Stadtanleihen etc. nimmt stark zu, ebenso der Gewinn durch Verkauf festverzinslicher Papiere aus den eigenen Beständen zu jetzt erhöhten Kursen. Ein Teil der von der Industrie früher eingegangenen Bankschulden wird in Aktien- und Obligationenkapital verwandelt, da der Geldmarkt flüssig ist, und liefert neuen Emissionsgewinn, Momente, die die geringeren Einnahmen aus dem Zinsgewinn der Kreditvermittlung mehr weniger kompensieren.

Die Konkurrenz, die die Banken untereinander führen, führen sie nicht mit ihrem eigenen Kapital allein, sondern mit dem Gesamtkapital, das ihnen zur Verfügung steht. Die Konkurrenz auf dem Geldmarkte ist aber eine wesentlich andere als auf dem Warenmarkte. Der wichtigste Unterschied ist zunächst, dass auf dem Geld-

markte das Kapital Geldform hat, auf dem Warenmarkte das Kapital erst aus Warenkapital in Geldkapital verwandelt werden muss. Letzteres schliesst aber auch ein, dass diese Verwandlung mehr oder weniger misslingen, das Warenkapital also entwertet werden kann und so statt Profit Verlust entsteht. Bei der Konkurrenz der Waren handelt es sich um die Realisierung des Kapitals, nicht nur um seine Verwertung. Bei der Konkurrenz des Geldkapitals ist das Kapital als solches gesichert, es handelt sich nur um seinen Verwertungsgrad, um die Höhe des Zinses. Der Zins aber wird in einer Weise bestimmt, die dem einzelnen Konkurrenten wenig Spielraum lässt. Es ist vor allem die Diskontpolitik der zentralen Geldinstitute, die hier für alle anderen ausschlaggebend ist und ihnen nur innerhalb einer verhältnismässig engen Grenze Spielraum gibt. Dies ist zunächst wichtig für die reinen Kreditgeschäfte, die aktiven sowohl als die passiven der Banken. Hier ist die Konkurrenz verhältnismässig gering. Je geringer aber der Spielraum ist, desto grössere Rolle spielt das quantitative Moment der Grösse des Geschäftskreises. Nur wenn dieser sehr gross, kann eine Herabsetzung der Provisionen, eine Erhöhung des Zinses auf die Depositen gegeben werden. Bei *gleich* grossen Unternehmungen müssen aber die Bedingungen auch annähernd die gleichen sein. Ferner fällt auf dem Gebiete der Kreditvermittlung der Extraprofit fort, ausser dem einzigen, der in der Ersparnis und der Leichtigkeit, Verluste zu vermeiden und das Risiko zu verteilen, bei sehr grossen Unternehmen gegenüber kleineren liegt. Dagegen spielt hier der Extraprofit, wie er in der Industrie aus technischen patentierten Neuerungen quillt und so wichtig für den Konkurrenzkampf ist, keine Rolle.

Eine grössere Rolle als bei der Kreditvermittlung spielt die Konkurrenz bei dem Finanzgeschäft, also den Emissionen. Hier erlaubt die Grösse des Gründergewinns einen weiten Spielraum für die gegenseitige Unterbietung. Aber auch hier sind keine allzu weiten Grenzen. Vielmehr entscheiden hier weniger die Bedingungen der Banken, als vielmehr der Grad der Abhängigkeit der Industrie durch vorher gewährte Kredite.

Bei der Frage der Konkurrenz ist in der Industrie die technische und die ökonomische Seite zu trennen. Bei den Banken spielt die technische Verschiedenheit eine ganz geringe Rolle, die

Technik ist bei Banken gleicher Art dieselbe. (Banken verschiedener Art konkurrieren direkt überhaupt nicht miteinander.) Es gibt hier im vorhinein nur einen ökonomischen Unterschied, der rein quantitativ ist und nur in der Grösse des werbenden Kapitals besteht.

Es ist aber dieser ganz eigenartige Charakter der Konkurrenz, welcher den Banken erlaubt, in so verschiedener und wechselnder Weise bald miteinander zu konkurrieren, bald zu kooperieren. Etwas Aehnliches finden wir nur bei gleich grossen Unternehmungen bisweilen auch in der Industrie in der fallweisen Verständigung für ein bestimmtes Geschäft, zum Beispiel bei Submissionen. Dort aber ist es viel häufiger Vorläufer des Kartells, also der dauernden Kooperation unter Ausschluss der Konkurrenz.

Ist der allgemeine Zinsfuss die Schranke für die Konkurrenz in der Kreditvermittlung, so die Durchschnittsprofitrate auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs. Gerade hier ist aber die Grösse des Umsatzes entscheidend für die Höhe der Provision und bedingt eine starke Ueberlegenheit der Grossbanken.

Das banktechnische Prinzip grösster Sicherheit macht die Banken im vorhinein der Konkurrenz abgeneigt. Der Ausschluss der Konkurrenz in der Industrie durch die Kartelle, die Erzielung eines „stetigen Gewinns“ liegt ihnen daher besonders nahe.

Der Bankgewinn ist nicht Profit. Aber die Summe des Gewinns muss auf das Eigenkapital der Bank berechnet gleich sein der Durchschnittsprofitrate. Ist er geringer, so werden Kapitalien dem Bankgeschäft entzogen, ist er höher, so werden neue Banken entstehen. Da das Bankkapital stets Geldform hat oder jederzeit zu einem grossen Teil leicht in Geldform rückverwandelbar ist, so ist hier eine Ausgleichung am raschesten möglich.

Daher gibt es auch keine „Ueberproduktion“ von Bankkapital. Vielmehr führt eine zu starke Vermehrung des eigenen Bankkapitals wieder zu seinem Abfluss und anderer Anlage, aber nicht etwa zu einem allgemeinen Krach mit Entwertung etc., wie wir es in industriellen Sphären beobachten. Der Bankkrach ist nur Folge einer industriellen Ueberproduktion oder Ueberspekulation und erscheint als Mangel an Bankkapital in Geldform; darin, dass Bankkapital festgeritten ist in einer Form, die nicht als Geld sofort realisierbar ist.

Mit der Entwicklung des Bankwesens, mit der immer enger werdenden Verflechtung der Beziehungen zwischen Bank und Industrie verstärkt sich die Tendenz, einerseits die Konkurrenz der Banken untereinander immer mehr auszuschalten, anderseits alles Kapital in der Form von Geldkapital zu konzentrieren und es erst durch die Vermittlung der Banken den Produktiven zur Verfügung zu stellen. In letzter Instanz würde diese Tendenz dazu führen, dass eine Bank oder eine Bankengruppe die Verfügung über das gesamte Geldkapital erhielte. Eine solche „Zentralbank" würde damit die Kontrolle über die ganze gesellschaftliche Produktion ausüben[1]).

Im Kredit tritt neben die sachliche die persönliche Beziehung, er erscheint als unmittelbar persönlich-gesellschaftliche Beziehung gegenüber den dinglich-gesellschaftlichen der übrigen ökonomischen Kategorien, dem Geld zumal: der Vulgaris redet vom „Vertrauen". Und ebenso ist er in seiner Vollendung dem Kapitalismus entgegengesetzt, ist er Organisation und Kontrolle gegenüber der Anarchie. Er entspringt daher aus dem Sozialismus, der der kapitalistischen Gesellschaft angepasst wird, er ist der schwindelhafte, kapitalistisch adaptierte Sozialismus. Er sozialisiert das Geld der anderen für den

[1]) Mit dem Banksystem ist „allerdings die Form einer allgemeinen Bankführung und Verteilung der Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Stufenleiter gegeben, aber auch nur die Form. . . . . Es stellt den industriellen und kommerziellen Kapitalisten alles disponible und selbst potentielle, nicht bereits aktiv engagierte Kapital der Gesellschaft zur Verfügung, so dass weder der Verleiher noch der Anwender dieses Kapitals dessen Eigentümer oder Produzenten sind. Es hebt damit den Privatcharakter des Kapitals auf und enthält so an sich, aber auch nur an sich, die Aufhebung des Kapitals selbst. . . . .

Endlich unterliegt es keinem Zweifel, dass das Kreditsystem als ein mächtiger Hebel dienen wird während des Ueberganges aus der kapitalistischen Produktionsweise in die Produktionsweise der assoziierten Arbeit; jedoch nur als ein Element im Zusammenhang mit anderen grossen organischen Umwälzungen der Produktionsweise selbst. Dagegen entspringen die Illusionen über die wunderwirkende Macht des Kredit- und Bankwesens, im sozialistischen Sinn, aus völliger Unkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise und des Kreditwesens als einer ihrer Formen. Sobald die Produktionsmittel aufgehört haben, sich in Kapital zu verwandeln, hat der Kredit als solcher keinen Sinn mehr. . . . . Solange anderseits die kapitalistische Produktionsweise fortdauert, dauert das zinstragende Kapital als eine ihrer Formen fort und bildet in der Tat die Basis ihres Kreditsystems. . . . ." Marx, „Kapital", III/1, Seite 146 ff.

Gebrauch der wenigen. In seinem Beginn eröffnet er dem Kreditritter plötzlich die gewaltigsten Perspektiven: die Schranken der kapitalistischen Produktion — die Privatvermögen — erscheinen gefallen, die gesamte Produktivkraft der Gesellschaft scheint dem einzelnen zur Verfügung gestellt. Ihm schwindelt und er schwindelt.

Die ersten Pioniere des Kredits sind die Romantiker des Kapitalismus wie Law und Pereire; es dauert einige Zeit, bis der nüchterne Kapitalist die Oberhand gewinnt und Gunderman Saccard besiegt.

III. ABSCHNITT.

Das Finanzkapital und die Einschränkung der freien Konkurrenz.

Elftes Kapitel.

Hindernisse in der Ausgleichung der Profitraten und ihre Ueberwindung.

Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist der Profit. Die Erzielung möglichst grossen Profits ist Motiv für jeden Einzelkapitalisten, wird die Maxime seines ökonomischen Handelns, die aus den Bedingungen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit Notwendigkeit entspringt. Denn der Einzelkapitalist kann sich nur behaupten, wenn er ständig darnach strebt, seinen Konkurrenten nicht nur gleich, sondern auch überlegen zu bleiben. Dies kann er nur, wenn es ihm gelingt, seinen Profit über den Durchschnitt zu steigern, also Extraprofit zu erzielen[1]).

Das subjektive Streben nach möglichst hohem Profit, das alle individuellen Kapitalisten beseelt, hat aber zum objektiven Resultat

---

[1]) Hobbes fasst dieses Streben allgemein: Die allgemeine Neigung der Menschheit ist „das beständige und rastlose Begehren von Macht über Macht, welches nur mit dem Tode aufhört". „Und die Ursache davon ist nicht immer, dass einer hofft auf ein intensiveres Vergnügen, als er schon erreicht hat oder dass er nicht zufrieden sein kann mit einer mässigen Macht; sondern weil er nicht die Macht und Mittel zum Wohlleben, welche er zur Verfügung hat, sichern kann ohne die Erwerbung von mehr". (Leviathan, ch. XI.)

Das kapitalistische Motiv — Profit um des Profits willen — ist von Zola, dem grossen Personifikator sozialer Kategorien, in Gunderman dargestellt, dessen sämtliche Konsumbedürfnisse auf Milch reduziert sind und der trotzdem stets weiter wuchert. Daher auch sein Sieg — der Sieg des kapitalistischen Prinzips — über Saccard, bei dem die Profitsucht getrübt ist durch dem Kapital fremden Einschlag — durch Machtstreben, Kulturideen und persönliche Luxusbedürfnisse. In Gunderman ist der Typus des Kapitalisten in seiner begriffslosesten Form als Geldarbitrageur und Börsenspekulant am besten gefasst, viel richtiger als bei Ibsens Gabriel Borkmann (wo das gesellschaftliche Bedürfnis durch den Kapitalismus vergewaltigt wird). Denn Borkmann geht vom gesellschaftlichen Bedürfnisse aus statt vom Profitinteresse, also von einem dem Kapitalisten fremden Motiv. In

die Tendenz zur Herstellung der gleichen Durchschnittsprofitrate für alle Kapitale[1]).

Das Resultat wird zu erreichen gesucht durch die Konkurrenz der Kapitalien um die Anlagesphären, durch das beständige Hinströmen von Kapital in Sphären mit überdurchschnittlicher und das beständige Abströmen aus Sphären mit unterdurchschnittlicher Höhe der Profitrate. Diese ständige Ab- und Auswanderung findet aber Hindernisse, die mit der Höhe der kapitalistischen Entwicklung zunehmen.

Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der technische Fortschritt, erscheint darin, dass dieselbe Masse lebendiger Arbeit eine immer mehr anschwellende Masse von Produktionsmitteln in Bewegung setzt. Dieser Prozess spiegelt sich ökonomisch in der immer höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals, in dem immer grösseren Anteil, den der konstante Kapitalteil gegenüber dem variablen innerhalb des Gesamtkapitals bildet[2]). In dieser

---

den Kapitalistendramen ist dieser Widerspruch zwischen Gesellschafts- und Profitinteresse stets das tragische Motiv und daher so oft ihre unrealistische Wirkung. Der richtige Kapitalist taugt — anders wie der Geizhals, bei dem das persönliche Elend unter Umständen tragisch wirken kann — nicht zur dramatischen Figur, sondern nur zur Episode im Roman.

[1]) Aus den Motiven der handelnden Wirtschaftssubjekte, die selbst aber durch die Natur der wirtschaftlichen Beziehungen determiniert werden, lässt sich nie mehr als die Tendenz zur Herstellung der Gleichheit der ökonomischen Bedingungen ableiten: gleiche Preise für gleiche Waren, gleicher Profit für gleiches Kapital, gleicher Lohn und gleiche Ausbeutungsrate für gleiche Arbeit. Aber zu den quantitativen Beziehungen selbst komme ich auf diese Weise, ausgehend von den subjektiven Motiven, nie. Ich muss vielmehr bereits die Grösse des gesellschaftlichen Gesamtprodukts kennen, bei dessen Verteilung jene Gleichheitstendenzen wirksam werden, um die quantitativen Bestimmungen der einzelnen Teile finden zu können. Aus psychologischen Faktoren lassen sich nie quantitativ bestimmte Resultate ableiten.

[2]) Wie stark in modernen Walzwerken der Anteil der lebendigen Arbeit herabgedrückt worden ist, dafür folgendes: „Durch die Hebetische allein wurde beim Schienenwalzen die Bedienungsmannschaft von 15 bis 17 auf 4 bis 5 Mann herabgesetzt. In Amerika fielen die Löhne per Tonne Fabrikat in Cents

	von 1880	bis 1901
für Schienenwalzer	von 15	auf weniger als 1
„ Drahtwalzer	„ 212	„ 12
„ Wärmer der Drahtknüppel	„ 80	„ 5

Hans Gideon Heymann, „Die gemischten Werke im deutschen Grosseisengewerbe“. Stuttgart 1904. Seite 23.

Aenderung der Proportion c : v drückt sich die Aenderung des Bildes aus, das die Manufaktur und frühkapitalistische Fabrik mit ihren in wenig ausgedehnten Arbeitsstätten um wenige und kleine Arbeitsmaschinen zusammengedrängten Arbeiterscharen darbot, im Vergleiche mit dem der modernen Fabrik, wo hinter den riesenhaften Leibern der Automaten die kleinen Menschen, kaum hie und da sichtbar werdend, immer wieder zu verschwinden scheinen.

Die technische Entwicklung bringt aber zugleich auch eine Aenderung innerhalb der Bestandteile des konstanten Kapitals mit sich. Es wächst der Bestandteil des fixen Kapitals rascher als der des zirkulierenden. Als Illustration diene folgendes:

„Die technischen Fortschritte im Hochofenprozess haben zu immer grösserem Betriebe, zu immer stärkerer Kapitalskonzentration gezwungen. Nach Lürmann („Die Fortschritte im Hochofenbetrieb seit 50 Jahren." Düsseldorf 1902) ist seit 1852 der kubische Inhalt der Hochöfen im Verhältnis von 1 : 4·8, die Leistungsfähigkeit pro Hochofen von 1 : 33·3, pro Tonne des Hochofeninhaltes von 1 : 7 gestiegen. 1750 produzierten 14 schlesische Holzkohlenhochöfen zusammen 25.000 Zentner Roheisen, im Jahre 1799 waren die beiden Königshütter Kokshochöfen zusammen auf 40.000 Zentner im Jahr projektiert. Oechelhäuser rühmt 1852 eine Tagesleistung von 50.000 bis 60.000 preussische Pfund. Die letzten Rekorde per Tag und Ofen sind: Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Thyssen) mit 518 Tonnen; Ohio Steel Co. No. 3 mit 806 Tonnen; das heisst der amerikanische Ofen produziert in etwa 30 Stunden das gleiche, was ein schlesischer Ofen früher in einem Jahre leisten sollte, und in 36 Stunden das Quantum, das vor 150 Jahren 14 schlesische Oefen in einem Jahre herstellten.

Dementsprechend sind die Anlagekosten pro Ofen enorm gestiegen. Die erwähnten Königshütter Oefen waren alles in allem auf 40.000 Taler veranschlagt; das macht etwa 20.000 M. Anlagekapital per Tonne Tagesproduktion. 1887 war man nach Wedding bei Anlagekosten von fast 1 Million per Ofen auf 5400 bis 6000 M. pro Tonne Tagesproduktion herunter. Neuerdings sind die Kosten pro Tonne Tagesproduktion durch die vielen neuen Apparate und die fast vollständige Verdrängung der Handarbeit wieder auf rund 10.000 M. gestiegen, das heisst ein normaler 250 Tonnen-Ofen im Ruhrrevier kostet heute $2^1/_2$ Millionen, die amerikanischen Riesenöfen haben schon bis 6 Millionen Mark verschlungen.

Ausser im Siegerland und in Oberschlesien finden sich heute in Deutschland kaum noch Oefen mit einer täglichen Leistungsfähigkeit unter 100 Tonnen. Die jährliche Minimalproduktion eines neu zu errichtenden Ofens muss mithin mindestens auf 30.000 bis 40.000 Tonnen veranschlagt werden, aber der Betrieb mehrerer Oefen bietet grosse Vorteile, daher das Streben, die Zahl der zu einem Hochofenbetrieb gehörigen Oefen stetig zu mehren. Ebenso wie die Generalkosten (Direktion, Laboratorium, Ingenieure) verteilen sich die Kosten der notwendigen Reservemaschinerie (Gebläsemaschinerie, Winderhitzer) auf eine viel grössere Produktion. Dann kann man nur bei Vereinigung mehrerer Oefen mit einem Ofen jahrein, jahraus die gleiche Roheisensorte herstellen. Dadurch fällt

einmal das lästige Umsetzen der Oefen von einer Roheisensorte auf die andere hinweg und dann wird es möglich, die Ofenkonstruktion im Hinblick auf die zu erzeugende Roheisensorte zu spezialisieren. Endlich wird die Ausnützung der modernen Erfindungen (rationelle Anfuhr der Rohstoffe, Giessmaschine, Mischer, Gichtgasmaschinen) erst bei hohen Produktionsziffern und mehreren Oefen wirtschaftlich rationell.“ (Heymann a. a. O., Seite 13 ff.)

Gegenüber dieser Sphäre mit höchster organischer Zusammensetzung ist es ganz interessant, eine Industriesphäre zu vergleichen, bei der die Maschinenanwendung gleichfalls einen hohen Grad erreicht hat, wo aber infolge der ganz anderen technischen Bedingungen die organische Zusammensetzung weitaus niedriger ist. „Die Grösse des für die Schuhfabrikation erforderlichen Kapitals wollen wir uns an dem Beispiel einer Fabrik vor Augen führen, die täglich 600 bis 800 Paar Schuhe, zur Hälfte randgenäht, zur anderen Hälfte durchgenäht, herstellt.

Gebäude	100.000 M.
Grund und Boden	50.000 „
Dampfmaschine (50 PS)	21.000 „
Elektrische Anlagen	20.000 „
Fabrikationsmaschinen und sonstige Einrichtungen	80.000 „
Leisten	25.000 „
Stehendes Kapital	296.000 M.

Nehmen wir nun an, dass das umlaufende (Betriebs-) Kapital etwa zweimal im Jahre umgesetzt wird, so erhalten wir:

Rohstoffe für 1/2 Jahr	350.000 M.
Arbeitslöhne für 1/2 Jahr	100.000 „
Sonstige Unkosten für 1/2 Jahr	90.000 „
Umlaufendes Kapital	540.000 M.

Wir werden also sagen können, dass neben einem stehenden Kapital von rund 300.000 M. ein umlaufendes Kapital von 500.000 M. nötig ist, dass also für diese Fabrik, welche 180 bis 200 Arbeiter beschäftigen würde, etwa 800.000 M. Gesamtkapital erforderlich wäre.“ (Karl Rehe, „Die Deutsche Schuhgrossindustrie“. Jena 1908. Seite 54.)

Dagegen: „So würde heute alles in allem ein grosses kombiniertes Thomaswerk von 300.000 bis 400.000 Tonnen Produktion, das in Westdeutschland neu gegründet werden soll und Mineralfelder wie Grund und Boden kaufen muss, mindestens kosten:

1000 Hektar Minettefelder	10 Millionen Mark
6 Kohlenfelder im Ruhrrevier	3 „ „
Kohlengrube mit 1 Million Tonnen Förderung, einschliesslich Kokereien	12 „ „
Hochofenanlage	10 „ „
Stahl- und Walzwerke	15 „ „
Grund und Boden, Bahnanschlüsse, Arbeiterwohnungen u. s. w. auf dem Eisenwerk	5 „ „
Insgesamt	55 Millionen Mark

Dazu gehören etwa 10.000 Arbeiter. Entsprechend werden in Amerika 20 bis 30 Millionen Dollars Anlagekapital für ein Stahlwerk der doppelten Leistungsfähigkeit (2500 Tonnen täglich) als notwendig bezeichnet." Dagegen steckte in der ganzen Nassauer Eisenindustrie 1852 an Kapital 1,235.000 fl. (Heymann a. a. O., Seite 26.)

Dieses riesige Anschwellen des fixen Kapitals bedeutet aber eine stets erschwerte Uebertragbarkeit der einmal gemachten Kapitalsanlagen. Während das zirkulierende Kapital nach Ablauf jeder Umschlagsperiode in Geld rückverwandelt ist und daher in jedem anderen Produktionszweig angelegt werden kann, ist das fixe Kapital durch eine grössere Reihe von Umschlagsperioden im Produktionsprozess fixiert; sein Wert überträgt sich allmählich auf das Produkt und fliesst ebenso allmählich in Geldform zurück. Der Umschlag des Gesamtkapitals verlängert sich. Je grösser das fixe Kapital, je mächtiger sein Umfang, desto gewichtiger fällt es bei Anlagen in die Wagschale, desto grösseren Teil des Gesamtkapitals bildet es und desto grösser ist die Schwierigkeit, den darin gebundenen Wert ohne die grössten Verluste zu realisieren und das Kapital dann auf eine günstigere Sphäre zu übertragen. Dadurch wird aber die Konkurrenz des Kapitals um die Anlagesphären modifiziert. An Stelle der alten rechtlichen Schranken der mittelalterlichen Bevormundung sind neue ökonomische entstanden, die die Freizügigkeit des Kapitals beschränken, eine Beschränkung freilich, die nur bereits in Produktionskapital verwandelte Kapitalien trifft, nicht aber erst neu anzulegende. Eine zweite Schranke besteht darin, dass die technische Entwicklung zugleich die Stufenleiter der Produktion ausdehnt, dass der anschwellende Umfang des konstanten und insbesondere des fixen Kapitals eine absolut immer grössere Kapitalsumme erfordert, um überhaupt die Produktion entsprechend erweitern oder neue Unternehmen errichten zu können. Die allmählich akkumulierten Summen aus dem Mehrwert reichen lange nicht aus, um in selbständige Kapitalien verwandelt zu werden. Es wäre so denkbar, dass auch der Zufluss von neuem Kapital ungenügend wird oder verspätet kommt. Die Freizügigkeit des Kapitals ist aber eine Bedingung der Herstellung der gleichen Profitrate. Diese Gleichheit wird verletzt, wenn Zu- oder Abfluss des Kapitals nicht ungehindert erfolgen kann. Da die Tendenz nach der Gleichheit des Profits zunächst individuelles Streben des Kapitalisten nach möglichst hohem Profit ist, so muss die Schranke zunächst indi-

viduell beseitigt werden. Dies geschieht durch die Mobilisierung des Kapitals.

Das Kapital zu zentralisieren, genügt die Schaffung der Kapitalassoziation. Durch die Mobilisierung wird aber gleichzeitig der Kreis des assoziierbaren Kapitals erweitert. Denn sie macht die stete Rückverwandlung industriellen Kapitals, einschliesslich des fixen Kapitals in Geldkapital möglichst unabhängig von dem wirklichen Rückfluss nach Ablauf der Umschlagsperiode, während der das fixe Kapital zu funktionieren hat. Natürlich ist diese Rückverwandlung nicht möglich auf gesellschaftlicher Stufenleiter, sondern nur gegeben für eine Anzahl stets wechselnder Kapitalisten. Diese stete Rückverwandelbarkeit in Geld gibt aber dem Kapital die Rückflussart von Leihkapital — Geldkapital, das, für einige Zeit vorgeschossen, als um den Zins vermehrte Geldsumme zurückkehrt. Es macht daher Geldsummen für die industrielle Anlagesphäre geeignet, die sonst nicht als industrielles Kapital fungiert hätten.

Es sind Geldsummen, die für ihre Besitzer für längere oder kürzere Zeit brachliegen müssten oder als reines Leihkapital vorübergehend angelegt würden. Diese Summen wechseln beständig in ihrer Zusammensetzung, kontrahieren und expandieren sich, stets ist aber eine gewisse Summe solch momentan brachliegenden Geldes vorhanden. Diese kann in industrielles Kapital verwandelt und damit fixiert werden. Der stete Wechsel dieser Geldsumme drückt sich aus in dem steten Besitzwechsel der Aktien. Die Verwandlung in industrielles Kapital geschieht natürlich nur einmal und ein für allemal. Das brachliegende Geld ist definitiv in Geldkapital, dieses in Produktionskapital verwandelt worden. Die neuen Geldsummen, die nunmehr aus diesen Fonds brachliegenden Geldes einströmen, fungieren als Kaufmittel für die Aktien, dienen jetzt nur mehr als Zirkulationsmittel für deren Umsatz. Für die Besitzer des ursprünglich in industrielles Kapital verwandelten Geldes bewerkstelligen sie aber den Rückfluss ihres Geldes, das sie nun wieder anderen Zwecken zur Verfügung stellen können, nachdem es für sie auch in der Zwischenzeit als Kapital fungiert hat. Nebenbei ist zu bemerken, dass mit der Steigerung der Aktienkurse caeteris paribus auch das zu ihrem Umsatz nötige Geld zunehmen muss und dass dann mehr Geld in diese Zirkulation eingehen kann als ursprünglich in industrielles verwandelt wurde. Dabei ist zu beachten, dass in der Regel der

Kurs der Aktien grösser ist, als der Wert des industriellen Kapitals, in das das Geld verwandelt wurde.

Die Mobilisierung des Kapitals lässt natürlich den Produktionsprozess unberührt. Sie berührt nur das Eigentum, schafft nur die Form für die Uebertragung des kapitalistischen fungierenden Eigentums, die Uebertragung von Kapital als Kapital, als Profit heckende Geldsumme. Da sie die Produktion unberührt lässt, ist diese Uebertragung in der Tat nur Uebertragung der Eigentumstitel auf den Profit. Dem Kapitalisten handelt es sich aber nur um den Profit. Die Sphäre, in der der Profit produziert wurde, ist ihm gleichgültig. Der Kapitalist macht nicht eine Ware, sondern er macht in einer Ware — Profit.

Eine Aktie ist somit so gut wie eine andere, wenn sie unter sonst gleichen Umständen gleichen Profit bringt. Jede Aktie wird somit bewertet nach dem Profit, den sie bringt. Der Kapitalist, der Aktien kauft, kauft um dieselbe Geldsumme gleichgrossen Anteil am Profit wie jeder andere. Individuell ist somit durch die Mobilisierung des Kapitals für jeden einzelnen Kapitalisten die Gleichheit der Profitrate verwirklicht. Aber auch nur individuell, indem die wirklich bestehenden Ungleichheiten nur für ihn bei dem Ankauf der Aktien ausgelöscht werden. In Wirklichkeit bestehen diese Ungleichheiten fort und ebenso die Tendenz zu ihrer Ausgleichung.

Denn die Mobilisierung des Kapitals lässt die wirkliche Bewegung des Kapitals zur Ausgleichung der Profitrate unberührt. Es bleibt ja das Streben des Kapitalisten nach möglichst grossem Profit. Dieser erscheint jetzt in der grösseren Dividende und dem erhöhten Kurswert der Aktien. Damit wird dem neuanzulegenden Kapital deutlich der Weg gewiesen. Die Höhe des erzielten Profits, früher das Geschäftsgeheimnis des einzelnen Unternehmens, erscheint jetzt mehr oder minder adäquat ausgedrückt in der Höhe der Dividende und erleichtert damit für das Anlage suchende Kapital die Entscheidung, welchen Produktionszweigen es sich zuzuwenden habe. Wird zum Beispiel in der Eisenindustrie mit einem Kapital von einer Milliarde 200 Millionen Profit gemacht und in einer anderen Industrie mit demselben Kapital ein Profit von 100 Millionen, so mag der Kurswert der Eisenaktien — wenn wir eine Kapitalisierung zu 5 Prozent annehmen — 4 Milliarden betragen, der der anderen 2 Milliarden und damit für die individuellen Be-

sitzer der Unterschied ausgelöscht sein. Das hindert aber nicht das neue Kapital, in der Eisenindustrie Anlage zu suchen, wo es überdurchschnittlichen Profit machen kann. Gerade durch das Aktienwesen wird der Zufluss in diese Sphären erleichtert. Nicht nur weil, wie schon bemerkt, das Hindernis, das aus der Grösse des Kapitals entspringt, dadurch leicht überwunden wird, sondern der Extraprofit dieser Sphäre verspricht kapitalisiert auch besonders hohen Gründergewinn und reizt die Banken zur Betätigung in diesem Produktionszweig an. Die Verschiedenheit der Profitraten tritt hier in der verschiedenen Höhe der Gründergewinne in Erscheinung; sie wird ausgeglichen, indem die neu akkumulierten Mehrwertmassen den Sphären mit höchstem Gründergewinn zuströmen.

Ebenso lässt die Mobilisierung des Kapitals die Schwierigkeiten, die sich der Ausgleichung der Profitrate entgegenstellen, unberührt. Dagegen räumt die zugleich mit der Mobilisierung sich entwickelnde Assoziation des Kapitals die Schranken hinweg, die aus der Grösse des neuanzulegenden Kapitals entspringen; durch die Vereinigung der Geldsummen wird mit dem wachsenden Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft die Grösse des Unternehmens kein Hindernis für dessen Ausführung. So wird die Ausgleichung der Profitrate immer mehr nur möglich durch Einwanderung neuen Kapitals in die Sphären, wo die Profitrate über dem Durchschnitt steht, während die Abwanderung des Kapitals aus den Produktionszweigen mit viel fixem Kapital nur schwer möglich ist. Hier vollzieht sich die Verminderung des Kapitals nur durch allmähliches Absterben alter Einrichtungen oder aber durch Vernichtung von Kapital im Falle des Bankerotts.

Zugleich ergibt sich mit der Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion eine weitere Schwierigkeit. Ein neuerrichteter Betrieb muss in einer hochkapitalistischen Sphäre im vorhinein eine grosse Ausdehnung haben; seine Errichtung wird mit einem Schlage die Produktion dieser Sphäre gewaltig steigern. Die Gebote der Technik erlauben nicht jene Nuancierung in der Steigerung der Produktion, die die Aufnahmefähigkeit des Marktes vielleicht erforderte. Die starke Vermehrung der Produktion überkompensiert die Wirkung auf die Profitrate; stand diese vorher über dem Durchschnitt, so sinkt sie jetzt unter ihn.

So entstehen der Tendenz zur Ausgleichung der Profite Hemmungen, die sich mit der Entwicklung des Kapitalismus

steigern. Diese Hemmungen wirken verschieden stark auf die verschiedenen Sphären ein, je nach der Zusammensetzung des Kapitals, insbesondere je nach der Grösse der Raumes, den das fixe Kapital innerhalb des Gesamtkapitals einnimmt. Am stärksten wird sich diese Wirkung geltend machen gerade in den entwickeltsten Sphären kapitalistischer Produktion, in den schweren Industrien. Hier spielt das fixe Kapital weitaus die grösste Rolle, hier wird der Abfluss einmal angelegten Kapitals am schwierigsten.

Wie wirkt dies nun auf die Profitrate in diesen Sphären? Es wäre folgende Argumentation denkbar: In diesen Industrien ist ein sehr bedeutendes Anfangskapital nötig, der Besitz so grosser Anfangskapitalien ist beschränkt, daher wird auch die Konkurrenz in diesen Sphären geringer, der Profit höher sein. Das Argument übersieht, dass das nur zutrifft für die Zeit, wo das Kapital noch individuell fungierte. Die Assoziationsmöglichkeit des Kapitals überwindet spielend diese Schranke. Die Grösse des Kapitals ist kein Hindernis für dessen Aufbringung. Dagegen ist der Ausgleich durch Kapitalabfluss hier fast ausgeschlossen und ebenso ist die Kapitalvernichtung hier sehr erschwert. Diese entwickelten Industrien sind zugleich diejenigen, in denen die Konkurrenz die kleinen Betriebe am raschesten ausgemerzt hat oder wo es solche überhaupt nicht gegeben hat (wie in manchen Zweigen der Elektrizitätsindustrie). Es herrscht nicht nur der Grossbetrieb, sondern diese kapitalstarken Grossbetriebe werden einander immer gleichwertiger, die technischen und ökonomischen Unterschiede, die einzelnen von ihnen eine Ueberlegenheit im Konkurrenzkampfe gewähren würden, werden immer geringer. Es ist kein Kampf von Starken mit Schwachen, in denen diese vernichtet und damit der Ueberfluss an Kapital in dieser Sphäre beseitigt würde, sondern ein Kampf zwischen Gleichen, der lange unentschieden bleiben mag, allen Kämpfenden gleiche Opfer auferlegt. Diese Unternehmen müssen alle den Kampf auszuhalten suchen, da sonst das ganze gewaltige Kapital, das in jedem einzelnen steckt, entwertet würde. Die Entlastung dieser Sphäre durch Kapitalvernichtung ist so sehr erschwert. Zugleich wirkt hier jedes neue Unternehmen vermöge der grossen Produktionsfähigkeit, die es von vornherein besitzen muss, mit grosser Wucht auf die Zufuhr. Es wird gerade in diesen Sphären sich sehr leicht ein Zustand herausbilden, in dem durch längere Zeit die Profitrate unter dem Durchschnitt steht. Dieser Zustand wird um so gefährlicher,

je niedriger die Durchschnittsprofitrate steht. Mit dem Fall der Profitrate, der die Entwicklung der kapitalistischen Produktion begleitet, wird der Spielraum, innerhalb dessen eine Produktion noch profitabel ist, stets verengt. Ist die Profitrate nur 20 Prozent, während sie früher einmal 40 Prozent war, so reicht schon ein viel geringerer Preisdruck hin, um den Profit ganz verschwinden zu lassen, den Zweck der kapitalistischen Produktion zu vereiteln. So werden gerade diese Industrien mit ihren grossen fixen Kapitalmassen immer empfindlicher gegen die Konkurrenz und den durch sie bewirkten Fall der Profitrate, während gleichzeitig gerade für sie die Schwierigkeit wächst, die einmal stattgehabte Verteilung des Kapitals zu ändern. So wird gerade in ihnen — freie Konkurrenz vorausgesetzt — leicht eine unterdurchschnittliche Profitrate entstehen können, die nur sehr allmählich, durch stockenden Zufluss neuen Kapitals, während der Konsum sich allmählich mit dem Wachstum der Bevölkerung hebt, sich ausgleichen würde. Diese Tendenz kann noch dadurch verstärkt werden, dass neue Kapitalien (Aktienkapital) im vorhinein mit unterdurchschnittlichem Profit rechnen können.

Anderseits wird geringerer als der Durchschnittsprofit in jenen Sphären herrschen, in denen noch das individuelle Kapital dominiert und das erforderliche Kapital verhältnismässig gering ist. Hierher drängen sich die Kapitalien, die in den entwickelteren Sphären nicht mehr konkurrenzfähig sind, deren geringer Umfang aber anderseits ihren Besitzern nicht erlaubt, sie als Zins oder Dividende tragendes Kapital anzulegen. Es sind das die Sphären des Kleinhandels und der kleinkapitalistischen Produktion mit ihrem erbitterten Konkurrenzkampf, mit ihrer fortwährenden Vernichtung alten Kapitals, das alsbald wieder durch neues ersetzt wird, Sphären, die besiedelt sind von jenen Elementen, die immer mit einem Fuss im Proletariat stehen, in denen der Bankerott eine stete Erscheinung ist, während nur wenige von ihnen sich allmählich zu grösseren Kapitalisten entwickeln. Es sind das diejenigen Zweige der Produktion, welche immer mehr in den verschiedensten Formen vom grossen Kapital in indirekte Abhängigkeit gebracht werden.

Neben der Ueberfüllung dieser Sphären der Produktion kommt noch ein anderer Umstand hinzu, um hier die Profitrate zu senken. Es herrscht erbitterte Konkurrenz um den Absatz und diese Konkurrenz auszufechten werden grosse Summen aufgewandt, um den Umschlag zu beschleunigen und den Absatz zu vergrössern.

Eine grosse Reklame wird entfaltet, eine grosse Anzahl von Reisenden ausgeschickt. Um jeden Kunden kämpfen zehn Reisende. Dies alles erfordert Geld, das das Kapital dieser Sphären anschwellt, aber, da es nicht produktiv angewandt wird, den Profit nicht vermehrt, sondern die Profitrate, da sie jetzt auf dieses grössere Kapital berechnet werden muss, senkt.

So sehen wir, wie sich an den beiden Polen kapitalistischer Entwicklung aus ganz verschiedenen Ursachen eine Tendenz zur Senkung der Profitrate unter ihren Durchschnitt ergibt. Diese Tendenz löst nun ihrerseits dort, wo die Kapitalskraft hinreichend stark ist, die Gegentendenz zu ihrer Ueberwindung aus. Diese Gegentendenz führt schliesslich zur Aufhebung der freien Konkurrenz und damit zur Tendenz, die Ungleichheit der Profitrate dauernd zu gestalten, bis schliesslich diese Ungleichheit selbst beseitigt wird durch die Beseitigung der Trennung der Produktionssphären [1]).

Die Tendenz, die so innerhalb des industriellen Kapitals gerade in seinen entwickeltsten Sphären entsteht, wird gefördert durch die Interessen des Bankkapitals.

Wir haben gesehen, dass die Konzentration in der Industrie gleichzeitig eine Konzentration der Banken herbeiführt, die aus den eigenen Entwicklungsbedingungen des Bankgeschäftes heraus noch verstärkt wird. Wir sehen ferner, wie das Bankkapital durch das Aktienwesen den industriellen Kredit erweitern kann und, durch die Aussicht auf Gründungsgewinn geleitet, immer grösseres Interesse an der Finanzierung gewinnt. Der Gründungsgewinn ist aber unter sonst gleichen Umständen abhängig von der Höhe des Profits. Das Bankkapital wird so direkt interessiert an dieser Höhe. Mit der Konzentration der Banken wächst aber zugleich der Umkreis der industriellen Unternehmungen, an denen die Bank als Kreditgeberin und Finanzinstitut beteiligt ist.

Während das industrielle Unternehmen, das technisch oder ökonomisch überlegen ist, die Aussicht hat, nach einem Kon-

[1]) Die Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate ist wichtig, um die Bewegung der kapitalistischen Produktion zu verstehen und die Wirkungsweise des Wertgesetzes als Bewegungsgesetzes zu begreifen. Denn das Wertgesetz beherrscht nicht direkt die einzelnen Tauschakte, sondern nur ihre Gesamtheit, von denen der einzelne Tauschakt nur ein durch die Gesamtheit bedingter Teil. Anderseits ist die individuelle Ungleichheit der Profite wichtig für die Distribution des Gesamtprofits, für die Akkumulation und Konzentration, schliesslich für die Kombination, Fusion, Kartell und Trust.

kurrenzkampf siegreich den Markt zu behaupten, den eigenen Absatz zu vergrössern und nach Verdrängung der Gegner für längere Zeit Extraprofite einzuheimsen, die es für die Verluste des Konkurrenzkampfes mehr als entschädigen, sind die Erwägungen der Bank anderer Natur. Der Sieg dieses Unternehmens ist die Niederlage anderer, an denen die Bank gleichfalls interessiert war. Die anderen Unternehmen haben starken Kredit in Anspruch genommen und das geliehene Kapital ist jetzt gefährdet. Der Konkurrenzkampf selbst war eine Zeit des Verlustes für alle Unternehmungen. Die Bank musste ihre Kredite einschränken, auf gewinnbringende Finanzgeschäfte verzichten. Der Sieg des einen Unternehmens entschädigt sie dafür durchaus nicht. Ein so starkes Unternehmen ist ein Widerpart, an dem die Bank nicht allzu viel verdienen kann. Sobald die konkurrierenden Werke ihre Kunden sind, hat die Bank von deren Konkurrenz daher nur Nachteile zu erwarten. Daher ist das Streben der Banken nach Ausschaltung der Konkurrenz zwischen Werken, an denen sie beteiligt ist, ein absolutes. Jede Bank aber hat auch das Interesse an möglichst hohem Profit. Dieser wird unter sonst gleichen Umständen wieder den höchsten Stand erreichen bei völliger Ausschaltung der Konkurrenz in einem Industriezweig. Daher das Streben der Banken nach Herstellung des M o n o p o l s. Es treffen so die Tendenzen des Bankkapitals mit denen des Industriekapitals nach Ausschaltung der Konkurrenz zusammen. Zugleich aber erhält das Bankkapital immer mehr Macht, dieses Ziel durchzusetzen, selbst gegen den Willen einzelner Unternehmungen, die, auf ihre besonders günstige Einrichtung gestützt, den Konkurrenzkampf vielleicht noch vorziehen würden. Der Unterstützung des Bankkapitals hat es so das Industriekapital zu danken, wenn der Ausschluss der Konkurrenz schon in einem Stadium der ökonomischen Entwicklung stattfindet, wo ohne Mitwirkung des Bankkapitals die freie Konkurrenz noch weiter bestanden hätte [1]).

[1]) Es ist kein Zweifel, dass die andersartige Entwicklung des Bankwesens in England, das den Banken viel geringeren Einfluss auf die Industrie gewährt, mit ein Grund ist, der die Kartellierung in England erschwert und die englischen Kartelle, falls sie zustande kommen, meist nur zu losen Preisvereinbarungen werden lässt, die in guter Konjunktur ausserordentlich hohe Preise durchsetzen, um während der Depression zusammenzubrechen. (Siehe die zahlreichen Beispiele für solche Zusammenbrüche bei Henry W. Macrosty „The Trust Movement in British Industry". London 1907. Seite 63 ff.) Die Verbesserungen in der Organisation der englischen Industrie, namentlich die Ausdehnung der Kombination in

Neben diesen allgemeinen Tendenzen zur Einschränkung der Konkurrenz machen sich Tendenzen geltend, die aus bestimmten Phasen der industriellen Konjunktur entspringen. Zunächst ist zu bemerken, dass in der Depressionsperiode der Antrieb, den Profit zu erhöhen, sich besonders stark geltend machen wird. Während der Prosperität übersteigt die Nachfrage das Angebot. Man ersieht dies schon daraus, dass in dieser Zeit die Produktion lange Zeit vor ihrer Herstellung verkauft wird [1]).

Es sei nebenbei bemerkt, dass die Nachfrage in dieser Zeit häufig spekulativen Charakter annimmt. Es wird gekauft in Erwartung, dass die Preise weiter steigen werden. Die Erhöhung des Preises, die die konsumtive Nachfrage einschränkt, ist umgekehrt ein Stachel für die spekulative Nachfrage. Uebersteigt aber die Nachfrage das Angebot, so bestimmen die unter den schlechtesten Bedingungen produzierenden Unternehmungen den Marktpreis. Die unter besseren Bedingungen produzierenden realisieren Extraprofit. Die Unternehmer sind eine geschlossene Einheit auch ohne Vertragsabschluss. Umgekehrt in der Depression, wo jeder auf eigene Faust zu retten sucht, was noch zu retten ist, jeder rücksichtslos gegen den anderen operiert. „Die Seite der Konkurrenz, die momentan die schwächere, ist zugleich die, worin der einzelne unabhängig von der Masse seiner Konkurrenten und oft direkt gegen sie wirkt und gerade dadurch die Abhängigkeit des einen von dem anderen fühlbar macht, während die stärkere Seite stets mehr oder minder als geschlossene Einheit dem Widerpart gegenübertritt. Ist für diese bestimmte Sorte Waren die Nachfrage grösser als die Zufuhr, so überbietet — innerhalb gewisser Grenzen —

den letzten Jahren, sind zurückzuführen auf die amerikanische und deutsche Konkurrenz. Das Weltmarktsmonopol hatte die englische Industrie rückständig gemacht. Der beste Beweis für die Notwendigkeit der Konkurrenz innerhalb des kapitalistischen Systems.

Uebrigens zeitigt die englische Bankentwicklung auch noch ein anderes Phänomen. In Deutschland und den Vereinigten Staaten sind es zu einem grossen Teil die Bankdirektoren, die durch Personalunion die Interessengemeinschaften der Industrie zum Ausdruck bringen, in England spielt das geringere Rolle; dort vollzieht sich die Personalunion durch die Direktoren der industriellen Aktiengesellschaften.

[1]) So war Mitte Juni 1907 die Produktion deutscher und englischer Spinnereien vielfach schon für das I. Quartal 1908 verkauft. Die deutschen Kohlenverbraucher haben im Jänner 1907 feste Abschlüsse bis März 1908, also auf 15 Monate, mit dem Kohlensyndikat gemacht. („Frankf. Zeit.", 16. VII. 1907.)

ein Käufer den anderen und verteuert so die Ware für alle über den Marktpreis, während auf der anderen Seite die Verkäufer gemeinsam zu einem hohen Marktpreis zu verkaufen suchen. Ist umgekehrt die Zufuhr grösser als die Nachfrage, so fängt einer an, wohlfeiler loszuschlagen, und die anderen müssen folgen, während die Käufer gemeinsam darauf hinarbeiten, den Marktpreis möglichst tief unter den Marktwert herabzudrücken. Die gemeinsame Seite interessiert jeden nur, solange er mehr mit ihr gewinnt als gegen sie. Und die Gemeinsamkeit hört auf, sobald die Seite als solche die schwächere wird, wo dann jeder einzelne auf eigene Hand sich möglichst gut herauszuwinden sucht. Produziert ferner einer wohlfeiler und kann er mehr losschlagen, sich grösseren Raums vom Markt bemächtigen, so tut er es, und so beginnt die Aktion, die nach und nach die anderen zwingt, die wohlfeilere Produktionsart einzuführen und die die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf ein neues geringeres Mass reduziert. Hat eine Seite die Oberhand, so gewinnt jeder, der ihr angehört; es ist als hätten sie ein g e m e i n s c h a f t l i c h e s M o n o p o l geltend zu machen. Ist eine Seite die schwächere, so kann jeder für seinen eigenen Teil suchen, der stärkere zu sein (zum Beispiel, wer mit weniger Produktionskosten arbeitet) oder wenigstens so gut wie möglich davon zu kommen, und hier schert er sich den Teufel um seinen Nebenmann, obgleich sein Wirken nicht nur ihn, sondern auch alle seine Kumpane mit berührt“ [1]).

Es entsteht so ein Widerspruch: Die Einschränkung der Konkurrenz ist am leichtesten möglich, wenn sie am wenigsten

[1]) Marx, „Kapital“, III., 1., Seite 174.

Sehr charakteristisch ist auch die nachfolgende Stelle, die Marx zitiert und die ich hier in Uebersetzung folgen lasse: Wenn jeder Mann einer Klasse niemals mehr haben könnte als einen bestimmten Teil oder einen aliquoten Teil der Gewinne und des Besitzes der ganzen Klasse, so würde er leicht zu Vereinbarungen geneigt sein, um die Gewinne zu erhöhen (das tut er, bemerkt Marx dazu, sobald das Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr es erlaubt); dies bedeutet Monopol. Aber sobald jedermann denkt, dass er irgendwie den absoluten Betrag seines eigenen Anteils vermehren könnte, obwohl durch ein Vorgehen, das den Gesamtbetrag vermindert, wird er es oft tun; das bedeutet Konkurrenz. (An Inquiry into those principles respecting the nature of demand etc. London 1811, Seite 105.)

Während der Prosperität ist der Anteil (given share) gegeben, er ist gleich dem ganzen Produkt, das vom Einzelunternehmer erzeugt werden kann. In der Depression dagegen muss er um seinen Absatz kämpfen.

nötig ist, weil der Vertrag nur den bestehenden Zustand sanktioniert, nämlich während der Prosperität. Umgekehrt ist während der Depression, wo die Einschränkung der Konkurrenz am nötigsten, der Abschluss des Vertrages zugleich am schwierigsten. Dieser Umstand erklärt, warum sich die Kartelle viel leichter in der Prosperitätsepoche oder wenigstens nach Ueberwindung der Depression bilden und in der Depression, namentlich wenn sie nicht straff organisiert sind, so oft zusammenbrechen [1]).

Ebenso ist klar, dass die monopolistischen Vereinigungen in Zeiten guter Konjunktur den Markt viel wirksamer beherrschen werden als in Depressionszeiten [2]).

Neben den Tendenzen, welche dauernde Senkung der Profitrate unter ihr Durchschnittsniveau hervorrufen und die nur überwunden werden können durch Beseitigung ihrer Ursache, der Kon-

---

[1]) „Die Erfahrung hat gelehrt, dass, wenn auch die Kartelle als „Kinder der Not“ bezeichnet werden und die Bestrebungen zum Zusammenschluss der Berufsgenossen zumeist in den Zeiten niedergehender wirtschaftlicher Konjunkturen oder Krisen ihren günstigsten Nährboden haben, dennoch das Zustandekommen eines Kartells am leichtesten bei günstiger geschäftlicher Lage und bei Hochkonjunktur sich ermöglichen lässt, denn die Aussicht auf die Erhaltung günstiger Preise, verbunden mit starker Nachfrage, bildet die stärkste Triebfeder zur Vereinigung gemeinsamer Interessen. Das Bestreben dagegen, um jeden, auch den niedrigsten Preis Aufträge zu erlangen und diese dem Konkurrenten wegzunehmen, erschwert ein gemeinsames Vorgehen.“ Dr. Völcker in seinem Referat über den Verband deutscher Druckpapierfabriken. Kontradikt. Verh.

Siehe auch über die Geschichte der Kartelle Heinrich Cunow: „Die Kartelle in Theorie und Praxis“, Neue Zeit, XXII., 2, Seite 210.

[2]) So sagt auch Levy, nachdem er angeführt hat, dass der Preis der Stahlschienen in den Vereinigten Staaten trotz aller Schwankungen sowohl des Weltmarktpreises als des Rohmaterials sich vom Mai 1901 bis zum Sommer 1905 unverändert auf 28 Dollars gehalten hat: „Es scheint, als ob diese Organisation, der Pool, stets in schlechten Zeiten an Macht verloren habe, um sie in guten Zeiten wieder zu gewinnen.“

„So bricht im Jahre 1892 der rail pool über Streitigkeiten der Carnegie und Illinois Steel Company, der beiden Hauptelemente im Pool, zusammen, in dem Augenblicke, wo die Preise sinken. So bricht weiter im Jahre 1897, nachdem sich der kurze Aufschwung von 1896 verlaufen hatte, der zweite Pool, zusammen. Es folgt die allgemeine Demoralisation des Marktes, welche wieder zu Ende des Jahres 1898 die Produzenten zu einer gemeinschaftlichen Massnahme schreiten lässt: der Neugründung des Schienenkartells.“ (Hermann Levy: „Die Stahlindustrie in den Vereinigten Staaten.“ Berlin 1905. Seite 201.)

kurrenz, gibt es auch eine Senkung der Profitrate in einem Industriezweig, die entsteht durch eine Erhöhung des Profits in einem andern Industriezweig. Entspringt jene aus dauernd wirksamen Ursachen, so diese aus Bedingungen des industriellen Zyklus. Tritt jene schliesslich in allen entwickelten kapitalistischen Produktionszweigen ein, so betrifft diese nur bestimmte Produktionszweige. Entsteht endlich jene aus der Konkurrenz innerhalb eines Industriezweiges, so diese aus dem Verhältnis von Industriezweigen, von denen der eine das Rohmaterial des andern liefert.

Während der Prosperität findet Ausdehnung der Produktion statt. Diese Ausdehnung wird dort am raschesten erfolgen, wo die Kapitalien verhältnismässig gering, die Ausdehnung der Produktion in kurzer Zeit und an vielen Punkten vor sich gehen kann. Diese rasche Steigerung der Produktion wirkt bis zu einem gewissen Grade der Steigerung der Preise entgegen. Dies ist der Fall in einem grossen Teil der Industrie der Fertigfabrikate. Dagegen ist die Ausdehnung der Produktion in der extraktiven Industrie nicht ebenso rasch möglich. Die Fertigstellung eines neuen Schachtes, die Anlegung neuer Hochöfen braucht relativ lange Zeit[1]. In der

[1] Im Ruhrreviere dauert eine Zechenanlage fünf bis sieben Jahre. In den Vereinigten Staaten die Inbetriebsetzung reiner Stahl- und Walzwerke zwei Jahre, mit Hochöfen noch länger. (Heymann a. a. O., Seite 221.)

Der hier beschriebene Vorgang ist eine reine Konkurrenzerscheinung. Seine Analyse fiel daher nicht mehr in das Untersuchungsgebiet des »Kapital«. Doch hat Marx gelegentlich auf eine ganz analoge Erscheinung in einem anderen Zusammenhang hingewiesen: »Es ist in der Natur der Sache begründet, dass pflanzliche und tierische Stoffe, deren Wachstum und Produktion bestimmten organischen, an gewisse natürliche Zeiträume gebundenen Gesetzen unterworfen sind, nicht plötzlich in demselben Mass vermehrt werden können, wie zum Beispiel Maschinen und anderes fixes Kapital, Kohlen, Erze etc., deren Vermehrung, die sonstigen Naturbedingungen vorausgesetzt, in einem industriell entwickelten Land in kürzester Frist vor sich gehen kann. Es ist daher möglich, und bei entwickelter kapitalistischer Produktion unvermeidlich, dass die Produktion und Vermehrung des Teiles des konstanten Kapitals, das aus fixem Kapital, Maschinerie etc. besteht, einen bedeutenden Vorsprung gewinnt vor dem Teil desselben, der aus organischen Rohstoffen besteht, so dass die Nachfrage nach diesen Rohstoffen schneller wächst als ihre Zufuhr und daher ihr Preis steigt.« (Marx, »Kapital«, III., 1, Seite 94ff.) Die hier geschilderte Diskrepanz ist Folge der verschiedenen Länge der Umschlagszeit. Entspringt sie bei den organischen Rohstoffen natürlichen Ursachen, so bei den anorganischen der Grösse des Kapitals, besonders seines fixen Bestandteiles.

ersten Zeit der Prosperität wird die steigende Nachfrage durch intensivere Ausnützung der alten Produktionsmöglichkeiten befriedigt. In der Hochkonjunktur wächst aber die Nachfrage der Fertigindustrien rascher als die Produktion der extraktiven Industrien. Infolgedessen steigen die Preise des Rohmaterials rascher als die der Fertigfabrikate. In der extraktiven Industrie steigt so die Profitrate auf Kosten der weiterverarbeitenden Industrie und diese kann zudem noch durch Rohmaterialmangel an der Ausnützung der Konjunktur verhindert werden.

Umgekehrt in der Depression. Der Abfluss und die Produktionseinschränkung ist in den Zweigen, die das Rohmaterial liefern, schwieriger und verlustreicher als in der Sphäre der Fertigfabrikation. In jenen bleibt daher die Profitrate länger unter ihrem Durchschnitt, ein Moment, das auch noch dazu beiträgt, in der weiterverarbeitenden Industrie die Profitrate auf ihre Norm zu bringen, während in der Rohmaterialherstellung die Depression länger und schwerer ist.

Wie schwer und langdauernd solche Depressionszustände bei freier Konkurrenz sein können, zeigt die Krise der Eisen- und Stahlindustrie in den Vereinigten Staaten von 1874 bis 1878. Roheisen in Philadelphia fiel nach 1873 von Dollars 42·75 auf schliesslich Dollars 17·63 im Jahre 1878 [1]).

Die kolossalen Schwankungen der Preise während des Verlaufes eines industriellen Zyklus illustrieren auch folgende Zahlen, wobei zu bemerken, dass die Produktionskosten des Roheisens sich während dieser Zeit im allgemeinen verbilligt haben:

Base-Erz Nr. I Bessemer-Hämatit fällt von 6 Dollars im Jahre 1890 Jahr für Jahr bis auf Dollars 2·90 im Jahre 1895. Mesabi-Bessemer wird im Jahre 1894 mit Dollars 2·25, Nicht-Bessemer mit Dollars 1·85 verkauft. Dann kommt eine kurze Periode des Aufschwungs in der Stahlindustrie. . . Sofort steigen die genannten Erze auf 4·00, 3.25 und 2·40 Dollars [2]).

Bessemer-Roheisen in Pittsburg kostete in Dollars 1887: 21·37, 1897: 10·13, 1902: 20·67, 1904: 13·76. Englisches bestes Roheisen 1888: 10·86, 1895: 11·30, 1900: 20·13, 1903: 13·02 [3]).

Für die Gestaltung der Preisverhältnisse der Rohmaterialien zu denen des fertigen Roheisens beim Rückgang der Konjunktur gibt Levy [4]) folgende instruktive Tabelle:

---

[1]) Levy, ebenda, Seite 31.
[2]) Ebenda, Seite 98.
[3]) Ebenda, Seite 121.
[4]) A. a. O., Seite 136.

„Es betrug:

im Jahre	Preis von 2240 lbs. Bessemer-Roheisen	Preis von 2240 lbs. Lake Superior-Erz	Preis von 2000 Pounds Koks	Preis von 4122 lbs. Erz + 2423 lbs. Koks	Differenz des Preises von Roheisen und den Kosten von Erz + Koks
	Dollars	Dollars	Dollars	Dollars	Dollars
1890	18·8725	6·00	2·0833	13·56	5·31
1891	15·9500	4·75	1·8750	11·01	4·94
1892	14·3667	4·50	1·8083	10·47	3·90
1893	12·8692	4·00	1·4792	9·15	3·72
1894	11·3775	2·75	1.0583	6·34	5·04
1895	12·7167	2·90	1·3250	6·94	5·78
1896	12·1400	4·00	1·8750	9·63	2·51
1897	10·1258	2·65	1·6167	6·84	3·29

Wir sehen aus diesen Zahlen, in welche Lage nach 1890 diejenigen Betriebe gerieten, welche ganz auf den Zukauf von Kohle und Erz angewiesen waren. Der Preis der Rohmaterialien sank nach 1890 zwar beträchtlich, aber die Differenz zwischen den Kosten derselben und dem Preise des fertigen Produktes sank noch stärker, so dass sich die Lage der Verbraucher wesentlich verschlechterte. Es war die alte Tendenz: die Preise für Roheisen gingen schneller und stärker herab als die der Rohmaterialien, eben jene Tendenz, welche, wie wir ausführten, zur Kombinierung der Betriebe führte."

Dieser Unterschied in der Profitrate muss überwunden werden und er kann nur überwunden werden durch Vereinigung der extraktiven mit der weiterverarbeitenden Industrie: durch die Kombination. Der Anstoss zur Kombination wird verschieden sein je nach der Phase der Konjunktur. In Prosperitätszeiten wird der Anstoss von den weiterverarbeitenden Werken kommen, die die hohen Rohmaterialpreise oder gar den Rohmaterialmangel dadurch überwinden. In der Depression werden die Hersteller des Rohmaterials sich weiterverarbeitende Werke angliedern, um nicht das Rohmaterial unter dem Produktionspreis verkaufen zu müssen. Sie werden es selbst verarbeiten und am Fertigprodukt mit höherem Profit realisieren. Allgemein gefasst: es besteht die Tendenz, dass der jeweils schlechter rentierende Betriebszweig sich den besser rentierenden angliedert[1]).

Je nach der Art und Weise, wie die Kombination entsteht, mag man also unterscheiden: die aufsteigende Kombination; zum

---

[1]) Heymann, a. a. O., Seite 223.

In Amerika war es der Eisenbahnbedarf, der selbst wieder vom Ernteausfall abhing, der über die Konjunktur in der Eisenindustrie in den ersten Stadien ihrer Entwicklung entschied. Daher der rasche Wechsel und die Grösse des Preisausschlages während der Konjunktur und der frühe Drang zur Kombination in den Vereinigten Staaten. (Vergleiche Levy, a. a. O., Seite 77.)

Beispiel ein Walzwerk, das sich Hochöfen und Kohlenzechen angliedert. Die absteigende Kombination: eine Kohlengrube kauft Hochöfen und Walzwerke an. Die gemischte Kombination: ein Stahlwerk gliedert sich einerseits Kohlenzechen, anderseits Walzwerke an.

Es ist also die Verschiedenheit der Profitrate, die zur Kombination führt. Für das kombinierte Werk sind die Schwankungen der Profitrate aufgehoben, während das reine Werk seinen Profit zugunsten des zweiten Werkes vermindert sieht.

Ein anderer Vorteil der Kombination entspringt aus der Ersparung des Handelsprofits. Dieser kann ausgeschaltet werden und um diesen Betrag vermehrt sich der industrielle Profit.

Die Ausschaltung des Handelsprofits ist möglich durch die fortgeschrittene Konzentration. Die Funktion des Handels, die in den einzelnen kapitalistischen Betrieben zersplitterte Funktion zu konzentrieren und so den anderen industriellen Kapitalisten die Befriedigung ihres Bedarfes in dem ihnen entsprechenden Quantum zu ermöglichen, ist nicht mehr notwendig. Ein Weber zieht es vor, beim Garnhändler die verschiedenen Arten Garn in den verschiedenen Qualitäten und Quantitäten zu decken, statt mit einer ganzen Reihe von Spinnern Transaktionen abzuschliessen. Ebenso verkauft der Spinner lieber die ganze Produktion auf einmal an einen Händler, statt an eine Reihe von Webern. Dadurch werden Zirkulationszeit und Zirkulationsunkosten erspart, das Reservekapital verringert.

Anders, sobald es sich um grosse konzentrierte Betriebe handelt, die gleichartige Güter (Massengüter) produzieren, wo die Produktion des einen den Bedarf des anderen deckt. Hier wird der Handel überflüssig. Der Händler und sein Profit kann beseitigt werden und er wird beseitigt durch die Kombination dieser Unternehmungen. Diese Beseitigung des Handelsprofits ist der Kombination eigentümlich gegenüber der Fusion, wo natürlich keine Handelsbeziehungen bestanden haben. Der Handelsprofit ist aber nur Teil des Gesamtprofits. Sein Wegfall erhöht pro tanto den industriellen Profit. Solange die kombinierten Werke mit den reinen Werken konkurrieren, gibt ihnen der erhöhte Profit eine Ueberlegenheit in der Konkurrenz.

Wären die Profitraten beider Werke gleich, und zwar gleich der Durchschnittsprofitrate, so bedeutete die Kombination

zunächst keine Ueberlegenheit, da immer nur die Durchschnittsprofitrate realisiert werden könnte. Aber die Kombination gleicht Konjunkturunterschiede aus und bewirkt daher für das kombinierte Werk eine grössere Stetigkeit der Profitrate. Zweitens bewirkt die Kombination Ausschaltung des Handels. Drittens bewirkt sie die Möglichkeit technischer Fortschritte und damit die Erlangung von Extraprofit gegenüber dem reinen Werk. Viertens stärkt sie die Stellung des kombinierten Werkes gegenüber dem reinen im Konkurrenzkampf zur Zeit einer starken Depression, wenn die Senkung der Rohmaterialpreise nicht Schritt hält mit der Senkung der Fabrikatspreise.

Die Kombination, die zugleich eine Einschränkung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bedeutet, während sie neuen Ansporn gibt für die Arbeitsteilung innerhalb des neuen Gesamtbetriebes, die auch immer mehr die Arbeit der Leitung erfasst, begleitet von Anfang an die kapitalistische Produktionsweise. „Endlich kann die Manufaktur, wie sie teilweise aus der Kombination verschiedener Handwerke entspringt, sich zu einer Kombination verschiedener Manufakturen entwickeln. Die grösseren englischen Glashütten zum Beispiel fabrizieren ihre irdenen Schmelztiegel selbst, weil von deren Güte das Gelingen oder Misslingen des Produkts wesentlich abhängt. Die Manufaktur eines Produktionsmittels wird hier mit der Manufaktur des Produkts verbunden. Umgekehrt kann die Manufaktur des Produkts verbunden werden mit Manufakturen, worin es selbst wieder als Rohmaterial dient oder mit deren Produkten es später zusammengesetzt wird. So findet man zum Beispiel die Manufaktur von Flintglas kombiniert mit der Glasschleiferei und der Gelbgiesserei, letztere für die metallische Einfassung mannigfacher Glasartikel. Die verschiedenen kombinierten Manufakturen bilden dann mehr oder minder räumlich getrennte Departements einer Gesamtmanufaktur, zugleich von einander unabhängige Produktionsprozesse, jeder mit eigener Teilung der Arbeit. Trotz mancher Vorteile, welche die kombinierte Manufaktur bietet, gewinnt sie auf eigener Grundlage keine wirklich technische Einheit. Diese entsteht erst bei ihrer Verwandlung in den maschinenmässigen Betrieb“ [1]).

Die kolossale Beschleunigung, die die Kombination in der neuesten kapitalistischen Entwicklungsphase erfährt, ist geschuldet

[1]) Marx, „Kapital“, I., 4. Auflage, Seite 312.

den starken Antrieben, die aus ökonomischen Ursachen, insbesondere aus der Kartellierung entstanden sind. Dies schliesst aber zugleich ein, dass die aus ökonomischen Ursachen entstandene Kombination sehr bald Gelegenheit zu technischen Verbesserungen des Produktionsprozesses bietet, man denke zum Beispiel an die Verbindung der Hochöfen mit der Weiterverarbeitung, die erst die rationelle Ausnützung der Hochofengase als motorischer Kraft gestattet hat. Diese technischen Vorteile, einmal gegeben, werden wiederum treibendes Motiv für die Durchführung der Kombination dort, wo die blossen ökonomischen Ursachen diese noch nicht herbeigeführt hätten.

Unter Kombination verstehen wir also die Verbindung solcher kapitalistischer Unternehmungen, von denen das eine das Rohmaterial für das andere liefert, und unterscheiden diese Verbindung, die aus der Verschiedenheit der Profitraten in verschiedenen Industriesphären entspringt, von der Vereinigung von Unternehmungen in demselben Industriezweig. Diese entsteht zu dem Zweck, durch die Aufhebung der Konkurrenz die Profitrate in dieser Sphäre über ihren unterdurchschnittlichen Stand zu erhöhen. Im ersten Fall werden die Profitraten in den Industriezweigen, denen die Unternehmungen vor ihrer Vereinigung angehört haben, nicht alteriert. Ihr Unterschied bleibt bestehen und verschwindet nur für das kombinierte Unternehmen. Im zweiten Fall erwartet man die Erhöhung des Profits in diesem Industriezweig infolge Verminderung der Konkurrenz. Theoretisch tritt diese bereits ein bei Vereinigung zweier Unternehmungen, sei es, dass das Aufhören der Konkurrenz nur für die beiden Unternehmungen von Wirksamkeit ist, sei es, dass die vereinigten Unternehmungen gross genug sind, um auf dem Markte eine dominierende Stellung einzunehmen und diese zu Preiserhöhungen zu benützen, wodurch auch für die übrigen Unternehmungen die Wirkung der Konkurrenz verringert ist. Es kann allerdings auch der Fall eintreten, dass die vereinigten Unternehmungen ihre verstärkte Position zunächst zur Niederkonkurrierung ihrer Gegner benützen und die Erhöhung der Profitrate erst eintritt, wenn dieses Ziel erreicht ist.

Die Vereinigung der Unternehmungen kann in doppelter Form stattfinden. Entweder die Unternehmungen behalten formell ihre Selbständigkeit und ihre Gemeinsamkeit wird nur durch Vertrag festgelegt. Wir haben es sodann mit einer I n t e r e s s e n g e m e i n-

schaft zu tun. Gehen aber die Unternehmungen in ein neues Unternehmen auf, so nennen wir dieses eine Fusion.

Sowohl Interessengemeinschaft als Fusion können nun entweder partiell sein — sie lassen dann die freie Konkurrenz in dem betreffenden Industriezweig bestehen — oder sie können monopolistisch sein [1]).

Eine Interessengemeinschaft möglichst aller Unternehmungen zum Zweck, durch möglichst vollständige Ausschliessung der Konkurrenz die Preise und damit den Profit zu erhöhen, ist das Kartell. Das Kartell ist also eine monopolistische Interessengemeinschaft.

Eine Fusion mit demselben Zweck, der durch dasselbe Mittel erreicht werden soll, ist der Trust. Der Trust ist also eine monopolistische Fusion [2]).

Interessengemeinschaft und Fusion können ferner entweder homogen sein, das heisst Unternehmungen desselben Produktionszweiges umfassen, oder kombiniert sein, das heisst Unternehmungen aufeinanderfolgender Produktionszweige umfassen. Wir sprechen daher von partiellen homogenen oder kombinierten Fusionen und Interessengemeinschaften oder von homogenen oder kombinierten Kartellen und Trusts. Dabei ist zu beachten, dass Interessengemeinschaften heute häufig nicht durch formelle Verträge, sondern durch Personalunionen, die kapitalistische Abhängigkeitsverhältnisse auszudrücken pflegen, entstehen können. Fusionen und Interessengemeinschaften sind nicht nur in der Sphäre der Industrie möglich, sondern ebenso im Handel und bei den Banken. Alle diese Verbindungen gehen in einer und derselben Sphäre vor sich und wir bezeichnen sie als homospärische Vereinigungen. Es können aber auch Vereinigungen geschaffen werden, die zum Beispiel ein Handelsunternehmen mit einer Bank vereinigen. So wenn eine Bank

[1]) Es ist dabei zu beachten, dass man es bereits dann mit einer monopolistischen Vereinigung zu tun hat, wenn diese für die Preisbestimmung auf dem Markte ausschlaggebend ist. Dass daneben noch einige selbständige Unternehmungen existieren, die in ihren Preisen sich immer nach der Preisfestsetzung der Vereinigung richten, ändert nichts an der Tatsache, dass in diesem Produktionszweig die freie Konkurrenz im theoretisch-ökonomischen Sinne nicht mehr existiert. Um aber pedantische Bedenken nicht zu verletzen, nenne ich solche Vereinigungen nicht totale Interessengemeinschaften oder Fusionen, sondern monopolistische. (Siehe auch Liefmann, „Kartelle und Trusts". 1905. Seite 12).

[2]) Liefmann, a. a. O., Seite 13.

eine Warenabteilung einrichtet oder ein Warenhaus eine Depositenbank eröffnet. Ebenso mag ein Industrieunternehmen ein Handelsunternehmen errichten; so errichten zum Beispiel häufig Schuhfabriken in den Grossstädten Schuhwarengeschäfte unmittelbar für den Absatz an den letzten Konsumenten. Wir sprechen dann von heterosphärischen Vereinigungen.

Dabei ist zu bemerken, dass ebensowenig wie in der Natur die Arten, so in der Industrie die verschiedenen Zweige etwas Festes sind. Die Kombination, allgemein durchgeführt gedacht, stellt nur einen umfassenden Industriezweig aus früher geschiedenen zusammen. Man kann sich sehr gut vorstellen, dass die Eisenindustrie einen einzigen Industriezweig bilden wird, zu dem die Kohlen- und Erzförderung ebenso gehört, wie die Herstellung von Schienen und Drahtstiften, da jedes einzelne Eisenwerk all diese Produktionsarten umfasst und die reinen Werke verschwunden sind. Innerhalb dieses Industriezweiges sind dann alle Arten zur Verringerung der Konkurrenz von der Interessengemeinschaft bis zum Trust möglich.

Die partielle Kombination, sei es in Form der Interessengemeinschaft oder der Fusion, schränkt die Konkurrenz nicht ein, sie stärkt das kombinierte Werk nur in der Konkurrenz gegenüber den reinen Werken; dagegen hat die homogene Vereinigung immer eine Verminderung der Konkurrenz zur Folge, wenn es sich um eine partielle, oder eine Aufhebung, wenn es sich um eine totale Vereinigung handelt. Kombination, Fusion und Trust gewähren neben den ökonomischen Vorteilen technische Vorteile, die dem grösseren Betrieb gegenüber dem kleineren innewohnen. Diese Vorteile sind verschieden, je nach der Natur der Betriebe und der Industriezweige.

Diese technischen Vorteile können auch allein für sich genügend sein, um zu Kombinationen und Fusionen zu führen; dagegen entspringen Interessengemeinschaften und Kartelle nur aus rein ökonomischen Vorteilen.

All diese Vereinigungen von Industrieunternehmungen werden in der Regel vorbereitet durch das gemeinsame Interesse, das eine Bank mit den Unternehmungen verbindet. Eine Bank, die zum Beispiel an einer Kohlenzeche stark interessiert ist, wird ihren Einfluss auf ein Eisenwerk benützen, um dieses zum Kunden der Zeche zu machen. Der Keim einer Kombination. Oder ihr Interesse

an zwei gleichartigen Unternehmungen, die sich auf verschiedenen Märkten erbitterte Konkurrenz machen, bewegt die Bank zu dem Versuch, eine Verständigung herbeizuführen, die homogene Interessengemeinschaft oder die Fusion ist auf dem Wege.

Diese Bankintervention beschleunigt und erleichtert einen Prozess, der in der Entwicklungsrichtung der industriellen Konzentration gelegen ist. Sie führt ihn aber durch andere Mittel herbei. Das Resultat des Konkurrenzkampfes wird vorweggenommen. Einerseits wird dadurch unnütze Vernichtung und Vergeudung von Produktivkräften erspart. Anderseits aber erfolgt zunächst jene Eigentumskonzentration nicht, die Resultat des Konkurrenzkampfes war. Der Besitzer der anderen Fabrik wird nicht expropriiert. Wir haben Betriebs-, respektive Unternehmungskonzentration ohne Eigentumskonzentration. Wie an der Börse reine Eigentumskonzentration ohne Betriebskonzentration, so geht jetzt in der Industrie eine Betriebskonzentration ohne Eigentumskonzentration vor sich, der sinnfällige Ausdruck dafür, dass sich die Funktion des Eigentums von der Funktion der Produktion immer mehr gelöst hat.

Dagegen bedeutet für die Bank die Vermittlung dieser Vorgänge einerseits grössere Sicherung ihres kreditierten Kapitals und zweitens Gelegenheit zu gewinnbringenden Transaktionen, Aktienumtausch, Neuausgabe von Aktien und dergleichen. Denn die Vereinigung dieser Unternehmungen bedeutet für diese erhöhten Profit. Ein Teil dieses erhöhten Profits wird kapitalisiert von der Bank angeeignet. Nicht nur als Kredit-, sondern vor allem auch als Finanzinstitut ist die Bank so an den Vereinigungsvorgängen interessiert.

Die zunehmende Konzentration wird aber auch zugleich zu einem Hemmnis ihres weiteren Fortschritts. Je grösser, stärker und gleichartiger die Betriebe, desto geringer die Aussicht, durch Niederkonkurrierung des zweiten den eigenen Betrieb vergrössern zu können. Zugleich hält der niedrige Stand der Profitrate, die Befürchtung, die ohnehin gedrückten Preise durch Vermehrung der Produktion noch weiter zu senken, von der Ausdehnung, die sonst aus technischen Rücksichten vielleicht wünschenswert wäre, zurück. Die Vorteile grösserer Produktion sind aber bei der gedrückten Lage des Marktes nicht zu entbehren. Da bietet sich der Ausweg, den grösseren Betrieb zu schaffen durch die Vereinigung bisher getrennter Unternehmungen: durch die Fusion.

Wie gross muss der Anteil einer monopolistischen Vereinigung an der Gesamtproduktion sein, um den Marktpreis beherrschen zu können? Die Frage lässt sich nicht allgemein für alle Produktionszweige beantworten. Doch erhalten wir für die Beantwortung einen Anhaltspunkt, wenn wir uns das schon früher erwähnte verschiedene Verhalten der Konkurrenten in Zeiten guter und schlechter Konjunktur vergegenwärtigen. In guter Konjunktur, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, wird der Preis des Produkts ohnedies der höchst mögliche sein; in solchen Perioden verkaufen die Aussenseiter eher über, nicht unter dem Kartellpreis. Anders in Zeiten schlechter Konjunktur bei überwiegendem Angebot. Dies ist der Moment, wo es sich zeigen muss, ob die Vereinigung den Markt beherrscht. Dies wird aber dann der Fall sein, wenn ihre Produktion zur Versorgung des Marktes unbedingt nötig ist. Sie wird erst verkaufen, wenn ihr Preis bewilligt ist und dieser Preis muss bewilligt werden, da die Zufuhr durch das Kartell dem Markte eben unentbehrlich ist. Das Kartell wird zu diesem Preise das dem Markte fehlende Quantum verkaufen können. Dann aber muss es die Produktion so stark einschränken, dass es den Markt nicht überlastet, während die Aussenseiter ihre ganze Produktion absetzen könnten. Eine solche Preispolitik ist am ehesten möglich erstens in jenen Produktionszweigen, wo die Einschränkung keine allzu schweren Opfer auferlegt, also besonders dort, wo die lebendige Arbeit einen Hauptposten bildet — der Verderb des konstanten Kapitals keine allzu grosse Rolle spielt. Beides ist der Fall in der extraktiven Industrie. Erz und Kohle nützen sich nicht ab und die lebendige Arbeit spielt eine grosse Rolle. Zweitens dort, wo die Einschränkung der Konsumtion während der schlechten Konjunktur gering ist.

Wo aber beides nicht möglich, muss das Kartell, um seinen Absatz aufrechtzuerhalten, Preisermässigungen gegenüber den Outsidern machen. Es ist dann der Moment gekommen, wo das Kartell, das nicht die Gesamtproduktion beherrscht, die Herrschaft über den Markt verliert und die freie Konkurrenz sich wieder herstellt.

Die Notwendigkeit, die Produktion einzuschränken und damit die Produktionskosten für das verminderte Produkt zu erhöhen, die Profitrate zu vermindern, wirkt so der Tendenz entgegen, die Preise auch in ungünstigen Zeiten zu halten, worin sich ja die Beherrschung

des Marktes ausdrückt. Diese Einschränkung kann aber das Kartell vermeiden, wenn es nur die durchschnittliche Nachfrage befriedigt, die Befriedigung der Konjunkturnachfrage aber den Outsidern überlässt. Dies ist aber nur dann möglich, wenn diese erstens nicht mehr produzieren können als diese zusätzliche Nachfrage der guten Konjunktur erfordert — denn sonst bestände die Gefahr, dass der Absatz des Kartells eingeengt wird — zweitens aber, dass diese Aussenseiter zu höheren Kosten als das Kartell produzieren. Denn nur dann wird eine für das Kartell noch immer profitable Preisgestaltung diese Konkurrenten aus dem Markte werfen und den Absatz des Kartells sichern. Mit anderen Worten: die Outsider sind es wesentlich, auf die alle Lasten der Konjunkturschwankungen abgewälzt werden. Das Kartell realisiert während der Hochkonjunktur hohe Extraprofite, während der Depression normalen Profit, während die Konkurrenten ausgeschaltet werden. Unter solchen Bedingungen ist es durchaus im Interesse der monopolistischen Vereinigung, das Bestehen von Outsidern nicht völlig zu verhindern, wozu sie infolge ihrer Ueberlegenheit oft die Macht hat.

Wann werden aber die dazu erforderlichen Bedingungen ungünstigerer Produktion für die Outsider erfüllt sein? Dies kann schon dann der Fall sein, wenn die Grösse und technische Einrichtung der monopolistischen Vereinigung ihr diese Ueberlegenheit sichert. Aber häufig wird diese eine vorübergehende oder nicht genug grosse sein. Anders aber, wenn es sich um Kartelle handelt, die über günstigere natürliche Produktionsbedingungen verfügen, bei denen also zu dem ökonomischen sich das natürliche Monopol gesellt, Kartelle also, die besonders günstige Kohlen- oder Erzgruben oder Wasserfälle sich gesichert haben, während die Outsider ungünstiger gestellt sind. Dann werden diese zunächst die Produktion überhaupt nicht in einem Masse ausdehnen können, der dem Kartell den Absatz seiner Produkte unmöglich macht, sie werden aber dann überhaupt nur produzieren können, wenn die hohen Preise der Hochkonjunktur ihnen die Produktion zu ihren höheren Selbstkosten gestattet.

Ein ausgezeichnetes Beispiel bietet die Politik des Stahltrusts. Die Corporation könnte ihre Produktion mit Leichtigkeit steigern. Sie tut es nicht, um nicht während der Depression die Last der Ueberproduktion tragen zu müssen. „Den kombinierten Grossunternehmungen in der Roheisenindustrie erscheint es wünschenswert,

einen Grundstock in der Produktion zu haben, welcher immer Absatz findet. Um dies zu erreichen, lässt man in Zeiten lebhafter Nachfrage die nichtkombinierten Outsiders mit hohen Produktionskosten sich ruhig vermehren und gibt ihnen durch Zukauf sogar noch zu tun. Nun werden rückständige Betriebe wieder bei steigenden Preisen rentabel, die Spekulationslust führt zur Entstehung neuer nichtkombinierter Betriebe, kurz die Produktion wird zu steigenden Produktionskosten im Vergleich zu den bisher niedrigsten vermehrt. Dies dauert so lange, bis die steigende Nachfrage gesättigt ist und die Preise wieder sinken. Nun verschwinden die zur Zeit der Hochkonjunktur in Betrieb gesetzten Hochöfen, soweit sie unter hohen Produktionskosten arbeiten, als Verkäufer vom Markte, da sie bald keine Ueberschüsse mehr zu verzeichnen haben. Nur die billigst arbeitenden bleiben noch übrig, weil sie noch mit Ueberschüssen produzieren können: vor allem der Trust, die grossen kombinierten Unternehmungen und der und jener besonders begünstigte „reine" Hochofen.

So bilden jene Grossunternehmungen, vor allem die Corporation, den Grundstock einer Produktion, welche in ihrer grossen Masse in schlechten wie in guten Zeiten mit Ueberschüssen arbeiten kann und auch Absatz findet. Das Entstehen einer grösseren Outsiderkonkurrenz schadet der Corporation in guten Zeiten nicht, denn würde sie den steigenden Bedarf selbst decken wollen, so würde sie beim Rückgang desselben die Ueberproduktion am eigenen Leibe stärker spüren, während diese so in erster Linie die Outsiders trifft"[1]).

[1]) Levy, a. a. O., Seite 156ff.

Levy illustriert dann das Gesagte durch folgende Zahlen der Roheisenproduktion, in der allerdings auch die Produktion von Giesserei- und Puddeleisen eingeschlossen ist, an der die Corporation nur minimal beteiligt ist. Als Illustrationsfaktum für das oben Ausgeführte sind sie aber schlagend. Es betrug die Roheisenproduktion:

im Jahre	der Corporation gross tons	der Independents gross tons	Anteile der Corporation an der Gesamtproduktion in Prozenten
1902	7,802.812	9,805.514	44·3
1903	7,123.053	10,693.538	39·9
1904	7,210.248	9,286.785	43·9

Es nimmt im Jahre 1903 die Produktion im Gegensatz zu der von 1902 sogar ab, die der Outsiders dagegen stark zu, so dass der Anteil der Corporation an der Gesamtproduktion von 44·3 auf 39·9 Prozent sinkt. Im Depressionsjahr

Etwas anders liegen die Verhältnisse zum Beispiel beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat. Hier sind die Aussenseiter von keiner grossen Bedeutung. Es betrug im Jahre 1900 im Oberbergamtsbezirk Dortmund der Anteil an der Gesamtproduktion bei den Syndikatszechen 87 Prozent, bei den nichtsyndizierten 13 Prozent. Das Syndikat beherrscht so den Markt und die Preise. Es zog daher vor, die Hochkonjunkturpreise von 1900 auch während der Krise von 1901 zu halten und die Produktion einzuschränken. Daher konnten die Aussenseiter 1901 und 1902 ihre Förderung etwas vermehren, während der Anteil des Syndikats, dem die Hochhaltung der Preise wichtiger war, zurückging[1]).

Anders aber muss sich die Politik der monopolistischen Vereinigungen dort gestalten, wo die Vermehrung der Produktion keine Beschränkung durch natürliche Monopole findet, die Produktion also weit über das Ausmass einer zusätzlichen Konjunkturnachfrage vermehrbar ist und diese Vermehrung zu denselben oder gar geringeren Kosten möglich ist. Dann wird allerdings die Marktbeherrschung wesentlich davon abhängen, ob die Vereinigung den weitaus grössten Teil der Produktion beherrscht, soll nicht die schlechte Konjunktur das Kartell für die Beteiligten wertlos machen und es eventuell sprengen.

Das Vorhandensein oder Fehlen eines natürlichen Monopols wirkt so entscheidend auf die Preisbildung und die Produktionskosten, damit aber auch auf Bestand und Dauer der monopolistischen Vereinigung, auf den Grad ihrer Macht zur Marktbeherrschung. Es bestimmt entscheidend die Grösse des Anteils an der Produktion, den die Vereinigung in ihrer Hand haben muss, um den Markt beherrschen zu können.

1904 stieg aber die Produktion der Corporation noch etwas, während die der Outsiders um die enorme Quantität von 1,400.000 Tonnen und damit weit unter die Produktion von 1902 fiel.

Im Vorbeigehen sei bemerkt, wie oberflächlich die Ansicht derer ist, die jeden Outsider eines Kartells als moralisches Scheusal und ökonomischen Verbrecher behandeln wollen. Dieser Standpunkt ist sogar vom Profitinteresse des Kartells aus lächerlich, geschweige denn vom gesellschaftlichen Gesichtspunkte aus, weil gerade die Konkurrenz der Aussenseiter für die technische und organisatorische Fortbildung der monopolistischen Vereinigung sehr wertvoll sein kann, ganz abgesehen von den Konsumenteninteressen.

[1]) Siehe „Kontradiktorische Verhandlungen über deutsche Kartelle", Heft 1, Berlin 1903, Franz Siemenroth, Seite 80, Aussage von Kirdorf.

Die Sicherheit, die Herrschaft über den Markt zu behaupten, kann verschieden gross sein. Sie wird dort am höchsten sein, wo es gelingt, das ökonomische Monopol durch ein natürliches zu sichern. Dabei hat die einmal bestehende monopolistische Vereinigung grossen Vorsprung wegen ihrer grossen Kapitalskraft, die ihr erlaubt, auch ausserordentlich bedeutende Mittel auf längere Zeit festzulegen. Die Festigkeit der Rohstoffsyndikate beruht wesentlich auf ihrer Monopolisierung der Naturbedingungen der Produktion, die ihnen zudem meist durch die Berggesetzgebung ausserordentlich erleichtert wird.

Ein gesetzliches Monopol als Stütze des ökonomischen gewährt den monopolistischen Vereinigungen der Besitz von Patenten. Auch hier sind sie wegen ihrer grossen Kapitalkraft leichter in der Lage als einzelne Konkurrenten, neue Patente zu erwerben und so ihre monopolistische Stellung zu stärken[1]).

Eine Zwischenstufe zwischen einem natürlichen und gesetzlichen Monopol und einem nur ökonomischen Monopol bildet das Monopol an den Verkehrsmitteln. Daher das Streben der Trusts, die Herrschaft über die Verkehrswege zu Wasser und zu Lande zu erhalten. Die Verstaatlichung der Verkehrsmittel verringert die Monopolfestigkeit und bewirkt so bis zu einem gewissen Grade eine

---

[1]) Anderseits kann wieder der Besitz von Patenten den Zusammenschluss unter bestimmten Umständen erschweren, wenn der dadurch erzielte Extraprofit hoch genug ist, um die Aufrechterhaltung der Konkurrenz vorteilhaft erscheinen zu lassen.

„Jeder Zweig der Textilmaschinenindustrie umfasst nur wenige Namen. Acht grosse Firmen in Lancashire fabrizieren Baumwollmaschinerie und monopolisieren nicht nur den heimischen Markt, sondern exportieren darüber hinaus über $4^1/_2$ Millionen Pfund jährlich. Wiederholt wurden Anregungen für eine Verschmelzung der Interessen gemacht, aber sie sind stets gescheitert. Mechanische Industrien führen von selbst zu Erfindungen, die, wenn patentiert, ein Monopol für eine Reihe von Jahren schaffen, und so lange es in Kraft ist, ist ein Patent ein Argument gegen Zusammenschluss. Die Abneigung, einen weltberühmten Namen, namentlich wenn er durch individuelle Unternehmungslust und Erfindungsgeist geschaffen worden, einer unpersönlichen anonymen Vereinigung zu opfern, muss gleichfalls als ein wirksames Abschreckungsmittel gelten." (Maccrosty. loc. cit., Seite 48.)

Hier ist das kleine Monopol der Feind des grösseren. Doch kann auch gerade der Wunsch, die Patente auszutauschen, den Anlass zu Interessengemeinschaften geben. Hierher gehören Vereinbarungen in der deutschen chemischen Industrie und die der Deutschen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft mit der amerikanischen Westinghouse Co.

Verlangsamung der Konzentration der Unternehmungen und des Eigentums.

Das ökonomische Monopol selbst wird um so gefestigter sein, je grösser das Kapital, nötig, um ein neues Unternehmen ins Leben zu rufen, und je inniger die Verbindung der Banken mit der monopolistischen Vereinigung, da ohne die Hilfe einer Bank oder gar gegen den Willen der Banken ein grosses industrielles Unternehmen heute kaum noch existenzfähig ist.

Zwölftes Kapitel.

Kartelle und Trusts.

Die Einteilung der Art und Weise, wie sich Vereinigungen kapitalistischer Unternehmungen bilden, ist nach drei Gesichtspunkten getroffen worden.

Die Unterscheidung zwischen homogenen und kombinierten Vereinigungen betrifft die technische Eigenart der Vereinigung. Wir haben gesehen, wie die Entstehung dieser Vereinigungen verschiedene Ursachen hat, verschiedenen technischen und ökonomischen Ursachen entspringt.

Die Unterscheidung zwischen partiellen und monopolistischen Vereinigungen beruht in ihrer verschiedenen Stellung auf dem Markte, darauf, ob sie die Preise beherrschen oder umgekehrt von den Preisen beherrscht werden. Die Preisbeherrschung ist dabei nicht abhängig davon, dass alle Unternehmungen derselben Art vereinigt sind. Es genügt die Beherrschung jenes Teiles der Produktion, der in allen Phasen der Konjunktur für die Marktzufuhr unentbehrlich ist, wobei die Kosten dieser Produktion geringer sein müssen als die Kosten der Outsider. Nur dann wird die während einer Krise notwendige Einschränkung auf die Outsider entfallen und die Preise brauchen bloss bis zum Produktionspreis des Kartells herabgesetzt zu werden.

Die Unterscheidung zwischen Interessengemeinschaft und Fusion schliesslich beruht auf der Verschiedenheit der formalen Organisation. Die Interessengemeinschaft beruht auf Vertrag zweier oder mehrerer bisher von einander unabhängiger Unternehmen; bei der Fusion gehen zwei oder mehrere Unternehmen in ein neues Unternehmen auf. Dieser Gegensatz ist aber nur ein solcher der Organi-

sationsform; er sagt aber nichts über den inhaltlichen Unterschied aus; dieser selbst hängt vielmehr ab von dem Inhalt des Vertrages, auf dem die Interessengemeinschaft beruht. Jedenfalls beschränkt der Vertrag in irgend welchen Punkten die Selbständigkeit der Unternehmungen; die Fusion hebt die Selbständigkeit auf. Aber zwischen Beschränkung und Aufhebung ist nur ein gradueller Unterschied. Je mehr der Vertrag die Selbständigkeit der in Interessengemeinschaft befindlichen Unternehmungen einschränkt, desto mehr nähern sie sich in ihren ökonomischen Wirkungen der Fusion. Die Einschränkung der Selbständigkeit einer Unternehmung kann aber wieder in verschiedener Weise vor sich gehen. Zunächst kann die Organisation des Unternehmens vertraglich festgesetzt werden, indem etwa die Unternehmungsleitung sich der Aufsicht eines gemeinsamen Organs unterwerfen muss, das gewisse Arten der Konkurrenz auf dem Gebiete der Zirkulation einschränkt, indem es gemeinsame Zahlungstermine und -Bedingungen etc. festsetzt, also die sogenanten „Konditionen" vereinheitlicht. Dann können Einschränkungen festgelegt werden, die sich auf das ökonomische und betriebliche Verhalten beziehen.

Der Inhalt des Vertrages der monopolistischen Interessengemeinschaft ist aber schon durch ihren Zweck bestimmt. Dieser ist Profiterhöhung durch Preiserhöhung. In einfachster Form wird diese erreicht durch eine Preisvereinbarung. Aber die Preise sind nichts Willkürliches. Sie hängen zunächst ab von Angebot und Nachfrage. Die blosse Preisvereinbarung wird sich nur durchführen lassen zur Zeit der Prosperität, wo die Preise steigende Tendenz haben, und nur in einem beschränkten Umfang. Aber auch dann ist die reine Preisvereinbarung ungenügend. Der erhöhte Preis reizt zu Produktionserweiterungen. Das Angebot steigt, und schliesslich lässt sich die Preisvereinbarung nicht aufrechterhalten, spätestens bei Eintritt der Depression wird ein solches Kartell gesprengt [1]).

[1]) Es ist diese Form der Kartelle, die Engels im Auge gehabt hat, wenn er schreibt: „Die Tatsache, dass die rasch und riesig anschwellenden modernen Produktivkräfte den Gesetzen des kapitalistischen Warenaustausches, innerhalb deren sie sich bewegen sollen, täglich mehr über den Kopf wachsen — diese Tatsache drängt sich heute auch dem Bewusstsein der Kapitalisten selbst mehr und mehr auf. Dies zeigt sich namentlich in zwei Symptomen. Erstens in der neuen allgemeinen Schutzzollmanie, die sich von der alten Schutzzöllnerei besonders dadurch unterscheidet, dass sie gerade die exportfähigen Artikel am meisten schützt. (Die Tatsache ist sehr richtig, aber ihre Erklärung findet sie nur, wenn

Soll also das Kartell Bestand haben, so muss der Vertrag weiter gehen, er muss ein solches Verhältnis des Angebots zur Nachfrage bewirken, dass der festgesetzte Preis auf dem Markte auch eingehalten bleibt. Er muss also das Angebot regeln, die Produktion kontingentieren. Die Einhaltung dieser Bestimmungen ist nun zwar im Interesse des Gesamtkartells, nicht immer aber in dem der einzelnen Mitglieder, die durch Erweiterung ihrer Produktion ihre Produktionskosten herabsetzen können und daher oft das Bestreben haben, die Kartellbestimmungen zu umgehen. Die sicherste Gewähr gegen Umgehung der Bestimmungen aber ist dann gegeben, wenn der Verkauf der Produkte nicht mehr durch die Mitglieder selbst, sondern durch ein zentrales Verkaufsbureau des Kartells besorgt wird.

Aber die Sicherheit der Kontrolle ist nicht die einzige Wirkung dieser Massregel. Die direkten Beziehungen des einzelnen Unternehmens zu seinen Kunden sind jetzt für die Dauer der Kartellierung aufgehoben, die kommerzielle Selbständigkeit des Einzelunternehmens damit beseitigt. Das Kartell bindet jetzt seine Mitglieder nicht mehr durch blossen Vertrag, dessen Bestimmungen jederzeit leicht gebrochen oder umgangen werden können, sondern durch eine gemeinsame ökonomische Einrichtung. Der Austritt aus einem solchen Kartell erfordert erst neue Anknüpfung von Beziehungen zu den Kunden, Wiederherstellung der alten Absatzwege, Versuche, die vielleicht auch fehlschlagen können, jedenfalls nur mit Opfern erkauft werden können. Damit ist zugleich eine grössere Festigkeit, eine längere Dauer des Kartells gewährleistet. Das Kartell, das so aus einem rein vertragsmässigen Gebilde durch Aufhebung der kommerziellen Selbständigkeit der Unternehmungen zu einer kommerziellen Einheit wird, nennt man ein S y n d i k a t. Soll aber das Syndikat möglich sein, so muss es den Abnehmern gleich sein, von welchem der kartellierten Werke sie kaufen. Das setzt wieder eine gewisse Gleich-

man den modernen Schutzzoll in Zusammenhang mit den Kartellen betrachtet.) Zweitens in den Kartellen (Trusts) der Fabrikanten ganzer grosser Produktionssphären zur Regulierung der Produktion und damit der Preise und Profite. Es ist selbstredend, dass diese Experimente nur bei relativ günstigem ökonomischen Wetter durchführbar sind. Der erste Sturm muss sie über den Haufen werfen und beweisen, dass, wenn auch die Produktion einer Regelung bedarf, es sicher nicht die Kapitalistenklasse ist, die dazu berufen ist.

Inzwischen haben diese Kartelle nur den Zweck, dafür zu sorgen, dass die Kleinen noch rascher von den Grossen verspeist werden." (Marx, „Kapital", III., 1., Seite 97, Anm. 16.)

artigkeit der Produktion voraus. Diese ist somit Voraussetzung für das Zustandekommen der engeren, dauernden und strafferen Organisation wie sie das Syndikat darstellt. Es ist dabei zu bemerken, dass die Kartellierung von Spezialartikeln überhaupt schwieriger ist, da die Erzeuger Extraprofit aus der Verwendung ihrer Spezialmarken, Patente und dergleichen erzielen, der Ausschluss der Konkurrenz für sie zunächst weniger wichtig ist. Das ist erst dann der Fall, wenn die Kartellierung in den Industrien, die ihnen Rohmaterial liefern, sie gleichfalls zur Kartellierung oder zur Kombination zwingt. Anderseits sorgt die Kartellierung zugleich für grössere Vereinfachung der Produktion [1]).

Etwas vereinfacht und schematisiert ergäbe sich also folgende Entwicklung des Vertragsinhaltes monopolistischer Interessengemeinschaften, wobei natürlich auch die eine oder andere Entwicklungsstufe übersprungen werden kann. Zunächst als loseste Form, als Vorstufe gleichsam das „Konditionenkartell" (Grunzel). Darauf folgt die gemeinsame Regelung der Preise; um aber die Preise einhalten zu können, muss das Angebot entsprechend festgesetzt werden. Die Preisregelung, soll sie nicht etwa unbeständig und vorübergehend sein, fordert also Festsetzung der Produktion. Sollen aber keine Umgehungen des Vertrages möglich sein, so wird dies am sichersten verhindert, wenn der Absatz nicht dem Einzelunternehmen überlassen bleibt, sondern von einem gemeinsamen Organ der Unternehmungen, einem Verkaufsbureau, besorgt wird. Damit verliert das

---

[1]) „Das Kartell will Massengut, dessen Qualität, Form, Material u. s. w. keine erheblichen Differenzen mehr aufweist. Allerdings kann hier ebenso künstlich nachgeholfen werden, wie dies bei den Warenbörsen geschieht, die ebenfalls eine gewisse Vertretbarkeit der Waren voraussetzen und deshalb durch spezielle Usancen festsetzen, welche Eigenschaft eine Ware aufweisen muss, wenn sie im Börsengeschäfte lieferbar sein soll. Die Kartelle erreichen das gleiche Ziel dadurch, dass sie entweder nur gewisse Standardartikel herausgreifen, von denen der Geschäftsgang in der Branche hauptsächlich abhängt, oder indem sie bestimmte Typen aufstellen, nach denen alle Fabrikanten ihre Erzeugnisse anfertigen müssen, so dass dann die Qualitätsunterschiede wegfallen. Das internationale Spiegelglaskartell unterwarf beispielsweise der Vereinbarung nur Spiegelglas in der Dicke von 10 bis 15 Millimeter.

Das österreichisch-ungarische Bindfadenkartell wiederum hat von allen zu erzeugenden Sorten Qualitätsmuster aufgelegt und alle Teilnehmer verpflichtet, ihre Waren nur nach diesen Mustern zu erzeugen. Desgleichen hat das österreichisch-ungarische Jutekartell für die zu erzeugenden Jutesäcke bestimmte Typen aufgestellt." Grunzel. „Ueber Kartelle", Leipzig 1902. Seite 32 ff.

Unternehmen seine kommerzielle Selbständigkeit, die direkte Beziehung zu seinen Kunden. Die Einhaltung des Vertrages ist auch gesichert, wenn die Profite nicht dem Unternehmen, das sie wirklich gemacht hat, zufallen, sondern nach einem vorher festgesetzten Schlüssel auf die Gesamtheit der beteiligten aufgeteilt wird. Ebenso kann der Einkauf der Rohmaterialien gemeinsam erfolgen. Schliesslich können auch Eingriffe in die technische Selbständigkeit des Einzelbetriebes erfolgen. Schlecht ausgestattete Betriebe können stillgelegt werden, Betriebe für bestimmte Produkte spezialisiert werden[1]), für die sie, sei es durch ihre technische Einrichtung, sei es durch ihre günstige Lage zu den Absatzgebieten besonders bevorzugt sind. All dies kann durch Vertragsabschliessungen, also in Interessengemeinschaften erfolgen. Aber eine solche Interessengemeinschaft ist nur mehr durch eine gewisse Schwerfälligkeit ihrer Organisation unterschieden von der Fusion. Die Frage Kartell oder Trust als sich ausschliessende Gegensätze ist also falsch gestellt. Die Selbständigkeit der Unternehmungen kann auch in Kartellform so sehr eingeschränkt werden, dass der Unterschied gegenüber dem Trust verschwindet. Die Frage ist vielmehr, welche Vorteile die Einschränkung der Selbständigkeit bietet. Insofern die Einschränkung der Selbständigkeit Vorteile bietet, besitzt sie der Trust von vornherein, während es beim Kartell von der Natur und den Wirkungen des Vertrages abhängt, auf dem es beruht[2]).

---

[1]) Dass auch Kartelle einen gewissen Einfluss auf die Produktion und Technik der Betriebe ausüben, beweist zum Beispiel folgende Aeusserung von Schaltenbrand, dem Vorsitzenden des Direktoriums des Deutschen Stahlwerkverbandes: „Wir haben weiter zu prüfen: wie werden wir bei dauerndem Bestehen des Verbandes den Absatz leiten können, um ihn möglichst vorteilhaft zu placieren, welche Arbeitsteilung können wir einführen, um billiger zu produzieren in der Richtung, dass nicht jedes Werk alle Erzeugnisse zu produzieren hat?“ (Kontrad. Verh., 10. Heft, Seite 236.) Weitgehende Arbeitsteilung in den einzelnen Unternehmungen hat auch das österreichische Maschinenkartell durchgeführt. Die Profite fliessen in die gemeinsame Kasse und werden quotenmässig aufgeteilt.

[2]) Wenn also Grunzel meint (l. c., Seite 14), „Kartell und Trust sind nicht dem Grade, sondern dem Wesen nach sehr verschieden; es ist mir noch kein Fall bekannt, dass in den drei Dezennien der so lebhaften Kartellbewegung in Europa die eine Form in die andere übergegangen wäre“, so nimmt er eben die juristische Form für das Wesen. Dass der Uebergang vom Kartell zum Trust nicht häufig ist, beweist eben nur, dass beide Formen denselben Inhalt haben. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die fortschreitende Einschränkung der Selbständigkeit der

Die monopolistische Vereinigung ist ökonomische Herrschaftsorganisation und die Analogie mit den staatlichen Herrschaftsorganisationen liegt daher nahe. Das Verhältnis von Kartell, Syndikat und Trust findet dann sein Gleichnis in dem Verhältnis von Staatenbund, Bundesstaat und Einheitsstaat. Die Redeweise, die das Kartell als „demokratisch" im Gegensatz zum Trust anpreist, erscheint in ihrer vollen Lächerlichkeit, wenn man sie sich auf den seligen Deutschen Bund angewendet denkt.

Bei der Preisfestsetzung ist der Trust dem Kartell überlegen. Das Kartell ist gezwungen, bei der Preisfestsetzung auszugehen von dem Produktionspreis des am teuersten produzierenden Werkes, während für den Trust nur ein einheitlicher Produktionspreis existiert, in dessen Produktionskosten sich die Kosten besser und schlechter eingerichteter Betriebe ausgleichen. Der Trustpreis kann so festgesetzt werden, dass die erzeugte Produktenmenge möglichst gross ist; die Grösse des Umsatzes gleicht den geringen Profit auf das einzelne Stück aus. Der Trust kann ferner die Stillegung minder rentabler Betriebe viel leichter durchführen als das Kartell. Er kann bei Einschränkung der Produktion diese nur in den am teuersten arbeitenden Unternehmungen eintreten lassen und so die Produktionskosten senken und umgekehrt bei Erweiterung die Produktion der technisch vollkommensten Betriebe steigern; das Kartell muss in der Regel die vergrösserte Produktion gleichmässig auf seine Unternehmungen verteilen. So entstehen durch die Preisfestsetzungen des Kartells Extraprofite für die technisch besser eingerichteten Unternehmungen, die nicht durch die Konkurrenz ausgeglichen werden, da das Kartell diese ja ausschliesst, und die daher den Charakter einer Differentialrente anzunehmen scheinen. Der Unterschied gegen die Bodenrente besteht aber darin, dass das schlechteste Werk keineswegs wie der schlechteste Boden zur Befriedigung des Marktes notwendig ist. Es kann ausgeschaltet werden, wenn seine Produktion an besser eingerichtete Werke übertragen wird. Da der Kartellpreis aber zunächst aufrechterhalten wird, bedeutet die Vergrösserung der Produktion für die billiger

kartellierten Unternehmungen sie ständig den Trusts nähert. Die Verschiedenheit der Form hängt aber mit anderen Umständen zusammen, vor allem mit der Entwicklung des Bankwesens und seinem Verhältnis zur Industrie und zum Teil mit Eingriffen der Gesetzgebung. Die Förderung der Trustform durch die amerikanische Antikartellgesetzgebung ist bekannt.

produzierenden Werke Extraprofit. So wird es profitabel, die Produktion der teurer produzierenden Werke abzulösen. Die „Differentialrente“ ist aber dann verschwunden und es existiert nur der hohe Kartellprofit.

Gerade bei dem Rohstoffkartell ist die Verschiedenheit zwischen den Produktionskosten bedeutend, weil hier bestimmend in den Produktionspreis eingeht die Höhe der Boden(Bergwerks)rente. Daher ist hier einerseits die Tendenz zur Stillegung minder rentabler (im spezifischen Sinne des Wortes: geringere Bodenrente abwerfender) Betriebe am stärksten, anderseits die Neigung, die Preise hochzuhalten, was wieder relativ stärkere Produktionseinschränkung bedeutet. Das natürliche Monopol erlaubt zugleich, diese Tendenz durchzusetzen. Die hohen Rohmaterialpreise wirken zurück auf die Preise, damit aber auch auf die Quantität der Produktion der weiterverarbeitenden Industrie.

Dreizehntes Kapitel.

Die kapitalistischen Monopole und der Handel.

Die kapitalistischen Vereinigungen in der Industrie haben auch eine Rückwirkung auf die Zirkulation und ihre Vermittlung durch den Handel. Wir sprechen hier vom Handel als spezifischer ökonomischer Kategorie, betrachten ihn also losgelöst von den Funktionen des Wägens und Teilens sowohl als von der Funktion des Transportes. Die Warenproduktion macht den allseitigen Stellenwechsel der Ware nötig und dieser vollzieht sich durch Kauf und Verkauf. Werden diese zu selbständigen Funktionen eines Kapitals, so ist dieses Kapital Handels- oder kommerzielles Kapital. Es ist klar, dass durch die Verselbständigung dieser Operationen, die sonst vom Produzenten selbst vollzogen werden müssten, die Handelsoperationen nicht zu Wert erzeugenden Operationen werden, der Händler nicht zum Produzenten wird. Die Verselbständigung des Handels bewirkt aber Konzentration von Kauf und Verkauf, Ersparnis an Aufbewahrungs- und Erhaltungskosten etc. Der Handel bedeutet somit eine Verringerung der sonst nötigen Zirkulationskosten und damit eine Verringerung der Unkosten der Produktion. Aber um den Handel betreiben zu können, ist eine Geldsumme notwendig,

die in Waren verwandelt werden muss. In der kapitalistischen Gesellschaft nimmt nun jede Geldsumme Kapitalcharakter an. Sollen die Handelsfunktionen verselbständigt werden, so muss das im Handel angelegte Geld Kapital werden, also Profit bringen. Es ist aber klar, dass dieser Profit nicht durch den Handel, durch den blossen Prozess des Kaufens, um zu verkaufen, entsteht, er wird im Handel nur angeeignet. Die Grösse des Profits ist gegeben durch die Grösse des Kapitals. Denn in entwickelter kapitalistischer Gesellschaft bringt gleich grosses Kapital gleichen Profit. Dieser Profit selbst aber ist Abzug von dem in der Produktion erzeugten Profit. Die Industriellen müssen von dem Profit, den sie in erster Hand vereinigen, den Kommerziellen einen solchen Teil abtreten, der genügt, um das für den Handel notwendige Kapital dem Handel wirklich zuzuführen.

Der Handel, der vor Verallgemeinerung der Warenproduktion, also vor der kapitalistischen Entwicklung da ist, also — ebenso wie das Wucher- und Geldhandlungskapital — älter ist als das industrielle Kapital, ist selbst Ausgangspunkt der kapitalistischen Entwicklung. Er vereinigt in sich den grössten Teil des Geldreichtums der Gesellschaft. Er bringt durch den Kredit, immer ein wichtiges Mittel zur Herstellung kapitalistischer Abhängigkeitsverhältnisse — vielfach noch in Form von Warenkredit — die alte handwerksmässige Produktion von sich in Abhängigkeit, schafft die ersten Anfänge der kapitalistischen Hausindustrie auf der einen Seite, die Anfänge der Manufaktur auf der anderen Seite. Die Entwicklung des industriellen Kapitals löst diese Abhängigkeit der Produktion vom Handel und verselbständigt beide, indem es den Handel isoliert, von der Produktion loslöst.

Die Entwicklung des Handels selbst wird durch zwei Momente bestimmt. Einerseits durch die handelstechnischen Bedingungen selbst. Der Handel sammelt und konzentriert einmal die Produkte aus den verschiedenen Produktionsstätten und verkauft sie schliesslich an den letzten Konsumenten. Je zerstreuter sie wohnen, desto mehr müssen sich die Verkäufe schliesslich zersplittern, nicht nur quantitativ, sondern auch der Zeit und dem Orte nach. Der Charakter der letzten Verkäufe hängt ab von den Einkommensverhältnissen der letzten Käufer und von ihrer örtlichen Konzentration, beides Momente, die von der sozialen Entwicklung und Struktur des Landes abhängen. Gerade handelstechnisch ist die

Ueberlegenheit des grossen gegenüber dem kleinen Betrieb evident. Die Kosten eines Kaufs und Verkaufs, die Buchführung darüber, wachsen nicht entfernt mit der Grösse der umgesetzten Wertsummen. Die Tendenz zur Konzentration ist damit gegeben. Aber anderseits liegt es in der Natur des Handels, dass, je näher er dem Konsumenten kommt, sich die Verkäufe desto mehr örtlich und zeitlich zersplittern. Je nach dem Stadium der Annäherung an die Konsumtion finden sich so gewisse Grenzen für die Grösse des Betriebes, Grenzen, die durchaus elastisch sind, mit dem Grad der Entwicklung eines Landes sich erweitern, aber immerhin verschiedene Grösse des Geschäftsumfanges bedingen. In jedem dieser Stadien setzt sich die Tendenz zum grösseren Betrieb durch, aber mit verschiedener Stärke und Schnelligkeit. Die Notwendigkeit der örtlichen Dezentralisation wird überwunden durch Filialenbildung eines und desselben grossen Geschäftes. Anderseits erlaubt die Konzentration der Bevölkerung in den Städten auch den Detailhandel in grossen Warenhäusern zu konzentrieren. Dies ist jedoch nur die erste Stufe der Konzentration. Das handelstechnische Bedürfnis verbindet die Warenhäuser selbst zu grossen Einkaufsorganisationen, die grosse Gruppen von Warenhäusern vereinigen und sie zum grösseren oder geringeren Teil finanziell beherrschen, während anderseits die enormen finanziellen Bedürfnisse grosser Warenhäuser sie wieder in enge Beziehungen zu den Banken drängen[1]).

[1]) Anfang Juli 1908 ging folgende Notiz durch verschiedene Blätter: Jüngst wurde bekannt, dass die Schweizer Warenhausgruppe Braun in Zürich unter Beteiligung eines deutschen Konsortiums in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt worden ist. Dass Warenhäuser „gegründet“ werden, gehört nicht mehr zu den seltenen Erscheinungen, die Schweizer Gründung verdient aus anderen Ursachen allgemeine Beachtung. Die Führung des deutschen Konsortiums hat die Firma Hecht, Pfeiffer u. Ko. in Berlin, die zu den bedeutendsten deutschen Exportfirmen zu zählen ist. Dieses Haus hat sich zu einem Einkaufskonzern für viele Warenhäuser in verschiedenen Ländern entwickelt. Das Abkommen mit dem Schweizer Warenhaus Braun geht dahin, dass die Firma Hecht, Pfeiffer u. Ko. ihren gesamten Einkauf in Zukunft besorgt und auch die Zahlungen für Ankäufe von Braun direkt leistet. Die Firma unterhält eine weitverzweigte Einkaufsorganisation und ist im Anfang vorigen Jahres in Interessengemeinschaft mit der Hamburger Firma M. I. Emdens Söhne getreten, die so eng ist, dass die Firma Hecht, Pfeiffer u. Ko. auch im Inlande jetzt den Einkauf für die an die Emdensche Zentrale angeschlossenen 200 Geschäfte leitet. Darüber hinaus unterhält dieser Konzern auch Beziehungen zu einem Newyorker Warenhaus, für das nach Angabe

Zugleich aber mit der Konzentration geht auch im Detailhandel die Tendenz zur Aufhebung seiner Selbständigkeit vor sich, indem die Produzenten der Konsumtionsmittelindustrien selbst den Absatz ihrer Produkte besorgen. Diese Entwicklung ist am fortgeschrittensten dort, wo ein Trust den selbständigen Handel völlig ausgeschaltet hat, wie zum Beispiel der amerikanische Tabaktrust[1]).

Anderseits findet diese Konzentrationsbewegung auch Hindernisse, die sie verlangsamen. Ein Handelsbetrieb kleineren Umfanges ist leicht zu eröffnen, je kleiner, desto leichter, zumal hier die Kreditgewährung, da es sich nur um Kredit für Warenkapital handelt, verhältnismässig ausgedehnt ist, namentlich dann, wenn diese Kreditgewährung von seiten des Produzenten erfolgt, für den sie ein Konkurrenzmittel im Kampf um den Absatzmarkt ist. In diesen

des „Konfektionär" in Deutschland jährlich für etwa 60 Millionen Mark eingekauft wird. Die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Grosswarenhäuser, die nicht zuletzt in den Vorteilen besteht, die der Masseneinkauf ermöglicht, hat zur Gründung von Einkaufszentralen geführt, die die meisten von ihnen versorgten Geschäfte wohl auch in finanzieller Abhängigkeit erhalten.

[1]) Siehe die interessante Zusammenstellung bei Algernon Lee, „Die Vertrustung des Kleinhandels in den Vereinigten Staaten". „Neue Zeit", 27. Jahrgang, Bd. 2, Seite 654 ff. Die Zigarrenhändler hatten sich, um ihre Unabhängigkeit zu wahren, in einer Independent Cigar Stores Company genannten Händlervereinigung organisiert. Der Tabaktrust gründete dagegen die United Cigar Stores Company mit zwei Millionen Dollars Kapital. „Diese Gesellschaft kaufte viele bestehende Detailgeschäfte auf und etablierte viele andere mit besseren Waren, reicherer Auswahl und entsprechenderem Aeusseren als irgend ein Konkurrenzgeschäft. Die Preise wurden reduziert und zuletzt ein Prämiensystem eingeführt, das der Gesellschaft dauernde Kundschaft sicherte. Der Kampf währte nicht lange. Innerhalb eines Jahres war die Independent Cigar Stores Company gezwungen, zu den vom Trust diktierten Bedingungen an die United Cigar Stores Company auszuverkaufen. Mit ihrer Opposition hatten die Kleinhändler nur ihr Schicksal beschleunigt.... Auch besteht nicht der geringste Zweifel, dass der Trust auf dem eingeschlagenen Wege bleiben wird, wahrscheinlich sogar mit beschleunigterem Tempo, bis er alles im Detailhandel dieses Industriezweiges Besiegenswerte besiegt hat."

Lee berichtet dann über die Konzentration im Detailhandel mit Kaffee, Tee, Milch, Eis, Brennmaterialien, Spezereien etc. und fasst die Konzentrationstendenzen schliesslich treffend folgendermassen zusammen: „Die Konzentration geht vor sich und die Klasse der unabhängigen Kleinhändler verliert festen Boden nach folgenden fünf verschiedenen, jedoch zum selben Ziele führenden Richtungen hin:

1. Einige der industriellen Trusts dehnen, nachdem sie die Oberherrschaft in der Produktion erlangt haben, ihre Operationen auf das Gebiet des Klein-

Kleinbetrieben herrscht eine niedrige Profitrate, die diesen Händler zu einem blossen Agenten des Kapitalisten macht, dessen Produkte er absetzt. An seiner Verdrängung besteht kein starkes ökonomisches Interesse.

Neben diesen handelstechnischen Momenten, die eine Rolle spielen, wo es sich um Produkte handelt, die an den letzten Konsumenten direkt abzusetzen sind — also in dem Detailhandel — spielt aber die Rückwirkung der industriellen Verhältnisse dort eine Hauptrolle, wo es sich um den Warenumsatz zwischen den industriellen Kapitalisten selbst und zwischen diesen und den Grosshändlern handelt. Und hier wirkt die industrielle Konzentration zurück auf die Entwicklung des Handels, der sich ihr anpassen muss. Je konzentrierter die industriellen Betriebe, desto grösser ihre

---

handels aus, verdrängen den kleinen Kaufmann vollständig und setzen ihre Produkte direkt an die Konsumenten ab.

2. Einige der grossen Produktionsgesellschaften benützen zwar noch den Kleinhändler, um ihre Waren an die Konsumenten zu bringen, behandeln ihn aber eher als Agenten denn als unabhängigen Kaufmann.

3. In den Grossstädten haben die Warenhäuser schon einen grossen Teil des Kleinhandels den kleinen Kaufleuten entzogen, und dieser Prozess macht immer grössere Fortschritte; manche dieser Läden repräsentieren ein Kapital von Hunderttausenden oder selbst Millionen Dollars, vielfach gehören mehrere einer einzigen Gesellschaft, und der Anfang ist bereits gemacht, um das Prinzip der Konzentration auf dem Gebiet der Warenhäuser in noch verstärkterem Masse zum Ausdruck zu bringen. Sie werden dadurch in engere Berührung mit den einzelnen Gruppen der Hochfinanz, des Grosshandels und der industriellen Trusts gebracht.

4. Die grossen Geschäftshäuser, welche ihre Aufträge ausschliesslich oder fast ausschliesslich per Post empfangen, schädigen in den Landdistrikten das Gebiet des Kleinhändlers in demselben Masse, wie die Filialen dies in den Städten tun; die enorme Entwicklung des Telephons und der Strassenbahnen sowie die Ausdehnung der freien Postablieferung auf dem Lande haben diesem Handelsgebiet ein weites Feld geöffnet, und in vielen Fällen gehören diese Postversandgeschäfte derselben Gesellschaft, die in der Stadt eine oder mehrere Filialen hat.

5. Innerhalb der Reihen der Kleinhändler selbst arbeitet die Konkurrenz darauf hin, dass das Konzentrationsprinzip in verschärftem Masse zur Geltung kommt, genau wie sie es zu Beginn der kapitalistischen Aera auf industriellem Gebiet getan hat. Manche Kaufleute wissen sich irgend einen Vorteil vor ihren Konkurrenten zu sichern, werden dadurch in den Stand gesetzt, ihr Geschäft zu vergrössern, wodurch ihnen neue Vorteile erwachsen, und verkleinern somit das Geschäftsgebiet ihrer Konkurrenten."

Vergleiche auch Werner Sombart, „Der moderne Kapitalismus", II. Bd., 22. Kapitel: „Die Bestrebungen zur Ausschaltung des Detailhandels".

Produktion, desto kapitalkräftiger müssen auch die Händler sein, die diese Produktion umsetzen. Ferner: je geringer mit wachsender Konzentration die Zahl der industriellen Betriebe, desto überflüssiger werden überhaupt die Händler, desto einfacher muss es erscheinen, dass die grossen konzentrierten Produktionsstätten direkt mit einander in Verbindung treten, ohne Dazwischenkunft eines selbständigen Händlers. Die Konzentration in der Industrie bewirkt so nicht nur Konzentration, sondern auch Ueberflüssigmachung des Handels. Es geschehen weniger Umsätze, da der Einzelumsatz grösser wird und bei diesen Umsätzen wird die Dazwischenkunft eines selbständigen Kapitalisten immer häufiger ausgeschaltet. Damit wird aber auch ein Teil des im Handel befindlichen Kapitals überflüssig und kann aus der Zirkulationssphäre verschwinden.

Das im Handel befindliche Kapital ist zunächst gleich dem Wert des gesellschaftlichen Jahresprodukts, gebrochen durch die Umschlagszahl des kommerziellen Kapitals, multipliziert mit der Anzahl von Zwischenstadien, die es durchläuft, bis es zum letzten Konsumenten kommt. Aber dieses Kapital ist nur rechnungsmässig so gross. Der grösste Teil dieses Kapitals besteht nur in Kredit. Das Kaufmannskapital dient ja nur zur Warenzirkulation; wir wissen aber bereits, dass diese zum grössten Teil vollführt werden kann ohne Zuhilfenahme von wirklichem Geld. Es ist gegenseitiger Kredit, der von den produktiven Kapitalisten einander gegeben wird und sich gegenseitig ausgleicht. Das wirkliche Kaufmannskapital ist viel geringer und nur davon erhält der Kaufmann Profit. Der Profit des Industriellen ist abhängig von dem gesamten Kapital, ganz gleich, ob es dem Industriellen gehört oder ob es ihm krediert ist, denn es ist Produktionskapital. Der Profit des Kaufmanns hängt nur ab von dem wirklich verwandten Kapital, denn dieses ist nicht Produktionskapital, sondern vollzieht nur die Funktionen von Geld- und Warenkapital. Der Kredit bedeutet hier nicht eine blosse Eigentumsscheidung und damit eine Teilung des Profits, sondern eine absolute Verringerung des Kapitals und damit des auf die kommerzielle Klasse entfallenden, von den industriellen Kapitalisten an diese zu zahlenden Profits. Der Kredit vermindert hier direkt die Unkosten der Zirkulation ebenso wie etwa das Papiergeld.

Der Handelsprofit ist aber ein Teil des in der Produktion erzeugten gesamten Mehrwertes. Je grösser der Teil ist, der dem

Handelskapital zufällt, desto geringer unter sonst gleichen Umständen der Anteil der Industriellen. Es besteht also ein Interessengegensatz zwischen Industrie- und Handelskapital.

Aus diesen entgegengesetzten Interessen entspringt ein Kampf, der schliesslich mit der Ueberwindung des einen Teiles endet durch Entstehung kapitalistischer Abhängigkeitsverhältnisse. In diesen Interessenkämpfen des Kapitals entscheidet die grössere oder geringere Kapitalsmacht. Diese ist jedoch nicht bloss quantitativ zu fassen. Wir sehen in der ganzen bisherigen Darstellung, dass auch die Form des Kapitals von Bedeutung ist. Verfügung über Geldkapital gibt unter sonst gleichen Verhältnissen die grösste Uebermacht, weil die Industriellen sowohl als die Kommerziellen mit der Entwicklung des Kreditwesens immer mehr auf das Geldkapital angewiesen sind. So vollzieht sich auch das Abhängigwerden von Industrie und Handel in verschiedenen Formen.

Solange freie Konkurrenz herrschte, konnte der Handel den Konkurrenzkampf unter den Industriellen zu seinem Vorteil ausnützen. Dies besonders in jenen Industriezweigen, wo die Produktion noch verhältnismässig stark zersplittert, die Konzentration im Handel bereits stärker fortgeschritten war. In demselben Sinne wirkten auch die Kreditverhältnisse. Solange der Kredit noch vorwiegend Zahlungskredit war, die Banken vor allem für das Kaufmannskapital Kredit zur Verfügung stellten, war auch die finanzielle Ueberlegenheit öfter auf Seite der Händler. Sie benützten diese Ueberlegenheit, um beim Einkauf auf die Preise der Produzenten zu drücken und ihnen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen aufzuerlegen, die ihnen erlaubten, von den Vorteilen der Hochkonjunktur den Rahm abzuschöpfen und die Verluste der Depression zum Teil auf die Produzenten abzuwälzen. Es ist die Zeit, in der die Klagen der Industriellen über die Diktatur der Kaufleute immer aufs neue laut werden. Das Vorgehen der Händler dient den Industriellen dann später als einer der Rechtfertigungsgründe für den Abschluss von Kartellen. Dies ändert sich gründlich mit der Aenderung des Verhältnisses der Banken zur Industrie und dem Entstehen der kapitalistischen Vereinigungen in der Industrie.

Die partiellen industriellen Vereinigungen vermindern zunächst den Handel. Die kombinierten direkt, indem sie Handelsoperationen überhaupt überflüssig machen. Die homogenen wirken wie die Konzentration in der Industrie überhaupt. Die monopolistischen Ver-

einigungen aber haben die Tendenz, die Selbständigkeit des Handels völlig aufzuheben. Wir haben gesehen, dass eine wirkliche Kontrolle über den Markt erst dann möglich ist, wenn die Waren von einer Zentralstelle aus verkauft werden. Aber diese muss, um die Produktion in ihrem Industriezweig regeln zu können, die jeweilige Grösse des Absatzes beurteilen können. Zudem ist die Grösse der Konsumtion immer abhängig von der Höhe der Preise. Die Preisfestsetzung muss also bis zum letzten Stadium von der monopolistischen Vereinigung aus geschehen, sie darf nicht von ihr unabhängigen Faktoren überlassen werden. Dies sind aber zunächst die Händler. Die Ausnutzung der Marktlage, der Hauptvorteil des Kartells, würde zu einem grossen Teil den Händlern zufallen, wenn ihnen die spezifischen Handelsoperationen überlassen würden, wozu ja auch die Preisfestsetzung gehört. Sie könnten spekulativ die Produkte aufhäufen und — namentlich bei günstiger Konjunktur — zu höheren Preisen verkaufen. Dies hätte einerseits Einschränkung der Produktion zur Folge, für die das Kartell nicht durch den höheren Profit entschädigt würde, anderseits aber würde die Kartelleitung auch den Markt falsch beurteilen, wenn sie diese spekulative, vielleicht irrige Händlernachfrage allein zum Massstab ihrer Produktion machen müsste. Die monopolistische Vereinigung wird also die Tendenz verfolgen, die Selbständigkeit des Handels aufzuheben. Nur dann wird das Kartell seinen Einfluss auf die Preisfestsetzung voll ausnützen können.

Wir haben aber gesehen, dass die Kartellierung bereits eine innige Verbindung von Industrie und Bankkapital darstellt; in der Regel wird das Kartell über die grössere Macht verfügen. Es wird dann dem Handel seine Gesetze diktieren können. Der Inhalt dieser Gesetze wird aber dahin gehen, dem Handel seine Selbständigkeit zu nehmen, ihm die Preisfestsetzung zu entziehen. Die Kartellierung wird also den Handel als Anlagesphäre des Kapitals aufheben. Sie schränkt die Handelsoperationen ein, beseitigt einen Teil derselben und vollzieht den übrigen Teil durch eigene Lohnarbeiter, Verkaufsagenten des Kartells. Dabei kann sehr wohl ein Teil der bisherigen Händler zu solchen Verkaufsagenten gemacht werden. Das Kartell schreibt ihnen dann genau die Einkaufs- und Verkaufspreise vor, deren Differenz die Provision dieser „Händler" bildet. Die Höhe dieser Provision ist aber nicht mehr bestimmt durch die Höhe des Durchschnittsprofits, sie ist ein Lohn, den das Kartell

festsetzt. Wenn aber die kapitalistischen Machtverhältnisse anders liegen, so wird sich auch das Verhältnis von Handel und Kartell etwas anders gestalten können. Es ist möglich, dass die Bedingungen für die Konzentration im Handel günstiger waren als in der Industrie. Dann steht einigen wenigen Händlern eine Anzahl verhältnismässig kapitalschwacher Unternehmungen gegenüber, die für den Absatz ihrer Produkte auf diese Händler angewiesen sind. Die Händler können dann ihre Kapitalskraft benutzen, um durch finanzielle Beteiligung an diesen Unternehmungen einen Teil ihres Kapitals als industrielles Kapital anzuwenden. Die Abhängigkeit der Industrie können sie dazu benutzen, um diese Unternehmungen zu zwingen, billiger an sie zu verkaufen. Sie erhöhen so ihren kommerziellen Profit auf Kosten des industriellen. Solche Abhängigkeitsverhältnisse entwickeln sich in neuester Zeit ziemlich rasch in gewissen Konsumtionsmittelindustrien, die an ein grosses kapitalistisches Warenhaus verkaufen.

Es sind Abhängigkeitsverhältnisse, die auf höherer kapitalistischer Stufenleiter den Vorgang widerspiegeln, der zur Entstehung kapitalistischer Hausindustrie geführt hat, wobei der Kaufmann den Handwerker verlegte. Aber ähnliche Verhältnisse können sich auch mitunter vorfinden in Industrien, die kartellfähig sind. Hier kann das Handelskapital, das vielleicht an einer ganzen Reihe solcher Unternehmungen beteiligt ist, dann eine analoge Rolle spielen, wie sonst das Bankkapital.

In diesen Fällen nehmen dann die Händler direkt teil an dem Kartell. Sie tun dies aber, weil sie in der Tat schon vorher in Form von finanziellen Beteiligungen auch an der Produktion beteiligt waren[1]). Sachlich wird dadurch nichts geändert. Auch hier verliert der Handel den Einfluss auf die Preisfestsetzung, er hört

[1]) Für die Organisation des böhmischen Braunkohlenhandels ist es charakteristisch, dass der Verkaufskommissionär zugleich Bergwerksbesitzer und Anteilseigner der von ihm vertretenen Gesellschaften ist. Die beiden Kohlenkommissionsfirmen J. Petschek und Ed. J. Weinmann haben in Aussig Organisationen gebildet, „welche den Vertrieb der Braunkohle für die grossen böhmischen Gesellschaften besorgen... Auch in Aussig waren die beiden Kohlenfirmen ursprünglich nur die Zwischenhändler. In diesem Verhältnisse griff am Beginne der Neunzigerjahre eine Aenderung Platz, welche von der mächtigen Entwicklung der Brüxer Bergbaugesellschaft ihren Ausgang nahm. Den Verschleiss für diese Gesellschaft hatte seit altersher die Firma Weinmann. Die Brüxer Gewerkschaft erwarb zu sehr billigen Preisen die inundierten Ossegger Schächte und schwang sich hierdurch

auf, der Markt für die Industriellen zu sein, die jetzt direkt mit den Konsumenten in Verbindung treten.

Die monopolistische Vereinigung bewirkt so eine Ausschaltung des selbständigen Handels. Sie macht einen Teil der Handelsoperationen vollständig überflüssig und verringert die Unkosten für den Rest.

In derselben Richtung wirkt auch die Verringerung jener Zirkulationskosten, die aufgewendet werden, um den Konsumenten speziell für das Produkt eines bestimmten Unternehmens zu gewinnen auf Kosten des Absatzes anderer Unternehmungen. Diesem Zweck dienen vor allem die Ausgaben für Reisende, soweit ihre Zahl durch Zersplitterung der Produktion in die einzelnen Unternehmungen bedingt ist, und die Ausgaben für Reklame. Diese Ausgaben stellen Unkosten der Zirkulation dar. Für den einzelnen Unternehmer bringen sie Profit, sofern es ihm gelingt, seinen Umsatz über das sonst mögliche Mass hinaus zu steigern. Aber dieser Profit ist der Verlust der anderen Unternehmer, auf deren Kosten er seinen Umsatz vergrössert hat. Für die Produktionssphäre stellen sie einen Abzug von dem sonst auf sie entfallenen Profit dar. Die Kartellierung verringert diese Kosten ganz ausserordentlich, beschränkt die Reklame auf die blosse Bekanntmachung und die Reisenden auf jene Zahl, die zur Bewegung der überdies verringerten, vereinfachten und beschleunigten Handelsoperationen nötig sind.

Eine eigentümliche Entwicklung zeigt sich in Oesterreich. Hier hat sich der eigentliche kapitalistische Grosshandel aus historischen Ursachen nur unvollkommen entwickelt. In Sphären, die Massengüter produzieren und besonders dort, wo auch die Spekulation eine Rolle spielt, wie zum Beispiel im Zuckerhandel, hat die Bank die Funktionen des Grosshandels übernommen. Das Bank-

zum ersten Unternehmen der böhmischen Braunkohlenindustrie auf. Inzwischen hatte sich ein Besitzwechsel in den Brüxer Aktien vollzogen; die Majorität war an ein Syndikat unter Führung der Firma Petschek übergegangen, und als Ausdruck der geänderten Machtverhältnisse wurde der Kohlenverschleiss an diese Firma übertragen. So war ein neues Verhältnis geschaffen; der Kohlenkommissionär war auch Grossaktionär des Unternehmens, er schloss die Verkaufsverträge gleichsam mit sich selbst ab und hatte auf Geschäftsführung und Produktion den entscheidenden Einfluss. Den gleichen Weg musste auch die Konkurrenzfirma einschlagen; auch sie wusste sich durch Aktienbesitz einen massgebenden Einfluss und ein dauerndes Interesse an den von ihr vertretenen Unternehmungen zu schaffen". („Neue Freie Presse", 25. Februar 1906.)

kapital konnte das um so leichter, als ja dadurch nur geringe Mengen von Kapital festgelegt wurden. Das Bankkapital ist dann sowohl als Händler wie als Kreditgeber an der Kartellierung interessiert. In Oesterreich ist daher der direkte und bewusste Einfluss des Bankkapitals auf die Kartellierung am leichtesten nachzuweisen. Die Bank behält dann auch weiter die Verkaufsfunktionen für das Kartell und bezieht dafür eine feste Provision. In neuerer Zeit zeigen sich auch in Deutschland ähnliche Tendenzen. So hat der Schaaffhausensche Bankverein eine eigene Warenabteilung für den Verkauf kartellierter Produkte errichtet[1]).

[1]) So bezeichnet die »Neue Freie Presse« (18. Juni 1905) die Uebernahme einer grossen Prager Zuckerfirma durch die Kreditanstalt als symptomatisch und fährt dann fort:

Der Zuckerhandel ist diesen Bestrebungen fast gänzlich zum Opfer gefallen. Noch zu Beginn der Neunzigerjahre war der Vertrieb der meisten böhmischen Zuckerfabriken die Domäne der reichen Prager Zuckerkaufleute, die aus der Vermittlung des Absatzes für die Rechnung der Erzeuger einen ansehnlichen Nutzen zogen, vielfach auch das Geschäft für eigene Rechnung pflegten und durch ihre grossen Abschlüsse sowie durch die Verbindung mit den ausländischen Märkten eine spezifische Erscheinung des Platzes bildeten. Das Zuckergeschäft der Banken beschränkte sich auf den kommissionsweisen Verkauf für die eigenen Fabriken und auf die Kreditgewährung im Rahmen der normalen Banktätigkeit. Im Laufe des letzten Jahrzehnts sind manche dieser privaten Zuckerfirmen ganz zurückgetreten oder an die Banken übertragen worden, andere haben ihr Geschäft notgedrungen sehr eingeschränkt, und von den früheren Magnaten des Zuckerhandels ist nur eine einzige grosse Handelsfirma in Prag zurückgeblieben, die jetzt noch dreizehn Zuckerfabriken vertritt und jährlich viele hunderttausend Meterzentner der weissen Ware umsetzt. Die allergrössten privaten Zuckerfabriken, die ihre Produktion auf beide Reichshälften ausdehnen, nehmen die Vermittlung beim Absatz gar nicht in Anspruch, sondern besorgen sich den Grossverkauf selbst. Die mittleren und kleineren Unternehmungen sind in mehr oder minder innige Verbindung mit den Banken getreten, welche ihnen die nötigen Kredite gewähren, die Ware für sie an den Export sowie den Kleinhandel im Inlande verkaufen, vielfach aber selbst das volle Risiko des Zuckerabsatzes übernehmen. So ist der ehemals grosse und reiche Zwischenhandel in Zucker ganz aus seiner Stellung hinausgedrängt worden, und zwei Dritteile des Absatzes der böhmischen Zuckerfabriken nehmen ihren Weg durch die Zuckerabteilungen der Prager Institute. (Die aber meist nur Filialen der Wiener Banken sind).

Ihren Ausgang hat diese Umbildung des Zuckerhandels von der Kreditgewährung und der Errichtung neuer Zuckerfabriken gefunden. In den Achtziger- und Neunzigerjahren sind in Böhmen und Mähren zahlreiche neue Fabriken, darunter die grossen Exportraffinerien an der Elbe, entstanden; sie wurden zumeist mit fremdem Kapital gebaut, und die Banken, welche die nötigen Mittel aufbrachten, bedangen sich die Uebertragung des kommissionsweisen Verkaufes des

Resultat des ganzen Prozesses ist also eine Verminderung des kommerziellen Kapitals. Ist aber das Kapital verringert, so auch der darauf entfallende Profit, der, wie wir wissen, ein Abzug des industriellen Profits ist. Diese Verringerung des Handelskapitals ist eine Verringerung von Unkosten. Wie wirkt das auf die Preise? Der Preis des Produkts ist bestimmt durch den Kostpreis plus dem Gesamtprofit. Die Teilung dieses Profits in Unternehmergewinn,

---

Produktes der neuen Erzeugungsstätten aus. Namentlich waren die kleinen und mittleren Rohzuckerfabriken, die seit dem Abschluss des Kartells wie Pilze aus dem Boden emporschossen, vielfach mit ungenügendem Kapital fundiert und deshalb ganz auf ihre Kreditgeber angewiesen. Aber auch bestehende Etablissements bedurften zu ihrer Modernisierung und Erweiterung grosser Mittel und traten zu den Geldquellen in ein näheres Verhältnis, das zumeist auch auf die Uebertragung des ganzen Vertriebes hinauslief. So haben die Prager Filialen der Wiener Banken, aber auch einzelne Lokalinstitute im Zuckergeschäft festen Fuss gefasst und dorthin den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit verlegt. Die Länderbank vertritt fünfzehn Fabriken... Die Anglobank besorgt den kommissionsweisen Verkauf von elf Rohzuckerfabriken; bei der Kreditanstalt ist die geschäftliche Abwicklung für fünf grosse Unternehmungen konzentriert; die Zivnostenska Banka ist die Verkaufsstelle für zahlreiche ländliche Zuckerfabriken. Die Banken kaufen den Rohzuckerfabriken ihre Erzeugung ab und übertragen sie an die Raffinerien; sie übernehmen ferner von den Raffinerien die weisse Ware zur Placierung an den inländischen und ausländischen Verkaufsstellen. Als im Laufe der Jahre der Export eine immer grössere Bedeutung für die österreichischen Fabriken gewann, nahm auch die Tätigkeit der Banken einen anderen Charakter an. Die Ausfuhr bedang ein fortwährendes Operieren auf den verschiedenen auswärtigen Märkten, die bescheidene Provision aus dem Kommissionsgeschäfte trat mehr in den Hintergrund gegenüber den grossen Gewinnen aus den Arbitragen und spekulativen Transaktionen... Mit dem internationalen Geschäft war aber der Handel auf eigene Rechnung eng verbunden, da die wenigsten inländischen Fabrikanten in der Lage waren, solche, oft notwendigerweise auf längere Zeit ausgedehnte Operationen auf sich zu nehmen. So trat als letztes Glied in den Zuckerhandel die feste Uebernahme durch die Banken; die Fabriken verkauften ihr Produkt an ihre Bankverbindung, die ihrerseits den Nutzen durch die möglichst günstige Verwertung auf den Märkten des Inlandes und Auslandes suchte. Der Handel für eigene Rechnung ist gewiss noch nicht die allgemeine Regel, und einzelne ängstliche Institute halten sich von ihm prinzipiell zurück; neben dem kommissionsweisen Verkaufe nimmt er aber bereits einen grossen Raum ein, und es ist nicht zu leugnen, dass sich die geschäftliche Entwicklung in dieser Richtung bewegt.

Ein grösseres Warengeschäft haben noch jene Banken, welche mit Kartellen in inniger Verbindung stehen und den Vertrieb für die von ihnen kontrollierten Industrien leiten. So hat die Länderbank den Verkauf für das Kartell der Zündhölzchenfabriken, der Sirupfabriken, der Emailgeschirrfabriken, der Buntpapierfabriken, der Stärkefabriken und einzelner chemischer Industrien,

Zins, Handelsprofit und Rente lässt den Preis vollständig unberührt. Dass das Kartell jetzt an Stelle des Händlers getreten, dass ein Teil der Handelsoperationen fortgefallen ist, bedeutet nur, dass der Industrielle jetzt keinen Teil seines Profits mehr an die Kommerziellen abzutreten hat. Der Preis des Gesamtprodukts bleibt für den Konsumenten derselbe [1]). Die Zirkulationsunkosten bildeten einen Abzug vom Profit, die Verringerung dieser Kosten bedeutet, dass

---

der Bankverein steht zu den Pappendeckelfabriken in ähnlichen Beziehungen, auch die Kreditanstalt hat den Verkauf für die vereinigten Messingwerke inne. Es sind dies durchwegs nur Kommissionsbeziehungen, die keinen engeren Handel bergen: durch die Kartellierung und Konzentrierung des Absatzes im Zentralverkaufsbureau ist aber doch der Zwischenhandel aus diesen Positionen verdrängt worden. Der Nutzen im Warenkommissionsgeschäft ist durch die Konkurrenz der Banken geringer geworden und erreicht nur mehr eine mässige Quote der früheren ansehnlichen Provisionen. Die Schmälerung der Gewinne aus dem regulären Bankgeschäft hat bei einzelnen Instituten, die Warenabteilungen besitzen, den Gedanken angeregt, den Proprehandel in Waren in stärkerem Masse zu pflegen, und manche Anzeichen deuten darauf hin, dass in dieser Richtung neuerliche Versuche zur Ausgestaltung des Geschäftes unternommen werden dürften.

[1]) Im einzelnen können Preisverschiebungen erfolgen je nach dem verschiedenen Verhältnis von Industrie- und Handelskapital in den einzelnen Sphären. Gesetzt in einer Sphäre, zum Beispiel im Maschinenbau, sei das Produktionskapital gleich 1000, das Handelskapital gleich 200. Bei einer Durchschnittsprofitrate von 20 Prozent werden 40 Handelsprofit gemacht. Der Preis für den Konsumenten ist gleich 1000 + 200 (der Preis, um den die Industriellen ihr Produkt an den Kaufmann absetzen) plus 240 (die dem Kaufmann sein Kapital plus Profit ersetzen), also im ganzen gleich 1440. In der Textilindustrie entfalle aber auf ein Produktionskapital von 1000 ein Kaufmannskapital von 400. Der Preis des Produkts wäre dann 1680. Gesetzt den Fall, es gelänge dem Kartell, in beiden Fällen das Handelskapital auszuschalten und die Handelsunkosten auf die Hälfte zu reduzieren, so würden die Maschinenbauer auf das Kapital von 1100 einen Profit von 340, die Textilfabrikanten auf ihr Kapital von 1200 einen solchen von 480 machen. Die Ungleichheit der Profitraten kann zu Ausgleichsvorgängen führen, die dann in Preisveränderungen erscheinen. Was aber die Konsumenten der Textilprodukte gewännen, würden die Maschinenkäufer verlieren. Im allgemeinen wird aber diese Ausgleichung infolge der Kartellierung nur schwierig und unvollständig erfolgen.

Anders steht die Sache, wenn der selbständige Handel durch Konsumvereine, Grosseinkaufsgesellschaften, landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften etc. ersetzt wird. Dies bedeutet nur, dass an die Stelle der Aktion der Handelskapitalisten die der organisierten Konsumenten selbst tritt, denen daher auch der Handelsprofit zufällt. Zugleich bedeutet die vermehrte Konzentration Ersparung von Zirkulationsunkosten.

der industrielle Profit, der Unternehmergewinn, um den Betrag steigt, der durch die Verminderung der Handelskosten freigeworden ist. Es ist nur der Aberglaube an den Veräusserungsprofit, der Glaube, dass der Händler Profit macht einfach durch einen Aufschlag auf seinen Kostpreis, der bei manchen Schriftstellern die Hoffnung weckt, die Verringerung der Handelskosten könnte irgendwie den Preis der Produkte für den Konsumenten senken [1]).

Die Verringerung der Handelsoperationen bedeutet auch das Freiwerden von bisher in der kommerziellen Sphäre beschäftigtem Kapital, das nun nach neuer Verwertung sucht. Unter Umständen kann dies den Drang nach Kapitalexport verstärken.

Dass die Kartelle aber der Form nach den Handel beibehalten, liegt in ihrem eigenen Interesse. Kirdorf, der Gebieter des Kohlensyndikats, sagt darüber: „. . . Will man zu den untersten Quellen des Verbrauchs gehen, bis zum einzelnen Abnehmer, so muss man einen gewaltigen Apparat haben; dann kommen die erhöhten Verwaltungskosten, die den Vorteil des Preises durch direkte Lieferung entschieden übersteigen, und man bekommt einen so teuren Betrieb, dass er nicht zu ertragen ist und ein so umfangreiches Beamtenpersonal, dass man es nicht mehr übersehen und kontrollieren kann. Deshalb ist und bleibt der solide Zwischenhandel in einem gewissen Umfange eine absolute Notwendigkeit und kann niemals ausgeschaltet werden“ [2]).

In der Tat aber handelt es sich nicht mehr um Händler, Kaufleute, sondern um Agenten der Syndikats, deren Selbständigkeit ebenso fiktiv ist, wie die des Hausindustriellen, der selb-

[1]) Der Grosshändler Engel sagt ganz richtig: „Das Streben des Syndikats geht dahin, zu monopolisieren und den Grosshandel einfach auszuschliessen. Der Verleger kauft natürlich dadurch nicht billiger; denn wenn nicht so gerechnet würde: den Nutzen, den der Grosshandel hat, will ich als Fabrik, als Syndikat selbst haben —, dann hätte die ganze Bewegung keinen Zweck.“ „Kontradiktorische Verhandlungen über den Verband deutscher Druckpapierfabriken.“ Heft IV, Seite 114.

Dasselbe gilt zum Beispiel auch vom Kohlensyndikat. Es „benützt diese Monopolisierung des Speditions- und Grosshandelsgeschäftes auch, um ohne eine ausdrückliche Erhöhung der Kohlenpreise durch Steigerung der Schlepp- und Transportlöhne die kleinen Konsumenten zu besteuern, beziehungsweise dafür zu sorgen, dass die höheren Preise, die diese bezahlen müssen, nicht wie bisher dem Handel, sondern den Produzenten zugute kommen“. Liefmann, „Kartelle und Trusts“. Seite 98.

[2]) „Kontradiktorische Verhandlungen“, I, Seite 236.

ständiger Meister tituliert wird. Nur, dass während die Hausindustrie durch technische Aenderung der Produktion von einem gewissen Punkte an unrentabel wird, dies beim Handel weniger in Betracht kommt. Ob fix entlohnter Agent oder „selbständiger" Kaufmann, der in Wirklichkeit auf eine Provision gesetzt ist, deren Schwankungen durch territoriale Abgrenzung des Verkaufsgebietes und die Festsetzung der vom Syndikat beherrschten Preisdivergenzen so gering sind, dass im Effekt das Einkommen des Händlers ziemlich dasselbe ist wie das eines Agenten, macht ökonomisch keinen Unterschied. Die Fiktion der Selbständigkeit, die durch die andere Entlohnungsart — und in diesem Falle handelt es sich um Lohn, das Einkommen des „Kaufmanns" besteht aus dem Profit auf sein Kapital und dem Lohn, den das Syndikat einem Agenten zahlen müsste — geschaffen wird, erspart aber dem Syndikat Ueberwachungskosten oder Kontrollausgaben, etwa wie der Akkordlohn gegenüber dem Zeitlohn. Im übrigen wird bei solchem Handel das nötige Kapital ausserordentlich reduziert; das Eigenkapital des Händlers braucht nur gering zu sein, da die Stetigkeit der Kartellpreise und das örtliche Monopol jedes Risiko vermindern. Diese Umsätze können also hauptsächlich mit Kredit erledigt werden, indem der Händler das Geld für die Bezahlung zum grössten Teil kreditiert bekommen kann; für diesen Teil des Kapitals ist nur Zins zu entrichten. Das Syndikat hat nur das Interesse, die Zahl der Händler zu verringern, da sein eigener Absatz dadurch vereinfacht wird, und die Provision in der Tat dem Arbeitslohn für die kaufmännische Tätigkeit, die als hochqualifiziert gewertet wird, anzunähern. Wie weit diese Fiktion der Selbständigkeit dabei aufrechterhalten wird, ist ökonomisch gleichgültig. Dass das momentane Ausmass der Verdrängung des Zwischenhandels nichts Definitives ist, sondern nur „mit Rücksicht aut die historische Entwicklung des Kohlenhandels" geboten war, sagt Kirdorf selbst[1]), wie er selbst auch betont, dass es vollständig zutage liege, „dass der Kohlenhandel, wie er sich bei der früheren Zersplitterung des Bergbaus in dieser grossen Zahl entwickelt hat, nicht nötig ist".

Diese Verhältnisse sind von den grossen Kohlenhändlern trotz aller sichtbaren Zurückhaltung auch offen dargelegt worden; für unseren Zweck genügen einige Zitate. Grosshändler Vowinkel

---

[1]) loco cit., Seite 235.

(Düsseldorf) führt aus:[1]) „Wenn ich eben sage, eigentliche Kaufleute sind wir nicht mehr, so begründe ich das, wie folgt. Das Kohlensyndikat schreibt uns erstens vor, welche Sorten wir kaufen, zweitens, zu welchem Preise wir sie kaufen, drittens das Absatzrevier, wohin wir verkaufen dürfen, viertens die Verkaufspreise, zu welchen wir verkaufen dürfen. Da bleibt von der Freiheit des Handelns natürlich nicht viel mehr übrig. Aber ich glaube, dass das Kohlensyndikat absolut den Verhältnissen nach nicht anders kann.... In Zukunft müssen wir Grosskaufleute uns klar machen, dass es nicht anders geht und dass wir allmählich weniger werden. Diese Tatsache besteht in einer so starken Weise, dass es heute unmöglich ist, überhaupt ein Grosshandelsgeschäft in grösserem Massstabe zu beginnen, weil die Quanten dafür nicht vorhanden sind. Auch ist das gegenwärtige Geschäft in der Weise beschränkt, dass es absolut unmöglich ist, sich auszudehnen."

Diese „Kaufleute" sind jeder Selbständigkeit beraubt. Denn, wie Kohlenhändler Bellwinkel (Dortmund) sagt, hat „bei jeder Verkaufsvereinigung das Syndikat durch einen Herrn seines Vorstandes Sitz und Stimme im Aufsichtsrat" und ist „ferner berechtigt, die sämtlichen Bücher zu jeder Zeit einzusehen". Er sagt sehr richtig: „Die Bewegungsfreiheit ist uns allerdings schliesslich genommen; wir sind mehr eine Art Vertreter geworden".

Und die Prognose für die Zukunft ist noch schlechter. Diese stellt Herr Vowinkel folgendermassen[2]): „Das Syndikat hat eine bewundernswerte Organisation geschaffen, von der ich mir denken könnte, dass der Grosshandel bis auf einen ganz kleinen Bruchteil ausgeschaltet würde. Was berechtigt denn den Grosshandel überhaupt? Es wird schliesslich für den Grosskaufmann nur noch übrig bleiben, dass er seinen Absatz findet beim Kleinverbraucher, beim Kreditbedürftigen, dass er für den Ausgleich durch grosse Lagerung von Kohlen zu Zeiten schlechten Absatzganges sorgt. Das sind die Punkte, die ihn in Zukunft überhaupt noch berechtigen, und es würde wahrscheinlich sein, dass der Kohlenhandel von einer Abnahme von 45 Prozent, wie wir heute morgens gehört haben, auf mindestens 20 Prozent herunterginge."

Hier ist ganz richtig beschrieben, dass die spezifisch kommerzielle, den Zirkulationsvorgang W-G-W vermittelnde Funktion über-

[1]) Ebenda, Seite 228 ff.

[2]) Seite 230.

flüssig wird und nur erhalten bleibt die für die Vermittlung des Konsums unter jeder Gesellschaftsordnung mit Massenproduktion stets notwendige Funktion des Einteilens des Produkts, seiner Aufbewahrung und Lagerung. Der kaufmännische Vertrieb aber hat als solcher aufgehört; er ist ganz automatisch geworden, klagt Herr Vowinkel[1]).

Wie aber allmählich der Grosshändler durch den Agenten des Syndikats ersetzt wird, legt Vowinkel gleichfalls ausführlich dar. Richtig bezeichnet er die Teilhaberschaft an einer solchen Verkaufsvereinigung als „Sinekure". Diese hängt ganz von der Gnade des Syndikats ab. Nach dem Tode der jetzigen Teilhaber wird schliesslich ihr festgelegter Anteil am Absatz an das Syndikat zurückgehen; „das Syndikat wird der Beteiligte. Damit ist vollständig klargemacht, dass eigentlich dieses Untersyndikat (gemeint ist die Händlervereinigung) schliesslich an das Hauptsyndikat übergeht[2])".

Das Monopol der grossen Händler oder der Verkaufsvereinigungen gibt diesen auch die Macht, die kleineren Händler von sich in Abhängigkeit zu bringen, ihnen die Verkaufspreise vorzuschreiben, kurz, sie wieder ihrerseits zu ihren Agenten zu machen. So sagt zum Beispiel Kohlengrosshändler Heidmann (Hamburg): „Da ich in meinen Büchern fand, dass die Schulden dieser Leute (scil. kleinerer Händler, die von ihm die Kohlen beziehen) immer mehr anschwollen, habe ich ihnen gesagt: ihr bekommt Kohlen nur noch, wenn ihr mindestens den und den Preis nehmt[3])".

Von den Grosshändlern des oberschlesischen Gebietes sagt Stadtrat Dr. Rive: „Die Herren Grosshändler, mit denen wir es hier zu tun haben, also die ersten Ranges (die Firmen César Wollheim und Friedländer), haben selbstverständlich schon eine ganze Reihe Grosshändler zweiten Ranges im Gefolge, die — dies darf man offen behaupten — ohne weiteres von ihnen abhängig sind; und die Grosshändler zweiten Ranges haben die Händler ersten, zweiten und letzten Ranges hinter sich. Einer hängt vom anderen ab, und die ersten Grosshändler stehen mit der Konvention (gemeint die oberschlesische Kohlenkonvention), wenn auch nicht vertragsmässig, so doch freiwillig im Einklang."

---

1) Seite 229.

2) Ebenda, Seite 230.

3) „Kontradiktorische Verhandlungen", II. Heft, Seite 455.

Es mag hier kurz darauf hingewiesen werden, dass sich die selbständige Stellung der beiden Kohlenfirmen in Oberschlesien daraus erklärt, dass diese den Handel mit den Zechen in ihren Händen lange schon vor Abschluss der Konvention innegehabt hatten. Die Zechen waren meist Privatbesitz und die beiden Firmen waren zum Teil finanziell an ihnen beteiligt. Sie hatten nicht nur die Absatzorganisation in der Hand, sondern auch Anteile am Bergwerkseigentum, sei es direkt, sei es als Gläubiger.

Die Aktienform hat in Rheinland-Westfalen die Zechen vom Handel im vorhinein unabhängig gemacht. Vielleicht war auch der Handel im Westen deshalb weniger konzentriert, weil das unbestrittene Absatzgebiet dort grösser, die Konkurrenz daher weniger scharf war; wichtiger dürfte noch gewesen sein, dass die Zechen im Westen jünger sind als die alten Privatzechen Oberschlesiens. Daher behaupten in Oberschlesien zwar nicht der Handel, aber die beiden mächtigsten Handelsfirmen ihre Stellung. Sie werden eben zur Handelsorganisation des Kartells (nicht formell, da das eher in der Form geschieht, dass das Kartell sich nicht um den Handel kümmert, sondern den Absatz der Grube überlässt, aber doch in der Tat). Sie werden dies nicht als „Händler“, sondern wegen ihrer Kapitalstärke, während der unbedeutendere, weil nicht so konzentrierte Handel des Westens seine Stellung verliert und auch der Grosshändler „mehr oder weniger Agent“ wird, wie Oberbergrat Dr. Wachler sagt[1]).

Die Unterordnung des Handels unter das Syndikat erleichtert diesem auch die Unterbindung der ausländischen Konkurrenz, die in stärkerem Masse als die inländische Fabrikation auf die Vermittlung des Handels angewiesen ist. So sagt der Kaufmann Klöckner (Duisberg): „Die Handelsfirmen, die den Verkauf des Giessereieisens vermitteln, müssen allerdings bei dem Roheisensyndikat Bedingungen unterschreiben, nach denen sie verpflichtet sind, kein ausländisches Eisen zu führen, respektive nach Deutschland hereinzubringen“ [2]).

[1]) Ebenda, II. Heft, Seite 380.

[2]) Hübsch ist die heuchlerische Phraseologie des braven Syndikatsagenten: „Wir haben das als Handelsfirmen auch für richtig gehalten; denn wir sind in der Hauptsache dazu da, das inländische Geschäft zu fördern und zu schützen.“ Die Ausplünderung des Inlandes, die Hinderung der Verarbeitung durch Fabrikation von künstlicher Kohlen-, Koks- und Eisennot, die Hochhaltung der inländischen Preise durch Verschleuderung ins Ausland, das ist die nationale Gesinnung der Profitsucht.

Mit dieser Uebermacht der kartellierten Industrie kontrastiert umgekehrt die Abhängigkeit kleiner Fabrikanten in noch nicht kartellfähigen Industrien vom kapitalstarken Händler, eine Abhängigkeit, die besonders drückend wird, wenn sie durch Kreditgewährung gesteigert wird.

„Viele kleine Fabrikanten sind auch geschäftlich vollständig in den Händen der Händler; wir haben leider sehr viele Fabrikanten in unserer Fertigwarenindustrie, die zu kapitalschwach sind und eigentlich nicht auf eigenen Füssen stehen, sondern gezwungen sind, um ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, ihre Waren zu jedem Preis loszuschlagen. Dann wird die Ware von einem Händler abgenommen oder gar Vorschuss darauf gegeben, und dieser hat den kleinen Fabrikanten dann für absehbare Zeit in der Hand; er kann ihm nachher seine ganze Geschäftsführung vorschreiben“ [1]). Herr Gerstein spricht von der Kleineisenindustrie und sieht in dem Widerstand der Händler einen wichtigen Grund, der die Kartellierung erschwert.

Anderseits kann die Kartellierung der Fertigindustrien allein diesen für die Preisausnützung nicht viel nützen. „Wenn die Fabrikanten der Fertigwarenindustrien sich zusammenschliessen, und wenn sie die Preise so stellen, dass ihnen ein bescheidener Nutzen bleibt, dann haben wir leider sehr oft die Erfahrung gemacht, dass ihnen die Grossindustrie einen Knüppel zwischen die Beine wirft und die Artikel, die sie selbst benötigt, in ihren eigenen Werkstätten anfertigt, wobei sie dann selbstverständlich mit ganz anderen Selbstkosten zu rechnen hat wie die Fabrikanten, die in Bezug auf die Beschaffung ihrer Rohmaterialien auf die Preise der Kartelle der Grossindustrie angewiesen sind. Diese Herstellung der benötigten Artikel im eigenen Betriebe geht ja, wie wir gehört haben, sehr weit. Herr Direktor Fuchs hat mir gestern noch gesagt, es treten grosse Werke: Bochum, der Dortmunder Verein, die Königs- und Laurahütte — Waggons gehören ja nicht zur Kleineisenindustrie, aber doch zu den Fertigfabrikaten — als Konkurrenten der reinen Waggonfabriken auf. Da habe ich geantwortet, dass nicht nur die letzteren darunter leiden, sondern auch die Betriebe der Kleineisenindustrie, die Fabrikanten von Waggonbeschlagteilen; denn die grossen Stahlwerke machen nicht nur die fertigen Waggons, sondern alles, was dazu gehört: Puffer, Kreuze, Kuppelungen, kurzum alle Teile selber.

[1]) Aussage des Handelskammersekretärs Gerstein (Hagen). „Kontradiktorische Verhandlungen“, 6. Sitzung, Halbzeugverband, Seite 414.

Die Königs- und Laurahütte macht für ihre Waggons alles, von den Rädern bis zu dem letzten Stück, vielleicht ausgenommen Federn, Schrauben und Nieten. Auch die Dortmunder Union verfertigt fast sämtliche Beschlagteile für ihre Waggonfabrik und auch andere Kleineisenindustrieartikel, zum Beispiel Schrauben für Eisenbahnoberbau[1]).

Wenn aber der Handel durch seinen Einfluss auf die kleineren Kapitalisten die Kartellierung hemmt, sucht er auf der anderen Seite diesen Einfluss zu verstärken, indem er selbst Ringe schliesst. Auch dafür führt Gerstein einige Beispiele an. Die grossen Eisenwarenhandlungen Berlins zum Beispiel sind zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, die auf die Preisbildung grossen Einfluss hat. Die Danziger Handlungen haben eine Firma gemeinsam aufgekauft und sich dann zu einer Eisenhändlervereinigung, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zusammengeschlossen. Der Verband deutscher Eisenwarenhändler mit dem Sitz in Mainz hat Bestimmungen über den Einkauf von Waren getroffen. Die Mitglieder des Verbandes lassen sich von ihren Lieferanten einen Revers unterschreiben, „nach welchem diese sich verpflichten, nicht an Bazare zu verkaufen". Die Mitglieder des Verbandes verpflichten sich, nicht zu kaufen von solchen Fabrikanten, die selbst an Konsumenten liefern und das ist stellenweise schon so weit gegangen, dass man die grossen Staatsbahnen unter die Konsumenten gerechnet hat und den Fabrikanten hat untersagen wollen, direkt an die Staatsbahnen verschiedene Artikel zu liefern[2]).

Ein gutes Beispiel dafür, dass grössere Kapitalmacht leicht zu Abhängigkeitsverhältnissen führt, etwa auch in der Form, dass der Grosshändler den Handelsprofit auf Kosten des industriellen vergrössert und das auf ihn fallende, durch eigene Spekulation eventuell erst selbst geschaffene Risiko abwälzt, ist das folgende: „Dagegen steht die Spekulation in Druckpapier dem Streben des Syndikats nach stabilen Preisen und Anpassung des Angebots an die

[1]) Aussage Gersteins, ebenda, Seite 445.

[2]) Ebenda, Seite 447.

Wie rigoros anderseits grosse Werke ihren kleineren Lieferanten gegenüber bisweilen verfahren, zeigt die Aussage Gersteins (ebenda, Seite 556). „Ein grosses Hüttenwerk mit Zechenbesitz hat gedruckte Bedingungen für den Bezug ihrer Werkzeugmaterialien, in denen eine Offerte verlangt wird, und da heisst es weiter: Menge: Unser Bedarf für das Kalenderjahr 1904 ohne Verpflichtung für uns zur Abnahme eines bestimmten Quantums. Lieferung auf unseren Abruf."

Nachfrage im Wege. Papier im allgemeinen und Druckpapier im besonderen ist kein Spekulationsartikel, und nach den Vorgängen, die beobachtet wurden von fast allen Papierfabriken Deutschlands, sind allemal diejenigen Grosshändler, welche im Falle weichender Tendenz der Papierpreise in blanco und ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten des Papiers dasselbe verkaufen, gerade die, welche nachher beim Einkauf den um Bestellungen verlegenen Papierfabrikanten in der unwürdigsten Art im Preise drücken. Es ging dies und geht dies heute noch so weit, dass derartige Händler mit unwahren Behauptungen den im Gebirge sitzenden, vom Papiermarkt abgeschnittenen Papierfabrikanten zu einem weit unter den Marktpreis liegenden Verkaufspreis nötigen.

Umgekehrt sind aber dieselben Grosshändler im Falle steigender Tendenz auf dem Papiermarkte immer wieder diejenigen, die unter Anwendung aller Künste und Ueberredungen den Papierfabrikanten zu einem grossen Abschluss, beziehungsweise Verkauf grosser Quantitäten Papier drängen, ohne dass sie selbst es bereits weiter verkauft hätten. In diesem Fall sind dann in erster Linie die Drucker die Geschädigten, die dem Händler seine geglückte Spekulation über Gebühr zu bezahlen haben; in zweiter Linie sind aber regelmässig bei recht schnell vorübergehenden Hochkonjunkturen die Papierfabrikanten auch die Geschädigten, weil ohne weiteres der betreffende Händler nach eingetretener Abwärtsbewegung der Marktpreise wiederum auf den Preis drückt oder aber, wenn er das Papier selbst nicht abnehmen kann, den Papierfabrikanten ruhig auf der Ware sitzen lässt. Nur in den allerseltensten Fällen entschliesst sich ein Papierfabrikant, eine Feststellungsklage oder überhaupt eine gerichtliche Klage dieserhalb gegen den Händler zu richten, immer in der Erwägung, dass er die Kundschaft des Händlers sich nicht verscherzen will für späterhin“ [1]).

Die Herstellung des Syndikats ändert die Situation mit einem Schlage. Den zersplitterten Händlern tritt die vereinigte Industrie entgegen. Die Kapitalsmacht ist jetzt auf seiten der Industriellen. Aber nicht nur dies. Es erscheint jetzt der Händler als das, was er ist, als entbehrliches Hilfsmittel gegenüber der unentbehrlichen Produktion; es erscheint gleichsam die Ueberlegenheit der Naturnotwendigkeit der Produktion über die kapitalistische Notwendigkeit

[1]) „Kontradiktorische Verhandlungen über den Verband deutscher Druckpapierfabriken“, Heft IV, Aussage des Direktors Reuther, Seite 110ff.

der Distribution durch den Handel. Das Syndikat reduziert ihn auf seine „legitimen Grenzen". „Als legitimer Handel wird angesehen, wenn der Händler auf Grund sicherer Einkaufspreise unter Zuschlag eines auskömmlichen Nutzens das Papier weiter verkauft und dabei diejenigen Bedingungen einhält, die von den Papiermachern als zulässige und für den Papierverkauf handelsübliche hingestellt werden." So wird der Papierhändler zu dem auf feste Provision gesetzten Agenten des Syndikats. Seine Freiheit wird ihm genommen und laut erschallen seine Klagen über unwürdige Behandlung; sehnsüchtig erzählt er von den guten alten Zeiten des doux commerce. Unter den aufgelegten Bedingungen aber empfindet er als härteste, dass er von nun an ausschliesslich vom Syndikat beziehen muss und von niemand anderem. Die Ausnützung der Konkurrenz unter den Produzenten ist ihm versagt und er selbst wird ein Werkzeug, das Syndikat zu befestigen, das Monopol, das ihn einschnürt, zu verewigen. Er muss alle Hoffnung fahren lassen, denn über der Tür, die zur Verkaufsstelle des Syndikats führt, steht mit Lettern, die ihm so fürchterlich sind, wie dem Sünder die Worte Dantes über der Höllenpforte: Kauft nur bei Syndikalisten und verkauft nur zu vom Syndikat bestimmten Preisen. Es ist das Ende des kapitalistischen Kaufmanns[1]).

Ein Mittel, die Spekulation beim Handel auszuschliessen, ist auch der Abschluss langfristiger Verträge. So setzt das Kohlensyndikat seine Preise stets für ein ganzes Jahr unabänderlich fest und weicht von dieser „fundamentalen Regel" unter keinen Umständen ab[2]).

[1]) „Das Syndikat hat sich also die Aufgabe gestellt, diesen so gearteten Grosshandel im Druckpapiergeschäft zu beseitigen. Nachdem es gelungen war, durch den Zusammenschluss des Syndikats eine grosse Anzahl von Agenten, die sich neben anderen Papieren auch mit dem Vertrieb von Druckpapier beschäftigten, auszuschalten, war immer noch eine grosse Anzahl von Händlern vorhanden, die sich mit Druckpapier beschäftigten, und so stellte sich das Syndikat es auch zur Aufgabe, nicht allein den sich mit Spekulation befassenden Firmen die Hergabe von Druckpapier zu weigern, sondern es auch zu verhüten, dass neue Händler auf dem Plan im Druckgeschäft erschienen. Das Syndikat weigerte daher schon in vielen Fällen jeden Verkauf von Druckpapier an Papierhandlungsfirmen, die erst während des Bestehens des Syndikats ihren Handel auf Druckpapier ausdehnen wollen." (Ebenda, Seite 111.)

[2]) „Kontradiktorische Verhandlungen", 1, Seite 94 ff.

Das deutsche Kokssyndikat hat seine Abnehmer im Herbst 1899 gezwungen, für die zwei Jahre 1900 und 1901 ihren Bedarf zu decken. Nebenbei sei be-

Tempora mutantur! In der Börsenenquete des Jahres 1893 ist die Spekulation die höchste Blüte und tiefste Wurzel des Kapitalismus. Alles ist Spekulation: Fabrikation, Handel, Differenzgeschäfte; jeder Kapitalist ist Spekulant, ja der Proletarier, der überlegt, wo er seine Arbeitskraft am besten verkaufen soll — ein Spekulant. In der Kartellenquete ist die Heiligkeit der Spekulation vergessen. Sie ist das Böse schlechtweg, aus dem Krisen, Ueberproduktion, kurz alle Schäden der kapitalistischen Gesellschaft folgen. Beseitigung der Spekulation ist die Parole. An die Stelle des Ideals der Spekulation tritt die Spekulation auf das Ideal des „stabilen Preises“, des Todes der Spekulation. Börse und Handel sind jetzt spekulativ, verwerflich, werden beseitigt zugunsten des industriellen Monopols. Der industrielle Profit aggregiert sich den Handelsprofit, wird selbst kapitalisiert zum Gründergewinn, zur Beute des als Finanzkapital zur höchsten Kapitalform gelangten Dreieinigkeit. Denn das industrielle Kapital ist Gott Vater, das das Handels- und Bankkapital als Gott Sohn entlassen hat, das Geldkapital ist der heilige Geist; sie sind drei, aber doch eins im Finanzkapital.

Die Sicherheit des Kartellgewinnes im Gegensatz zur Unsicherheit des Spekulationsgewinnes spiegelt sich wieder in der Verschiedenheit der Psychologie ihrer Vertreter und in der Bestimmtheit ihres Auftretens. Der Kartellmagnat fühlt sich als Herr der Produktion, sein Wirken liegt klar am Tage. Seinen Erfolg verdankt er der Organisation der Produktion, der Ersparung von Unkosten. Er fühlt sich als Vertreter der gesellschaftlichen Notwendigkeit gegenüber der individuellen Anarchie und betrachtet seinen Profit als gebührenden Lohn für seine organisatorische Tätigkeit. Dass ihm die Früchte einer Organisation zufallen, die nicht sein Werk allein ist, erscheint seinem kapitalistischen Denken nur

---

merkt, dass das Syndikat dabei seine Macht benutzte, um die Preise für 1900, die bereits im Februar 1899 auf 14 Mk. festgesetzt waren, auf 17 Mk. für beide Jahre zu erhöhen. Unter der Drohung, dass sie sonst keinen Koks bekämen, liessen sich die Hütten zum Abschluss bewegen.

Die Sache ist auch deshalb interessant, weil sie zeigt, wie wenig Syndikate auf die Krisen Einfluss nehmen können. Die Abschlüsse wurden 1899 gemacht, also zirka 27 Monate früher. Mitte 1900 liess die Konjunktur nach und 1901 war ein Krisenjahr, aber die Höchstpreise für Koks waren gesichert. Die Krise wurde dadurch in ihrer Wirkung für die weiterverarbeitende Industrie ausserordentlich verschärft. („Kontradiktorische Verhandlungen“, 3. Sitzung, Seite 638, 655, 664).

selbstverständlich. Er ist Vertreter einer neuen Zeit. „The day of the individual", herrscht Havemeyer die Verteidiger des Alten an, „has passed; if the mass of the people profit at the expense of the individual, the individual should and must go" [1]). Es ist der Sozialismus, den er meint, und siegestrunken merkt er nicht, dass zu den Individuen, die gehen müssen, eines Tages auch er und seinesgleichen gehören könnten. Der Kartellmagnat kennt keine Skrupel, und wenn Havemeyer mit erfreulicher Offenheit erklärt, er kümmere sich nicht für 2 Cents um die Ethik der anderen [2]), so betont Herr Kirdorf nicht minder stolz das Recht des Herrn im eigenen Hause. Ihre Ethik aber ist das schlimmste Verbrechen: der Bruch der Solidarität, die freie Konkurrenz, das Sichausschliessen von der Bruderschaft des Monopolgewinnes. Gesellschaftliche Aechtung und wirtschaftliche Vernichtung sind ihm gebührende Strafe [3]). Es wurden Listen verschickt, worin die nicht beitretenden Brenner durch fetten Druck hervorgehoben wurden [4]).

Ganz anders das Auftreten des Spekulanten. Er erscheint bescheiden, schuldbewusst. Sein Gewinn ist nur Verlust der anderen. Mag er auch notwendig sein, so ist seine Notwendigkeit doch nur ein Beweis für die Unvollkommenheit der kapitalistischen Gesellschaft. Die Quelle seines Gewinnes bleibt unklar. Der Spekulant ist ja kein Produzent, der Werte schafft. Uebersteigt sein Gewinn ein gewisses Mass, so kämpft die Bewunderung des Erfolges sofort mit dem Verdacht; er fühlt sich der Oeffentlichkeit gegenüber nie sicher und fürchtet stets ein neues Börsengesetz. Er entschuldigt sich und bittet, nicht allzu streng mit ihm ins Gericht zu gehen:

---

[1]) Industrial Commission. „Preliminary Report on Trusts and Industrial Combinations", Seite 223.

[2]) Industrial Commission, Seite 63. „I do not care two cents for your ethics". Er fügt hinzu, dass es richtiges Geschäftsprinzip sei, billige Preise zu erstellen, um die Konkurrenz auszuschliessen. Denn, wie er später meint, die Trusts sind nicht ein Geschäft für die Gesundheit der Konkurrenten. „Trusts are not in the business for their health." Seite 223.

[3]) Man höre die Strafandrohung der Deutschen Agrarkorrespondenz (Nr. 8 vom Jahre 1899), die dem Bund der Landwirte nahesteht:

„Der Deutsche Brenner, der den Beitritt zur Gesellschaft versagt, verwirkt den Anspruch auf berufliche Achtung, man sollte diese Herren für immer stigmatisieren. Wäre solch ein fairer Herr, wenn man später seinen Geldbeutel recht derb angreift, nicht fühlbarer gestraft, als durch das so wie so ihm gebührende Pfui."

[4]) „Kontradiktorische Verhandlungen". Aussage von Generalsekretär Köpke.

„Es ist das Erbteil aller menschlichen Einrichtungen: fehlerhaft und sündhaft sind sie immer[1])".

Und er ist glücklich, wenn er Gläubige findet, wie den Herrn Professor van der Borght, der ihn also tröstet:

„Es liegt in der Natur des Menschen, dass die Spielsucht von Zeit zu Zeit besonders lebhaft wird" und seine Angreifer mit der Versicherung zur Milde stimmt: „All diese ungünstigen Wirkungen sind in letzter Linie auf die unausrottbaren Schwächen und Leidenschaften der menschlichen Natur zurückzuführen" [2]).

Aber freilich, allzu hart darf man keinem Kapitalisten zusetzen. Eben noch hatte er gestanden: „Geld hat eine moralisch zersetzende Gewalt und der moralische Charakter ändert sich sehr schnell mit der Vergrösserung des Einkommens"[3]), da läuft ihm die Galle über. Die ganze Zeit über hat er sich schon geärgert über das ganz konfessionswidrige Unverständnis, das Herr Professor Cohn seiner schönen Seele entgegenbringt. Er hat mit grosser Geduld es hingenommen, dass die eingehendsten Erörterungen des Herrn Professors über die Funktion der Börse keine grössere Klarheit brachten und mit gelassener Gutmütigkeit hört er dafür die interessanten Eröffnungen an, die Professor Cohn über die Funktion der preussischen Universitäten zu machen hat. Aber zu arg darf man es doch nicht treiben. Er hat sicher nichts dagegen, wenn der Professor proklamiert: Zweck der Universität ist, zwischen Börse und Sozialdemokratie zu stehen, die ethische Berechtigung der Börse zu erweisen und sie zu verteidigen. Wenn aber der gelehrte Herr fortfährt: „Wären die Universitäten nicht da, so würden diese Gegensätze aufeinanderplatzen", so macht ihn dieser Casus von Grössen- und anderem Wahn doch lachen. An den Ernst des Professors mag er doch nicht glauben und so geht die Zunge mit ihm durch: „Dass Börsen ethische Zwecke verfolgen, gebe ich zu (man merkt, er bleibt auch jetzt noch Spekulant), aber dazu sind sie nicht gegründet worden, sondern aus — Eigennutz. Soll der Kaufmann

---

[1]) Deutsche Börsenenquete, I., Seite 464. Worte des Generalkonsuls Russel von der Diskontogesellschaft.

[2]) „Handwörterbuch der Staatswissenschaften", Seite 181 ff.

[3]) Deutsche Börsenenquete, II. Bd., Seite 2151. Aussage von Van Gülpen. Und nicht nur dann: „Wenn sie ihm (dem Provinzialbankier) das Leben sauer machen, so muss er mehr als er es bisher vielleicht getan hat, schwindelhafte Papiere vertreiben", versichert Herr v. Guaita. (Ebenda, Seite 959.)

Börsen gründen, um Wohltätigkeitsanstalten daraus zu machen?" Die ethische Nationalökonomie aber hat darauf keine Antwort und Herr Professor Cohn gleicht in diesem Moment einem begossenen Pudel, aber einem, in dem kein Mephistopheles steckt.

Vierzehntes Kapitel.

Die kapitalistischen Monopole und die Banken. Verwandlung des Kapitals in Finanzkapital.

Die Entwicklung der kapitalistischen Industrie entwickelt die Konzentration im Bankwesen. Das konzentrierte Banksystem ist selbst ein wichtiger Motor zur Erreichung der höchsten Stufe kapitalistischer Konzentration in den Kartellen und Trusts. Wie wirken nun diese wieder zurück auf das Banksystem? Das Kartell oder der Trust ist ein Unternehmen von grösster Kapitalkraft. In den gegenseitigen Abhängigkeitsbeziehungen kapitalistischer Unternehmungen entscheidet vor allem die Kapitalstärke darüber, welches Unternehmen von dem anderen in Abhängigkeit gerät. Eine weit fortgeschrittene Kartellierung wirkt von vornherein dahin, dass auch die Banken sich zusammenschliessen und sich vergrössern, um dem Kartell oder Trust gegenüber nicht in Abhängigkeit zu geraten. Die Kartellierung selbst befördert so den Zusammenschluss der Banken, wie umgekehrt der Zusammenschluss der Banken die Kartellierung. An dem Zusammenschluss der Stahlwerke zum Beispiel ist eine ganze Reihe von Banken interessiert, die zusammenwirken, um den Zusammenschluss herbeizuführen, selbst gegen den Willen einzelner Industrieller. Umgekehrt kann eine Interessengemeinschaft, die zunächst von den Industriellen herbeigeführt wird, zur Folge haben, dass auch zwei bisher konkurrierende Banken gemeinsame Interessen bekommen und zunächst auf einem bestimmten Gebiet gemeinsam vorgehen. In ähnlicher Weise wirken industrielle Kombinationen auf die Erweiterung der industriellen Sphäre einer Bank hin, die bisher vielleicht bloss auf dem Gebiet der Rohmaterialindustrie sich betätigt hat und durch die Kombination gezwungen wird, diese Tätigkeit auch auf die weiterverarbeitende Industrie zu erstrecken.

[1]) Deutsche Börsenenquete, II., Seite 2169.

Das Kartell selbst aber setzt eine Grossbank voraus, die imstande ist, dem gewaltigen Zahlungs- und Produktionskredit einer ganzen Industriesphäre stets zu genügen.

Aber das Kartell bewirkt auch eine weitere Intensifizierung der Beziehungen zwischen Bank und Industrie. Indem die freie Konkurrenz in der Industrie aufgehoben wird, findet zunächst eine Steigerung der Profitrate statt. Diese gesteigerte Profitrate spielt eine wichtige Rolle. Wo der Ausschluss der Konkurrenz durch Fusion zustande kommt, wird ein neues Unternehmen gegründet. Dieses Unternehmen kann auf erhöhten Profit rechnen. Dieser erhöhte Profit kann kapitalisiert werden und Gründergewinn bilden [1]). Dieser spielt beim Zustandekommen der Trusts in doppelter Hinsicht eine wichtige Rolle. Erstens ist seine Erlangung ein sehr wichtiges Motiv für die Banken, die Monopolisierung zu fördern. Zweitens aber kann ein Teil des Gründergewinnes dazu verwendet werden, um widerstrebende, aber doch wichtige Elemente durch Bezahlung eines höheren Kaufpreises zum Verkauf ihrer Fabriken, also zur Ermöglichung des Zustandekommens des Kartells zu bewegen. Man kann das vielleicht so ausdrücken: das Kartell übt eine Nachfrage aus auf die Unternehmungen eines Industriezweiges; diese Nachfrage steigert bis zu einem gewissen Grad ihren Preis [2]), dieser erhöhte Preis wird mit einem Teil des Gründergewinns bezahlt.

Die Kartellierung bedeutet auch eine grössere Sicherheit und Gleichmässigkeit des Ertrages der kartellierten Unternehmungen.

---

[1]) Der amerikanische Zuckertrust wurde 1887 von Havemeyer durch Verschmelzung von 15 kleinen Gesellschaften, die ihr Kapital auf zusammen $6^1/_2$ Millionen Dollars angaben, gegründet. Das Aktienkapital des Trusts wurde auf 50 Millionen Dollars festgesetzt. Der Trust erhöhte sofort die Preise für raffinierten und drückte die Preise für Rohzucker. Eine Untersuchung, die 1888 eingeleitet wurde, ergab, dass der Trust an einer Tonne raffinierten Zuckers ungefähr 14 Dollars verdiente, was ihm die Auszahlung von 10 Prozent Dividende auf das volle Aktienkapital, also ungefähr 70 Prozent auf das bei Gründung der Gesellschaft wirklich einbezahlte, ermöglichte. Ausserdem konnte sich der Trust noch gelegentlich die Zahlung von Extradividenden und die Rücklage enormer Reserven leisten. Heute hat der Trust 90,000.000 Dollars Aktienkapital. Die Hälfte sind Vorzugsaktien, berechtigt zu 7 Prozent kumulativ, die andere Hälfte sind Stammaktien, die gegenwärtig ebenfalls 7 Prozent bringen. („Berliner Tagblatt" vom 1. Juli 1909). Zahllose Beispiele auch in den Reports der Industrial Commission on Trusts and Industrial Combinations.

[2]) Es handelt sich dabei um den „Preis des Kapitals", der gleich ist dem kapitalisierten Profit.

Die Gefahren der Konkurrenz, die dem Einzelunternehmen früher so oft lebensgefährlich wurden, sind ausgeschaltet. Dadurch aber steigen einmal die Aktien dieser Unternehmungen im Kurse, was wieder bei Neuemissionen erhöhten Gründergewinn bedeutet Weiters aber ist die Sicherheit für das in diesen Unternehmungen investierte Kapital eine bedeutend vermehrte. Dies erlaubt den Banken, den industriellen Kredit weiter auszudehnen und so in höherem Masse als bisher Anteil zu nehmen an dem industriellen Profit. So verengern sich durch die Kartellierung die Beziehungen zwischen Banken und Industrie noch weiter, während gleichzeitig die Verfügung über das in der Industrie angelegte Kapital immer mehr den Banken zufällt.

Wir haben gesehen, wie im Beginn der kapitalistischen Produktion das Geld der Banken zwei Quellen entstammt. Einmal den Geldern der nichtproduktiven Klassen, das zweite Mal dem Reservekapital der industriellen und kommerziellen Kapitalisten. Wir haben weiter gesehen, wie die Entwicklung des Kredits dahin geht, nicht nur das gesamte Reservekapital der Kapitalistenklasse, sondern auch den grössten Teil des Geldes der nicht produktiven Klassen der Industrie zur Verfügung zu stellen. Die heutige Industrie wird mit anderen Worten mit einem Kapital betrieben, das weitaus grösser ist, als das Gesamtkapital im Eigentum der industriellen Kapitalisten. Mit der kapitalistischen Entwicklung wächst auch beständig die Summe des Geldes, das von der nicht produktiven Klasse den Banken und durch diese den Industriellen zur Verfügung gestellt wird. Die Verfügung über diese der Industrie unentbehrlichen Gelder gehört den Banken. Mit der Entwicklung des Kapitalismus und seiner Kreditorganisation wächst so die Abhängigkeit der Industrie von den Banken. Anderseits können die Banken die Gelder der nicht produktiven Klassen nur heranziehen und den stets wachsenden Grundstock derselben zu dauernder Verfügung behalten, wenn sie diese Gelder verzinsen. Dies konnten sie, solange diese Gelder nicht zu umfangreich waren, durch ihre Verwendung zu Spekulationskredit und Zirkulationskredit. Mit dem Wachstum dieser Gelder einerseits, mit der abnehmenden Bedeutung der Spekulation und des Handels anderseits, mussten sie immer mehr in industrielles Kapital verwandelt werden. Ohne die ständige Ausdehnung des Produktionskredits wäre die Verwendbarkeit der Depositen, damit aber auch die Verzinsung der Bankdepositen längst viel tiefer ge-

sunken. Dies ist in der Tat zum Teil in England der Fall, wo die Depositenbanken nur Zirkulationskredit vermitteln, der Depositenzins daher minimal ist. Daher das beständige Abströmen der Depositen in industrielle Anlagesphären durch Aktienkauf. Hier macht das Publikum direkt, was bei der Verbindung von Industrie- und Depositenbank die Bank tut. Für das Publikum ist das Resultat dasselbe, da der Gründergewinn ihm auf keinen Fall zufällt. Für die Industrie bedeutet es aber eine geringere Abhängigkeit vom Bankkapital in England im Vergleich zu Deutschland.

Die Abhängigkeit der Industrie von den Banken ist also die Folge der Eigentumsverhältnisse. Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Anderseits muss die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer grösserem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital. Den Eigentümern gegenüber behält es stets Geldform, ist von ihnen in Form von Geldkapital, zinstragendem Kapital, angelegt und kann von ihnen stets in Geldform zurückgezogen werden. In Wirklichkeit aber ist der grösste Teil des so bei den Banken angelegten Kapitals in industrielles, produktives Kapital (Produktionsmittel und Arbeitskraft) verwandelt und im Produktionsprozess fixiert. Ein immer grösserer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.

Das Finanzkapital entwickelt sich mit der Entwicklung der Aktiengesellschaft und erreicht seinen Höhepunkt mit der Monopolisierung der Industrie. Der industrielle Ertrag gewinnt einen sicheren und stetigeren Charakter. Damit gewinnt die Anlagemöglichkeit von Bankkapital in der Industrie immer weitere Ausdehnung. Aber die Verfügung über das Bankkapital hat die Bank und die Herrschaft über die Bank die Besitzer der Majorität der Bankaktien. Es ist klar, dass mit zunehmender Konzentration des Eigentums die Besitzer des fiktiven Kapitals, das die Macht über die Banken, und desjenigen, das die Macht über die Industrie gibt, immer mehr identisch werden. Dies um so mehr, als wir gesehen haben, wie die

Grossbank immer mehr auch die Verfügungsgewalt über das fiktive Kapital gewinnt.

Haben wir gesehen, wie die Industrie immer mehr in Abhängigkeit gerät vom Bankkapital, so bedeutet das durchaus nicht, dass auch die Industriemagnaten abhängig werden von Bankmagnaten. Wie vielmehr das Kapital selbst auf seiner höchsten Stufe zum Finanzkapital wird, so vereinigt der Kapitalmagnat, der Finanzkapitalist, immer mehr die Verfügung über das gesamte nationale Kapital in der Form der Beherrschung des Bankkapitals. Auch hier spielt die Personalunion eine wichtige Rolle.

Mit der Kartellierung und Trustierung erreicht das Finanzkapital seine höchste Machtstufe, während das Handelskapital seine tiefste Erniedrigung erlebt. Ein Kreislauf des Kapitalismus hat sich vollendet. Bei Beginn der kapitalistischen Entwicklung spielt das Geldkapital als Wucherkapital und als Handelskapital eine bedeutende Rolle sowohl für die Akkumulation des Kapitals als auch bei der Verwandlung der handwerksmässigen Produktion in kapitalistische. Dann aber beginnt der Widerstand der „produktiven", das heisst der Profit ziehenden Kapitalisten, also der Kommerziellen und Industriellen gegen die Zinskapitalisten[1]).

Das Wucherkapital wird dem Industriekapital untergeordnet. Als Geldhandlungskapital vollzieht es die Geldfunktionen, die sonst die Industriellen und Kommerziellen bei der Metamorphose ihrer Waren selbst hätten vollziehen müssen. Als Bankkapital vermittelt es die Kreditoperationen unter den Produktiven. Die Mobilisierung des Kapitals und die stets stärkere Ausdehnung des Kredits ändert allmählich die Stellung der Geldkapitalisten vollständig. Die Macht der Banken wächst, sie werden die Gründer und schliesslich die Beherrscher der Industrie, deren Profite sie als Finanzkapital an sich reissen, ganz wie einst der alte Wucherer in seinem „Zins" den Arbeitsertrag des Bauern und die Rente des Grundherrn. Der Hegelianer könnte von Negation der Negation sprechen: Das Bankkapital war die Negation des Wucherkapitals und wird selbst vom Finanzkapital negiert. Dieses ist die Synthese des Wucher- und

[1]) In der Tat war der „Wucher ein Hauptmittel für die Akkumulation des Kapitals, das heisst seine Anteilnahme an den Revenuen des Grundbesitzes. Aber das industrielle und kommerzielle Kapital gehen mehr oder minder Hand in Hand mit den Grundbesitzern gegen diese altmodische Form des Kapitals". **Marx**, „Theorien über den Mehrwert." I. Bd., Seite 19.

Bankkapitals und eignet sich auf einer unendlich höheren Stufe der ökonomischen Entwicklung die Früchte der gesellschaftlichen Produktion an.

Ganz anders aber die Entwicklung des Handelskapitals. Die Entwicklung der Industrie drängt es von der herrschenden Stellung über die Produktion, die es in der Manufakturperiode inne hatte, allmählich zurück. Aber dieser Rückgang bleibt definitiv und die Entwicklung des Finanzkapitals reduziert den Handel absolut und relativ und verwandelt den einst so stolzen Kaufmann in einen Agenten der vom Finanzkapital monopolisierten Industrie.

Fünfzehntes Kapitel.

Die Preisbestimmung der kapitalistischen Monopole. Geschichtliche Tendenz des Finanzkapitals.

Die partiellen Vereinigungen bedeuten eine weitere Stufe der Konzentration; sie unterscheiden sich von der früheren Form der Konzentration durch Vernichtung des schwächeren Unternehmens dadurch, dass hier nicht gleichzeitig mit der Betriebsvereinigung und Unternehmungsvereinigung auch eine Eigentumsvereinigung stattfinden muss; sie bedeuten aber keine prinzipielle Aenderung in den Konkurrenzverhältnissen. Insofern sie niedrigere Kosten haben als die anderen Unternehmungen oder sie selbst vor ihrer Vereinigung, sind sie im Konkurrenzkampf stärker; sind die Vereinigungen genug zahlreich und ausgedehnt, so dass sie den grössten Teil der Produktion herstellen, so werden ihre Produktionskosten ausschlaggebend für die Preise werden. Diese Vereinigungen haben so die Tendenz, preissenkend zu wirken. Dies hindert nicht, sondern dies ist sogar vorausgesetzt, dass die Vorteile der Vereinigung den vereinigten Unternehmungen Extraprofit abwerfen können.

Anders die monopolistischen Vereinigungen, die Kartelle und Trusts. Ihr Zweck ist die Erhöhung der Profitrate und sie können das erreichen zunächst durch Erhöhung der Preise, wenn sie imstande sind, die Konkurrenz auszuschalten. Hier entsteht nun die Frage nach dem Kartellpreis. Man wirft gewöhnlich diese Frage zusammen mit der nach dem Monopolpreis schlechthin und streitet darüber, ob die monopolistische Vereinigung wirklich ein Monopol sei oder wodurch dieses beschränkt, ob daher die Preise

dieser Vereinigungen wirklich gleich oder niedriger sein müssen als Monopolpreise. Diese selbst aber seien bestimmt durch das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis der Produktionskosten und der Stufenleiter der Produktion einerseits, dem Preis und der Grösse des Absatzes anderseits. Der Monopolpreis sei gleich jenem Preis, der einen so grossen Absatz zulasse, dass die Stufenleiter der Produktion die Produktionskosten nicht so sehr verteuere, dass dadurch der Profit auf die Einheit zu sehr abnähme. Ein höherer Preis senke den Absatz und damit die Stufenleiter der Produktion, erhöhe daher die Kosten und senke den Profit per Einheit; ein niederer senke den Profit so stark, dass auch die Masse des Absatzes kein Aequivalent für den erniedrigten Preis mehr biete.

Das Unbestimmte und Unmessbare unter der Herrschaft von Monopolpreisen ist die Nachfrage. Wie diese auf die Erhöhung des Preises reagiere, kann nicht angegeben werden. Der Monopolpreis lässt sich zwar empirisch festsetzen, seine Höhe aber nicht objektiv theoretisch erkennen, sondern nur psychologisch, subjektiv begreifen. Die klassische Oekonomie, wozu wir auch Marx rechnen, hat daher den Monopolpreis, den Preis der Güter, die nicht beliebig vermehrbar sind, aus ihren Deduktionen ausgeschaltet. Umgekehrt ist es die Lieblingsbeschäftigung der psychologischen Schule, Monopolpreise zu „erklären", wobei sie am liebsten, von einem beschränkten Gütervorrat ausgehend, alle Preise als Monopolpreise erklären möchte.

Die klassische Oekonomie fasst den Preis als Erscheinungsform der anarchischen gesellschaftlichen Produktion, seine Höhe als abhängig von der gesellschaftlichen Produktionskraft der Arbeit. Das objektive Preisgesetz setzt sich aber nur durch durch die Konkurrenz. Wenn die monopolistischen Vereinigungen die Konkurrenz aufheben, so heben sie damit das einzige Mittel auf, wodurch sich ein objektives Preisgesetz verwirklichen kann. Der Preis hört auf, eine objektiv bestimmte Grösse zu sein, er wird ein Rechenexempel derjenigen, die ihn mit Willen und Bewusstsein bestimmen, wird an Stelle eines Resultats Voraussetzung, an Stelle eines Objektiven ein Subjektives, an Stelle eines vom Willen und dem Bewusstsein der Beteiligten Unabhängigen und Notwendigen ein Willkürliches und Zufälliges. Die Verwirklichung der Marxschen Konzentrationslehre, die monopolistische Vereinigung, scheint damit zur Aufhebung der Marxschen Werttheorie zu werden.

Sehen wir näher zu! Die Kartellierung ist ein historischer Prozess und sie ergreift die kapitalistischen Produktionszweige in einer zeitlichen Reihenfolge je nach den Bedingungen, die für die Kartellierung gegeben sind. Wir haben gesehen, wie die Entwicklung des Kapitalismus dahin geht, diese Bedingungen immer mehr für alle Produktionszweige zu verwirklichen. Unter sonst gleichen Umständen — also bei gleichem Entwicklungsgrade des Einflusses der Banken auf die Industrie, in gleicher Phase des industriellen Zyklus, bei gleicher organischer Zusammensetzung des Kapitals — wird ein Industriezweig desto geeigneter für die Kartellierung sein, je grösser der Kapitalumfang der Einzelunternehmung und je geringer die Zahl der Unternehmungen in diesem Produktionszweig ist.

Gesetzt, diese Bedingungen seien zuerst in der Gewinnung der Eisenerze erreicht. Der Eisenerzbergbau sei kartelliert und erhöhe die Preise. Die nächste Folge ist die Erhöhung der Profitrate für die Bergbauunternehmer. Aber die erhöhten Verkaufspreise des Eisenerzes bedeuten für die Roheisenproduzenten Erhöhung ihrer Kostpreise. Die Verkaufspreise des Roheisens werden aber dadurch zunächst nicht berührt. Auf dem Roheisenmarkt hat sich durch die Kartellierung der Erzgruben nichts geändert. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage und damit die Preise bleiben die gleichen. Die Erhöhung der Profitrate des Kartells hat also zur Folge die Senkung der Profitrate der Roheisenproduzenten. Was bedeutet das aber?

Theoretisch können folgende Folgen eintreten: Das Kapital fliesst aus der Sphäre niedrigerer Profitrate zu der höherer Profitrate. Bisher in der Roheisenproduktion verwendetes Kapital wird jetzt zum Betrieb von Erzbergwerken gebraucht. Für den Erzbergbau würde so Konkurrenz entstehen, die um so fühlbarer wäre, da die Eisenproduktion eingeschränkt worden wäre. Die Erzpreise würden sinken, die Roheisenpreise steigen und nach einigen Schwankungen der frühere Zustand wieder hergestellt sein, nachdem wahrscheinlich inzwischen das Kartell gesprengt worden wäre. Wir wissen aber bereits, dass die Aus- und Einwanderung von Kapital gerade in solchen Produktionszweigen kaum übersteigbare Schranken finden würde. Dieser Weg zur Ausgleichung der Profitrate ist also nicht gangbar.

Die Kartellpreise sind nur für diejenigen Roheisenproduzenten von Bedeutung, die das Erz auf dem Markte kaufen müssen. Um

den Wirkungen des Kartells zu entgehen, genügt es, dass die Roheisenwerke selbst sich Erzgruben angliedern. Damit sind sie vom Kartell unabhängig geworden und ihre Profitrate wird die normale Höhe einnehmen. Diejenigen Unternehmungen, die so zuerst zu kombinierten Unternehmungen werden, werden zudem Extraprofit machen gegenüber den anderen, die die teuren Rohmaterialien und den Handelsprofit der Erzhändler zahlen müssen. Aber dasselbe gilt auch von den Erzgruben, die zur Roheisenproduktion übergehen, auch sie werden als kombinierte den reinen Werken in der Konkurrenz überlegen sein. So erweist sich zunächst das Kartell als stärkster Antrieb zur Kombination und damit zu einer weiteren Konzentration. Diese wird sich besonders stark geltend machen in den Industriezweigen, die die Abnehmer und Weiterverarbeiter der Kartellprodukte sind.

Wir haben im früheren gesehen, wie die Tendenz zur Kombination durch gewisse Konjunkturerscheinungen hervorgerufen oder verstärkt wird. Durch die Kartellierung wird diese Tendenz gesteigert und zugleich modifiziert. Eine monopolistische Vereinigung mag während einer Krise ihre Preise hochhalten, während das ihren nicht kartellierten Abnehmern unmöglich sei. Dann tritt für diese zu den Wirkungen der Krise noch die Unmöglichkeit, ihre Produktionskosten zu vermindern durch billigeren Einkauf des Rohmaterials. In solchen Zeiten wird einerseits bei den Nichtkartellierten der Drang, sich aus eigenen Gruben billiges Rohmaterial zu schaffen, besonders stark sein. Gelingt dies aber nicht, so werden eine ganze Reihe von sonst lebensfähigen, technisch gut ausgestalteten Betrieben nicht weiterexistieren können. Sie müssen Bankrott machen oder sich zu billigem Preis von einer Erzgrube ankaufen lassen, für die die Erwerbung des Werkes zu dem niedrigen Preis die Sicherheit künftiger Rentabilität bedeutet.

Noch ein anderer Weg steht den Roheisenindustriellen offen. Der vereinigten Macht der Erzgrubenbesitzer standen die Roheisenproduzenten vereinzelt gegenüber. Sie waren daher machtlos gegenüber der Verteuerung des Rohmaterials. Aber ebenso machtlos waren sie, als es galt, die Preiserhöhung ihres Rohmaterials in dem Preis des Eisens zum Ausdruck zu bringen. Das ändert sich, sobald sie sich selbst zum Kartell vereinigen. Dann sind sie imstande, dem Erzgrubenkartell geschlossen gegenüberzutreten und ihre Macht als Abnehmer geltend zu machen. Anderseits aber können

sie beim Verkauf ihrer Produkte jetzt selbst preisbestimmend auftreten und die Profitrate über die Norm erhöhen. In der Tat werden beide Wege eingeschlagen, sowohl die Kombination als die Kartellierung, und das Resultat des Prozesses wird die kombinierte monopolistische Vereinigung von Erz- und Eisenproduzenten sein.

Es ist klar, dass dieser Prozess sich dann weiter fortpflanzen muss auf die weiteren Abnehmer des Roheisens und eine kapitalistische Produktionssphäre nach der anderen ergreifen wird. So entfalten die Kartelle ihre propagandistische Kraft. Die Kartellierung bedeutet zunächst eine Aenderung der Profitrate. Diese Aenderung ist erfolgt auf Kosten der Profitrate der anderen kapitalistischen Industrien. Die Ausgleichung dieser Profitraten auf ein gleiches Niveau kann nicht erfolgen durch die Wanderung des Kapitals. Denn die Kartellierung bedeutet ja, dass die Konkurrenz des Kapitals um seine Anlagesphären gehemmt ist. Die Behinderung der Freizügigkeit des Kapitals durch ökonomische Ursachen und durch Eigentumsverhältnisse (Monopol an Rohstoffen) ist ja die Voraussetzung der Aufhebung der Konkurrenz auf dem Markte zwischen den Verkäufern. Die Ausgleichung kann nur erfolgen durch Anteilnahme an der erhöhten Profitrate durch Selbstkartellierung oder durch Ausschaltung derselben durch Kombination. Beides bedeutet erhöhte Konzentration und daher Erleichterung der Weiterkartellierung.

Ist aber die Weiterkartellierung aus irgendwelchen Gründen ausgeschlossen: wie wirkt dann der Kartellpreis und können wir dann über seine Höhe etwas aussagen?

Wir haben gesehen, wie die durch Erhöhung des Kartellpreises bewirkte Erhöhung der Profitrate durch nichts anderes bewirkt werden kann als durch die Erniedrigung der Profitrate in anderen Industriezweigen. Der Kartellprofit ist zunächst nichts anderes als Anteilnahme, Aneignung des Profits anderer Industriezweige. Nun besteht, wie wir bereits wissen, in Industriezweigen mit geringem Kapital und starker Zersplitterung der Betriebe die Tendenz einer Senkung der Profitrate unter ihren gesellschaftlichen Durchschnitt. Die Kartellierung bedeutet eine Verstärkung dieser Tendenz, eine weitere Herabdrückung der Profitrate in diesen Zweigen. Wie weit diese Herabdrückung gehen kann, hängt ab von der Natur dieser Produktionssphäre. Eine zu starke Herabdrückung wird beantwortet werden mit Auswanderung von Kapital

aus diesen Sphären. Diese Auswanderung ist wegen der technischen Natur des Kapitals in diesen Sphären nicht allzu schwer.

Aber um so schwieriger wird die Frage, wohin dieses Kapital sich wenden soll, da auch die anderen Sphären kleiner Kapitalanlage in gleicher Weise von den kartellierten Industrien ausgebeutet werden[1]). Und so wird schliesslich in diesen Industrien der Profit der scheinbar noch selbständigen Kapitalisten zu reinem Aufsichtslohn, diese Kapitalisten selbst zu Angestellten des Kartells, zu Zwischenkapitalisten oder Zwischenunternehmern, analog den Zwischenmeistern des Handwerks.

Der Kartellpreis ist so in der Tat abhängig von der Nachfrage. Aber diese selbst ist kapitalistische Nachfrage. Der Kartellpreis muss also theoretisch schliesslich gleich dem Produktionspreis sein plus der Durchschnittsprofitrate. Aber diese selbst hat sich geändert. Sie ist verschieden für die grosse kartellierte Industrie und für die kleinen von ihr in Abhängigkeit geratenen Sphären der Kleinindustrie, dessen Kapitalisten sie eines Teiles des Mehrwerts beraubt, um sie auf einen blossen Gehalt zu beschränken.

Aber diese Preisbestimmung selbst ist — wie das isolierte oder partielle Kartell selbst — nur provisorisch.

Die Kartellierung bedeutet eine Aenderung in der Durchschnittsprofitrate. Die Profitrate steigt in den kartellierten Industrien und sinkt in den nicht kartellierten. Diese Verschiedenheit führt zur Kombination und Weiterkartellierung. Für die ausserhalb der Kartellierung befindlichen Industrien sinkt die Profitrate. Der Kartellpreis wird um den Betrag über den Produktionspreis der kartellierten Industrien steigen, um den er in den nicht kartellierten unter ihren Produktionspreis gefallen ist. Sofern in den nicht kartellierten Industrien Aktiengesellschaften vorhanden sind, kann der Preis nicht sinken unter $k + z$, Kostpreis plus Zins, da sonst keine Anlage von Kapital möglich wäre. Die Erhöhung des Kartellpreises findet also ihre Grenze an der Möglichkeit der Senkung der Profitrate in nicht kartellfähigen Industrien. Innerhalb dieser findet eine Ausgleichung der Profitrate zu einem niedrigeren Niveau statt durch die hier bestehende Konkurrenz des Kapitals um die verschiedenen Anlagesphären.

[1]) Zugleich ändert sich der Charakter des Kartellprofits. Er besteht aus unbezahlter Arbeit, aus Mehrwert, aber zum Teil aus Mehrwert, den die Arbeiter fremder Kapitalisten produziert haben.

Die Erhöhung des Kartellpreises lässt den Preis der nicht kartellierten Produkte nicht unverändert. Diese Aenderung rührt her von der Ausgleichung der Profitrate innerhalb der nichtkartellierten Industrien. Würde die nicht kartellierte Industrie eine Einheit bilden, so bliebe der Preis der nicht kartellierten Produkte unverändert. Derselbe Preis würde nur eine geringere Profitrate als früher bedeuten, da der Preis der Rohmaterialien, also der Kostpreis gestiegen ist. War der Preis früher 100, die Profitrate 20 Prozent, so sinkt sie jetzt auf 10 Prozent, weil durch die Kartellierung der Kostpreis, der früher 80 war, jetzt auf 90 gestiegen ist. Da aber in den einzelnen nicht kartellierten Industrien je nach ihrer organischen Zusammensetzung in verschiedener Weise durch die Kartellierung der Kostpreis steigt, so muss eine Ausgleichung stattfinden. Diejenigen Industrien, die grössere Mengen von durch das Kartell verteuertem Rohmaterial verbrauchen, müssen die Preise ihrer Produkte erhöhen, diejenigen, die weniger verbrauchen, werden eine Verminderung ihrer Preise erfahren. Mit anderen Worten: Industrien mit überdurchschnittlicher[1]) organischer Zusammensetzung ihres Kapitals werden eine Erhöhung, Industrien mit unterdurchschnittlicher Zusammensetzung des Kapitals eine Senkung des Produktionspreises erfahren, während dieser in Industrien mit durchschnittlicher Zusammensetzung unverändert bleibt. Gewöhnlich hat man nur die Preiserhöhung im Auge und bildet sich dann sofort ein, jede Erhöhung der Produktionskosten sei ohneweiters auf die Konsumenten abwälzbar. Aber die Erhöhung der Produktionskosten führt unter bestimmten Umständen sogar eine Senkung des Preises herbei.

Aber die Preisgestaltung weist noch einige andere Eigentümlichkeiten auf. Gesetzt, das Kapital der nicht kartellierten Industrien betrage 50 Milliarden. Bei einer Profitrate von 20 Prozent beträgt der Produktionspreis 60 Milliarden. Davon würden die nicht kartellierten Industrien 50 Milliarden kaufen. Ihr Produktionspreis betrüge dann bei gleicher Profitrate ebenfalls 60 Milliarden. Der Wert des Gesamtprodukts also 120 Milliarden. Aber die kartellierten Industrien haben ihre Profitrate erhöht und die der nicht kartellierten Industrien dadurch gesenkt. Die Profitrate der Nichtkartellierten be-

[1]) Hier ist nicht die durchschnittliche organische Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gemeint, sondern nur die der nicht kartellierten Industrien.

trage so nur 10 Prozent. Ihr Profit ist reduziert, weil sie für Rohmaterial nicht 50, sondern rund 55 Milliarden zahlen müssen. (Ich vernachlässige hier das variable Kapital, das in diesem Beispiel nichts zur Sache tut.) Wenn aber das Kartell für 50 Milliarden 55 bekommt, so muss es für 60 Milliarden 66 erhalten. Die Preise müssen ja nicht nur für die kapitalistischen Konsumenten, sondern für alle Konsumenten gleich sein. Nach unserer Voraussetzung müssen also die letzten 10 Milliarden, die direkt an die Konsumenten gehen, nicht um 10, sondern um 11 Milliarden verkauft werden. Die Konsumenten kaufen also die Masse der nicht kartellierten Produkte zu den alten Preisen, die kartellierten Produkte zu erhöhten Preisen. Ein Teil des Kartellprofits stammt also von den Konsumenten, womit hier alle nicht kapitalistischen Kreise, die abgeleitetes Einkommen beziehen, gemeint sind. Die Konsumenten werden aber vielleicht ihre Konsumtion bei den erhöhten Preisen einschränken. Und hier kommen wir zur zweiten Schranke des Kartellpreises. Die Preiserhöhung muss erstens den nicht kartellierten Industrien eine Profitrate lassen, die die Fortführung der Produktion ermöglicht. Sie darf aber zweitens auch die Konsumtion nicht zu stark verringern. Die zweite Schranke selbst hängt wieder ab von der Grösse des Einkommens, über die die nicht direkt produktiven Klassen verfügen. Da aber für die kartellierten Industrien in ihrer Gesamtheit die produktive Konsumtion eine weit grössere Rolle spielt als die unproduktive, so ist die erste Schranke im allgemeinen die eigentlich bestimmende.

Die Verringerung des Profits in den nichtmonopolisierten Industrien bedeutet aber eine Verlangsamung ihrer Entwicklung. Die Senkung der Profitrate bedeutet, dass neues Kapital diesen Sphären nur langsam zuströmen wird. Zugleich aber wird, da die Profitrate gesunken ist, ein um so erbitterterer Kampf um den Absatz stattfinden, der hier um so gefährlicher wirkt, da schon eine relativ kleine Preissenkung den niedrigen Profit aufhebt. Gleichzeitig tritt noch eine andere Wirkung ein: Wo es der Uebermacht der kartellierten Industrien gelingt, den Profit auf einen blossen Aufsichtslohn zu reduzieren, da ist kein Raum mehr für die Bildung von Aktiengesellschaften, da sowohl Gründergewinn als Dividenden erst aus dem Ertrag über den Aufsichtslohn hinaus gezahlt werden können. So wirkt die Kartellierung hindernd auf die Entwicklung der nicht kartellierten Industrien. Gleichzeitig verschärft sie in

ihnen die Konkurrenz und damit die Konzentrationstendenz, bis diese Industrien schliesslich selbst kartellfähig werden oder fähig, von einer bereits kartellierten Industrie angegliedert zu werden.

Die freie Konkurrenz erzwingt die ständige Erweiterung der Produktion infolge Einführung verbesserter Technik. Für die Kartelle bedeutet die Einführung besserer Technik gleichfalls Erhöhung des Profits. Sie müssen sie zudem einführen, weil sonst die Gefahr besteht, dass der neuen Technik sich ein Outsider bemächtigte und sie im neu entstehenden Konkurrenzkampf gegen das Kartell anwenden würde. Ob dies möglich, hängt von dem Charakter des Monopols ab, das das Kartell sich geschaffen hat. Ein Kartell, das auch die Naturbedingungen seiner Produktion monopolisiert hat — wie zum Beispiel die Bergwerkssyndikate — oder dessen Produktion höchste organische Zusammensetzung aufweist, so dass ein neues Unternehmen ausserordentlicher Kapitalskraft bedürfte, die nur die Banken zur Verfügung stellen könnten, die aber gegen das Kartell nichts unternehmen wollen — ein solches Kartell ist gegen neue Konkurrenz in hohem Masse geschützt. Da bedeutet die Verbesserung der Technik einen Extraprofit, der nicht durch die Konkurrenz schliesslich zum Verschwinden gebracht würde, so dass die Preise der Ware sinken müssten. Die Einführung der verbesserten Technik kommt dann den Konsumenten nicht zugute, sondern nur diesen straff organisierten Kartellen und Trusts. Die verbesserte Technik könnte aber grösseres Ausmass der Produktion bedingen und deren Absatz wieder eine Senkung des Preises erfordern, ohne die Ausdehnung der Konsumtion nicht erfolgen würde. Dies kann der Fall sein, muss es jedoch nicht; es wäre auch möglich, dass zum Beispiel der Stahltrust diese verbesserte Technik in einigen Betrieben anwendete, deren Produktion dann ausreichte, um den ganzen Bedarf zu den bisherigen Preisen zu decken, während er dafür andere Betriebe stillegte. Die Preise blieben dieselben, die Produktionskosten wären gefallen und der Profit gestiegen. Eine Produktionsausdehnung hätte nicht stattgefunden, die verbesserte Technik hätte Arbeiter freigesetzt, die keine Aussicht auf Beschäftigung fänden. Ein ähnliches Resultat könnte auch bei der Kartellorganisation eintreten. Die grössten Werke führen die Verbesserung ein und dehnen damit ihre Produktion aus; damit sie das innerhalb des Kartells tun können, kaufen sie kleineren Werken ihre Beteiligung ab und legen sie still. Die verbesserte Technik ist angewendet worden

und hat auch Konzentration bewirkt, dagegen keine Ausdehnung der Produktion.

Die Kartellierung bedeutet aussergewöhnliche Extraprofite[1]) und wir haben gesehen, wie diese Extraprofite kapitalisiert und als konzentrierte Kapitalmassen den Banken zufliessen. Gleichzeitig aber bedeuten die Kartelle eine Verlangsamung der Kapitalsanlage. In den kartellierten Industrien, weil die erste Massregel des Kartells die Einschränkung der Produktion ist, in den nicht kartellierten, weil die Senkung der Profitrate zunächst von weiteren Kapitalsanlagen zurückschreckt. So wächst einerseits rapid die Masse des zur Akkumulation bestimmten Kapitals, während sich anderseits seine Anlagemöglichkeit kontrahiert. Dieser Widerspruch verlangt

[1]) Eine interessante Form nimmt der Kartellextraprofit in folgendem Fall an. Die Lieferung von Schuhmaschinen für die deutsche Industrie lag bis in den Neunzigerjahren fast ausschliesslich in den Händen Amerikas. Die nach Deutschland liefernden amerikanischen Schuhmaschinenfabriken haben sich zu der „Deutschen Vereinigten Schuhmaschinengesellschaft (D. V. S. G.)" zusammengeschlossen. Die Maschinen werden nicht käuflich abgegeben, sondern gegen eine bestimmte Pacht vermietet. Wünscht ein Schuhfabrikant eine Maschine zu beziehen, so wird ein Vertrag auf 5 bis 20 Jahre abgeschlossen. „In diesem verpflichtet sich die liefernde Firma zur Aufstellung der Maschine, zur kostenlosen Ausführung von Reparaturen und Anbringung aller Neuerungen sowie zur Lieferung von Ersatzteilen zu mässigen Preisen. Dagegen zahlt der Schuhfabrikant eine einmalige Grundtaxe, die etwa dem Herstellungspreis der Maschine entspricht und ausserdem fortlaufend eine bestimmte Abgabe per 1000 Umdrehungen der Maschine.... Die Abgaben... bedeuten einen Betrag von 15 bis 25 Pf. per Paar Stiefel, die der Fabrikant an die D. V. S. G. entrichtet, einen Tribut, von dessen Grösse wir uns erst einen Begriff machen, wenn wir erfahren, dass zum Beispiel für 1907 drei Erfurter Schuhfabriken mit zusammen 885 Arbeitern, die vorwiegend jene Maschinen benützen, 61.300 Mk. für die einjährige Benützung gezahlt haben." Karl Rehe, „Die deutsche Schuhgrossindustrie", Seite 32. Das Interessante besteht hier darin: Die Benützung der Maschinen gewährt den deutschen Fabrikanten Extraprofit, weil sie ihren Konkurrenten dadurch überlegen werden. Der amerikanische Trust zwingt sie, einen Teil dieses Extraprofits (nicht den ganzen, sonst entfiele das Motiv zur Anwendung dieser Maschinerie) an ihn abzutreten. Die Stipulierung einer jährlichen Rente erleichtert einmal den Ankauf der Maschinerie und steigert die Abhängigkeit der Fabrikanten vom Trust, da er an diese Maschine gebunden ist. Alle Verbesserungen dieser Maschinerie werden sofort angewandt und steigern den Extraprofit, damit den Umsatz des Fabrikanten, damit aber auch die Abgabe an den Trust, der so einen Teil des fremden Extraprofits in eigenen verwandelt. Den Nutzen aus der verbesserten Technik heimsen so zum grössten Teil der Trust, zu einem geringeren die Anwender der Maschinen, und nur zum kleinsten Teil die Konsumenten ein.

seine Lösung und findet sie im Kapitalexport. Der Kapitalexport selbst ist nicht eine Folge der Kartellierung. Er ist eine Erscheinung, die von der kapitalistischen Entwicklung unzertrennlich ist. Aber die Kartellierung steigert plötzlich den Widerspruch und schafft den akuten Charakter des Kapitalexports.

Es entsteht aber die Frage, wo die Grenze der Kartellierung eigentlich gegeben ist. Und diese Frage muss dahin beantwortet werden, dass es eine absolute Grenze für die Kartellierung nicht gibt. Vielmehr ist eine Tendenz zu stetiger Ausbreitung der Kartellierung vorhanden. Die unabhängigen Industrien geraten, wie wir gesehen haben, immer mehr in Abhängigkeit von kartellierten, um schliesslich von ihnen annektiert zu werden. Als Resultat des Prozesses ergäbe sich dann ein Generalkartell. Die ganze kapitalistische Produktion wird bewusst geregelt von einer Instanz, die das Ausmass der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt. Dann wird die Preisfestsetzung rein nominell und bedeutet nur mehr die Verteilung des Gesamtprodukts auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder anderseits. Der Preis ist dann nicht Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind, sondern eine bloss rechnungsmässige Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen handelt und nicht um Zuteilung von Werten. Mit der Anarchie der Produktion schwindet der sachliche Schein, schwindet die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld. Das Kartell verteilt das Produkt. Die sachlichen Produktionselemente sind wiederproduziert worden und werden zu neuer Produktion verwendet. Von dem Neuprodukt wird ein Teil auf die Arbeiterklasse und die Intellektuellen verteilt, der andere fällt dem Kartell zu zu beliebiger Verwendung. Es ist die bewusst geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Aber dieser Antagonismus ist Antagonismus der Verteilung. Die Verteilung selbst ist bewusst geregelt und damit die Notwendigkeit des Geldes vorüber. Das Finanzkapital in seiner Vollendung ist losgelöst von dem Nährboden, auf dem es entstanden. Die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden, der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel erreicht, die geregelte Gesellschaft, und das Perpetuum mobile der Zirkulation findet seine Ruh'.

Die Tendenz zur Herstellung eines Generalkartells und die

Tendenz zur Bildung einer Zentralbank treffen zusammen und aus ihrer Vereinigung erwächst die gewaltige Konzentrationsmacht des Finanzkapitals. Im Finanzkapital erscheinen alle partiellen Kapitalformen zur Totalität vereinigt. Das Finanzkapital erscheint als Geldkapital und besitzt in der Tat dessen Bewegungsform G-G', geldtragendes Geld, die allgemeinste und begriffloseste Form der Kapitalbewegung. Als Geldkapital wird es in den beiden Formen des Leihkapitals und des fiktiven Kapitals den Produktiven zur Verfügung gestellt. Die Vermittlung besorgen die Banken, die zugleich einen immer grösseren Teil in eigenes Kapital zu verwandeln suchen und dem Finanzkapital damit die Form von Bankkapital geben. Dieses Bankkapital wird immer mehr die blosse Form — Geldform — des wirklich fungierenden Kapitals, das heisst des industriellen Kapitals. Zugleich wird die Selbständigkeit des kommerziellen Kapitals immer mehr beseitigt, während die Trennung des Bankkapitals und des produktiven Kapitals im Finanzkapital aufgehoben wird. Innerhalb des industriellen Kapitals selbst werden die Schranken der einzelnen Sphären durch fortschreitende Vereinigung früher getrennter und selbständiger Produktionszweige aufgehoben, die gesellschaftliche Arbeitsteilung — das heisst die Teilung in die verschiedenen Sphären der Produktion, die nur durch die Tauschaktion als Teile des ganzen gesellschaftlichen Organismus verbunden sind — stetig verringert, während anderseits die technische Arbeitsteilung innerhalb der vereinigten Betriebe immer weiter getrieben wird.

So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals. Das Kapital erscheint als einheitliche Macht, die den Lebensprozess der Gesellschaft souverän beherrscht, als Macht, die unmittelbar entspringt aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln, den Naturschätzen und der gesamten akkumulierten vergangenen Arbeit, und die Verfügung über die lebendige Arbeit als unmittelbar entspringend aus den Eigentumsverhältnissen. Zugleich erscheint das Eigentum, konzentriert und zentralisiert in der Hand einiger grösster Kapitalsassoziationen, unmittelbar entgegengesetzt der grossen Masse der Kapitallosen. Die Frage nach den Eigentumsverhältnissen erhält so ihren klarsten, unzweideutigsten, zugespitztesten Ausdruck, während die Frage nach der Organisation der gesellschaftlichen Oekonomie durch die Entwicklung des Finanzkapitals selbst immer besser gelöst wird.

IV. ABSCHNITT:

Das Finanzkapital und die Krisen.

Sechzehntes Kapitel.

Die allgemeinen Bedingungen der Krise.

Es ist empirisches Gesetz, dass die kapitalistische Produktion in einen Kreislauf von Prosperität und Depression gebannt ist. Der Uebergang von einer Phase zur anderen vollzieht sich kritisch. In einem bestimmten Moment der Prosperität tritt in einer Reihe von Produktionszweigen Absatzstockung ein, infolgedessen sinken die Preise; Absatzstockung und Preissenkung verbreiten sich, die Produktion wird eingeschränkt; dieses Stadium dauert kürzere oder längere Zeit; die Preise und Profite sind niedrig; allmählich beginnt sich die Produktion auszudehnen, Preise und Profite steigen; der Umfang der Produktion ist grösser als je zuvor, bis die Wendung aufs neue eintritt. Die periodische Wiederkehr dieses Vorganges stellt die Frage nach seinen Ursachen, die eine Analyse des Mechanismus der kapitalistischen Produktion ergeben muss.

Die allgemeine Möglichkeit der Krise ist gegeben mit der Verdoppelung der Ware in Ware und Geld. Dies schliesst ein, dass der Fluss der Warenzirkulation eine Unterbrechung erfahren kann, indem das Geld statt zur Zirkulation der Waren verwendet zu werden, als Schatz gerinnt. Der Prozess W_1-G-W_2 stockt, weil das G, das die Ware W_1 realisiert hat, nicht selbst W_2 realisiert. W_2 bleibt unverkäuflich und damit ist die Absatzstockung gegeben.

Solange aber das Geld nur als Zirkulationsmittel fungiert, sich die Ware unmittelbar gegen Geld und dieses gegen Ware umsetzt, braucht die Verwandlung des Geldes in Schatz nur ein vereinzelter, isolierter Vorgang zu sein, der die Unverkäuflichkeit einer Ware bedeutet, aber nicht eine allgemeine Absatzstockung. Dies ändert sich mit der Entwicklung der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, weiter mit der Entwicklung des Zirkulationskredits. Stockung des Verkaufes bedeutet jetzt, dass die bereits versprochene Zahlung nicht geleistet werden kann. Dieses Zahlungsversprechen hat aber,

wie wir gesehen haben, als Zirkulations- oder Zahlungsmittel für eine ganze Reihe anderer Umsätze gedient. Die Zahlungsunfähigkeit des einen macht auch die anderen zahlungsunfähig. Die Verkettung der Zahlungspflichtigen, die das Geld als Zahlungsmittel bewirkt hat, ist gesprengt und die Stockung auf dem einen Punkt setzt sich auf alle anderen fort; sie wird allgemein. So entwickelt der Zahlungskredit eine Solidarität der Produktionszweige und gibt die Möglichkeit, dass die partielle Absatzstockung in eine allgemeine umschlägt.

Aber diese allgemeine Möglichkeit der Krise ist nur ihre allgemeine Bedingung: Ohne Geldzirkulation und die Entwicklung des Geldes in seiner Funktion als Zahlungsmittel ist auch die Krise unmöglich. Aber Möglichkeit ist noch lang nicht Wirklichkeit. Die einfache Warenproduktion oder, besser gesagt, die vorkapitalistische Warenproduktion kennt überhaupt keine Krisen; die Störungen der Wirtschaft sind keine ökonomisch-gesetzmässigen Krisen, sondern Katastrophen, die aus besonderen, natürlichen oder historischen, also vom ökonomischen Standpunkt aus zufälligen Ursachen, wie Misswachs, Dürre, Seuchen, Kriegen, entspringen. Ihr Gemeinsames ist, dass sie entspringen aus einem Defizit der Reproduktion, aber durchaus nicht aus Ueberproduktion irgend welcher Art. Es ist dies selbstverständlich, wenn wir bedenken, dass diese Produktion ja immer noch wesentlich Produktion für den Selbstbedarf ist, dass Produktion und Konsumtion als Mittel und Zweck verbunden, die Warenzirkulation eine verhältnismässig geringe Rolle spielt. Denn erst die kapitalistische Produktion verallgemeinert die Warenproduktion, lässt möglichst alle Produkte die Form der Ware annehmen und macht — das ist das Entscheidende — den Verkauf der Ware zur Vorbedingung der Wiederaufnahme der Reproduktion[1]).

[1]) Abgesehen von den Resten früherer Eigenproduktion, wie sie sich namentlich in der bäuerlichen Wirtschaft erhalten, spielt Eigenproduktion auch in der kapitalistischen Gesellschaft eine Rolle, dort, wo das Produkt des Unternehmens selbst wieder zu einem Element der Reproduktion wird; so das Getreide zur Aussaat, die Kohle beim Kohlenbergwerk etc. Mit der Zunahme der Kombination wächst der Umfang dieser Art Eigenproduktion. Sie ist deshalb Eigenproduktion, weil die Ware nicht für den Markt bestimmt, sondern als Element des konstanten Kapitals in demselben Betrieb verwendet wird. Sie ist aber toto coelo verschieden von der auf Deckung des Bedarfs gerichteten Eigenproduktion früherer Gesellschaftsformationen, da sie nicht der Konsumtion, sondern der Warenproduktion dient.

Diese Verwandlung der Produkte in Waren bewirkt aber die Abhängigkeit der Produzenten vom Markte und macht aus der im Prinzip schon in der einfachen Warenproduktion vorhandenen Regellosigkeit der Produktion infolge der Selbständigkeit der Privatwirtschaften erst jene Anarchie in der kapitalistischen Produktion, die mit der Verallgemeinerung der Warenproduktion, mit der Ausweitung der lokalen und zersplitterten Märkte zum umfassenden Weltmarkt, die zweite allgemeine Bedingung der Krisen herstellt.

Die dritte allgemeine Bedingung der Krisen stellt der Kapitalismus her durch die Trennung der Produktion von der Konsumtion. Er trennt einmal den Produzenten von seinem Produkt und reduziert ihn auf jenen Teil des Wertprodukts, der ein Aequivalent für den Wert der Arbeitskraft darstellt. Er schafft so in den Lohnarbeitern eine Klasse, deren Konsumtion in keinem unmittelbaren Verhältnis zur Gesamtproduktion steht, sondern nur zu dem Teil der Gesamtproduktion, der gleich ist dem Lohnkapital. Das Produkt, das die Lohnarbeiter erzeugen, ist aber nicht ihr Eigentum. Ihre Produktion dient daher nicht dem Zweck ihrer Konsumtion. Umgekehrt ist ihre Konsumtion und deren Ausmass abhängig von der Produktion, auf die sie keinen Einfluss haben. Die Produktion des Kapitalisten dient aber nicht der Bedarfsdeckung, sondern dem Profit. Die Realisierung und Vermehrung des Profits ist der immanente Zweck kapitalistischer Produktion. Das bedeutet, dass für das Geschick der Produktion, für ihr Ausmass, ihre Verminderung oder Vermehrung, nicht die Konsumtion und deren Wachstum das Entscheidende ist, sondern die Realisierung des Profits. Es wird produziert, um einen bestimmten Profit zu erzielen, einen bestimmten Verwertungsgrad des Kapitals zu erhalten. Die Produktion wird damit abhängig nicht von der Konsumtion, sondern von dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals und eine Verschlechterung der Verwertungsmöglichkeit bedeutet eine Einschränkung der Produktion.

Es bleibt auch in der kapitalistischen Produktionsweise ein allgemeiner Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion, der ja als natürliche Bedingung allen Gesellschaftsformationen gemeinsam ist. Während aber in der Bedarfdeckungswirtschaft die Konsumtion die Ausdehnung der Produktion bestimmt, die unter diesen Verhältnissen ihre Schranke nur findet an dem erreichten Stand der Technik, wird in der kapitalistischen Produktion um-

gekehrt die Konsumtion bestimmt durch das Ausmass der Produktion. Dieses aber ist begrenzt durch die jeweilige Verwertungsmöglichkeit, durch den Verwertungsgrad des Kapitals, durch die Notwendigkeit, dass das Kapital und sein Zuwachs eine bestimmte Profitrate abwerfen. Die Ausdehnung der Produktion stösst hier an eine rein gesellschaftliche, nur aus dieser bestimmten Gesellschaftsstruktur entspringende und nur dieser eigentümliche Schranke. Die Krisenmöglichkeit entspringt zwar schon aus der Möglichkeit der ungeregelten Produktion, also der Warenproduktion überhaupt, aber ihre Wirklichkeit nur aus einer ungeregelten Produktion, die zugleich das unmittelbare Verhältnis von Produktion und Konsumtion, das andere Gesellschaftsformationen auszeichnet, aufhebt und zwischen Produktion und Konsumtion die Bedingung der Verwertung des Kapitals zu jeweils bestimmter Rate einschiebt.

Der Ausdruck Ueberproduktion von Waren ist überhaupt an sich so nichtssagend wie der Ausdruck „Unterkonsumtion". Man kann von einer Unterkonsumtion streng genommen nur in physiologischem Sinne sprechen; der Ausdruck hat dagegen keinen Sinn in der Oekonomie, wo er nur besagen könnte, dass die Gesellschaft weniger konsumiert als sie produziert hat. Es ist aber nicht einzusehen, wieso das möglich, wenn nur in der richtigen Proportion produziert worden. Da das Gesamtprodukt gleich ist dem konstanten Kapital plus dem variablen plus dem Mehrwert $(c + v + m)$, v ebenso wie m konsumiert werden, die Elemente des verbrauchten konstanten Kapitals sich gegenseitig ersetzen müssen, so kann die Produktion ins Unendliche ausgedehnt werden, ohne zur Ueberproduktion von Waren zu führen, das heisst dazu, dass mehr Waren, bei denen in diesem Zusammenhang und für diese Auffassung nur der Gebrauchswert in Betracht käme, mehr Güter also, produziert werden als konsumiert werden könnten[1]).

[1]) „Es ist eine reine Tautologie, zu sagen, dass die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen. Andere Konsumenten, als zahlende, kennt das kapitalistische System nicht, ausgenommen die sub forma pauperis oder die des „Spitzbuben". Dass Waren unverkäuflich sind, heisst nichts, als dass sich keine zahlungsfähigen Käufer für sie anden, also Konsumenten (sei es nun, dass die Waren in letzter Instanz zum Behuf produktiver oder individueller Konsumtion gekauft werden). Will man aber dieser Tautologie einen Schein tieferer Begründung dadurch geben, dass man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts, und dem Uebelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie grösseren Anteil daran empfängt,

Zudem ist eines klar: Da die Krisen in ihrer periodischen Aufeinanderfolge Produkt der kapitalistischen Gesellschaft sind, so muss ihre Ursache im Kapitalcharakter gelegen sein. Es muss sich um eine Störung handeln, die aus dem spezifischen Charakter der Gesellschaft entspringt. Die enge Basis, die die Konsumtionsverhältnisse der kapitalistischen Produktion bieten, ist aber deshalb allgemeine Bedingung der Krise, weil die Unmöglichkeit, sie zu erweitern, eine allgemeine Voraussetzung der Absatzstockung ist. Wäre die Konsumtion beliebig ausdehnbar, so wäre Ueberproduktion nicht möglich. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen bedeutet Ausdehnung der Konsumtion Verminderung der Profitrate. Denn Ausdehnung der Konsumtion der breiten Massen ist gebunden an die Steigerung des Arbeitslohnes. Diese bedeutet aber Verminderung der Mehrwertsrate und daher Verminderung der Profitrate. Steigt daher die Nachfrage nach Arbeitern durch die Akkumulation so stark, dass eine Verminderung der Profitrate eintritt, so dass (als äusserste Grenze) das vermehrte Kapital keinen grösseren Profit abwerfen würde als das unvergrösserte, so muss die Akkumulation unterbleiben, da ja der Zweck der Akkumulation, Vergrösserung des Profits, nicht erreicht würde. An diesem Punkte tritt eben die eine notwendige Voraussetzung der Akkumulation, die nach Erweiterung der Konsumtion, in Widerspruch mit der anderen Bedingung, der nach Realisierung des Profits. Die Verwertungsbedingungen rebellieren gegen die Konsumtionserweiterung und da sie die entscheidenden sind, steigert sich der Widerspruch bis zur Krise. Aber deshalb ist die enge Basis der Konsumtion doch eben nur eine allgemeine Bedingung der Krise, die aus der Konstatierung der „Unterkonsumtion" durchaus nicht erklärt wird. Am wenigsten ist daraus der periodische Charakter der Krise zu erklären, da eine Periodizität

---

ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, dass die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter grösseren Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müsste — von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und „einfachen" (!) Menschenverstand — umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, dass die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschliesst, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise." Dazu bemerkt Engels in der Anmerkung: „Ad notam für etwaige Anhänger der Rodbertusschen Krisentheorie." Marx, „Kapital", II Seite 406 ff.

aus einer ständigen Erscheinung überhaupt nicht erklärt werden kann. So steht es auch durchaus nicht im Widerspruch zu der früher angeführten Stelle, wenn Marx meint:

„Die gesamte Warenmasse, das Gesamtprodukt, sowohl der Teil, der das konstante und variable Kapital ersetzt, wie der, der den Mehrwert darstellt, muss verkauft werden. Geschieht das nicht, oder nur zum Teil, oder nur zu Preisen, die unter den Produktionspreisen stehen, so ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber seine Exploitation realisiert sich nicht als solche für den Kapitalisten, kann mit gar keiner oder nur teilweiser Realisation des abgepressten Mehrwerts, ja mit teilweisem oder ganzem Verlust seines Kapitals verbunden sein. Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der grossen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrösserung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von vorhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloss als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs. Der Markt muss daher beständig ausgedehnt werden, so dass seine Zusammenhänge und die sie regelnden Bedingungen immer mehr die Gestalt eines von den Produzenten unabhängigen Naturgesetzes annehmen, immer unkontrollierbarer werden. Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äusseren Feldes der Produktion. Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. Es ist auf dieser widerspruchsvollen Basis

durchaus kein Widerspruch, dass Uebermass von Kapital verbunden ist mit wachsendem Uebermass von Bevölkerung; denn obgleich, beide zusammengebracht, die Masse des produzierten Mehrwerts sich steigern würde, steigert sich eben damit der Widerspruch zwischen den Bedingungen, worin dieser Mehrwert produziert, und den Bedingungen, worin er realisiert wird" [1]).

Die periodische Krise ist dem Kapitalismus eigentümlich, sie kann also nur abgeleitet werden aus besonderen kapitalistischen Eigentümlichkeiten [2]).

Die Krise ist ganz allgemein eine Zirkulationsstörung. Sie erscheint als massenhafte Unverkäuflichkeit der Ware, als Unmöglichkeit der Realisierbarkeit des Warenwertes (respektive ihres Produktionspreises) in Geld. Sie kann daher nur erklärt werden aus den spezifisch kapitalistischen Bedingungen der Warenzirkulation, nicht aus den Bedingungen einfacher Warenzirkulation. Das spezifisch Kapitalistische aber an der Warenzirkulation ist dies, dass die Waren als Produkt vom Kapital, als Warenkapital produziert sind und als solche realisiert werden müssen. Diese Realisierung schliesst daher Bedingungen ein, die nur dem Kapital als solchem zukommen, und das sind eben seine Verwertungsbedingungen.

Die Analyse dieser Verwertungsbedingungen sowohl vom Standpunkt des individuellen als — was hier vor allem wichtig — vom Standpunkt des gesellschaftlichen Kapitals hat Marx im II. Band des „Kapital" geliefert und damit einen Versuch durchgeführt, der ausser von Quesnay in der politischen Oekonomie nicht einmal begonnen wurde. Wenn Marx einmal den „Tableau économique" Quesnays den genialsten Einfall nennt, dessen sich die politische Oekonomie bisher schuldig gemacht habe, so ist seine eigene Analyse des gesellschaftlichen Produktionsprozesses sicher die genialste Durchführung des genialen Einfalls, wie überhaupt die so unbeachteten Analysen des II. Bandes vom Standpunkt sozusagen der reinen ökonomischen Vernunft die glänzendsten in

---

[1]) „Kapital", III., 1., Seite 225 ff.

[2]) „Es handelt sich aber darum, die weitere Entwicklung der potentiellen Krisis — die reale Krisis kann nur aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, Konkurrenz und Kredit dargestellt werden — zu verfolgen, soweit sie aus den Formbestimmungen des Kapitals hervorgeht, die ihm als Kapital e i g e n t ü m l i c h und nicht in seinem blossen Dasein als Ware und Geld eingeschlossen sind." (M a r x „Theorien über den Mehrwert", II., 2., Seite 286.)

dem erstaunlichen Werke sind. Vor allem aber ist eine Erkenntnis der Krisenursachen nur möglich, wenn man sich die Ergebnisse der Marxschen Analyse vergegenwärtigt[1]).

Die Gleichgewichtsbedingungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Wenn wir die wichtigsten Ergebnisse der Marxschen Analyse kurz rekapitulieren, so ergibt sich folgendes:

Wir setzen bei dieser Betrachtung zunächst gleichbleibende Stufenleiter der kapitalistischen Produktion, also einfache Reproduktion voraus und sehen ebenso ab von Wert- oder Preisveränderungen.

Das Gesamtprodukt, also auch die Gesamtproduktion der Gesellschaft zerfallen in zwei grosse Abteilungen:

1. Produktionsmittel, Waren, welche eine Form besitzen, worin sie in die produktive Konsumtion eingehen müssen oder wenigstens eingehen können.

2. Konsumtionsmittel, Waren, welche eine Form besitzen, worin sie in die individuelle Konsumtion der Kapitalisten- und Arbeiterklasse eingehen.

In jeder Abteilung zerfällt das Kapital in zwei Bestandteile: variables (v) und konstantes (c) Kapital. Letzteres zerfällt wieder in fixes und in zirkulierendes konstantes Kapital.

Der Wertteil c, der das in der Produktion verzehrte konstante Kapital darstellt, deckt sich nicht mit dem Wert des in der Produktion angewendeten konstanten Kapitals. Das fixe Kapital hat nur einen Teil seines Wertes auf das Produkt übertragen. In folgendem sehen wir zunächst von dem fixen Kapital ab.

Das Gesamtwarenprodukt sei nun durch folgendes Schema verkörpert:

I $4000c + 1000v + 1000m = 6000$ Produktionsmittel.
II $2000c + 500v + 500m = 3000$ Konsumtionsmittel.

Gesamtwert $= 9000$, wovon das in seiner Naturalform fortfungierende fixe Kapital nach der Voraussetzung ausgeschlossen ist.

---

[1]) Es ist das Verdienst Tugan-Baranowskis, auf die Bedeutung dieser Untersuchungen für das Krisenproblem in seinen bekannten „Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England" hingewiesen zu haben. Merkwürdig ist nur, dass es erst eines solchen Hinweises bedurfte.

Wenn wir nun die auf Grundlage einfacher Reproduktion, wo also der ganze Mehrwert unproduktiv konsumiert wird, notwendigen Umsätze untersuchen und dabei zunächst die sie vermittelnde Geldzirkulation unbeachtet lassen, so ergeben sich uns von vornherein drei grosse Anhaltspunkte:

1. Die 500 v, Arbeitslohn der Arbeiter, und die 500 m, Mehrwert der Kapitalisten der Abteilung II, müssen in Konsumtionsmittel verausgabt werden. Aber ihr Wert existiert in den Konsumtionsmitteln zum Wert von 1000, die in den Händen der Kapitalisten, Abteilung II, die vorgeschossenen 500 v ersetzen und die 500 m repräsentieren. Arbeitslohn und Mehrwert der Abteilung II werden also innerhalb Abteilung II gegen Produkt von II umgesetzt. Damit verschwinden aus dem Gesamtprodukt (500 v + 500 m) II = 1000 Konsumtionsmittel.

2. Die 1000 v + 1000 m der Abteilung I müssen ebenfalls in Konsumtionsmitteln verausgabt werden, also in Produkt von Abteilung II. Sie müssen sich also austauschen gegen den von diesem Produkt noch übrigen, dem Belauf nach gleichen, konstanten Kapitalteil, 2000 c. Dafür erhält Abteilung II einen gleichen Betrag von Produktionsmitteln, Produkt von I, worin der Wert von 1000 v + 1000 m von I verkörpert. Damit verschwinden aus der Rechnung 2000 II c und (1000 v + 1000 m) I.

3. Es bleiben noch 4000 I c. Diese bestehen in Produktionsmitteln, die nur in Abteilung I vernutzt werden können, zum Ersatz ihres verzehrten konstanten Kapitals dienen und daher durch gegenseitigen Austausch zwischen den einzelnen Kapitalisten von I ebenso ihre Erledigung finden wie die (500 v + 500 m) II durch Austausch zwischen den Arbeitern und Kapitalisten, respektive zwischen den einzelnen Kapitalisten von II.

Eine besondere Rolle spielt der Ersatz des fixen Kapitals. Ein Wertteil des konstanten Kapitals ist übertragen von den Arbeitsmitteln auf das Arbeitsprodukt; diese Arbeitsmittel fahren fort, als Elemente des produktiven Kapitals zu fungieren, und zwar in ihrer alten Naturalform; es ist ihr Verschleiss, der Wertverlust, den sie nach und nach erleiden während ihrer in bestimmter Periode fortdauernden Funktion, der als Wertelement der vermittelst derselben produzierten Waren wieder erscheint. Das Geld nun, soweit es den Warenwertteil vergoldet, der gleich ist dem Verschleiss von fixem Kapital, wird nicht wieder rückverwandelt in den Bestandteil des

produktiven Kapitals, dessen Wertverlust es ersetzt. Es schlägt nieder neben dem produktiven Kapital und verharrt in seiner Geldform.

Dieser Geldniederschlag wiederholt sich, bis die aus einer grösseren oder geringeren Anzahl von Jahren bestehende Reproduktionsepoche abgelaufen ist, während deren das fixe Element des konstanten Kapitals unter seiner alten Naturalform fortfährt, im Produktionsprozess zu fungieren. Sobald das fixe Element, Baulichkeiten, Maschinerie etc., ausgelebt hat, nicht länger im Produktionsprozess fungieren kann, existiert sein Wert neben ihm, vollständig ersetzt in Geld — der Summe der Geldniederschläge, der Werte, die vom fixen Kapital allmählich übertragen worden auf die Waren, in deren Produktion es mitgewirkt und die durch den Verkauf der Waren in Geldform übergegangen. Dies Geld dient dann dazu, das fixe Kapital (oder Elemente desselben, da die verschiedenen Elemente desselben verschiedene Lebensdauer haben) in natura zu ersetzen und so diesen Bestandteil des produktiven Kapitals wirklich zu erneuern. Dies Geld ist also Geldform eines Teiles des konstanten Kapitalwerts, des fixen Teiles desselben.

Diese Schatzbildung ist also selbst ein Element des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, Reproduktion und Aufspeicherung — in Geldform — des Wertes des fixen Kapitals oder seiner einzelnen Elemente bis zu der Zeit, wo das fixe Kapital ausgelebt und folglich seinen ganzen Wert an die produzierten Waren abgegeben hat und nun in natura ersetzt werden muss. Dies Geld verliert aber nur seine Schatzform und tritt daher erst aktiv wieder ein in den durch die Zirkulation vermittelten Reproduktionsprozess des Kapitals, sobald es rückverwandelt wird in neue Elemente des fixen Kapitals, um die abgestorbenen zu ersetzen. Damit aber keine Störung der einfachen Reproduktion stattfinde, muss der Teil des fixen Kapitals, der jährlich abstirbt, gleich sein dem, der jährlich zu erneuern ist.

Betrachten wir zum Beispiel den Umsatz von (1000v + 1000m) I gegen 2000c II. In diesen 2000c sind 200 fixes Kapital zu ersetzen. Es tauschen sich also 1800c, die nur in zirkulierendes konstantes Kapital zu verwandeln sind, um in 1800 (v + m) I; die 200, die von I übrig bleiben und die Naturalform von fixem Kapital haben, müssen nun ebenfalls von II bezogen werden; sie können aber nur bezogen werden, wenn Kapitalisten von II 200 in Geld

vorrätig haben, um 200 fixes Kapital von I zu kaufen; denn 200 müssen in Geld von anderen Kapitalisten II ersetzt und festgehalten werden in Geldform als Verschleiss für ihr fixes Kapital. Es werden also Kapitalisten, die aus früheren Jahren den Verschleiss ihres fixen Kapitals sukzessive in Geld aufgeschatzt haben, in diesem Jahre ihr fixes Kapital in natura erneuern; sie kaufen um 200 Geld den Rest von I $(v + m) = 200$. I kauft um andere 200 Geld den Rest der Konsumtionsmittel von den anderen Kapitalisten II, die dies Geld, das für sie Verschleiss ihres fixen Kapitals bedeutet, ihrerseits aufschatzen. Der Teil des Kapitalisten II also, der in diesem Jahre sein fixes Kapital in natura erneuert, liefert das Geld, womit die anderen Kapitalisten II ihren Verschleissteil vergolden und als Geld festhalten können. Es muss also eine konstante Proportion zwischen absterbendem und zu erneuerndem fixen Kapital angenommen werden. Ferner aber muss auch angenommen werden, dass die Proportion zwischen absterbendem (und daher zu erneuerndem) fixen Kapital und dem in alter Naturalform fortwirkenden konstant bleibt. Denn stiege das absterbende fixe Kapital auf 300, so hätte das zirkulierende Kapital abgenommen. II c hätte jetzt weniger zirkulierendes Kapital und könnte die Produktion nicht auf gleicher Stufenleiter fortsetzen. Ferner würde auch, wenn das fixe Kapital auf 300 stiege, II aber nur 300 Geld für Erneuerung des Kapitals in natura auszugeben hat, 100 fixes Kapital in I unverkäuflich sein.

Es kann also Missverhältnis in der Produktion von fixem und zirkulierendem Kapital auftreten bei blosser Erhaltung des fixen Kapitals, wenn nur — was in Wirklichkeit auch stets der Fall — die Proportion des jährlich absterbenden fixen Kapitals zu dem weiterfungierenden wechselt.

Ebenso sah man vorhin, dass zur Ermöglichung einfacher Reproduktion bestimmte Proportionsverhältnisse erfüllt sein müssen. I $(v + m)$ musste gleich sein II c. Die Erfüllung dieser Proportion wird infolge der Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft stets gestört. Um die Produktion ständig in Gang zu halten, ist ein gewisses Mass von Ueberproduktion stets notwendig, um für plötzlich auftretende Bedürfnisse sowie für die fortwährenden Schwankungen des Bedarfes stets gerüstet zu sein. Beständig finden aber gewisse Störungen und Unregelmässigkeiten im Rückfluss des umschlagenden Kapitalwerts statt. Um diese Unregelmässigkeiten zu überwinden, müssen die Kapitalisten, wie einerseits über Warenvorrat, so ander-

seits stets über Geldvorrat verfügen, um über diesen Warenvorrat immer entsprechend verfügen und Störungen ausgleichen zu können. Dieser Ausgleich erfordert also zuschüssiges Geld, Reservegeldkapital; dieses muss notwendig in Geldform gehalten werden, weil ja gerade der Umschlag des Warenkapitals es ist, der gestört werden kann, andere Waren und zu einem früheren Zeitpunkt dem Kapitalisten zur Verfügung stehen müssen. Nur in der Geldform aber hat der Wert die Form des allgemeinen Aequivalents, kann er sich jederzeit in beliebig andere Waren verwandeln. Auch hier entspringt die Notwendigkeit des Geldes aus der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise.

„Ist die kapitalistische Form der Reproduktion einmal beseitigt, so kommt die Sache darauf hinaus, dass die Grösse des absterbenden und daher in natura zu ersetzenden Teils des fixen Kapitals (hier des in der Erzeugung der Konsumtionsmittel fungierenden) in verschiedenen suksessiven Jahren wechselt. Die zur jährlichen Produktion der Konsumtionsmittel nötige Masse von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Hilfsstoffen — sonst gleichbleibende Umstände vorausgesetzt — nimmt deswegen nicht ab; die Gesamtproduktion der Produktionsmittel müsste also in einem Fall zunehmen, in anderen abnehmen. Diesem kann nur abgeholfen werden durch fortwährende relative Ueberproduktion; einerseits ein gewisses Quantum fixes Kapital, das mehr produziert wird, als direkt nötig ist, anderseits und namentlich Vorrat von Rohstoff etc., der über die unmittelbaren jährlichen Bedürfnisse hinausgeht (dies gilt ganz besonders von Lebensmitteln). Solche Art Ueberproduktion ist gleich mit Kontrolle der Gesellschaft über die gegenständlichen Mittel ihrer eigenen Reproduktion. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aber ist sie ein anarchisches Element.[1])“

Diese relative Ueberproduktion muss innerhalb gewisser Grenzen auch in der kapitalistischen Gesellschaft beständig stattfinden und findet ihren Ausdruck in einem stets vorhandenen Warenvorrat, der zum Ausgleich von Störungen dient. Ihm entspricht auf der anderen Seite eine Reserve von Geldkapital zur Verfügung der industriellen Kapitalisten, die ihnen die Möglichkeit gibt, falls Störungen eintreten, aus dem Warenvorrat die nötigen Elemente zur Fortführung ihrer Produktion sich zu verschaffen. Dieses Reservegeldkapital, das

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 463.

allen Kapitalisten zur Sicherung gegen momentane Störungen auch in normalen Zeiten zur Verfügung stehen muss, ist nicht zu verwechseln mit dem Reservegeldkapital, das notwendig wird, wenn der Absatz der Waren stockt. Die Zeiten der Prosperität sind einerseits solche, in denen die Produktion stark und rasch erweitert wird, anderseits früheres Reservegeldkapital in produktives verwandelt wird; das Reservegeldkapital vermindert sich und seine Verminderung bedeutet den Wegfall des die Störungen ausgleichenden Moments; dies ist daher eine Ursache der Krise.

Anderseits ist festzuhalten, dass die Notwendigkeit solcher relativer Ueberproduktion nicht auf der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auf der Natur des Reproduktionsprozesses beruht, sobald jene Produktionselemente, die in der kapitalistischen Gesellschaft als fixes Kapital erscheinen, einen grösseren Umfang erreicht haben. Diese aus technisch natürlichen Umständen notwendige „Ueberproduktion“ ist in Wirklichkeit blosse Vorratsbildung und als solche auch einer geregelten Bedarfdeckungswirtschaft eigen und nicht zu verwechseln mit der allgemeinen Ueberproduktion während der Krise. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aber bildet auch diese Ueberproduktion ein unter Umständen krisenverschärfendes Moment.

Die Gleichgewichtsbedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses.

Verlangt schon die einfache Reproduktion, die in der kapitalistischen Gesellschaft, für die die Akkumulation des Kapitals Lebensbedingung ist, in Wirklichkeit nicht vorkommt, was natürlich nicht ausschliesst, dass im Laufe des industriellen Zyklus ein Jahr nicht nur gleichbleibende, sondern sogar verminderte Reproduktion aufweist, bestimmte komplizierte Proportionsverhältnisse, so werden diese noch komplizierter, falls der Akkumulationsprozess ungestört vor sich gehen soll. Marx gibt folgendes Schema:

I Produktion der Produktionsmittel: 4000 c + 1000 v + 1000 m = 6000.

II Produktion der Konsumtionsmittel: 1500 c + 750 v + 750 m = 3000.

Gesamtwert des gesellschaftlichen Produkts = 9000.

Angenommen nun, dass I die Hälfte seines Mehrwerts = 500 akkumuliert, die andere Hälfte als Revenue verzehrt.

Wir haben dann folgende Umsätze: 1000 v + 500 m, die als Revenue verausgabt werden, werden von I umgesetzt gegen 1500 c II. II ersetzt sich so sein konstantes Kapital und liefert I die von ihm zu verbrauchenden Konsumtionsmittel, ein Umsatz, dem wir schon ganz analog in der Analyse der einfachen Reproduktion begegnet sind. Von den 500 I m, die noch übrig sind und in Kapital verwandelt werden sollen, müssen bei gleichbleibender organischer Zusammensetzung 400 in konstantes und 100 in variables verwandelt werden. Die 500 existieren in Produktionsmitteln, und zwar müssen 400 davon in solchen existieren, die I für Vergrösserung seines konstanten Kapitals benötigt. I schlägt also diese 400 zu seinem konstanten Kapital. Der Rest von 100 m ist in variables Kapital, also in Lebensmitteln zu verwandeln; es muss also von II gekauft werden und da er in Produktionsmitteln existiert, muss II sie zur Vergrösserung seines eigenen konstanten Kapitals benützen.

Wir haben dann für I ein Kapital von 4400 c + 1100 v = 5500.

II hat jetzt für konstantes Kapital 1600 c; es muss zu deren Bearbeitung weitere 50 v in Geld für Ankauf neuer Arbeitskraft zuschiessen, so dass sein variables Kapital von 750 auf 800 wächst. Diese Ausdehnung des konstanten wie variablen Kapitals von II um zusammen 150 wird bestritten aus seinem Mehrwert; von den 750 II m bleiben also nur 600 m als Konsumtionsfonds der Kapitalisten II, deren Jahresprodukt sich nun verteilt wie folgt:

II 1600 c + 800 v + 600 m (Konsumtionsfonds) = 3000.

Wir haben nun folgendes Schema:

I 4400 c + 1100 v + 500 Konsumtionsfonds = 6000
II 1600 c + 800 v + 600 „ = 3000
Summe = 9000 wie oben.

Davon sind Kapital:

$$\left.\begin{array}{l} \text{I } 4400\text{ c} + 1100\text{ v (Geld)} = 5500 \\ \text{II } 1600\text{ c} + 800\text{ v } \text{„} = 2400 \end{array}\right\} = 7900$$

während die Produktion begann mit

$$\left.\begin{array}{l} \text{I } 4000\text{ c} + 1000\text{ v} = 5000 \\ \text{II } 1500\text{ c} + 750\text{ v} = 2250 \end{array}\right\} = 7250$$

Wir sehen hier eine Reihe neuer komplizierter Bedingungen. Einmal müssen in I die 500 m, die zu akkumulieren sind, in solchen Produktionsmitteln produziert sein, dass $^4/_5$ davon zu konstantem

Kapital für I, $^1/_5$ zu konstantem Kapital für II geeignet sind. Sodann hängt der Grad der Akkumulation in II ab von der Akkumulation in I. In I wird die Hälfte des Mehrwerts akkumuliert, in II ist dies unmöglich; von dem Mehrwert von 750 kann nur 150, also nur $^1/_5$ akkumuliert werden, während $^4/_5$ konsumiert werden müssen.

Betrachten wir nun den Fortgang der Akkumulation:

Wird mit dem vermehrten Kapital nun wirklich produziert, so erhalten wir am Ende des nächsten Jahres:

$$\left.\begin{array}{l} \text{I } 4400c + 1100v + 1100m = 6600 \\ \text{II } 1600c + 800v + 800m = 3200 \end{array}\right\} = 9800.$$

Wird in derselben Weise fortakkumuliert, so erhalten wir dann im Jahre darauf:

$$\left.\begin{array}{l} \text{I } 4840c + 1210v + 1210m = 7260 \\ \text{II } 1760c + 880v + 880m = 3520 \end{array}\right\} = 10.780.$$

In diesem Beispiel war vorausgesetzt, dass die Hälfte des Mehrwerts I akkumuliert, und I $(v + {^1/_2}m) =$ II c.

I $(v + m)$ muss, soll akkumuliert werden, immer grösser sein als II c, denn ein Teil von I m kann eben nicht in II c verwandelt werden, sondern muss als Produktionsmittel dienen. Dagegen kann I $(v + {^1/_2}m)$ grösser oder kleiner sein als II c. Nähere Ausführungen sind für unseren Zweck unnötig[1]).

Die gesteigerte Produktion erfordert eine gesteigerte Goldmenge zu ihrem Umsatz. Diese gesteigerte Goldmenge muss bei gleicher Umlaufgeschwindigkeit und vom Kredit abgesehen, von der Goldproduktion geliefert werden. Die kapitalistische Produktion würde hier an eine natürliche Schranke stossen. Das Kreditsystem schiebt diese Schranke ausserordentlich zurück, schafft sie aber nicht ganz aus der Welt.

Betrachten wir nun noch einen Augenblick die notwendige Voraussetzung, damit jene Zirkulationsprozesse, die die Akkumulation in sich schliessen, vor sich gehen können. Wir haben in unserem Beispiel angenommen, dass I 500 m akkumuliert und davon 400 in konstantes Kapital verwandelt werden. Durch welche Zirkulationsprozesse wird dies möglich, mit welchem Geld kauft I die 400?

[1]) Siehe die weiteren Beispiele bei Marx „Kapital", II., Seite 512 ff.

Betrachten wir zunächst die Akkumulation eines einzelnen Kapitalisten. Damit dieser den Mehrwert in Kapital verwandeln kann, muss der Mehrwert zuvor eine bestimmte Grösse erreicht haben. Eine Reihe Jahre hindurch muss also der Mehrwert, der am Ende des Jahres in Geld verwandelt wurde, in Geldform aufgeschatzt werden. Sowohl die Kapitalien der verschiedenen Industriezweige als auch innerhalb dieser die individuellen Kapitale befinden sich auf verschiedenen Stufen des Prozesses der sukzessiven Verwandlung von Mehrwert in Kapital. Ein Teil der Kapitalisten verwandelt daher beständig sein zu entsprechender Grösse angewachsenes potentielles Geldkapital in produktives Kapital, während ein anderer noch beschäftigt ist mit der Aufschatzung seines potentiellen Geldkapitals. Kapitalisten, diesen beiden Kategorien angehörig, treten sich also gegenüber, die einen als Käufer, die anderen als Verkäufer und jeder der beiden in dieser exklusiven Rolle.

A verkaufe zum Beispiel 600 (= 400 c + 100 v + 100 m) an B (der mehr als einen Käufer repräsentieren mag). Er hat für 600 Waren verkauft, gegen 600 in Geld, wovon 100 Mehrwert darstellen, die er der Zirkulation entzieht, sie aufschatzt als Geld; aber diese 100 Geld sind nur die Geldform des Mehrprodukts, das der Träger eines Wertes von 100 war.

Die Schatzbildung ist überhaupt keine Produktion, also von vornherein auch kein Inkrement der Produktion. Die Aktion des Kapitalisten dabei besteht nur darin, dass er das durch Verkauf des Mehrprodukts von 100 ergatterte Geld der Zirkulation entzieht, festhält und mit Beschlag belegt. Diese Operation findet nicht nur statt auf Seite des A, sondern auf zahlreichen Punkten der Zirkulationsperipherie von anderen A', A'', A''', Kapitalisten, die alle ebenso emsig an dieser Sorte Schatzbildung arbeiten. Diese zahlreichen Punkte, wo Geld der Zirkulation entzogen wird und sich in zahlreichen individuellen Schätzen, respektive potentiellen Geldkapitalien aufhäuft, scheinen ebenso viele Hindernisse der Zirkulation, weil sie das Geld immobilisieren und es seiner Zirkulationsfähigkeit für längere oder kürzere Zeit berauben.

A vollbringt aber diese Schatzbildung nur, sofern er — mit Bezug auf sein Mehrprodukt — nur als Verkäufer, nicht hintennach als Käufer auftritt. Seine sukzessive Produktion von Mehrprodukt — dem Träger seines zu vergoldenden Mehrwerts — ist

also die Voraussetzung seiner Schatzbildung. Obgleich also A Geld für seinen Mehrwert der Zirkulation entzieht und es aufschatzt, wirft er anderseits Ware in sie hinein, ohne ihr andere Ware dafür zu entziehen, wodurch B, B', B'' etc. ihrerseits befähigt werden, Geld hineinzuwerfen und dafür nur Ware ihr zu entziehen.

„Wie vorher bei Betrachtung der einfachen Reproduktion, finden wir hier wieder, dass der Umsatz der verschiedenen Bestandteile des jährlichen Produkts, das heisst ihre Zirkulation (die zugleich Reproduktion des Kapitals, und zwar seine Wiederherstellung in seinen verschiedenen Bestimmtheiten — konstantes, variables, fixes, zirkulierendes Geldkapital — umfassen muss) keineswegs blossen Kauf von Ware voraussetzt, der sich durch nachfolgenden Verkauf, oder Verkauf, der sich durch nachfolgenden Kauf ergänzt, so dass tatsächlich nur Umsatz von Ware gegen Ware stattfände (das Geld also blosses Zirkulationsmittel und damit relativ überflüssig wäre, R. H.), wie die politische Oekonomie, namentlich die Freihandelsschule seit den Physiokraten und Adam Smith annimmt (verführt durch polemische Interessen im Kampfe gegen Monetar- und Merkantilsystem R. H.). Wir wissen, dass das fixe Kapital, nachdem die Anlage dafür einmal gemacht, während seiner ganzen Funktionszeit nicht erneuert wird, sondern in der alten Form fortwirkt, während sein Wert sich allmählich in Geld niederschlägt[1])". Was hier das Geld überhaupt erst ermöglicht, ist diese Trennung und Verselbständigung der Wertzirkulation gegenüber der Beständigkeit der technischen Funktion im Produktionsprozess. Gesellschaftlich ist diese Trennung nicht möglich und es muss jedesmal so viel fixes Kapital geliefert werden als altes verschleisst. Individuell aber wird der Verschleisswertteil Jahre hindurch in Geldform festgehalten. „Wir sahen nun, dass die periodische Erneuerung des fixen Kapitals II c — welcher gesamte Kapitalswert II c sich umsetzt in Elemente zum Wert von I (v + m) — voraussetzt einerseits b l o s s e n K a u f des fixen Teils von II c, der sich aus Geldform in Naturalform rückverwandelt und welchem entspricht blosser Verkauf von I m; anderseits voraussetzt b l o s s e n V e r k a u f von seiten II c, Verkauf des fixen (Verschleiss-) Wertteils desselben, der sich in Geld niederschlägt und welchem entspricht blosser Kauf von I m. Damit sich hier der Umsatz normal vollziehe, ist vorauszusetzen, dass blosser Kauf seitens II c

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 495.

dem Wertumfang nach gleich sei dem blossen Verkauf seitens II c. ... Sonst wird die einfache Reproduktion gestört; blosser Kauf hier muss gedeckt werden durch blossen Verkauf dort. Ebenso ist hier vorauszusetzen, dass der blosse Verkauf des schatzbildenden Teils A, A′, A″ etc. von I m in Gleichgewicht stehe mit dem blossen Kauf des Teils B, B′, B″ von I m, der seinen Schatz in Elemente von zusätzlichem, produktivem Kapital verwandelt. Soweit das Gleichgewicht dadurch hergestellt wird, dass der Käufer nachher und für den gleichen Wertbetrag als Verkäufer auftritt und umgekehrt, findet Rückfluss des Geldes statt an die Seite, die es beim Kauf vorgeschossen, die zuerst verkauft hat, ehe sie wieder kaufte. Das wirkliche Gleichgewicht mit Bezug auf den Warenumsatz selbst, den Umsatz der verschiedenen Teile des jährlichen Produkts, ist aber bedingt durch gleichen Wertbetrag der gegeneinander umgesetzten Waren."

„Soweit aber bloss einseitige Umsätze stattfinden, Masse blosser Käufe einerseits, Masse blosser Verkäufe anderseits — und wir haben gesehen, dass der normale Umsatz des jährlichen Produkts auf kapitalistischer Grundlage diese einseitigen Metamorphosen bedingt — ist das Gleichgewicht nur vorhanden unter der Annahme, dass der Wertbetrag der einseitigen Käufe und der Wertbetrag der einseitigen Verkäufe sich decken." In allen diesen einseitigen Transaktionen wirkt aber das Geld nicht als blosser Vermittler von Warenaustausch, sondern als Initiator oder Beendiger eines Prozesses, wo auf der einen Seite nur die Ware, auf der anderen Seite nur der Warenwert in seiner verselbständigten Form — Geld — steht, ist also das Geld notwendig, damit überhaupt diese einseitigen Prozesse vor sich gehen können.

„Die Tatsache, dass die Warenproduktion die allgemeine Form der kapitalistischen Produktion ist, schliesst bereits die Rolle ein, die das Geld nicht nur als Zirkulationsmittel, sondern als Geldkapital in derselben spielt, und erzeugt gewisse, dieser Produktionsweise eigentümliche Bedingungen des normalen Umsatzes, also des normalen Verlaufs der Reproduktion, sei es auf einfacher, sei es auf erweiterter Stufenleiter, die in ebenso viele Bedingungen des anormalen Verlaufs, Möglichkeiten von Krisen umschlagen, da das Gleichgewicht — bei der naturwüchsigen Gestaltung dieser Produktion — selbst ein Zufall ist[1])."

---

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 496.

Die Kapitalisten A, A', A'' bilden durch den Verkauf ihres Mehrprodukts den Schatz, zuschüssiges potentielles Geldkapital. Dieses Mehrprodukt besteht in unserem Fall aus Produktionsmitteln von Produktionsmitteln, die in der Hand von B, B', B'' als solche fungieren. Erst in ihrer Hand fungiert dies Mehrprodukt als zuschüssiges konstantes Kapital; aber es ist dies virtualiter schon, bevor es verkauft wird, in der Hand der Schatzbildner A, A', A'' (I). Betrachten wir bloss den Wertumfang der Reproduktion seitens I, so befinden wir uns noch innerhalb der Grenzen der einfachen Reproduktion. Der Unterschied liegt nur in den anderen Gebrauchswerten, die erzeugt wurden. Es wurden innerhalb des gleichen Wertumfanges mehr Produktionsmittel für Produktionsmittel statt solcher für Konsumtionsmittel produziert. Ein Teil von I m, der früher ganz bei der einfachen Reproduktion gegen II c ausgetauscht wurde, also aus Produktionsmitteln für Konsumtionsmittel bestehen musste, besteht nun aus Produktionsmitteln für Produktionsmittel, um als solche dem konstanten Kapital I einverleibt werden zu können. Es folgt also, dass — bloss dem Wertumfang nach betrachtet — innerhalb der einfachen Reproduktion das materielle Substrat der erweiterten Reproduktion produziert wird.

Es ist einfach direkt in Produktion von Produktionsmitteln, in Schöpfung von virtuellem zuschüssigen Kapital I verausgabte Mehrarbeit der Arbeiterklasse I.

Die Bildung von virtuellem zusätzlichen Geldkapital seitens A, A', A'' (I) — durch sukzessivem Verkauf ihres Mehrprodukts, das ohne alle kapitalistische Geldausgabe gebildet — ist also hier die blosse Geldform von zuschüssigem produzierten Produktionsmitteln I. „Produktion auf grosser Stufenleiter von zuschüssigem virtuellen Geldkapital — auf zahlreichen Punkten der Zirkulationsperipherie — ist also nichts als Resultat und Ausdruck vielseitiger Produktion von virtuell zusätzlich produktivem Kapital, dessen Entstehung selbst keine zusätzlichen Geldausgaben seitens der industriellen Kapitalisten voraussetzt“[1]).

„Die sukzessive Verwandlung dieses virtuell zusätzlichen produktiven Kapitals in virtuelles Geldkapital (Schatz) seitens A, A', A'' etc. (I), die durch den sukzessiven Verkauf ihres Mehrprodukts bedingt ist — also durch wiederholten einseitigen Warenverkauf ohne

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 499.

ergänzenden Kauf — vollzieht sich in wiederholter Entziehung von Geld aus der Zirkulation und ihr entsprechende Schatzbildung. Diese Schatzbildung — ausgenommen wo der Goldproduzent der Käufer — unterstellt in keiner Weise zusätzlichen Edelmetallreichtum, sondern nur veränderte Funktion von bisher umlaufendem Geld. Eben fungierte es als Zirkulationsmittel, jetzt fungiert es als Schatz, als sich bildendes, virtuell neues Geldkapital. Bildung von zusätzlichem Geldkapital und Masse des in einem Lande befindlichen edlen Metalls stehen also in keiner ursächlichen Verbindung miteinander.

Es folgt daher ferner: Je grösser das bereits in einem Lande fungierende produktive Kapital (eingerechnet die ihm inkorporierte Arbeitskraft, die Erzeugerin des Mehrprodukts), je entwickelter die Produktivkraft der Arbeit und damit auch die technischen Mittel rascher Ausweitung der Produktion von Produktionsmitteln — je grösser daher auch die Masse des Mehrprodukts nach seinem Wert wie nach der Masse der Gebrauchswerte, worin er sich darstellt — desto grösser ist

1. das virtuell zusätzliche produktive Kapital in der Form von Mehrprodukt in der Hand von A, A', A'' etc. und

2. die Masse dieses in Geld verwandelten Mehrprodukts, also des virtuell zuschüssigen Geldkapitals in den Händen von A, A', A''. Wenn also Fullarton zum Beispiel nichts von der Ueberproduktion im gewöhnlichen Sinne wissen will, wohl aber von Ueberproduktion von Kapital, nämlich Geldkapital, so beweist dies wieder, wie absolut wenig selbst die besten bürgerlichen Oekonomen vom Mechanismus ihres Systems verstehen[1]."

„Wenn das Mehrprodukt, direkt produziert und angeeignet durch die Kapitalisten A, A', A'' (I), die reale Basis der Kapitalakkumulation, das heisst der erweiterten Reproduktion ist, obgleich es aktuell erst in dieser Eigenschaft fungiert in den Händen von B, B', B'' etc. (I) — so ist es dagegen in seiner Geldverpuppung — als Schatz und bloss sich nach und nach bildendes virtuelles Geldkapital — absolut unproduktiv, läuft dem Produktionsprozess in dieser Form parallel, liegt aber ausserhalb desselben. Es ist ein Bleigewicht (dead weight) der kapitalistischen Produktion. Die Sucht, diesen als virtuelles Geldkapital sich aufschatzenden Mehrwert so-

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 499.

wohl zum Profit wie zur Revenue brauchbar zu machen, findet im Kreditsystem und in den „Papierchens“ das Ziel ihres Strebens. Das Geldkapital erhält dadurch in einer anderen Form den enormsten Einfluss auf den Verlauf und die gewaltige Entwicklung des kapitalistischen Produktionssystems.

Das in virtuelles Geldkapital umgesetzte Mehrprodukt wird seiner Masse nach um so grösser sein, je grösser die Gesamtsumme des bereits fungierenden Kapitals war, aus dessen Funktion es hervorgegangen. Bei der absoluten Vergrösserung des Umfanges des jährlich reproduzierten Geldkapitals ist aber auch dessen Segmentation leichter, so dass es rascher in einem besonderen Geschäft angelegt wird, sei es in der Hand desselben Kapitalisten, sei es in anderen Händen (zum Beispiel Familienmitgliedern, bei Erbteilungen etc.). Segmentation von Geldkapital meint hier, dass es ganz vom Stammkapital losgetrennt wird, um als neues Geldkapital in einem neuen selbständigen Geschäft angelegt zu werden[1])“.

Die Verkäufer des Mehrprodukts A, A', A'' (I) haben dasselbe als direktes Ergebnis des Produktionsprozesses erhalten. Die B, B', B'' müssen es erst durch einen Zirkulationsakt erwerben. Das dazu erforderliche Geld haben sie früher ebenso gebildet wie jetzt A, A', A'' durch Verkauf ihrer respektiven Mehrprodukte; sie sind jetzt ans Ziel gelangt. Ihr als Schatz aufgehäuftes, nur virtuelles Geldkapital fungiert nun effektiv als zusätzliches Geldkapital.

Das Geld, das zu diesen Umsätzen des Mehrprodukts nötig ist, muss sich in den Händen der Kapitalistenklasse befinden. Bei der einfachen Reproduktion kehrte das Geld, das nur zur Verausgabung als Revenue in Konsumtionsmitteln diente, zu den Kapitalisten zurück, im Mass, wie sie es vorgeschossen zum Umsatz ihrer respektiven Waren; hier erscheint dasselbe Geld wieder, aber mit veränderter Funktion. Die A's und die B's (I) liefern sich abwechselnd das Geld zur Verwandlung von Mehrprodukt in zusätzliches virtuelles Geldkapital und werfen abwechselnd das neugebildete Geldkapital als Kaufmittel in die Zirkulation zurück.

Das einzige, was hierbei vorausgesetzt, ist, dass die im Land befindliche Geldmasse (Umlaufsgeschwindigkeit etc. als gleich gesetzt) hinreicht sowohl für aktive Zirkulation — also dieselbe

[1]) Marx, „Kapital“, II., Seite 500.

Voraussetzung, die, wie wir sahen, auch bei einfacher Warenzirkulation erfüllt sein muss. Nur die Funktion der Schätze ist hier verschieden.

* * *

Die schematische Darstellung ist natürlich stark vereinfacht. Es ist klar, dass Proportionsverhältnisse, wie sie zwischen den Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelindustrien in ihrer Gesamtheit herrschen müssen, in analoger Weise für jeden einzelnen Produktionszweig vorhanden sein müssen. Aber zugleich zeigen diese Schemata, dass in der kapitalistischen Produktion sowohl Reproduktion auf einfacher als auf erweiterter Stufenleiter ungestört vor sich gehen kann, wenn nur diese Proportionen erhalten bleiben. Umgekehrt kann Krise auch bei einfacher Reproduktion eintreten bei Verletzung der Proportion, zum Beispiel zwischen abgestorbenem und neu anzulegendem Kapital. Es folgt also durchaus nicht, dass die Krise in der der kapitalistischen Produktion immanenten Unterkonsumtion der Massen ihre Ursache haben muss. Eine allzu rasche Ausdehnung der Konsumtion würde an sich ebenso wie Gleichbleiben oder Verringerung der Produktion der Produktionsmittel zur Krise führen müssen. Ebensowenig folgt aus den Schematen an sich die Möglichkeit einer allgemeinen Ueberproduktion von Waren, vielmehr lässt sich jede Ausdehnung der Produktion als möglich zeigen, die überhaupt bei den vorhandenen Produktivkräften stattfinden kann.

Siebzehntes Kapitel.

Die Ursachen der Krise.

Betrachtet man die Kompliziertheit der Proportionalitätsverhältnisse, die in der doch anarchischen Produktion erfüllt sein müssen, so ist man zunächst versucht, die Frage aufzuwerfen, wer für die Erhaltung dieser Verhältnisse Sorge trägt. Es ist klar, dass diese Funktion das Preisgesetz erfüllen muss, da ja die Preise die kapitalistische Produktion regulieren, Aenderungen der Preise für Erweiterung oder Einschränkung, für Aufnahme einer neuen Produktion etc. massgebend sind. Auch daraus ergibt sich die

Notwendigkeit eines objektiven Wertgesetzes als einzig möglichen Regulators der kapitalistischen Wirtschaft. Die Störung dieser Proportionen muss sich also erklären lassen durch die Störung in der spezifischen Regulierung dieser Produktion, also durch eine Störung in den Preisgestaltungen, so dass die Preise die Notwendigkeiten der Produktion nicht mehr richtig erkennen lassen. Da diese Störung periodisch ist, muss auch die Störung im Preisgesetz als periodisch auftretend nachgewiesen werden.

Was den Kapitalisten interessiert, ist nicht die absolute Höhe des Preises seines Produktes, sondern das Verhältnis des Marktpreises zu dem Kostpreis, mit anderen Worten, die Höhe des Profits. Von dieser Höhe hängt ab, in welchen Produktionszweigen er sein Kapital anlegt. Sinkt der Profit beträchtlich, so werden Neuanlagen ganz unterlassen. Dies besonders, wo es sich um ausgedehnte Anlage von fixem Kapital handelt, da so angelegtes Kapital ja für lange Zeit festgelegt ist und der Preis des fixen Kapitals für die Berechnung der Profitrate entscheidend ist.

Nun wissen wir, dass die organische Zusammensetzung des Kapitals sich ändert. Aus technischen Ursachen wächst der konstante Kapitalteil rascher als der variable. Es wächst ferner der fixe Kapitalteil rascher als der zirkulierende. Die relative Verminderung des variablen Kapitalteils hat aber eine Senkung der Profitrate zur Folge. Die Krise bedeutet Absatzmangel: Absatzmangel setzt in der kapitalistischen Gesellschaft voraus: Aufhören von Neuanlage von Kapital; dieses wieder setzt voraus Sinken der Profitrate; dieses Sinken der Profitrate ist gegeben durch die Aenderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die bei der Neuanlage dieses Kapitals stattgefunden hat; die Krise bedeutet nichts anderes als den Moment, wo das Sinken der Profitrate eintritt. Aber der Krise geht die Prosperitätsperiode voraus, in der die Preise und die Profite hoch sind. Wie tritt diese kapitalistische Weltwende ein, dieser Uebergang von der Seligkeit fieberhaft angespannter Tätigkeit, hoher Profite und gesteigerter Akkumulation zur Trostlosigkeit der Absatzstockung, verschwundener Profite und massenhaft brachliegenden Kapitals?

Jeder industrielle Zyklus beginnt mit einer Ausdehnung der Produktion, deren Gründe je nach den konkreten historischen Momenten im einzelnen variieren, im allgemeinen aber sich auf Eröffnung neuer Märkte, Entstehen neuer Produktionszweige, Ein-

führung neuer Technik, steigenden Bedarf infolge Bevölkerungsvermehrung zurückführen lassen. Es entsteht vermehrte Nachfrage, die zunächst in einzelnen Produktionszweigen Steigen der Preise und Profite bewirkt. Infolgedessen wird die Produktion in diesen Sphären ausgedehnt und ihre gesteigerte Produktion bedeutet gesteigerte Nachfrage in den Sphären, die für diese Zweige die Produktionsmittel liefern. Neuanlage von fixem Kapital, Ersatz der alten und technisch überholten Anlagen findet in grösserem Umfange statt. Der Prozess verallgemeinert sich, jeder Industriezweig schafft durch seine Ausdehnung Nachfrage für die anderen, die Produktionssphären alimentieren sich gegenseitig, die Industrie wird der Industrie bester Kunde.

So beginnt der Zyklus mit der Erneuerung und dem Anwachsen des fixen Kapitals, die den Hauptgrund bilden für die beginnende Prosperität, während der die Erweiterungen fortdauern zugleich mit der grössten Anspannung aller vorhandenen Produktivkräfte. „In demselben Masse also, worin sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Wertumfang und die Lebensdauer des angesammelten fixen Kapitals entwickelt, entwickelt sich das Leben der Industrie und des industriellen Kapitals in jeder besonderen Anlage zu einem vieljährigen, sage im Durchschnitt zehnjährigen. Wenn einerseits die Entwicklung des fixen Kapitals dieses Leben ausdehnt, so wird es anderseits abgekürzt durch die beständige Umwälzung der Produktionsmittel, die ebenfalls mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise beständig zunimmt. Mit ihr daher auch der Wechsel der Produktionsmittel und die Notwendigkeit ihres beständigen Ersatzes infolge des moralischen Verschleisses, lange bevor sie physisch ausgelebt sind. Man kann annehmen, dass für die entscheidensten Zweige der grossen Industrie dieser Lebenszyklus jetzt im Durchschnitt ein zehnjähriger ist. Doch kommt es hier nicht auf die bestimmte Zahl an. So viel ergibt sich: Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Ueberstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer grossen

Neuanlage. Also auch — die ganze Gesellschaft betrachtet — mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus [1])."

Das Steigen der Profitrate findet aber zu Beginn der Prosperität noch aus einer anderen Ursache als dem eben geschilderten Steigen der Nachfrage statt. Gleichzeitig und infolge des Steigens der Nachfrage verkürzt sich zunächst die Umschlagszeit des Kapitals. Es verkürzt sich die Arbeitsperiode, weil die Einführung technischer Verbesserungen raschere Fertigstellung des Produkts erlaubt, die Hilfsarbeiter zum Beispiel im Bergbau auf das Minimum zugunsten der eigentlichen Förderung beschränkt werden, die Maschinerie durch Beschleunigung der Laufzeit, vor allem aber durch Verlängerung der Arbeitszeit (Wegfall der Feierschichten, Ueberstunden, Einstellung neuer Arbeiter) intensiver ausgenutzt wird etc. Ferner verkürzt sich die Umlaufszeit; der Absatz geht flott von statten; häufig wird die Zirkulationszeit gleich Null, da auf Bestellung gearbeitet wird; für eine Reihe bedeutender Industriezweige nimmt der Absatz auf den nahe gelegenen inländischen Märkten im Verhältnis zu dem Absatz auf entfernteren ausländischen zu, was wieder Verkürzung der Zirkulationszeit bedeutet. Dies alles bewirkt wieder eine Erhöhung der Jahresrate des Profits, da das produktive Kapital und damit auch das Mehrwert produzierende variable Kapital rascher umschlägt.

Die Verkürzung der Umschlagszeit bedeutet zugleich eine relative Verringerung des vom Industriellen vorzuschiessenden Geldkapitals im Verhältnis zum produktiven Kapital. Einmal wird das vorhandene produktive Kapital ohne Mehrausgabe von Geldkapital oder wenigstens ohne entsprechende Mehrausgabe besser ausgenützt durch Verkürzung der Arbeitsperiode infolge Beschleunigung der Laufzeit der Maschinerie, überhaupt durch intensivere Ausnützung der vorhandenen Produktionselemente. Dann aber verkürzt sich die Zirkulationszeit und damit der Umfang des Kapitals, das während der Zirkulationszeit vom Kapitalisten neben dem eigentlichen in der Produktion fungierenden Kapital gehalten werden muss. Es verringert sich so das nur zu Zirkulationszwecken, also unproduktiv verwendete Kapital im Verhältnis zu dem Profit produzierenden, im Produktionsprozess fungierenden Kapital. Die Verkürzung der Zirkulationszeit

[1]) Marx, „Kapital", II., Seite 164 ff.

und der schnellere Umschlag verringert zugleich den als Warenvorrat brachliegenden Teil des Kapitals, das nur Unkosten verursacht. So steigt die Jahresrate des Mehrwerts und Profits und letztere noch stärker durch Verringerung des zu Zirkulationszwecken dienenden Kapitals. Zugleich steigt die Mehrwertsmasse und damit die Möglichkeit der Akkumulation.

So bedeutet die industrielle Prosperität nichts anderes als Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Aber dieselben Umstände, die zunächst zur Prosperität führen, schliessen Potenzen in sich, die die Verwertungsbedingungen allmählich verschlechtern, bis schliesslich der Punkt eintritt, wo die Neuanlage von Kapital gehemmt und die Absatzstockung eklatant wird.

Wenn das Steigen der Nachfrage zum Beispiel in der ersten Phase des industriellen Zyklus Erhöhung der Profitrate bedeutet, so findet diese Erhöhung doch nur unter Umständen statt, die ein späteres Sinken der Profitrate vorbereiten. Während der Prosperität findet starke Neuanlage von Kapital statt, eine Neuanlage, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen muss. Wir wissen aber, dass technische Verbesserungen sich in höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals ausdrücken. Höhere organische Zusammensetzung aber bedeutet Sinken der Profitrate, Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Und zwar sinkt die Profitrate aus zwei Gründen. Einmal weil das variable Kapital im Verhältnis zum Gesamtkapital abgenommen, also dieselbe Mehrwertrate sich in einer geringeren Profitrate ausdrückt. Zweitens weil je grösser der Anteil des fixen Kapitals gegenüber dem zirkulierenden, desto grösser die Umschlagszeit des Kapitals; Verlängerung der Umschlagszeit bedeutet aber ebenfalls Sinken der Profitrate.

Dazu kommen andere Umstände, die die Umschlagszeit verlängern; auf dem Höhepunkt der Prosperität kann die Arbeitsperiode sich verlängern, weil Mangel an Arbeitskräften, besonders an qualifizierten, eintreten kann, abgesehen auch von Lohnkämpfen, die in solchen Perioden häufiger zu sein pflegen; Störungen im Arbeitsprozess können sich auch ergeben aus allzu intensiver Ausnützung des konstanten Kapitals, zum Beispiel aus allzu grosser Beschleunigung der Laufzeit der Maschinerie, die auch durch Einstellung ungeübter Arbeiter geschädigt werden kann, oder aus Vernachlässigung von Reparaturen und Hilfsarbeiten, um die kurze Zeit

industrieller Hochspannung ja nicht ungenützt vorübergehen zu lassen. Zugleich verlängert sich im weiteren Verlauf die Umlaufszeit. Der Bedarf des inländischen Marktes ist befriedigt, weiter entfernte auswärtige Märkte müssen aufgesucht werden. Der Absatz der Waren, ihre Rückverwandlung in Geld verlängert sich; alles Momente, die ein Sinken der Profitrate in der zweiten Phase der Prosperität herbeiführen.

Dazu kommen andere Momente. Während der Prosperität steigt die Nachfrage nach Arbeitskraft, deren Preis sich erhöht. Dies bedeutet Verringerung der Mehrwert- und damit der Profitrate. Es steigt ferner allmählich der Zinsfuss über sein normales Niveau aus Gründen, die noch anzuführen sind, und es sinkt infolgedessen die Rate des Unternehmergewinnes. Allerdings steigt dafür (ein Umstand, der gewöhnlich vernachlässigt wird) der Gewinn des Bankkapitals. Aber die Banken sind in dieser Periode nicht mehr in der Lage, das Geld für den Zweck der Produktionserweiterung zur Verfügung zu stellen. Einmal steht in dieser Periode die Spekulation sowohl in Waren als in Effekten in höchster Blüte und stellt sehr gesteigerte Anforderungen an den Kredit. Dann aber reicht, wie wir noch sehen werden, der Zirkulationskredit, den sich die Produktiven untereinander gewähren, nicht aus, um den gesteigerten Ansprüchen zu genügen und auch hier müssen die Banken eintreten. Deshalb werden die Banken die Tendenz haben, ihren Gewinn in der flüssigen Form, in Geldform, festzuhalten und damit wird die Verwandlung in produktives Kapital, also die wirkliche Akkumulation und Erweiterung des Reproduktionsprozesses gehemmt. Es bedeutet dies gleichzeitig eine Störung des Produktionsprozesses, da infolge der Hemmung der Rückverwandlung des Geldkapitals, das die Banken durch den gestiegenen Zinsfuss an sich gezogen haben und in Geldform festhalten, ein Teil des für die erweiterte Reproduktion bestimmten produktiven Kapitals pro tanto unverkäuflich bleibt. So bedeutet die Verringerung des Unternehmergewinnes gleichfalls für die ganze Kapitalistenklasse eine steigende Ungunst der Verwertungsbedingungen, eine Verringerung der Akkumulation.

Die Krise tritt nun in dem Augenblick ein, wo sich die zuletzt beschriebenen Tendenzen der sinkenden Profitrate durchsetzen gegenüber den Tendenzen, die infolge der gestiegenen Nachfrage Steigen der Preise und des Profits bewirkt haben. Es fragt

sich hier zweierlei: einmal, wie sich diese Tendenzen, die der Prosperität ein Ende bereiten, in der und durch die kapitalistische Konkurrenz durchsetzen. Sodann, warum dieses Durchsetzen kritisch und nicht lytisch, plötzlich und nicht allmählich erfolgt. Die letztere Frage ist allerdings von geringerer Bedeutung, da der Wechsel von Prosperität und Depression für die Wellenbewegung der Konjunktur das Entscheidende ist und die Plötzlichkeit dieses Wechsels erst in zweiter Reihe steht.

So viel ist klar: wäre die Preissteigerung während der Prosperität allgemein und gleichmässig, so bliebe sie rein nominell. Stiegen alle Waren um 10 Prozent oder 100 Prozent, so liesse das ihr relatives Austauschverhältnis unverändert[1]). Die Erhöhung der Preise hätte dann auch keine Beeinflussung der Produktion zur Folge; es würde keine Verschiebung in der Verteilung des Kapitals auf die verschiedenen Produktionszweige, keine Aenderung in den Proportionsverhältnissen auftreten. Erfolgt die Produktion in den richtigen Proportionen, wie dies früher schematisch dargestellt worden ist, so brauchten diese keine Aenderung zu erfahren und infolgedessen auch keine Störungen aufzutreten. Anders aber, wenn sich aus der Natur der Preissteigerung Momente anführen lassen, die eine solche Gleichmässigkeit ausschliessen. Die geänderte Preisgestaltung wird dann auch eine Aenderung in der Proportionalität der Produktionszweige herbeiführen können, da ja die Preis- und Profitänderung bestimmend auf die Verteilung des Kapitals auf die verschiedenen Produktionszweige einwirkt. Diese Möglichkeit wird zur Wirklichkeit, wenn sich zeigen lässt, dass die Preissteigerung mit Notwendigkeit eine Verschiebung der Verhältnisse der Kapitalverteilung mit sich führen muss. Und in der Tat lassen sich auch Momente nachweisen, die diese Gleichmässigkeit verhindern.

Die Aenderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die in letzter Instanz das Sinken der Profitrate bewirkt, wird, von technischen Revolutionen abgesehen und zunächst nur den Durchschnitt der beständigen technischen Aenderung betrachtet, am

[1]) Auf den ersten Blick scheint die Prosperitätsperiode gekennzeichnet durch allgemeine und gleichmässige Preissteigerung, die Depressionsperiode durch ebensolche Preissenkung. Dies der Grund, warum in einer Wertänderung des Geldes solange und so beharrlich die Ursache der Krise gesucht wurde. Der Aberglaube an die Quantitätstheorie findet darin seine festeste Stütze.

grössten sein, wo die Anwendung von Maschinerie, von fixem Kapital überhaupt am grössten. Denn je grösser die bereits angewendete Masse Maschinerie, Wissenschaft etc., desto grösser und häufiger die Möglichkeit rationellerer Einrichtung, verbesserter Technik, wissenschaftlicherer Verfahrungsweisen. Desto stärker werden hier die Tendenzen zu höherer organischer Zusammensetzung wirksam sein. Die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals ist aber nur der ökonomische Ausdruck gestiegener Produktivität. Diese bedeutet geringeren Preis für die gleiche Warenmenge. Die neu angelegten Kapitale arbeiten daher zunächst mit Extraprofit. Das Kapital wird daher in diese Anlagen strömen. Schon hier macht sich ein Moment der Störung geltend. Je grösser der in diesen Neuanlagen zu machende Extraprofit, desto mehr Kapital strömt in diese Sphären. Eine Korrektur kann erst eintreten, bis die neuen Produkte dieser Sphären auf den Markt kommen und ihr Ueberangebot den Preis senkt[1]). Unterdessen hat die Nachfrage dieser Sphären den Preis von Produkten anderer Sphären gleichfalls erhöht und dort Kapitalzufuhr bewirkt, wenn auch in geringerem Mass, da dort wegen geringerer technischer Verbesserungen der Extraprofit geringer ist. Es hat dies wieder zur Folge, dass hier die Preissteigerung, da die Kapitalvermehrung nicht in gleicher Proportion zugenommen hat, verhältnismässig stärker ist. In der ersten Produktionssphäre ist der Extraprofit bedeutend, in der zweiten geringer; dies gleicht sich allmählich aus durch Verringerung des Extraprofits durch stärkere Kapitalszufuhr dort und durch Preiserhöhung infolge relativ geringerer Zufuhr hier.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion wächst der Umfang des fixen Kapitals und mit diesem Wachstum geht Hand in

[1]) „Unzweifelhaft ist gerade in Lothringen-Luxemburg die wirtschaftliche Entwicklung im Bergbau und Eisengewerbe eine viel zu rasche gewesen, die umso schärfer wirkte, als die neuen Werke spät in Betrieb kamen und somit lange Zeit in der Hochkonjunktur die Nachfrage mit verstärken helfen. Als aber die neuen Werke in die Produktion mit eintraten, und das war Ende 1899, beziehungsweise Frühjahr 1900, da war der Höhepunkt der Entwicklung bereits überschritten, so dass sie nunmehr das Angebot mit vermehrten ... Indem sie also aus der Reihe der Konsumenten ausschieden und nunmehr mit ihrer eigenen Produktion auf dem Markt erschienen, war die Produktionsfähigkeit immens gesteigert worden und eine Ueberproduktion unausbleiblich.“ Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., 2. Band, „Montan- und Eisenindustrie“. Seite 48.

Hand eine wachsende Differenzierung der verschiedenen Industrien in Bezug auf den Umfang des angewendeten fixen Kapitals. Je grösser aber der Umfang des fixen Kapitals, desto länger die Zeit, nötig, um Neuanlagen herzustellen, desto grösser auch daher der Unterschied der Zeit, während der in einzelnen Industriezweigen die Produktion erweitert werden kann. Je länger aber die Zeit zur Neuanlage, desto schwieriger die Anpassung an die Bedürfnisse der Konsumtion; desto länger bleibt das Angebot hinter der Nachfrage zurück, desto stärker steigen hier die Preise und desto allgemeiner wird in solchen Industrien der Akkumulationsdrang.

Je grösser die Masse des fixen Kapitals, desto länger dauert es, bis die neuen Aenderungen getroffen, die Leistungsfähigkeit gesteigert wird. Bis zu diesem Zeitpunkt aber wird das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleiben. Die Vermehrung der Hochöfen, die Anlage neuer Kohlenschächte, die Fertigstellung neuer Eisenbahnen dauert länger als die Vermehrung der Textilprodukte oder der Papierfabrikation. Während also mit der Höhe der organischen Zusammensetzung die Ursachen sich mehren, welche auf die Dauer eine Senkung der Profitrate erzeugen müssen, tritt gerade in diesen Sphären während der guten Konjunktur infolge der geänderten Konkurrenzverhältnisse, der Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, dadurch, dass das Angebot langsamer wächst als die Nachfrage, zunächst ein stärkeres Steigen der Preise ein als in anderen Produktionszweigen. Der Profit nimmt nicht nur nicht ab, sondern die Veränderung der organischen Zusammensetzung ist zunächst begleitet von steigenden Preisen und steigenden Profiten; und zwar werden die Preise im allgemeinen die Tendenz haben, um so mehr zu steigen, je höher entwickelt die organische Zusammensetzung. Das Kapital strömt aber in die Sphären höheren Profits. Es wird daher das zu akkumulierende Kapital vor allem in diese Sphären abgelenkt werden und diese Ablenkung wird insolange dauern, bis die Neuanlagen vollendet sind und die stärkere Konkurrenz der neuen Betriebe sich geltend macht. Es besteht so die Tendenz zu einer Ueberanlage, Ueberakkumulation des Kapitals in den Sphären höchster organischer Zusammensetzung im Vergleich zu denen niedrigerer Zusammensetzung. Ein Missverhältnis, das erscheint, wenn die Produkte der ersten Sphären auf den Markt gelangen. Der Absatz dieser neuen Produkte ist dadurch gehindert, dass die Produktion in den Sphären niederer Zusammensetzung

nicht in gleicher Weise, nicht gleich rasch, sondern schneller, dafür aber weniger intensiv vermehrt wurde. Dies erklärt, warum die Krisen am stärksten sich äussern in den technisch entwickeltsten Produktionszweigen, also in den früheren Perioden vor allem in der Textil(Baumwoll)industrie, später in den schweren Industrien. Die Krise ist im allgemeinen dort am stärksten, wo der Umschlag des Kapitals am längsten und die technischen Verbesserungen und Neuerungen am grössten, was zumeist der Fall, wenn die organische Zusammensetzung am höchsten.

Die Krise selbst bringt zunächst Preis- und Profitsenkung unter das normale Niveau, das heisst unter die Produktionspreise und den Durchschnittsprofit, mit sich. Die Produktion kontrahiert sich, die schwächeren Betriebe gehen zugrunde und nur diejenigen setzen schliesslich den Betrieb fort, die auch bei gesunkenen Preisen den Durchschnittsprofit erzielen. Dieser Durchschnittsprofit hat aber jetzt ein anderes Niveau. Er entspricht nicht mehr der organischen Zusammensetzung am Ausgangspunkt des industriellen Zyklus, sondern der geänderten, höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Umgekehrt findet in den Industrien mit geringerem Umfang des fixen Kapitals raschere Anpassung an die Konsumtion statt, bleibt das Steigen der Preise innerhalb engerer Grenzen (von Preisschwankungen des Rohmaterials abgesehen) und wird die Akkumulation weniger angestachelt. Es ist dies ein weiterer Grund zur Entstehung von Disproportionalität, von Konzentrierung des neu anzulegenden Kapitals auf diejenigen Produktionszweige, wo die Preise am raschesten und höchsten steigen, und zugleich der Grund, warum im allgemeinen die Krisen eine um so stärkere Wirkung haben, je umfangreicher das fixe Kapital überhaupt und in jenen Produktionszweigen, wo das fixe Kapital den grössten Umfang besitzt.

Dazu kommt, dass je grösser der Umfang der Kapitalsmasse ist, die der Stand der Technik in einem bestimmten Moment für einen bestimmten Produktionszweig erfordert, desto schwieriger eine genaue quantitative Anpassung der Vermehrung der Produktion an die vermehrte Konsumtion wird. Es ist technisch irrationell und deshalb unökonomisch, etwa die Stahlproduktion zu vermehren durch Neuanlage eines kleinen Stahlwerks. Die Technik bestimmt hier den Grad der Vermehrung aus eigener Machtvollkommenheit,

ohne sich darum kümmern zu können, ob das Mass der Vermehrung mit den Ansprüchen der Konsumtion übereinstimmt. Die Vermehrung in den schweren Industrien kann, wenn einmal die vorhandenen Produktivkräfte voll ausgenützt sind — und die Variationen in den Ausnützungsmöglichkeiten sind ein wichtiger Faktor, um geringere Schwankungen in der Nachfrage auszugleichen — nur im grossen Masstab, sprunghaft erfolgen, nicht in dem bescheidenen Umfang der Anfangsepochen des Kapitalismus. Auch hier ist die Anpassungsmöglichkeit der leichteren Industrien bei weitem grösser und deshalb hier die Preissteigerung in der Zwischenzeit geringer.

Zu diesen Missverhältnissen der Preisgestaltung, die sich aus der Verschiedenheit der organischen Zusammensetzung ergeben, treten andere, die aus natürlichen Umständen entspringen. Wir haben gesehen, dass eine Tendenz zur Ueberakkumulation in den Sphären höherer organischer Zusammensetzung besteht. Diese Sphären sind einerseits starke Verbraucher von Rohstoff, dann aber liefern sie auch Rohstoffe und Halbfabrikate (Eisen, Kohle) für andere Industrien. Hier können nun Störungen der Proportionalität auftreten. „Man hat gesehen, dass nachdem die Waren in Geld verwandelt, verkauft sind, ein bestimmter Teil dieses Geldes wieder in die stofflichen Elemente des konstanten Kapitals rückverwandelt werden muss, und zwar in den Verhältnissen, wie sie der bestimmte technische Charakter jeder gegebenen Produktionssphäre erheischt. Hier ist in allen Zweigen — vom Arbeitslohn . . . . abgesehen — das wichtigste Element der Rohstoff mit Einschluss der Hilfsstoffe, die namentlich wichtig in Produktionszweigen, wo kein eigentlicher Rohstoff eingeht, wie in Bergwerken und der extraktiven Industrie überhaupt. . . . . Steigt der Preis des Rohstoffes, so mag es unmöglich sein, ihn nach Abzug des Arbeitslohnes aus dem Wert der Ware vollständig zu ersetzen. Heftige Preisschwankungen bringen daher Unterbrechungen, grosse Kollisionen und selbst Katastrophen im Reproduktionsprozess hervor. Es sind namentlich eigentliche Agrikulturprodukte, der organischen Natur entstammende Rohstoffe, die solchen Wertschwankungen infolge wechselnder Ernteerträgnisse — hier noch ganz vom Kreditsystem abgesehen — unterworfen sind. . . . .

Ein zweites, das nur der Vollständigkeit wegen hier erwähnt wird — da die Konkurrenz wie das Kreditsystem hier noch ausser dem Kreis unserer Betrachtung liegen — ist dies: Es ist in der

Natur der Sache begründet, dass pflanzliche und tierische Stoffe, deren Wachstum und Produktion bestimmten organischen, an gewisse natürliche Zeiträume gebundenen Gesetzen unterworfen sind, nicht plötzlich in demselben Mass vermehrt werden können, wie zum Beispiel Maschinen und anderes fixes Kapital, Kohle, Erz etc., deren Vermehrung, die sonstigen Naturbedingungen vorausgesetzt, in einem industriell entwickelten Land in kürzester Frist vor sich gehen kann. Es ist daher möglich, und bei entwickelter kapitalistischer Produktion sogar unvermeidlich, dass die Produktion und Vermehrung des Teiles des konstanten Kapitals, der aus fixem Kapital, Maschinerie etc. besteht, einen bedeutenden Vorsprung gewinnt vor dem Teil desselben, der aus organischen Rohstoffen besteht, so dass die Nachfrage nach diesen Rohstoffen schneller wächst als ihre Zufuhr und daher ihr Preis steigt. . .

Das Steigen führt in der Tat nach sich: 1. dass diese Rohstoffe aus grösserer Entfernung zugeführt werden, indem der steigende Preis grössere Transportkosten deckt; 2. dass die Produktion derselben vermehrt wird, ein Umstand, welcher der Natur der Sache nach, aber vielleicht erst ein Jahr später die Produktenmasse wirklich vermehren kann; und 3. dass allerlei früher unbenutzte Surrogate vernutzt, und ökonomischer mit den Abfällen umgegangen wird. Wenn das Steigen der Preise anfängt sehr merklich auf die Ausdehnung der Produktion und die Zufuhr zu wirken, ist meist schon der Wendepunkt eingetreten, wo infolge des länger fortgesetzten Steigens des Rohstoffes und aller Waren, in die er als Element eingeht, die Nachfrage fällt und daher auch eine Reaktion im Preis des Rohstoffes eintritt. Abgesehen von den Konvulsionen, die dies durch Entwertung von Kapital in verschiedenen Formen bewirkt, treten noch andere gleich zu erwähnende Umstände ein.

Zunächst ist aber schon aus dem bisher Gesagten klar: Je entwickelter die kapitalistische Produktion und je grösser daher die Mittel plötzlicher und anhaltender Vermehrung des aus Maschinerie u. s. w. bestehenden Teils des konstanten Kapitals, je rascher die Akkumulation (wie namentlich in Zeiten der Prosperität), desto grösser die relative Ueberproduktion von Maschinerie und anderem fixen Kapital und desto häufiger die relative Unterproduktion der pflanzlichen und tierischen Rohstoffe, desto markierter das vorher beschriebene Steigen ihres Preises und der diesem entsprechende Rückschlag. Desto häufiger sind also die Revulsionen, die in dieser

heftigen Preisschwankung eines der Hauptelemente des Reproduktionsprozesses ihren Grund haben“[1]).

„Je mehr wir daher in der Geschichte der Produktion der unmittelbarsten Gegenwart näher rücken, um so regelmässiger finden wir, namentlich in den entscheidenden Industriezweigen, den stets sich wiederholenden Wechsel zwischen relativer Teuerung und daraus entspringender späterer Entwertung der der organischen Natur entlehnten Rohstoffe[2])“.

Zu diesen Störungen treten andere, die sich aus der Art ergeben, wie das fixe Kapital reproduziert wird. Wir haben gesehen, dass bei einfacher Reproduktion das abgestorbene fixe Kapital gleich sein muss dem neu anzulegenden. In der Tat wird diese Bedingung nie streng erfüllt sein. Es muss also auf der einen Seite zur Ausgleichung stets ein Ueberschuss an fixem Kapitalbestandteil, also Warenvorrat vorhanden sein, dem auf der anderen Seite Reservegeldkapital entspricht. Ein gewisser Vorrat und eine gewisse Schatzansammlung ist Bedingung der Reproduktion, die sonst stets an einem oder dem anderen Punkte ins Stocken geraten würde. Solche geringe Ausgleichungen werden auch erleichtert durch die Elastizität des Kapitals selbst, die erlaubt, durch Forcierung der Produktion, Ueberstundenarbeit etc. gewisse drängende Bedürfnisse zu befriedigen. Die fieberhafte Anspannung aller Produktionspotenzen vermindert sowohl den Warenvorrat auf der einen als den Geldvorrat auf der anderen Seite (relativ und absolut) und beseitigt damit ein Moment, das in normalen Zeiten zur Ausgleichung von Störungen dient. Die Verminderung des Reservegeldkapitals wird im Stadium vor der Krise absolut, einerseits weil die Nachfrage der industriellen Kapitalisten nach Geldkapital jetzt am höchsten ist, anderseits weil infolge der beginnenden Verlangsamung der Rückflüsse und damit des Zirkulationskredits die Nachfrage nach Geld als Zahlungsmittel rasch zunimmt. Eine weitere Störung im Absatz kann nicht durch Heranziehung von Reservegeldkapital ausgeglichen werden und führt deshalb zum Bankrott.

Eine weitere Störung der Proportionalität kann erfolgen, indem das Verhältnis der Produktion zur Konsumtion sich ändert. Während der Prosperität steigen die Preise und damit der Profit. Das

---

[1]) Marx, „Kapital“, III., 1., Seite 94 und 95. Siehe auch Marx, „Theorien über den Mehrwert“, II., 2., Seite 289 ff.

[2]) Marx, „Kapital“, III., 1., Seite 98.

Steigen der Warenpreise muss stärker sein als das Steigen des Arbeitslohnes, denn sonst könnte der Profit nicht steigen. Es steigt also der Anteil der Unternehmerklasse an dem Neuprodukt rascher als der der Arbeiter. Absolut vermehrt sich die Konsumtion, da sowohl die Unternehmer als die Arbeiter ihre Konsumtion ausdehnen werden. Noch schneller vermehrt sich die Akkumulation, da gerade jetzt der Akkumulationsstachel am schärfsten wirkt, wenn es auch immer eine gewisse Zeit dauert, bis die Luxuskonsumtion zunimmt. Diese ist sehr elastisch und passt sich leicht dem starken Akkumulationsdrang an. So findet eine Verschiebung statt; ein relativ grösserer Teil des Profits dient der Akkumulation, ein relativ kleinerer der Konsumtion. Das heisst aber, dass die Konsumtion nicht Schritt hält mit dem Steigen der Produktion. Es kommt hierzu noch jener sich gleichbleibende Teil der Konsumtion, der auf die in festem Gehalt stehenden oder die nicht aus der Produktion unmittelbar alimentierten und deshalb von deren Schwankungen nur indirekt und mittelbar berührten Einkommensschichten entfällt.

So entstehen im Ablauf der Konjunkturperiode Disproportionalitätsverhältnisse durch Störungen der Preisgestaltung. Denn all die erwähnten Momente bedeuten Abweichungen der Marktpreise von den Produktionspreisen und dadurch Störungen in der Regulierung der von der Preisgestaltung in ihrem Ausmass und ihrer Richtung abhängigen Produktion. Dass diese Störungen schliesslich zur Absatzstockung führen müssen, ist klar. Ihre Durchsetzung ist begleitet und vermittelt durch Krediterscheinungen, die nunmehr zu analysieren sind.

Achtzehntes Kapitel.

Die Kreditverhältnisse im Ablauf der Konjunktur.

Zu Beginn der Prosperität herrscht niedriger, nur langsam und allmählich steigender Zinsfuss. Das Leihkapital ist reichlich. Die Erweiterung der Produktion und damit der Zirkulation steigert zwar die Nachfrage nach Leihkapital. Aber die gesteigerte Nachfrage findet leichte Befriedigung. Denn einmal steht dafür das während der Depression brachliegende Geldkapital zur Verfügung. Zweitens aber dehnt sich zu Beginn der Prosperität gleichzeitig der Zirkulationskredit aus. Das in Geldkapital rückzuverwandelnde Warenkapital der Industriellen und Kommerziellen ist zwar gestiegen, so-

wohl was die Masse als was die Preise der Waren anbelangt. Aber die dafür notwendigen Zirkulationsmittel liefert die vermehrte Menge des Kreditgeldes. Es wächst die Masse des Kreditgeldes und gleichzeitig verkürzt sich mit dem rascheren Umschlag des produktiven Kapitals die Umlaufszeit des Kreditgeldes. Das vermehrte Angebot von Leihkapital, das durch die vermehrte Schaffung des Kreditgeldes gegeben ist, befriedigt die gestiegene Nachfrage nach Leihkapital ohne Steigerung des Zinsfusses.

In dieser Periode wächst das Angebot von Leihkapital auch deshalb, weil durch die Verkürzung der Umlaufszeit das durch die Länge der Umlaufszeit in seinem Ausmass bestimmte Geldkapital, das die Produktiven während der Zirkulationszeit ihres Kapitals zur Verfügung haben müssen, sich verringert und als Leihkapital auf den Geldmarkt kommt.

Mit der Dauer der Prosperität ändern sich diese Verhältnisse und die Allmählichkeit der Aenderung drückt sich aus im allmählichen Steigen des Zinsfusses.

Wir haben gesehen, dass während der Prosperität erstens die Umschlagszeit des Kapitals sich verlängert, zweitens Disproportionalität der Produktionszweige sich ausbildet. Die Verlängerung der Umschlagszeit, also die Verlangsamung des Absatzes, bedeutet aber zugleich Verlangsamung der Umlaufsgeschwindigkeit des Kreditgeldes. Ein Dreimonatswechsel kann bei Verfall nicht eingelöst werden, wenn die Ware, deren Geldform er repräsentiert, erst in vier Monaten gezahlt wird. Der Wechsel muss prolongiert oder bar bezahlt werden. Die Prolongation bedeutet Inanspruchnahme von Kredit, Kapitalkredit von seiten der Bank, also vermehrte Nachfrage nach Bankkredit. Die Nachfrage nach Bankkredit wird allgemein sein, weil ja die Notwendigkeit der Prolongierung nicht einen einzelnen Kapitalisten, sondern in einem bestimmten Durchschnitt die ganze Klasse der produktiven Kapitalisten trifft. Sowohl die vermehrte Nachfrage nach Bankkredit, die ja eben nur die Folge des Umstandes ist, dass der Zirkulationskredit, den sich die Produktiven untereinander geben, nicht mehr ausreicht, als auch die vermehrte Nachfrage nach Bargeld wirkt unmittelbar steigernd auf den Zinsfuss.

Dieselbe Wirkung hat die zunehmende Disproportionalität, die ebenfalls Absatzstockung bedeutet. Ware muss durch Ware ersetzt werden, damit das Kreditgeld seine Funktion, Bargeld zu ersetzen,

erfüllen kann. Stockt der gegenseitige Warenumsatz, so muss das Kreditgeld durch Bargeld ersetzt werden. Der Wechsel kann bei Verfall nicht eingelöst werden, weil die Ware, die er repräsentiert, nicht verkauft worden. Soll er doch eingelöst werden, so kann er das nur durch Inanspruchnahme von Bankkredit, der jetzt an Stelle des Zirkulationskredits getreten ist. Für den Industriellen ist es aber ein gleichgültiger Umstand, ob die Einlösung des Wechsels, für den er seine Ware verkauft hat, auf dem Wege des Zirkulationskredits erfolgt, also in letzter Linie durch den Ersatz seiner Ware durch eine andere, oder ob auf dem Wege des Bankkredits, also ohne dass seine Ware endgültig durch andere Ware ersetzt ist. Er muss zwar jetzt etwas erhöhten Zins zahlen, aber er weiss erstens nicht, was das zu bedeuten hat, und verstünde er es, es würde nichts ändern und ihm nichts helfen. Noch sind die Preise und die Profite hoch. Noch hat er durch die Einlösung seines Wechsels das Geldkapital, nötig, um die Produktion im gleichen Umfang fortführen zu können. Dass das Geldkapital, mit dem er jetzt arbeitet, nicht mehr verwandelte Form seines eigenen Warenkapitals darstellt, das in Wirklichkeit noch gar nicht abgesetzt ist, ist ihm verhüllt. Er weis nicht, dass er jetzt die Produktion fortführt mit zuschüssigem Geldkapital, das ihm der Bankier zur Verfügung stellt.

Es ist dies aber ein Umstand von grösster Bedeutung. Die beginnende Disproportionalität muss sich in Bildung von Warenvorrat äussern. Auf irgend einem Punkt des Zirkulationsprozesses der Ware muss Stockung stattfinden. Dieser Warenvorrat müsste auf den Markt drücken, wenn die Ware verkauft werden müsste, um mit dem erlösten Geld die Produktion weiterführen zu können. Diese Wirkung und damit die Wirkung auf Preis und Profit wird vermieden, da den Produktiven von den Banken Geldkapital zur Verfügung gestellt wird. So verhüllt der Kredit die beginnende Disproportionalität. Die Produktion wird unverändert weitergeführt, in gewissen Zweigen, wo die Preise besonders hoch stehen, noch stark erweitert, weil die Heranziehung von Geldkapital verhütet, dass die Waren einen Druck auf den Markt ausüben und die Preise ins Wanken bringen. Die Produktion erscheint noch völlig gesund, obwohl die Disproportionalität der Produktionszweige bereits ausgebildet ist.

Die Aenderungen in der Höhe des Zinsfusses, die primär durch Aenderungen der Proportionalitätsverhältnisse während des

Konjunkturablaufes bedingt sind, beeinflussen ihrerseits aufs stärkste die Vorgänge der Gründungen, der Waren- und der Effektenspekulation und damit die Gestaltung der Börsengeschäfte. Zu Beginn der Prosperität ist der Zinsfuss niedrig; dies bewirkt unter sonst gleichen Umständen hohen Kurs des fiktiven Kapitals. Bei jenem Teil des fiktiven Kapitals, das feste und gesicherte Erträgnisse abwirft, also zum Beispiel bei den Schuldtiteln des Staates und öffentlicher Körperschaften, bei manchen Arten von Pfandbriefen etc. steigt der Kurs unmittelbar infolge des Sinkens des Zinsfusses. Bei den Aktien wirkt dem Steigen des Kurses infolge des gesunkenen Zinsfusses die Minderung der Dividende und die grössere Unsicherheit des Ertrages entgegen. Die Prosperität beseitigt diese Gegentendenz; die Aktienkurse steigen bei fortdauerndem niedrigen Zinsfuss, weil die Erträgnisse und deren Sicherheit zunehmen. Zugleich steigt die Spekulation, die die steigenden Kurse für sich zu eskomptieren trachtet und damit vermehrt sich die Nachfrage nach Aktien und der Kurs steigt weiter. Die Ausdehnung der Produktion bedeutet zugleich vermehrte Gründungstätigkeit. Neue Aktiengesellschaften werden gegründet, bestehende vermehren ihr Kapital. Die Emissionstätigkeit der Banken wird lebhaft. Der hohe Kurs der Aktien und der niedrige Zinsfuss bedingen hohe Emissionsgewinne. Die neuen Aktien werden von der Börse rasch aufgenommen und leicht an das Publikum, das heisst an Kapitalisten, die Leihkapital zur Verfügung haben, abgesetzt. Es ist die Periode, wo die Gründungstätigkeit am lebhaftesten und die Gewinne der Banken aus der Emissionstätigkeit am grössten. Die Geldflüssigkeit begünstigt die Spekulation, die ja für ihre Operationen auf die Inanspruchnahme von Kredit angewiesen ist. Da der Zins niedrig, können auch kleine Schwankungen im Kurs, wie sie während der ersten Periode der Prosperität noch vorherrschen, von der Spekulation bereits ausgenützt werden. Die Börsentätigkeit ist lebhaft, die Umsätze bedeutend bei verhältnismässig geringen Schwankungen, die sich aber insgesamt schliesslich zu einer Erhöhung des Kursniveaus summieren. Das erhöhte Kursniveau, das aus der Vermehrung der Masse der Effekten und aus dem Steigen der Kurse sich ergibt, einerseits, die Vermehrung der Umsätze anderseits bedeuten grössere Inanspruchnahme von Kredit zur Ausgleichung der Bilanzen, die grössere Beträge erfordern werden und dies um so mehr, da in solchen Perioden die Spekulation à la Hausse die Baissespekulation

überwiegt, die Käufe die Verkäufe übertreffen und die schliesslich auszugleichende Bilanz vergrössert wird. Der erhöhten Nachfrage nach Kredit, den die Börse ausübt, steht aber hier — anders wie bei den Produktiven, wo die steigende Nachfrage zunächst durch Ausdehnung des Zirkulationskredits befriedigt wird — kein vermehrtes Angebot gegenüber. Die vermehrte Nachfrage wirkt also unmittelbar erhöhend auf den Zinsfuss ein und verstärkt die aus den Produktionsvorgängen kommenden Tendenzen zur Erhöhung des Zinses.

Aehnlich sind die Vorgänge auf dem Gebiet der Warenspekulation. Sie sucht gleichfalls die steigenden Preise für sich zu eskomptieren und die Tendenz zum Steigen zu verstärken. Einerseits werden Waren, deren Preis auf dem einen Markt hoch steht, aus anderen Märkten herbeigeschafft und so verstärkte Zufuhr bewirkt. Da der eine Importeur nichts vom anderen weiss, ist ohneweiters die Möglichkeit gegeben, dass die Zufuhr die Nachfrage schliesslich übersteigt und Ueberhandel stattfindet. Anderseits sucht die Spekulation auf dem Waren-, ähnlich wie auf dem Effektenmarkt, die Preissteigerung zu erhalten und womöglich zu vermehren. Die Waren werden möglichst lange vom Markt zurückgehalten, um die Preise zu erhöhen; es ist die Zeit, wo sich Ringe und Corner bilden, die durch Schaffung künstlicher Warenknappheit die Preise hinaufzutreiben suchen. Um die Waren zurückhalten zu können, ist wieder Inanspruchnahme von Kredit nötig, die wieder Steigerung des Zinsfusses zur Folge hat.

Inzwischen hat sich die industrielle Prosperität verallgemeinert und zur Hochkonjunktur gesteigert. Preise und Profite stehen am höchsten. Die Aktienkurse sind gestiegen infolge des steigenden Ertrages. Die Spekulation, die im ganzen und grossen bisher mit Gewinn abgeschlossen hat, hat sich beständig ausgedehnt. Die Spekulationsgewinne entfalten ihre propagandistische Kraft. Die Beteiligung des Publikums an den Börsenumsätzen wächst und ermöglicht dadurch der berufsmässigen Spekulation die Ausdehnung ihrer Operationen auf dem Rücken des Publikums. Der Zinsfuss ist hoch; sollen die Umsätze der Spekulation gewinnbringend sein, so müssen auch die Veränderungen in den Kursen bedeutender werden, soll nicht der Gewinn der Spekulation durch den erhöhten Zins verschlungen werden; aber diese Schwankungen werden jetzt auch deshalb bedeutend, weil die Nachrichten aus der Industrie nicht

mehr unbedingt günstig lauten, weil neben steigenden Gewinnen hie und da Stillstand eintritt, der Absatz nicht mehr so flott ist und der Kredit anfängt, schwierig zu werden, da den Banken die Begünstigung der Spekulation gefährlich zu erscheinen beginnt, zumal da mit der stärkeren Beteiligung des Publikums die Kreise zunehmen, die ohne eigene Mittel oder doch weit über den Umfang ihrer Mittel hinaus ihre Spekulationen betreiben. Analoge Vorgänge spielen sich auch auf dem Warenmarkt ab.

Der steigende Zinsfuss aber hat die Tendenz, die Kurse zu erniedrigen. Es muss also schliesslich der Punkt eintreten, wo die Spekulation in ihrem Bestreben, die Preise zu erhöhen, zum Stillstand kommen muss. Dies wird beschleunigt, wenn der Spekulation ein Teil des Kredits, den sie bisher in Anspruch genommen, entzogen wird. Wir haben gesehen, wie im Fortgang der Prosperität die Produktiven immer grössere Ansprüche an die Banken stellen müssen. Zu den dort angegebenen Gründen kommt jetzt noch ein anderer. Der Zinsfuss ist entscheidend für die Höhe des Gründergewinnes. Der hohe Zinsfuss der Hochkonjunktur vermindert den Gründergewinn und schränkt deshalb die Emissionstätigkeit ein. Dazu kommt, dass die Spekulation in diesem Zeitpunkt schon gesättigt ist, eine Vermehrung der Effekten zu den bisherigen hohen Kursen nicht vertragen würde. Die Banken stünden vor der Gefahr, die neuen Aktien nicht oder nur zu relativ niedrigen Kursen abstossen zu können.

Die Bedürfnisse der Industrie werden jetzt von den Banken selbst befriedigt; sie geben keine Aktien aus, sondern gewähren Bankkredite, die von den Produktiven zu dem herrschenden hohen Zinsfuss verzinst werden müssen. Je stärker aber die Inanspruchnahme der Banken durch die Industrie ist, desto geringer die Mittel, die sie der Spekulation zur Verfügung stellen können; die Spekulation muss sich einschränken. Das aber bedeutet Verringerung der Nachfrage, Fallen der Kurse. Aber der gegebene Kursstand war die Grundlage für den der Spekulation gewährten Kredit; jetzt müssen also Zuschüsse auf die verpfändeten oder sonst als Grundlage des Kredits dienenden Papiere geleistet werden, Zuschüsse, die von vielen Spekulanten und besonders von den Mitläufern aus dem Publikum nicht geleistet werden können. So kommt es zu Zwangsverkäufen der gepfändeten Aktien, zu einem plötzlich vermehrten Angebot, das den Kurs der Papiere rasch senkt. Diese Senkung

wird verstärkt durch die Drehung, die die berufsmässige Spekulation vornimmt, die die kritische Lage des Marktes erfasst hat und sich nun auf die Baissespekulation wirft. Das Sinken der Kurse bedeutet neues Einschränken des Kredits, neue Zwangsverkäufe, aus dem Sinken wird ein Sturz, die Börsenkrise, die Panik und Deroute ist eingetreten. Die Wertpapiere sind massenhaft entwertet und fallen rasch unter das Niveau, das ihren wirklichen Erträgnissen bei normaler Höhe des Zinsfusses entspricht. Diese entwerteten Papiere werden jetzt von Grosskapitalisten und Banken aufgekauft, um, wenn die Panik vorüber, die Kurse wieder gestiegen, zu erhöhtem Preise verkauft zu werden, bis im Kreislauf des nächsten Zyklus der Prozess der Expropriation eines Teiles der Spekulanten und der Prozess der Eigentumskonzentration in den Händen des Geldkapitals sich von neuem vollzieht und so die Funktion der Börse sich erfüllt, als Mittel der Eigentumskonzentration auf dem Wege der Konzentration des fiktiven Kapitals zu dienen.

Die Börsenkrise wird so unmittelbar hervorgerufen durch die Aenderungen, die sich auf dem Geldmarkt und in den Kreditverhältnissen vollziehen. Da ihr Eintreten unmittelbar nur von der Höhe des Zinsfusses abhängt, kann sie also bereits einige Zeit vor dem Eintreten der allgemeinen Handels- und Industriekrise erfolgen. Sie ist aber nur ein Symptom, ein Vorzeichen der letzteren, denn die Veränderung auf dem Geldmarkt ist ja bedingt von jenen Aenderungen in der Produktion, die zur Krise führen[1]).

Aehnliche Vorgänge wie bei der Effektenspekulation spielen sich bei der Warenspekulation ab, nur dass hier der Natur der Sache nach der Zusammenhang mit den Produktionsverhältnissen ein engerer ist. Auch hier erschweren das Steigen des Zinses und die Einschränkung des Kredits die Zurückhaltung der Ware und damit das Aufrechterhalten der Preise. Zugleich aber bewirkt der hohe Preisstand Anspannung der Produktion, Vermehrung der Zufuhr und Zurückhaltung des Konsums, bis schliesslich der Zusammenbruch erfolgt. Handelt es sich um eine Ware, deren Preisstand zugleich auf den Kurs führender Börsenpapiere von Einfluss ist,

---

[1]) Wir betrachten hier natürlich nur die Börsenkrise, die als ein Moment in der allgemeinen Handelskrise auftritt. Börsen- und Spekulationskrisen können auch isoliert stattfinden; so entsteht oft eine Börsenkrise in den ersten Anfängen der industriellen Prosperität, wenn die Spekulation den beginnenden Aufschwung vorzeitig eskomptiert. Dies war zum Beispiel 1895 in Wien der Fall.

wie zum Beispiel der Kupferpreis für den Kurs der Kupferaktien, so kann der Zusammenbruch der Warenspekulation zugleich das Zeichen sein für den Zusammenbruch der Börsenspekulation.

Die Aenderung der Geldmarktverhältnisse wirkt auch bestimmend ein auf Höhe und Art des Bankgewinns. Zu Beginn der Prosperität herrscht niedriger Zinsfuss und hoher Emissionsgewinn. Wir haben gesehen, dass beide im Verlauf der Konjunktur entgegengesetzte Richtung einschlagen. Ferner steigt während der ganzen Dauer der Konjunktur der Gewinn der Bank aus der Provision, die sie als Vermittlerin des Zirkulationskredits zieht; es steigt der Profit des Geldhandlungskapitals, da die Zahlungsgeschäfte für die Produktiven sich ausdehnen, und es steigt vor allem mit dem Steigen des Zinsfusses der Anteil des Bankkapitals, erstens an dem Profit der Produktiven auf Kosten des Unternehmergewinns und zweitens an dem Gewinn der Spekulanten auf Kosten des Differenzgewinns. Je höher der Zinsfuss, desto höher auch der Anteil des Finanzkapitals an den Früchten der Hochkonjunktur. Mit der Dauer der Prosperität steigert sich so der Anteil des Geldkapitals an dem Profit des produktiven Kapitals.

Zugleich haben wir gesehen, wie im Verlauf der Konjunktur der Bankkredit immer stärker in Anspruch genommen wird von dem Moment an, wo der Zirkulationskredit seine Höchstgrenze erreicht. Die Inanspruchnahme des Bankkredits erfolgt, weil die Ausdehnung der Produktion Ausdehnung der Zirkulation bedeutet und diese vermehrte Zirkulationsmittel erfordert. Es tritt so stetig zunehmende Erschöpfung der Bankreserven ein, die schliesslich auf die Inanspruchnahme der Zentralnotenbank zurückwirken muss. Denn die Verlangsamung des Absatzes bedeutet Verlangsamung des Wechselumlaufes, also Einschränkung des Zirkulationskredits, für den der Bankkredit eintreten muss. Aber der Prozess der Disproportionalität mit allen seinen Folgen geht weiter und seine Wirkung auf den Bankkredit wird verschärft durch die wachsenden Anforderungen der Spekulation. So tritt allmählich Anspannung des Bankkredits ein, bis zu dem Punkte, wo die Banken den Kredit nicht mehr ausdehnen können, um ihre Reserven nicht allzusehr zu verringern. Die Zirkulation, die nicht mehr durch Kredit erweitert werden kann, erfordert jetzt Bargeld, das also in die Zirkulation in erhöhtem Masse einströmen und die Reserve verringern wird, was wieder die Banken um so mehr zur Einschränkung der Kreditgewährung zwingen muss. Diese

Einschränkung bedeutet aber für die Industrie, dass die Störungen aus der Disproportionalität nicht mehr ausgeglichen werden können, weil das dazu nötige Geldkapital nicht mehr zur Verfügung steht. Es müssen die Waren losgeschlagen werden, um Zahlungsmittel zu erhalten, die auf dem Wege des Kredits nicht mehr zu erhalten sind. Das Sinken der Preise beginnt. Aber das bisherige Preisniveau lag allen Kredittransaktionen zugrunde. Preissenkung bedeutet, dass auch der Wechsel, der gegen diese Ware gezogen worden ist, nicht aus dem Erlös der Ware bezahlt werden kann. Es entsteht Nachfrage zum Zweck der Bezahlung in demselben Moment, wo das Angebot sich einschränkt. Denn der Zirkulationskredit nimmt rapid ab, da das Sinken der Preise die Wechsel entwertet und die Wechseleingänge verringert. Zugleich kann der Bankkredit nicht ausgedehnt werden, da das Sinken der Preise die Sicherheit der Zahlungsfähigkeit der Produktiven in Frage stellt. So führt die Nachfrage nach Zahlung zur Unmöglichkeit ihrer Befriedigung. Die Kreditpressung steigt auf das äusserste. Nicht nur ist der Zins aufs höchste gestiegen, sondern es ist überhaupt kein Kredit zu erhalten, da die Erschütterung des Kredits bewirkt, dass alle, die über Bargeld verfügen, es für eigene Zahlungen reservieren. Es gibt nur einen Weg, Zahlungsmittel zu erhalten, die Verwandlung von Ware in Geld. Alles will verkaufen, aber ebendeswegen niemand kaufen. Die Preise stürzen sprunghaft, aber die Waren bleiben unverkäuflich. Die Absatzstockung ist absolut, damit aber der Zirkulationskredit vernichtet; so überaus stark die Zirkulation auch kontrahiert ist — die Ausschaltung des Kreditgeldes verringert die Masse der Zirkulationsmittel noch mehr; an Stelle des Kreditgeldes muss Bargeld treten; die Nachfrage nach Zahlungsmitteln wird zur stürmischen Nachfrage nach Bargeld.

Es hängt von den konkreten Verhältnissen ab, welche Folgen diese Nachfrage nach sich zieht; der Preissturz der Waren schädigt die Zahlungsfähigkeit der Industriellen auf das schwerste und macht daher die Rückzahlung des Bankkredits zweifelhaft. Hat die Bank ihre Mittel festgelegt in Krediten an zahlungsunfähige Industrielle, so zieht deren Bankerott den ihren nach sich; der Kredit, den sie in Form von Depositen oder bei eigener Notenausgabe in der Annahme ihrer Noten genoss, wird plötzlich vernichtet. Es findet ein Run auf ihre Kassen statt; die Depositen werden in bar zurückverlangt, während nur ein Minimum derselben nicht ausgeliehen

ist. Die Depositen sind verloren und die Panik kann sich von hier aus auf die anderen Banken fortpflanzen und sie nacheinander zur Sperrung ihrer Kassen zwingen. Die Bankkrise ist ausgebrochen. Der Sturz des Kreditsystems, der Umschlag ins Monetarsystem, wie Marx es nennt, lässt jetzt nur mehr Bargeld als einziges Zirkulationsmittel gelten. Aber die Masse des Bargeldes reicht für die Zirkulation nicht aus, um so weniger, da gleichzeitig massenhaft Aufschatzung des Bargeldes infolge der Panik stattfindet. Die Folge ist das Entstehen von Bargeldagio; der Eigenwert des Geldes (auch bei Goldwährung natürlich, wie überdies die letzte amerikanische Krise wieder gezeigt hat) verschwindet und der Kurs des Geldes ist bestimmt durch den gesellschaftlich notwendigen Zirkulationswert.

Eine gewaltige Entwicklung liegt zwischen den Funktionen des Geldes als Zirkulations- und Zahlungsmittel und der Funktion als Leihkapital.

Das Geld in seiner goldglänzenden Erscheinung ist die erste heisse Liebe des jungen Kapitalismus. Die merkantilistische Theorie ist sein Liebesbrevier. Es ist eine starke und grosse Leidenschaft, verklärt von allem Schimmer der Romantik. Um des heissersehnten Besitzes der Geliebten willen verrichtet er alle Heldentaten, entdeckt er neue Weltteile, führt immer erneute Kriege, errichtet den modernen Staat und vernichtet aus romantischer Schwärmerei die Grundlage aller Romantik, das Mittelalter. Er kommt zu Jahren und zur Vernunft. Die klassische Theorie lehrt ihn den romantischen Schein geringschätzen und sich im eigenen Heim, der kapitalistischen Fabrik, eine solide Häuslichkeit gründen. Mit Schrecken sieht er auf die opfervollen Torheiten seiner Jugend, die ihn das häusliche Glück verachten liessen. Ricardo lehrt ihn die Schäden seiner kostspieligen Liaison mit dem Golde. Mit ihm beklagt er die Unproduktivität des „high price of bullion". Auf Papier, Banknoten und Wechsel schreibt er jetzt die Absagebriefe an die Geliebte. Allerdings, gewisse Ansprüche sucht er sich zu wahren, und die Currency-Schule fordert vom bescheideneren Papier, es solle sich nach den Gewohnheiten der glänzenderen Vorgängerin richten. Und immer raffinierter werden die Bedürfnisse des älter Gewordenen. Er hat seine Jugend genossen, die kostspielige und anstrengende Leidenschaft ist nicht mehr sein Gefallen; mystische Schauer steigen in ihm auf: nur der Glaube macht selig. John Law verkündet das

neue Evangelium: der Blasierte verachtet das Fleisch und nimmt seine Zuflucht zum Geist; nochmals durchlebt er die höchsten Wonnen; da durchschüttelt den lange Entbehrenden plötzlich altes Verlangen; das Vertrauen in die Befriedigung durch den Glauben allein ist plötzlich verschwunden; gierig verlangt es ihn nach Gewissheit, ob seine Kraft noch erhalten. Der Kredit kracht zusammen und der plötzlich Verlassene kehrt verzweifelnd zu seiner ersten Liebe zurück: zum Golde. Geschüttelt von dem Fieber der Krise ist kein Opfer zu gross, um die Geliebte zu erlangen. Schon glaubt er sich von ihrer Herrschaft befreit, da erlebt er die schrecklichste Enttäuschung und erkennt, von Panik durchschüttelt, schaudernd seine Abhängigkeit. Doch es sind heilsame Krisen. Allmählich lernt er denn den Charakter der Gefürchteten verstehen, von der er doch nicht lassen kann. Das vergebliche Bemühen zu verzichten freilich gibt er auf und eifersüchtiger als je sucht er sie festzuhalten und namentlich ihre gefährliche Neigung zu Auslandsreisen zu verhindern. Doch immer mehr befestigt sich seine Herrschaft, immer weniger lässt er sich jetzt von der goldenen Fessel einschnüren. Die einst so anspruchsvolle Geliebte lernt sich bescheiden und begnügt sich zuletzt mit der Rolle, in Reserve zu bleiben, wenn den Unverbesserlichen neue Enttäuschung seine Zuflucht zu ihr nehmen lässt. Wenn auch ihre Ansprüche steigen und sie sich manchmal ganz versagt, so dauert es nicht so lange und der alte Zustand kehrt wieder. Die Alleinherrschaft hat das Gold endgültig verloren...

Die Geldkrise erscheint nicht als absolute Notwendigkeit der Krise und kann fehlen. Auch während der Krise geht ja der Warenumsatz, wenn auch ausserordentlich kontrahiert, fort. In diesem Umfang kann die Zirkulation mit Kreditgeld fortgeführt werden. Es kann dies um so eher der Fall sein, als die Krise nicht alle Produktionszweige gleichzeitig mit gleicher Wucht treffen muss. Die Absatzstockung wird vielmehr gerade erst durch die Komplikation mit der Bank- und Geldkrise aufs äusserste getrieben. Wird aber der Zirkulation das notwendige Kreditgeld zur Verfügung gestellt, so kann die Geldkrise vermieden werden, indem von einer Bank, deren Kredit unerschüttert geblieben, den Industriellen gegen Sicherheit das Kreditgeld gewährt wird. In der Tat sind Geldkrisen auch vermieden worden, wenn solche Ausdehnung der Zirkulationsmittel möglich war. Die Geldkrisen sind stets nur entstanden, wenn die

Banken, deren Kredit unerschüttert geblieben, verhindert wurden, Kreditgeld zur Verfügung zu stellen. Dies war der Fall in England 1847 und 1857; die beginnende Geldkrise wurde durch Suspension des Bankakts, der die Notenausgabe, also das Kreditgeld, ganz willkürlich auf den Goldschatz + 14 Millionen Pfund reduzierte, beseitigt. In Amerika, wo das Gesetz in noch verrückterer Form die Kreditgeldzirkalation hindert, wenn sie am dringendsten ist, hat die Geldkrise 1907 eine klassische Vollendung erreicht.

Betrachtet man die Vorgänge auf dem nationalen Markt, so erfolgt die Verringerung der Bargeldreserve nicht nur durch den Abfluss in die inländische Zirkulation, sondern auch durch Abfluss nach aussen. Wir haben gesehen, dass zum Ausgleich der internationalen Zahlungsbilanz das Gold als Weltgeld fungiert. Es lassen sich nun Tendenzen nachweisen, die dahin gehen, in dem Lande, wo die Hochkonjunktur am stärksten, das Eintreten der Krise also am nächsten ist, die Zahlungsbilanz zu verschlechtern. Die Hochkonjunkturpreise sollizitieren die Wareneinfuhr und treiben den Import weit über sein normales Mass, während die Exporttätigkeit, da die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes noch immer bedeutend erscheint, nicht in gleichem Umfang wächst, für manche wichtige Exportwaren, Erze, Kohle etc. sich auch absolut stark verringern kann.

Es kommt hinzu, dass in hochentwickelten kapitalistischen Ländern auf der Importseite Naturprodukte, Konsumtionswaren und Rohstoffe überwiegen, auf der Exportseite industrielle Fabrikate. Die ersteren sind aber in viel höherem Masse Gegenstand der Spekulation. Dies bewirkt schon, von allem anderen abgesehen, die viel grössere Rolle, die hier der Handel und damit die Unübersichtlichkeit des Marktes spielt. Daher ist Ueberimport in relativ viel höherem Masse und grösserem Umfang möglich als Ueberexport. Die Handelsbilanz, also der wichtigste Teil der Zahlungsbilanz, verschlechtert sich und verlangt eine grössere Goldmenge zu ihrem Ausgleich.

Anders gestalten sich die Vorgänge auf dem Geldmarkt. Einmal sind die Zinssätze in dem Lande, wo die Hochkonjunktur am stärksten, auch am höchsten. Es werden also viele ausländische Gelder dauernd oder vorübergehend dort angelegt. Sodann ist die Effekten- und auch die Warenspekulation, soweit es sich um börsenmässige Spekulation handelt, in höchster Blüte und zieht auch aus

dem Ausland Spekulanten heran, es werden also auch zu diesem Zwecke, zum Ankauf von Effekten, grosse Geldsummen in das Land fliessen. Die konkrete Gestaltung der Zahlungsbilanz wird jeweils von den Kreditverhältnissen im internationalen Handelsverkehr abhängen. England, dessen Krisen stets starker Goldausgang voranzugehen pflegt, gibt verhältnismässig viel Kredit für die Bezahlung der von ihm exportierten Waren und nimmt selbst wenig Kredit in Anspruch für die importierten Waren. Das Missverhältnis, das, wie wir gesehen haben, in der Handelsbilanz aufzutreten die Tendenz hat, wird dadurch noch vergrössert.

Die Verschlechterung der Handelsbilanz kann für sich allein schon genügen, um Goldausgang hervorzurufen, und jede Verminderung der Goldreserve in dem Moment der Hochspannung des Kredits wirkt alarmierend, steigert den Zinsfuss noch weiter, erschüttert das Vertrauen, schränkt vor allem die Spekulation ein und kann damit den Anstoss zur Börsenkrise geben. Die Wirkung der Verschlechterung der Handelsbilanz kann noch verstärkt werden durch Verschiebung der Zahlungsbilanz. Die Hochkonjunktur ist internationale Erscheinung, wenn sie auch in den verschiedenen Ländern verschiedene Grade und Schattierungen in ihrer Intensität und zeitliche Unterschiede in ihrem Ablauf aufweist. Gesetzt die Hochkonjunktur habe in den Vereinigten Staaten zuerst eingesetzt und dort ihren höchsten Giptel erreicht, während in England die Konjunktur erst ihrem Höhepunkt sich nähere. Die höheren Zinssätze und die stärkere Spekulation haben viel englisches Kapital nach Amerika gezogen. Jetzt machen sich aber auch in England immer gebieterischer die Ansprüche an den Geldmarkt geltend, erreicht auch hier Zins und Spekulation eine hohe Stufe. Es werden daher jetzt Gelder, die bisher im amerikanischen Geldmarkt angelegt waren, zurückgezogen und in England angelegt, gerade in einem Moment, wo auch die Handelsbilanz Amerikas sich verschlechtert hat. So verstärkt sich der Goldabfluss und führt in Amerika zur Einschränkung des Kredits und damit zur Auslösung der Börsenkrisis. Die Börsenkrise selbst, die der Handelskrise vorausgeht, verschlechtert die Verhältnisse der Zahlungsbilanz zunächst noch weiter. Die ausländischen Gelder, die in der Spekulation angelegt waren, werden sofort zurückgezogen, natürlich jene, die zurückgezogen werden können, das heisst diejenigen, die nicht in den Effekten festgelegt sind, sondern im Report- und Lombard-

geschäft ihre Verwendung fanden. Zu Beginn der Krise suchen sich auswärtige Spekulanten auch der sinkenden Papiere zu entledigen und zu diesen Verkäufen kommen die Zwangsverkäufe derjenigen, deren Haussespekulation jetzt zusammenbricht. Soweit das Ausland daran beteiligt ist, verschlechtert der Verkauf der Effekten die Zahlungsbilanz.

Gleichzeitig aber kommen andere Faktoren ins Spiel, die eine Wendung bringen können. Die Börsenkrise und die vielleicht sich anschliessende Bankkrise bedeuten eine starke Erschütterung des Kredits. Der Zinsfuss steigt zu ausserordentlicher Höhe und bewirkt die Anlage auswärtigen Geldkapitals. Die Entwertung der Effekten lässt sie den ausländischen Kapitalisten preiswert erscheinen und der starke Effektenexport verbessert gleichfalls die Zahlungsbilanz. Zugleich bessert sich die Handelsbilanz; die Erschütterung des Kredits setzt der Warenspekulation ein Ende, bald zeigt es sich, dass der inländische Markt überführt ist, die Preise fallen, die Handelskrise setzt ein, der Import stockt, während der Export, solange es die Situation der Auslandsmärkte, wo die Krise noch nicht eingesetzt hat, gestattet, forciert wird, um Zahlungsmittel zu erhalten[1]). Die Bankerotte beginnen. Soweit aber die Bankerotte diejenigen treffen, die für importierte Waren Zahlungen an ausländische Industrielle zu machen haben, wird durch solche Zahlungen durch den Bankerott ein Strich gemacht und soweit die nationale Zahlungsbilanz verbessert[2]). So hört die Ausfuhr von Gold je nach den konkreten Umständen kürzer oder länger vor Ausbruch der Krise auf, um während der Krise und nachher einem Goldzufluss Platz zu machen. Der Wechsel von Goldausfuhr und Goldeinfuhr bedeutet so in dieser Periode der Krise zugleich den Wechsel des Schauplatzes, den die Krise für ihre Wirksamkeit wählt.

Ein stärkerer Goldabfluss wird stets eine Wirkung auf den Zinsfus haben in einem Momente, wo infolge bereits sich aus-

---

[1]) So wurde während der letzten amerikanischen Geldkrise der Export von Baumwolle und Getreide nach Europa mit allen Kräften forciert, um Gold aus Europa ziehen zu können.

[2]) Was natürlich eine alte Erfahrung ist. Ein ungenannter „Continental Merchant“ sagte das schon den Mitgliedern des berühmten Bullion-Commitee (1810): „In fact, I only know of two means to liquidate an unfavourable balance of trade, it is either by Bullion or bankruptcy.“ (Ich kenne in der Tat nur zwei Mittel, durch die eine ungünstige Handelsbilanz beglichen werden kann, entweder durch Goldsendung oder durch Bankerott. (Report, Seite 101).

bildender Disproportionalitätsverhältnisse der Zirkulationskredit nicht mehr in gleichem Umfang mit den Zirkulationsbedürfnissen ausdehnbar ist. Aber die konkrete Wirkung wird sehr beeinflusst durch die Bankgesetzgebung. Das Wesen einer falschen Bankgesetzgebung ist, dass sie die Ausdehnung des Zirkulationskredits gewaltsam einschränkt und nicht ihre aus den ökonomischen Gesetzen sich ergebende rationelle Grenze erreichen lässt. Sie tut dies, indem sie den Zirkulationskredit gewaltsam in irgend ein Verhältnis zu Wertgrössen setzt, mit denen er in Wirklichkeit seiner ökonomischen Natur nach nicht das Geringste zu tun hat. Wir wissen, dass die Banknote nichts anderes ist als die umgewandelte Form des Wechsels und dieser nichts als eine Geldform des Warenwerts. Setzt man nun die Banknote in ein Verhältnis nicht zu den Wechseln, also in letzter Instanz zu den in Zirkulation befindlichen Warenwerten, was durch die sogenannte bankmässige Bedeckung der Noten, solange sie streng durchgeführt wird, geschieht, sondern zum Metallschatz wie in England oder gar zu Staatsschuldenobligationen wie in den Vereinigten Staaten, wo die Verrücktheit ihren Gipfelpunkt erklommen hat und Schulden als grösste Sicherheit für Kreditgewährung gelten — eine Verrücktheit, die aus der verrückten Form des fiktiven Kapitals erklärlich ist — so schafft man künstlich Beschränkungen im Angebot von Leihkapital, die natürlich sofort auf den Zinsfuss wirken müssen. In England, wo die Notenmenge gesetzlich fixiert ist und daher der Bedarf der Zirkulation nur durch Metallgeld befriedigt werden kann (denn jede Note über 14 Millionen Pfund[1]) hinaus, ist nur Repräsentant des Goldes in den Kellern der Bank, ist also ökonomisch wirkliches Gold), muss daher jeder stärkere Goldabfluss unmittelbar eine Gefahr für die Zirkulation werden. Die Bank kann im selben Masse, als das Gold abfliesst, zum Beispiel zur Ausgleichung einer vermehrten Getreideeinfuhr infolge Missernte in England, nicht mehr dieselbe Menge Wechsel in ihre Noten verwandeln, obwohl die Verhältnisse noch völlig gesund sein mögen und der Kredit unerschüttert ist. Sie muss daher bei jedem Goldabfluss, mag sie auch sicher sein, dass er nur temporär bleibt, sofort zum Schutz ihres Goldschatzes den Zinsfuss erhöhen und so den Kredit verteuern, eine Massregel nebenbei, die auf Kosten des Unternehmergewinns den Gewinn des Leihkapitals, also auch ihren eigenen

[1]) Dies zur Zeit Peels; heute kann der Betrag der ungedeckten Noten zirka $18^1/_2$ Millionen betragen.

steigert. Zweitens aber wird die Konvertibilität der Wechsel in Banknoten, also in gesetzliches, und wäre dies auch nicht der Fall, doch allgemein anerkanntes Zahlungsmittel zweifelhaft. Die Zirkulation von Kreditgeld, die die gewachsene Zirkulation erfordert, wird so gewaltsam gehemmt, obwohl in dem Stand der Produktion nicht die geringste Veranlassung dazu gegeben ist, und so künstlich unter Umständen eine völlige Unterbrechung der Zirkulation des Kreditgeldes mit ihren Folgen der Geld- und Bankkrise erzeugt, einer falschen Theorie zuliebe, deren Umsetzung in die Praxis dem Leihkapital allerdings nicht nur theoretische Vorteile bringt.

Noch toller sind die Verhältnisse in Amerika, wo die Ausdehnung der Notenzirkulation nur möglich ist durch Ausdehnung des Ankaufs von Staatsschulden durch die Banken. Da deren Menge begrenzt ist, so führt die gesteigerte Nachfrage sofort zu ausserordentlichen Kurssteigerungen, die den Banken selbst bei hohem Zins die Ausgabe von Banknoten unprofitabel erscheinen lassen. Zudem bewirkt das Unterlassen des Ankaufs und damit der Ausdehnung der Notenzirkulation exorbitante Zinssteigerungen, welche den Banken und Bankkapitalisten nicht nur ausserordentliche Gewinne gewähren, sondern sie überhaupt zu Herren des Geldmarktes machen und ihnen die Diktatur geben nicht nur über die Spekulation und die Börse, sondern durch Vermittlung des Aktienwesens und der Kreditgewährung auch über die Produktion. Es ist dies auch einer der Gründe, warum die amerikanischen Börsen für die Konzentration des Eigentums in der Hand einiger Geldkapitalisten so ungeheure Bedeutung gewonnen haben. Bliebe diese Bankgesetzgebung erhalten, so würde für die Vereinigten Staaten die Tilgung ihrer Staatsschuld geradezu die Zerstörung ihrer Notenzirkulation bedeuten, ein Wahnwitz, der aber zugleich Methode hat — eine ausgezeichnete Methode zum Geldmachen für das Leihkapital — und deshalb auch allen Heilungsversuchen erfolgreich trotzt.

Die Einschränkungen der Bankgesetzgebung sind nur deshalb in einem gewissen Grade erträglich geworden, weil — mit durch sie verursacht — die Notenzirkulation gerade in England und Amerika, wo die Einschränkungen am stärksten und schädlichsten, durch Ausbildung anderer Arten der Kreditgeldzirkulation eingeschränkt, die gesetzlichen Bestimmungen also etwas weniger fühlbar gemacht wurden. Dazu gehört die Ausbildung des Clearing- und des Scheckverkehrs. Der Clearingverkehr bewirkt die direkte

Kompensation der Wechsel, die in dem Umfang, in dem sie sich kompensieren, ihre Geldfunktion erfüllen, also nicht erst der Verwandlung in die Banknote bedürfen. Dasselbe leistet der Scheck. Der Scheck lautet auf das eigene Depositum. Aber dieses Depositum existiert nicht in Wirklichkeit, da die Bank es ausgeliehen hat. Zahle ich mit Scheck auf dieses nicht existierende Depositum, so ist es dasselbe, als zahlte ich mit einer Banknote, die ebenfalls keine Metalldeckung hat, sondern ebenso wie die ausgeliehenen Depositen nur bankmässige Sicherheiten als Unterlage hat. Oekonomisch ist es der gleiche Inhalt, wenn auch die Form, die die Bankgesetzgeber zum Glück allein sehen, noch so verschieden erscheint. In England kommt zu diesen Ersparungsmitteln der Notenzirkulation — und eben der Umstand, dass die einen Formen des Kreditgeldes für die anderen eintreten können, beweist ihre Wesensgleichheit — noch die Gewissheit, dass das famose Bankgesetz, in dem Augenblick, wo die Gefahr droht, es könnte Wirksamkeit erlangen, sofort suspendiert würde.

Die Wirkungen der Notengesetzgebung können auch die Tendenzen, die in den Veränderungen der Zahlungsbilanz während der Krise zum Ausdruck kommen, abschwächen, unter Umständen ganz aufheben. Wir haben gesehen, dass die Zahlungsbilanzveränderungen sich stets abspielen auf einer Grundlage, die durch die Gestaltung der Handelsbilanz gegeben ist. Diese selbst ist abhängig einmal von natürlichen Produktionsverhältnissen, dann vom Stand und Alter der ökonomischen Entwicklung. Ein Land mit alter ökonomischer Entwicklung, mit ausserordentlich starker, rein industrieller Entfaltung, überwiegendem Export von Produktionsmitteln und geringerer Rohstoffproduktion wird eine passive Handelsbilanz aufweisen. England konnte seinen Export von Produktionsmitteln nur dann so stark entwickeln, wenn es — das erste Land entwickelter kapitalistischer Produktion — seine Produktionsmittel nicht nur als Waren, sondern als Kapital exportierte, das heisst, die Produktionsmittel nicht ans Ausland verkaufte, sondern sie als eigene Kapitalsanlage ins Ausland schickte; so zum Beispiel wenn England Südamerika eine Eisenbahnanleihe bewilligte und die Südamerikaner den Erlös der Anleihe zum Ankauf von Maschinen, Lokomotiven etc. aus England verbrauchten. Ein solcher Export, der zugleich Kapitalexport ist, wird unabhängig von dem gleichzeitigen Warenimport. Handelte es sich um einfachen Warenexport, so könnte auf die Dauer zum

Beispiel Südamerika nur Produktionsmittel aus England beziehen, wenn es diese mit eigenen Waren bezahlen könnte, da Südamerika nicht genug Geld angesammelt hat, um etwa aus reinen Metallbeständen die Produktionsmittel in diesem Umfang bezahlen zu können. In der Tat ist ein grosser Teil des internationalen Handels solcher Warenaustausch und gleicht sich in diesem Umfang auch aus. Durch den Export der Waren als Kapital wird aber der Export in seinem Umfang unabhängig von der Warenproduktion des noch unentwickelten Landes, und findet seine Grenzen nur in dessen kapitalistischer Entwicklungsmöglichkeit einerseits, in der Kapitalakkumulation, dem Ueberschuss an produktivem Kapital in dem entwickelten Land anderseits. Dies ist ja gerade der Grund für die Schnelligkeit kapitalistischer Expansion. So steigern die entwickeltsten kapitalistischen Länder einerseits ihre industrielle Produktion und anderseits ihren Export weit über den Import aus den unentwickelten Ländern. Daher die passive Handelsbilanz, der auf der anderen Seite eine aktive Zahlungsbilanz entspricht, da diese Länder ständig Zahlungen, den Profit aus dem exportierten Kapital, zu empfangen haben.

Je nach der konkreten, quantitativen Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanz werden die Tendenzen, die die Goldeinfuhr und -ausfuhr bestimmen, nun ihren Effekt ausüben. Wenn die Vereinigten Staaten keineswegs so regelmässig wie England während der früheren Krisen Goldabfluss zeigen, so wirken hier wesentlich zwei verschiedene Momente. Einmal jene Hindernisse für die Entwicklung des Zirkulationskredits, die aus der Notengesetzgebung herstammen. Da der Zinsfuss in Amerika dadurch über das europäische Niveau gesteigert wird, weil sein beengter Zirkulationskredit nicht ausreicht, zieht Amerika ständig europäisches Geldkapital an sich und es hängt ganz von der Stärke der Kreditpressung in Europa ab, ob es gelingt, dieses Geldkapital in Zeiten der Hochkonjunktur wieder nach Europa zurückzuleiten und Goldausfuhr aus Amerika zu erzeugen.

Dann aber kann die Gestaltung der amerikanischen Handelsbilanz modifizierend eingreifen. Amerika ist ein Land mit überwiegendem Rohstoffexport. Gute Ernte vorausgesetzt, wird sich gerade während der Hochkonjunktur die amerikanische Handelsbilanz ausserordentlich verbessern, da zum Beispiel die Preise der Baumwolle, des Kupfers, eventuell auch des Getreides steigen werden

und diese Verbesserung der Handelsbilanz kann die Tendenzen, die zur Entstehung des Goldabflusses führen, abschwächen oder aufheben oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben und damit eventuell auch den Eintritt der Krise, für den aber das Eintreten von Goldabfluss keine Conditio sine qua non bedeutet.

Es sei in diesem Zusammenhang noch betont, dass die Macht der Nationalbanken, sich gegen Goldabfluss zu schützen, ganz verschieden ist, je nach den Gründen, aus denen das Gold für Exportzwecke gefordert wird. Herrscht zum Beispiel in Berlin ein Bankdiskont von 5 Prozent, in Paris ein solcher von 3 Prozent, so werden französische Bankhäuser darin ein Motiv finden, Geld von Frankreich nach Deutschland zu übertragen, um den höheren Zinsfuss auszunützen. Dasselbe kann der Fall sein, wenn zum Beispiel in Berlin eine lebhaftere Börsenspekulation herrscht, an der sich französische Häuser beteiligen wollen. Solche Goldübertragungen entspringen nicht aus zwingender ökonomischer Notwendigkeit, sondern es handelt sich dabei um gewissermassen willkürliche Bewegungen des Geldkapitals. An sich könnten diese Kapitalien auch in Frankreich bleiben, wenn sie mit einer geringeren Zinsrate oder geringerem Börsengewinn zufrieden wären. Diese Goldbewegungen können daher durch geeignete bankpolitische Massnahmen auch verhindert werden. Das Nächstliegende ist, diese Geldsummen dadurch im Lande zu behalten, dass man ihnen höheren Zins gewährt, also den Bankdiskont hinaufsetzt. Zugleich bewirkt dies eine Ausgleichung der Zinssätze. Die Bank kann aber auch solche Goldentnahmen direkt verhindern, wenn sie die Einlösung in Gold verweigern kann. Die österreichisch-ungarische Bank, deren Barzahlung suspendiert ist, hat dazu das gesetzliche Recht; die Bank von Frankreich, die auch in Silber zahlen kann, kann ebenfalls die Goldzahlung verweigern, eventuell auch in der Form, dass sie von ihrer Berechtigung, eine Goldprämie zu berechnen, Gebrauch macht[1]) und durch diese Verteuerung den Vorteil aus der Zins-

[1]) „Die Bank von Frankreich berechnet sehr oft bei Geldentnahme eine Prämie, die bei starker Nachfrage für das Ausland bis zu 8, ja bis zu 10 Promille hinaufgesetzt wird, und da das Ausland nur Gold gebrauchen kann, so muss der Diskonteur diesen Betrag dem heimischen Diskont hinzurechnen. Im allgemeinen kann man sicher sein, dass bei hohen Auslanddiskonten und erheblich tieferem Pariser Stand die Goldprämie zur Anwendung gelangt. Sie verteuert in der Höhe von 5 Promille bei einem Dreimonatwechsel den Zins um 2 Prozent im Jahre.“ Sartorius, Seite 263.

differenz aufhebt und damit das Motiv zur Goldausfuhr beseitigt. Der Bank von England und der Deutschen Reichsbank stehen keine solchen direkten Mittel zur Verfügung, doch sucht wenigstens die letztere durch indirekten Druck auf die Goldexporteure bei angespannten Geldverhältnissen den Goldexport einzuschränken, eine Politik, die, wenn sie auf diese Fälle der Goldausfuhr beschränkt bleibt, übrigens für die nationale Volkswirtschaft durchaus rationell ist. Zugleich ist diese tatsächliche Beschränkung der Freizügigkeit des Geldkapitals, respektive des Goldabflusses eine der Ursachen, die die internationale Ausgleichung der nationalen Zinssätze auf dasselbe Niveau verhindern.

Ganz anders aber, wenn Goldnachfrage zum Beispiel bei der Deutschen Reichsbank entsteht, weil Deutsche in England Waren oder Effekten zu bezahlen haben. Die Deutschen werden zunächst Sterlingwechsel auf der Berliner Börse kaufen; übersteigt aber der Wechselkurs die Parität, so werden sie mit Gold zahlen wollen. Verweigert die Reichsbank dann die Hergabe von Gold, so würden sich die deutschen Schuldner, die ja zahlen müssen, wollen sie nicht bankerott erklärt werden, aufs neue Sterlingwechsel verschaffen müssen; ihre Nachfrage würde den Wechselkurs über die Parität steigern, was eine Entwertung der deutschen Valuta bedeutete, die zu verhindern oberste Aufgabe der Bankpolitik ist.

Es kann also Goldabfluss, der aus blossen Finanztransaktionen entspringt, verhindert werden; diese Finanztransaktionen müssen dann eben unterbleiben; dagegen ist es nicht möglich, Goldabfluss zu verhindern, der zur Begleichung von bereits eingegangenen effektiven Verpflichtungen aus dem Waren- oder Effektenverkehr nötig ist, ohne die Valuta zu entwerten.

Neunzehntes Kapitel.

Geldkapital und produktives Kapital während der Depression.

Betrachten wir die Akkumulationsvorgänge nach der Krise, so geht zunächst die folgende Reproduktionsperiode auf verengter Stufenleiter vor sich. Die gesellschaftliche Produktion erfährt eine Einschränkung. Es macht dabei wegen der „Solidarität der Produktionszweige“ keinen Unterschied, ob die Ueberproduktion in

der einen oder anderen Sphäre ausgebrochen war. Die Ueberproduktion in den leitenden Sphären bedeutet allgemeine Ueberproduktion. Es findet also keine produktive Akkumulation, keine vermehrte Rückverwandlung von Profit in Kapital, keine vermehrte Anwendung von Produktionsmitteln statt. Die produktive Akkumulation ist also verschwunden. Wie steht es aber mit der individuellen Akkumulation und mit der der einzelnen Industriesphären? Die Produktion geht ja, wenn auch auf verengtem Massstab, weiter vor sich. Ebenso sicher ist, dass für eine grosse Anzahl von Unternehmungen, vor allen den technisch leistungsfähigsten innerhalb der einzelnen Sphären, dann in den Sphären, die unbedingt notwendige Lebensmittel produzieren, deren Konsum nicht allzu stark verringert werden kann, Profit erzielt wird. Ein Teil dieses Profits kann akkumuliert werden. Nun ist die Profitrate gesunken und ihr Sinken mag auch die Akkumulationsrate vermindern. Ebenso ist die Profitmasse gesunken und auch dies verringert die Akkumulationsmöglichkeit. Erzielt ferner ein Teil der Kapitalistenklasse Profit, so erleidet ein anderer Verluste, die gedeckt werden müssen durch Zusatzkapital, falls es nicht zum Bankerott kommen soll. Nun wird aber während der Depression die wirkliche Produktion nicht erweitert. Findet also Akkumulation statt, so kann es sich nur um Akkumulation in Geldform handeln. Woher fliesst den akkumulierenden Kapitalisten das Geld zu?

Vergegenwärtigen wir uns nochmals das Schema der Reproduktion:

$$\text{I } 4000\ c + 1000\ v + 1000\ m = 6000.$$
$$\text{II } 2000\ c + 500\ v + 500\ m = 3000.$$

Es wäre das die durch die Krise bereits verringerte Produktion. Die Kapitalisten aber produzieren kein Geld, sondern Waren. Sollen sie Geld in die Hand bekommen, und zwar über jene Summen hinaus, über die sie bereits verfügten — denn sonst fände ja keine Geldakkumulation statt — so müssen sie die Waren in Geld verwandeln, aber die Rückverwandlung in Ware unterlassen. Will II aus seinen 500 m sage 250 akkumulieren, so muss es die Lebensmittel verkaufen (und zwar die einen Mitglieder der Klasse II an andere derselben Abteilung, da die Umsätze von II m innerhalb der Klasse II erfolgen), ohne selbst den anderen Mitgliedern ihre Waren abzukaufen; es bleiben also innerhalb Klasse II 250 m unverkäuflich. Gelingt den einen der Verkauf, so bleiben die anderen auf

ihren Waren sitzen; es tritt dann eine andere Verteilung des Geldkapitals ein; die Verkäufer bekommen das Geld von den Käufern; für diese aber kehrt es nicht zurück, da sie ja ihre 250 Waren nicht verkaufen können.

Das gleiche Resultat erhalten wir, wenn wir annehmen, dass die Kapitalisten der Gruppe I die Hälfte ihres Mehrwerts akkumulieren. Sie können dann 1000 v + 500 m, die die Gestalt von Produktionsmittel haben, an II c verkaufen. Diese zahlen dafür 1500 in Geld. Da aber I m jetzt nicht 2000 Lebensmittel kauft, sondern 500 in Geld festhält, so kann II c jetzt nur 1500 verkaufen; es bleiben ihm also 500 in Lebensmitteln zurück und es hat 500 in Geld weniger, die in den Händen von I akkumuliert bleiben. Schiesst aber nicht II c für 1000 Geld zum Ankauf der Produktionsmittel vor, sondern unterstellen wir, dass I den Prozess beginnt, so wird I um 1500 Lebensmittel kaufen, II kauft um das Geld Produktionsmittel um 1500 zurück und für I bleiben 500 Produktionsmittel unverkäuflich; seine Akkumulationshoffnung hat sich nicht realisiert. II schränkt die Produktion weiter ein und beginnt die Reproduktion mit 1500 c und vermindert entsprechend sein variables Kapital; hat es 2000 in Geld besessen, um den Umsatz mit I c zu vermitteln, so hat es jetzt nur 1500 verwendet, während 500, die früher als Geldkapital fungierten, brachliegen; dazu kommt die Verminderung des Geldes, das als variables Kapital vorgeschossen wurde.

Es zeigt sich, dass reine Geldakkumulation auf gesellschaftlichem Massstab unter Voraussetzung einer verringerten oder gleichbleibenden Produktion nicht möglich ist. Es kann nur individuelle Akkumulation stattfinden, was aber nur bedeutet, dass die Akkumulation der einen nur veränderte Verteilung des Geldkapitals der anderen ist, eine Aenderung, die aber ihrerseits zu neuen Störungen der Reproduktion führen muss. Es ändert nichts daran, wenn wir die Klasse der Goldproduzenten selbst betrachten; hier ist allerdings unmittelbare Geldakkumulation möglich; diese Geldakkumulation aber findet ihre Schranken unmittelbar an der Grösse des akkumulierten Profits, der in diesem einen Produktionszweig gemacht wird. Um den Betrag dieses akkumulierten Geldes vermindert sich gleichzeitig der Absatz der anderen Industrien, da ja das Geld akkumuliert und in Schatzform festgehalten wird. Wie immer man übrigens diesen Faktor in Rechnung

stellen will, er ist quantitativ zu unbedeutend, um allgemeine Akkumulation zu bedeuten.

Der Kredit führt in diesen Verhältnissen keine Aenderung herbei: 2000 (m+v) I müssen an die 2000c II verkauft werden. Geldakkumulation würde aber bedeuten, dass zwar I 2000 verkauft, aber nur 1500 von II zurückkauft. Ob nun diese Umsätze durch Kredit vermittelt werden oder nicht, I kann 500 in Geld oder Kreditgeld oder Anweisung auf künftige Produktion nur akkumulieren, wenn II 2000 von I kauft. Dies kann II aber nur, wenn es entweder mit seinen Waren dafür zahlt, was nach der Voraussetzung unmöglich ist, oder aber aus einem Geldreservefonds, wobei dann I nur akkumuliert, was II verliert. Es ist also nicht richtig, dass das brachliegende Kapital in der Depressionszeit aus in Geld- oder Kreditform akkumuliertem Geldkapital besteht. Es ist durch die Einschränkung der Produktion freigesetztes Geldkapital, das früher zur Bewerkstelligung der Umsätze gedient hat und bei der Verringerung der Produktion überflüssig geworden ist. Seine Brachlegung entspricht der Brachlegung des Produktionskapitals. Die Produktivkräfte sind infolge der Einschränkung der Produktion nur zu einem Bruchteil ausgenützt. Das neu produzierte konstante Kapital liegt auf Lager und findet keine Verwendung in der Produktion; das Geldkapital und die Möglichkeiten der vorhandenen Kreditorganisation sind im Verhältnis zum eingeschränkten Umsatz zu gross geworden, es liegt müssig in den Banken und wartet auf Verwendung, deren Voraussetzung die Ausdehnung der Produktion ist.

Es ist übrigens auch eine merkwürdige Vorstellung, dass die Krisentheoretiker gerade auf das Brachliegen des Geldkapitals als auf den stärksten Antrieb zu Vergrösserung der Reproduktion hinweisen[1]). Als ob nicht der Stillstand der Maschinerie mit seiner Gefahr des materiellen und moralischen Verschleisses, die geringere Ausnützung des fixen Kapitals überhaupt, die nicht nur Gewinnentgang, sondern fortwährenden Verlust bedeutet, ein viel stärkerer Antrieb zur Ausdehnung der Produktion wäre als die geringere Verzinsung des Geldkapitals. Es handelt sich nicht darum, dass

[1]) Dieser aus ökonomischen Erscheinungen selbst entspringenden Versuchung ist nicht nur Tugan Baranowski, sondern auch Otto Bauer in seiner so scharfsinnigen und anregenden Darstellung der Marxschen Krisentheorie erlegen. („Neue Zeit", XXIII., 1., Seite 133 ff.)

das Motiv zur Akkumulation nach der Krise unter dem Einfluss der Geldflüssigkeit verstärkt wird, sondern darum, ob die Erweiterung der Reproduktion objektiv möglich ist oder nicht. Gewöhnlich tritt sofort nach der Krise starke Geldflüssigkeit ein und trotzdem kann es Jahre dauern, bis die Prosperität voll einsetzt[1]).

Es ist ganz amüsant zu sehen, wie die Meinungen der Handelsschriftsteller in der bürgerlichen Presse mit den jeweiligen Konjunkturerscheinungen wechseln. Die letzte Krise wurde in den deutschen Zeitungen fast ausschliesslich auf die Geldteuerung oder den Mangel an Geldkapital zurückgeführt. Jetzt, wo trotz der anhaltenden internationalen Geldflüssigkeit die Depression andauert, kommt man allmählich zur Entdeckung, dass die Prosperität nicht allein vom Stand des Geldmarktes abhängt[2]).

Die falschen Ansichten über die Ursachen der Geldflüssigkeit während der Depression und ihre Bedeutung für deren Ueberwindung beruhen in letzter Instanz darauf, dass über den ökonomischen Formbestimmtheiten die materielle Bestimmtheit der gesellschaftlichen Produktion, wie sie die Marxsche Analyse im II. Band des Kapitals aufzeigt, übersehen wird. Man operiert nur mit den ökonomischen Begriffen, Kapital, Profit, Akkumulation etc. und glaubt die Lösung des Problems zu besitzen, wenn man die quantitativen Beziehungen aufgezeigt hat, auf Grund deren einfache und erweiterte Reproduktion möglich ist oder aber Störungen auftreten müssen. Man übersieht dabei, dass diesen quantitativen Beziehungen zugleich qualitative Bedingungen entsprechen, dass nicht nur Wertsummen sich gegenüberstehen, die miteinander ohneweiters kommen-

[1]) Dies war zum Beispiel der Fall in der Depressionsperiode nach 1890. Das ganze Jahr 1893 war ein solches mit ausserordentlich reichlichem Geldangebot und niedrigem Zins. Ende Februar 1894 betrug der Londoner Bankdiskont 2 Prozent, der Privatdiskont Mitte März 1 Prozent. Mitte Jänner 1895 stand der Londoner Privatdiskont zwischen $^1/_2$ und $^7/_8$ Prozent. Trotz der langandauernden und ungewöhnlich starken Geldflüssigkeit setzte der Aufschwung aber erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1895 ein.

[2]) Ueberhaupt nimmt neuerdings im Zusammenhang mit der Vernachlässigung theoretischer Betrachtungsweise die Unsitte stark überhand, aus einigen Beobachtungen weniger Jahre allgemeine Folgerungen abzuleiten und die Erscheinungen einer Teilphase eines industriellen Zyklus, bestenfalls eines bestimmten eigenartig charakterisierten Zyklus zu allgemeinen „Gesetzen" zu erheben. Andere lehnen dafür jede allgemeine Erkenntnis ab und trösten sich mit der Lebensweisheit des qui vivra, verra. Sie reduzieren bewusst nationalökonomische Erkenntnis auf einen Hintertreppenwitz.

surabel sind, sondern auch Gebrauchswerte bestimmter Art, die bestimmte Eigenschaften in der Produktion und Konsumtion erfüllen müssen; dass bei der Analyse der Reproduktionsprozesse nicht nur Kapitalteile im allgemeinen einander gegenüberstehen, so dass etwa ein Zuviel oder Zuwenig von industriellem Kapital durch einen entsprechenden Teil des Geldkapitals „ausgeglichen" werden kann, auch nicht nur fixes oder zirkulierendes Kapital, sondern dass es sich zugleich um Maschinen, Rohstoffe, Arbeitskraft ganz bestimmter (technisch bestimmter) Art handelt, die als Gebrauchswerte dieser spezifischen Art vorhanden sein müssen, um Störungen zu vermeiden [1]).

In Wirklichkeit finden wir bei der Krise auf der einen Seite brachliegendes industrielles Kapital, Baulichkeiten, Maschinen etc., auf der anderen brachliegendes Geldkapital. Dieselbe Ursache, die das industrielle Kapital brachlegt, legt das Geldkapital brach; das Geld kommt nicht in Zirkulation, fungiert nicht als Geldkapital, weil das industrielle Kapital nicht fungiert; das Geld ist unbeschäftigt, weil die Industrie unbeschäftigt ist; der „Phönix" stellt die Produktion nicht ein, weil ihm Kapital mangelt (Geldkapital), noch nimmt er sie auf, weil jetzt Geldkapital im Ueberfluss zur Verfügung steht; vielmehr ist das Geld im Ueberfluss vorhanden, weil die Produktion reduziert ist. Der „Mangel" an Geldkapital ist nur Symptom der Stockung des Zirkulationsprozesses infolge bereits erfolgter Ueberproduktion.

Der Kredit ersetzt das Geld erstens als Zirkulationsmittel, zweitens erleichtert er die Geldübertragung. Aber theoretisch kann man von ihm zunächst abstrahieren, indem man die nötige Metallmenge für rein metallische Zirkulation unterstellt.

---

[1]) Auf die Spitze getrieben ist diese Verwechslung in der Krisentheorie Tugan Baranowskis. Diese sieht nur die spezifischen ökonomischen Formbestimmtheiten kapitalistischer Produktion und übersieht dabei die aller Produktion, welch immer ihre historische Form, gemeinsamen natürlichen Bedingungen und kommt daher zur sonderbaren Vorstellung einer Produktion, die nur für die Produktion vorhanden ist, während die Konsumtion nur als ein lästiges Akzidenz erscheint. Ist dies schon „Wahnsinn", so hat es doch „Methode", und zwar marxistische, da eben diese Analyse der historischen Formbestimmtheit der kapitalistischen Produktion spezifisch marxistisch ist. Es ist verrückt gewordener Marxismus, aber doch Marxismus, was die Tugansche Theorie zugleich so sonderbar und so anregend macht. Tugan fühlt dies übrigens selbst, wenn er es auch nicht weiss. Daher seine so heftige Polemik gegen den „gesunden Menschenverstand" seiner Gegner.

Die Erklärung der Konjunkturerscheinungen aus den Veränderungen des Zinsfusses, statt umgekehrt der Erklärung der Erscheinungen auf dem Geldmarkt aus den Verhältnissen der Produktion, ist fast allen modernen Krisentheoretikern eigen[1]). Die Gründe dafür sind leicht zu finden. Die Erscheinungen auf dem Geldmarkt liegen offen zutage, werden täglich in den Zeitungen besprochen und wirken bestimmend auf den Gang der Börse und der Spekulation ein. Zudem erscheint das Angebot von Leihkapital in jedem Moment als bestimmte Grösse und muss auch so erscheinen, denn sonst bliebe es unerklärlich, wie Nachfrage und Angebot den Zins bestimmen können. Dass das Angebot des Leihkapitals vom Stand der Produktion abhängt, und zwar erstens von ihrem Umfang und zweitens von der Proportionalität der Produktionszweige, die bestimmend auf die Zirkulationszeit der Waren und damit auf die Umlaufsgeschwindigkeit des Kreditgeldes einwirkt, wird übersehen, wie überhaupt der funktionelle Unterschied von Zirkulationskredit und Kapital-(Bank-)Kredit übersehen wird; dies um so mehr, da dieser Unterschied durch die Banknotenausgabe verwischt erscheint, aller Kredit mit der Entwicklung des Bankwesens als Bankkredit erscheint. Wird dieser Unterschied aber übersehen, dann erscheint die Entwicklung der Geldmarkterscheinungen in einem ganz anderen Licht; das Abhängigkeitsverhältnis scheint jetzt einfach nur darin zu bestehen, dass die Ausdehnung der Produktion mehr Kapital erfordert. Kapital wird mehr weniger unklar mit Geldkapital identifiziert. Die Produktion wird ausgedehnt, die Nachfrage nach Geldkapital steigt, der Zinsfuss geht in die Höhe. Schliesslich tritt Mangel an Geldkapital ein, der hohe Zinsfuss bringt den Gewinn der Produktion zum Schwinden, die Neuanlagen hören auf und die Krise beginnt. Dann wird während der Depression Geldkapital akkumuliert, statt es gleich in Anlagekapital zu verwandeln — eine begriffslose Vorstellung, da Maschinen, Docks, Eisenbahnen nicht aus Gold produziert werden. Der Zinsfuss sinkt, die Geldkapitalisten werden mit dem niedrigen Zins unzufrieden und legen das Geld wieder in der Produktion an, die Prosperität hat aufs neue begonnen. Abgesehen von der barbarischen Verwechslung, die dieser Vorstellung der

[1]) Und nicht erst seit heute. „Die Oberflächlichkeit der politischen Oekonomie zeigt sich unter anderem darin, dass sie die Expansion und Kontraktion des Kredits, das blosse Symptom der Wechselperioden des industriellen Zyklus zu deren Ursache macht." Marx, „Kapital", I., Seite 598.

Oekonomen zugrunde liegt, die, weil sie Geld, Maschinen und Arbeitskraft Kapital nennen, nun sofort das eine Kapital, nämlich Geld, sich in das andere, nämlich in Maschinerie etc. und Arbeitskraft, oder, wie sie auch sagen, das Zirkulationskapital in Anlagekapital sich verwandeln lassen, übersieht diese famose „Theorie", dass auch rein rechnerisch ihre Behauptungen Nonsens sind. Die Variationen des Zinsfusses sind in entwickelten kapitalistischen Ländern Variationen von höchstens 5 Prozent, wenn wir Schwankungen der offiziellen Diskontsätze von 2 bis 7 Prozent zugrunde legen, wobei unserer Meinung nach das Ausmass dieser Schwankungen durch die einengende Bankgesetzgebung oder durch Mängel der Diskontpolitik noch über das ökonomisch rationelle Mass hinaus gesteigert wird. Nun wird das Geldkapital von den Produktiven in Anspruch genommen, um die Produktion zu erweitern; das heisst der entliehene Wert, in Produktivkapital verwandelt, verwertet sich, wirft Profit ab. Dessen Höhe hängt caeteris paribus ab von den Preisen. Die Schwankungen der Warenpreise während der Konjunkturperiode sind aber ganz andere als Schwankungen von 5 Prozent. Jeder Blick auf eine Preistabelle sagt, dass solche von 50 und 100 Prozent und mehr nichts Seltenes sind. Nun mögen die Profite nicht im selben Umfang steigen, weil die Kostpreise zunehmen. Aber jedenfalls sind auch die Steigerungen des Profits der Industriellen während Prosperität und Hochkonjunktur unvergleich grösser als 5 Prozent. Würden die Profite der Industriellen nicht aus anderen Gründen zum Sinken kommen, ein Zinsfuss von 7 Prozent würde die Akkumulation wirklich nicht zum Stehen bringen. Würde zum Beispiel das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat zu Hochkonjunkturpreisen seine ganze Förderung absetzen können, so würde es keinen Moment Bedenken tragen, auch einen Zins von 10 Prozent für das ausgeliehene Kapital, das ja nur einen Teil seines Kapitals ausmacht, zu bezahlen, da es auch für diesen Teil über den Zins hinaus noch Unternehmergewinn verdienen würde[1]).

[1]) Dass hoher Zins noch keine Krise erzeugt, dafür folgendes Beispiel: Im Jahre 1864 war Englands Zahlungsbilanz passiv. Infolge des amerikanischen Bürgerkrieges stockte die Baumwollzufuhr; dafür vermehrte sich die Zufuhr der Baumwolle aus Ostindien und Aegypten und schwellte die Einfuhr aus diesen Ländern an: für Ostindien von 15 Millionen Pfund (1860) auf 52 Millionen Pfund (1864), für Aegypten von 10 Millionen Pfund auf beinahe 20 Millionen Pfund. Die Bank erhöhte ihren Diskont, um den Abfluss von Metall zu hindern. Während

Die merkwürdige Vorstellung, dass der Zins allmählich den Unternehmergewinn auffrässe, wird noch befestigt durch die absolute Begriffslosigkeit, die über Kategorien wie Profit, Unternehmergewinn, Aufsichtslohn, Zins, Dividende etc. herrscht. Mit der Verbreitung der Aktiengesellschaft ist diese Begriffslosigkeit noch gewachsen. Die Dividende erscheint als Zins, aber als ein merkwürdig schwankender Zins gegenüber dem in jedem Moment fixierten des Leihzinses. Der Unterschied von Leihkapital und produktivem Kapital erscheint jetzt nicht mehr als der von zinstragendem und Profitproduzierendem Kapital. Vielmehr erscheinen beide als zinstragendes Kapital. Nur dass das „flüssige" Kapital immer einen in jedem Moment bestimmten Zins abwirft, der täglich auf der Börse notiert wird, während das „fixe" Kapital einen Zins abwirft, den man nur aus der Dividendenerklärung erfährt. Die Verschiedenheit in der Gewissheit des Ertrages wird dann noch auf die Verschiedenheit des „flüssigen", das heisst Geldkapitals, und des „fixen", das heisst industriellen Kapitals zurückgeführt. Verwechselt man so alle qualitativen Unterschiede, dann ist es kein Wunder, dass man über die quantitativen die merkwürdigsten Vorstellungen produziert und sich einbildet, in den Schwankungen des Zinsfusses eine genügende Erklärung gefunden zu haben, um den Mechanismus des Konjunkturumschwunges erklären zu können.

Zwanzigstes Kapitel.

Die Aenderungen im Krisencharakter. Kartelle und Krisen.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion bringt auch gewisse Aenderungen in den Erscheinungsformen der Krisen hervor, deren Betrachtung wir uns jetzt zuzuwenden haben. Dabei kann es sich aber nur um den Versuch handeln, die allgemeinen Entwicklungslinien zu ziehen, während es Aufgabe der historischen

des Jahres 1864 schwankte der Diskont von 6 Prozent bis 9 Prozent. Trotzdem beschränkte sich die Krise ausschliesslich auf den Geldmarkt; auf dem Warenmarkt fand nur unbedeutendes Steigen statt und „trotz einer Diskonthöhe, welche in früheren Zeiten nur während einer äussersten Geldklemme anzutreffen war, haben Handel und Industrie keine bedeutenden Erschütterungen erfahren." „Trotz des fortdauernden Baumwollhungers war der englische Handel während dieser ganzen Zeit keineswegs gedrückt." (Tugan-Baranowski, loc. cit., Seite 139.)

Einzeldarstellung ist, die Aenderungen in den Krisen für jedes einzelne Land in vergleichender Darstellung nachzuweisen. Hier kann nur versucht werden, das Allgemeine in dem Besondern aufzuzeigen, was um so schwieriger ist, als mit dem Fortschreiten des Kapitalismus die internationale Verflechtung der Wirtschaftsvorgänge immer inniger wird, und daher auch bei den Krisen die Erscheinungen des einen Landes mit all seinen Besonderheiten des zeitlichen, technischen und organisatorischen Entwicklungsstadiums zurückwirkt auf die Krise des anderen Landes. So sind zum Beispiel die Erscheinungen der jüngsten europäischen Krise von 1907 nur zu verstehen aus der Rückwirkung der amerikanischen Krise; der besondere Charakter der amerikanischen Krise, welche die Erscheinungen der Geld- und Bankkrise in höchster, in Europa schon lange nicht mehr erreichter Vollendung zeigte, hatte spezifische Erscheinungen an den europäischen Geldmärkten zur Folge, die in manchen Einzelheiten und Verschärfungen ohne diese Rückwirkung vielleicht vermieden worden wären.

Anderseits ist es ebenso unmöglich, allgemeine Gesetze über die Veränderung der Krisen aus der Krisengeschichte eines einzigen Landes, zum Beispiel Englands, abzuleiten, weil eben die kapitalistische Krise eine Weltmarkterscheinung — und je länger desto mehr — ist und die Krisen eines einzigen Landes durch die Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung in diesem Lande auch bestimmte Modifikationen erfahren können, deren Verallgemeinerung irreführen muss[1]).

Wollen wir also die Veränderungen in den Krisenerscheinungen feststellen, so müssen wir sie zugleich theoretisch ableiten können, um die Gewissheit zu haben, dass es sich nicht um besondere, einer Phase des Kapitalismus entsprechende, im ganzen also vielleicht zufällige Erscheinungen handelt, sondern um Tendenzen, die aus dem Wesen der kapitalistischen Entwicklung erwachsen.

Der Kapitalismus entwickelt sich in einer Gesellschaft, in der die Warenproduktion einen verhältnismässig noch geringen Raum einnimmt. Erst seine Ausdehnung bringt die Verallgemeinerung der Warenproduktion mit sich, die Herstellung des nationalen und des

---

[1]) Ein Fehler übrigens, dem Tugan-Baranowski in seinen Schlüssen aus seiner ausgezeichneten und zuverlässigen Darstellung der englischen Krisengeschichte nur nicht immer entgangen zu sein scheint.

beständig in Ausdehnung begriffenen Weltmarktes. Mit der Ausdehnung des Marktes entwickeln sich auch die Bedingungen, unter denen Krisen stattfinden können. Solange die kapitalistische Produktion sich über einen breiten Ueberbau der Produktion für den Selbstbedarf und einer handwerksmässig gebundenen, für den lokalen Markt bestimmten, nicht kapitalistischen Warenproduktion erhebt, treffen die Krisen mit ihrer ganzen Wucht nur den kapitalistischen Ueberbau. Sie treffen damit Produktionszweige, deren Absatz fast vollständig zum Stocken gebracht werden kann, weil die notwendige Zirkulation, diejenige, die zum Stoffwechsel der Gesellschaft unbedingt erforderlich ist, durch die handwerksmässige Produktion, der Rest des Bedarfes durch die Produktion für den Selbstbedarf gedeckt wird. Die Krise kann hier in dem kapitalistisch betriebenen Bereich der Produktion die grössten Verheerungen mit sich bringen, indem sie den Absatz für einige Zeit vollständig unmöglich macht, vorausgesetzt, dass die Krisenursachen nur sonst stark genug sind, um die Produktion lahmzulegen, was, wie wir noch sehen werden, in dieser Periode auch der Fall ist.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion wird die handwerksmässige Produktion und die für den Selbstbedarf im grossen Umfang vernichtet. Die Krise trifft jetzt eine Produktion, deren Einschränkung begrenzt wird durch die Notwendigkeit, den relativ und absolut bedeutend grösseren gesellschaftlichen Bedarf zu decken. Mit dem Fortschreiten der Produktion wächst auch jener Anteil, der unter allen Umständen fortgeführt werden muss und dessen Fortführung die fast völlige Stockung des Produktions- und Zirkulationsprozesses einschränkt. Es erscheint dies darin, dass die der Konsumtion dienenden Industriezweige von der Krise verhältnismässig schwächer getroffen werden und um so schwächer, je notwendiger die Lebensmittel, je geringer daher die Schwankungen in ihrer Konsumtion.

Aenderungen in den Krisenerscheinungen müssen auch eintreten infolge der Fortschritte der kapitalistischen Konzentration. Mit dem Umfang des Einzelunternehmens wächst seine Widerstandskraft. Je kleiner der Betrieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Zusammenbruch der Preise völligen Bankerott nach sich zieht. Der kleine Unternehmer verliert vielleicht seinen ganzen Absatz; der Preissturz und die Arbeitsstockung machen die Verwandlung seines Warenkapitals in Geldkapital unmöglich. Er kann

seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, da er auch nicht über Reservekapital verfügt und besonders in Krisenzeiten keinen Kredit erhält. Die Krise führt so zum massenhaften Zusammenbruch der noch kleinkapitalistischen Unternehmungen, zum Versagen des Kredits, zu massenhaftem Bankerott, Zahlungseinstellungen, Bankbrüchen und damit zur Panik. Es kommt dazu, dass auch die technischen Unterschiede grösser sind. Modernen Betrieben stehen noch alte, zum Teil noch handwerksmässige oder der Manufakturperiode angehörende Betriebe gegenüber, die der Preissturz völlig unmöglich macht. Aber ihr massenhafter Zusammenbruch reisst auch technisch an sich lebensfähige Unternehmer in das Verderben hinein[1]).

Anders steht der moderne Grossbetrieb der Krise gegenüber; seine Produktion ist so gross, dass ein Teil auch während der Krise fortgeführt werden kann. Der amerikanische Stahltrust mag gezwungen sein, seine Produktion in der Krise auf die Hälfte zu vermindern; aber unter ein bestimmtes Minimum braucht er seine Produktion nicht einzuschränken. Mit der Konzentration der Betriebe wächst so der Umfang, in dem sie ihre Produktion aufrecht erhalten können.

---

[1]) „Die Krise von 1857 und noch mehr die von 1873 traf eine grosse, übergrosse Zahl von Unternehmungen (scil. in der Eisenindustrie), die sich untereinander an Leistungsfähigkeit nicht sehr weit unterschieden; im allgemeinen Zusammenbruch stürzten dadurch viele Werke, die an und für sich rein technisch betrachtet, lebensfähig und lebenswert waren. Die Krise von 1900 fand neben den Riesenbetrieben der grundlegenden Industrien viele Betriebe von nach heutigen Begriffen veralteter Organisation, die ‚reinen' Werke, die von der Welle der Hochkonjunktur mit auf die Höhe gehoben waren. Der Preisfall, der Rückgang des Bedarfes brachten diese ‚reinen' Werke in eine Notlage, von der bei den kombinierten Riesenbetrieben zum Teil überhaupt nicht, zum Teil nur ganz kurze Zeit die Rede war. Dadurch führte die jüngste Krisis in ganz anderem Masse zur industriellen Konzentration als die früheren, als die von 1873, die zwar eine Auslese schuf, aber bei dem Stand der Technik keine derartige, dass ein Monopol der siegreich hervorgegangenen Unternehmungen geschaffen wurde. Ein solches dauerndes Monopol haben aber in hohem Grade die Riesenwerke der heutigen Grosseisen- und Elektrizitätsindustrie, in geringerem die der Maschinenbranche und gewisser Metall-, Verkehrs- und anderer Gewerbe durch ihre komplizierte Technik, ihre grossangelegte Organisation und ihre Kapitalsstärke. Wenn dies für manche ‚leichteren' Gewerbezweige nicht zutrifft und für diese die Wirkung einer Krise sich gegen früher nicht prinzipiell geändert hat, so wird dadurch nur noch verständlicher, dass die neueste Entwicklung des Bankwesens so sehr im Zeichen jener anderen Industrien steht." Jeidels, loc. cit., Seite 108.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion wächst also absolut und relativ der Umfang jenes Teils der Produktion, der unter allen Umständen fortgeführt wird. Damit wächst aber auch der Umfang der Warenzirkulation, der während der Krise unberührt bleibt, damit aber auch der darauf beruhende Zirkulationskredit. Die Zerstörung des Kredits braucht also gleichfalls keine so vollständige zu sein wie in den Krisen der Frühperiode des Kapitalismus. Aber auch die Entwicklung der Kreditkrise auf der einen Seite zur Bankkrise, auf der anderen zur Geldkrise ist erschwert durch die Aenderungen der Kreditorganisation einerseits, der Verschiebungen der Verhältnisse zwischen Handel und Industrie anderseits.

Die Kreditkrise entwickelt sich zur Geldkrise, wenn der Zusammenbruch des Kredits plötzlichen Mangel an Zahlungsmitteln erzeugt [1]). Dieser Mangel aber entsteht um so schwerer, je grösser

[1]) Und zwar bedarf es nur dieser Bedingung, welch tiefere Ursachen immer ihr Eintreten bewirkt haben. Bei Schilderung des Amsterdamer Börsenkrachs von 1773 heisst es von den Folgen eines grossen Bankerotts: „Man wusste nicht, wie hoch er sich belaufen würde, nicht was für andere Häuser durch diesen Fall würden zerstört werden. Die allgemeine Ungewissheit verjagte den Kredit, und in einem Augenblick war kein bares Geld mehr zu finden. Der fürchtete seine Wechsel zurückgeschickt zu sehen, andere besorgten, von den Summen, welche sie zu fordern hatten, nichts zu erhalten, andere suchten sich die allgemeine Not zunutze zu machen, und so passten alle nur auf die Gelegenheit, zu den niedrigsten Preisen einzukaufen, jeder fürchtete sich, sein bares Geld auszugeben und so hörte die Zirkulation fast gänzlich auf." („Der Reichtum von Holland." Aus dem Französischen, zwei Bände, Leipzig 1778, I., Seite 444 ff, zitiert bei Sartorius von Waltershausen, a. a. O., Seite 377.)

Damit vergleiche man folgende Schilderung des Zustandes der deutschen Börsen beim Kriegsausbruch 1870. Am 4. Juli 1870 war die Berliner Börse vortrefflicher Stimmung gewesen, während der folgenden Tage wurde sie schwankend, am 8. Juli stark beunruhigt, am 11. Juli kopflos. Die Panik dauerte 8 bis 10 Tage, dann wurde nach wiedergewonnenem Selbstvertrauen der Abwärtsbewegung Halt geboten. . . . . Wie mit einem Zauberschlage war das Geld an der Börse verschwunden. Der Diskont bei der preussischen Bank stieg bis auf 9 Prozent, in Leipzig für Lombarddarlehen auf 10 Prozent, in Lübeck 9 Prozent, in Bremen 8 Prozent. Wo war nun das Geld geblieben, das wenige Tage vorher reichlich zu 3 Prozent und $3^1/_2$ Prozent zu haben war? Dass es der Staat zu Mobilmachungszwecken aufgesogen hatte, war schon bei der damaligen Dezentralisation des Notenbankwesens in Deutschland, ausserdem wegen der Bestände in den Händen der vielen keine Noten ausgebenden Banken und der Privatbankiers ausgeschlossen. Das meiste Geld war geblieben, wo es war, es wurde aber aus dem Kasten nicht hinausgelassen, und wer welches einziehen konnte, legte es zu dem übrigen. So wurde aus München zum Beispiel berichtet: „Es gab einen Moment,

einmal der Umfang der Produktion ist, der unter allen Umständen fortgeführt wird. Denn in demselben Umfang kann das Kreditgeld seine Funktionen weiter erfüllen. Sodann je grösser der Umfang der durch Kredit zu erledigenden Transaktionen ist und je mehr der kommerzielle durch den Bankkredit ersetzt ist. Denn die Erschütterung des Bankkredits ist schwieriger als die des Kredits eines einzelnen Industriellen. Entscheidend ist aber, dass der Mangel an Zahlungsmitteln überhaupt nicht eintritt, weil einmal die Entwicklung des Kredits den Bedarf an Zahlungsmitteln auch während der Krise herabdrückt, da zum Beispiel der Scheck- und Clearingverkehr fortdauert. Dann aber können diese Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden durch die Notenbanken, deren Kredit auch während

wo für das beste Papier und gegen die grössten Sicherheiten nicht 500 fl. aufzutreiben waren; dagegen glaubten selbst Privatleute sich eine Barreserve für äusserste Fälle unter grossen Opfern verschaffen zu müssen." In Frankfurt a. M. „waren die Bankiers nur darauf bedacht, ihre Guthaben einzuziehen, indem auch das Publikum die bei ihnen hinterlegten Gelder ungesäumt zurückverlangte; wie das rapide Anwachsen des Giroguthabens bei der Bank zeigte, suchte man sich auf beiden Seiten eine starke Barreserve zu verschaffen, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein".

Ueber Bargeldagio wird aus Hannover folgendes mitgeteilt: „Jeder Bankier, an der Spitze die Hannoversche Bank, dachte bloss an sich. . . . . Kassenanweisungen und Noten der deutschen Privatbanken waren verfemt und 5 Prozent damno musste sich der solide Mann, dem es um Kurant- oder preussische Scheine zu tun war, gefallen lassen, 10 Prozent und mehr musste der Bauer zahlen, der sie in Angst um jeden Preis los sein wollte."

Und wie dieser Zustand in verkleinertem Masse alle typischen Züge der jüngsten amerikanischen Geldkrise aufweist, so war auch das Heilmittel dasselbe: „In der Periode der Geldklemme in der zweiten Hälfte des Juli suchte man sich durch verschiedene Massregeln zu helfen. In Bremen beschlossen Senat und Bürgerschaft gewissen fremden Goldmünzen den Charakter des gesetzlichen Zahlungsmittels beizulegen, was aber nicht viel half, da dieses Geld ebenso wie das der Stadtwährung in den Kassen zurückgehalten wurde, in Stuttgart wurde ein Kassenverein gegründet, welcher seine zu 3 Prozent verzinslichen und in sechs Monaten zurückzahlbaren Scheine zu 50 bis 500 fl. in Umlauf setzte. In München gab die Hypotheken- und Wechselbank ähnliche Schuldverschreibungen in den Verkehr, in Frankfurt a. M. gewährten angesehene Bankhäuser der dortigen Notenbank eine Kollektivgarantie. Sobald es möglich war, wurde Edelmetall aus dem Ausland bezogen. Die Bank- und Importhäuser Bremens waren Ende Juli in der Lage, über bedeutende Summen in Sovereigns zu verfügen, Frankfurt liess Gold aus England, Silber aus Wien kommen. Diese Massregeln erwiesen sich gegen die Geldklemme im Zahlungsverkehr leidlich wirksam, waren aber nicht imstande, dem Leihmarkt Kapital zuzuführen, um den staatlichen Bedürfnissen genügen zu können." Sartorius, a. a. O., Seite 323 ff.

der Krise unerschüttert bleibt. Wir haben gesehen, dass die Notenzirkulation begründet ist auf der Wechselzirkulation. Diese kontrahiert sich einmal, weil ihre Unterlage, die Warenzirkulation sich kontrahiert. Sie kontrahiert sich aber stärker als die Warenzirkulation, weil der kommerzielle Kredit erschüttert ist. Die Bank ersetzt jetzt den kommerziellen Kredit durch ihren eigenen in dem Umfang, als es die wirkliche Warenzirkulation erlaubt. Sie kann das in diesem Umfang, weil die Fortdauer der Warenzirkulation ihr die Gewissheit gibt, dass ihre Forderungen gesichert sind. Für den wirklichen Bedarf der Zirkulation kann sie also ihr Kreditgeld zur Verfügung stellen und die Nachfrage nach Zahlungsmitteln befriedigen. Damit aber schränkt sie die Nachfrage nach Zahlungsmitteln auf ihren wirklichen, für die Zirkulation notwendigen Bedarf ein und verhütet jene fast unbegrenzte Nachfrage, die aus der Furcht entsprungen, auch gegen die besten Sicherheiten keine Zahlungsmittel zu erhalten, über den wirklichen Bedarf hinausgeht, und zur Aufschatzung in grossem Massstab, also wieder zur Verringerung der Zahlungsmittel führt. Um die Notenbank zu diesem Vorgehen instand zu setzen, ist notwendig, einmal dass ihr Kredit unerschüttert ist, was bei einer gut geleiteten Notenbank eine sehr leicht zu erfüllende Bedingung ist, sodann dass die vermehrte Notenausgabe nicht die Konvertibilität gefährdet. Diese Bedingung wird erfüllt durch das der Bank schon durch ihr Selbsterhaltungsinteresse diktierte Vorgehen, ihre Noten während der Krise nur gegen unbedingte Sicherheit zu gewähren, wodurch sie die Garantie erhält, dass sie wirklich nur das Zirkulationsbedürfnis in den während der Krise gegebenen Grenzen erfüllt. Zweitens, dass diese Konvertibilität gegen unvorhergesehene Zufälle geschützt ist durch eine hinreichende Reserve von Bargeld, vor allem durch Gold. Diese Bedingung aber wird mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion erfüllt durch die gestiegene Goldproduktion, durch die Ansammlung des Goldes in den Banken und die Beschränkung der Funktion dieses Goldes darauf, als Reserve zu dienen. Durch die Entwicklung des Kredits wird das Gold immer mehr beschränkt auf die Funktion, dem Ausgleich der internationalen Zahlungsbilanz zu dienen. Steigt auch der Umfang der internationalen Zahlungen absolut kolossal, so steigt durch die Entwicklung des international fungierenden Kreditgeldes die bar zu begleichende Bilanz nicht in gleichem Umfang und nicht in demselben Verhältnis

wie die angesammelte Goldreserve in Ländern alter kapitalistischer Entwicklung. Und dies setzt die Notenbanken in den Stand, den erhöhten Ansprüchen während der Krise nachzukommen. Voraussetzung ist natürlich, dass sie in ihren ökonomischen Funktionen nicht gehemmt werden durch gesetzlichen Zwang, wie dies in England durch die Peelsakte, in den Vereinigten Staaten durch die unsinnigen Deckungsvorschriften geschieht, und dort auch Geldkrisen in typischem Sinn erzeugt hat.

Das Ausbleiben der Geldkrise bewahrt aber den Kredit vor vollständigem Zusammenbruch und ist damit zugleich eine Vorbeugung für die Entstehung der Bankkrise. Der Run auf die Banken unterbleibt, die Depositenentziehung wird keine akute und vollständige und die Banken können, wenn sie sonst zahlungsfähig sind, ihren Verpflichtungen nachkommen. Soweit aber die Bankkrise entspringt nicht als Folge der Kredit- und Geldkrise, sondern primär aus Festlegung der Bankmittel und Verlusten aus Kreditgewährungen, hat auch hier die kapitalistische Entwicklung Tendenzen, die eine Milderung der Krise für das Kapital erzeugen.

Die grösste Rolle spielt auch hier die Bankkonzentration. Sie gestattet durch den riesig erweiterten Geschäftsumkreis und durch die Ausdehnung über verschiedene nationale Wirtschaftsgebiete mit verschiedener kapitalistischer Entwicklungsstufe eine viel grössere Verteilung des Risikos. Sodann aber geht diese zunehmende Konzentration der Banken zugleich mit einer Aenderung ihrer Stellung zu der Spekulation, dem Handel und der Industrie vor sich. Zunächst bedeutet die Bankkonzentration eine Machtverschiebung zugunsten der Bank schon vermöge ihrer grossen Kapitalskraft. Diese Kraft ist nicht nur quantitativ bedeutender als die der Schuldner der Bank, sondern die Ueberlegenheit der Bank ist eine qualitative dadurch, dass die Bank über das Kapital in seiner stets schlagfertigen Form, der Geldform, verfügt. Diese Ueberlegenheit aber verhütet, dass eine grosse, gut geleitete Bank in solche Abhängigkeit von dem Schicksal eines einzigen oder einiger weniger Unternehmungen gerät, bei denen sie ihre Mittel festgelegt hat, dass sie in deren Zusammenbruch während der Krise unrettbar mit verstrickt wird.

Untersucht man die Ursachen, die die Entstehung der Bankkrise erschweren, im einzelnen, so ist zunächst zu erwähnen, dass die Spekulation an Ausdehnung und Bedeutung sehr viel verloren

hat, und zwar sowohl die Waren- als die Effektenspekulation. Unter Warenspekulation verstehen wir hier nicht nur die börsenmässige Spekulation, sondern vor allem jene des Warenhandels, die Nachfrage der Waren von seiten der Händler, in der Erwartung, dass die Preise weitersteigen werden, und die Ansammlung grösserer Warenlager, um durch Zurückhalten des Angebots die Preise weiter zu steigern. Diese Spekulation geht zurück einmal mit der Ausschaltung des Handels überhaupt, mit der Zunahme des direkten Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten und mit der Verwandlung der Händler in auf feste Provision gesetzte Agenten der Syndikate und Trusts. Dies verhindert bis zu einem gewissen Umfang, dass in der Hochkonjunktur die Preise durch den Handel spekulativ weit über die Preisfestsetzungen der Produzenten hinaus gesteigert werden, dass flotter Absatz noch vorgetäuscht wird, während in Wirklichkeit die effektive Nachfrage bereits zu stocken begonnen hat[1]).

Wo aber der Grosshandel — und nur um diesen handelt es sich in diesem Zusammenhang — seine alte Stellung nicht an die Industrie oder die Warenabteilungen von Grossbanken verloren hat, weist er selbst starke Konzentration auf und schränkt die Beteiligung kapitalsschwacher oder ganz aussenstehender Elemente stark ein. Wo aber infolge besonderer Bedingungen der börsenmässige Warenhandel noch eine besondere Rolle spielt, werden die Bewegungen der Spekulation immer mehr beherrscht von den Banken, denen die Entwicklung der Kreditorganisation immer mehr die Verfügung über das gesamte Geldkapital gibt und die imstande sind, die Spekulationsbewegungen nicht über gewisse Grenzen hinausgelangen zu lassen.

Schliesslich wirkt auf die Einschränkung der Warenspekulation die Entwicklung der Transportmittel, die die Entfernung vom Markte gerade für die der Spekulation besonders unterliegenden

[1]) Insofern ist nachfolgende Bemerkung von Marx für die heutigen Verhältnisse einzuschränken: „Bei dem modernen Kreditsystem verfügt es (das Kaufmannskapital) über einen grossen Teil des Gesamtgeldkapitals der Gesellschaft, so dass es seine Einkäufe wiederholen kann, bevor es das schon Gekaufte definitiv verkauft hat . . . Ausser der Trennung von W-G und G-W, die aus der Natur der Ware folgt, wird hier also eine fiktive Nachfrage geschaffen . . . Daher das Phänomen in den Krisen, dass sie nicht zuerst sich zeigen und ausbrechen beim Detailverkauf, der es mit der unmittelbaren Konsumtion zu tun hat, sondern in den Sphären des Grosshandels und der Banken, die diesem das Geldkapital der Gesellschaft zur Verfügung stellen.“ („Kapital“, III., 1, Seite 288.)

Waren stark verkürzt hat, sowie die des Nachrichtendienstes, der über den Stand der Märkte jeden Moment unterrichtet. Die Ansammlung von unverkäuflichen Produkten auf entfernten Märkten, während an den Produktionsstätten die Produktion in altem oder gesteigertem Umfang weitergeht, ist viel schwieriger. Dann aber spielt infolge der Verringerung des relativen Anteils der Konsumtionsmittel die Spekulation in Kolonialprodukten, die bei den älteren englischen Krisen oft so verhängnisvoll war, eine viel geringere Rolle, wozu die Sicherheit und Regelmässigkeit in der Zufuhr, die Genauigkeit und Schnelligkeit in der Marktberichterstattung das ihrige beiträgt. Dazu kommt, dass die Warenspekulation an Bedeutung verliert mit dem immer grösser werdenden Umfang, den die Produktionsmittelindustrien annehmen, deren Produkte nicht der Spekulation unterliegen, weil die Produktion immer mehr Kundenproduktion wird.

In derselben Richtung der Erschwerung einer Entstehung der Bankkrisen wirken die Aenderungen der Krisenerscheinungen in der Industrie und die Entwicklung der Bankenherrschaft über die Industrie. Wir haben gesehen, dass die wachsende Konzentration die industriellen Unternehmungen gegen die äusserste Wirkung der Krise, den völligen Bankerott, widerstandsfähiger macht. Diese Widerstandsfähigkeit wird erhöht durch die Organisationsform der Aktiengesellschaft, die zugleich, wie wir gesehen haben, den Einfluss der Banken auf die Industrie ausserordentlich steigert. Denn die Aktiengesellschaft erhöht die Widerstandsfähigkeit des Unternehmens. Sie ermöglicht die Fortführung auch bei fehlendem Ertrag und selbst bei Verlusten, weil Kapitalzufuhr hier leichter möglich ist als beim Einzelbetrieb. Zweitens ist es bei der Aktiengesellschaft leichter möglich, Reserven anzusammeln und in guten Jahren Vorsorge für schlechte zu treffen. Drittens unterliegt die Anwendung der Mittel und vor allem die Verwendung des ausgeliehenen Kapitals leichterer und daher schärferer Kontrolle. Die Banken kontrollieren unmittelbar die Verwendung der von ihnen durch Kredit unterstützten Gesellschaften. Die Kontrolle wird immer systematischer durchgeführt, je mehr die Tendenzen dahingehen, die Industrie in Abhängigkeit von den Banken zu führen. Die Ausnützung des Kredits zu anderen als den Zwecken des Unternehmens selbst wird verhindert. In den älteren Krisen spielt der Umstand eine grosse Rolle, dass die Einzelunternehmer sich an der Spekulation

in hohem Masse beteiligen und dazu ihr Betriebskapital verwenden, während sie ihren Betrieb mit Leihkapital weiterführen. Das verhindert jetzt die kontrollierende Bank.

Es ist also eine doktrinäre Auffassung, die das notwendige und unumgängliche, weil den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung entspringende Eindringen der Banken in die Industrie als eine Gefahr für die Banken bekämpft und dem gegenüber das organisatorisch zurückgebliebene englische Bankwesen mit seiner Arbeitsteilung in Depositenbanken und Spekulationsbanken als das Ideal ansieht, das, wenn nötig, durch gesetzlichen Zwang erreicht werden muss. Diese Auffassung nimmt einmal den Schein des englischen Bankwesens für Wirklichkeit, indem sie übersieht, dass auch in England die Banken ihre angesammelten Gelder Industrie Handel und Spekulation zur Verfügung stellen. Dass das in England durch Mittelspersonen, in Deutschland und in wieder etwas modifizierter Form in den Vereinigten Staaten direkt geschieht[1], erklärt sich aus bestimmten historischen Ursachen. Das englische Verfahren ist aber rückständig und übrigens auch im Verschwinden begriffen, weil es die Kontrolle des verliehenen Bankkapitals erschwert und deshalb die Ausdehnung des Bankkredits selbst hindert.

Schliesslich, und hier können wir uns mit dem Hinweis auf das in dem Kapitel über die Börse Gesagte begnügen, spielt auch die Effektenspekulation als ein die Bankkrise verursachendes Moment eine stets geringere Rolle. Immer mehr werden die Spekulationsbewegungen mit der wachsenden Macht der Banken von diesen beherrscht und nicht mehr die Banken von den Spekulationsbewegungen. Mit der Bedeutung der Börse im allgemeinen geht noch rascher ihre Rolle als krisenverschärfende Ursache zurück.

Mit der abnehmenden Rolle der Spekulation geht parallel auch eine Aenderung in der Psychologie des kapitalistischen Publikums. Primitiv wie diese Psychologie des Spekulanten trotz aller Bemühungen seiner Bewunderer, in seine Psyche alle divinatorischen Fähigkeiten und romantischen Weltverbesserungspläne hineinzugeheimnissen, in Wirklichkeit ist, lässt sich die Aenderung in dem Verhalten des spekulierenden Publikums aus dem Gemein-

[1]) Daran ändert auch nichts, dass sich manchmal zwischen die Bank und das Unternehmen eine eigene Gründungsgesellschaft (Trustgesellschaft) schiebt, da diese von der Bank unmittelbar abhängig bleibt.

platz des kapitalistischen Normalmenschen erklären: durch Schaden wird man — weniger dumm. Jene Massenpsychosen, wie sie die Spekulation zu Beginn der kapitalistischen Aera erzeugt, jene seeligen Zeiten, wo sich jeder Spekulant als Gott fühlte, der aus nichts eine Welt schafft, scheinen unwiderbringlich dahin. Der Tulpenschwindel mit seinem idyllischen Untergrund poetischer Blumenliebhaberei, der Südseeschwindel mit seiner abenteuerlich-anregenden Phantastik unerhörter Entdeckungen, die Lawschen Projekte mit ihren Welteroberungsabsichten, sie weichen der unverhüllten Jagd nach dem Differenzgewinn, die mit dem Krach von 1873 ihr Ende findet. Seitdem ist der Glaube an die Wundermacht des Kredits und der Börse geschwunden, der schöne katholische Kultus ist trotz Bontoux der nüchternen Aufklärung erlegen, die nicht an die unbefleckte Empfängnis durch den Geist der Spekulation mehr glauben will, sondern das Natürliche natürlich nimmt und den Glauben den Dummen lässt, die noch immer nicht alle werden. Die Börse hat ihre Gläubigen verloren und nur ihre Priester behalten, die aus dem Glauben der anderen ihr Geschäft machen. Da der Glaube zum Geschäft geworden, wird das Geschäft des Glaubens immer geringer. Der holde und einträgliche Wahnsinn ist verflogen, die Tulpen längst verblüht und die Kaffeestaude liefert noch Handelsprofit, aber keinen rechten Spekulationsgewinn mehr. Die Prosa hat die Poesie des Gewinns erschlagen.

Die angeführten Momente lassen die Ursachen erkennen, die eine Aenderung in den Krisenerscheinungen herbeiführen, soweit sie durch die Massenhaftigkeit der Bankerotte, durch die akuten Erscheinungen der Börsen-, Bank-, Kredit- und Geldkrise erzeugt sind. Sie schliessen das Entstehen solcher Krisen durchaus nicht aus, aber sie erklären, warum diese schwerer eintreten. Ob sie eintreten, hängt von der Schwere der Störungen und der Plötzlichkeit ihres Eintretens ab. Ob diese so gross werden, dass sie etwa eine der Grossbanken Deutschlands zu Falle bringen können — normale Leitung vorausgesetzt — ist eine quaestio facti und nicht eine Frage der Theorie. Aber all diese Momente lassen das Eintreten der industriellen Krise selbst, den Umschwung von Prosperität und Depression unberührt. Die Frage entsteht, ob die grosse Aenderung in der Organisationsform der Industrie, ob die Monopole durch ihre behauptete Aufhebung der regulierenden Kraft des kapitalistischen Mechanismus, der freien Konkurrenz,

qualitative Aenderungen in den Konjunkturerscheinungen verursachen können.

Wir wissen, dass die Kartelle eine Verschiebung des Preisniveaus hervorbringen können. Sie schaffen ein verschiedenes Niveau des Profits in den kartellierten und den unkartellierten Produktionszweigen. Auf dieser veränderten Basis spielen sich dann die Konjunkturerscheinungen ab, die dann selbst durch die Kartelle gewisse Modifikationen erfahren. Aber den Kartellen wurde und wird zum Teil auch jetzt andere Wirkung zugeschrieben. Sie sollen nicht nur eine Modifikation der Krisenwirkung bedeuten, sondern imstande sein, die Krisen gänzlich zu beseitigen, da sie die Produktion regulieren und das Angebot jederzeit der Nachfrage anzupassen vermögen.

Diese Ansicht übersieht gänzlich die innere Natur der Krisen. Nur wenn die Krisenursache einfach in einer aus der Unübersichtlichkeit des Marktes folgenden Warenüberproduktion gesehen wird, kann es plausibel werden, dass die Kartelle die Krisen durch Einschränkung der Produktion beseitigen können.

Dass die Krise mit Warenüberproduktion identisch sei oder sie zur „Ursache“ habe, erscheint als unumstössliche Gewissheit. Ist es ja die auf der Oberfläche liegende handgreifliche Tatsache. Die Preise sind niedrig, weil das Angebot die Nachfrage übersteigt, also weil eben zu viel Waren da sind, und jeder Blick auf die Marktberichte zeigt, dass die Warenlager überfüllt, die Waren unverkäuflich sind, dass also in der Tat Ueberproduktion an Waren besteht. Die Kartelle aber sind imstande, für den ganzen Industriezweig Einschränkungen der Produktion vorzunehmen; was früher das blinde Preisgesetz bewirkte, das eine ganze Anzahl von Betrieben durch das Sinken der Preise zum Stillstand und Bankerott brachte, diese segensreiche Einschränkung der Produktion besorgt jetzt rascher und schmerzloser der assoziierte Verstand der kartellierten Leiter der Produktion. Ja, noch mehr. Da das Kartell die Preise festsetzen, jeden Moment für die „Uebereinstimmung von Nachfrage und Angebot sorgen“ kann, die Spekulation ausschaltet, den Handel genau kontrolliert und überwacht, wenn nicht direkt übernimmt, warum sollte es nicht möglich sein, durch genaue Anpassung der Produktion an den Bedarf die Krisen gänzlich aus der Welt zu schaffen, geringe Störungen des Wirtschaftslebens aber rasch und ohne grosse Erschütterungen zu beseitigen?

Es wär zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein. Wer die Krisen einfach einer Ueberproduktion von Waren gleichsetzt, übersieht gerade die Hauptsache: den kapitalistischen Charakter der Produktion. Die Produkte sind nicht nur Waren, sondern Produkte von Kapital und die Ueberproduktion während der Krise ist nicht einfache Warenüberproduktion, sondern Ueberproduktion von Kapital. Das heisst aber nichts anderes, als dass das Kapital in der Produktion in einem Masse angelegt ist, dass seine Verwertungsbedingungen mit seinen Realisationsbedingungen in Widerspruch geraten sind, so dass der Absatz der Produkte nicht mehr den Profit abwirft, der eine weitere Ausdehnung, eine weitere Akkumulation möglich macht. Der Warenabsatz stockt, weil die Ausdehnung der Produktion aufhört. Wer daher die kapitalistische Krise einfach mit Warenüberproduktion gleichsetzt, bleibt bei der Analyse der Krisen in den ersten Anfängen stecken. Dass es sich nicht um blosse Warenüberproduktion handeln kann, wird schon daraus ersichtlich, dass einige Zeit nach der Krise der Markt für eine viel grössere Menge von Waren aufnahmefähig sich erweist. Jede folgende Prosperitätsperiode übergipfelt die frühere um ein bedeutendes, obwohl weder der Bevölkerungszuwachs noch das Wachsen des zur Konsumtion zur Verfügung stehenden Einkommens eine solche vermehrte Aufnahmefähigkeit erklären würde. Es handelt sich aber auch um ganz andere Faktoren als um die blosse Konsumtionsfähigkeit.

Die Störungen in der Preisregulierung, die schliesslich zu den Disproportionalitätsverhältnissen und damit zu dem Widerspruch zwischen den Verwertungs- und Realisationsbedingungen führen, werden durch die Kartelle nicht vermindert, sondern verschärft.

Die Kartelle bewirken, dass die Konkurrenz innerhalb eines Produktionszweiges aufhört oder, besser gesagt, latent wird, dass die preissenkenden Wirkungen der Konkurrenz innerhalb dieser Sphäre nicht zur Geltung kommen; sie bewirken zweitens, dass die Konkurrenz der kartellierten Sphären auf Grund einer höheren Profitrate vor sich geht gegenüber den nichtkartellierten Industrien. Aber sie können nichts ändern an der Konkurrenz der Kapitalien um die Anlagesphären, an den Wirkungen der Akkumulation auf die Preisgestaltung und deshalb die Entstehung von Disproportionalitätsverhältnissen nicht verhindern.

Wir haben gesehen, dass während der Prosperität die Konkurrenz innerhalb derselben Produktionssphäre keine preissenkenden

Wirkungen ausübt; die Nachfrage übersteigt ja das Angebot und in solchem Falle besteht Konkurrenz unter den Käufern, nicht unter den Verkäufern.

Erst wenn das Angebot die Nachfrage übersteigt, tritt Konkurrenz der Verkäufer ein und die Preise beginnen zu sinken. Dass aber die Kartelle der Preisgestaltung folgen und sie nicht bestimmen, ergibt sich aus dem ganzen Mechanismus der Produktion. Gesetzt, die Kartelle bleiben in der Prosperitätsperiode bei niedrigen Preisen; dann findet kein Steigen der Profite, keine vermehrte Akkumulation statt; blieben die Preise der kartellierten Industrien niedrig, während die der nichtkartellierten stiegen, so flösse Kapital aus der kartellierten Industrie ab; es wäre sehr bald Ueberproduktion von Kapital in den nichtkartellierten, Unterproduktion in den kartellierten Produktionszweigen, schärfste Disproportionalität, die zur allgemeinen Krise führte, wie ja Krise möglich ist auch bei gleichbleibender Produktion und sogar bei verminderter. In Wirklichkeit wäre das Kartell längst gesprengt, weil es das Profitstreben nicht befriedigt, sondern gehemmt, also das Motiv seines Bestehens aufgehoben hätte. Die teilweise Regelung, das heisst die Zusammenfassung eines Industriezweiges in ein Unternehmen bleibt eben ohne Einfluss auf die Proportionalitätsverhältnisse der Gesamtindustrie zueinander. Die Anarchie der Produktion wird nicht aufgehoben durch quantitative Verminderung der einzelnen Elemente bei gleichzeitiger Verstärkung ihrer Wirksamkeit und deren Intensität; sie kann überhaupt nicht ratenweise oder graduell aufgehoben werden. Geregelte und anarchische Produktion sind nicht quantitative Gegensätze, so dass durch Anstückelung von immer mehr „Regelung" aus der Anarchie bewusste Organisation würde. Sondern ein solcher Umschlag kann nur plötzlich stattfinden durch die Unterstellung der gesamten Produktion unter die bewusste Kontrolle. Wer diese Kontrolle ausübt und wem die Produktion gehört, ist Frage der Macht. An sich wäre ein Generalkartell ökonomisch denkbar, das die Gesamtproduktion leitete und damit die Krisen beseitigte, wenn auch ein solcher Zustand sozial und politisch eine Unmöglichkeit ist, da er an dem Interessengegensatz, den er auf die äusserste Spitze treiben würde, zugrunde gehen müsste. Aber von den einzelnen Kartellen eine Aufhebung der Krisen erwarten, zeigt nur von der Einsichtslosigkeit in die Ursache der Krisen und den Zusammenhang des kapitalistischen Systems.

Ebensowenig wie die Kartelle das Entstehen von Krisen verhindern können, können sie sich ihren Wirkungen entziehen. Identifiziert man allerdings die Krise mit Ueberproduktion von Waren, so wäre das Heilmittel einfach. Das Kartell vermindert die Produktion, vollzieht also in beschleunigtem Tempo, vielleicht auch in grösserem Umfang das, was die Krise durch Erzeugen von Bankerott und Betriebseinschränkungen auch ohnehin bewirkt hätte. Die sozialen Wirkungen, namentlich die Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung blieben natürlich dieselben. Die kartellierten Kapitalisten aber könnten die Preise hochhalten, da ja das Angebot stark eingeschränkt wurde. Die Preise blieben hoch, der Profit hätte sich zwar vermindert, weil der Absatz geringer und auch die Produktionskosten gestiegen wären. Nach einiger Zeit würde der Markt die überschüssigen Produkte aufgenommen haben und die Prosperität könnte einsetzen. Jedoch diese Argumentation ist so einfach, wie sie falsch ist. Es handelt sich als Vorbedingung für das Wiedereinsetzen der Prosperität um zwei Bedingungen, einmal um die Herstellung der Proportionalität, die nötig ist, damit die Depression aufhöre, sodann um die Erweiterung der Produktion, denn nur das bedeutet ja Prosperität. Die beschriebene Kartellpolitik aber würde das Eintreten dieser Bedingungen gerade erschweren. Die Einschränkung der Produktion bedeutet Aufhören aller neuen Kapitalanlage; das Hochhalten der Preise verschärft die Wirkung der Krise für alle nicht kartellierten oder nicht so fest kartellierten Industrien. Hier wird der Profit noch stärker fallen, respektive die Verluste noch grösser sein, infolgedessen hier noch stärkere Einschränkung der Produktion erzwungen werden. Dadurch wird die Disproportionalität nur wieder verstärkt; der Absatz der kartellierten Industrie leidet noch weiter, es zeigt sich, dass trotz der starken Einschränkung die „Ueberproduktion“ noch andauert, ja sich noch verschärft hat. Eine weitere Einschränkung der Produktion bedeutet aber weiteres Brachlegen von Kapital bei gleichbleibenden „Generalunkosten“, also weiteres Steigen der Selbstkostenpreise und daher neue Verminderung des Profits, selbst bei Aufrechterhaltung der hohen Preise. Deren Höhe lockt Aussenseiter an; diese können mit niedrigeren Anlage- und Arbeitskosten rechnen, da ja alle Preise gefallen sind, sie werden daher konkurrenzfähig und beginnen das Kartell zu unterbieten. Das Kartell kann die Preise nicht mehr halten und der Preissturz greift auch auf die kartellierte Industrie über. Die künstlichen Eingriffe

werden korrigiert und die Preisgestaltung folgt den Gesetzen, die die Kartelle vergebens für sich auszuschalten trachteten [1]). Auf Grundlage der neuen Preisgestaltung vollzieht sich eine neue Verteilung des Kapitals in die verschiedenen Produktionssphären und allmählich stellen sich wieder Proportionalitätsverhältnisse ein; die Depression ist überwunden. Die Prosperität kann beginnen, sobald technische Neuerungen oder neue Märkte erhöhte Nachfrage hervorrufen, welche Neuanlage von produktivem Kapital, vor allem von fixem Kapital hervorruft.

Die Kartelle heben also die Krisenwirkungen nicht auf. Sie modifizieren sie insofern, als sie die Wucht der Krise auf die nichtkartellierten Industrien abwälzen. Der Unterschied der Profitrate in kartellierten und nichtkartellierten Industrien, der im Durchschnitt umso grösser ist, je fester das Kartell und je gesicherter sein Monopol, wird geringer während der Prosperität und grösser während der Depression. Das Kartell mag auch imstande sein, den Profit während der ersten Zeit der Krise und Depression länger aufrechtzuerhalten als freie Industrien und für diese die Wirkung der Krise zu verschärfen. Dieser Umstand ist deshalb nicht bedeutungslos, weil gerade während der Krise und in der ersten Zeit darnach die Lage der Industriellen am schwersten und ihre Selbständigkeit am gefährdetsten ist. Dass sie gerade in dieser Zeit durch die Kartellpolitik keine Erleichterung erhalten durch Verringerung der Preise ihrer Rohmaterialien etc., ist ein Moment, das für die Verschlechterung der Lage in den nichtkartellierten Industrien und die schnellere Herbeiführung der Konzentration von Bedeutung ist.

[1]) Das oben Ausgeführte wird illustriert durch das Verhalten des Stahltrusts. Er schränkte 1907/08 seine Produktion aufs äusserste ein, um die Preise aufrecht zu erhalten. Ein Jahr später und der Eisenmarkt war deroutiert und zog in seine Deroute alle übrigen Metallmärkte hinein.

V. ABSCHNITT.

Zur Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die Wandlung in der Handelspolitik.

Das Finanzkapital bedeutet die Vereinheitlichung des Kapitals. Die früher getrennten Sphären des industriellen, kommerziellen und Bankkapitals sind jetzt unter die gemeinsame Leitung der hohen Finanz gestellt, zu der die Herren der Industrie und der Banken in inniger Personalunion vereint sind. Diese Vereinigung selbst hat zur Grundlage die Aufhebung der freien Konkurrenz des Einzelkapitalisten durch die grossen monopolistischen Vereinigungen. Damit ändert sich naturgemäss auch das Verhältnis der Kapitalistenklasse zur Staatsmacht.

Die bürgerliche Staatsauffassung entsteht im Kampfe gegen die merkantilistische Politik, im Kampfe gegen die zentralisierte und privilegierende Staatsmacht. Sie vertritt das Interesse der beginnenden kapitalistischen Manufaktur und Fabrik gegenüber den Privilegien und Monopolen der grossen Handels- und Kolonialkompagnien einerseits, des zunftartig abgeschlossenen handwerksmässigen Gewerbes anderseits. Der Kampf gegen die Staatseinmischung konnte aber nur geführt werden, wenn nachgewiesen wurde, dass diese staatliche Gesetzgebung für das Wirtschaftsleben überflüssig und schädlich sei. Gegenüber den Staatsgesetzen musste die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft und ihre Ueberlegenheit über die staatliche Gesetzgebung nachgewiesen werden [1]).

[1]) Da die Aufdeckung der wirtschaftlichen Gesetze den Inhalt der politischen Oekonomie bildet, so wird der Kampf gegen die merkantilistische Wirtschaftspolitik zu der einen mächtigen Triebkraft der Entwicklung der theoretischen Oekonomie. Die andere früher einsetzende und noch mehr unmittelbar auf den Grund gehende Triebkraft war die Bemühung um das Kardinalproblem der wirtschaftlichen Gesetzgebung zu Beginn des modernen Kapitalismus, die Frage nach der richtigen Geldverfassung. Es ist das Problem des Geldes, das Petty stellt, was ihn zum Begründer der klassischen Oekonomie macht, weil es unmittelbar zum Wertproblem und damit zu dem Grundgesetz der politischen Oekonomie führt.

So gründet sich die Politik des Bürgertums auf die Nationalökonomie und der Kampf gegen den Merkantilismus wird zum Kampf um die wirtschaftliche Freiheit und dieser wieder wird zum Kampf um die Freiheit der Person gegen die staatliche Bevormundung erweitert. Wie sich diese Auffassungen zur Weltanschauung des Liberalismus erhöhen, ist hier nicht weiter zu verfolgen. Nur darf vielleicht darauf hingewiesen werden: Wo wie in England der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit zu einer Zeit siegt, die die moderne wissenschaftliche Auffassung noch nicht kennt, bezieht der Liberalismus diese auch nicht in sein Weltbild; die revolutionäre Umwälzung aller moralischen und religiösen Anschauungen, wie sie der französische Liberalismus entwickelt, wird in England nie zum Gemeinbewusstsein des Volkes, während umgekehrt sich der wirtschaftliche Liberalismus in England stärker durchsetzt als irgendwo auf dem Kontinent.

Doch auch in England ist der Sieg des Laisser faire nicht vollständig: das Gebiet des Bankwesens bleibt ausgeschlossen und die Theorie der Bankfreiheit unterliegt den praktischen Bedürfnissen der Beherrscher der Bank of England. Noch weniger gewinnt die Theorie der Manschesterleute Einfluss auf den tatsächlichen Gang der auswärtigen Politik, die die Exekutive des englischen Welthandels im 19. Jahrhundert so gut geblieben ist, wie sie es im 17. und 18. Jahrhundert gewesen. Auf dem Kontinent reduziert sich die Praxis völlig aut die Durchführung der Gewerbefreiheit und bleibt eine innerpolitische Maxime, während die Handelspolitik sehr natürlicherweise schutzzöllnerisch bleibt. Denn die englische Freihandelspolitik beruhte auf dem Vorsprung der kapitalistischen Entwicklung und der daraus folgenden technischen und ökonomischen Ueberlegenheit der englischen Industrie. Dieser Vorsprung war durchaus nicht allein natürlichen Ursachen geschuldet, spielten diese auch eine bedeutende Rolle; solange namentlich das moderne Transportsystem noch nicht entwickelt war, musste die Wasserfracht und die Frachtersparnis durch das Zusammenfallen von Erz und Kohle entscheidende Bedeutung gewinnen. Es darf aber darüber nicht vergessen werden, dass auf der anderen Seite kapitalistische Entwicklung Akkumulation von Kapital ist und dass die schnellere Akkumulation in England zu einem wesentlichen Teil geschuldet ist: einerseits dem Ausgang der Machtkämpfe mit Spanien, Holland und Frankreich um die Herrschaft zur See und damit um die

Herrschaft über die Kolonien, anderseits der raschen Proletarisierung durch den Sieg des Grossgrundeigentums über den Bauern.

Englands industrieller Vorsprung steigerte sein Interesse am Freihandel, wie vorher der Vorsprung kapitalistischer Entwicklung Holland eine freihändlerische Politik hatte einschlagen lassen[1]). Im Innern bewirkte die Entfaltung der Industrie, die Vermehrung der Bevölkerung und deren Konzentration in den Städten sehr bald, dass die eigene landwirtschaftliche Erzeugung nicht genügte. Infolgedessen wurde der Preis des Getreides bestimmt durch die damals vor der Umwälzung des Transportwesens noch besonders hohen Transportkosten und durch die dann wirksam werdenden Zölle. Uebrigens hatten die Grundbesitzer schon in der Uebergangszeit, als nur gute Ernten die Einfuhr unnötig machten, schlechte aber sie ungewöhnlich steigerten, durch das System der Exportprämien für die periodische Fabrikation von Hungersnotpreisen gesorgt und die enge Basis des englischen Geldwesens bewirkte, dass auf die Verteuerung der Lebensmittel die Geldkrise folgte. Dieses ganze System stand nun im schärfsten Gegensatz zu den industriellen Interessen; eine Einfuhr fremder Industrieprodukte hatten die Fabrikanten nicht zu fürchten, da ihre Unternehmen technisch und ökonomisch weit überlegen waren; die Getreidepreise waren aber der wichtigste Bestandteil des „Preises der Arbeit"; dieser aber spielte bei dem Kostpreis der Industriellen eine um so bedeutendere Rolle, da ja die organische Zusammensetzung des Kapitals noch gering, der Anteil der lebendigen Arbeit am Wert des Gesamtproduktes daher verhältnismässig höher war. Das offen ausgesprochene Motiv der englischen Zollkampagne war

[1]) „Die Blüte des holländischen Supremats in Handel und Seefahrt liegt in der Zeit von der Gründung der ostindischen Kompagnie bis zu den Kriegen mit Cromwell und Karl II. 1600 bis 1675; am Schluss dieser Periode schätzte Colbert die gesamte Handelsmarine der europäischen Staaten auf 20.000 Seeschiffe, von denen 16.000 allein auf die Holländer, die man daher die Frachtfuhrleute Europas nannte, gekommen wären. Ein unermessliches Kolonialreich in Asien, in Süd- und Nordamerika, in Afrika wurde geschaffen, ein grosses Assekuranzgeschäft entstand; Amsterdams Börse war die erste, dort war der Weltmarkt des Geldes, dessen niedriger Zinsfuss der Industrie und dem Handel immer von neuem zustatten kam. Die Fischerei mit Herings- und Walfischfang wurde von keiner anderen Nation erreicht. Die Handelspolitik war die freiheitlichste jener Zeit. Es gab keine Konkurrenten, die Holland zu fürchten gehabt hätte." Sartorius, loc. cit., Seite 369.

ja auch die Verbilligung des Kostpreises durch Verbilligung einerseits des Rohmaterials, anderseits des Preises der Arbeitskraft.

Ebenso war das englische industrielle und Handelskapital an dem Freihandel der anderen Länder interessiert, dagegen hatte es nur geringes Interesse an dem Besitz der Kolonien. Soweit diese die Absatzmärkte für Industrieprodukte und die Einkaufsmärkte für seine Rohstoffe waren, hatte England mit keiner nennenswerten Konkurrenz zu rechnen, sobald nur diese Gebiete unter Freihandelsregime standen. Die Forderung einer aktiven Kolonialpolitik, die sehr kostspielig war, die Steuern erhöhte und das parlamentarische Regime im Heimatland schwächte, trat zurück hinter der Propaganda des Freihandels. Allerdings blieb das Aufgeben der Kolonien eine platonische Forderung radikaler Freihändler. Denn die wichtigste Kolonie, Indien, kam nicht nur als Markt in Betracht; ihre Beherrschung sicherte auch einer grossen und einflussreichen Klasse reiche Einkünfte als „Tribut für gute Regierung“ [1]). Zudem aber war auf diesem wichtigen Markt die „Sicherheit“ eine Bedingung des Absatzes und es war fraglich, ob die Aufgabe der englischen Herrschaft nicht das Wiederaufleben alter Kämpfe mit sich bringen müsste, die die Absatzmöglichkeiten verschlechtern würden [2]).

Ganz anders lag das handelspolitische Interesse am Kontinent. Hier waren vor allem die agrarischen Rohstofflieferanten, die exportierenden Grundbesitzer, freihändlerisch, da der Freihandel den Absatz der eigenen Produkte vergrösserte und den Bezug der

---

[1]) Die Summe der Pensionen allein, die aus Indien alljährlich nach England fliessen, wird heute auf jährlich 320 Millionen Mark berechnet. Dazu kommen die enormen Beträge zur Bezahlung der englischen Beamten, zur Erhaltung der Armee und zur Führung eines Teiles der englischen Kolonialkriege in Asien.

[2]) „Dagegen gab England trotz Cobden seine eigenen Kolonien nicht auf. Der leitende liberale Staatsmann jener Tage, Lord John Russel, mochte die Meinung seiner Partei zum Ausdruck bringen, wenn er die Zeit der Loslösung für noch nicht gekommen erklärte. England habe inzwischen alles zu tun, um die Kolonien zur Selbstregierung zu erziehen. In der Tat verzichtete England unter dem Einfluss der Manschesterlehre auf die bisherige Auffassung, welche in den Kolonien nutzbaren Besitz erblickte. Noch Sir Robert Peel hatte gesagt: „In jeder unserer Kolonien besitzen wir ein zweites Irland.“ Nunmehr gründete England die Beziehungen zu seinen überseeischen Siedlern auf Freiwilligkeit und gab ihnen parlamentarische Verfassungen. Damit wurden die Manschesterleute — ohne es zu wollen — Neubegründer des britischen Reiches, welches durch Rotröcke nicht zusammenzuhalten gewesen wäre.“ Schultze-Gävernitz: „Der britische Imperialismus“, Seite 75.

Industrieprodukte verbilligte. Dagegen lag das Interesse der Industriellen umgekehrt. Der Schutzzoll auf landwirtschaftliche Produkte kam nicht in Frage; aber die übermächtige englische Konkurrenz verhinderte oder verlangsamte die eigene industrielle Entwicklung. Galt es ja erst die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden, Herr zu werden über alle Hemmnisse, die der Mangel geschulter Arbeiter, Werkführer und Ingenieure mit sich brachte, die Rückständigkeit der Technik auszugleichen, die kaufmännische Organisation zu schaffen, die Entwicklung des Kredits zu fördern, die Proletarisierung durch Niederkonkurrierung des Handwerks und Auflösung der alten Bauernwirtschaft zu beschleunigen, kurz alles einzuholen, was den englischen Vorsprung begründete. Dazu trat das fiskalische Interesse an den Zolleinnahmen, das zur Zeit, wo das System der indirekten Besteuerung erst in den Anfängen steckte und seinem Ausbau der naturalwirtschaftliche Zustand weiter Länder unüberwindbare Hindernisse entgegensetzte, noch mehr in Betracht kam als heute. Volkswirtschaftlich schienen zudem in jener Periode die Zolleinnahmen der kontinentalen Staaten, sofern sie auf Industrieprodukte gelegt waren, nicht schädlich zu sein. Zwar musste der inländische Konsument das Produkt zum Beispiel der englischen Industrie um den Betrag des Zolles teurer bezahlen, aber diese Differenz floss in die Staatskasse. Dagegen bewirkt heute der Schutzzoll, dass über den an die Staatskasse fliessenden Betrag hinaus gewaltige Summen von den inländischen Konsumenten an die Industriellen und Grundbesitzer entrichtet werden müssen. Umgekehrt beginnt heute in England das fiskalische Interesse mit in den Vordergrund zu treten, weil das unterdessen ausgebaute Steuersystem bei den politischen Machtverhältnissen der Klassen sich nur schwer und nur unter grossem Widerstand vervollständigen lässt.

Soweit aber der Kolonialbesitz in Frage kam, mussten die Kolonialstaaten auch hier die übermächtige englische Konkurrenz fürchten, sobald sie die schützenden Zollschranken und Privilegien niederrissen.

So nahm die Zollpolitik der industriellen Klassen auf dem Kontinent und in England verschiedene Richtung, die sich aus der industriellen Vorherrschaft des englischen Kapitalismus erklärt. Theoretisch gerechtfertigt wurde das kontinentale und amerikanische Schutzzollsystem durch Carey und List. Lists System ist keine

Widerlegung der Freihandelstheorie, wie sie etwa Ricardo formuliert hat. Es ist nur eine Wirtschaftspolitik, die das Freihandelssystem erst möglich machen soll dadurch, dass es die Entwicklung einer nationalen Industrie ermöglicht, für die dann das Freihandelssystem das angemessenste ist. Lists Erziehungszölle sollten nur diesem Zweck dienen und List forderte daher niedrige Zölle, um die Differenz zwischen dem Vorsprung Englands und der Zurückgebliebenheit Deutschlands auszugleichen, und Zölle auf Zeit, da ja seine Politik bewirken musste, dass schliesslich die Zölle überflüssig würden.

Diese Zollpolitik der Entwicklung des Kapitalismus wird in ihr Gegenteil verkehrt durch die Zollpolitik des entfalteten Kapitalismus.

Lists System war eingestandenermassen das System für kapitalistisch rückständige Länder. Das Gesetz der Heterogenität der Zwecke aber bewährte wieder einmal seine Wirksamkeit. Nicht das Freihandelsland England, sondern die Schutzzolländer Deutschland und die Vereinigten Staaten wurden zu Musterländern kapitalistischer Entwicklung, sobald man als Massstab den Grad der Zentralisation und Konzentration des Kapitals annimmt, also den Grad der Kartell- und Trustentwicklung, der Herrschaft der Banken über die Industrie, kurz der Verwandlung allen Kapitals in Finanzkapital. In Deutschland bewirkte der rasche Aufschwung der Industrie nach dem Fall der inneren Zollschranken und besonders nach der Gründung des Reichs eine völlige Verschiebung der handelspolitischen Interessen. Das Aufhören des Exports von landwirtschaftlichen Produkten machte aus den Grundbesitzern Interessenten des Schutzzolls. Mit ihnen verbanden sich die Schutzzollinteressenten aus der Industrie und es waren gerade die Vertreter der schweren Industrie, besonders der Eisenindustrie, die gegenüber der stärkeren englischen Konkurrenz den Schutzzoll forderten. Es war ein Industriezweig mit hoher organischer Zusammensetzung, der die Erhöhung der Lebensmittelpreise, die übrigens damals noch mässig war und in ihren Wirkungen durch die beginnende amerikanische landwirtschaftliche Konkurrenz aufgehoben wurde, leicht tragen konnte. Anderseits litt die Industrie ausserordentlich stark unter den Folgen der Krise. Die englische Konkurrenz war um so schwerer zu ertragen, als die deutsche Eisenindustrie aus natürlich-technischen Gründen hinter der englischen zurückgeblieben war, namentlich vor der Erfindung

der Entphosphorung des Roheisens. Dazu kam, dass gerade in Industrien mit sehr hoher organischer Zusammensetzung und besonders starkem Anteil des fixen Kapitals der Vorsprung früherer Entwicklung schwer einzuholen ist. Für die Schutzzollpolitik war auch ein Teil des Bankkapitals, das in Deutschland schon frühzeitig, von allem Anfang an mit der Entwicklung der schweren Industrie innig verbunden war. Gegner der Schutzzollpolitik war der Teil des industriellen Kapitals, der in Exportindustrien angelegt war, und das Handelskapital. Der Sieg des Schutzzolls aber im Jahre 1879 bedeutete den Beginn einer Wandlung in der Funktion des Schutzzolls, indem aus dem Erziehungszoll allmählich ein Kartellschutzzoll wurde[1]).

Es ist kein Zweifel, dass der Ausschluss der ausländischen Konkurrenz die Kartellbildung ausserordentlich fördert. Direkt, weil die Verminderung der Konkurrenten ihren Zusammenschluss erleichtert. Indirekt, weil der Schutzzoll in seiner realen Gestaltung und seinem Ursprung nach, da er in diesem Stadium in Europa und in den Vereinigten Staaten von den mächtigen Kapitalisten der Rohstoff- und Halbfabrikatenproduktion getragen wird, in der Regel für diese Industrien günstiger ist als für die exportierenden Fertigindustrien, die auf dem Weltmarkt mit solchen Produkten Englands zu konkurrieren hatten, deren Kostpreis nicht durch Schutzzoll erhöht war. Gerade dieser Umstand musste die Industrien, die der Produktion von Produktionsmitteln dienen, in ihrer Entwicklung begünstigen, ihnen alles Kapital, das sie zur technischen Ausgestaltung benötigten, zur Verfügung stellen, ihren Fortschritt zu hoher organischer Zusammensetzung, damit aber auch ihre Konzentration und Zentralisation beschleunigen und so die Vorbedingungen für ihre Kartellierung schaffen.

Zugleich war es wieder ein Umstand, der ursprünglich in der Zurückgebliebenheit der deutschen kapitalistischen Entwicklung gelegen war, der schliesslich zu einer Ursache der organisatorischen Ueberlegenheit der deutschen über die englische Industrie wurde.

---

[1]) Siehe Rudolf Hilferding, „Der Funktionswandel des Schutzzolles.“ „Neue Zeit“, XX/2, und Robert Liefmann, „Schutzzoll und Kartelle“. Jena, 1903. Reichhaltiges Illustrationsmaterial bei Hermann Levy, „Einfluss der Zollpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten“, Conrads Jahrbücher 1909, und „Entwicklungsgeschichte einer amerikanischen Industrie“, Conrads Jahrbücher 1905.

Die englische Industrie hat sich sozusagen organisch aus kleinen Anfängen allmählich zu ihrer späteren Grösse entwickelt. Aus Kooperation und Manufaktur wurde die Fabrik und diese entwickelte sich zuerst und hauptsächlich in der Textilindustrie, einer Industrie, die verhältnismässig wenig umfangreiches Kapital erforderte. Organisatorisch blieb es in der Hauptsache beim Einzelbetrieb; der Einzelkapitalist, nicht die Aktiengesellschaft dominierte und der kapitalistische Reichtum blieb in der Hand der industriellen Einzelkapitalisten. Es entstand so allmählich mit wachsender Beschleunigung eine Klasse reicher kapitalstarker industrieller Unternehmer, deren Eigentum die Produktionsstätten waren. Als später namentlich durch die Entwicklung der grossen Transportunternehmungen die Aktiengesellschaften zu grösserer Bedeutung gelangten, da waren es diese grossen Industriellen hauptsächlich, die Aktionäre wurden. Es war industrielles Kapital auch seiner Entstehung und seinem Eigentum nach, das in diesen Aktiengesellschaften angelegt wurde. Ebenso wie das industrielle und Kaufmannskapital war auch das Bankkapital, und dasjenige, welches sich mit Emissionsgeschäften befasste, ausschliesslich, in den Händen einzelner Kapitalisten, während die Aktienbanken nur dem Zirkulationskredit dienten, also auf die Industrie keinen grösseren Einfluss nahmen. Ebensowenig aber die Emissionsbankiers, die ja dadurch aufgehört hätten, Bankiers zu sein, und Industrielle wenigstens teilweise geworden wären. Dieses Ueberwiegen der Ansammlung des Kapitals in den Händen der Einzelkapitalisten, eine Folge der früheren und sozusagen organischen Entwicklung des englischen Kapitalismus, fehlte auf dem Kontinent wie in den Vereinigten Staaten. Dazu kam, dass aus den Kolonien, und namentlich aus Indien, wie aus der Ausnützung der englischen Handelsmonopole ebenfalls grosse Summen sich in den Händen einzelner aufgehäuft hatten, was in Deutschland und Amerika völlig fehlte.

Als dann in Deutschland die politischen Hindernisse kapitalistischer Entfaltung durch den Zollverein und dann durch die Reichsbegründung endlich überwunden und die Bahn für den Kapitalismus frei war, da konnte natürlich die kapitalistische Entwicklung nicht nachträglich die englische durchlaufen. Vielmehr musste das Bestreben dahingehen, technisch und ökonomisch die in dem fortgeschritteneren Lande bereits erreichte Stufe im eigenen Lande womöglich zum Ausgangspunkt zu nehmen. In Deutschland

fehlte jedoch jene Akkumulation von Kapital in den Händen einzelner, nötig, um in den höchstentwickelten Industrien die Produktion auf der in England erreichten Stufenleiter zu führen, wenn das Unternehmen ein Einzelunternehmen sein sollte. So erhielt hier die Aktiengesellschaft neben ihrer der deutschen wie der englischen Form gemeinsamen Funktion noch die neue, das Mittel zu sein, das nötige Kapital aufzubringen, das infolge der geringeren Akkumulation nicht nur der einzelne industrielle Kapitalist nicht besass, sondern auch nicht die industrielle Kapitalistenklasse als Ganzes. Während in England die Aktiengesellschaft, besonders in ihren Anfängen, wesentlich reiche Kapitalisten vereinigte, sollte die Aktiengesellschaft in Deutschland den Industriellen auch das nötige Kapital zur Verfügung stellen, ihnen das Geld der anderen Klassen für ihre Unternehmen zuführen. Das liess sich aber durch die direkte Aktienemission nicht in demselben Umfang erreichen wie durch die Vermittlung der Banken, in denen alles brachliegende Geld der Kapitalisten selbst, dann aber auch das Geld der anderen Klassen konzentriert und der Industrie zur Verfügung gestellt werden konnte. Derselbe Grund, der in der Industrie die Aktienform begünstigte, liess auch die Banken als Aktienbanken erstehen. Die deutschen Banken hatten also von vornherein die Aufgabe, den deutschen industriellen Aktiengesellschaften das nötige Kapital zur Verfügung zu stellen, also nicht nur für Zirkulations-, sondern auch für Kapitalkredit zu sorgen. Von vornherein musste also das Verhältnis der Banken zur Industrie in Deutschland und — zum Teil in anderen Formen — in den Vereinigten Staaten ein ganz anderes werden als in England. Entsprang diese Verschiedenheit vor allem der rückständigeren, später einsetzenden kapitalistischen Entwicklung Deutschlands, so wurde diese innige Verbindung zwischen industriellem und Bankkapital umgekehrt zu einem wichtigen Moment in der Entwicklung zu höheren kapitalistischen Organisationsformen in Deutschland und Amerika[1]). Dieses Zusammenfallen der Schutzzollpolitik mit der Finanzierung der Industrie durch die Banken

[1]) Dass die analoge Entwicklung in Frankreich ausblieb, die durch die Gründung des Crédit mobilier angebahnt wurde, erklärt sich aus jenen Ursachen, die die industrielle Entfaltung Frankreichs überhaupt verhindert haben. Dazu gehört die für kapitalistische Entwicklung ungünstige Bodenverteilung mit ihren Folgen, dem Zweikindersystem und dem Mangel einer ausreichenden industriellen Reservearmee, die übermässige Schutzzollpolitik und die übermässige Kapitalausfuhr, die

musste bei rasch sich entwickelnder industrieller Entfaltung bald jene Kartellierungstendenzen schaffen, die selbst wieder neue Schutzzollinteressen schufen, da sich die Funktion des Schutzzolles selbst dadurch änderte.

Der alte Schutzzoll hatte die Aufgabe, neben der Ausgleichung etwa vorhandener ungünstiger Naturumstände, das Entstehen einer Industrie innerhalb der geschützten Grenzen zu beschleunigen. Er sollte die in Entwicklung begriffene heimische Industrie vor der Gefahr bewahren, durch übermächtige Konkurrenz der schon entwickelten ausländischen Industrie gehemmt oder vernichtet zu werden. Seine Höhe brauchte nur eine mässige zu sein, eben gross genug, um den Vorsprung der fremden Industrie auszugleichen. Er konnte keineswegs ein prohibitiver sein, da die einheimische Industrie den Bedarf noch nicht zu decken vermochte. Und er war vor allem nicht als dauernder gedacht. Hatte er erst seine Funktion als „Erziehungszoll" erfüllt, war die heimische Industrie entwickelt, konnte sie den einheimischen Bedarf decken und zur Exportmöglichkeit heranreifen, so verlor der Schutzzoll seinen Sinn. Er war nur ein Hindernis für günstige Exportchancen, indem er fremde Nationen zu ähnlichen Massregeln bewog. Seine preiserhöhende Wirkung konnte unter dem System der freien Konkurrenz von dem Moment an nicht mehr wirksam werden, wo die geschützte Industrie den einheimischen Bedarf befriedigte und den Export be-

---

selbst wieder in dem auf dem Kleinbürgertum, Kleinbauerntum und der Luxusindustrie beruhenden Rentnertum ihre Ursachen hat.

Den Zusammenhang zwischen Nationalisierung des Kapitals einerseits und der Verstärkung des Einflusses der Banken auf die Industrie infolge mangelnder Kapitalkraft der deutschen Industriellen selbst beleuchtet eine Aussage Alexanders in der Deutschen Börsenenquete (Teil I, Seite 449). Darnach befand sich eine Anzahl Kohlenzechen, wie Herne, Bochum etc., bis vor kurzem (1892) im Besitz französischer und belgischer Aktionäre. Gleichzeitig fand eine Konzentration der Zechen statt. Die Vermittlung im Ankauf der Aktien wurde von Bankinstituten übernommen, da die Gesellschaften selbst dafür keine flüssigen Mittel besassen. Die Banken konnten darauf nur eingehen, weil sie sicher waren, durch das Termingeschäft diese Bestände, die ihre Mittel festlegten, bald wieder abstossen zu können.

Man darf übrigens annehmen, dass die Schwächung der Börsen durch gesetzliche Einschränkung und namentlich die Einschränkung des Termingeschäftes dahin tendiert, den Einfluss der Banken auf die Industrie zu steigern, da diese dann auf die Bankenvermittlung in höherem Masse angewiesen ist als bei einer kräftig funktionierenden Börse. In der Tat ist ja auch die Wirkung der deutschen Börsengesetzgebung den Grossbanken sehr zustatten gekommen.

ginnen konnte. Denn bei freier Konkurrenz musste in diesem Moment der Preis auf dem geschützten Markt gleich sein dem Weltmarktpreis, da ja durch Ersparung der Transportspesen nach dem entfernteren ausländischen Markt der Absatz auf dem Inlandsmarkt gewinnreicher war als auf dem auswärtigen, und das Angebot der Industrie gleich oder grösser war als die heimische Nachfrage. Der Schutzzoll war daher seiner Höhe nach ein mässiger und seiner Dauer nach ein vorübergehender, der nur während der Jugendzeit eines Industriezweiges über die Schwierigkeiten des Anfanges hinweghelfen sollte.

Anders im Zeitalter der kapitalistischen Monopole. Jetzt treten gerade die mächtigsten, exportfähigen Industrien, deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt keinem Zweifel unterliegt, für die also der Schutzzoll nach der alten Theorie kein Interesse mehr haben sollte, für Hochschutzzoll ein. Nun hat der Schutzzoll von dem Moment an keine preissteigernde Wirkung mehr, in dem die einheimische Industrie den einheimischen Bedarf vollständig deckt — Herrschaft der freien Konkurrenz vorausgesetzt. Aber der industrielle Schutzzoll war eines der wirksamsten Beförderungsmittel der Kartelle, einmal durch die Erschwerung der ausländischen Konkurrenz [1]), dann aber weil das Kartell die Möglichkeit bot, die Zolldifferenz auch dann auszunützen, wenn selbst die Exportfähigkeit bereits erreicht war. Das Kartell schliesst durch Kontingentierung des für den inländischen Konsum bestimmten Produktionsquantums die Konkurrenz auf dem inneren Markte aus.

[1]) Natürlich ist den Fabrikanten diese Wirkung des Freihandels, die Kartellbildung zu erschweren, bewusst. Ein englischer Fabrikant machte in den „Times" vom 10. Oktober 1906 den Vorschlag eines Kartells der englischen Elektrizitätsfirmen. Dabei gab der Proponent selbst zu, dass „in einem Freihandelsland hohe Preise und Einschränkung der Produktion den Handel nur in die Hände der ausländischen Konkurrenz bringen würde". Ein anderer Fabrikant antwortete: „Wenn wir Schutzzoll hätten, so könnten wir etwas in der Art tun, wie es in dem Vorschlag enthalten ist, aber wir wissen aus Erfahrung, dass jeder Versuch mit einer Kombination unter den bestehenden Verhältnissen aussichtslos ist, um die Preise auf der von Ihrem Korrespondenten vorgeschlagenen Höhe zu halten. Wir leiden alle durch die Ueberproduktion und bis diese nicht geheilt ist, entweder dadurch, dass die Fabrikanten ihre Produktion einschränken oder diese gänzlich aufgeben, werden wir weiter leiden." Macrosty, a. a. O., Seite 319 ff. Macrosty selbst sagt a. a. O., Seite 342: „The weekness of every form of combination in the United Kingdom is due to the free admission of foreign competition. If that can be removed their strength is enormously increased and all the conditions of the problem are altered."

Der Wegfall der Konkurrenz erhält die preiserhöhende Wirkung des Schutzzolls auch für jenes Stadium, wo die Produktion den Bedarf des Inlandes längst übersteigt. So wird es zu einem eminenten Interesse der kartellierten Industrie, den Schutzzoll zu einer dauernden Einrichtung zu machen, der ihr erstens den Bestand als Kartell sichert und zweitens ihr gestattet, auf dem inländischen Markt ihr Produkt mit einem Extraprofit zu verkaufen. Die Höhe dieses Extraprofits ist gegeben durch die Erhöhung des inländischen Preises über den Weltmarktpreis. Diese Differenz hängt aber ab von der Höhe des Zolls. Ebenso unbeschränkt wie das Streben nach Profit wird so das Streben nach Erhöhung des Zolls. Die kartellierte Industrie ist so unmittelbar im höchsten Masse interessiert an dem quantitativen Ausmass des Schutzzolls. Je höher der Zoll, desto höher kann der Inlandpreis über den Weltmarktpreis erhöht werden und so wird aus dem Erziehungszoll ein Hochschutzzoll. Aus dem Vertragsfreund, dem Befürworter allmählicher Zollherabsetzung, ist der leidenschaftlichste Hochschutzzöllner geworden.

Das Kartell profitiert aber nicht nur an dem Schutzzoll, der auf die von ihm selbst hergestellten Produkte gelegt ist. Wir wissen, dass der Kartellpreis caeteris paribus seine Schranke findet an der Profitrate der anderen Industrien. Wird zum Beispiel die Profitrate in der Maschinenindustrie durch Erhöhung der Maschinenzölle gesteigert, so können die Kartelle der Kohlen- und Eisenproduktion ihre Preise erhöhen und sich so einen Teil oder eventuell den ganzen Extraprofit der Maschinenindustrie aneignen. Es entsteht so ein Interesse der monopolistischen Verbände an Zöllen nicht nur auf ihre eigenen Produkte, sondern auch auf die der weiterverarbeitenden Industrien.

Der Schutzzoll gewährt also dem Kartell einen Extraprofit über den durch die Kartellierung erreichten hinaus[1]) und gibt ihnen die Macht, von der Bevölkerung des Inlandes gleichsam eine indirekte Steuer zu erheben. Dieser Extraprofit stammt jetzt nicht mehr aus

[1]) Wie sehr diese Möglichkeit selbst erst zum Motiv für Kartellierung wird, zeigt die schwere Erschütterung, die die deutschen und österreichischen Zuckerkartelle erfuhren, als der Zuckerzoll infolge der Brüsseler Konvention auf 6 Frcs. herabgesetzt wurde. Der österreichische Zoll zum Beispiel von 22 K hatte den im Kartell vereinigten Fabriken einen Extraprofit geliefert, der so hoch war, dass er den Vorteil, der selbst für die grössten und technisch vollkommensten Fabriken aus einem Konkurrenzkampf und Verdrängung der kleineren entspringen konnte,

dem Mehrwert, den die vom Kartell angewandten Arbeiter erzeugen; er ist auch nicht mehr ein Abzug vom Profit anderer nicht kartellierter Industrien, sondern er ist ein Tribut, welcher der gesamten Konsumentenklasse des Inlandes auferlegt ist; in welchem Ausmass er von den einzelnen Schichten dieser Konsumenten getragen wird, ob er in concreto Abzug von der Grundrente, vom Profit oder vom Arbeitslohn ist und in welchem Masse er es ist, hängt genau so wie bei der Abwälzung von indirekten, auf industriellen Rohstoffen und Genussmitteln lastenden Steuern von den konkreten Machtverhältnissen und von der Natur des Gegenstandes ab, der durch den Kartellschutzzoll verteuert wird. Eine Erhöhung des Zuckerpreises trifft da zum Beispiel die Masse der Arbeiter stärker als eine Erhöhung des Preises landwirtschaftlicher Maschinen oder von Möbeln aus gebogenem Holz. Aber wie immer schliesslich diese Erhöhungen wirken, ein Teil des Einkommens der Gesellschaft wird durch sie mit Beschlag belegt zugunsten der zollgeschützten kartellierten Industrie, deren Akkumulation dadurch mächtig gefördert wird.

Diese Art der Steigerung des Profits musste aber umso wichtiger werden, als die Erhöhung der Profitrate durch Steigerung des absoluten Mehrwerts, also durch Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung des Arbeitslohnes, infolge der Erstarkung der Arbeiterorganisationen unmöglich wurde, vielmehr die entgegengesetzte Tendenz immer mehr zunahm. Dass aber die Durchsetzung der industriellen Zölle auch die Erhöhung der Agrarzölle mit sich brachte, hatte gerade für die schweren Industrien wenig Bedeutung, da sie infolge ihrer hohen organischen Zusammensetzung die Verteuerung der Arbeitskraft nicht allzu sehr belastete, ihre Stellung im Lohnkampf eine ausserordentlich starke ist und die geringe Steigerung der Produktionskosten infolge der agrarischen Zölle durch den Extraprofit infolge der Schutzzölle weitaus überkompensiert wurde, wenn diese nur hoch genug festgesetzt wurden.

---

weitaus überwog und sie zum Abschluss des Kartells geneigt machte. Zugleich war die Bedingung der Kontingentierung der Produktion, die ja gerade den grössten und technisch vollkommensten Unternehmungen verhältnismässig grössere Opfer auferlegte, viel leichter zu ertragen, da die Höhe des Zolls und die dadurch ermöglichte Erhöhung des Inlandpreises den daraus entspringenden Nachteil weitaus wettmachte. Man ersieht auch daraus, wie sehr nicht nur der Zoll an sich, sondern die Höhe des Zolls für die Kartellierung in Betracht kommt.

Die Preiserhöhung auf dem Inlandmarkt aber hat die Tendenz, den Absatz der kartellierten Produkte zu verringern und gerät damit in Widerspruch mit der Tendenz, die Produktionskosten durch Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion herabzusetzen. Wo die Kartelle noch nicht festgefügt sind, mag dies dem Bestand des Kartells gefährlich werden. Die grossen besteingerichteten Betriebe, denen die Verminderung ihres Absatzes durch die Kartellpolitik unerträglich wird, eröffnen aufs neue den Konkurrenzkampf, um die schwächeren Betriebe zu vernichten und sich deren Absatzgebiet anzueignen, worauf nach beendigtem Kampf auf neuer Grundlage ein noch stärkeres Kartell entstehen mag. Ist aber das Kartell festgefügt, dann wird es die Einschränkung auf dem Inlandsmarkt auszugleichen suchen durch Verstärkung des Exports, um auf derselben und womöglich auf grösserer Stufenleiter die Produktion fortführen zu können. Auf dem Weltmarkt muss natürlich das Kartell zu dem Weltmarktpreis verkaufen. Ist das Kartell überhaupt leistungs- und exportfähig, was ja nach unserer Voraussetzung der Fall ist, so wird sein wirklicher Produktionspreis (k+p) dem Weltmarktpreis entsprechen. Das Kartell ist aber in der Lage, auch unter seinem Produktionspreis zu verkaufen. Denn auf dem inländischen Markt hat es ja auf die hier abgesetzte Produktion einen durch die Zollhöhe bestimmten Extraprofit erzielt. Es ist deshalb in der Lage, einen Teil dieses Extraprofits zu verwenden, um sein Absatzgebiet im Ausland durch Unterbietung seiner Konkurrenten auszudehnen. Gelingt dies, so kann es eventuell seine Produktion steigern, die Produktionskosten verbilligen und damit, da der inländische Preis derselbe bleibt, neuen Extraprofit erzielen. Dieselbe Wirkung erzielt das Kartell, wenn es seinen inländischen Abnehmern aus seinem Extraprofit Exportprämien zahlt, wenn diese ihre Produkte ausführen. Die Höchstgrenze der Exportprämie ist hier bei gegebener Grösse des Wirtschaftsgebietes und gegebener inländischer Konsumtion bestimmt durch die Höhe des Zolles; in günstigen Konjunkturen aber wird das Kartell in der Lage sein, diese Prämie viel niedriger anzusetzen, eventuell ganz aufzuheben und sich auf diese Weise einen Teil des Konjunkturgewinnes, der sonst seinen Abnehmern zufiele, anzueignen. Bei ungünstigen Konjunkturen wird vielleicht auch die volle Prämie nicht ausreichen, um die Verluste der Abnehmer bei den gesunkenen Weltmarktpreisen auszugleichen. Die Geschichte der Kartelle lehrt immer

wieder, wie wichtig es für den Bestand von Kartellen ist, auch den Export in der Hand zu haben, da sonst die Hinderung des Exports durch mangelnde Ausbildung des Prämiensystems die Existenz der Kartelle immer wieder bedroht.

Mit der Entwicklung des Prämiensystems hat aber der Schutzzoll seine Funktion völlig gewandelt, ja in sein Gegenteil verkehrt. Aus einem Mittel der Abwehr gegen die Eroberung des einheimischen Marktes durch fremde Industrien ist ein Mittel der Eroberung der fremden Märkte durch die einheimische Industrie geworden, aus der Verteidigungswaffe des Schwachen die Angriffswaffe des Starken.

Der englische Freihandel galt seinen Vertretern durchaus nicht als eine nur für England anzuwendende Wirtschaftspolitik. Vielmehr war die Verallgemeinerung der Freihandelspolitik ein wichtiges Interesse der englischen Industrie, deren Weltmarktmonopol dadurch gesichert war. Der Schutzzoll anderer Staaten bedeutete eine Einschränkung der Absatzmöglichkeiten englischer Waren. Auch darin hat sich heute insofern eine Aenderung vollzogen, als das Kapital auch diese Schranke überwindet. Die Einführung oder Erhöhung des Zolles in einem anderen Lande bedeutet zwar nach wie vor für das dorthin exportierende Land eine Einschränkung seiner Absatzmöglichkeit, also ein Hindernis seiner industriellen Entwicklung. Aber der Schutzzoll bedeutet in diesem Lande Extraprofit und dieser wird ein Motiv, statt der Waren die Produktion der Waren selbst in das fremde Land zu bringen. Solange der Kapitalismus unentwickelt war, war diese Möglichkeit verhältnismässig gering, zum Teil weil damals die staatliche Gesetzgebung hindernd eingriff, zum Teil weil die ökonomischen Vorbedingungen für kapitalistische Produktion noch nicht genügend gegeben waren, Mangel an staatlicher Sicherheit, Mangel an Arbeitskräften, besonders an qualifizierten, bestand, Hindernisse, die langsam und allmählich überwunden werden mussten und die Kapitalsübertragung ausserordentlich erschwerten. Diese Hindernisse sind aber heute zumeist beseitigt. So wird es dem Kapital eines entwickelten Landes möglich, die schädlichen Folgen des Schutzzollsystems in seiner Wirkung auf die Profitrate zu überwinden durch das Mittel des Kapitalexports.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Der Kapitalexport und der Kampf um das Wirtschaftsgebiet.

Während auf der einen Seite die Verallgemeinerung des Schutzzollsystems den Weltmarkt immer mehr in einzelne staatlich getrennte Wirtschaftsgebiete zu zerlegen strebt, steigert die Entwicklung zum Finanzkapital die Bedeutung der Grösse des Wirtschaftsgebietes. Diese ist für die Entwicklung der kapitalistischen Produktion stets von grosser Bedeutung gewesen [1]. Je grösser und bevölkerter ein Wirtschaftsgebiet, desto grösser kann die Betriebseinheit sein, desto geringer also die Produktionskosten, desto stärker auch die Spezialisation innerhalb der Betriebe, was ebenfalls Herabsetzung der Produktionskosten bedeutet. Je grösser das Wirtschaftsgebiet, desto eher kann der Standort der Industrien dorthin verlegt werden, wo die günstigsten natürlichen Bedingungen vorhanden, die Produktivität der Arbeit am grössten ist. Je ausgedehnter das Gebiet, desto mannigfaltiger die Produktion, desto wahrscheinlicher, dass sich die Produktionszweige untereinander ergänzen und Transportkosten durch Einfuhr von aussen erspart werden. Störungen der Produktion durch Verschiebungen der Nachfrage, durch natürliche Katastrophen werden im grösseren Gebiet leichter ausgeglichen. Es unterliegt daher keinem Zweifel, dass bei entwickelter kapitalistischer Produktion der Freihandel, der den ganzen Weltmarkt zu einem einzigen Wirtschaftsgebiet verbinden würde, die grösste Produktivität der Arbeit und die rationellste internationale Arbeitsteilung gewähren würde. Aber auch bei Freihandel geniesst die Industrie auf dem eigenen nationalstaatlichen Markt gewisse Vorteile wegen ihrer Kenntnis der Landessitten, der Konsumtionsgewohnheiten, der leichteren Verständigung und vor allem auch durch den Schutz, den ihr die geringere Entfernung, also die Ersparung von Transportkosten gewährt und der noch durch die Massregeln der Tarifpolitik gesteigert wird. Dagegen erwachsen der fremden Industrie aus den Verschiedenheiten der Sprache, des Rechtes, der Währung u. s. w. gewisse Hindernisse. Der Schutzzoll aber steigert die Nachteile des kleineren Wirtschaftsgebietes ausserordentlich, indem er die Ausfuhr hemmt, somit die

[1]) Siehe Otto Bauer, „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie", „Marx-Studien", Band II, Seite 178 ff.

mögliche Betriebsgrösse verkleinert, der Spezialisation entgegenwirkt und dadurch die Produktionskosten ebenso steigert wie durch die Verhinderung rationeller internationaler Arbeitsteilung. Es ist vor allem der Grösse ihres Wirtschaftsgebietes geschuldet, die eine ausserordentliche Spezialisation im Umfang der Betriebe zulässt, wenn sich die Vereinigten Staaten auch unter Schutzzollregime industriell so rasch entwickeln konnten. Je kleiner das Wirtschaftsgebiet bei bereits entwickelter kapitalistischer Produktion, wenn der Erziehungszoll also seine Funktion bereits erfüllt hat, desto stärker im allgemeinen das Interesse des betreffenden Staates am Freihandel. Daher die starken freihändlerischen Interessen etwa Belgiens. Es kommt hinzu, dass je kleiner das Gebiet, desto einseitiger gleichsam die Verteilung der natürlichen Bedingungen der Produktivität, desto geringer also die Zahl der entwicklungsfähigen Industriezweige, desto stärker das Interesse an ausländischer Zufuhr jener Waren, für deren Produktion das eigene Wirtschaftsgebiet weniger geeignet ist.

Dagegen bedeutet der Schutzzoll eine Einschränkung des Wirtschaftsgebietes und damit eine Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte, da er das Grössenmass der industriellen Betriebe verkleinert, die Spezialisierung erschwert und schliesslich jene internationale Arbeitsteilung hindert, die bewirkt, dass das Kapital sich jenen Produktionszweigen zuwendet, für die das betreffende Land die günstigsten Vorbedingungen besitzt; dies aber fällt bei dem modernen Hochschutzzoll um so mehr ins Gewicht, da seine Zollsätze oft weniger aus Rücksicht auf die produktionstechnische Lage der einzelnen Industriezweige festgestellt werden, sondern vielfach das Resultat politischer Machtkämpfe der einzelnen industriellen Schichten darstellen, von deren Einfluss auf die Staatsgewalt ihre Gestaltung schliesslich abhängt. Ist aber auch der Schutzzoll ein Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte und damit für die der Industrie, so bedeutet er für die Kapitalistenklasse unmittelbar eine Erhöhung des Profits. Vor allem erschwert der Freihandel die Kartellierung, nimmt den kartellfähigen Industrien, sofern nicht durch Frachtenschutz (wie bei Kohle) oder durch ein natürliches Monopol (wie etwa in der deutschen Kaliproduktion) eine Monopolstellung gewährleistet ist, das Monopol auf dem inländischen Markt. Damit fallen aber die Extraprofite weg, die aus der Ausnützung des Kartellschutzzolls fliessen.

Zwar ist es gewiss, dass die Monopolisierung auch fortschreitet ohne Schutzzoll. Aber einmal wird dadurch das Tempo sehr erschwert, zweitens auch die Festigkeit der Kartelle geringer und drittens ist der Widerstand gegen internationale Kartelle zu fürchten, da diese unmittelbar als national fremde Ausbeutungsmächte empfunden werden. Dagegen sichert der Schutzzoll dem Kartell den nationalen Markt und verleiht ihm viel grössere Festigkeit nicht nur durch den Ausschluss der Konkurrenz, sondern weil die Ausnützungsmöglichkeit des Schutzzolls unmittelbar wirkende Triebkraft zum Abschluss der Kartellierung wird. Aber auch die internationale Kartellierung, die ja schliesslich auch bei Freihandel auf Grund einer viel weiter fortgeschrittenen Konzentration eintreten würde, wird durch den Schutzzoll beschleunigt, indem er den Abschluss von Kartellen in Form vor allem von Rayonierungs- und Preisvereinigungskartellen erleichtert, da es sich nicht um Zusammenfassung von vereinzelten Produzenten auf dem Weltmarkt handelt, wie es bei Freihandelsregime der Fall wäre, sondern um den Zusammenschluss der schon gefestigten nationalen Kartelle untereinander. Der Schutzzoll setzt als Kontrahenten die einzelnen Kartelle und verringert so die Zahl der Teilnehmenden ausserordentlich. Auch insofern erleichtert der Schutzzoll die Basis für die Vereinbarung, als er den nationalen Markt von vornherein den nationalen Kartellen reserviert. Je mehr es aber solche durch den Schutzzoll der Konkurrenz entzogene und bestimmten nationalen Kartellen reservierte Märkte gibt, desto leichter einmal die Verständigung über die freien Märkte, desto fester aber auch die internationale Vereinbarung, da deren Bruch den Outsidern nicht so grosse Aussicht auf Konkurrenzerfolge gewährt wie bei Freihandel.

So gibt es hier zwei entgegengesetzte Tendenzen. Einerseits wird der Schutzzoll für die Kartelle zu einer Angriffswaffe im Konkurrenzkampf, wodurch der Preiskampf verschärft wird, während gleichzeitig durch Anwendung staatlicher Machtmittel, diplomatischer Interventionen, die Stellung im Konkurrenzkampf zu verstärken gesucht wird. Anderseits stabilisiert der Schutzzoll die nationalen Kartelle und schafft so Erleichterung für den Abschluss interkartellistischer Gebilde. Resultat dieser Tendenzen ist, dass diese internationalen Vereinbarungen eher Waffenstillstand bedeuten als dauernde Interessengemeinschaft, da jede Verschiebung in der Schutzzollrüstung, jede Aenderung in den staatlichen Marktverhält-

nissen die Grundlage der Vereinbarungen ändert und neue Verträge erforderlich macht. Nur dort kommt es zu festeren Gebilden, wo entweder der Freihandel die nationalen Schranken mehr weniger beseitigt oder wo die Grundlage des Kartells nicht durch den Schutzzoll, sondern vor allem durch ein natürliches Monopol gegeben ist, wie zum Beispiel beim Petroleum.

Zugleich wird durch die Kartellierung die unmittelbare Bedeutung der Grösse des Wirtschaftsgebietes für die Höhe des Profits ausserordentlich gesteigert. Wir haben gesehen, dass der Schutzzoll dem kapitalistischen Monopol für den Absatz auf dem inländischen Markt einen Extraprofit gewährt. Je grösser das Wirtschaftsgebiet, desto grösser aber der inländische Absatz (man denke etwa an den zum Export gelangenden Teil der Stahlwerke der Vereinigten Staaten auf der einen, Belgiens auf der anderen Seite), desto grösser also der Kartellprofit. Je grösser dieser, desto höher können die Exportprämien sein, desto stärker wird also die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig mit dem aktiveren Eingreifen in die Weltpolitik, die durch die Kolonialleidenschaft verursacht war, entstand das Bestreben, das durch die Schutzzollmauer umgebene Wirtschaftsgebiet so umfangreich als möglich zu gestalten.

Soweit die Wirkungen des Schutzzolls die Höhe der Profitrate ungünstig beeinflussen, sucht das Kartell sie zu überwinden durch Mittel, die ihm das Schutzzollsystem selbst an die Hand gibt. Einmal erlaubt die Entwicklung der Exportprämien, wie sie der Schutzzoll mit sich bringt, die Ueberwindung oder wenigstens die teilweise Ueberwindung der fremden Schutzzollmauern, und verhütet so bis zu einem gewissen Grad die Einschränkung der Produktion. Wieder wird das um so eher möglich sein, je grösser die durch den eigenen Schutzzoll prämiierte Inlandsproduktion ist. So entspringt hier abermals wieder nicht das Interesse am Freihandel, sondern nach Ausdehnung des eigenen Wirtschaftsgebietes und nach Erhöhung der Zölle. Sofern aber dieses Mittel versagt, setzt der Kapitalexport in Form der Errichtung von Fabriken im Ausland ein. Die durch den Schutzzoll der fremden Länder bedrohte Industriesphäre nützt jetzt selbst diesen Schutzzoll aus, indem sie einen Teil der Produktion in das Ausland verlegt. Wird damit auch die Ausdehnung des Stammbetriebes unmöglich und geht die Steigerung der Profitrate durch Verbilligung der Produktionskosten so weit verloren, so wird das wieder wettgemacht durch die Er-

höhung des Profits, der die Pretssteigerung der von demselben Kapitalbesitzer jetzt im Ausland erzeugten Produkte diesem gewährt. So wird der Kapitalexport, der in anderer Form durch den Schutzzoll des eigenen Landes mächtig angeregt wird, durch den des fremden Landes gleichfalls gefördert und trägt zugleich zur Durchkapitalisierung der Welt und zur Internationalisierung des Kapitals bei.

So wird die Wirkung der Senkung der Profitrate, die durch die Hemmung der Produktivität durch den modernen Schutzzoll bewirkt wird, aufgehoben, soweit die Profitrate in Betracht kommt. Der Freihandel erscheint so dem Kapital überflüssig und schädlich. Die Hemmung der Produktivität infolge der Verkleinerung des Wirtschaftsgebietes sucht es wettzumachen nicht durch Uebergang zum Freihandel, sondern durch Erweiterung des eigenen Wirtschaftsgebietes und Forcierung des Kapitalexports [1]).

Verstärkt so die moderne Schutzzollpolitik den immer vorhandenen Drang des Kapitals nach ständiger Expansion seines Ge-

[1]) Charakteristisch ist folgendes Beispiel, das zugleich ein internationales Kartell und die Wirkung des Kapitalexports zeigt. „Ein sehr wichtiger, seit langem in Grossbritannien, vornehmlich in Schottland heimischer Industriezweig ist die Nähfadenerzeugung. Die vier grössten, diese Industrie geradezu beherrschenden Firmen, Coats u. Co., Clark u. Co., Brook u. Bros., Chodwich u. Bros., sind seit 1896 zu einer unter der Bezeichnung J. u. P. Coats Limited bekannten Betriebsgemeinschaft vereinigt, die auch noch eine Reihe kleinerer englischer Fabriken und eine 15 amerikanische Gesellschaften umfassende Vereinigung umschliesst. Dieser sogenannte „Thread Combine“ mit 5,500.000 Pfund Sterling Kapital stellt eine der grössten industriellen Vereinigungen der Welt dar. Schon vor dem Zusammenschluss hatten die Firmen Coats und Clark sich durch die Schutzzollpolitik der Vereinigten Staaten veranlasst gesehen, eigene Fabriksetablissements in den Vereinigten Staaten zu gründen, um den gegen ihre Fabrikate gerichteten hohen dortigen Tarifsätzen die Spitze abzubrechen. Dieses Verfahren hat die Vereinigung weiter verfolgt und sich auch durch bedeutenden Aktienerwerb bei den Gesellschaften der einschlägigen Industrie in Nordamerika und anderen Ländern (also Kapitalauswanderung in bedeutendem Massstabe) die Kontrolle über dieselben gesichert. Also die englischen Industriellen fabrizieren im Auslande; den Schaden trägt durch die Verringerung der Arbeitsgelegenheit die englische Arbeiterschaft und am letzten Ende die ganze Nation. Der Fadentrust hat allen Anlass, dieselbe Politik weiter zu verfolgen; denn es wird unwidersprochen behauptet, dass der im Betriebsjahr 1903/04 erzielte Gewinn von 2·58 Millionen Pfund Sterling hauptsächlich gerade aus den im Ausland angelegten Fabriken geflossen sei. Wann aber die erstarkende ausländische Industrie das Joch der englischen „Kontrolle“ abschütteln und ihren Zinstribut verringern wird, ist auch nur eine Frage der Zeit.“ Schwab, a. a. O., Seite 42.

bietes, so führt die Konzentration allen brachliegenden Geldkapitals in den Händen der Banken zur planmässigen Organisation des Kapitalexports; die Verbindung der Banken mit der Industrie lässt sie die Gewährung von Geldkapital an die Bedingung knüpfen, dass dieses Geldkapital zur Beschäftigung ihrer Industrie verwandt wird. Damit wird der Kapitalexport in allen seinen Formen ausserordentlich beschleunigt.

Wir verstehen unter Kapitalexport die Ausfuhr von Wert, der bestimmt ist, im Ausland Mehrwert zu hecken. Es ist dabei wesentlich, dass der Mehrwert zur Verfügung des inländischen Kapitals bleibt. Wenn zum Beispiel ein deutscher Kapitalist mit seinem Kapital nach Kanada auswandert, dort produziert und nicht mehr in die Heimat zurückkehrt, so bedeutet das Verlust für das deutsche Kapital, Entnationalisierung des Kapitals; es ist nicht Kapitalexport, sondern Kapitalübertragung. Diese Kapitalübertragung bildet einen Abzug von dem inländischen und einen Zuwachs des ausländischen Kapitals. Von Kapitalexport kann man nur sprechen, wenn das im Ausland verwendete Kapital zur Verfügung des Inlandes bleibt und über den durch dieses Kapital erzeugten Mehrwert von inländischen Kapitalisten verfügt werden kann. Dieses Kapital bildet dann einen Posten in der nationalen „Forderungsbilanz", der jedes Jahr fällige Mehrwert in der nationalen Zahlungsbilanz. Der Kapitalexport vermindert pro tanto die einheimische Kapitalmenge und vermehrt die nationale Revenue um den erzeugten Mehrwert.

Die Aktiengesellschaft und die entwickelte Kreditorganisation befördern den Kapitalexport und ändern insofern den Charakter, als sie die Auswanderung des Kapitals losgelöst vom Unternehmer ermöglichen, das Eigentum also viel länger oder dauernd dem Exportland verbleibt und die Nationalisierung des Kapitals erschwert wird. Wo Kapitalexport zum Zwecke landwirtschaftlicher Produktion stattfindet, findet die Nationalisierung gewöhnlich viel rascher statt, wie dies das Beispiel vor allem der Vereinigten Staaten beweist.

Der Kapitalexport kann vom Standpunkt des exportierenden Landes aus in zwei Formen erfolgen: das Kapital wandert ins Ausland als zinstragendes oder als profittragendes Kapital. Als letzteres kann es wieder als industrielles Kapital, Handels- oder Bankkapital fungieren. Vom Standpunkt des Landes, in das Kapital exportiert wird, kommt auch in Betracht, aus welchen Teilen des Mehrwerts

der Zins gezahlt wird. Der Zins, der auf im Auslande befindliche Pfandbriefe zu entrichten ist, bedeutet, dass ein Teil der Grundrente[1]), der Zins, der auf Obligationen industrieller Unternehmungen zu entrichten ist, dass ein Teil des industriellen Profits ins Ausland fliesst.

Mit der Entwicklung zum Finanzkapital in Europa wandert das europäische Kapital häufig bereits als solches aus; eine deutsche Grossbank gründet eine Filiale im Auslande; diese vermittelt eine Anleihe, deren Erlös zur Errichtung einer Elektrizitätsanlage verwendet wird; die Errichtung wird der Elektrizitätsgesellschaft übertragen, mit der die Bank in der Heimat in Verbindung steht. Oder der Prozess vereinfacht sich noch. Die ausländische Bankfiliale gründet im Ausland ein industrielles Unternehmen, emittiert die Aktien in der Heimat und überträgt die Lieferungen wieder denjenigen Unternehmungen, mit denen die Hauptbank in Verbindung steht. Auf grösstem Massstab vollzieht sich der Vorgang, sobald die Anleihegeschäfte der Staaten in den Dienst der Beschaffung von Industrielieferungen gestellt werden. Es ist die innige Verbindung von Bank- und Industriekapital, die diese Entwicklung des Kapitalexports rasch fördert.

Bedingung des Kapitalexports ist Verschiedenheit der Profitrate; der Kapitalexport ist das Mittel zur Ausgleichung der nationalen Profitraten. Die Höhe des Profits ist abhängig von der organischen Zusammensetzung des Kapitals, also von der Höhe der kapitalistischen Entwicklung. Je fortgeschrittener diese, desto niedriger die allgemeine Profitrate. Zu dieser allgemeinen Bestimmung, die hier weniger in Betracht kommt, da es sich um Weltmarktswaren handelt, deren Preis durch die entwickeltsten Produktionsmethoden bestimmt wird, treten aber spezielle hinzu. Was zunächst die Zinsrate anlangt, so ist diese in Ländern mit geringer kapitalistischer Entwicklung und mangelnder Kredit- und Bankorganisation viel höher als in den entwickelten kapitalistischen Staaten, wozu noch kommt, dass in dem Zins meist noch Teile des Arbeitslohnes oder Unternehmergewinns enthalten sind. Der hohe Zins bildet unmittelbaren Anreiz für den Export von Leihkapital. Der Unternehmergewinn steht höher, weil die Arbeitskraft ausser-

[1]) So fliesst zum Beispiel ein Teil der ungarischen Grundrente nach Oesterreich zur Zinszahlung der in Oesterreich umlaufenden Pfandbriefe ungarischer Hypothekenanstalten.

ordentlich billig, ihre geringere Qualität durch überlange Arbeitszeit ausgeglichen wird. Dann aber, weil die Grundrente niedrig oder nominell ist, da noch viel freies Land, sei es von Natur, sei es durch gewaltsame Expropriation der Eingeborenen vorhanden ist, der niedrige Bodenpreis also die Produktionskosten verbilligt. Dazu kommt Erhöhung des Profits durch Privilegien und Monopole. Handelt es sich aber um Produkte, deren Absatzgebiet der neue Markt selbst bildete, so werden hohe Extraprofite realisiert, da hier die kapitalistisch erzeugten Waren in Konkurrenz mit handwerksmässig erzeugten treten.

Wie immer der Kapitalexport erfolgt, stets bedeutet er, dass die Aufnahmefähigkeit des fremden Marktes steigt. Die alte Schranke für den Warenexport bildete die Aufnahmefähigkeit der fremden Märkte für die europäischen Industrieprodukte. Deren Konsumfähigkeit war beschränkt durch die Verfügung über Ueberschüsse aus ihrer naturalwirtschaftlichen oder sonst unentwickelten Produktion, deren Produktivität nicht rasch gesteigert und die noch weniger in kurzer Zeit in Produktion für den Markt umgewandelt werden konnte. So ist es ohne weiteres verständlich, dass die englische kapitalistische, also ungeheuer elastischere und expansionsfähigere Produktion sehr rasch den Bedürfnissen des neu erschlossenen Marktes genügte und sie überholte, was rückwirkend als Ueberproduktion der Textilindustrie erschien. Anderseits aber war die Konsumfähigkeit Englands für die spezifischen Produkte der neuerschlossenen Märkte begrenzt. Zwar war diese Konsumfähigkeit, rein quantitativ betrachtet, natürlich ungeheuer grösser als die der fremden Märkte. Aber hier kam entscheidend in Betracht die qualitative Beschaffenheit, der Gebrauchswert der Produkte, die die fremden Märkte, als Aequivalent für die englischen Waren, zurückschicken konnten. Soweit es sich da um spezifische Produkte der Luxuskonsumtion handelte, war ihr Konsum in England beschränkt; anderseits suchte sich namentlich die Textilindustrie ausserordentlich rasch auszudehnen; die Ausfuhr der Textilprodukte steigerte aber die Einfuhr der Kolonialprodukte, die Luxuskonsumtion dehnte sich aber durchaus nicht in demselben Masse aus; vielmehr forderte die rasche Ausdehnung der Textilproduktion, dass der Profit in steigender Rate akkumuliert, nicht aber in Luxusprodukten konsumiert wurde; daher endet jede Neuerschliessung fremder Märkte mit Krisen in England, die einerseits eingeleitet werden

vom Preisfall der Textilprodukte im Ausland, anderseits vom Preissturz der Kolonialprodukte in England; jede Geschichte englischer Krisen zeigt die Bedeutung dieser spezifischen Krisenursachen; man beachte, mit welcher Sorgfalt etwa Tooke die Preise aller Kolonialprodukte verfolgt und wie regelmässig die älteren Industriekrisen von völligem Zusammenbruch dieser Handelszweige begleitet sind. Die Aenderung tritt erst mit der Entwicklung des modernen Transportsystems ein, die das Schwergewicht auf die Eisenindustrie verlegt, während gleichzeitig sich der Verkehr mit den neuerschlossenen Märkten immer mehr in der Richtung verschiebt, dass es sich nicht mehr um blossen Warenverkehr, sondern um Kapitalexport handelt.

Schon der Export des Kapitals als Leihkapital erweitert die Aufnahmefähigkeit des neu erschlossenen Marktes ganz ausserordentlich. Gesetzt ein neu erschlossener Markt wäre etwa imstande, für 1 Million Pfund Waren zu exportieren, so ist seine Aufnahmefähigkeit bei Warenaustausch — Austausch zu gleichen Werten vorausgesetzt — ebenfalls gleich 1 Million Pfund. Wenn aber dieser Wert nicht als Ware, sondern als Leihkapital, zum Beispiel in der Form einer Staatsanleihe, in das Land exportiert wird, so dient der Wert von 1 Million Pfund, über die der neue Markt durch Ausfuhr seines Ueberschusses verfügen kann, nicht zum Austausch gegen Waren, sondern zur Verzinsung von Kapital. In dieses Land kann also jetzt nicht nur ein Wert von 1 Million Pfund exportiert werden, sondern sage von 10 Millionen Pfund, wenn dieser Wert als Kapital dorthin geschickt wird und der Zins 10 Prozent beträgt, und von 20 Millionen Pfund, falls der Zins auf 5 Prozent sinkt. Dies zeigt zugleich die grosse Bedeutung des Sinkens der Zinsrate für die Erweiterungsfähigkeit des Marktes. Die scharfe Konkurrenz des fremden Leihkapitals hat die Tendenz, die Zinsrate auch in zurückgebliebenen Ländern rasch zu senken und damit wieder die Möglichkeit des Kapitalexports zu steigern. Weitaus bedeutender noch als der Export in Form des Leihkapitals ist die Wirkung des Exports des industriellen Kapitals und dies ist ja auch die Ursache, warum der Export des Kapitals in der Form des industriellen Kapitals immer grössere Bedeutung erlangt. Denn die Uebertragung kapitalistischer Produktion auf den fremden Markt macht diesen von den Schranken der eigenen Konsumtionskraft völlig frei. Der Ertrag dieser neuen Produktion sichert ja die Verwertung des

Kapitals. Für den Absatz aber kommt durchaus nicht der neu erschlossene Markt allein in Betracht. Vielmehr wendet sich das Kapital auch in diesen neuen Gebieten Produktionszweigen zu, deren Absatz auf dem Weltmarkt gesichert ist. Die Kapitalisierung Südafrikas zum Beispiel ist völlig losgelöst von der Aufnahmefähigkeit Südafrikas, da der Hauptproduktionszweig, die Ausbeutung der Goldminen, in seiner Absatzmöglichkeit geradezu unbeschränkt ist und die Kapitalisierung hier nur abhängt von der natürlichen Ausdehnungsfähigkeit des Abbaues und dem Vorhandensein einer genügenden Arbeiterbevölkerung. Ebenso ist zum Beispiel die Ausbeutung von Kupferlagern unabhängig von der Konsumtionskraft der Kolonie, während die eigentlichen Konsumtionsmittelindustrien, die ihren Absatz auf dem neuen Markt selbst grösstenteils finden müssen, in ihrer Ausdehnung sehr rasch auf die Schranken der Konsumtionsfähigkeit stossen.

So erweitert der Kapitalexport jene Schranke, die aus der Konsumtionsfähigkeit des neuen Marktes entspringt. Zugleich aber bewirkt die Uebertragung kapitalistischer Transport- und Produktionsmethoden auf das fremde Land hier eine rasche ökonomische Entwicklung, die Entstehung eines grösseren inneren Marktes durch Auflösung der naturalwirtschaftlichen Zusammenhänge, die Ausdehnung der Produktion für den Markt und damit die Vermehrung jener Produkte, die ausgeführt werden und damit wieder zu neuer Verzinsung neu importierten Kapitals dienen können. Bedeutete die Erschliessung von Kolonien und neuen Märkten früher vor allem die Erschliessung neuer Konsumtionsmitteln, so wendet sich heute die Neuanlage von Kapital hauptsächlich Zweigen zu, die Rohmaterial für die Industrie liefern. Gleichzeitig mit der Ausdehnung der heimischen Industrie, die den Bedürfnissen des Kapitalexports dient, wendet sich das exportierte Kapital der Produktion von Rohstoffen für diese Industrien zu. Damit finden die Produkte des exportierten Kapitals im Heimatlande Aufnahme und jener enge Zirkel, in dem die Produktion in England sich bewegte, erfährt eine ausserordentliche Erweiterung durch die gegenseitige Alimentierung von heimischer Industrie und der Erzeugung des exportierten Kapitals.

Wir wissen aber, dass die Erschliessung neuer Märkte ein wichtiges Moment ist, um eine industrielle Depression zu beenden, die Dauer der Prosperität zu verlängern und die Krisenwirkungen abzuschwächen. Der Kapitalexport beschleunigt die Erschliessung

der fremden Länder und entwickelt auf grösstem Massstabe ihre Produktivkräfte. Gleichzeitig steigert er die Produktion im Inland, die jene Waren liefern muss, die als Kapital ins Ausland gesandt werden. So wird er zu einer mächtigen Triebkraft der kapitalistischen Produktion, die mit der Verallgemeinerung des Kapitalexports in eine neue Sturm- und Drangperiode[1]) eintritt, während der der Zyklus von Prosperität und Depression verkürzt, die Krise gemildert erscheint. Die rasche Steigerung der Produktion erzeugt auch eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskraft, die die Gewerkschaften begünstigt; die immanenten Verelendungstendenzen des Kapitalismus scheinen in den Ländern alter kapitalistischer Entwicklung überwunden. Der rasche Aufstieg der Produktion lässt die Schäden der kapitalistischen Gesellschaft nicht zum Bewusstsein kommen und schafft eine optimistische Beurteilung ihrer Lebenskraft.

Die raschere oder langsamere Erschliessung der Kolonien und neuen Märkte wird jetzt wesentlich abhängig von ihrer Fähigkeit, zu Kapitalanlagen zu dienen. Diese ist aber immer grösser, je reicher die Kolonie an solchen Produkten ist, deren Produktion kapitalistisch zu betreiben, deren Absatz auf dem Weltmarkt gesichert und die für die heimische Industrie von Wichtigkeit ist. Die rasche Expansion des Kapitalismus seit 1895 hat aber eine Preissteigerung vor allem der Metalle und der Baumwolle bewirkt, und damit den Drang, neue Quellen für diese wichtigsten Rohmaterialien zu erschliessen, stark gesteigert. So sucht das Exportkapital vor allem Betätigung in Gebieten, die diese Produkte zu produzieren fähig sind und wendet sich diesen Sphären zu, von denen namentlich der Bergbau sofort hochkapitalistisch betrieben wird. Durch diese Produktion steigert sich wieder der Ueberschuss, den die Kolonie ausführen kann und damit ist die Möglichkeit neuer Kapitalsanlagen gegeben. So wird das Tempo der Kapitalisierung der neuen Mächte ausserordentlich beschleunigt; das Hindernis für die Erschliessung ist nicht der Mangel an Kapital in diesem Lande, dieser wird vielmehr durch Kapitaleinfuhr beseitigt; immer mehr macht sich in den meisten Fällen ein anderer Umstand störend geltend: der Mangel an „freier“, das heisst an Lohnarbeit. Die Arbeiterfrage nimmt akute Formen an und erscheint nur zu lösen durch gewaltsame Mittel.

---

[1]) Nach dem treffenden Ausdruck von Parvus, „Die Handelskrise und die Gewerkschaften“, München 1901.

Wie stets, wenn das Kapital sich zum erstenmal Verhältnissen gegenübersieht, die seinem Verwertungsbedürfnis widersprechen und deren ökonomische Ueberwindung nur allmählich und viel zu langsam vor sich gehen würde, appelliert es an die Staatsgewalt und stellt sie in den Dienst gewaltsamer Expropriation, die das nötige freie Lohnproletariat schafft, mag es sich nun, wie in seinen Anfängen, um europäische Bauern, um die Indianer Mexikos und Perus oder wie heute um die Neger Afrikas handeln. [1]) Die gewaltsamen Methoden gehören zum Wesen der Kolonialpolitik, die ohne sie ihren kapitalistischen Sinn verlieren würde, und ebenso einen integrierenden Bestandteil derselben bilden, wie das Vorhandensein eines besitzlosen Proletariats überhaupt eine Conditio sine qua non des Kapitalismus ist. Kolonialpolitik treiben, aber ihre gewaltsamen Methoden beseitigen zu können, ist eine nicht ernster zu beurteilende Einbildung, wie das Proletariat abschaffen, aber den Kapitalismus erhalten zu wollen.

Die Methoden der Arbeitserzwingung sind mannigfach. Hauptmittel ist die Expropriation der Eingeborenen, denen das Land und damit die Grundlage ihrer bisherigen Existenz genommen wird. Das Land wird an die Eroberer abgetreten, wobei zugleich immer mehr die Tendenz sich geltend macht, es nicht an einzelne Einwanderer, sondern an grosse Landgesellschaften zu vergeben. Das ist namentlich der Fall, wenn es sich um Ausbeutung von Bergwerksprodukten handelt. Hier wird plötzlich nach den Methoden der ursprünglichen Akkumulation kapitalistischer Reichtum in der Hand weniger Kapitalmagnaten geschaffen, während die kleinen Ansiedler das Nachsehen haben. Man denke an die gewaltigen Reichtümer, die auf diese Weise in den Händen der Gruppe, die die Goldminen und Diamantenfelder des englischen Südafrika und in verkleinertem Massstabe in den Händen der deutschen Kolonialgesellschaften, die in engster Verbindung mit den Grossbanken stehen, in Südwestafrika konzentriert werden. Die Expropriation schafft zugleich in den freigesetzten Eingeborenen ein Proletariat, das zum willenlosen Objekt der Ausbeutung werden muss. Die Expropriation selbst wird ermöglicht durch den Widerstand, den die Ansprüche der Eroberer naturgemäss bei den Eingeborenen finden müssen.

[1]) Siehe die Beispiele bei Parvus, „Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch", Leipzig 1907, Seite 63 ff.

Das gewalttätige Auftreten der Einwanderer schafft selbst die Konflikte, die das staatliche Eingreifen „nötig“ machen und der Staat sorgt dann dafür, dass gründliche Arbeit gemacht wird. Das Streben des Kapitals nach widerstandslosen Ausbeutungsobjekten wird als „Befriedung“ des Gebietes nunmehr Staatszweck, für dessen Erfüllung die gesamte Nation, das heisst in erster Linie die proletarischen Soldaten und Steuerträger des Mutterlandes aufzukommen haben.

Wo die Expropriation nicht auf einmal so radikal gelingt, wird derselbe Zweck erreicht durch Einrichtung eines Steuersystems, das von den Eingeborenen Geldbeiträge in einer Höhe verlangt, die nur aufzubringen sind durch unablässige Arbeit im Dienst des fremden Kapitals. Diese Erziehung zur Arbeit hat seine Vollendung erreicht im belgischen Kongo, wo neben der erdrückenden Besteuerung chronische Gewaltanwendung der infamsten Art, Betrug und Hinterlist die Mittel kapitalistischer Akkumulation darstellen. Die Sklaverei wird aufs neue ein ökonomisches Ideal und damit zugleich jener Geist der Bestialität, der sich aus den Kolonien auf die Träger der Kolonialinteressenten der Heimat überträgt und hier seine widerlichen Orgien feiert[1]).

Reicht die einheimische Bevölkerung nicht aus, sei es weil durch ein Uebermass von Eifer bei der Expropriation die Eingeborenen nicht nur vom Land, sondern auch vom Leben befreit wurden, sei es weil die Bevölkerung nicht widerstandsfähig oder auch nicht zahlreich genug ist, um die gewünschte Höhe der Mehrwertrate zu liefern, so sucht das Kapital die Arbeiterfrage durch Heranziehung von fremder Arbeit zu lösen. Die Kulieinfuhr wird organisiert und zugleich durch das raffinierte System der Kontraktsklaverei dafür gesorgt, dass die Gesetze von Angebot und Nachfrage auf diesem Arbeitsmarkt keine unangenehmen Wirkungen ausüben können. Allerdings ist diese Lösung der Arbeiterfrage für das Kapital keine radikale. Die Heranziehung von Kulis stösst einerseits in allen Ländern, wo für weisse Lohnarbeit Raum ist,

---

[1]) Man denke zum Beispiel an die schmähliche Begeisterung in dem Lande der Dichter und Denker für einen Carl Peters. Dieser Zusammenhang war schon den englischen Freihändlern klar und seine Betonung ein gutes Agitationsmittel gegen die Kolonialpolitik. So sagt Cobden: „Is it possible, that we can play the part of despot and butcher there (in India), without finding our character deteriorate at home?“ Cit. bei Schutze-Gävernitz, loc. cit. Anmerkung 104.

auf immer stärkeren Widerstand der weissen Arbeiter. Zugleich erscheint sie aber auch den herrschenden Schichten dort gefährlich, wo die europäische Kolonialpolitik in Interessenkonflikte gerät mit dem immer stärker werdenden Expansionsstreben Japans, dem in absehbarer Zeit China selbst nachfolgen muss[1]).

Wird so die Heranziehung gelber Arbeit eingeschränkt, so ist anderseits die Ausdehnung des Feldes der weissen Arbeit noch beschränkter. Die Freisetzung von Arbeitern durch die Entwicklung des Kapitalismus ist für Europa zu einem grossen Teil zum Stillstand gelangt. Die rasche Expansion des Kapitalismus hat in den vorgeschrittensten Ländern zum Teil und für die Epoche dieser Sturm- und Drangperiode sogar eine Gegentendenz geschaffen.

So stösst der deutsche Kapitalismus in den beiden letzten Hochkonjunkturperioden selbst auf die Schranke der Arbeiterbevölkerung und muss die notwendige Rekrutierung der industriellen Reservearmee mit ausländischen Arbeitern besorgen. In weit grösserem Massstab ist auch der Kapitalismus der Vereinigten Staaten auf die Heranziehung von Einwanderern angewiesen, während die verlangsamte Entwicklung Englands auch in der fühlbareren Arbeitslosigkeit erscheint. So hat sich das Auswanderergebiet Europas verengt auf Süd- und Südosteuropa und Russland. Gleichzeitig ist aber infolge der raschen Expansion das Bedürfnis nach Lohnarbeit ausserordentlich gewachsen.

Die Staaten, die aus sozial- oder weltpolitischen Gründen die asiatische Einwanderung ausschliessen, stossen so bei ihrer Expansion auf die Schranke der Bevölkerung und diese Schranke ist gerade für die Gebiete, wo die kapitalistische Entwicklung am aussichtsreichsten, am schwersten zu überwinden, wie zum Beispiel in Kanada und Australien. Es kommt hinzu, dass in diesen Gebieten mit grosser Ausdehnung der Terra libera die Ausdehnung der Agrikultur gleichfalls eine rasch steigende zuschüssige Bevölkerung verlangt und der Entstehung eines besitzlosen Proletariats stark entgegenwirkt. Das eigene Wachstum der Bevölkerung dieser Gebiete ist jedoch zum Teil ein ausserordentlich geringes. Aber auch die Bevölkerungsvermehrung in den entwickelten europäischen Staaten

[1]) Siehe darüber die Diskussion über die Einwanderungsfrage in der „Neuen Zeit" XXVI, I insbesondere Otto Bauer, „Proletarische Wanderungen", und Max Schippel, „Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder".

verlangsamt sich ständig[1]), wodurch die zur Auswanderung verfügbare Ueberschussbevölkerung abnimmt.

Dieses verlangsamte Wachstum macht sich aber gerade in den Gegenden geltend, die für die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produkte von grosser Bedeutung sind, in Kanada, Australien und Argentinien. Diese Verlangsamung bewirkt die Tendenz zum Steigen der Agrikulturprodukte, die trotz der an sich starken Erweiterungsfähigkeit landwirtschaftlicher Produktion sich stets stärker akzentuiert.

Aber die Schranke der Bevölkerung ist stets nur eine relative. Sie erklärt, warum die kapitalistische Expansion nicht noch stürmischer vorangeht, aber sie hebt die Expansion selbst keineswegs

---

[1]) Siehe darüber zum Beispiel die Angaben bei Paul Mombert: „Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland", 1907. So kamen in Europa auf 1000 Bewohner Lebendgeburten im Durchschnitt der Jahre:

1841—1850	37·8	1881—1885	38·4
1851—1860	37·8	1886—1890	37·8
1861—1870	38·6	1891—1895	37·2
1871—1875	39·1	1896—1900	36·9
1876—1880	38·7	1901	36·5

Ebenso ist der Rückgang der Geburtenziffern sehr beträchtlich in den Vereinigten Staaten und erstaunlich in Australien. In Neusüdwales zum Beispiel kamen auf 1000 verheiratete Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren im Jahre 1861 : 340·8, im Jahre 1901 : 235·3 eheliche Geburten. (Siehe auch die Angaben bei Schulze-Gävernitz, loc. cit., Seite 195, der den Notschrei des Regierungsstatistikers Coghlen zitiert: „Das Problem der niedergehenden Geburtsziffer ist von einer alles überragenden Bedeutung und für Australien mehr als für irgend ein anderes Land. Von seiner befriedigenden Lösung hängt es ab, ob unser Land jemals einen Platz unter den grossen Nationen der Welt einnehmen wird.")

Die Bevölkerungsvermehrung ist also in den angeführten Gebieten ganz allein dem bedeutenden Rückgang der Sterblichkeit zuzuschreiben, die stärker fiel als die Geburten. In Deutschland ist bis jetzt die Sterblichkeit weit rascher als die Fruchtbarkeit gefallen. „Hält der Rückgang der letzteren noch weiter an, so muss ein Punkt kommen, das liegt in der Natur der Sache, wo die Verringerung der Sterblichkeit langsamer vor sich geht und sich das Abnahmeverhältnis beider umkehrt. Damit muss aber auch der Geburtenüberschuss eine sinkende Tendenz einschlagen." (Mombert, Seite 263.) Dies letztere trifft zum Beispiel bereits für England und Wales, Schottland und Schweden zu.

Für dieses Stadium kapitalistischer Expansion ist auch das Schlussurteil Momberts zutreffend: „Vielleicht wird man in nicht allzu ferner Zeit den Kernpunkt der Bevölkerungsfrage, auch in anderen Ländern als in Frankreich, weniger in einer zu starken als in einer zu schwachen Bevölkerungszunahme zu erblicken haben." (Seite 280.)

auf. Sie trägt zudem ihr Heilmittel in sich. Abgesehen von der Schaffung freier Lohnarbeit oder Zwangsarbeit in den eigentlichen Kolonialgebieten, abgesehen von der stets wirkenden relativen Freisetzung weisser Arbeit durch technische Fortschritte in den kapitalistischen Mutterländern, die sich bei Verlangsamung der Expansion zu einer absoluten steigern würde, würde eine stärkere Einschränkung der kapitalistischen Expansion in den Kolonisierungsgebieten weisser Arbeit zur Folge haben, dass der Kapitalismus sich in noch höherem Masse den noch rückständigen agrarischen Gebieten Europas selbst unter Ueberwindung der entgegenstehenden politischen Schranken zuwendet und sich damit Gebiete erschliesst, wo sein Auftreten durch Zerstörung der ländlichen Hausindustrie und Freisetzung der agrarischen Bevölkerung in grösstem Massstabe Material für die Verstärkung der Auswanderung lieferte.

Sind aber die neuen Märkte nicht mehr blosse Absatzgebiete, sondern Anlagesphären von Kapital, so bringt dies auch eine Aenderung in der politischen Haltung der Kapital exportierenden Länder mit sich.

Der blosse Handel, soweit er nicht mit Raub und Plünderung verbundener Kolonialhandel war, sondern den Handel mit einer weissen oder gelben widerstandsfähigen und verhältnismässig hoch entwickelten Bevölkerung umfasste, liess die sozialen und politischen Verhältnisse dieser Länder in ihrer Grundlage lange unberührt und beschränkte sich nur auf die ökonomischen Beziehungen. Solange eine Staatsmacht vorhanden und halbwegs für Ordnung sorgen kann, ist die unmittelbare Beherrschung weniger wichtig. Das ändert sich mit dem Ueberhandnehmen des Kapitalexports. Es handelt sich dann um viel grössere Interessen. Das Risiko ist viel grösser, wenn in fremdem Lande Eisenbahnen gebaut, Land erworben, Hafenanlagen angelegt, Bergwerke gegründet und betrieben werden, als wenn bloss Waren gekauft und verkauft werden.

Die Rückständigkeit der Rechtsverhältnisse wird so zu einer Schranke, deren Ueberwindung auch mit gewaltsamen Mitteln das Finanzkapital immer stürmischer fordert. Dies führt zu immer schärfer werdenden Konflikten zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten und der Staatsgewalt der rückständigen Gebiete, zu immer dringender werdenden Versuchen, diesen Gebieten die dem Kapitalismus entsprechenden Rechtsverhältnisse aufzuzwingen,

sei es mit Schonung oder aber mit Vernichtung der bisherigen Gewalten. Zugleich bringt die Konkurrenz um die so neu eröffneten Anlagesphären neue Gegensätze und Konflikte zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten selbst mit sich. In den neu erschlossenen Ländern selbst aber steigert der importierte Kapitalismus die Gegensätze und erregt den immer wachsenden Widerstand der zu nationalem Bewusstsein erwachenden Völker gegen die Eindringlinge, der sich leicht zu gefährlichen Massnahmen gegen das Fremdkapital steigern kann. Die alten sozialen Verhältnisse werden völlig revolutioniert, die agrarische, tausendjährige Gebundenheit der „geschichtslosen Nationen" gesprengt, diese selbst in den kapitalistischen Strudel hineingezogen. Der Kapitalismus selbst gibt den Unterworfenen allmählich die Mittel und Wege zu ihrer Befreiung. Das Ziel, das einst das höchste der europäischen Nationen war, die Herstellung des nationalen Einheitsstaates als Mittel der ökonomischen und kulturellen Freiheit, wird auch zu dem ihren. Diese Unabhängigkeitsbewegung bedroht das europäische Kapital gerade in seinen wertvollsten und aussichtsreichsten Ausbeutungsgebieten und immer mehr kann es seine Herrschaft nur durch stete Vermehrung seiner Machtmittel erhalten.

Daher der Ruf aller in fremden Ländern interessierten Kapitalisten nach der starken Staatsmacht, deren Autorität ihre Interessen auch in den fernsten Winkeln der Welt beschützt, der Ruf nach der Kriegsflagge, die überall gesehen werden muss, damit die Handelsflagge überall aufgepflanzt werden kann. Am wohlsten fühlt sich aber das Exportkapital bei völliger Beherrschung des neuen Gebiets durch die Staatsmacht seines Landes. Denn dann ist der Kapitalexport anderer Länder ausgeschlossen, es geniesst eine privilegierte Stellung und seine Profite erhalten womöglich noch die Garantie des Staates. So wirkt auch der Kapitalexport für eine imperialistische Politik.

Der Kapitalexport hat, besonders seitdem er in der Form des industriellen und des Finanzkapitals erfolgt, die Umwälzung aller alten sozialen Verhältnisse und die Einbeziehung der Erde in den Kapitalismus ungeheuer beschleunigt. Die kapitalistische Entwicklung erfolgte nicht autochthon in jedem einzelnen Land, sondern mit dem Kapital wurden zugleich kapitalistische Produktion und Ausbeutungsverhältnisse importiert, und zwar stets auf der in dem fortgeschrittensten Land erreichten Stufe. So wie heute eine neu-

entstehende Industrie sich nicht erst aus handwerksmässigen Anfängen und Technik zu modernen Riesenbetrieben entwickelt, sondern von vornherein als hochkapitalistisches Unternehmen gegründet wird, so wird auch der Kapitalismus heute auf seiner jeweils vollendeten Stufe in ein neues Land importiert und entfaltet daher seine revolutionierende Wirkung mit viel grösserer Wucht und in viel kürzerer Zeit, als sie etwa die kapitalistische Entwicklung Hollands und Englands erfordert hat.

Epoche in der Geschichte des Kapitalexports macht die Umwälzung im Transportwesen. Eisenbahnen und Dampfschiffe haben an sich für den Kapitalismus kolossale Bedeutung wegen der Verkürzung der Umlaufszeit. Dadurch wird einmal Zirkulationskapital freigesetzt, dann die Profitrate gesteigert. Die Verbilligung des Rohmaterials senkt den Kostpreis und erweitert den Konsum. Sodann schaffen erst Eisenbahnen und Dampfschiffe jene grossen Wirtschaftsgebiete, die die modernen Riesenbetriebe mit ihrer Massenproduktion ermöglichen. Vor allem aber waren die Eisenbahnen das wichtigste Mittel der Erschliessung der fremden Absatzmärkte. Nur durch sie wurde die Verwendung der Produkte dieser Länder durch Europa in so kolossalem Massstab möglich, wurde der Markt so rasch zum Weltmarkt erweitert. Noch wichtiger war aber, dass jetzt Kapitalexport im grössten Umfang nötig wurde zum Bau dieser Eisenbahnen, die fast ausschliesslich mit europäischem Kapital, namentlich mit englischem gebaut wurden.

Der Kapitalexport aber war das Monopol Englands und sicherte diesem Lande zugleich die Herrschaft über den Weltmarkt. Industriell wie finanziell brauchte also England den Wettbewerb anderer nicht zu fürchten. Sein Ideal blieb daher die Freiheit des Marktes. Umgekehrt musste die Ueberlegenheit Englands alle anderen Staaten um so mehr dazu treiben, ihre Herrschaft über einmal erworbene Gebiete zu behalten und auszudehnen, um wenigstens innerhalb ihrer Grenzen vor der übermächtigen Konkurrenz Englands geschützt zu sein.

Anders aber, sobald Englands Monopol gebrochen war und dem infolge des Freihandels nicht wirksam genug organisierten englischen Kapitalismus in dem amerikanischen und deutschen überlegene Konkurrenten erwuchsen. Die Entwicklung zum Finanzkapital schuf in diesen Staaten einen starken Drang zum Kapitalexport. Wir haben gesehen, wie die Entwicklung des Aktienwesens

und der Kartelle Gründergewinne schafft, die als nach Verwendung strebendes Kapital den Banken zufliessen. Dazu kommt, dass das Schutzzollsystem den inländischen Konsum einengt und daher den Export forcieren lässt. Zugleich ist in den durch den Kartellschutzzoll ermöglichten Exportprämien ein Mittel gegeben, um auf neutralen Märkten England eine übermächtige Konkurrenz zu bereiten, die um so gefährlicher ist, als die jüngere Grossindustrie dieser Länder durch ihre neuen Einrichtungen teilweise der englischen technisch überlegen ist. Sind aber die Exportprämien ein wichtiges Mittel im internationalen Konkurrenzkampf geworden, so ist dieses Mittel um so wirksamer, je höher die Exportprämien sein können. Diese Höhe hängt ab von der Höhe des Zolls. Seine Erhöhung wird jetzt das Interesse jeder nationalen Kapitalistenklasse. Und hier gibt es auf die Dauer kein Zurückbleiben. Der Schutzzoll des eines Landes zieht mit Notwendigkeit den des anderen nach sich, und um so sicherer, je entwickelter der Kapitalismus in diesem Lande, je mächtiger und verbreiteter die kapitalistischen Monopole. Die Höhe des Schutzzolles wird entscheidendes Moment im internationalen Konkurrenzkampf. Die Erhöhung in dem einen Lande muss sofort vom anderen nachgemacht werden, um die Konkurrenzbedingungen nicht zu verschlechtern, um auf dem Weltmarkt nicht zu unterliegen. Auch der industrielle Schutzzoll wird, was der agrarische seiner Natur nach ist, zu einer Schraube ohne Ende.

Aber der Konkurrenzkampf, der allein durch den billigeren Preis der Ware ausgefochten werden muss, droht immer verlustbringend zu werden oder doch nicht den vollen Durchschnittsprofit abzuwerfen. Ausschluss der Konkurrenz wird auch hier das Ideal der grossen Kapitalistenvereinigungen. Dies um so eher, als für sie der Export, wie wir gesehen haben, zu einer dringenden Notwendigkeit wird, die unter allen Umständen erfüllt werden muss, weil die technischen Bedingungen einer möglichst grossen Stufenleiter der Produktion dies gebieterisch verlangen. Aber auf dem Weltmarkt herrscht Konkurrenz und so bleibt zunächst nichts übrig als die eine Art der Konkurrenz durch eine andere minder gefährliche zu ersetzen; an Stelle der Konkurrenz auf dem Warenmarkt, wo nur der Preis der Ware entscheidet, tritt die Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt, im Angebot von Leihapital, dessen Gewährung bereits an die Bedingung späterer Warenübernahme geknüpft ist. Der Kapitalexport wird jetzt zum Mittel, die industriellen Lieferungen

dem kapitalexportierenden Lande zu sichern. Der Abnehmer hat jetzt keine Wahl; er wird zum Schuldner und damit zum Abhängigen, der die Bedingungen des Gläubigers akzeptieren muss; Serbien bekommt von Oesterreich, Deutschland oder Frankreich nur eine Anleihe, wenn es sich verpflichtet, seine Kanonen oder sein Eisenbahnmaterial von Skoda, Krupp oder Schneider zu beziehen. Der Kampf um den Warenabsatz wird zum Kampf um die Anlagesphären des Leihkapitals zwischen den nationalen Bankgruppen, und da wegen des internationalen Ausgleichs der Zinssätze die ökonomische Konkurrenz hier innerhalb relativ enger Schranken gebannt ist, so wird der ökonomische Kampf rasch zu einem Machtkampf, der mit politischen Waffen geführt wird.

Oekonomisch aber bleibt gerade in diesen Kämpfen den alten kapitalistischen Staaten ein Vorsprung. England [1]) besitzt eine alte mit Kapital gesättigte Industrie, die aus den Zeiten des englischen

---

[1]) Das britische im Ausland angelegte Kapital wurde 1900 auf 2500 Millionen Pfund Sterling geschätzt und eine jährliche Zunahme von 50 Millionen, davon 30 Millionen in Effekten, angenommen. Seine Kapitalanlagen im Ausland scheinen schneller zu wachsen als die im Inland; wenigstens hat sich das britische Gesamteinkommen in den Jahren 1865 bis 1898 nur etwa verdoppelt, während das Einkommen aus dem Ausland sich in demselben Zeitraum verneunfacht hat. (Giffen.) Detaillierte Angaben enthält ein Vortrag von George Paish, veröffentlicht im „Journal of the Royal Statistical Society", September 1909. Darnach betrug 1906/07 das Einkommen aus Staatsanleihen Indiens 8,768.237 Pfund Sterling, der übrigen Kolonien 13,952.722 Pfund Sterling, aller anderen Länder 8,338.124 Pfund Sterling, zusammen 31,039.083 Pfund Sterling gegen 25,374.192 Pfund Sterling im Jahre 1897/98. Das Einkommen aus anderen Effekten (Eisenbahnen!) wird auf 48,521.000 Pfund Sterling angegeben. Die Summe des ausländischen Kapitals wird auf 2700 Millionen Pfund Sterling berechnet, wovon 1700 Millionen Pfund Sterling in Eisenbahnen angelegt sind. Das Einkommen daraus wird auf 140 Millionen Pfund Sterling geschätzt, was einer Verzinsung von 5·2 Prozent entspricht. Dabei dürften diese Schätzungen noch hinter der Wirklichkeit nicht unerheblich zurückbleiben.

Das französische Auslandskapital schätzte P. Leroy Beaulien auf 34 Milliarden Franken; 1905 dürfte es auf 40 Milliarden angewachsen sein. Die jährliche Neuinvestition wird auf 1500 Millionen Franken geschätzt.

Den Auslandbesitz Deutschlands hat Schmoller in dem bekannten Bericht zur Börsenenquetekommission 1892 auf 10 Milliarden geschätzt, W. Christians auf 13 Milliarden, aus denen 500 bis 600 Millionen Mark als Gewinn jährlich resultieren. Für 1906 schätzt Sartorius 16 Milliarden Effekten und 10 Milliarden sonstigen Auslandbesitz und jährliche Einnahmen von zirka 1240 Millionen Mark. Nähere Angabe bei Sartorius a. a. O., Seite 88 ff.

Weltmarktmonopols für die Bedürfnisse des Weltmarkts zugeschnitten, sich relativ langsamer entwickelt als die deutsche oder amerikanische, ihre Expansionsfähigkeit ist geringer. Anderseits ist aber das akkumulierte Kapital ausserordentlich gross und aus seinen auswärtigen Anlagen fliessen stets neue, zu akkumulierende Profitmassen nach England. Das Verhältnis der zu akkumulierenden Kapitalmassen zu dem im Inlande anlagefähigen Kapital ist hier am grössten, daher der Drang zu auswärtigen Anlagen hier am stärksten, der geforderte Zinsfuss am geringsten. Aus anderen Ursachen ist auch in Frankreich dieselbe Wirkung eingetreten. Auch hier alter akkumulierter, wenn auch nach seinen Eigentumsverhältnissen nicht so konzentrierter, doch durch das Bankwesen zentralisierter Reichtum neben fortwährendem Zufluss aus auswärtigen Anlagen auf der einen Seite, auf der anderen eine stagnierende industrielle Entwicklung im eigenen Land, daher auch hier starker Exportdrang des Kapitals. Dieser Vorsprung kann nur politisch wettgemacht werden durch stärkeren Druck der Diplomatie, ein gefährliches und daher begrenztes Mittel, oder aber ökonomisch durch Preisopfer, die eine eventuell höhere Verzinsung aufwiegen.

Die Heftigkeit der Konkurrenz weckt aber das Streben nach ihrer Aufhebung. Am einfachsten kann dies geschehen, wenn Teile des Weltmarktes in den nationalen Markt einbezogen werden, also durch Einverleibung fremder Gebiete, durch die Kolonialpolitik. War der Freihandel gegen die Kolonien gleichgültig, so führt der Schutzzoll unmittelbar zu grösserer Aktivität auf kolonialpolitischem Gebiet. Hier stossen die Interessen der Staaten unmittelbar feindlich aufeinander.

In derselben Richtung wirkt auch ein anderes Moment. Schon rein quantitativ ist es für ein Land vorteilhafter, wenn es sein Kapital in Form von profittragendem als in Form von zinstragendem exportiert, da ja der Profit grösser ist als der Zins. Dann aber bleibt die Verfügung über das Kapital eine unmittelbarere, die Kontrolle eine direktere, wenn die exportierenden Kapitalisten ihr Kapital als industrielles anlegen. Der Einfluss des englischen Kapitals, das in amerikanischen Eisenbahnbonds, also als zinstragendes Kapital angelegt ist, auf die Politik der amerikanischen Eisenbahnherren ist ein minimaler, während er ausschlaggebend ist, wo das industrielle Unternehmen selbst mit englischem Kapital betrieben

wird. Träger des industriellen Kapitalexports sind aber heute vor allem die Kartelle und Trusts, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal sind sie am stärksten in den schweren Industrien, wo, wie wir gesehen haben, der Drang nach Kapitalexport am stärksten ist, um neue Absatzmärkte für die eigene riesig anschwellende Produktion zu gewinnen. Der Bau von Eisenbahnen, die Ausbeutung der Bergwerke, die Vermehrung der Kriegsrüstungen fremder Staaten, die Errichtung von Elektrizitätsanlagen, ist vor allem das Interesse dieser schweren monopolistischen Industrien. Hinter ihnen stehen auch die mit diesen Zweigen am engsten verbundenen grossen Banken. Dazu kommt, dass der Drang nach Ausdehnung der Produktion bei den kartellierten Industrien einerseits sehr stark ist, anderseits der Ausdehnung für den Inlandsmarkt der hohe Kartellpreis entgegensteht, so dass die Expansion die beste Möglichkeit gewährt, dem Ausdehnungsbedürfnis nachzukommen. Zudem verfügen die Kartelle vermöge ihrer Extraprofite über stets zur Akkumulation bereite Kapitalien, die sie am liebsten in ihren eigenen Sphären, wo die Profitrate am höchsten, anlegen wollen. Zugleich ist hier die Verknüpfung von Banken und Industrie am engsten und die Möglichkeit des Gründergewinns durch Emission der Aktien von Unternehmungen wird ein starkes Motiv zum Kapitalexport. So sehen wir heute den stärksten Drang nach *industriellem* Kapitalexport bei den Ländern mit der organisatorisch fortgeschrittensten Industrie, bei Deutschland und den Vereinigten Staaten. Dies erklärt die eigentümliche Erscheinung, dass diese Staaten einerseits Kapital exportieren, anderseits das für die eigene Volkswirtschaft nötige Kapital zum Teil vom Ausland importieren. Sie exportieren vor allem industrielles Kapital und erweitern so die eigene Industrie, deren Betriebskapital sie zum Teil in Form von Leihkapital aus Ländern mit langsamerer industrieller Entwicklung, aber mit grösserem akkumulierten Kapitalreichtum beziehen. Sie profitieren dabei nicht nur die Differenz zwischen dem industriellen Profit, den sie auf den fremden Märkten machen, und dem viel niedrigeren Zins, den sie auf das geliehene Kapital in England oder Frankreich zu entrichten haben, sondern sie sichern sich durch diese Art des Kapitalexports zugleich die raschere Ausdehnung der eigenen Industrie. So exportieren die Vereinigten Staaten in grösstem Massstab industrielles Kapital nach Südamerika, während sie gleichzeitig Leihkapital aus England, Hol-

land, Frankreich etc. importieren, in Form von Bonds und Obligationen [1]) zum Betrieb ihrer eigenen Industrie.

So gewährt die Kartellierung und Trustierung auch in dieser Beziehung durch Forcierung des Kapitalexports den Kapitalisten des Landes, wo die Monopolisierung der Industrie am fortgeschrittensten ist, einen Vorsprung vor Ländern mit niedriger organisierter Industrie und erweckt so einerseits in diesen Ländern das Bestreben, durch den Schutzzoll die Kartellierung der eigenen Industrie zu beschleunigen, während es in den fortgeschritteneren Ländern das Bestreben stärkt, die Fortdauer des Kapitalexports unter allen Umständen sich zu sichern durch Ausschluss jeder Konkurrenz fremden Kapitals.

Ist der Kapitalexport in seinen entwickeltsten Formen getragen von den Kapitalssphären, deren Konzentration am fortgeschrittensten ist, so beschleunigt er rückwirkend die Macht und die Akkumulation dieser Sphären. Es sind die grössten Banken und die grössten Industriezweige, die für sich die besten Bedingungen für die Verwertung des Kapitals auf fremden Märkten erlangen. Grossbanken und Grossindustrie fallen hier die reichen Extraprofite zu, an denen teilzunehmen kleinere Kapitalmächte gar nicht denken können.

Die Politik des Finanzkapitals verfolgt somit drei Ziele: erstens Herstellung eines möglichst grossen Wirtschaftsgebiets, das zweitens durch Schutzzollmauern gegen die ausländische Konkurrenz abgeschlossen und damit drittens zum Exploitationsgebiet der nationalen monopolistischen Vereinigungen wird. Diese Forderungen aber mussten in schärfsten Widerspruch geraten zu der Wirtschaftspolitik, die das industrielle Kapital während seiner Alleinherrschaft (in dem doppelten Sinn, dass ihm das kommerzielle und Bankkapital untergeordnet und dass es zugleich die Alleinherrschaft auf dem Weltmarkt innehatte) in England in klassischer Vollendung durchgeführt hatte. Und dies um so mehr, als die Durchsetzung der Politik des Finanzkapitals in den anderen Ländern immer mehr auch die Interessen des englischen industriellen Kapitals bedrohte. War ja das Freihandelsland der naturgemässe Angriffspunkt der ausländischen Konkurrenz. Zwar hat das „dumping" für die englische Industrie auch seine Vorteile. Die Verfeinerungsindustrie gewann durch die Schleuderkonkurrenz

[1]) Auch wo das europäische Kapital in Form von amerikanischen Aktien angelegt ist, bezieht es oft nicht mehr als Zins, da der Unternehmergewinn schon im Gründergewinn der amerikanischen Banken antizipiert ist.

billigeres Rohmaterial. Aber anderseits schädigte dies eben die Rohmaterialindustrien. Dann aber muss mit dem Fortschreiten der Kartellierung, mit der Zusammenfassung immer weiterer Produktionsstufen und mit der Ausbildung des Exportprämiensystems auch die Stunde für diejenigen englischen Industrien schlagen, die bisher von dem „dumping" profitiert hatten. Dazu kommt aber als wichtigstes Moment, dass der Zoll die Aussicht auf eine Aera rascher Monopolisierung mit ihren Aussichten auf Extraprofite und Gründergewinne eröffnet, die für das englische Kapital eine grosse Verlockung bilden.

Anderseits ist eine Vereinigung Englands mit seinen Kolonien durch einen Schutzzoll durchaus möglich. Die autonomen Kolonien Englands sind zumeist Staaten, die vor allem als Rohstofflieferanten [1]) für England und als Abnehmer von industriellen Produkten in Betracht kommen [2]). Die Schutzzoll- und besonders die agrarische Schutzzollpolitik der anderen Staaten hat sie ohnehin auf England als ihren Hauptabsatzmarkt hingelenkt. Soweit aber die englische Industrie die Entwicklung ihrer eigenen hindern würde, befinden sich jene Staaten noch im Stadium des Erziehungszolls, das heisst in einem Stadium, das das Ausmass der Zölle nicht über eine gewisse Höhe hinaus verträgt, weil die Einfuhr ausländischer

---

[1]) „In den letzten 20 Jahren hat die Zufuhr von Weizen und sonstigem Getreide aus dem Ausland um 4 Millionen Pfund Sterling oder 9 Prozent, aus den britischen Besitzungen dagegen um 9¼ Millionen Pfund Sterling oder 84 Prozent zugenommen. 16½ Millionen Pfund Sterling oder 79 Prozent Zunahme zeigt die Fleischzufuhr aus dem Ausland, 8 Millionen Pfund Sterling oder 230 Prozent, die aus den britischen Besitzungen. 9½ Millionen Pfund Sterling oder 60 Prozent Zunahme zeigt die Einfuhr von Butter und Käse aus fremden Ländern, 630 Prozent die aus den britischen Besitzungen.

Die Zufuhr von allen Getreidearten aus britischen Besitzungen betrug 1895: 7,722.000 Pfund Sterling; 1905: 20,345.000 Pfund Sterling, eine Zunahme von 12,623.000 Pfund Sterling oder 163 Prozent. Gleichzeitig stieg die auswärtige Zufuhr nur von 45,359.000 Pfund Sterling auf 49,684.000 Pfund Sterling, eine Zunahme von 4,323.000 Pfund Sterling oder 9·5 Prozent. 1895 lieferte das Ausland 85·4 Prozent und die britischen Kolonien 14·6 Prozent des Getreidebedarfs des Vereinigten Königreichs. 1905 sandte das Ausland 71 Prozent und die britischen Kolonien 29 Prozent." W. A. S. Hewins: „Das britische Reich" in „Die Weltwirtschaft", herausgegeben von Ernst v. Halle, 1. Jahrgang 1906, III. Teil, Seite 7.

[2]) Nach den Angaben der Chamberlainschen Tarifkommission (zitiert bei Schulze-Gävernitz, l. c., Seite 216) betrug 1902 der Wert der Einfuhr aus Grossbritannien per Kopf:

Industrieprodukte zur Versorgung des eigenen Marktes unbedingt nötig ist. Es lässt sich also ein höherer Kartellschutzzoll des gesamten britischen Reiches bei Beibehaltung „innerstaatlicher" Erziehungszölle sehr wohl durchführen und die Aussicht auf ein solches Wirtschaftsgebiet, das ausserdem sowohl politisch als ökonomisch stark genug wäre, um der Verdrängung britischer Industrien durch Erhöhung der Schutzzölle anderer Staaten Schranken zu setzen, ist geeignet, die gesamte Kapitalistenklasse zu vereinigen[1]). Dazu kommt, dass das in den Kolonien arbeitende Kapital zum weitaus überwiegenden Teil im Besitz englischer Kapitalisten ist, für die der Reichsschutzzoll viel wichtiger ist als die stärkere Erhöhung, die autonome koloniale Zolltarife bringen würden[2]).

---

in Deutschland, Holland, Belgien	Pfund Sterling	0.11.8
„ Frankreich	„ „	0.8.0
„ Vereinigte Staaten	„ „	0.6.3
„ Natal	„ „	8.6.0
„ Kapkolonie	„ „	6.19.6
„ Australien	„ „	5.5.6
„ Neuseeland	„ „	7.5.7
„ Kanada	„ „	1.18.4

Die britische Kolonien führten im Jahre 1901 ein:

vom Mutterland	123·5	Millionen Pfund Sterling
von anderen britischen Besitzungen	68·0	„ „ „
vom Ausland	90·0	„ „ „

Ausfuhr des Vereinigten Königreiches in Millionen Pfund Sterling:

	1866	1872	1882	1902
nach den britischen Besitzungen	53·7	60·6	84·8	109·0
„ Europa	63·8	108·0	85·3	96·5
„ dem nichtbritischen Asien, Afrika und Südamerika	42·9	47·0	40·3	54·1
„ den Vereinigten Staaten	28·5	40·7	31·0	23·8

[1]) Deshalb wird dieser Gesichtspunkt auch von Chamberlain stets in den Vordergrund seiner Agitation gerückt. „Mir scheint, dass die Richtung der Zeit dahin geht, alle Macht in den Händen der grossen Reiche zu vereinigen. Die kleineren Länder, die, welche nicht fortschreiten, scheinen bestimmt zu sein, in eine untergeordnete Stellung zu rücken. Bleibt aber Greater Britain einig, so kann kein Reich der Welt es übertreffen an Ausdehnung, an Volkszahl, an Reichtum und an Mannigfaltigkeit der Hilfsquellen." Rede Chamberlains vom 31. März 1897, zitiert bei Marie Schwab, Chamberlains Handelspolitik, Jena 1905, Seite 6.

[2]) Das gesamtkapitalistische Interesse an der Tarifreform und dem Imperialismus, wobei das der Verfeinerungsindustrien, die bisher freihändlerisch waren oder sind, geschickt in den Vordergrund gerückt ist, fasst Professor Hewins folgendermassen zusammen:

„Das Vereinigte Königreich importiert heute seine Nahrungsmittel aus gewissen Ländern, mit denen es keine Reziprozitätsveranstaltungen besitzt. So

Die Vereinigten Staaten sind an sich ein auch für die Aera des Imperialismus genügend grosses Wirtschaftsgebiet, dessen Expansionsrichtung übrigens geographisch gegeben ist. Die panamerikanische Bewegung, die in der Monroedoktrin ihren ersten politischen Ausdruck gefunden hat, steht erst im Beginn und hat infolge des ungeheuren Uebergewichts der Vereinigten Staaten noch grosse Aussichten.

Anders steht es in Europa, wo die staatliche Zersplitterung ökonomisch gegensätzliche Interessen geschaffen hat, die ihrer ökonomischen Aufhebung durch einen mitteleuropäischen Zollverein sehr schwere Hindernisse entgegenstellen. Hier handelt es sich nicht, wie bei dem britischen Imperium, um einander ergänzende Teile, sondern um mehr weniger gleichartige und daher in gegenseitiger Konkurrenz feindlich einander gegenüberstehende Gebilde.

---

muss es zur Bezahlung seiner Nahrungsmittelrechnung auf den komplizierten Apparat internationalen Verkehrs zurückgreifen und ständig neue Absatzmärkte für seine Fabrikate in der Welt suchen und durch reziproke Beziehungen zwischen den Ländern seine Schulden liquidieren. Auf die Dauer scheint diese Gewerbepolitik aus folgenden Gründen unmöglich:

1. Die Zahl der auf diese Weise britischen Manufakturimporten geöffneten Länder nimmt ständig ab und auf den Märkten des fernen Ostens zum Beispiel werden wir mit Sicherheit und in Kürze der unwiderstehlichen Konkurrenz Japans begegnen.

2. Die Notwendigkeit, ständig andere Märkte als Länder wie Deutschland und die Vereinigten Staaten, wiederum abgesehen von den Kolonien, für unsere Produkte zu suchen, hat einen schädigenden Einfluss auf den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in England. Der natürliche Entwicklungsgang war, dass die englischen Industrien immer höheren Stufen zustrebten, höher geschulte Arbeiter beschäftigten und höhere technische Tüchtigkeit entfalteten. Tatsächlich aber dürfte der Entwicklungsgang sich erheblich abweichend gestalten. Die zivilisierten und fortschrittlichen Märkte schliessen sich, und gezwungen, mit den rückständigen Teilen der Welt zu handeln, muss das britische Gewerbe deren Bedürfnissen entsprechende Waren erzeugen.

3. Ergibt sich hier ein direkter Konflikt zweier entgegengesetzter Tendenzen. Gerade in diesen grossen Stapelwaren können auch die jüngeren Industriestaaten grosse Fortschritte machen. Deutschland, Belgien, die Vereinigten Staaten, Oesterreich und selbst Japan können auf diesen Gebieten mit uns konkurrieren und sich gleichfalls in den gedachten Ländern einführen. Anderseits zeigt sich in der englischen Industrie die Tendenz, mehr Spezialitäten als die Stapelgewerbe zu entfalten und damit teurere Waren zu produzieren. So kommt Grossbritannien auf den Gebieten, von denen es ständig mehr für die Bezahlung seiner Nahrungsmittel abhängt, mehr und mehr ins Hintertreffen. Aus solchen Erwägungen aber heraus gewinnt im ganzen Reich das Streben nach der Organisation des grösseren britischen Gewerbelebens seine Bedeutung." Hewins, a. a. O., Seite 37.

Diese Feindschaft aber wird durch die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals ausserordentlich gesteigert, wobei der Gegensatz entspringt nicht aus dem Streben nach Herstellung einheitlicher Wirtschaftsgebiete in Europa selbst wie im 19. Jahrhundert, sondern aus dem Streben nach Einverleibung fremder neutraler Märkte, in dessen Dienst jetzt die nationalen Machtmittel der europäischen Staaten gestellt werden. Denn es handelt sich nicht um die Einverleibung kapitalistisch bereits hoch entwickelter Länder, deren Industrie selbst exportfähig ist und für die des erobernden Landes nur vermehrte Konkurrenz bedeuten würde, in jedem Falle aber als Anlagesphäre für das überschüssige Kapital des anderen Landes wenig in Betracht käme. In Betracht kommen vielmehr vor allem Gebiete, die noch nicht erschlossen sind, deren Erschliessung aber gerade für die mächtigsten Kapitalistengruppen von grosser Bedeutung sein kann, also hauptsächlich nur überseeische Kolonialgebiete. Denn hier ist für das Kapital Gelegenheit gegeben, im grossen Massstab Kapital anzulegen. Insbesondere absorbiert die Schaffung des modernen Transportsystems, der Eisenbahnen und Dampferverbindungen gewaltige Kapitalmassen[1]).

Der Staat sorgt dafür, dass die lebendige Arbeit in den Kolonien zu Bedingungen zur Verfügung steht, die Extraprofit erlauben. Zugleich sichert er in vielen Fällen den Gesamtprofit durch Uebernahme der Staatsgarantie. Der natürliche Reichtum der

---

[1]) Welche Wichtigkeit der Ausbau des kolonialen Eisenbahnwesens zum Beispiel für England besitzt, zeigen folgende Angaben:

„1880 besass das britische Reich 40.000 englische Meilen Eisenbahn, davon drei Achtel im Vereinigten Königreich, fünf Achtel in den überseeischen Besitzungen und Kolonien. 1904 hatte sich das Schienennetz auf 95.000 englische Meilen vermehrt, davon nur noch zwei Neuntel im Vereinigten Königreich. Die Länge der Eisenbahnen hatte daher um 26 Prozent, über See um 223 Prozent zugenommen. Die schnelle Entwicklung der Kolonien beruht natürlich auf einer raschen Aufschliessung von Gebieten, in denen es früher Eisenbahnen nicht gab, oder wo diese nur in primitivem Zustand waren. Seit 1880 haben sich die Eisenbahnen von Indien und Kanada verdreifacht, von Australien vervierfacht, von Südafrika verfünffacht.

Ausserhalb des Vereinigten Königreiches befindet sich die grösste Eisenbahndichtigkeit im Verhältnis zur Bevölkerungsdichtigkeit im australischen Commonwealth, wo es per 1000 Einwohner 3·86 Meilen Eisenbahnen gibt, gegen 3·76 in Kanada und 0·19 in Indien.

Bemerkenswerterweise erscheint das an sich grosse Eisenbahnnetz des Vereinigten Königreiches klein im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, wo nach

Kolonien wird ebenfalls zu einer Quelle von Extraprofiten. Namentlich handelt es sich hier um die Verbilligung des Rohmaterials, also um Senkung des Kostpreises der Industrieprodukte. In den Kolonien ist die Grundrente noch nicht oder nur im geringsten Masse entwickelt. Die Vertreibung oder Ausrottung der Einheimischen, im günstigsten Falle ihre Verwandlung aus Hirten oder Jägern in Kontraktsklaven oder auf kleine feste Bezirke beschränkte Ackerbauer schafft mit einem Schlage freien Boden, der nur einen nominellen Preis hat. Ist der Boden sonst fruchtbar, so vermag er der einheimischen Industrie ihre Rohstoffe, zum Beispiel Baumwolle, weit billiger zu liefern als die alten Bezugsquellen. Selbst wenn dies nicht im Preise zum Ausdruck kommt, weil zum Beispiel für Baumwolle der amerikanische Preis bestimmend bleibt, so bedeutet das doch, dass ein Teil der Grundrente, der sonst den amerikanischen Farmern gezahlt werden müsste, nunmehr den Besitzern der kolonialen Plantagen zufällt.

Noch wichtiger ist die Rohstoffversorgung der metallverarbeitenden Industrie. Die rasche Entwicklung der metallverarbeitenden Industrien hat trotz aller technischen Fortschritte die Tendenz, die Metallpreise zu erhöhen, die noch gefördert wird durch die kapitalistische Monopolisierung. Um so wichtiger wird es, im eigenen Wirtschaftsgebiet Bezugsquellen für diese Rohstoffe zu haben[1]).

Poors Railroad Manual 1904 212.349 Meilen, mehr als der doppelte Umfang des britischen Reichs, im Betrieb waren, trotzdem letzteres die fünffache Bevölkerung umfasst. Es ergibt sich daraus ein Ausblick auf eine weitere, extensive, fast unbegrenzte Ausdehnung und Entwicklung der Bahnen innerhalb des Reiches.

Ungefähr das gesamte Kapital zum Bau all dieser Bahnen ist im Vereinigten Königreich aufgebracht; die in britischen Bahnen ausserhalb des Mutterlandes angelegten Summen sind auf etwa 850 Millionen Pfund Sterling zu schätzen, die Jahreseinnahmen auf 75 Pfund Sterling brutto und etwa 30 Pfund Sterling netto. Unter Berücksichtigung der Zahlen für das Vereinigte Königreich selbst schätze ich das gesamte Eisenbahnanlagekapital des britischen Reiches auf etwa 2100 Millionen Pfund Sterling, was der Zahl der Vereinigten Staaten — 2800 Millionen Pfund Sterling — erheblich näher kommt als die Länge. Die Nettoeinnahmen der Bahnen betragen etwa 70 bis 75 Millionen Pfund Sterling per Jahr oder 3 Prozent des Anlagekapitals." Hewins, loc. cit., S. 34.

[1]) Herr Dernburg kannte deshalb die Psychologie der Kapitalisten sehr genau, wenn er in seinen Agitationsreden immer wieder gerade die Möglichkeit betonte, dass die deutschen Kolonien die deutschen Kapitalisten in Baumwolle und Kupfer von Amerika emanzipieren würden.

Das Streben nach Kolonialerwerb führt so zu einem stets wachsenden Gegensatz zwischen den grossen Wirtschaftsgebieten und wirkt in Europa auf das Verhältnis der einzelnen Staaten entscheidend zurück. Die verschiedenen natürlichen Bedingungen, die innerhalb eines einzigen grossen Wirtschaftsgebietes wie dem der Vereinigten Staaten ein Springquell rascher ökonomischer Entfaltung werden, hemmen umgekehrt in Europa, wo sie in mannigfachster, vom Standpunkt der Oekonomie zufälliger und also irrationeller Weise auf eine grosse Anzahl kleiner Wirtschaftsgebiete verteilt sind, die ökonomische Entwicklung und differenzieren diese zugunsten der grösseren und zum Nachteil der kleineren Wirtschaftsgebiete um so mehr, da kein Freihandel diese Gebiete zu einer höheren wirtschaftlichen Einheit verbindet. Diese ökonomische Ungleichheit bedeutet aber für die Staaten dasselbe, was innerhalb der Staaten für die einzelnen Schichten: die Abhängigkeit der ökonomisch Stärkeren von den Schwächeren. Das ökonomische Mittel ist auch hier der Kapitalexport. Das kapitalreiche Land exportiert das Kapital als Leihkapital; es wird Gläubiger des Schuldnerlandes.

Solange der Kapitalexport wesentlich dazu diente, in dem zurückgebliebenen Lande einmal das Transportsystem zu schaffen, zweitens die Konsummittelindustrien zu entwickeln, so lange förderte er die kapitalistische Entfaltung dieses Landes. Zwar hatte auch diese Methode für das betreffende Land seine Nachteile; der grösste Teil des Profits floss ins Ausland, um hier teils als Revenue ausgegeben zu werden, ohne also Industrien des Schuldnerlandes zu beschäftigen, oder aber um akkumuliert zu werden. Diese Akkumulation brauchte natürlich durchaus nicht in dem Lande stattzufinden, aus dem der Profit stammte; durch diesen kapitalistischen „Absentismus“[1]) wurde in diesem Lande aber die Akkumulation, also die Weiterentwicklung des Kapitalismus ausserordentlich verlangsamt. In grossen Wirtschaftsgebieten, in denen sich der Kapitalismus auch aus den einheimischen Bedingungen heraus rasch entwickeln musste, fand bald eine nationale Assimilation des ausländischen Kapitals statt. So hat Deutschland sehr rasch das belgische und französische Kapital, das namentlich im Bergbau Rheinland-Westfalens grosse Bedeutung hatte, national assimiliert.

---

[1]) Siehe die scharfsinnige Analyse der Folgen dieser Erscheinung für Russland bei Kautsky: „Der amerikanische Arbeiter“, „Neue Zeit“, XXIV., 1., Seite 676 ff.

In den kleinen Wirtschaftsgebieten aber war diese Assimilation sehr erschwert, da das Entstehen einer heimischen Kapitalistenklasse viel langsamer und schwieriger vor sich ging.

Vollends unmöglich wurde diese Emanzipation, sobald der Charakter des Kapitalexports sich änderte, die Kapitalistenklassen der grossen Wirtschaftsgebiete weniger Konsumtionsmittelindustrien in fremden Ländern zu schaffen versuchten, sondern vielmehr darauf ausgingen, sich die Herrschaft über das Rohmaterial ihrer sich immer stärker entwickelnden Produktionsmittelindustrien zu sichern. So kamen die Minen und Bergwerke der Staaten der Pyrenäenhalbinsel unter die Gewalt fremden Kapitals, das jetzt nicht als Leihkapital exportiert wurde, sondern direkt in diesen Minen angelegt wurde, so — unter grösserem Widerstand — auch die Erdschätze Skandinaviens, besonders Schwedens. Diesen Ländern wurde in einer Zeit, wo sie vielleicht sonst zur Begründung der hauptsächlichsten der modernen Industrien, einer eigenen Eisenindustrie, hätten übergehen können, das Rohmaterial entzogen zugunsten der englischen, deutschen und französischen Industrie. So blieb ihre kapitalistische Entwicklung, damit aber auch ihre politische und finanzielle in den Anfängen stecken. Oekonomisch dem ausländischen Kapital tributär[1]), wurden sie auch politisch zu Staaten zweiter Ordnung, auf den Schutz der Grossen angewiesen.

Anderseits stellte die wachsende Bedeutung der kapitalistischen Kolonialpolitik England vor die Aufgabe, sein Kolonialreich zu sichern, und diese Aufgabe war gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung seiner Herrschaft zur See und mit dem Schutze des Weges nach Indien. Dazu aber bedurfte es der Verfügung der Häfen am Atlantischen Ozean, und dies musste England dazu treiben, mit den Uferstaaten des Atlantischen Ozeans gute Beziehungen zu unterhalten. Und es konnte dies politisch erreichen, weil es ökonomisch die kleineren dieser Staaten durch seinen Kapitalexport in Abhängigkeit hielt. Die Stärke der englischen Flotte musste auch Frankreich auf die Seite Englands treiben, sobald der Anspruch Deutschlands auf seinen Anteil an der Kolonialpolitik Frankreich in Gegensatz zu Deutschland brachte und es ebenso wie alle anderen kolonialbesitzenden Länder um seinen Besitz besorgt machte. So

[1]) Dasselbe ist der Fall bei Russland, dem aber die nationale Assimilation, in der es teilweise schon begriffen ist, wegen der Grösse des Gebietes viel leichter gelingen wird, zu welchem Zwecke der Staatsbankerott das radikalste Mittel wäre.

entwickelte sich die Tendenz, zwar nicht die Zollschranken innerhalb Europas aufzuheben und dadurch ein grosses einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, wohl aber die kleineren politischen, wirtschaftlich daher zurückgebliebenen Einheiten um grössere politisch zu gruppieren. Diese politischen Beziehungen wirken umgekehrt zurück auf die ökonomischen und machen das politisch in Gefolgschaft befindliche Land zur besonderen Anlagesphäre des Kapitals des Schutzlandes. Die Diplomatie steht dabei unmittelbar im Dienst des Anlage suchenden Kapitals.

Soweit aber die kleineren Staaten noch nicht in „fester Hand" sind, werden sie zum Tummelplatz der Konkurrenz des ausländischen Kapitals. Aber auch hier sucht man die Entscheidung herbeizuführen durch politische Massregeln. An die Lieferung von Kanonen wird zum Beispiel für Serbien zugleich die politische Entscheidung geknüpft, ob es französisch-russische Unterstützung oder deutsch-österreichische wählen soll [1]). Die politische Macht wird somit im ökonomischen Konkurrenzkampf entscheidend und für das Finanzkapital wird die staatliche Machtstellung unmittelbares Profitinteresse. Die Diplomatie erhält jetzt als wichtigste Funktion die Vertretung des Finanzkapitals. Zu den rein politischen Waffen treten handelspolitische [2]) und die Sätze eines Handelsvertrages werden bestimmt nicht mehr allein durch die Interessen des Warenaustausches, sondern auch durch die grössere oder geringere Bereitwilligkeit des kleineren

---

[1]) Kleinere Staaten können dagegen bei Anleiheverhandlungen nur schwer Bedingungen knüpfen für Industrielieferungen, zum Teil auch deswegen, weil ihre Industrien weniger leistungsfähig sind. „Man hat den niederländischen Bankinstituten wohl mit Recht vorgeworfen, dass sie das Ausland häufig mit Kapital ohne irgend welche Bedingungen versehen . . . ." Die Börse „gab dem Ausland, zuletzt Südamerika (scil. im Jahre 1905), grössere Kapitalien, ohne daran Bedingungen zugunsten der niederländischen Industrie zu knüpfen, wie es in Belgien, Deutschland und England öfters geschieht." G. Hesselink, „Holland" in Halles „Weltwirtschaft", III. Teil, Seite 118.

[2]) Ueber die Ueberlegenheit, die dabei das grössere Wirtschaftsgebiet geniesst, siehe Richard Schüller, „Schutzzoll und Freihandel", Wien 1905, Seite 247: „Der Aussenhandel eines wenig umfangreichen Gebietes ist im Verhältnis zu seiner Produktion gross und daher für dieses Land wichtig, für die ausländischen Grossstaaten aber, aus denen es Waren importiert und nach denen es exportieren will, ist dieser Handelsverkehr im Vergleich mit ihrer Erzeugung von geringerer Bedeutung. Es gelingt dem kleinen Staat daher weniger, seine Interessen in Verträgen entsprechend zu wahren und die anderen zur Anpassung ihrer Handelspolitik an seine Bedürfnisse zu bewegen."

Staates, dem Finanzkapital des grösseren vor der Konkurrenz den Vorzug zu geben.

Je kleiner aber das Wirtschaftsgebiet, desto geringer die Macht, den Konkurrenzkampf mittels hoher Exportprämien siegreich bestehen zu können, desto stärker der Drang nach Kapitalexport, um an der wirtschaftlichen Entwicklung anderer grösserer Mächte und ihren höheren Profiten teilzunehmen, und je grösser die Masse des bereits akkumulierten Reichtums im eigenen Land, desto eher kann dieses Bedürfnis befriedigt werden.

Auch hier sind entgegengesetzte Tendenzen wirksam. Je grösser das Wirtschaftsgebiet, je grösser die Staatsmacht, desto günstiger die Stellung des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt. So wird das Finanzkapital zum Träger der Idee der Stärkung der Staatsmacht mit allen Mitteln. Je grösser aber die historisch gewordenen Unterschiede in der Staatsmacht, desto verschiedener die Konkurrenzbedingungen, desto erbitterter, weil desto aussichtsreicher der Kampf der grossen Wirtschaftsgebiete um die Beherrschung des Weltmarkts. Dieser Kampf wird um so schärfer, je entwickelter das Finanzkapital, je stärker sein Streben nach Monopolisierung von Stücken des Weltmarkts für das nationale Kapital; je weiter aber der Prozess der Monopolisierung bereits fortgeschritten, desto erbitterter der Kampf um den Rest. War durch das englische Freihandelssystem dieser Gegensatz noch erträglich gemacht, so muss er durch den in kurzer Zeit notwendigerweise erfolgenden Uebergang zum Schutzzoll eine ausserordentliche Verschärfung erfahren. Der Widerspruch zwischen der Entwicklung des deutschen Kapitalismus und der verhältnismässigen Kleinheit seines Wirtschaftsgebietes wird dann ausserordentlich gesteigert. Während Deutschland in seiner industriellen Entfaltung rapid fortschreitet, wird ihm sein Konkurrenzgebiet plötzlich geschmälert. Und dies ist umso empfindlicher, als Deutschland aus historischen Gründen [1], also für den heutigen Kapitalismus, der auf das Vergangene, wenn es nicht akkumulierte „vergangene Arbeit" ist, nichts gibt, zufälligen Gründen keinen in Betracht kommenden Kolonialbesitz hat, während nicht nur seine stärksten Konkurrenten England und die Vereinigten Staaten, für die ihr ganzer Kontinent ökonomisch

[1]) Siehe Karl Emil: „Der deutsche Imperialismus und die innere Politik", „Neue Zeit", XXVI, 1.

Kolonialcharakter trägt, sondern auch die kleineren Mächte, Frankreich, Belgien, Holland über beträchtlichen Kolonialbesitz verfügen und sein künftiger Konkurrent Russland gleichfalls ein ungeheuer grösseres Wirtschaftsgebiet besitzt. Es ist eine Situation, die den Gegensatz zwischen Deutschland und England mit ihren Trabanten ausserordentlich verschärfen muss, eine Situation, die zu einer gewaltsamen Lösung hindrängt.

Diese wäre längst eingetreten, wenn nicht entgegengesetzte Ursachen entgegengewirkt hätten. Denn der Kapitalexport schafft selbst Tendenzen, die einer solchen gewaltsamen Lösung widerstreben. Die Ungleichheit der industriellen Entwicklung bewirkt eine gewisse Differenzierung in den Formen des Kapitalexports. Die direkte Anteilnahme an der Erschliessung der industriell rückständigen oder langsamer sich entwickelten Länder fällt jenen zu, in denen die industrielle Entwicklung, sowohl was die technische als auch was die organisatorische Seite anlangt, die höchste Form erreicht hat. Dazu gehören vor allem Deutschland und die Vereinigten Staaten, in zweiter Linie England und Belgien. Die anderen Länder mit alter kapitalistischer Entwicklung nehmen am Kapitalexport mehr in der Form von Leihkapital Anteil als in der Form der Errichtung von Fabriken. Das führt dazu, dass zum Beispiel französisches, holländisches, im hohen Masse aber auch englisches Kapital zum Leihkapital wird für Industrien unter deutscher und amerikanischer Leitung. So entstehen Tendenzen zu einer Solidarität internationaler Kapitalsinteressen. Französisches Kapital wird als Leihkapital interessiert an den Fortschritten deutscher Industrien in Südamerika etc. Zugleich erlaubt eine solche Verbindung, die die Kapitalsmacht ausserordentlich steigert, eine noch raschere Erschliessung fremder Gebiete, die noch erleichtert wird durch den verstärkten Druck der verbundenen Staaten [1]).

Welche von diesen Tendenzen überwiegt, ist in den konkreten Fällen verschieden und hängt vor allem ab von den Gewinnaussichten, die durch die Ausfechtung des Kampfes eröffnet werden.

[1]) Ein Beispiel solcher Entwicklung bietet der vorläufige Ausgang des marokkanischen Streites, bei dem die Verbindung von Krupp und Schneider-Creuzot zur gemeinsamen Exploitation der marokkanisch-algerischen Erzlager eine Vereinbarung der beiden Staaten zur Folge hatte, deren Druck sich Marokko viel weniger entziehen kann, als wenn es beide Staaten gegeneinander ausspielen könnte.

Es spielen hier ähnliche Verhältnisse eine Rolle auf internationalem und interstaatlichem Massstab, wie diejenigen es sind, welche darüber entscheiden, ob innerhalb einer Industriesphäre der Konkurrenzkampf weiterdauert oder durch ein Kartell oder einen Trust für kürzere oder längere Zeit beendet wird. Je grösser die Machtunterschiede, desto wahrscheinlicher im allgemeinen der Kampf. Aber jeder siegreiche Kampf würde zugleich eine Stärkung des Siegers herbeiführen, die eine Machtverschiebung zu seinen Gunsten und zu ungunsten aller anderen herbeiführen würde. Daher die internationale Besitzstandpolitik der neuesten Zeit, die ganz an die Gleichgewichtspolitik der Frühstadien des Kapitalismus erinnert. Dazu kommt die Furcht vor den innerpolitischen Folgen eines Krieges, die durch die sozialistische Bewegung erzeugt wird. Anderseits ist aber der Entscheid über Krieg und Frieden nicht in der Hand der hochkapitalistischen Staaten allein gelegen, wo die Gegentendenzen gegen die kriegerische Entwicklung am stärksten ausgeprägt sind. Das kapitalistische Erwachen der Nationen des östlichen Europas und Asiens ist von Machtverschiebungen begleitet, die auf die Grossstaaten zurückwirkend auch hier die vorhandenen Gegensätze zur Entladung bringen können.

Wird aber die politische Macht des Staates auf dem Weltmarkt zu einem Konkurrenzmittel des Finanzkapitals, so bedeutet dies natürlich die völlige Aenderung des Verhaltens des Bürgertums zum Staate. Trägerin der Staatsfeindschaft war das Bürgertum im Kampfe gegen den ökonomischen Merkantilismus und den politischen Absolutismus. Der Liberalismus war wirklich destruktiv, bedeutete in der Tat den „Umsturz“ der Staatsgewalt und die Lösung der alten Bindungen. Das ganze mühsam aufgebaute System der ländlichen Abhängigkeitsverhältnisse und der städtischen genossenschaftlichen Bindungen mit seinem komplizierten Ueberbau von Privilegien und Monopolen wurde über den Haufen geworfen. Sein Sieg bedeutete zunächst eine gewaltige Machtminderung der Staatsgewalt. Das ökonomische Leben sollte, wenigstens dem Prinzip nach, der staatlichen Regelung gänzlich entrückt sein und politisch der Staat sich auf die Ueberwachung der Sicherheit und die Herstellung der bürgerlichen Gleichheit beschränken. So war der Liberalismus rein negierend, im schroffsten Gegensatz zu dem Staat des merkantilistischen Frühkapitalismus, der im Prinzip alles regeln wollte, im Gegensatz auch zu allen sozialistischen Systemen, die

nicht destruktiv, sondern konstruktiv an Stelle der Anarchie und der Freiheit der Konkurrenz die bewusste Regelung durch die ihr ökonomisches Leben und damit sich selbst organisierende Gesellschaft setzen wollen. Es ist nur natürlich, dass das liberale Prinzip am ehesten noch in England zur Verwirklichung gelangte, wo es getragen war von einer freihändlerischen Bourgeoisie, die auch durch den Gegensatz zum Proletariat nur während kurzer Perioden zur Anrufung der Staatsmacht gezwungen wurde. Aber auch in England stiess seine Verwirklichung auf den Widerstand nicht nur der alten Aristokratie, die Schutzzollpolitik trieb, also dem liberalen Prinzip widerstrebte, sondern auch zum Teil auf dem des Handels- und des mit auswärtigen Anlagen rechnenden Bankkapitals, das vor allem die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft verlangte, ein Verlangen, das von dem an den Kolonien interessierten Schichten aufs nachdrücklichste unterstützt wurde. Auf dem Kontinent aber konnte die liberale Staatsauffassung von vornherein nur mit starken Umbiegungen zur Herrschaft gelangen. Während aber — ein charakteristischer Gegensatz zwischen Ideologie und Wirklichkeit — der kontinentale, von den Franzosen in klassischer Weise ausgebildete Liberalismus alle theoretischen Konsequenzen für alle Gebiete des politischen und des geistigen Lebens überhaupt mit viel grösserer Kühnheit und schärferer Konsequenz zog als der englische, da sein späteres Auftreten ihn mit einem ganz anderen wissenschaftlichen Rüstzeug versah als den englischen — seine Formulierung war darum auch viel umfassender und seine Grundlage die rationalistische Philosophie, während der englische wesentlich auf Oekonomie gegründet war — waren der praktischen Verwirklichung auf dem Kontinent von vornherein bestimmte Schranken gesetzt. Wie sollte auch die Forderung des Liberalismus nach Herabdrückung der Staatsgewalt von einer Bourgeoisie erfüllt werden können, die ökonomisch den Staat als den gewaltigsten Hebel ihrer Entwicklung brauchte, für die es sich nur darum handeln konnte, nicht den Staat abzuschaffen, sondern ihn umzuschaffen aus einem Hindernis in ein Vehikel ihrer eigenen Entwicklung. Was die kontinentale Bourgeoisie vor allem brauchte, war die Ueberwindung der Kleinstaaterei, war, an Stelle der Ohnmacht des Kleinstaates die Uebermacht des Einheitsstaates zu setzen. Das Bedürfnis der Schaffung des Nationalstaates musste die Bourgeoisie von vornherein staatserhaltend machen. Auf dem Kontinent aber handelte es sich nicht um Seemacht, sondern um Landmacht.

Das moderne Heer aber ist ein ganz anderes Mittel, die staatliche Macht der Gesellschaft entgegenzusetzen wie die Flotte. Es bedeutet von vornherein die Verselbständigung der staatlichen Macht in den Händen derjenigen, die das Heer zur Verfügung haben. Anderseits musste die allgemeine Wehrpflicht, die die Massen bewaffnete, der Bourgeoisie sehr bald die Ueberzeugung beibringen, dass, sollte das Heer nicht eine Bedrohung ihrer Herrschaft werden, es einer streng hierarchischen Organisation bedürfe, mit einem abgeschlossenen Offizierskorps, das ein gefügiges Werkzeug des Staates war. Konnte also der Liberalismus in Ländern wie Deutschland, Italien oder Oesterreich sein Staatsprogramm nicht durchführen, so war auch in Frankreich seinem Streben bald Schranken gesetzt, da die französische Bourgeoisie handelspolitisch den Staat nicht entbehren konnte. Dazu kam, dass der Sieg der französischen Revolution Frankreich notwendigerweise in einen Krieg nach zwei Fronten verwickeln musste; es musste gegen den Feudalismus des Kontinents seine revolutionären Errungenschaften sichern, anderseits bedeutete die Schaffung eines neuen Reiches des modernen Kapitalismus die Bedrohung der alten Stellung Englands auf dem Weltmarkt, und so musste Frankreich gleichzeitig mit England um die Herrschaft auf dem Weltmarkt den Kampf aufnehmen. Seine Niederlage stärkte in England die Macht des Grundbesitzes, des Handels-, Bank- und Kolonialkapitals und damit der Staatsmacht über das industrielle Kapital und verzögerte so den endgültigen Antritt der Herrschaft des englischen Industriekapitals und den Sieg des Freihandels. Anderseits machte der Sieg Englands das industrielle Kapital Europas notwendigerweise zum Anhänger des Schutzzolls und vereitelte den Sieg des wirtschaftlichen Liberalismus völlig, schuf aber damit zugleich die Bedingungen für die raschere Entwicklung des Finanzkapitals auf dem Kontinent.

Der Anpassung der Ideologie und der Staatsauffassung des Bürgertums an die Bedürfnisse des Finanzkapitals stand so in Europa von vornherein ein geringeres Hindernis entgegen und vollends musste der Umstand, dass die Einigung Deutschlands auf konterrevolutionärem Wege erfolgte, hier die Stellung der Staatsgewalt im Bewusstsein des Volkes ausserordentlich stärken, während in Frankreich die militärische Niederlage alle Kräfte zunächst auf Wiederherstellung der Staatsmacht konzentrieren liess. So stiessen denn die Bedürfnisse des Finanzkapitals auf ideologische Elemente,

die es leicht benützen konnte, um aus ihnen die neue, seinen Interessen angepasste Ideologie zu schaffen.

Diese Ideologie ist aber der des Liberalismus völlig entgegengesetzt; das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft; es hat keinen Sinn für die Selbständigkeit des Einzelkapitalisten, sondern verlangt seine Bindung; es verabscheut die Anarchie der Konkurrenz und will die Organisation, freilich nur, um auf immer höherer Stufenleiter die Konkurrenz aufnehmen zu können. Aber um dies durchzusetzen, um seine Uebermacht zu erhalten und zu vergrössern, braucht es den Staat, der ihm durch seine Zollpolitik und Tarifpolitik den inländischen Markt sichern, die Eroberung ausländischer Märkte erleichtern soll. Es braucht einen politisch mächtigen Staat, der in seiner Handelspolitik nicht auf die entgegengesetzten Interessen anderer Staaten Rücksicht zu nehmen braucht[1]). Es bedarf schliesslich eines starken Staates, der seine finanziellen Interessen im Ausland zur Geltung bringt, seine politische Macht einsetzt, um den kleineren Staaten günstige Lieferungsverträge und günstige Handelsverträge abzunötigen. Einen Staat, der überall in der Welt eingreifen kann, um die ganze Welt in Anlagesphären für sein Finanzkapital verwandeln zu können. Das Finanzkapital braucht endlich einen Staat, der stark genug ist, um Expansionspolitik treiben und neue Kolonien sich einverleiben zu können. War der Liberalismus ein Gegner der staatlichen Machtpolitik, wollte er seine Herrschaft sichern gegenüber den alten Gewalten der Aristokratie und Bureaukratie, indem er ihnen die staatlichen Machtmittel in möglichst geringem Umfang gewährte, so wird die Machtpolitik ohne jede Schranke zur Forderung des Finanzkapitalismus, und es wäre dies der Fall, auch wenn die Ausgaben für den Militarismus und Marinismus nicht unmittelbar gerade den mächtigsten kapitalistischen Schichten wichtigen Absatz mit meist monopolistischen Gewinnen sichern würde.

Das Verlangen nach Expansionspolitik aber revolutioniert auch die ganze Weltanschauung des Bürgertums. Es hört auf, friedlich und humanitär zu sein. Die alten Freihändler glaubten an den Freihandel nicht nur als die richtigste ökonomische Politik, son-

---

[1]) Man denke, wie wichtig es für die internationale Durchsetzung der letzten deutschen Handelsverträge geworden ist, dass die politische Macht Russlands infolge der Verwicklungen im fernen Osten so geschwächt war, dass ein politischer Druck nicht möglich war.

dern auch als Ausgangspunkt einer Aera des Friedens. Das Finanzkapital hat diesen Glauben längst verloren. Es hält nichts von der Harmonie der kapitalistischen Interessen, sondern weiss, dass der Konkurrenzkampf immer mehr zu einem politischen Machtkampf wird. Das Friedensideal verblasst, an Stelle der Idee der Humanität tritt das Ideal der Grösse und Macht des Staates. Der moderne Staat aber ist entstanden als Verwirklichung des Strebens der Nationen zur Einheit. Der nationale Gedanke, der in der Konstituierung der Nation als Grundlage des Staates seine natürliche Grenze fand, da er das Recht aller Nationen auf eigene staatliche Gestaltung anerkannte und damit die Grenzen des Staates in den natürlichen Grenzen der Nation gegeben sah, wird jetzt gewandelt zu dem Gedanken der Erhöhung der eigenen Nation über die anderen[1]). Als Ideal erscheint es jetzt, der eigenen Nation die Herrschaft über die Welt zu sichern, ein Streben ebenso unbegrenzt wie das Profitstreben des Kapitals, dem es entsprang. Das Kapital wird zum Eroberer der Welt und mit jedem neuen Lande erobert es die neue Grenze, die es zu überschreiten gilt. Dieses Streben wird zur ökonomischen Notwendigkeit, da jedes Zurückbleiben den Profit des Finanzkapitals senkt, seine Konkurrenzfähigkeit verringert und schliesslich das kleinere Wirtschaftsgebiet zum Tributpflichtigen des grösseren machen kann. Oekonomisch begründet, wird es ideologisch gerechtfertigt durch jene merkwürdige Umbiegung des nationalen Gedankens, der nicht mehr das Recht jeder Nation auf politische Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennt und der nicht mehr Ausdruck ist des demokratischen Glaubenssatzes von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, auf nationalem Massstab. Vielmehr spiegelt sich die ökonomische Bevorzugung des Monopols wider in der bevorzugten Stellung, die der eigenen Nation zukommen muss. Diese erscheint als auserwählt vor allen anderen. Da die Unterwerfung fremder Nationen auf Gewalt, also auf sehr natürlichem Wege vor sich geht, scheint die herrschende Nation diese Herrschaft ihren besonderen natürlichen Eigenschaften zu verdanken, also ihren Rasseneigenschaften. In der Rassenideologie ersteht so eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtstrebens des Finanzkapitals, das so die naturwissenschaftliche Bedingtheit und Notwendigkeit seiner Hand-

[1]) Siehe Otto Bauer, Marx-Studien, II., § 30, Seite 491 ff. „Der Imperialismus und das Nationalitätsprinzip.“

lungen nachweist. An Stelle des demokratischen Gleichheitsideals ist ein oligarchisches Herrschaftsideal getreten.

Umfasst aber dieses Ideal auf dem Gebiet der auswärtigen Politik scheinbar die ganze Nation, so schlägt es auf dem Gebiete der inneren in die Betonung des Herrenstandpunktes gegenüber der Arbeiterklasse um. Zugleich stärkt die zunehmende Macht der Arbeiter das Streben des Kapitals, die Staatsmacht als Sicherung gegen die proletarischen Forderungen noch weiter zu verstärken.

So entsteht die Ideologie des Imperialismus als Ueberwindung der alten liberalen Ideale. Sie spottet deren Naivität. Welche Illusion, in der Welt des kapitalistischen Kampfes, wo die Ueberlegenheit der Waffen allein entscheidet, an eine Harmonie der Interessen zu glauben! Welche Illusion, das Reich des ewigen Friedens zu erwarten und ein Völkerrecht zu predigen, wo nur die Macht allein über das Geschick der Völker entscheidet. Welche Torheit, die Regelung der Rechtsbeziehungen innerhalb der Staaten über die staatlichen Grenzen hinaustragen zu wollen, welche unverantwortliche Geschäftsstörung diese Humanitätsduselei, die aus den Arbeitern eine Frage gemacht, im Inlande die Sozialreform erfunden hat, in den Kolonien die Kontraktsklaverei, die einzige Möglichkeit rationeller Ausbeutung, beseitigen will. Ewige Gerechtigkeit ist ein schöner Traum, aber mit Moral baut man nicht einmal im Inlande Eisenbahnen. Wie sollen wir die Welt erobern, wenn wir auf die Bekehrung der Konkurrenz warten wollen?

Aber an Stelle der verblichenen Ideale des Bürgertums setzt der Imperialismus diese Auflösung aller Illusionen nur, um selbst eine neue und grössere zu erwecken. Er ist nüchtern bei der Abwägung des realen Widerstreits kapitalistischer Interessengruppen und er begreift die ganze Politik als Geschäft miteinander kämpfender, aber auch miteinander sich vereinigender kapitalistischer Syndikate. Aber er wird hinreissend und berauschend, wenn er sein eigenes Ideal enthüllt. Der Imperialist will nichts für sich; er ist aber auch kein Illusionist und Träumer, der das unentwirrbare Gewirr der Rassen auf allen Entwicklungsstufen und mit allen Entwicklungsmöglichkeiten statt als farbenprächtige Wirklichkeit in den blutleeren Begriff der Menschheit auflöst. Mit harten klaren Augen blickt er auf das Gemenge der Völker und erblickt über ihnen allen die eigene Nation. Sie ist wirklich, sie lebt in dem mächtigen, immer mächtiger und grösser werdenden Staate und ihrer Erhöhung

gilt all sein Streben. Die Hingabe des Einzelinteresses an ein höheres Allgemeininteresse, das die Bedingung jeder lebensfähigen sozialen Ideologie ausmacht, ist damit gewonnen, der volksfremde Staat und die Nation selbst zu einer Einheit verbunden und die nationale Idee als Triebkraft in den Dienst der Politik gestellt. Die Klassengegensätze sind verschwunden und aufgehoben in dem Dienst der Gesamtheit. An Stelle des für die Besitzenden ausweglosen, gefährlichen Kampfes der Klassen ist die gemeinsame Aktion der zum gleichen Ziel nationaler Grösse vereinten Nation getreten.

Dieses Ideal, das ein neues Band um die zerrissene bürgerliche Gesellschaft zu legen scheint, musste um so mehr begeisterten Widerhall finden, als unterdessen der Zersetzungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft weitere Fortschritte gemacht hat.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Das Finanzkapital und die Klassen.

Wir haben gesehen, wie die Zusammenballung zu kapitalistischen Monopolen das Interesse des Kapitals an der Stärkung der Staatsmacht erweckt. Zugleich erwächst dem Kapital die Macht, die Staatsgewalt zu beherrschen, direkt durch die eigene ökonomische Macht, indirekt, indem es die Interessen anderer Klassen seinen eigenen unterordnet.

Die Entwicklung des Finanzkapitals ändert von Grund aut die wirtschaftliche und damit die politische Struktur der Gesellschaft. Die Einzelkapitalisten des Frühkapitalismus standen einander im Konkurrenzkampf feindlich entgegen. Dieser Gegensatz hinderte sie an gemeinsamen Aktionen wie auf anderem, so auch aut politischem Gebiete. Es kam hinzu, dass solche Wirksamkeit noch nicht von den Bedürfnissen der Klasse erfordert wurde, da das negative Verhalten zur Staatsmacht das industrielle Kapital nicht als kapitalistische Interessenvertretung auftreten liess, sondern den einzelnen Kapitalisten als Staatsbürger. Denn die grossen Fragen, die das Bürgertum bewegten, waren wesentlich Verfassungsfragen, die Aufrichtung des modernen Verfassungsstaates, also Fragen, die in gleicher Weise alle Bürger angingen und sie vereinten in dem

gemeinsamen Kampfe gegen die Reaktion, gegen die Reste der feudalen und absolutistisch-bureaukratischen Regierungsweise.

Das wurde anders, sobald der Sieg des Kapitalismus die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft entfesselte. Gegen die Herrschaft des industriellen Kapitals empörte sich zunächst das Kleinbürgertum und die Arbeiterschaft. Beide griffen auf wirtschaftlichem Gebiet ein. Die Gewerbefreiheit erschien bedroht vom Kleinbürgertum, das zunftartige Bindungen verlangte, von den Arbeitern, die die gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages forderten. Jetzt handelte es sich nicht mehr um den Staatsbürger, sondern um Fabrikanten und Arbeiter, Fabrikanten und Meister. Die politischen Parteien orientierten sich jetzt offen nach wirtschaftlichen Interessen, während diese früher hinter den Schlagworten von Reaktion, Liberalismus und Demokratie verborgen waren, unter denen die drei Klassen des Frühkapitalismus, die Grundrentner mit ihrem Anhang bei Hof, Bureaukratie und Armee, die Bourgeoisie und das vereinigte Kleinbürgertum und Proletariat sich verborgen hatten. Im Kampfe um die Gewerbeordnung entstanden so die drei Gruppen wirtschaftlicher Verbände, die Industriellenverbände, Genossenschaften und Arbeiterorganisationen, die beiden ersteren mannigfach gefördert durch die Staatsgewalt, die sie in gewissen Funktionen zu gesetzlichen Verbänden umgestaltet. Während aber Genossenschaften und Gewerkschaften bald einheitlich orientiert waren, blieben die Unternehmerverbände gespalten durch den handelspolitischen Gegensatz. Dazu kam, dass das industrielle Kapital sich politisch im Gegensatz befand zum Handels- und Leihkapital. Das Handelskapital war viel eher einer Stärkung der Staatsmacht geneigt als das industrielle, da der Grosshandel, besonders als Uebersee- und namentlich als Kolonialhandel den staatlichen Schutz erstrebte und ausserdem dem Hang nach Privilegien leicht nachgab. Das Leihkapital des Frühkapitalismus unterstützte die Staatsmacht, mit der es seine wichtigsten Geschäfte, die Staatsanleihen, zu erledigen hatte, und war von dem Drang nach Frieden und Ruhe, der das industrielle Kapital beseelte, völlig frei. Je grösser die Finanzbedürfnisse der Staaten, desto grösser sein Einfluss, desto häufiger die Anleihen und Finanztransaktionen. Auf diesen aber beruhte damals nicht nur der unmittelbare Gewinn. Sie waren auch das Rückgrat der Börsentransaktionen und ausserdem ein wichtiges Mittel, das staatliche Privileg für die Banken zu erwerben. Ist doch das Notenprivileg

der Bank von England zum Beispiel historisch eng verknüpft mit den Schuldverhältnissen des Staates an die Bank.

Die Kartellierung vereinigt die wirtschaftliche Macht und erhöht dadurch unmittelbar ihre politische Wirksamkeit. Sie vereinheitlicht aber auch zugleich die politischen Interessen des Kapitals und lässt die ganze Wucht der wirtschaftlichen Kraft direkt auf die Staatsmacht wirken. Sie vereinigt die Interessen alles Kapitals und tritt so gegenüber der Staatsmacht viel geschlossener auf als das zersplitterte industrielle Kapital des Zeitalters der freien Konkurrenz. Zugleich aber findet das Kapital auch bei den anderen Bevölkerungsklassen eine viel grössere Unterstützungsbereitschaft.

Dies muss auf den ersten Anblick sonderbar anmuten; denn das Finanzkapital scheint zunächst zu den Interessen aller anderen Klassen in Gegensatz zu treten. Bildet doch, wie wir gesehen haben, der monopolistische Profit einen Abzug von dem Einkommen aller anderen Klassen. Der Kartellprofit auf Industrieprodukte verteuert der Landwirtschaft die Produktionsmittel und verringert die Konsumkraft ihres Einkommens. Die rasche Entwicklung der Industrie entzog der Landwirtschaft die Arbeitskräfte und schuf die chronische Leutenot auf dem Lande in Verbindung mit der technisch-wissenschaftlichen Umwälzung im landwirtschaftlichen Betrieb. Und dieser Gegensatz musste um so schärfer empfunden werden, solange den Tendenzen des Finanzkapitals, die Preise der Industrieprodukte zu erhöhen, keine ähnliche Tendenz für die landwirtschaftlichen Produkte entsprach.

Der Beginn der kapitalistischen Entwicklung findet in der landwirtschaftlichen Bevölkerung entgegengesetzte Interessen. Die Industrie vernichtet den bäuerlichen Hausfleiss und wandelt die im wesentlichen sich selbst genügende bäuerliche Wirtschaft in ein rein landwirtschaftliches, auf den Absatz für den Markt angewiesenes Unternehmen um, eine Umwandlung, die für die Bauern mit vielen Opfern erkauft wird. Diese stehen daher der industriellen Entwicklung feindlich gegenüber. Aber die Bauernschaft allein ist in der modernen Gesellschaft eine wenig aktionsfähige Klasse. Ohne örtlichen Zusammenhang, von der städtischen Kultur isoliert, den Blick auf die engsten lokalen Interessen beschränkt, wird sie politisch aktionsfähig meist erst im Gefolge anderer Klassen. Zu Beginn kapitalistischer Entwicklung steht sie aber gerade im Gegensatz zu derjenigen Klasse, die die stärkste Aktionskraft auf dem Lande

besitzt, zum grossen Grundbesitz. Dieser ist an der industriellen Entfaltung unmittelbar interessiert. Ihm, der auf den Verkauf seiner Produkte angewiesen, schafft der Kapitalismus den grossen inneren Markt und gibt ihm die Möglichkeit, die landwirtschaftlichen Industrien der Brennerei, Brauerei, Stärke- und Zuckerfabrikation etc. zu entwickeln. Dieses Interesse des Grossgrundbesitzes ist für die Entwicklung des Kapitalismus von hoher Bedeutung, da sie ihm im Frühstadium seiner Entwicklung die Unterstützung des Grossgrundbesitzes, damit aber auch die der Staatsmacht gewährleistet. Die Politik des Merkantilismus ist immer auch getragen von der Gutsherrschaft, dem kapitalistischen Umwandlungsprodukt der Grundherrschaft.

Die Weiterentwicklung des Kapitalismus sprengt sehr bald diese Interessengemeinschaft durch den Kampf gegen den Merkantilismus und seine Exekutive, die absolute Staatsmacht. Dieser Kampf richtet sich unmittelbar gegen den Grundbesitz, der diese Staatsmacht zu einem grossen Teil beherrscht, die leitenden Stellen in Militär, Bureaukratie und bei Hofe besetzt hält, durch die wirtschaftliche Exploitation der Staatsmacht sein Einkommen steigert und schliesslich im Bereich des Gutsbezirkes unmittelbarer Träger der Staatsmacht ist. Nach der Besiegung des Absolutismus und Schaffung des modernen Staates verstärkt sich dieser Gegensatz; die Entwicklung der Industrie stärkt die politische Macht des Bürgertums und bedroht den Grundbesitz mit völliger politischer Depossedierung. Und zu dem politischen kommt die Verschärfung des ökonomischen Gegensatzes. Die Entwicklung der Industrie entvölkert das flache Land, produziert die Leutenot und wandelt schliesslich das frühere Exportinteresse in ein Importinteresse um. Damit entsteht der handelspolitische Gegensatz, der in England mit der Niederlage des Grundbesitzes endet. Auf dem Kontinent aber hindert das gemeinsame Interesse am Schutzzoll die Entwicklung des Gegensatzes zur vollen Schärfe. Solange auf dem Kontinent die zurückgebliebene industrielle Entwicklung die grosse Landwirtschaft noch zum Export zwingt, ist auch hier der Grossgrundbesitz innerhalb bestimmter Schranken industrie- und vor allem verkehrsfreundlich. Er ist freihändlerisch und erst das Entstehen des Importinteresses bekehrt ihn zum Schutzzoll und bringt ihn wirtschaftspolitisch den schweren Industrien näher. Aber dieselbe industrielle Entwicklung, die ihn in Deutschland stärkt, die Preise der Agrarprodukte erhöht und die

Grundrente steigert, schafft zugleich die Keime eines neuen Gegensatzes. Die Erstarkung der Industrie stärkt vor der Periode der Kartellierung ihre freihändlerischen, vertragsfreundlichen Tendenzen und ihre Macht droht gross genug zu werden, um das Industrieinteresse an billigen Getreidepreisen durchzusetzen. Die industrielle Entwicklung wird so zu einer Gefahr für die Grundbesitzerinteressen. Diese wird noch gesteigert dadurch, dass dieselbe Entwicklung, die in Europa den Kontinent in einen Industriestaat verwandelt, in Amerika die landwirtschaftliche Konkurrenz auslöst, die die europäische Landwirtschaft mit einem akuten Sturz der Getreidepreise, der Rente und des Bodenpreises bedroht. Die Entwicklung des Finanzkapitals überbrückt durch die Funktionswandlung des Schutzzolles diesen Gegensatz und stellt eine neue Interessengemeinschaft des Grossgrundbesitzes und der schweren kartellierten Industrien her. Der Landwirtschaft ist jetzt das Preisniveau gesichert und die weitere Entfaltung der Industrie muss dieses Preisniveau steigern. Nicht mehr der Gegensatz zur Industrie wird jetzt die Hauptsorge des Grundbesitzes, sondern die Arbeiterfrage. Die Niederhaltung der Ansprüche der Arbeiter wird jetzt seine dringendste politische Sorge und er tritt damit zugleich in scharfen Gegensatz zu den Bestrebungen der industriellen Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, weil jede solche Besserung das Festhalten der ländlichen Arbeitskräfte erschwert. So treibt die gemeinsame Feindschaft gegen die Arbeiterbewegung diese beiden mächtigsten Klassen zusammen.

Zugleich wächst die Macht des Grossgrundbesitzes durch das Schwinden oder zum mindesten durch die starke Abschwächung des Gegensatzes zum kleinen Grundbesitz. Der alte historische Gegensatz ist durch Aufhebung der Grundlasten längst beseitigt. Die Periode des Sinkens der Getreidepreise sowie die Schwierigkeiten der Arbeiterfrage haben die Expansion des grossen Grundbesitzes auf Kosten des kleinen fast ganz zum Stillstand gebracht. Anderseits hat der gemeinsame Kampf um die landwirtschaftlichen Zölle die grossen und kleinen Grundbesitzer vereinigt. Dass der kleine Betrieb viel mehr an Schutz gegen Vieh- und Fleischimport interessiert ist als der grosse, hinderte natürlich keineswegs ein Zusammengehen, da ja der Zoll nur im gemeinsamen Kampf erreicht werden konnte. Dazu kommt die spezifische Wirkung landwirtschaftlicher Zölle auf den Bodenpreis. Die Steigerung des Bodenpreises

ist zwar für die Landwirtschaft als solche eher schädlich, aber für jeden landwirtschaftlichen Besitzer sehr nützlich. Der gemeinsame Kampf um die Handelspolitik verband also alle Schichten des landwirtschaftlichen Besitzes in Ländern mit landwirtschaftlichem Importbedürfnis und gab so dem Finanzkapital die Unterstützung des flachen Landes. Der mittlere und kleine Besitz beteiligte sich an diesen Kämpfen um so mehr, als die rasche Entwicklung des Genossenschaftswesens den Absatz für den Markt jeder Bauernwirtschaft vergrösserte, die Produktion für den Eigenbedarf verringerte. Zugleich erhielt der grössere Besitz in diesen Genossenschaften sehr leicht die Führung, da einerseits kein stärkerer Interessengegensatz vorlag, anderseits gerade die grösseren Besitzer über die nötige Erfahrung, Intelligenz und Autorität verfügten. Dies stärkte wieder die führende Rolle des grösseren Besitzers auf dem flachen Lande und führte dazu, dass die Politik des flachen Landes immer mehr in die Hände des grösseren Besitzes überging.

Zugleich führte die Entwicklung dahin, dass die Besitzinteressen immer mehr vereinheitlicht werden, weil die Einkommensquellen immer mannigfaltiger werden. Die Zollpolitik hat das Einkommen an Grundrente rasch vermehrt und dies insbesondere im letzten Jahrzehnt, in welchem die Intensität der überseeischen landwirtschaftlichen Konkurrenz sich verringerte, teils durch die rasche industrielle Entfaltung der Vereinigten Staaten von Amerika[1]), teils dadurch, dass die landwirtschaftliche Produktion der mittel- und südamerikanischen Staaten trotz ihrer raschen Entwicklung mit der Steigerung der Nachfrage nicht gleichen Schritt hält. Die Steigerung der Grundrente aber bedeutete, dass der grössere

---

[1]) Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten betrug 1901: 33 Prozent der gesamten Weizenproduktion, 1902: 29 Prozent, 1903: 19·5 Prozent, 1904: 10·5 Prozent. J. M. Rubinow, Russia's wheat trade. Washington 1908.

In den von Marie Schwab, a. a. O., Seite 73, zitierten Bemerkungen des Department of Commerce and Labor in Washington heisst es: „Die Abnahme der ausgeführten Mengen von Brotstoffen, Nahrungsmitteln und Baumwolle, welche in den jüngsten Jahren und besonders im letzten Jahre 1903/04 eingetreten ist, kann weder auf knappe Inlandsernten noch auf niedrige Preise im Ausland zurückgeführt werden. Die im letzten Jahre geernteten Mengen an Mais, Weizen und Baumwolle waren nicht unter dem Durchschnitt, in den meisten Fällen sogar aussergewöhnlich hoch. Der Hauptgrund für den stetigen Rückgang des Anteils, den die Ackerbauprodukte an der Gesamtausfuhr haben, ist offenbar der steigende Bedarf in den Vereinigten Staaten. Die für den inneren Verbrauch in den Ver-

Grundbesitz Einkommenüberschuss zur Verfügung hatte; ihn in Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion zu verwenden, begegnete aber Schwierigkeiten, da namentlich die Erweiterung der Grundfläche in der Besitzverteilung auf starke Hindernisse stösst. Diese werden überwunden einmal, wenn die Tendenz des Steigens der Getreidepreise stark und andauernd ist und daher auch einen höheren Bodenpreis als angemessen erscheinen lässt, dann aber und das ist ein zweites wichtiges Moment, wenn der Grossgrundbesitzer auf eine Bauernschaft stösst, die verelendet ist und sich gegen den Auskauf nicht wehren kann. Nun war aber die Periode von der Mitte der Siebzigerjahre bis zur Mitte des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts der Bauernschaft günstig gewesen. Die überseeische Konkurrenz hatte mit voller Wucht gerade den grossen getreidebauenden und extensive Viehzucht treibenden Grossgrundbesitz getroffen, den auch die Leutenot am meisten benachteiligte, während die starke Steigerung der städtischen Nachfrage nach den Hauptprodukten des kleineren Betriebes, Milch, Fleisch, Gemüse, Obst etc., und die geringere Bedeutung der Arbeiterfrage den mittleren und kleinen Besitz begünstigte. Die Tendenz, den Bodenbesitz zu erweitern, die für den Grossbetrieb erst dann mit voller Stärke einsetzen konnte, als die Tendenz zum Sinken der Getreidepreise der entgegengesetzten wich, stiess also auf den Widerstand eines kräftigen Mittel- und Kleinbesitzes, dessen Hauptprodukte gleichfalls die steigende Preistendenz bewahrten. So musste dieser Einkommenüberschuss seine Verwendung suchen vor allem in profitabler Anlage in der Industrie. Dazu drängte auch der Umstand, dass die seit 1895 einsetzende stürmische Hochkonjunkturperiode die Profit-

---

einigten Staaten zurückbehaltene Weizenmenge hat vor dem Jahre 1880 nie 275 Millionen Bushels erreicht. Im Jahre 1883 überstieg sie die 300 Millionen-Grenze und wuchs mit der Zunahme der Bevölkerung allmählich weiter. Sie betrug im Jahre 1889 über 400 Millionen Bushels, 1902 über 500 Millionen Bushels und in dem am 30. Juni 1904 zu Ende gegangenen Rechnungsjahr 517 Millionen Bushels. Das ist der grösste bisher in irgend einem Jahre dagewesene Gesamtbetrag."

„Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist in der Zeit von 1880 bis 1900 von 50 Millionen auf 76 Millionen gestiegen, das sind 52 Prozent, während die Weizenfläche der Republik nur eine Vermehrung von 34 Millionen Acres auf 42 Millionen Acres, das heisst um $23^1/_2$ Prozent erfuhr. Die gesamte mit Getreide aller Art bestellte Anbaufläche vollends stieg nur von 136 Millionen auf 158 Millionen Acres, das heisst um $16^1/_2$ Prozent." Ebenda, Seite 72.

rate in der Industrie erhöhte und sie jedenfalls stark über die der Landwirtschaft steigerte. Diese Verwendungsmöglichkeit war aber um so leichter, da die Entwicklung des Aktienwesens für solche Anlagen aus anderen Sphären die geeignete Form geschaffen, die Konzentration und Konsolidierung der grossen Industrien auch das Risiko für den Aussenstehenden sehr erleichtert hatte. Dazu kam die rasche Entwicklung sowohl der eigentlich ländlichen Industrien und ihre durch die Staatsmacht (Steuergesetzgebung) geförderte Entwicklung zum Monopol als auch die rasche Entwicklung von Industrien mit dem Standort auf dem flachen Lande und schliesslich gerade für die grössten Grundbesitzer die aus alter Zeit herrührende Verbindung von landwirtschaftlichem mit Bergwerkbesitz. Dies alles wandelte die Klasse des Grossgrundbesitzes um aus einer Klasse, deren Einkommen aus Grundrente fliesst, in eine solche, deren Einkommen daneben und in wachsendem Masse aus industriellem Profit, aus Anteilnahme an dem Gewinn des „mobilen Kapitals" fliesst[1]).

Auf der anderen Seite wuchs das Interesse des Finanzkapitals an dem Hypothekengeschäft. Für dessen Ausdehnung aber ist caeteris paribus entscheidend die Höhe des Bodenpreises. Je höher der Bodenpreis, desto grösser kann die hypothekarische Verschuldung werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Zölle wurde so zu einem wichtigen Interesse eines nicht unbedeutenden Teiles des Bankgeschäftes. Zugleich boten die erhöhten Einnahmen der Grundeigentümer und Pächter den Anreiz zu neuer Kapitalanlage in der Landwirtschaft, zur Steigerung der Intensität des Betriebes und damit wieder zu vermehrter Aufnahme von Betriebsmitteln, da-

---

[1]) Für Preussen siehe „Das Kapitalvermögen der selbständigen Landwirte in Preussen" von Professor Dr. F. Kühnert in der Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Landesamtes, 48. Jahrg., 1908. Als Grundlage dient die auf den Materialien der Einkommensteuer- und Ergänzungssteuer-Veranlagung für das Jahr 1902 beruhende preussische Statistik der Verschuldung der Eigentümer von Grundstücken mit mindestens 60 Mk. Grundsteuerreinertrag, also im allgemeinen der wirklich selbständigen Landwirte. Unter dem „eigentlichen Kapitalvermögen" ist hier nicht verstanden das Vermögen an Grundstücken, das land- und forstwirtschaftliche Betriebskapital, auch nicht das gewerbliche und bergbauliche Anlage- und Betriebskapital, sondern Kapitalforderungen jeder Art, wie Aktien, Sparkasseneinlagen, Kuxenbesitz etc. Es ist also das Kapitalvermögen ausschliesslich des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Anlage- oder Betriebskapitals gemeint. Es ergibt sich, dass die Eigentümer von Grundstücken mit mindestens 60 Mk. Grundsteuerreinertrag, deren Gesamtzahl 720.067 betrug, im ganzen

mit aber wieder zur Ausdehnung dieser Anlagesphäre des Bankkapitals.

Auf der anderen Seite trieb der Drang nach Erhöhung ihrer sozialen Stellung städtische Kapitalisten zum Erwerb von Grundbesitz oder — auch hier finden wir das Prinzip der Personalunion — zur Verbindung mit dem grossen Grundeigentum durch Einheirat, der beliebten Form sozialer Durchdringung und Abwehr von Besitzzersplitterung.

So entsteht durch die Trennung der Funktion des Eigentums von der Leitung der Produktion, wie sie das Aktienwesen bedeutet, die Möglichkeit und mit der Steigerung der Grundrente auf der einen, der Steigerung industriellen Extraprofits auf der anderen Seite die Wirklichkeit einer Solidarisierung der Besitzinteressen. Der „Reichtum“ ist nicht mehr differenziert nach seinen Einnahmequellen, nach seiner Entstehung aus Profit oder Rente, sondern er fliesst jetzt aus der Anteilnahme an allen Teilen, in die der von der Arbeiterklasse erzeugte Mehrwert zerfällt.

Die Verbindung mit dem Grossgrundbesitz aber stärkt die Macht des Finanzkapitals zur Beherrschung der Staatsmacht ausserordentlich. Mit dem Grossgrundbesitz gewinnt er die führende Schicht und damit in den meisten Fragen das flache Land überhaupt. Zwar ist diese Unterstützung keine bedingungslose und sicher eine kostspielige. Aber die Kosten, die in Gestalt der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produkte gezahlt werden müssen, werden leicht hereingebracht durch die Extraprofite, welche die Beherrschung der Staatsmacht und damit die Durchsetzung der imperialistischen Politik dem Finanzkapital verschafft, für das

7.920.781.703 Mk. Kapitalvermögen besassen, wovon 3.997,549.251 Mk. oder 50·5 vom Hundert auf die 628.876 Eigentümer mit Haupterwerb aus der Land- oder Forstwirtschaft, also im allgemeinen die selbständigen Landwirte im Hauptberuf, und 3.923,232.452 Mk. oder 49·5 vom Hundert auf die 91.191 Eigentümer mit Nebenerwerb aus der Land- oder Forstwirtschaft, das sind im wesentlichen die selbständigen Landwirte im Nebenberuf, entfallen.

Von dem gesamten Bruttovermögen der 720.067 selbständigen Landwirte Preussens im Betrage von 39,955,313.135 Mk. entfielen 74·1 Hundertteile auf das Grund- und 19·8 auf das Kapitalvermögen, 5·9 auf das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital und 0·2 auf die selbständigen Rechte und Gerechtigkeiten; insbesondere bei dem Gesamtvermögen der 628.876 hauptberuflichen Landwirte von 28.541,502.216 Mk. betrugen die entsprechenden Verhältnisziffern 84·9, beziehungsweise 14·0, 1·0 und 0·1 und bei dem der 91.191 nebenberuflichen von 11.413,811.919 Mark 47·1, beziehungsweise 34·4, 18·3 und 0·3 vom Hundert.

die Beherrschung der Staatsmacht conditio sine qua non ist. Mit der Unterstützung des grossen Grundbesitzes sichert es sich zugleich die Klasse, die zu einem grossen Teil die höchsten und einflussreichsten Aemter besetzt, die Herrschaft über die Bureaukratie und das Militär ausübt. Zugleich bedeutet der Imperialismus Stärkung der Staatsmacht, Vermehrung des Militärs und der Marine und der Bureaukratie überhaupt und stärkt auch dadurch die Interessensolidarität des Finanzkapitals mit dem Grossgrundbesitz.

* * *

Hat so das Finanzkapital in seinem Streben, die Staatsmacht zu beherrschen, die Unterstützung der massgebenden Schicht des flachen Landes erhalten, so ist auch die Entwicklung der Klassengegensätze innerhalb der gewerblichen Produzenten diesem Streben vorerst förderlich gewesen.

Das Finanzkapital erscheint zunächst im Gegensatz zu dem kleinen und mittleren Kapital. Wir haben gesehen, dass der Kartellprofit einen Abzug bildet von dem Profit der nicht kartellierten Industrie. Diese also hat das Interesse, der Kartellierung entgegenzuwirken. Aber dieses Interesse ist durch andere Interessen durchkreuzt. Soweit es sich um nicht oder noch nicht exportfähige Industrien handelt, vereinigt diese Industrien das gemeinsame und nur gemeinsam durchzusetzende Schutzzollinteresse mit der kartellierten Industrie, der mächtigsten Vorkämpferin für den Schutzzoll. Dann aber bedeutet ja die Bildung e i n e s Kartells die Beschleunigung der Monopolisierungstendenzen in den anderen. Gerade die mächtigsten und konkurrenzfähigsten Kapitalisten der noch nicht kartellierten Industrien begrüssen die Bildung von Kartellen, die die Konzentration in ihrer eigenen Industrie fördern und damit ihre Kartellfähigkeit beschleunigen muss. Sie sucht die Gegenwehr gegen das Kartell der anderen in der Schaffung des eigenen und keineswegs in dem Kampf um den Freihandel; denn nicht der Freihandel, sondern die Ausnützungsmöglichkeit des Schutzzolls durch ein eigenes Kartell ist ihr Streben.

Dazu kommt, dass auch unter den mittleren und kleineren Kapitalisten die Fälle indirekter Abhängigkeit vom Kapital sich mehren. Wir haben gesehen, wie das im grössten Massstabe bei dem kapitalistischen Handel der Fall ist. Das bringt zwar einen Gegensatz mit sich, solange der Prozess noch in seinem Werden

ist. Ist er aber erst einmal vollzogen, so werden gerade diese Schichten in ihren Interessen solidarisch mit dem Kartell. Die Händler, die heute die Agenten des Kohlensyndikats oder der Spirituszentrale sind, haben nur mehr das Interesse an der Stärkung des Syndikats, das ihnen die Konkurrenz der Outsider vom Halse hält, und an seiner Ausdehnung, die ihren Umsatz vergrössert. Aber auch die zahlreichen und sich mehrenden Fälle von indirekter Abhängigkeit von Industriellen, die von einem Warenhaus, einem grossen Industriekonzern etc. beschäftigt werden, bringen das gleiche zuwege, wie ja die Ausdehnung der Kartellierung überhaupt die Gleichheit der Interessen alles Kapitalbesitzes bedeutet. In derselben Richtung wirkt die Beteiligung der kleineren und mittleren Kapitalisten an der grossen Industrie. Durch das Aktienwesen ermöglicht, wird der auch in anderen Industriezweigen akkumulierte Profit zu einem Teil in den schweren Industrien angelegt, weil hier einmal die Entwicklung, die die relativ schnellere Ausgestaltung der Produktion der Produktionsmittel fordert, am raschesten vor sich geht und die Kartellierung am ausgebildetsten, damit aber auch die Profitrate am höchsten ist.

Schliesslich bedeutet die Politik des Finanzkapitals die energischeste Expansion und die beständige Jagd nach neuen Anlagesphären und neuen Absatzmärkten. Je rascher sich aber der Kapitalismus erweitert, desto länger die Prosperitätsepoche, desto kürzer die Krise. Expansion ist das gemeinsame Interesse alles Kapitals und im Zeitalter der Schutzzölle ist sie nur möglich als imperialistische Expansion. Es kommt hinzu, dass je länger die Prosperität, desto geringer fühlbar die Konkurrenz des Kapitals im eigenen Lande, desto geringer die Gefahr für die kleineren Kapitalisten, der Konkurrenz der grossen zu erliegen. Das gilt für die kleineren Kapitalisten aller Industrien, auch der kartellierten. Sind es ja gerade die Zeiten der Depression, die für den Bestand der Kartelle am gefährlichsten sind, wie umgekehrt die Depression mit ihrem verschärften Konkurrenzkampf im Innern, mit ihren Massen brachliegenden Kapitals die Zeit ist, wo der Trieb nach neuen Märkten am stärksten ist.

Nachdem die Marxsche Konzentrationslehre jahrzehntelang bekämpft worden ist, ist sie heute ein Gemeinplatz geworden. Der Rückgang des gewerblichen Mittelstandes gilt als unaufhaltsam. Was uns aber hier interessiert, ist weniger der zahlenmässige Rück-

gang, der aus der Vernichtung des Kleinbetriebes entsteht, als die Strukturänderung, die in den Kleinbetrieben des Gewerbes und des Handels durch die moderne kapitalistische Entwicklung erzeugt worden ist. Ein grosser Teil der Kleinbetriebe sind Hilfsbetriebe von Grossbetrieben, an deren Ausdehnung sie daher interessiert sind. Das Reparaturgewerbe der Städte, die Installationsarbeit etc. ist bedingt durch die grosse fabriksmässige Produktion, die sich der Flickarbeit noch nicht bemächtigt hat. Der Feind der Reparaturgeschäfte aller Art ist nicht die Fabrik, sondern das Handwerk, das alle diese Arbeiten gleichfalls besorgt hat. Diese Schichten stehen also im Gegensatz zur Arbeiterschaft, aber nicht zur Grossindustrie. Ein noch viel grösserer Teil der Kleinbetriebe ist aber überhaupt nur scheinbar selbständig; in Wirklichkeit sind sie in „indirekte Abhängigkeit vom Kapital" (Sombart) geraten und damit „kapitalshörig" (Otto Bauer) geworden. Sie sind eine abnehmende Schicht von geringer Widerstandsfähigkeit und mangelnder Organisationsfähigkeit, völlig abhängig von kapitalistischen Grossunternehmungen, deren Agenten sie sind. Hierher gehört zum Beispiel das Heer der kleinen Wirte, die nichts sind als Verkaufsagenten von Brauereien, die Inhaber von Schuhwarengeschäften, die von einer Schuhfabrik eingerichtet sind etc. Dahin gehören ebenso die zahlreichen scheinbar selbständigen Tischlermeister, die für das Möbelmagazin, die Schneidermeister, die für den Konfektionär etc. arbeiten. Näher braucht auf diese Verhältnisse um so weniger eingegangen werden, da sie von Sombart in seinem „Modernen Kapitalismus" ausführlich und treffend geschildert sind.

Was aber von Bedeutung ist, ist dies, dass zugleich mit dieser Entwicklung eine andere politische Stellungnahme dieser Schichten gegeben ist. Der Interessenkampf zwischen Kleinbetrieb und Grossbetrieb, wie er zu Beginn des Kapitalismus als Kampf des Handwerks gegen die kapitalistische Unternehmung erscheint, ist im wesentlichen entschieden. Dieser Kampf hatte den alten Mittelstand in eine antikapitalistische Haltung hineingetrieben. Durch Bekämpfung der Gewerbefreiheit, durch Fesselung der grosskapitalistischen Unternehmungen suchte der Mittelstand seine Niederlage hinauszuschieben. Die Gesetzgebung wurde angerufen, um durch Handwerkerschutz, Wiedereinführung der Innungen, Lehrzeitfestsetzungen, durch Differenzierung der Steuergesetzgebung etc. die Lebensdauer des Mittelstandes zu verlängern. In diesem Kampfe

gegen das Grosskapital fand der Mittelstand die Unterstützung der ländlichen Klassen, die in jener Zeit ebenfalls antikapitalistischen Tendenzen ergeben waren. Er stiess auf die Feindschaft der Arbeiterklasse, die in der Einschränkung der Produktivität eine Bedrohung ihrer Lebensinteressen sehen musste.

Wesentlich anders ist die Stellung des jetzt existierenden Kleinbetriebes. Der Konkurrenzkampf ist hier im wesentlichen ausgefochten, sofern es sich um Konkurrenz zwischen Kapital und Handwerk handelt. Der Kampf um die Konzentration spielt sich vielmehr ab innerhalb der kapitalistischen Sphäre selbst als Kampf zwischen kleinen und mittleren Betrieben gegen den Riesenbetrieb. Die kleinen Betriebe sind heute im wesentlichen nur Adnexe von Grossunternehmungen; auch wo ihre Selbständigkeit nicht bloss fiktiv ist, sind sie nur Hilfsunternehmungen grosser Betriebe; so die Installationsgeschäfte der Beleuchtungsbranchen, die modernen grossstädtischen Geschäfte, die Fabriksprodukte vertreiben etc. Sie alle kämpfen keinen Konkurrenzkampf gegen die Grossindustrie, sind vielmehr an deren grösstmöglicher Ausdehnung interessiert, deren Geschäfte sie besorgen als Reparatur- oder Hilfsgewerbe, als Händler oder Agenten. Das schliesst nicht aus, dass sie untereinander konkurrieren, dass die Konzentrationsbewegung auch unter ihnen wirksam ist. Aber dieser Kampf löst keine antikapitalistische Haltung im allgemeinen mehr aus; vielmehr sehen sie ihr Heil nur in der rascheren Entwicklung des Kapitalismus, deren Produkt sie selbst sind und die ihnen das Beschäftigungsfeld erweitert. Dagegen geraten sie in immer schärferen Gegensatz zur Arbeiterklasse, sofern sie Lohnarbeiter beschäftigen, da ja die Macht der Arbeiterorganisation gerade in den kleinen Betrieben am grössten ist.

Aber selbst in jenen Schichten, wo der Kleinbetrieb noch überwiegt, wie zum Beispiel im Baugewerbe, verliert der Gegensatz zum Grosskapital seine Schärfe. Nicht nur weil auch diese Unternehmer, die auf den Kredit der Banken angewiesen sind, durchaus mit kapitalistischem Geist erfüllt sind, nicht nur, weil ihr Gegensatz zu den Arbeitern immer intensiver wird, sondern auch, weil sie, wo sie spezifische Forderungen vertreten, immer weniger Widerstand, häufig sogar Unterstützung gerade beim grössten Kapital finden. Der Kampf für und gegen die Gewerbefreiheit war ein Kampf, der mit besonderer Intensität zwischen den Handwerksmeistern und den kleinen und mittleren Fabrikanten der Konsum-

mittelindustrien geführt wurde. Schneider, Schuster, Stellmacher, Bauhandwerker waren die Vorkämpfer auf der einen, Textilfabrikanten, Konfektionäre etc. auf der anderen Seite. Dagegen trifft der Handwerkerschutz heute, wo der Kampf in allem wesentlichen entschieden ist, auf keine Lebensinteressen gerade der entwickeltsten kapitalistischen Sphären. Dem Kohlensyndikat, dem Stahlwerksverband, der Elektrizitäts- und chemischen Industrie sind die Mittelstandsforderungen, wie sie heute vertreten werden, ziemlich gleichgültig. Die klein- und mittelkapitalistischen Interessen, die dadurch etwa leiden, sind nicht oder wenigstens nicht unmittelbar die ihrigen. Dagegen sind die Vertreter dieser Forderungen gerade die heftigsten und erbittertsten Gegner der Arbeiterforderungen. In diesen Sphären der Kleinproduktion herrscht die erbittertste Konkurrenz, ist die Profitrate am niedrigsten. Jede neue Sozialreform, jeder gewerkschaftliche Erfolg macht einer Reihe dieser Existenzen den Garaus. Hier finden die Arbeiter ihre wütendsten Gegner, hier aber auch das Grosskapital und das Grossrentnertum ihre beste Schutztruppe[1]).

Dasselbe Interesse sichert aber dem Mittelstande auch die Unterstützung der ländlichen Klasse und so schwindet der alte Interessengegensatz zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum und dieses wird zu einer politischen Schutztruppe des Grosskapitals. Daran ändert nichts, dass auch die Erfüllung der Mittelstandsforderungen an der Lage des Mittelstandes nichts besserte. Die Errichtung von staatlichen Zwangsorganisationen des Kleingewerbes hat überall Fiasko gemacht. Wo das Kleingewerbe auch existenz-

---

[1]) Wie sehr dies den Grossindustriellen zum Bewusstsein gekommen ist, zeigt die Stellungnahme des Freiherrn v. Reiswitz, des Generalsekretärs des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona und Hauptverfechters des Prinzips der gemischten Arbeitgeberverbände. Er führt als Vorzüge der gemischten Verbände an: einmal sie wirkten „ausserordentlich erzieherisch“ auf die Arbeitgeber, da fast jederzeit e i n e der beteiligten Branchen vom Streik betroffen sei, der Verband also „sich sozusagen fortdauernd im Kriegszustande befinde“; anderseits aber — und das sei die Hauptsache — e r m ö g l i c h t e n s i e e i n e i n h e i t l i c h e s Z u s a m m e n g e h e n v o n G r o s s i n d u s t r i e, K l e i n g e w e r b e u n d H a n d w e r k. Auf dieses Zusammengehen aller Gewerbegruppen legt Freiherr v. Reiswitz aus p o l i t i s c h e n Gründen besonderen Wert. Der Handwerker sei der beste Vorkämpfer im Kleinkrieg gegen die Sozialdemokratie, darum hätte die Grossindustrie ein bedeutendes Interesse, ihn wirtschaftlich lebensfähig zu halten. Siehe R e i s w i t z „Gründet Arbeitgeberverbände“, Seite 22 ff. Zitiert bei Dr. Gerhard K e s s l e r, „Die deutschen Arbeitgeberverbände“, in Schriften des Vereines für Sozialpolitik, 124. Band. Leipzig 1907, Seite 106 ff.

fähig ist, sind die Genossenschaften und Innungen, wie in den Nahrungsmittelgewerben der Grossstädte, zu einer Art von Kartellen geworden, die gemeinsam die Konsumenten zu plündern suchen, wie in der Fleischerei und Bäckerei. Oder sie sind Arbeitgeberverbände, sei es direkt, sei es, indem die Innungsmitglieder korporativ einer separaten, innerlich von der Innung abhängigen Arbeitgebervereinigung beitreten[1]).

Aber gerade die Unmöglichkeit, eigene ökonomische Forderungen von Bedeutung im Gegensatz zu dem alten Handwerk vertreten zu können, macht den Mittelstand zu selbständiger Politik unfähig, macht diese Schwanzpolitik zur Notwendigkeit. Ohne die Möglichkeit eigener Klassenpolitik wird er zur Beute aller Demagogie, wenn sie nur seiner Feindschaft gegen die Arbeiterklasse Rechnung trägt. Aus dem ökonomischen Gegner der Arbeiter wird er ihr politischer Gegner, sieht in der politischen Freiheit, die er selbst nicht mehr ausnützen kann, eine Vorschubleistung für die Stärkung der politischen und damit auch der ökonomischen Macht der Arbeiterklasse. Er wird politisch reaktionär und je kleiner sein Haus, desto grösseren Wert legt er darauf, Herr im Hause zu bleiben. Er ruft nach der starken Hand auch in der Regierung und ist bereit, jede Gewaltpolitik zu unterstützen, wenn sie sich gegen die Arbeiter kehrt. So wird er zum begeisterten Förderer der starken Regierungsmacht, schwärmt für Militarismus und Marinismus und für eine autoritäre Bureaukratie. Damit besorgt er die Geschäfte der imperialistischen Klassen und wird auch darin zu ihrem wertvollsten Bundesgenossen. Der Imperialismus selbst aber gibt ihm eine neue Ideologie; von der raschen Ausdehnung des Kapitals erhofft er auch für sich besseren Gang seiner Geschäfte, Vermehrung seiner Erwerbsgelegenheiten, vermehrte Kaufkraft seiner Kunden und so wird er ein begeisterter Mitläufer der imperialistischen Parteien. Zugleich ist er auch den Mitteln der Wahlbeeinflussung, vor allem dem geschäftlichen Boykott, am zugänglichsten und seine Schwäche macht ihn auch politisch zu einem geeigneten Ausbeutungsobjekt.

Freilich, er wird bedenklich, wenn ihm die Kostenrechnung präsentiert wird, und die Harmonie zwischen ihm und dem Grosskapital ist eine Zeitlang gestört. Aber die Steuern werden zum grössten Teil von den Arbeitern aufgebracht und treffen auch ihn

---

[1]) Siehe Kessler, a. a. O., Seite 15.

die indirekten Steuern stärker als das Grosskapital, so ist doch seine Widerstandskraft zu gering, um den Bund zu lösen. Es ist nur ein geringer Teil des Mittelstandes, der sich von der Gefolgschaft der Bourgeoisie loslöst und sich dem Proletariat anschliesst. Abgesehen von den scheinbar Selbständigen, Alleinbetrieblern, die in Wirklichkeit Hausindustrielle sind, gehören jene meist städtischen Schichten des Kleinhandels hierher, die, auf Arbeiterkunden angewiesen, aus Geschäftsrücksichten oder auch durch den ständigen Verkehr mit den Arbeitern für deren Anschauung gewonnen, sich der Arbeiterpartei anschliessen.

Eine ganz andere Stellung nehmen jene Schichten an, die man in neuerer Zeit nach schlechter Gewohnheit als „neuen Mittelstand“ bezeichnet. Es handelt sich dabei um die Angestellten in Handel und Industrie, die durch die Entwicklung des Grossbetriebes und durch die gesellschaftliche Form des Unternehmens eine ausserordentliche Vermehrung erfahren haben und in hierarchischer Abstufung zu den eigentlichen Leitern der Produktion werden. Es ist eine Schicht, deren Anwachsen selbst die des Proletariats übertrifft. Der Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung bedeutet eine relative, in manchen Fällen und manchen Industriesphären sogar eine absolute Verminderung der Arbeiter. Dies muss aber durchaus nicht der Fall sein mit dem technischen Personal, das vielmehr mit dem Umfang des Betriebes, wenn auch nicht im selben Verhältnis, zunimmt. Denn Fortschritt der organischen Zusammensetzung bedeutet Fortschritt des automatischen Betriebes, Veränderung und Komplizierung der Maschinerie. Die Einführung neuer Maschinerie macht menschliche Arbeitskraft überflüssig, sie macht aber durchaus nicht die Aufsicht des Technikers überflüssig. Die Ausdehnung des maschinellen, grosskapitalistischen Betriebes ist daher ein Lebensinteresse der technischen Angestellten aller Kategorien und macht die Angestellten der Industrie zu den leidenschaftlichsten Anhängern grosskapitalistischer Entwicklung.

Auch die Entwicklung des Aktienwesens wirkt zunächst in ähnlicher Weise. Sie trennt die Leitung vom Besitz und macht die Leitung zur besonderen Funktion höher bezahlter Lohnarbeiter und Angestellter. Zugleich werden die höheren Posten zu einflussreichen und reich dotierten Stellungen, die, der Möglichkeit nach, allen Angestellten offen zu stehen scheinen. Das Interesse an der Karriere, der Drang nach dem Avancement, das sich in jeder

Hierarchie ausbildet, erwacht so in jedem einzelnen Angestellten und besiegt ihre Solidaritätsgefühle. Jeder hofft vor dem anderen hinaufzukommen und sich aus der halbproletarischen Lage emporzuarbeiten zu der Höhe kapitalistischen Einkommens. Je rascher die Entwicklung der Aktiengesellschaften, je grösser ihr Umfang, desto grösser auch die Zahl der Stellen, vor allem auch der einflussreichen und gutgezahlten. Die Angestellten sehen zunächst nur diese Harmonie der Interessen und fühlen sich, da ihnen jede Stellung nur als Uebergang zu einer höheren erscheint, nicht so sehr interessiert an dem Kampf um ihren Arbeitsvertrag, als an dem Kampf des Kapitals um die Erweiterung seiner Einflusssphäre.

Es ist eine Schicht, die noch ihrer Ideologie und ihrem Herkommen nach zur Bourgeoisie gehört, deren tüchtigste oder rücksichtsloseste Vertreter noch in die kapitalistischen Schichten aufsteigen, die auch durch ihr Einkommen zum Teil noch über dem Proletariat steht. Die Angehörigen dieser Schicht kommen mit den leitenden Kapitalisten am meisten in Berührung, werden von ihnen am schärfsten überwacht und am peinlichsten ausgesucht. Gegen ihre Organisation ist der Kampf am heftigsten und unerbittlichsten. Wird schliesslich die Entwicklung gerade diese für die Produktion unentbehrliche Schichten auf die Seite des Proletariats treiben, besonders wenn die Machtverhältnisse bereits ins Wanken gekommen, die Macht des Kapitalismus, wenn auch noch nicht gebrochen, so doch nicht mehr unüberwindbar erscheint, so sind diese Schichten heute noch keine besonders aktive Truppe im selbständigen Kampfe.

Die weitere Entwicklung muss allerdings allmählich diese passive Haltung ändern. Die Verringerung der Möglichkeit, zu selbsändiger Stellung zu gelangen, die eine Folge der Konzentrationsentwicklung ist, zwingt die Kleingewerbetreibenden und Kleinkapitalisten immer mehr, ihre Söhne in die Laufbahn der Angestellten eintreten zu lassen. Zugleich wächst mit der Zahl der Angestellten die Bedeutung des durch deren Lohn gebildeten Ausgabepostens und weckt die Tendenz, das Lohnniveau zu drücken. Das Angebot an diesen Arbeitskräften nimmt rasch zu. Anderseits bildet sich im Grossbetrieb auch für diese höchstqualifizierten Arbeitskräfte eine immer stärkere Arbeitsteilung und Spezialisierung aus. Ein Teil dieser Arbeit, der einen automatischen Charakter erhält, wird von minderqualifizierten Arbeitskräften besorgt; eine moderne Grossbank, eine moderne Elektrizitätsgesellschaft, ein Warenhaus

beschäftigt eine Unzahl Angestellter, die nicht viel mehr sind als ausgelernte Teilarbeiter, deren höhere Ausbildung, wenn sie sie besitzen, für den Unternehmer mehr weniger gleichgültig ist: sie sind fortwährend in Gefahr, durch ungelernte oder halbgelernte Arbeiter ersetzt zu werden; auch die Frauenarbeit macht ihnen starke Konkurrenz; sie müssen in dem Preis ihrer Arbeitskraft diese Konkurrenz auskämpfen und werden in ihrer Lebenshaltung gedrückt, was ihnen um so schmerzlicher zum Bewusstsein kommt, als sie an bürgerliche Ansprüche gewöhnt sind. Dazu kommt, dass mit der Ausdehnung der Riesenbetriebe nur die Zahl dieser schlecht bezahlten Stellungen wächst, aber durchaus nicht in gleichem Mass die Zahl der höheren Stellungen. Hat die Vermehrung der Grossbetriebe und ihrer modernen Formen die Nachfrage nach Angestellten aller Art rasch erhöht, so bewirkt die Vergrösserung der schon bestehenden keineswegs eine Zunahme im gleichen Verhältnis. Dazu kommt, dass mit der Konsolidierung der Aktiengesellschaften die bestbezahlten Stellungen immer mehr zum Monopol der grosskapitalistischen Schicht gemacht, die Aussicht der Karriere vollends verringert wird[1]).

Die Zusammenfassung der Industrien und der Banken zu den grossen Monopolen verschlechtert die Lage der Angestellten weiter. Sie stehen jetzt einmal einer übermächtigen Kapitalistengruppe gegenüber; ihre Freizügigkeit, damit aber die Aussicht, durch Ausnützung der Unternehmerkonkurrenz um die besten Angestellten ihre Stellung zu verbessern, wird auch für die Befähigteren und Talentierteren immer prekärer. Die Anzahl der Angestellten kann durch die Zusammenfassung auch absolut vermindert werden. Das betrifft vor allem die Zahl der bestbezahlten Stellungen, da die Leitung vereinfacht werden kann. Die Entstehung der Kombination, vor allem aber des Trusts, vermindert die Zahl der höchsten technischen Stellungen. Die Zahl der Zirkulationsagenten, der Reisenden, der Reklamemacher etc. wird absolut verringert[1]).

---

[1]) So sagte nach dem Bericht des »Berl. Tagebl.« vom 14. Juni 1909 auf der Tagung des Deutschen Bankbeamtenvereines der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses Fürstenberg (Berlin): »Die Konzentrationsbestrebungen im Bankgewerbe haben glücklicherweise einen Stillstand erfahren. Immerhin haben zurzeit 90 Prozent aller Bankbeamten Deutschlands keine Aussicht, jemals selbständig zu werden.“

[1]) Die Bildung des Whiskey-Trusts machte 300, die des Stahltrusts 200 Reisende überflüssig. Siehe J. W. Jenks, „The Trust Problem“, New-York 1902, Seite 24.

Es dauert aber längere Zeit, bis diese Wirkungen auf die politische Stellung dieser Schicht sich geltend machen. Hervorgegangen und sich rekrutierend aus bürgerlichen Kreisen leben sie zunächst ganz in ihrer alten Ideologie. Es sind die Kreise, in denen die Angst vor dem Herabsinken ins Proletariat das Bestreben lebendig erhält, nur ja nicht als Proletarier zu gelten. Es sind zugleich die Kreise, wo der Hass gegen das Proletariat am intensivsten ist, die Verabscheuung der proletarischen Kampfmittel am grössten. Der Handlungsgehilfe empfindet es als Beleidigung, als Arbeiter angesprochen zu werden, während der Geheimrat, bisweilen noch der Leiter eines Kartells, mit Eifer diese Bezeichnung für sich reklamieren, wobei freilich der eine die geringe soziale Geltung fürchtet, der andere auf die ethische Bewertung der Arbeit das Gewicht legt. Aber immerhin hält diese Ideologie die Angestellten zunächst von proletarischen Anschauungen fern. Anderseits bedeutet aber die Entwicklung der Aktiengesellschaften und wieder insbesondere die der Kartelle und Trusts eine ausserordentliche Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung. Die rapide Entwicklung der Grossbanken, die Ausdehnung der Produktion durch das Mittel des Kapitalexports, die Eroberung neuer Mächte, das alles sind Mittel, immer neue Beschäftigungsfelder den Angestellten aller Art zu eröffnen. Noch abgeschnitten von dem proletarischen Kampf sehen sie all ihre Aussichten in der Erweiterung des Beschäftigungsfeldes des Kapitals. Gebildeter als der Mittelstand der früher geschilderten Art lassen sie sich leichter von der Ideologie des Imperialismus packen und, interessiert an der Ausdehnung des Kapitals, werden sie die Gefangenen seiner Ideologie, die ihnen, denen der Sozialismus noch ideologisch fern und realiter zu gefährlich ist, einen Ausweg zu bieten scheint und lockende Aussichten auf Vorwärtskommen und Gehaltsteigerung eröffnet. Sozial schwach, ist diese Schicht der Angestellten mit ihren Verbindungen in den Kreisen des Kleinkapitals, mit der grösseren Leichtigkeit der öffentlichen Betätigung von bedeutendem Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung. Sie sind die Abonnenten der spezifisch imperialistischen Organe, die Anhänger der Rassentheorie, die bei ihnen auch manchmal Konkurrenzerscheinung ist, die Leser der Kriegsromane, die Bewunderer der Kolonialhelden, die Agitatoren und das Stimmvieh des Finanzkapitals.

Aber diese Stellung ist nicht die definitive. Je mehr die weitere

Ausbreitung des Kapitalismus auf Hindernisse stösst, die die Ausbreitung verlangsamen, je mehr die Kartellierung und Trustierung vollendet wird und damit die die Lage der Angestellten niederdrückenden Tendenzen die Oberhand gewinnen, desto mehr wächst der Gegensatz dieser Schichten, denen die wichtigsten leitenden Funktionen der Produktion ebenso gehören wie ihre überflüssigsten, zum Kapital, desto mehr wird der ihre Masse bildende, abhängige und stets abhängig bleibende, zu schlecht gezahlten, lang arbeitenden Teilarbeitern des Kapitals herabgedrückte Teil der Angestellten dazu getrieben, an der Seite des Proletariats den Kampf gegen die Ausbeutung aufzunehmen, ein Zeitpunkt, der um so früher eintreten wird, je grösser die Macht und je grösser daher die Siegesaussichten der proletarischen Bewegung sind.

Schliesslich vereinigt das gemeinsame Interesse gegenüber dem Vormarsch der Arbeiterklasse immer mehr alle bürgerlichen Schichten. In dieser Abwehr aber hat das Grosskapital schon längst die Führung übernommen.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Der Kampf um den Arbeitsvertrag.

Der Kampf um den Arbeitsvertrag durchläuft bekanntlich drei Stadien. Im ersten Stadium steht der einzelne Fabrikant den einzelnen Arbeitern gegenüber. Im zweiten kämpft der einzelne Fabrikant gegen die Organisation der Arbeiter; im dritten treten den Arbeiterorganisationen die Unternehmerorganisationen geschlossen gegenüber.

Die Gewerkschaft hat die Funktion, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander auf dem Arbeitsmarkt aufzuheben; sie erstrebt das Monopol des Angebots der Ware Arbeitskraft; sie stellt so ein Kontingentierungskartell dar oder, da es sich hier im Verhältnis zum Kapitalisten nur um Kauf und Verkauf der Ware handelt, einen Ring. Jedes Kontingentierungskartell und jeder Ring leidet aber an der Schwäche, dass er die Produktion nicht beherrscht und infolgedessen das Ausmass des Angebots nicht regeln kann. Bei der Gewerkschaft ist diese Schwäche unabänderlich. Die Produktion der Arbeitskraft entzieht sich fast immer ihrer Regelung. Nur wo es sich um qualifizierte Arbeitskraft handelt, kann es der

Arbeiterorganisation gelingen, durch gewisse Massnahmen ihre Produktion einzuschränken. Eine starke Gewerkschaft qualifizierter Arbeiter kann durch Beschränkung der Zahl der Lehrlinge, durch Durchsetzung einer längeren Lehrzeit, durch das Verbot, andere als qualifizierte Arbeitskräfte, das heisst als von der Gewerkschaft als qualifiziert anerkannte zu beschäftigen, auch die Produktion solcher Arbeitskräfte beschränken und damit sich eine gewisse Monopolstellung sichern. Ein Beispiel bilden die Buchdruckergewerkschaften, die es zum Beispiel durchgesetzt haben, dass auch an Setzmaschinen, für deren Bedienung rein technisch angelernte und daher verhältnismässig niedrig qualifizierte Arbeitskräfte ausreichen würden, nur hochqualifizierte „gelernte“ Buchdrucker verwendet werden dürfen. Es kann einer starken Gewerkschaft unter günstigen Umständen gelingen, sogar das Verhältnis umzukehren und einer Arbeit die Eigenschaft einer qualifizierten und daher hochbezahlten zu verleihen dadurch, dass sie als Vollarbeiter nur Arbeiter mit einer gewissen längeren Verwendungszeit zulässt. Das ist zum Beispiel der Fall in der englischen Textilindustrie, deren Monopolstellung auf dem Weltmarkt, die auch heute noch für gewisse Produkte zum Teil erhalten ist, einmal die Ausbildung einer starken Gewerkschaft begünstigte, anderseits den Unternehmern ein Nachgeben erleichterte, da die Monopolstellung erlaubte, den höheren Lohn auf die Konsumenten abzuwälzen.

Das Streben nach Beherrschung des Arbeitsmarktes erzeugt auch die Tendenz, die Konkurrenz ausländischer Arbeiter durch Erschwerung der Einwanderung abzuhalten, namentlich wo es sich um Zuzug noch bedürfnisloser, schwer organisierbarer Proletarier handelt. Die Einwanderungsverbote sollen der Gewerkschaft dasselbe leisten wie der Schutzzoll dem Kartell[1]).

Aber die Gewerkschaft ist eine Organisation lebendiger Menschen; soll sie ihr Ziel erreichen, so muss sie dieses durch den Willen ihrer Mitglieder verwirklichen lassen. Die Herstellung des Monopols hat zur Voraussetzung, dass die Arbeiter nur durch die Gewerkschaft und nur zu den von ihr festgesetzten Bedingungen ihre Arbeitskraft verkaufen. Der Preis der Arbeitskraft muss dem Spiel von Nachfrage und Angebot entzogen werden. Das heisst

[1]) Näher auf das Einwanderungsproblem einzugehen ist hier nicht der Ort und erübrigt sich auch angesichts der bereits oben angeführten eingehenden Erörterungen in der „Neuen Zeit“.

aber, dass die Anbietenden, das sind die Arbeitslosen, nicht auf dem Arbeitsmarkt in Aktion treten zu anderen als bestimmten Preisen. Der Preis ist das Gegebene, nämlich das durch den Willen der Gewerkschaft festgesetzte, und das Angebot muss sich nach dem Preise richten, nicht der Preis nach Angebot und Nachfrage. So wird die Gewerkschaft zu der Kooperation von Arbeitenden mit den Arbeitslosen. Die Arbeitslosen müssen vom Arbeitsmarkt zurückgehalten werden, wie etwa das Kartell, wenn schon einmal die Produktion das den Kartellzwecken entsprechende Angebot überschreitet, durch Lagerung der Produkte den Markt vor Ueberführung schützt. Den Lagerungskosten entsprechen die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften, die hier aber von viel grösserer Bedeutung sind, da sie das einzige Mittel sind, das Angebot in Schranken zu halten, während das Kartell das viel wirksamere Mittel der Produktionseinschränkung besitzt. Anderseits aber wird derselbe Zweck der Abhaltung der Arbeitslosen erreicht, wenn durch moralische Zwangsmittel, durch Verfemung der Arbeitswilligen, durch Aufklärung über die Schädigung der Klasseninteressen, kurz, durch die spezifische gewerkschaftliche Erziehung die Arbeiterklasse zu einer Kampfeinheit vereinigt wird.

Wie bei jedem Monopol handelt es sich naturgemäss auch bei der Gewerkschaft um die möglichst völlige Beherrschung des Marktes. Hier aber erwachsen der Gewerkschaft bedeutende Hindernisse. Dem Klasseninteresse der Arbeiter tritt das momentane persönliche Interesse der einzelnen Arbeiter entgegen. Die Organisation fordert gewisse Opfer: Beiträge, Zeitaufwand, Kampfbereitschaft. Wer ihr fernbleibt, wird vom Unternehmer begünstigt, vermeidet Konflikte, Arbeitslosigkeit oder Zurücksetzung. Je mehr die Gewerkschaften erstarken, desto mehr wächst das Bestreben des Unternehmers, seine Arbeiter von der Gewerkschaft fernzuhalten. Er ersetzt die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaft durch die eigenen und nützt zielbewusst den Gegensatz zwischen dem persönlichen und Klasseninteresse aus.

Der gewerkschaftliche Kampf ist ein Kampf um den Arbeitsertrag. Der Arbeiter reproduziert den Wert von c und schafft einen Neuwert, der zerfällt in $v + m$, Arbeitslohn und Mehrwert. Die absolute Grösse von $v + m$ hängt ab von der Länge der Arbeitszeit. Je kürzer die Arbeitszeit, desto kleiner $v + m$ und bei gleichbleibendem v desto kleiner m. Bei gleichbleibender Arbeitszeit

wächst m, wenn v abnimmt, und umgekehrt. Diese Wirkung wird durchkreuzt durch die Aenderung der Intensität der Arbeit; bei steigendem Lohn und sinkender Arbeitszeit wächst die Intensität der Arbeit. Die Entwicklung des Akkord- und Prämienlohnsystems sucht die Intensität der Arbeit auf das bei gegebenem Lohn und Arbeitszeit höchste Mass zu steigern, ebenso bietet die Beschleunigung der Schnelligkeit, mit der die Maschinerie im Gang erhalten wird, ein objektives Mittel, die Intensität der Arbeit zu steigern. Die Errungenschaften, die die Arbeiterklasse in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit erreicht hat, liegen sicherlich innerhalb und zum Teile noch weit innerhalb jener Grenzen, wo die Verkürzung der Arbeitszeit durch Erhöhung der Intensität der Arbeit völlig kompensiert worden ist. So bedeutend die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung in Bezug auf die soziale Lage der Arbeiter gewesen ist, so sehr sie und der Kampf um sie das körperliche und geistige Niveau gehoben hat, so unterliegt es kaum einem Zweifel, dass diese Verkürzung der Arbeitszeit das Verhältnis von v:m nicht zu ungunsten von m affiziert hat. Die Profitrate ist dadurch nicht affiziert worden, also rein ökonomisch nichts geändert worden. Nur nebenbei sei bemerkt, dass für die Entwicklung vieler Industrien mit ihren hohen Anforderungen an Präzision und Genauigkeit längere Arbeitszeiten unmöglich gewesen wären und dass allgemein mit der Verkürzung der Arbeitszeit sich die Qualität der Arbeit gehoben hat, der technische Fortschritt beschleunigt, der relative Mehrwert gesteigert worden ist. In Bezug auf die Lohnhöhe liegt der Zusammenhang zwischen Lohnsteigerung und Erhöhung der Arbeitsintensität nicht ganz so offen zutage, aber auch hier ist er vorhanden und es bleibt zumindest äusserst zweifelhaft, ob die verhältnismässig geringe Erhöhung des Reallohnes vor allem für unqualifizierte Arbeit v auf Kosten von m gesteigert oder ob nicht vielmehr, was viel wahrscheinlicher ist, auch hier eine vollständige Kompensation durch Erhöhung der Intensität der Arbeit eingetreten ist. Nur so viel muss natürlich zugegeben werden, dass bis zum Eintritte solcher Kompensationen eine gewisse Zeit verstreicht, während der m durch das Steigen von v geringer geworden ist.

Da der Wert der Ware — und wir können hier, wo es sich um das gesellschaftliche Verhältnis handelt, der Kürze halber von Wert sprechen — gleich ist dem konstanten plus dem variablen

Kapital plus dem Mehrwert (c + v + m), so hat die Aenderung von v, der eine entgegengesetzte von m entspricht, auf den Preis der Ware keinen Einfluss, für den Konsumenten also keine Wirkung. Dass die Erhöhung des Arbeitslohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit keine Wirkung auf den Preis der Ware haben können, hat schon Ricardo schlüssig nachgewiesen. Es ist dies auch ohneweiters klar. Das gesellschaftliche Produkt jedes Jahres zerfällt in zwei Teile. Der erste ist der Ersatz für die verbrauchten Produktionsmittel, für Maschinerie, Rohstoffe etc., der aus dem Gesamtprodukt zunächst zu ersetzen ist; der zweite ist das während des Jahres von den produktiven Arbeitern erzeugte Neuprodukt. Dieses ist zunächst in der Hand der Kapitalisten und zerfällt in zwei Teile; der eine bildet das Einkommen der Arbeiter, der zweite fällt als Mehrwert den Kapitalisten zu; der Preis des Produkts für den Konsumenten ist gleich der Summe der beiden Teile und kann nicht alteriert werden durch das Verhältnis, in dem der zweite Teil zwischen Arbeitern und Kapitalisten geteilt wird. Dass die Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung das Produkt verteuern, ist also eine ganz unsinnige Behauptung vom gesellschaftlichen Standpunkt aus. Trotzdem taucht diese Behauptung stets von neuem auf, und zwar aus guten Gründen.

Die von uns eben angeführte Deduktion gilt unmittelbar nur für den Wert der Waren, also nur vom Standpunkte der Gesellschaft. Wir wissen aber, dass der Wert der Ware eine Modifikation erfährt durch das Streben nach Ausgleichung der Profitrate. Für den einzelnen Kapitalisten, respektive den Kapitalisten eines einzelnen Industriezweiges stellt sich aber die Lohnerhöhung dar als Erhöhung des Kostpreises. Gesetzt, seine Lohnsumme habe bisher betragen 100; bei einem verbrauchten konstanten Kapital von 100 und einer Profitrate von 30 Prozent verkaufte er das Produkt um 260; steigt jetzt der Lohn infolge eines erfolgreichen Streiks auf 120, so ist jetzt sein Kostpreis gleich 220; verkaufte er nach wie vor zu 260, so wäre sein Profit gesunken absolut von 60 auf 40, seine Profitrate von 30 auf etwas weniger als 19 Prozent, also weit unter die Durchschnittsprofitrate. Es wird daher eine Ausgleichung der Profitraten stattfinden müssen. Das bedeutet: Lohnerhöhung in einem einzelnen Produktionszweig hat Steigerung des Preises in diesem Produktionszweige zur Folge; diese Steigerung vollzieht sich auf Grund der Bildung einer neuen allgemeinen Profitrate, die niedriger

ist als die frühere. Preissteigerungen vollziehen sich aber immer unter Widerständen; Preissteigerung bedeutet Erschwerung des Absatzes, die wieder der Preissteigerung entgegenwirkt; Verträge zu den alten Preisen müssen noch ausgeführt werden; vor allem dauert es längere Zeit, bis die Preissteigerung sich durchsetzen kann. Streng genommen müsste erst Abwanderung von Kapital aus diesem Produktionszweig erfolgen, da Preissteigerung Absatzverminderung bedeutet und daher das Angebot, das heisst die Produktion vermindert werden müsste. Diese Gefahr der Absatzverminderung ist in den verschiedenen Produktionszweigen verschieden und daher auch der Widerstand der Unternehmer gegen die Lohnforderungen. Es hängt dabei auch viel von dem Stande der Konjunktur ab und von der Organisation der Industrie, die ihr solche Abwälzungen in grösserem oder geringerem Grade, rascher oder langsamer möglich macht. Die Lohnerhöhung als allgemein gesetzt, wird die Ausgleichung der geänderten Profitrate zur Folge haben, dass die Preise der Produkte der Industrien mit höherer organischer als der Durchschnittszusammensetzung fallen, die mit niedrigerer steigen. Jede Lohnerhöhung hat aber eine Senkung der Durchschnittsprofitrate zur Folge, wenn auch diese Senkung durch die Lohnsteigerung einer Sphäre nur langsam sich durchsetzt und von geringem Ausschlag ist.

Da aber bis zur Erreichung des neuen Preisniveaus Verluste für den einzelnen Kapitalisten entstehen, so ist der Widerstand der Kapitalisten nur natürlich und je niedriger die Profitrate desto stärker. Wir haben eben gesehen, dass niedrigere Profitrate als im Durchschnitt im Kleingewerbe und kleinkapitalistischen Sphären herrscht; schon deshalb wird sich hier der Widerstand am stärksten bemerkbar machen, während gleichzeitig die Kraft zum Widerstand hier am geringsten ist. Der gewerkschaftliche Kampf ist ein Kampf um die Profitrate vom Standpunkt des Unternehmers, um die Lohnhöhe (worin die Verkürzung der Arbeitszeit eingeschlossen ist) vom Standpunkt der Arbeiter. Er kann nie sein ein Kampf um die Beseitigung des Kapitalverhältnisses selbst, der Ausbeutung der Arbeitskraft. Denn ein solcher Kampf wäre stets von vornherein entschieden; da der Zweck der kapitalistischen Produktion die Produktion von Profit durch die Ausbeutung des Arbeiters ist, so würde die Beseitigung der Ausbeutung dem Unternehmer den Betrieb sinnlos erscheinen lassen. Er würde also die Produktion einstellen;

denn wie immer sich seine persönliche Lage gestalten würde, sie könnte durch die Aufnahme des Betriebes nicht gebessert werden; er würde es in solchem Falle auf die völlige Aushungerung seiner Arbeiter ankommen lassen müssen. Würde nur seine Sphäre bedroht, so würde er wenn auch nur einen Teil seines Kapitals zu retten suchen durch Uebertragung auf eine andere Sphäre. Der Kampf um die völlige Beseitigung der Ausbeutung fällt so ausserhalb des Rahmens der rein gewerkschaftlichen Aufgaben; es ist ein Kampf, der überhaupt nicht durch die rein gewerkschaftlichen Kampfmethoden zur Entscheidung gebracht werden kann, wie die syndikalistische „Theorie“ glauben machen will. Auch wo er die Form den gewerkschaftlichen Kampfmethoden entlehnt, wie etwa beim Massenstreik, handelt es sich nicht um einen Kampf gegen die ökonomische Position des Unternehmers, sondern um einen Machtkampf der Arbeiterklasse als Ganzes gegen die Machtorganisation der Bourgeoisie, den Staat. Die ökonomische Schädigung der Unternehmer ist immer nur ein Hilfsmittel in dem Kampf um die Desorganisation der staatlichen Machtmittel. Diese politische Aufgabe kann niemals die Aufgabe der Gewerkschaften als solcher sein, sondern kann nur die gewerkschaftliche Organisationsform in den Dienst der politischen Kämpfe des Proletariats stellen.

Bedeutet aber der gewerkschaftliche Kampf den Kampf um die Profitrate, so sind damit den Zielen der Gewerkschaft jedesmal gewisse Schranken gesetzt. Es handelt sich für den Unternehmer um die Kalkulation, ob er in der Lage ist, die neue Preisfestsetzung durchzusetzen, ob die Verluste während der Uebergangszeit nicht die Verluste eines auch länger ausgedehnten Streiks überwiegen, und schliesslich, ob nicht für ihn die Möglichkeit besteht, sein Kapital anders anzulegen, in einem Produktionszweig, der nicht durch die Streikerfolge in seiner Profitrate unmittelbar alteriert ist. Daraus folgt aber, dass von vornherein jedem einzelnen gewerkschaftlichen Kampf gewisse Schranken gezogen sind, die zu erkennen die schwierige Aufgabe der gewerkschaftlichen Leitung ist und ihre Taktik bestimmt. Es folgt sodann, dass die Gewerkschaft im allgemeinen um so erfolgreicher operieren kann, je höher die Profitrate ist, sei es allgemein wie während der Hochkonjunktur, sei es in einem besonderen Zweige, etwa durch Monopolstellung, Erzielung von Extraprofit durch Patente etc. Auf diese Bedingungen im einzelnen einzugehen fällt ausserhalb des Rahmens unserer Untersuchung.

Dagegen muss hier noch die Aenderung der Machtverhältnisse der beiden Klassen im allgemeinen kurz erörtert werden.

Es ist selbstverständlich, dass die Entstehung der Unternehmerorganisation eine Machtverschiebung in dem Verhältnis von Kapital und Arbeit bedeutet.

Die Entwicklung der Unternehmerorganisation wird in der Regel als eine Rückwirkung der Arbeiterorganisation betrachtet und sicherlich mit Recht. Aber das Tempo ihrer Entwicklung sowohl als ihre Macht ist wesentlich abhängig von der Aenderung der industriellen Struktur, der Konzentration und der Monopolisierung des Kapitals.

Solange der vereinzelte Unternehmer der organisierten Arbeiterschaft gegenüberstand, hatte die Gewerkschaft eine Reihe Massregeln zur Verfügung, die durch die Entwicklung der Unternehmerorganisation unwirksam gemacht werden.

Mit der Konzentration des Kapitals wächst die Macht des Unternehmers im Kampfe um den Arbeitsvertrag, wächst aber auch die Organisationsfähigkeit der konzentrierten Arbeiter. Die Verschiedenheit der Grösse der Unternehmungen bedingt auch eine ganz andere Widerstandskraft gegenüber den Gewerkschaften. Je zersplitterter eine Industrie, je kleiner die durchschnittliche Grösse des Betriebes, desto grösser im allgemeinen die Macht der Gewerkschaft. Innerhalb derselben Industrie wieder ist die Macht der Gewerkschaft grösser im Klein- und Mittelbetrieb als im Grossbetrieb, einfach deswegen, weil das durch die Konkurrenz des Grossbetriebes ohnehin schwer bedrohte kleine Unternehmen die Verluste eines Kampfes viel weniger aushalten kann als das grosse Unternehmen. Der Kampf der Gewerkschaften fördert überhaupt die Entwicklung zum Grossbetrieb und damit die Entwicklung der Produktivität, den technischen Fortschritt, die Herabsetzung der Produktionskosten und die Entstehung von relativem Mehrwert, wodurch er selbst die Vorbedingung schafft für die Erreichung neuer Zugeständnisse.

Solange die Gewerkschaften den Einzelunternehmern gegenüberstehen, ist ihre Position günstig. Sie können ihre konzentrierte Kraft gegen den vereinzelten Unternehmer wirken lassen. Der Lohnkampf wird aufgelöst in eine Reihe von Einzelstreiks. Die Arbeiter der betreffenden Unternehmer haben die ganze finanzielle Kraft der Gewerkschaft hinter sich, die durch die Beiträge und eventuellen Extrasteuern der weiterarbeitenden Mitglieder während

des Kampfes keine Schwächung erfährt. Der Unternehmer muss fürchten, dass seine Kunden von den weiterarbeitenden Unternehmern ihm abgenommen werden, dass auch nach Beendigung des Streiks sein Absatzgebiet geschmälert bleibt. Er muss sich zum Nachgeben entschliessen und hat von diesem Moment an das Interesse, dass die von ihm zugestandenen Bedingungen im Gewerbe verallgemeinert werden, dass also auch die anderen Unternehmer freiwillig oder gezwungen dieselben Arbeitsbedingungen zugestehen müssen. Die Vereinzelung der Unternehmer erlaubt es den Gewerkschaften, sie einzeln nacheinander in systematisch geführten Einzelkämpfen zu bezwingen, ohne dass diese Streiks die Kräfte der Gewerkschaften allzusehr in Anspruch nehmen. Die Erfolge stärken sie durch Mitgliederzuwachs und vermehrte Beiträge und sie stehen nach dem Kampfe mächtiger da als vorher. Es ist klar, dass diese Taktik um so eher angewandt werden kann, je geringer der Zusammenhalt der Unternehmer, je stärker die Konkurrenz ist, die sie sich untereinander machen, je grösser also die Zahl der in Betracht kommenden Unternehmer und je geringer die Widerstandskraft jedes einzelnen. Das alles ist der Fall in den Zweigen, wo kleinere und mittlere Betriebe vorherrschen. Der Einfluss der Gewerkschaften ist hier am grössten, ihre Macht am höchsten. Die viel genauer kalkulierende Grossindustrie setzt solchen Einzelstreiks von vornherein viel grösseren Widerstand entgegen, da die grossen Unternehmungen mit viel grösserem Nachdruck auf möglichster Gleichheit der Produktionskosten bestehen. Hier sind Erfolge nur als allgemeine möglich; der Einzelstreik findet hier viel grösseren Widerstand und dieser ist viel schwerer zu überwinden, da die Macht auch des einzelnen grossen Unternehmers viel bedeutender, die Verständigung zwischen den verhältnismässig wenigen Unternehmern auch viel rascher erfolgen kann [1]. Je stärker aber die gewerkschaftliche Entwicklung, desto stärker auch der Widerstand, den sie bei den Unternehmern auslöst. Der Vereinigung der Arbeiter tritt jetzt die gesammelte Kraft der Unternehmer gegenüber. Da der Einfluss der Gewerkschaften den kleineren und mittleren Unter-

[1]) Deshalb ist in Ländern, wo die gewerkschaftliche Entwicklung verhältnismässig spät einsetzt und von Anfang an einer sehr entwickelten Grossindustrie gegenübersteht, die Gewerkschaftsorganisation in den Zweigen der Grossindustrie in der Regel schwächer als zum Beispiel in England, wo sie sich Schritt für Schritt mit der Industrie zugleich entwickelt hat.

nehmungen gegenüber am grössten ist, so wird hier sich der Widerstand auch am stärksten geltend machen. In der Tat beginnt die Organisation des Unternehmertums im Handwerk und in den kleineren Fertigindustrien [1]), wo die Macht der Gewerkschaften am fühlbarsten war und nimmt in den Jahren der Hochkonjunktur ihren raschesten Aufschwung [2]). Aber wenn auch die Entstehung der Arbeitgeberverbände sicher als Reaktion gegen die Gewerkschaften aufgefasst werden muss [3]), und daher zunächst in der leichteren Industrie vor sich geht, so bleibt sie nicht darauf beschränkt. Die Kartellierung und Vertrustung vereinigt in viel stärkerer und unlöslicherer Weise die Interessen der beteiligten Kapitalisten und macht sie zu einer Einheit gegenüber der Arbeiterklasse. Die Ausschaltung der Konkurrenz beschränkt sich hier nicht wie in der leichteren unkartellierten Industrie auf den Arbeitsmarkt und verstärkt so die Solidarität der Unternehmer in viel höherem Masse. Es kann dies soweit gehen, dass gerade in den Zweigen, wo die Unternehmer die stärkste Position innehaben, eine besondere Organisation unnötig wird. Das Kohlensyndikat macht einen Arbeitgeberverband überflüssig, der Stahltrust ihn unmöglich. Selbst wenn wirklich wahr wäre, was immer offiziell behauptet wird, dass sich

[1]) Vergleiche Dr. Gerhard Kessler, „Die deutschen Arbeitgeberverbände in Schriften für Sozialpolitik", 124. Bd., Leipzig, 1907. Seite 40.

[2]) Ebenda, Seite 37.

[3]) Kessler, a. a. O., Seite 20: „Solange die Arbeiter eines Betriebes eine unorganisierte Masse sind, ist auch der einzelne Arbeitgeber ihnen durchaus überlegen. Er bedarf keines Arbeitgeberverbandes. .... Solange also die deutsche Gewerkschaftsbewegung mühsam um ihre Existenz kämpfte — im allgemeinen bis gegen Ende der Achtzigerjahre des 19. Jahrhunderts — gab es in Deutschland kein Bedürfnis nach Arbeitgeberverbänden. Als aber seit dem Ende der Achtzigerjahre und besonders nach dem Fortfall des Sozialistengesetzes der grosse Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung einsetzte, als immer eine Flutwelle von Lohnbewegungen und Streiks der anderen folgte, da begann auch die Unternehmerschaft zu besonderen Arbeitgeberverbänden zusammenzutreten — eine natürliche Reaktion auf die Aktion der Gewerkschaften. Die Gewerkschaft ist überall die primäre, der Arbeitgeberverband die sekundäre Erscheinung. Die Gewerkschaft greift ihrer Natur nach an, der Arbeitgeberverband wehrt ab (dass gelegentlich das Verhältnis sich umkehrt, ändert an der allgemeinen Richtigkeit dieser Tatsache nichts). Die Gewerkschaft ist in ihrer Jugendzeit vornehmlich Streikverein, der Arbeitgeberverband Antistreikverein. Je früher in einem Gewerbe eine kräftige Gewerkschaft auftritt, um so früher bildet sich auch ein ausgeprägter Arbeitgeberverband. Der Arbeitgeberverband ist also die Organisation der gewerblichen Unternehmerschaft zur Regelung ihrer Verhältnisse zu den organisierten Arbeitern."

die deutschen Kartelle nicht mit Arbeiterangelegenheiten beschäftigen, so ist doch das einheitliche Vorgehen der Unternehmer hier von vornherein gegeben und gerade ihre Stärke macht spezifische Funktionen des Arbeitgeberverbandes, wie die Streikunterstützung, überflüssig, da eine „freundnachbarliche Verständigung“ von Fall zu Fall genügt. Aber auch hier macht sich die Tendenz zur Gründung von Arbeitgeberverbänden immer stärker bemerkbar.

Die Bildung der Arbeitgeberverbände macht zunächst den Gewerkschaften einen Erfolg des Einzelangriffes viel schwieriger, wenn nicht unmöglich; hinter dem einzelnen Unternehmer steht jetzt seine Organisation; sie entschädigt ihn für seine Verluste, sorgt dafür, dass die streikenden Arbeiter keine andere Arbeit finden, während sie sich bemüht, die dringendsten Arbeiten des Unternehmers selbst ausführen zu lassen. Nötigenfalls greift sie zu stärkeren Mitteln; sie wird ihrerseits zum Angreifer und verallgemeinert den Kampf durch eine Aussperrung, um die Gewerkschaft zu schwächen und zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Und in diesem Kampfe der gesamten Unternehmer gegen die Gewerkschaften ist die Unternehmerorganisation oft die stärkere[1]).

Der Arbeitgeberverband bedeutet zunächst die prinzipielle Mögliehkeit, den Zeitpunkt des Kampfes zu verschieben. Solange die Arbeiterorganisationen den vereinzelten Unternehmern entgegen-

[1]) Vergleiche über die Verhältnisse in den „Vereinigten Staaten“ das Folgende: „Die Arbeitgeberorganisationen in den Vereinigten Staaten dürften fester und kampfbereiter sein als in den anderen Ländern. Zentrale, einzelstaatliche und örtliche Verbände, nicht zu gedenken der Bünde dieser Verbände, gibt es fast in jeder Industrie. Die beiden wichtigsten sind die ‚National Association of Manufacturers‘ und die ‚Citizen's Industrial Association of America‘. Erstere besteht fast ausschliesslich aus Fabrikanten und wurde 1895 wesentlich zur Erweiterung des auswärtigen Marktes für amerikanische Erzeugnisse errichtet. In den letzten fünf Jahren hat sie sich indes aktiv an dem Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen beteiligt und die öffentliche Meinung und die Bundesgesetzgebung im Interesse der Unternehmerklasse zu beeinflussen gesucht. 1905 verhinderten sie abermals die Annahme zweier wichtiger Gesetze, die im Kongress auf Ersuchen der Arbeiterverbände eingebracht waren. Das eine wollte einen Achtstundentag für alle Arbeiten einführen, die durch oder für die Bundesregierung ausgeführt werden; das andere wollte den Kompetenzbereich von ‚richterlichen Einhaltsbefehlen‘ in Arbeitsstreitigkeiten einschränken.

Die ‚Citizen's Industrial Association‘ weicht von diesem Verband darin ab, dass sie ein Bund aller lokalen, einzelstaatlichen und nationalen Unternehmer- und Bürgerverbände in den Vereinigten Staaten ist. Sie ist 1903 auf Anregung der ‚National Association of Manufacturers‘ zwecks Vereinigung aller Individuen

standen, stand die Wahl des Zeitpunkts den Arbeitern zu. Für den Erfolg des Kampfes ist aber die Zeit entscheidend. In der Hochkonjunktur, wo die Profitrate am höchsten, die Gelegenheit zu Extraprofit am besten ist, ist die Arbeitseinstellung am empfindlichsten; um nicht die ganze Profitrate zu verlieren, wird auch der starke Unternehmer in solchen Zeiten den Kampf zu vermeiden suchen, denn es handelt sich für ihn um eine nicht, wenigstens nicht bis zur nächsten Hochkonjunktur wiederkehrende Gelegenheit; rein vom Standpunkt des gewerkschaftlichen Erfolges aus gesehen, müsste der Streik in die Zeit der höchsten Anspannung der Produktivkräfte verlegt werden, und es ist eine schwere Aufgabe gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit, die Mitglieder zu dieser Taktik zu bekehren. Denn gerade in dieser Zeit ist durch Ueberstunden und regelmässige Beschäftigung das Einkommen der Arbeiter am höchsten, der psychologische Antrieb zum Streik daher schwächer. Das erklärt auch, warum die zahlreichsten Streiks in der Periode der Prosperität vor der eigentlichen Hochkonjunktur stattfinden.

Diese Wahl des Zeitpunktes aber hört auf, allein den Gewerkschaften zuzustehen, sobald die Unternehmerorganisation gefestigt ist. Dann kann diese die Zeit des Kampfes bestimmen. Für sie ist aber die Aussperrung ein Präventivkrieg, der am besten in der Zeit der Depression geführt wird, wo eine Arbeitseinstellung

und Vereine zu einer Kampforganisation gebildet, die den Forderungen der Unionen und speziell der Einführung des ‚closed shop‘, das heisst der ausschliesslichen Anstellung von Arbeiterunionsmitgliedern in den Betrieben Widerstand zu leisten gesonnen ist. Sie hat rapid zugenommen und enthält in ihren nationalen, Distrikts- und örtlichen Verbänden im ganzen mehrere hunderttausend Mitglieder. Sie bekämpft alle Eingriffe, sowohl der Regierung wie der Arbeiterverbände in gewerbliche Angelegenheiten. Auf ihrer dritten Jahresversammlung in St. Louis nahm sie im November 1905 Resolutionen hinsichtlich der Begründung von Gewerbeschulen und Arbeiternachweisen an, von welchen letztere unter Kontrolle ihres Verbandes stehen und die Versorgung der Unternehmer mit Arbeitern ohne Rückicht auf deren Zugehörigkeit zu einer Union besorgen sollen.

Zwei der wichtigsten Verbände, die mit dieser ‚Citizen's Industrial Association‘ ausser der erstgedachten Vereinigung in Verbindung stehen, ist die ‚National Metal Trades Association‘ von Maschinenfabrikanten und die ‚National Founders Association‘ von nicht in der Ofenindustrie tätigen Giessereibesitzern. Diese schlossen bei ihrer Organisation vor fünf Jahren zunächst Verträge mit den Unionen der Maschinisten und der Giessereiarbeiter. Diese Verträge sind seither aber wieder beseitigt und die ‚Founders Association‘ begann 1905 einen Kampf mit der mächtigen Giessereiarbeiterunion, der sich seither auf die gesamten Fabriken der Vereinigten Staaten ausdehnt.“ Halle, „Weltwirtschaft“, III., Seite 62.

infolge der Ueberproduktion ganz nützlich, die Widerstandskraft der Arbeiter wegen des Ueberangebotes auf dem Arbeitsmarkt, wegen der finanziellen Schwächung der Organisationen durch die Unterstützungserfordernisse und den Mitgliederverlust am geringsten ist. Diese Möglichkeit der Verlegung der Kampfzeit allein bedeutet bereits eine ausserordentliche Machtverschiebung, die die Folge der Unternehmerorganisation ist[1]).

Dieselben Gründe aber, die zur Unternehmerorganisation führen, bringen wieder eine Erstarkung der Gewerkschaften. Diese werden jetzt überall die Zuflucht der Arbeiter, wenn sie nicht vollends auf Gnade und Ungnade den Unternehmern ausgeliefert sein wollen. Die Kampfmassregeln der Unternehmer treffen auch diejenigen, die bisher den Gewerkschaften fernstanden. Zumal die Aussperrung und insbesondere die Generalaussperrung wird zum kräftigsten Antrieb auch für die bisher Unorganisierten, der Organisation beizutreten. Die Gewerkschaften wachsen rasch an Mitgliedern und damit wächst auch ihre Stärke.

---

[1]) Daran ändert es nichts, wenn vorläufig, wo die Entwicklung der Unternehmerorganisation und ihrer Taktik noch in den Anfängen, diese Wirkung der Zeitverschiebung noch nicht voll in Erscheinung tritt. Die Statistik der Aussperrungen, wie sie Kessler, a. a. O., Seite 259, mitteilt, zeigt, 1. dass die Zahl der Aussperrungen rasch wächst, 2. dass ihre Zahl in der Hochkonjunktur höher ist als in der Zeit der Depression. Das erklärt sich ohneweiters daraus, dass jene Aussperrungen, die Abwehrmassregeln gegen Streiks darstellen, natürlich in Zeiten der Hochkonjunktur, wo die Streiks am häufigsten, rasch wachsen. Es widerlegt aber durchaus nicht die Ansicht, dass mit dem Wachsen der Unternehmerorganisation immer häufiger der Kampf durch den Willen der Unternehmer in Depressionszeiten verlegt werden wird, je mehr die Angriffsaussperrungen wachsen. Kessler sagt darüber Seite 243: „Neben der Sympathieaussperrung ist besonders in jüngster Zeit die Programmaussperrung häufig geworden, unter welchem Namen der Verfasser alle Arbeiterentlassungen begreift, die ohne vorhergegangenen Streik vorgenommen werden, um ein von der Arbeitgeberschaft aufgestelltes Programm mit bestimmten Lohnsätzen, bestimmter Arbeitszeit, unparitätischem Arbeitsnachweis oder irgendwelchen sonstigen allgemeinen oder besonderen Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft aufzuzwingen. . . . Die Bedeutung der Programmaussperrungen wird in nächster Zeit vermutlich noch wachsen, da nach gescheiterten Tariferneuerungsverhandlungen der Arbeitgeberverband oft noch grösseres Interesse als die Gewerkschaft daran hat, schleunigst einen neuen Tarifabschluss, sei es auch durch Kampf, zu erzwingen. Die Programmaussperrungen lassen sich bald mit den Angriffs-, bald mit den Abwehrstreiks der Gewerkschaften in Vergleich stellen, mit den letzteren aber, dem Charakter der Arbeitgeberverbände entsprechend, in der grossen Mehrzahl der Fälle. Dass ein Arbeitgeberverband durch eine Aus-

Dem suchen die Unternehmerorganisationen durch den dauernden Kampf gegen die Gewerkschaften entgegenzutreten. Sie suchen durch künstliche Auswahl unter ihren Arbeitern die Unorganisierten zu den Ueberlebenden zu machen. Der Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes begünstigt systematisch die Unorganisierten vor den Organisierten, deren Gefährlichste umgekehrt durch schwarze Listen geächtet werden. Mit der Organisierung der gelben Gewerkschaften, dieser Züchtungsanstalten für Klassenverrat, sucht man durch Bestechungen und Gewährung von Sondervorteilen die Arbeiter zu spalten und sich einer Streikbrechergarde zu versichern[1]). Durch die Ablehnung von Verhandlungen mit den Organisationsleitern sucht man deren moralischen Einfluss zu verringern. Der Kampf ist vergeblich, weil schliesslich das Klasseninteresse der Arbeiter zugleich ihr persönliches ist und die gewerkschaftliche Organisation überhaupt die Lebensbedingung der Arbeiter geworden ist. Aber er erschwert die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung und schmälert ihren Einfluss. Wie in der

---

sperrung die Arbeitsbedingungen direkt zu verschlechtern versucht, ist selten und wird wohl auch selten bleiben. Häufiger geschieht es, dass ausgesperrt wird, um einen Tarifvertrag unverbessert auf Jahre hinaus zu erneuern und etwaige Lohnerhöhungen u. s. w. abzuwehren."

Kessler kommt nach einer Würdigung der vorliegenden Statistik zu dem Ergebnis, „dass fast alle grösseren Aussperrungen mit einem Erfolge — bald einem vollen, bald einem teilweisen — für die Arbeitgeberschaft endeten. . . . Die Aussperrung ist eine Waffe, der die Arbeiterschaft in der Regel nicht widerstehen kann. Grund genug für die Gewerkschaftsführer, die Streiklust ihrer Scharen möglichst zu zügeln und leichtfertige Ausstände rasch im Keime zu ersticken. Grund genug auch für die Arbeitgeberschaft, sich vor dem Anwachsen der Arbeiterverbände nicht in unvernünftiger Weise zu ängstigen. Uebrigens werden die hohen Kosten und Verluste, mit denen jede Aussperrung auch für die siegreiche Arbeitgeberschaft verbunden ist, es sicher verhüten, dass man sich dieser scharfen Waffe zu häufig und in zweifellos unberechtigten Fällen bedient. Weder hüben noch drüben werden die Bäume in den Himmel wachsen". (Seite 263.)

[1]) „Wenn es in Amerika ein besonderer Erwerbszweig geworden ist, als Condottiere eine Truppe gewerbsmässiger Streikbrecher zu mieten, die man je nach Bedarf gegen Entgelt bald diesem bald jenem Unternehmer zur Verfügung stellt, so hält man sich in unseren Riesenbetrieben mittels Wohlfahrtseinrichtungen also eine ständige Truppe von Streikbrechern. Die Wohlfahrtseinrichtungen erscheinen somit nicht als ein Mittel, das dem sozialen Frieden dient, sondern als Kampfmittel, das den sozialen Kampf mit verursacht und in ihm die Uebermacht der einen der beiden Parteien verstärkt. Lujo Brentano in „Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik" 1905. 115. Band. Seite 142.

Periode vor der Unternehmerorganisation die Widerstandskraft des Einzelunternehmers je nach der Grösse des Unternehmens verschieden war, so ist auch die Widerstandskraft der Unternehmerorganisationen verschieden, je nach ihrer Zusammensetzung. Am stärksten sind die Verbände der Grossindustrie und hier wieder am mächtigsten die Stellung der grossen kartellierten Industrien. Diese haben vor allem den Abfall oder das Zugrundegehen von Mitgliedern nicht zu fürchten. Sie sind sicher, dass kein Konkurrent aus der Stillegung ihrer Betriebe Vorteil ziehen kann, und sie können schliesslich, wo das Monopol gesichert, die ausländische Konkurrenz auch durch den Schutzzoll wenig wirksam ist, die Verluste während des Streiks wieder einholen; die verzögerten Aufträge werden später erfüllt, die Warenknappheit infolge der Stillegung erlaubt Preissteigerung, also Abwälzung der Streikverluste. Hier ist also der Widerstand am stärksten, der Kampf gegen die Gewerkschaften am leichtesten. So werden diese Industrien die führenden im Kampfe aller Unternehmerorganisationen, sie erscheinen als die Verfechter des gemeinsamen Unternehmerinteresses im Kampfe gegen die Arbeiterklasse. Je mehr die Kleinkapitalisten von den Gewerkschaften zurückweichen müssen, je bedrohlicher ihnen die Macht der Arbeiter erscheint, desto mehr fühlen sie sich solidarisch mit den grössten Industriellen, den Vorkämpfern ihrer eigenen Sache.

Daran ändert nichts, dass die schwächeren Verbände sich mit den Gewerkschaften ihrerseits abfinden müssen, wenn auch unter für sie günstigeren Umständen als früher die Einzelunternehmer. Auch für sie hat der Verband die grössten Gefahren beseitigt. Er hat die Streikklausel für das Gewerbe durchzusetzen verstanden, er hindert den Outsider durch die Waffe der Materialsperre, wodurch er die Lieferanten zu Helfern seines Kampfes macht, vom Abfall und schliesslich sichert er unter allen Umständen die Gleichheit der Konkurrenzbedingungen, indem er besondere Abmachungen einzelner verhindert. Am besten geschieht dies durch den Tarifvertrag, die gemeinsame Vereinbarung des Arbeitsvertrages von Organisation zu Organisation. Der Tarifvertrag entspricht auch den Interessen der Gewerkschaft, da er die erreichten Erfolge für das ganze Gewerbe sofort verallgemeinert. Sein Nachteil ist, dass er den Zeitpunkt für eine neue Vereinbarung im voraus festsetzt und so der Gewerkschaft die Wahl der Kampfzeit

nimmt. Da aber schon durch die Existenz des Unternehmerverbandes selbst der Gewerkschaft nicht mehr allein die Wahl des Zeitpunktes freisteht, so trifft dieser Umstand in gleicher Weise beide Organisationen; immerhin trägt er ein Moment des Zufalls in den künftigen Kampf und macht es daher zu dem Bestreben einer starken Gewerkschaft, die Dauer des Tarifvertrages nicht so zu wählen, dass die Ausnützung einer Hochkonjunkturperiode dadurch eventuell unmöglich würde.

Für die Unternehmer hat die Existenz ihrer Organisation noch den Vorteil, dass sie die Abwälzung der Produktionskostenerhöhung erleichtert. Wir wissen, dass die Streikerfolge für den betreffenden Industriezweig unmittelbar eine Verringerung der Profitrate unter den Durchschnitt bedeuten. Die Ausgleichung durch Preiserhöhung, die erfolgen muss, wird erleichtert und beschleunigt durch gemeinsames Vorgehen, das der Arbeitgeberverband in diesem Falle leicht vermitteln und auch in nicht kartellierten Industrien durchsetzen kann, da die Preiserhöhung den geänderten Kostpreisen entspricht. Gerade kleinkapitalistische, nicht kartellierte Fertigindustrien sind daher den Abschlüssen von Tarifverträgen geneigt[1]).

Hier auch erwachsen jene Tendenzen, die zum Abschluss von Trade-Allianzen führen. Industrien, die durch ihre technisch bedingte Zersplitterung noch nicht kartellfähig sind, suchen sich ein Monopol zu sichern durch Sperrung des Arbeitsmarktes für Outsiders. Diese Sperrung soll ihnen die Gewerkschaft besorgen.

---

[1]) Anderseits stärkt der Abschluss von Tarifverträgen die Gewerkschaft, der jetzt zahlreiche bis dahin fernstehende Arbeiter zuströmen. Dieser Umstand vermehrt den Widerstand der Unternehmer. So fasste die mächtigste deutsche Fabrikantenorganisation, der Zentralverband deutscher Industrieller, im Mai 1905 folgenden Beschluss: „Der Zentralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluss von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung überaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemässe Fortführung jedes Unternehmens notwendige Freiheit der Entschliessung über die Verwendung seiner Arbeiter, als sie auch die einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation bringen. Die Tarifverträge sind nach der Ueberzeugung des Zentralverbandes, wie auch durch die Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt wird, schwere Hindernisse der technischen und organisatorischen Fortschritte der deutschen Industrie." Cit. bei Ad. Braun, „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften", Stuttgart 1908.

Die vereinigten Unternehmer besitzen jetzt ein Kartell, das durch die Gewerkschaft vor der Konkurrenz der Aussenseiter behütet ist. Der Kartellextraprofit wird zwischen Unternehmern und Arbeitern geteilt und die Arbeiter an dem Bestand des Kartells interessiert.

Anders liegen die Verhältnisse in der kartellierten Industrie. Hier hat die Profitrate bereits die grösste, unter den bestehenden Produktionseinrichtungen mögliche Höhe erreicht. Der Preis ist gleich oder fast gleich dem Weltmarktpreis + Schutzzoll + Transportkosten. Hier kann eine Lohnerhöhung nicht abgewälzt werden, der Widerstand wird also besonders gross sein. Der hohe Kartellprofit ist zudem im Preis der Aktien bereits festgelegt; eine Minderung des Profits bedeutet Kurssenkung und ruft damit den Widerstand der Aktionäre gegen jede Nachgiebigkeit der Leitung hervor. Darin wird diese unterstützt durch das Interesse der Banken, für die ein geringerer Profit Schmälerung des Emissionsgewinns bei Neuausgabe von Aktien bedeutet. Anderseits ist der Widerstand der nur beauftragten Leiter der Aktiengesellschaften auch aus psychologischen Gründen grösser. Ihnen ist jede Fühlung mit den Arbeitern verloren gegangen und sie sind ihnen gegenüber die Vertreter fremder Interessen. Die Nachgiebigkeit, die ein Unternehmer, der seine eigene Sache vertritt, bisweilen noch betätigen mag, erscheint ihnen als Pflichtverletzung. Der letzte Rest persönlicher Stimmungen im Verhältnis von Arbeitern und Kapitalisten ist verschwunden und der Inhalt des Arbeitsvertrages wird eine von allen Erwägungen des Sentiments völlig losgelöste Machtfrage [1]).

Die dem Unternehmer wertvollen Eigenschaften des Tarifvertrages, die Gleichheit der Kosten zu garantieren, ist bei den Kartellen durch das gemeinsame Vorgehen der Unternehmer ohnehin erreicht, die Garantie der Dauer des gewerblichen Friedens durch die Grösse der Kämpfe, die oftmalige Wiederholung ausschliessen. Es bleibt also nur der Nachteil, die Unternehmer in der Wahl des Zeitpunkts für den nächsten Kampf zu binden und für die Gewerkschaften propagandistisch zu wirken. Daher hier die Ablehnung der Tarifverträge. Zugleich macht die Kartellierungsmöglichkeit ohne die gewerkschaftliche Hilfe eine Trade Alliance mit ihrer Teilung des

[1]) Siehe auch die Rede des Regierungsrates **Leidig** in den „Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik" 1905, Seite 156, und des Dozenten Doktor **Harms**, Seite 201.

Kartellextraprofits völlig überflüssig[1]). Aehnlich wie die Stellung der kartellierten Industrie ist auch die überwiegender Exportindustrien, da die Preise durch den Weltmarkt bestimmt, die Abwälzung also erschwert ist.

Die Entwicklung der Unternehmer- und Arbeiterorganisation gibt den Lohnkämpfen immer grössere, allgemein soziale und politische Bedeutung. Der Guerillakrieg der Gewerkschaften gegen den einzelnen Unternehmer weicht den Massenkämpfen, die ganze Industriesphären betreffen, und, wenn sie die lebenswichtigsten Teile der durch die Arbeitsteilung aufeinander angewiesenen Produktion ergreifen, die gesamte gesellschaftliche Produktion mit Stillsetzung bedrohen. Der gewerkschaftliche Kampf wächst damit über seine eigene Sphäre hinaus und wird aus der Angelegenheit der unmittelbar betroffenen Unternehmer und Arbeiter zu einer allgemeinen Angelegenheit der Gesellschaft, das heisst zu einem

[1]) Dass die Trade Alliances auch vom allgemeinen Standpunkt der Arbeiterklasse zu verwerfen sind, führt Adolf Braun aus: Es sei „darauf hingewiesen, dass die Unternehmer mit den Tarifverträgen weitgehende Absichten zu verknüpfen beginnen zur Ausschaltung jeder unbequemen Konkurrenz, zur Sicherung hoher Preise und zur Ausbeutung des konsumierenden Publikums. Dieselben Unternehmer, welche noch vor kurzem und zum Teil gegenwärtig die grösste Entrüstung über Arbeitseinstellungen, über die Fernhaltung von Zuzug, über die Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch die Gewerkschaften äusserten, erwägen jetzt, ob man nicht von den Gewerkschaftsorganisationen beim Abschluss von Tarifverträgen Garantie zu fordern habe für die Einhaltung bestimmter Mindestpreise für die hergestellten Waren. Dann sollte neben dem Tarif, der die Bezahlung der Arbeitskraft bindet, auch ein Tarif bestehen, der das Verhältnis der Preise, welche die Konsumenten zu entrichten haben, zur Regel hat. Die durch den Tarif gebundenen Gewerkschaftsorganisationen sollten dann überall die Arbeit, beziehentlich die Arbeitsvermittlung einstellen, wo ein Unternehmer zu billigeren Preisen seine Waren absetzt, als es in der allgemeinen Preisfestsetzung durch die Unternehmerorganisation bestimmt ist. Dadurch könnten die Gewerkschaftsorganisationen nicht bloss gezwungen werden, die Tendenz zur Verteuerung aller Bedarfsgegenstände erheblich zu fördern und ausdrücklich mitzubestimmen, sie würden damit zu bewussten Vertretern von Unternehmerinteressen und sie würden in der öffentlichen Meinung für die Verteuerung der Lebenshaltung verantwortlich gemacht werden. Man kann sich wohl Ausnahmefälle denken, wo der gewerkschaftliche Zweck in keiner anderen Weise erreicht werden kann, wo die bezüglichen Zugeständnisse den Massenkonsum nicht beeinflussen und wo deshalb ein derartiges Zugeständnis erklärlich erscheinen kann. Aber als Regel, als Bedingung und Voraussetzung des Tarifabschlusses derartige Zugeständnisse zu machen, scheint den Prinzipien der Arbeiterbewegung, den Aufgaben der Gewerkschaften zu widersprechen“. (Adolf Braun, loc. cit., Seite 5 ff.)

politischen Ereignis. Zugleich wird die Beendigung des Kampfes durch bloss gewerkschaftliche Mittel immer schwieriger. Je stärker die Unternehmerorganisation und die Gewerkschaft, desto langwieriger die Kämpfe. Das Problem der Lohnerhöhung und Profitsenkung wird zu einem Problem der Macht. In den Unternehmern wird die Ueberzeugung unerschütterlich, dass jede Nachgiebigkeit ihre Position in der Zukunft schwächen wird, dass die moralische und faktische Macht der Gewerkschaft gestärkt, der Sieg in der Gegenwart künftige Siege der Gewerkschaft in der Zukunft bedeuten würde. Sie wollen ein für allemal den Kampf entscheiden und sind gewillt, die Kriegskosten zu zahlen, um die Unterwerfung für lange Zeit zu erreichen. Ihre Kapitalskraft ist gross genug, um aushalten zu können, länger auszuhalten als die Gewerkschaft, deren Mittel die Unterstützungen immer rascher aufzehren. Aber der Kampf bleibt nicht auf diese Sphäre beschränkt und greift über auf andere, denen diese Sphäre das Rohmaterial oder die Hilfsstoffe liefert; auch hier müssen die Betriebe stillgelegt werden, die Arbeiter feiern. Es ist ein Zustand, der in den Arbeitern und darüber hinaus in den von der Arbeiterklasse alimentierten Zweigen des Kleinhandels steigende Erbitterung auslöst und zu grossen sozialen und politischen Zusammenstössen führen kann. Das Drängen der nicht unmittelbar Beteiligten wächst, den primären Lohnkampf zu beendigen, und da ihnen kein anderes Mittel der Einwirkung zu Gebote steht, verlangen sie ein Eingreifen des Staates. Damit ist die Frage der Beendigung des Streiks aus einer Frage der gewerkschaftlichen zu einer Frage der politischen Macht geworden, und je stärker die Machtverschiebung zugunsten der Unternehmer durch das Entstehen der Unternehmerorganisation geworden ist, desto wichtiger ist es für die Arbeiterklasse, sich möglichst grossen Einfluss in den politischen Vertretungen zu sichern, eine Vertretung, die unabhängig und rücksichtslos die Arbeiterinteressen gegen die Unternehmerinteressen vertritt und ihnen zum Siege verhilft. Dieser Sieg aber ist geschuldet nicht nur der politischen Einwirkung. Diese kann vielmehr erst einsetzen und schliesslich erfolgreich werden, wenn die Gewerkschaft stark genug, um den rein ökonomischen Kampf mit solcher Intensität und Energie durchzuführen, dass der Widerstand des bürgerlichen Staates, sich in die Arbeitsbedingungen zu ungunsten der Unternehmer einzumischen, bereits erschüttert ist und der politischen

Vertretung nur mehr die Aufgabe zufällt, ihn vollends zu brechen. Weit entfernt davon, dass die Gewerkschaft der Arbeiterklasse etwa entbehrlich und durch politische Kämpfe ersetzbar wird, wird umgekehrt die immer grössere Stärke der gewerkschaftlichen Organisation zur Bedingung jedes Erfolges. Aber so stark auch die Gewerkschaft ist, so macht gerade die Grösse, Intensität und Ausbreitung ihrer Kämpfe diese zugleich zu politischen und zeigt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Ergänzung der gewerkschaftlichen durch die politische Aktion. So kommt im Laufe jeder gewerkschaftlichen Entwicklung notwendigerweise der Punkt, wo die Bildung einer unabhängigen politischen Arbeiterpartei zu einer Bedingung des gewerkschaftlichen Kampfes selbst wird. Ist aber erst eine unabhängige politische Arbeiterpartei vorhanden, so bleibt ihre Politik nicht allzu lange auf die Momente beschränkt, die den Anstoss zu ihrer Gründung gegeben haben, sondern wird zu einer Politik, die die Klasseninteressen aller Arbeiter in ihrer Totalität zu vertreten sucht und damit hinauswächst über den Kampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, um zu einem Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu werden.

Anderseits aber macht auch die Stärkung der Unternehmerorganisation den gewerkschaftlichen Kampf nicht nur nicht überflüssig, sondern auch keineswegs aussichtslos. Es ist einseitig, zu schliessen, weil die Unternehmerorganisation an sich die Macht hat, ruhig abzuwarten, bis die Arbeiter erschöpft, ihre Gewerkschaft finanziell ausgehungert ist, die Arbeitswilligen allmählich überhand nehmen, dass deshalb die gewerkschaftlichen Kämpfe stets mit einer Niederlage enden, die Aussperrungen stets siegreich sein müssen. Denn es handelt sich nicht um die blosse Machtfrage, sondern um die Rechenfrage der Einwirkung auf die Profitrate. Eine Aussperrung oder ein Streik in der Hochkonjunktur bedeutet unter allen Umständen einen so grossen Verlust, dass es den Unternehmern vorteilhafter sein kann, die Lohnforderungen zu konzedieren, um den Kampf zu vermeiden[1]). Selbst eine durch eine

[1]) Es heisst also das Kind mit dem Bade verschütten, wenn Naumann (Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik, 1905, Seite 187) sagt: „. . . Die Sphäre, innerhalb deren dieser normale Abschluss des Streiks (scil. der Tarifvertrag) möglich ist, hört etwa dort auf, wo der Mittelbetrieb nach oben hin aufhört. Es sind zwar auch vereinzelte Versuche des Tarifvertrags oberhalb dieser Grenze gemacht worden, aber trotzdem ist es eine Sphäre für sich, wo man dem Arbeiter

Aussperrung vorher geschwächte Gewerkschaft kann immerhin so viel Kraft aufwenden, um den Unternehmern während der Hochkonjunktur Zugeständnisse abzuringen. Nur werden hier die Zugeständnisse, da auch die Gewerkschaft die Schwere des Kampfes fürchten muss, innerhalb engerer Grenzen bleiben als in den Zeiten, wo die Gewerkschaft sich noch keiner Unternehmerorganisation gegenübersah.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Das Proletariat und der Imperialismus.

Die Wirtschaftspolitik des Proletariats steht im Grundwiderspruch zu der der Kapitalisten, und jede Stellungnahme in Einzelfragen ist durch diesen Gegensatz gekennzeichnet. Der Kampf der Lohnarbeit gegen das Kapital ist zunächst ein Kampf um den Anteil an dem von der Arbeiterklasse (einschliesslich der produktiven Angestellten und Produktionsleiter) geschaffenen Neuwert des jährlichen Produkts. Dieser Kampf erscheint unmittelbar als Kampf um den Arbeitsvertrag und setzt sich fort in den Kämpfen um die staatliche Wirtschaftspolitik. In der Handelspolitik verlangt das

in alter Weise nach liberalem Rezept den Streik empfehlen kann, um damit zum Tarifvertrag zu kommen, und eine ganz andere Sphäre ist oberhalb des Gebietes, wo mit keinem Streik für sich allein ein Tarifvertrag erreicht werden kann, aus dem ganz einfachen Grunde, weil die elementare Frage: Wer von uns beiden hält es am längsten aus? vom ersten Tag an für jeden rechnenden Menschen entschieden ist. Wenn wir einmal einen Bergarbeiterstreik wieder erleben . . so weiss von vornherein der Beteiligte und der Unbeteiligte, dass die Arbeiter einen Sieg im Sinne der alten Friedensverhandlungen nicht erreichen können, dass diese Streiks vom Hause aus unter die neue Gattung der Demonstrationsstreiks gehören. Denn setzen wir selbst den Fall, dass ein einzelner derartiger Streik einmal gewonnen würde, eine ganz hypothetische Voraussetzung, so würde die Möglichkeit, eine Rüstung gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse anzulegen, in den Händen der kombinierten Grossindustrie in höherem Masse vorhanden sein. Es ist nicht lange her, dass mir ein jüngerer Bankier einfach vorrechnete: „Welcher Zinsverlust ist es, wenn wir uns einen beständigen Vorrat auf so und so viele Monate halten, der uns vor jeder Streikniederlage — Streik im alten Sinne gedacht — während dieser Zeit absolut behütet.“ Was folgt daraus? Dass der Arbeiter, wenn er überhaupt eine Verbesserung seiner Lage haben will, den Streik nur unter dem Gesichtspunkt des Appells an die übrige Bevölkerung auffassen kann.“

Interesse der Arbeiter vor allem die Ausdehnung des inneren Marktes. Je grösser der Arbeitslohn, desto grösser der Teil des Neuwerts, der unmittelbar Nachfrage nach Ware bildet, und zwar nach Konsumtionsmitteln. Ausdehnung der Konsumtionsmittelindustrien, der Industrien der Fertigfabrikate überhaupt bedeutet aber Erweiterung der Sphären mit im allgemeinen niedrigerer organischer Zusammensetzung, das heisst also der Industrien mit grossem Arbeitsfassungsvermögen. Dies bewirkt rasches Steigen der Arbeitsnachfrage und damit günstigere Stellung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt, Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und Vergrösserung der Siegesaussichten für neue Lohnkämpfe. Umgekehrt ist das Interesse der Unternehmer. Die Erweiterung des inneren Marktes durch Lohnerhöhung bedeutet für sie eine Senkung der Profitrate mit der Aussicht auf erneute Senkung, die wieder Verlangsamung der Akkumulation bewirkt; zugleich wird ihr Kapital in die Industrien der Fertigfabrikate gedrängt, wo die Konkurrenz am grössten, die Kartellierungsfähigkeit am geringsten ist Ihr Interesse ist es zwar, den Markt zu erweitern, aber nicht auf Kosten der Profitrate; dies wird erreicht, wenn sie bei gleichbleibendem inneren Markte den äusseren Markt ausdehnen. Ein Teil des Neuprodukts wird nicht Einkommen der Arbeiter und vermehrt nicht die Nachfrage nach inländischen Produkten; aber es wird als Kapital angelegt, das zur Produktion für den ausländischen Markt dient. In diesem Falle ist also die Profitrate höher und die Akkumulation rascher. Daher die Handelspolitik der Unternehmer vor allem immer den äusseren, die der Arbeiter den inneren Markt im Auge hat und sich so insbesondere in Lohnpolitik auflöst.

Solange die Schutzzölle Erziehungszölle namentlich für die Fertigindustrien bedeuten, so lange sind sie nicht im Widerspruch mit den Interessen der Lohnarbeit. Sie schädigen zwar den Arbeiter als Konsumenten, aber sie beschleunigen die industrielle Entwicklung und können ihn daher als Produzenten entschädigen, falls die Gewerkschaften entwickelt genug sind, die Situation auszunützen. Die Leidtragenden dieser Periode des Schutzzolles sind viel mehr die Handwerker, Hausindustriellen und Bauern als die Fabrikarbeiter. Anders aber, sobald der Schutzzoll zum Kartellschutzzoll wird. Wir wissen, dass die Kartelle vor allem sich in den organisch höchstentwickelten Produktionszweigen entfalten; die Erzeugung von Extraprofit in diesen Sphären hemmt die Entwicklung der

Fertigfabrikats- und Konsumtionsindustrien. Zugleich bedeutet die Verteuerung aller Lebensmittel, die die notwendige Verbindung mit den Agrarzöllen mit sich bringt, eine Senkung des Reallohnes und damit eine Verengung des inneren Marktes, soweit dieser durch die Nachfrage der Arbeiter nach Industrieprodukten bestimmt wird. Der Arbeiter wird so sowohl als Konsument geschädigt als auch als Produzent, durch die Benachteiligung der Industrien mit hohem Arbeitsfassungsvermögen. Zugleich aber bedeutet die Kartellierung eine Stärkung der Unternehmer in ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkt, eine Schwächung der Gewerkschaften. Dann aber ist der Kartellschutzzoll der stärkste Anreiz zur Steigerung des Kapitalexports und führt mit Notwendigkeit zur Expansionspolitik des Imperialismus.

Wir haben gesehen, dass der Kapitalexport die Bedingung der raschen Expansion des Kapitalismus ist. Diese Expansion ist sozial die Lebensbedingung der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, zugleich ökonomisch die Bedingung der Aufrechterhaltung und zeitweisen Steigerung der Profitrate. Diese Expansionspolitik vereinigt sämtliche Schichten der Besitzenden in den Dienst des Finanzkapitals. Schutzzoll und Expansion werden so die gemeinsame Forderung der herrschenden Klasse. Die Abkehr der kapitalistischen Klassen von der Freihandelspolitik bedeutet aber deren völlige Aussichtslosigkeit. Denn der Freihandel ist keine positive Forderung des Proletariats; für dieses ist er nur die Abwehr der Schutzzollpolitik, die die schnellere und straffere Kartellierung, damit die Stärkung der Unternehmerorganisation, die Verschärfung der nationalen Gegensätze, die Steigerung der Rüstungen, das Wachsen des Steuerdruckes, die Verteuerung der Lebenshaltung, die Vergrösserung der Staatsmacht, die Schwächung der Demokratie, das Auftauchen einer arbeiterfeindlichen, gewalttätigen Ideologie bedeutet. Sobald die Abkehr der Bourgeoisie vom Freihandel erfolgt ist, wird der Kampf um den Freihandel aussichtslos, da ja das Proletariat allein zu schwach ist, um seine Politik den Herrschenden aufzuzwingen.

Das kann aber durchaus nicht bedeuten, dass das Proletariat sich nunmehr zur modernen Schutzzollpolitik bekehrt, mit der der Imperialismus unauflöslich verknüpft ist. Dass es die Notwendigkeit dieser Politik für die Kapitalistenklasse und damit ihren Sieg, solange die Kapitalistenklasse die Herrschaft ausübt, eingesehen hat, ist kein Grund für das Proletariat, nunmehr auf eigene Politik

zu verzichten und vor der Politik seiner Feinde zu kapitulieren oder sich gar noch in Illusionen einzuspinnen über den angeblichen Nutzen, den die Verallgemeinerung und Steigerung der Ausbeutung für seine Klassenlage bedeutet. Das hindert das Proletariat aber nicht, einzusehen, dass die imperialistische Politik erst die Revolution, die der Kapitalismus bedeutet, verallgemeinert und damit zugleich die Bedingungen für den Sieg des Sozialismus. Jedoch so wenig die Ueberzeugung, dass die Politik des Finanzkapitals zu kriegerischen Entwicklungen und damit zur Auslösung revolutionärer Stürme führen muss, das Proletariat von seiner unerbittlichen Feindschaft gegen den Militarismus und die Kriegspolitik abbringen kann, ebensowenig kann es, weil schliesslich die Expansionspolitik des Kapitals die mächtigste Förderin seines schliesslichen Sieges ist, diese Politik unterstützen. Umgekehrt kann vielmehr der Sieg nur aus dem beständigen Kampf gegen diese Politik hervorgehen, weil nur dann das Proletariat der Erbe des Zusammenbruches werden kann, zu dem diese Politik führen muss, wobei es sich aber um einen politischen und sozialen, nicht um einen ökonomischen Zusammenbruch handelt, der überhaupt keine rationelle Vorstellung ist. Schutzzoll und Kartelle bedeuten Verteuerung der Lebenshaltung, die Unternehmerorganisationen stärken die Widerstandskraft des Kapitals gegen den Ansturm der Gewerkschaften; die Rüstungs- und Kolonialpolitik steigert immer rascher die Steuerlast, die das Proletariat aufzubringen hat; das notwendige Ergebnis dieser Politik, der gewaltsame Zusammenstoss der kapitalistischen Staaten, bedeutet eine ungeheure akute Steigerung des Elends; aber all diese die Volksmassen revolutionierenden Kräfte können nur dann in den Dienst einer Neugestaltung der Wirtschaft gestellt werden, wenn die Klasse, die die Schöpferin der neuen Gesellschaft werden muss, in ihrem Bewusstsein diese ganze Politik und ihre notwendigen Ergebnisse antizipiert. Dies kann aber nur geschehen, wenn die notwendigen Folgen dieser Politik gegen die Interessen der Volksmassen den Massen fort und fort klargemacht werden, was wieder nur erfolgen kann in der beständigen, rücksichtslosen Bekämpfung der imperialistischen Politik.

Kann aber das Kapital keine andere Politik machen als die imperialistische, so kann das Proletariat der imperialistischen nicht eine Politik entgegensetzen, die die Politik der Zeit der Alleinherrschaft des industriellen Kapitals war; es ist nicht Sache des

Proletariats, der fortgeschritteneren kapitalistischen Politik gegenüber die überwundene der Freihandelsära und der Staatsfeindschaft entgegenzusetzen. Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals, den Imperialismus, kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein. Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch Ueberwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein. Dem bürgerlichen Dilemma: Schutzzoll oder Freihandel? entrinnt das Proletariat mit der Antwort: Weder Schutzzoll noch Freihandel, sondern Sozialismus, Organisation der Produktion, bewusste Regelung der Wirtschaft nicht durch und zu Nutzen der Kapitalsmagnaten, sondern durch und zu Nutzen der Gesamtheit der Gesellschaft, die sich endlich auch die Wirtschaft unterwirft, wie sie sich die Natur unterworfen hat, seitdem sie ihren Bewegungsgesetzen auf die Spur gekommen ist. Der Sozialismus hört auf ein fernes Ideal zu sein, hört selbst auf ein „Endziel" zu sein, das nur richtunggebend auf die „Gegenwartsforderungen" einwirkt, und wird zu einem wesentlichen Bestandteil der unmittelbaren praktischen Politik des Proletariats. Gerade in jenen Ländern, in denen sich die Politik des Bürgertums am vollständigsten durchgesetzt hat, die politisch-demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse in ihren sozial bedeutsamsten Stücken verwirklicht sind, muss der Sozialismus als einzige Antwort auf den Imperialismus in den Vordergrund der Propaganda gerückt werden, um die Unabhängigkeit der Arbeiterpolitik zu sichern und ihre Ueberlegenheit zur Wahrung der proletarischen Interessen zu erweisen.

Das Finanzkapital bringt die Verfügung über die gesellschaftliche Produktion immer mehr in die Hände einer geringen Anzahl grösster Kapitalsassoziationen; es trennt die Leitung der Produktion von dem Eigentum und vergesellschaftet die Produktion bis zu jener Grenze, die innerhalb des Kapitalismus zu erreichen ist. Die Schranken kapitalistischer Vergesellschaftung werden gebildet erstens durch die Teilung des Weltmarktes in die nationalen Wirtschaftsgebiete der einzelnen Staaten, die nur mühsam und unvollkommen durch die internationale Kartellierung überwunden werden kann; zugleich verlängert diese Teilung die Dauer des Konkurrenzkampfes, den die Kartelle und Trusts mit Hilfe der staatlichen Machtmittel untereinander ausfechten. Zweitens, was hier der Vollständigkeit

wegen erwähnt werden muss, durch die Grundrentenbildung, die die Konzentration in der Landwirtschaft hemmt; drittens durch die wirtschaftspolitischen Massnahmen zur Verlängerung der Lebensfähigkeit der Mittel- und Kleinbetriebe.

Das Finanzkapital bedeutet seiner Tendenz nach die Herstellung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion. Es ist aber Vergesellschaftung in antagonistischer Form; die Herrschaft über die gesellschaftliche Produktion bleibt in den Hände neiner Oligarchie. Der Kampf um die Depossedierung dieser Oligarchie bildet die letzte Phase des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Die vergesellschaftende Funktion des Finanzkapitals erleichtert die Ueberwindung des Kapitalismus ausserordentlich. Sobald das Finanzkapital die wichtigsten Produktionszweige unter seine Kontrolle gebracht hat, genügt es, wenn die Gesellschaft durch ihr bewusstes Vollzugsorgan, den vom Proletariat eroberten Staat, sich des Finanzkapitals bemächtigt, um sofort die Verfügung über die wichtigsten Produktionszweige zu erhalten. Von diesen Produktionszweigen sind alle anderen abhängig und die Herrschaft über die Grossindustrie bedeutet so bereits die wirksamste gesellschaftliche Kontrolle auch ohne jede weitere unmittelbare Vergesellschaftung. Die Gesellschaft, die über den Bergbau, die Eisenindustrie hinunter bis zur Maschinenindustrie, die Elektrizitäts-, die chemische Industrie verfügt, die über das Transportsystem herrscht, hat durch die Beherrschung dieser wichtigsten Produktionssphären die Verteilung des Rohmaterials nn die anderen Industrien und den Transport ihrer Produkte in der Hand und kann so diese gleichfalls beherrschen. Die Besitzergreifung von sechs Berliner Grossbanken würde ja heute schon die Besitzergreifung der wichtigsten Sphären der Grossindustrien bedeuten und in der Uebergangszeit, solange kapitalistische Verrechnung sich noch als opportun erweist, die Politik des Sozialismus in ihren Anfängen ausserordentlich erleichtern. Die Expropriation braucht sich gar nicht auf die grosse Zahl bäuerlicher und gewerblicher Kleinbetriebe zu erstrecken, da diese durch die Besitzergreifung der Grossindustrie, von der sie längst abhängig geworden sind, mittelbar vergesellschaftet werden wie jene unmittelbar. Es ist daher möglich, den Expropriationsprozess gerade dort, wo er wegen seiner Dezentralisation langwierig und politisch gefährlich wäre, in langsamer Entwicklung ausreifen, das heisst aus dem einmaligen Expropriationsakt der Staatsgewalt eine allmähliche Vergesellschaftung durch öko-

nomische Vorteile, die die Gesellschaft bewusst gewährt, zu machen, weil das Finanzkapital die Expropriation, soweit sie für den Sozialismus notwendig, bereits besorgt hat.

Schafft so das Finanzkapital organisatorisch die letzten Voraussetzungen für den Sozialismus, so macht es auch politisch den Uebergang leichter. Die Aktion der Kapitalistenklasse selbst, wie sie sich in der imperialistischen Politik darstellt, weist das Proletariat mit Notwendigkeit auf den Weg selbständiger Klassenpolitik, die nur mit der schliesslichen Ueberwindung des Kapitalismus überhaupt enden kann. Solange als der Grundsatz des laisser faire herrschte, die Intervention des Staates in die wirtschaftlichen Angelegenheiten und damit der Charakter des Staates als einer Organisation der Klassenherrschaft verhüllt war, gehörte ein verhältnismässig hoher Grad von Einsicht dazu, die Notwendigkeit des politischen Kampfes und vor allem die Notwendigkeit des politischen Endzieles, die Eroberung der Staatsgewalt, zu begreifen. Ist es doch kein Zufall, dass gerade in England, dem klassischen Lande der Nichteinmischung, auch das Aufkommen einer selbständigen politischen Aktion der Arbeiterklasse so erschwert war. Dies ändert sich nun. Die Kapitalistenklasse ergreift unmittelbar, unverhüllt, handgreiflich Besitz von der staatlichen Organisation und macht sie zum Werkzeug ihrer Exploitationsinteressen in einer Weise, die auch dem letzten Proletarier fühlbar wird, der nun erkennen muss, dass die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat sein nächstes, persönliches Interesse ist. Die offenkundige Besitznahme des Staates durch die Kapitalistenklasse zwingt unmittelbar jedem Proletarier das Streben nach Eroberung der politischen Macht auf als dem einzigen Mittel, seiner Exploitation ein Ende zu setzen [1]).

Der Kampf gegen den Imperialismus steigert alle Klassengegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Das Proletariat

[1]) „Das moderne Schutzzollsystem, und dies ist seine historische Bedeutung, leitet die letzte Phase des Kapitalismus ein. Um dem Falle der Profitrate, diesem Bewegungsgesetz des Kapitalismus, Einhalt zu tun, beseitigt das Kapital die freie Konkurrenz, organisiert sich und wird durch seine Organisation instand gesetzt, sich der staatlichen Macht zu bemächtigen, um dieselbe nunmehr unmittelbar und direkt in den Dienst seines Ausbeutungsinteresses zu stellen. Nicht mehr die Arbeiterschaft allein, die gesamte Bevölkerung wird dem Profitstreben der Kapitalistenklasse unterworfen. Alle Machtmittel, über die die Gesellschaft verfügt, werden bewusst zusammengefasst, um sie in Ausbeutungsmittel der Gesellschaft durch das Kapital zu verwandeln. Es ist direkte Vorstufe der sozialistischen Gesell-

als entschiedenster Feind des Imperialismus erhält aber Zuzug aus anderen Klassen. Der Imperialismus, der anfangs von allen anderen Klassen unterstützt wurde, schlägt schliesslich seine Anhänger in die Flucht. Je weiter die Monopolisierung fortschreitet, desto mehr drückt die Last der Extraprofite auf alle anderen Klassen. Die Verteuerung durch die Trusts senkt ihre Lebenshaltung, und das um so mehr, als die steigende Tendenz der Nahrungsmittelpreise auch die notwendigsten Lebensmittel in die Höhe treibt. Gleichzeitig steigt der Steuerdruck, der auch die Mittelschichten trifft. Und diese selbst werden immer rebellischer. Die Angestellten sehen immer mehr ihre Karriereaussichten schwinden und fühlen sich immer mehr als ausgebeutete Proletarier. Auch die Mittelschichten des Handels und des Gewerbes gewahren ihre Abhängigkeit von den Kartellen, die sie in blosse auf Provision gestellte Agenten verwandelt. All diese Gegensätze aber müssen sich in dem Augenblick zur Unerträglichkeit verschärfen, in dem die Expansion des Kapitals in eine Periode langsameren Fortschreitens eintritt. Dies ist aber dann der Fall, wenn die Entwickung der Aktiengesellschaften und Kartelle nicht mehr so rasch vor sich geht, die Entstehung neuer Gründergewinne, damit der Drang nach Export des Kapitals verlangsamt wird. Er muss sich aber verlangsamen, wenn die rasche Erschliessung der fremden Länder durch die Einführung des Kapitalismus eine Verzögerung erfährt. Die Erschliessung des fernen Ostens, die rapide Entwicklung Kanadas, Südafrikas und Südamerikas haben einen Hauptanteil daran getragen, dass die Entwicklung des Kapitalismus so schwindelnd jäh und nur durch kurze Depressionen unterbrochen seit 1895 vor sich gegangen ist. Verlangsamt sich aber diese Entwicklung, so muss der Druck der Kartelle auf dem inländischen Markt um so schärfer in Erscheinung treten; denn es sind gerade die

schaft, weil es ihre vollständige Negation ist: bewusste Vergesellschaftung aller in der heutigen Gesellschaft vorhandenen wirtschaftlichen Potenzen, aber eine Zusammenfassung nicht im Interesse der Gesamtheit, sondern um den Grad der Ausbeutung der Gesamtheit auf eine bisher unerhörte Art zu steigern. Aber das Klare, Augenscheinliche dieses Zustandes ist es gerade, das seine Dauer unmöglich macht. Er erweckt gegenüber der Aktion der Kapitalistenklasse, der die Konzentration der Produktionsmittel die Konzentration ihres Bewusstseins und ihres Handelns gebracht hat, die Aktion des Proletariats, das sich seiner Macht nur bewusst zu werden braucht, um sie unwiderstehlich zu machen." Rudolf Hilferding, „Der Funktionswandel des Schutzzolls", „Neue Zeit", XXI, 2.

Perioden der Depression, in der die Konzentration am raschesten vor sich geht. Zugleich wird mit der langsameren Ausdehnung des Weltmarktes der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Nationen um ihren Anteil noch verschärft und das um so mehr, wenn grosse bisher der Konkurrenz freie Märkte durch die Ausdehnung der Schutzzölle, zum Beispiel auf England, der Konkurrenz anderer Länder entrückt werden. Die Kriegsgefahr steigert die Rüstungen und den Steuerdruck und treibt schliesslich die in ihrer Lebenshaltung immer mehr bedrohten Mittelschichten in die Reihen des Proletariats, das aus der Schwächung der Staatsmacht und dem kriegerischen Zusammenprall die Früchte erntet[1]).

Es ist ein historisches Gesetz: In den auf Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaftsformationen gehen die grossen sozialen Umwälzungen erst vor sich, wenn die herrschende Klasse bereits den höchst möglichen Stand der Konzentration ihrer Macht erreicht hat. Die ökonomische Macht der herrschenden Klasse bedeutet stets zugleich Macht über Menschen, Verfügung über menschliche Arbeitskraft. Damit wird aber der ökonomische Herrscher abhängig von der Macht der Beherrschten. Denn indem er selbst an Macht zunimmt stärkt er zugleich die Macht derer, die ihm in Klassenfeindschaft gegenüberstehen. Als Beherrschte aber erscheinen sie machtlos. Ihre Macht, die sich erst im Kampf, im Sturze der Macht der herrschenden Klasse beweisen kann, erscheint latent, während die Macht der Herrschenden die allein offensichtliche ist. Erst im Zusammenprall der beiden Mächte, also in der revolutionären Periode, erweist sich die Macht der Unterworfenen als real.

Oekonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Machtmittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates. Diese straffe Zusammenfassung aller Machtmittel des Staates erscheint als seine höchste Machtentfaltung, der Staat als unüberwindliches Instrument der Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft, damit aber zugleich die Eroberung der politischen Macht als Vorbedingung der ökonomischen Befreiung. Die bürgerliche Revolution setzte erst ein, als der absolute Staat nach Ueberwindung der innerstaatlichen territorialen Gewalten der grossen Grundherren in sich

[1]) Siehe Karl Kautsky: „Der Weg zur Macht", insbesondere das Schlusskapitel: „Ein neues Zeitalter der Revolutionen."

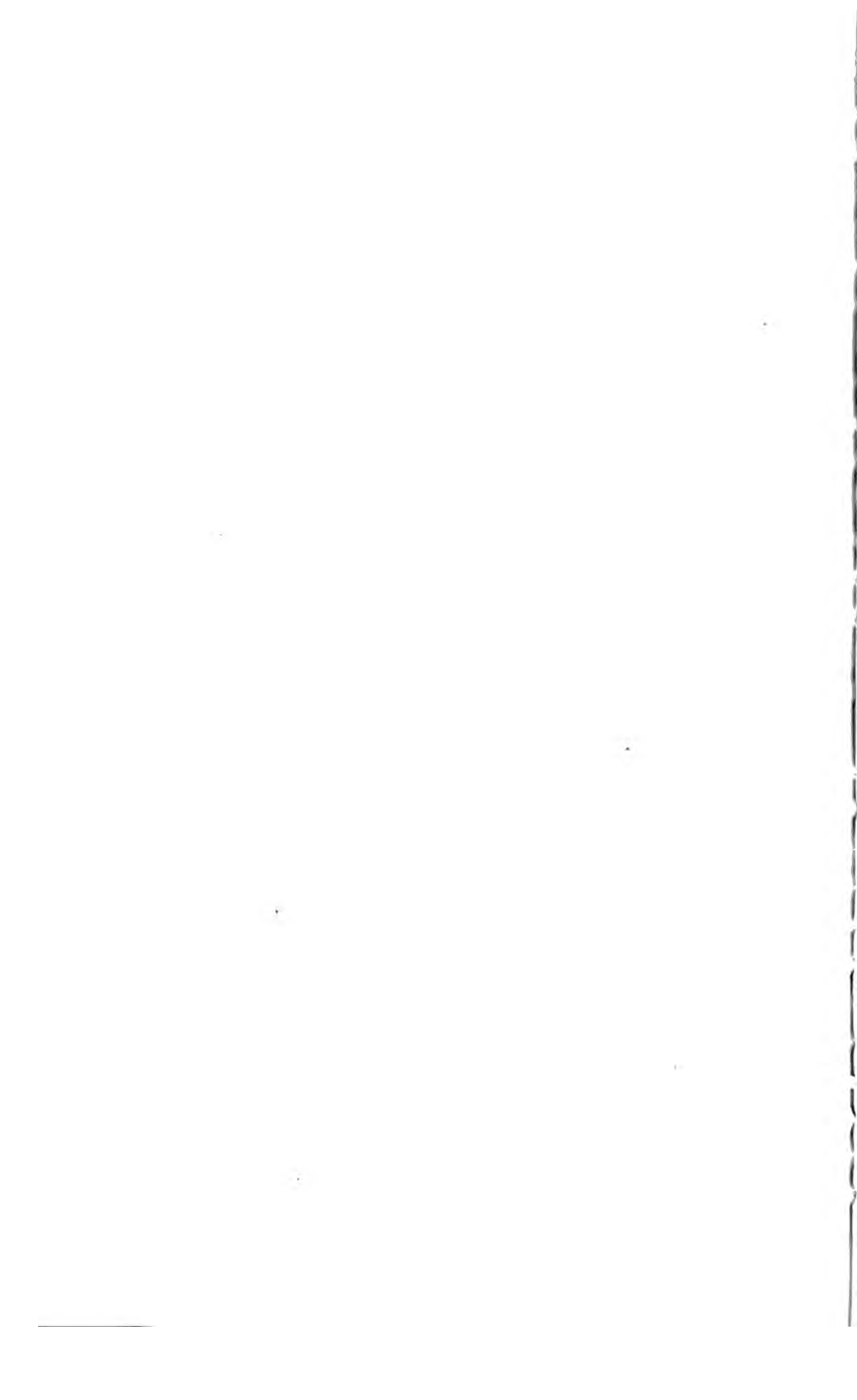
alle Machtmittel vereinigt hatte, während die Konzentration politischer Macht in den Händen einiger grösster Grundherren selbst die Voraussetzung für den Sieg des absoluten Königtums gebildet hatte. So ist der Sieg des Proletariats geknüpft an die Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen weniger Kapitalmagnaten oder Magnatenvereinigungen und an deren Herrschaft über die Staatsmacht.

Das Finanzkapital in seiner Vollendung bedeutet die höchste Stufe ökonomischer und politischer Machtvollkommenheit in der Hand der Kapitaloligarchie. Es vollendet die Diktatur der Kapitalmagnaten. Zugleich macht es die Diktatur der nationalen Kapitalbeherrscher des einen Landes immer unverträglicher mit den kapitalistischen Interessen des anderen Landes und die Herrschaft des Kapitals innerhalb des Landes immer unvereinbarer mit den Interessen der durch das Finanzkapital ausgebeuteten, aber auch zum Kampf aufgerufenen Volksmassen. In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schliesslich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.



Die Wertlehre bei Marx und Lassalle.

Von Tatiana Grigorovici.



Einleitung.

Im Vorwort zur ersten Auflage des „Kapital“ entschuldigte Marx, wie bekannt, seine Absicht, die schon in „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ enthaltene Analyse der Wertsubstanz und der Wertgrösse im „Kapital“ zu popularisieren, hauptsächlich damit, dass nicht einmal Lassalle seine Ausführungen über jene Themata verstanden habe. Die Popularisierung, heisst es wörtlich in diesem Vorwort, schien um so nötiger zu sein, „als selbst der Abschnitt von F. Lassalles Schrift gegen Schulze-Delitzsch, worin er die ‚geistige Quintessenz‘ meiner (Marx') Entwicklung über jene Themata zu geben erklärt, bedeutende Missverständnisse enthält“.

Diese Bemerkung Marx' liess keinen Zweifel darüber zu, dass Lassalle die Marxsche Werttheorie missverstanden hat. Aber worin eigentlich dieses Missverständnis bestand, darüber hat sich Marx selbst nicht geäussert, so dass er seinen Interpreten wie denen Lassalles bei Aufsuchung des von Marx nur konstatierten, aber nicht näher bezeichneten Unterschiedes zwischen seiner und der Lassalleschen Werttheorie einen weiten Spielraum liess.

Anfangs glaubte man zwar noch, die oben erwähnte Bemerkung Marx', Lassalle habe seine Werttheorie missverstanden, ignorieren und auch nach dem Erscheinen des I. Bandes des „Kapital“ an der vollkommenen Uebereinstimmung der Lassalleschen Werttheorie mit der von Marx festhalten zu können,[1]) aber allmählich trat eine Reaktion ein und die Ansicht gewann die Oberhand, dass Lassalle die Werttheorie Marx' nicht bloss „missverstanden“,

[1]) So spricht zum Beispiel Eugen Jäger in seiner Schrift: „Der moderne Sozialismus“, Berlin 1873, Seite 248, von der „vollständigen“ Uebereinstimmung dieser zwei Werttheorien, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, dass Marx selbst anderer Meinung war als er.

sondern ihr auch eine solche Fassung gegeben habe, die sie in ihr gerades Gegenteil umwandelte. Die Werttheorie, wie sie Lassalle in seiner Schrift „Schulze-Delitzsch" dargelegt hat, hiess es nunmehr, ist nicht nur nicht identisch mit der von Marx, sondern umgekehrt: sie ist geeignet, die Marxsche Wertlehre samt den Schlüssen, die Marx aus ihr gezogen hat, umzustürzen.

Diese Auffassung fand dann die weiteste Verbreitung und nicht selten konnte man beobachten, wie Gegner des Marxschen ökonomischen Systems gegen dieses mit Argumenten kämpften, die sie der Werttheorie Lassalles entnahmen, derselben Werttheorie, die, sofern sie eine Weiterbildung der Ricardoschen Werttheorie darstellte, nach Lassalle selbst nichts anderes sein wollte als „der gedrängte Gedankenextrakt" aus der Schrift von Karl Marx: „Zur Kritik der politischen Oekonomie."

Die Ursache des Missverständnisses, dem Lassalle unterlegen sein sollte, sah man darin, dass Lassalle eine von Marx verschiedene Auffassung des Begriffes der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" als einziger Quelle alles Werts hatte. Darin stimmten Gegner wie Anhänger der Marxschen Werttheorie überein, wenn auch die letzteren sich wohl hüteten, daraus dieselben Schlüsse zu ziehen wie die ersteren.

Diese Uebereinstimmung der Gegner wie der Anhänger Marx' hinsichtlich der Unterschiede zwischen der Marxschen und Lassalleschen Werttheorie konnte jedoch nur Hand in Hand gehen mit der Uebereinstimmung in Bezug darauf, was Marx selbst unter dem Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" verstand. Wurde aber der Sinn dieses Marxschen Begriffes selbst einem Zweifel unterworfen — und strittig ist ja diese Frage noch bis auf den heutigen Tag geblieben — dann musste auch der Streit über die erste Frage von selbst neu entbrennen. Und in der Tat finden wir jetzt, was diese Frage anbelangt, die denkbar verschiedensten Meinungen in der Literatur vertreten. Die einen sehen auch jetzt die Unterschiede zwischen den zwei Werttheorien in der verschiedenen Auffassung des Begriffes der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit"; die anderen kehrten zur alten Auffassung zurück, wonach Lassalle die Marxsche Werttheorie vollkommen richtig erfasst hat, und wagt man es auch nicht mehr, die Marxsche Bemerkung im Vorwort zum „Kapital" ganz zu ignorieren, so wird jedenfalls darauf hingewiesen, dass die „Missverständnisse", von

denen Marx gesprochen hat, nur ganz nebensächlicher Natur seien; am vorsichtigsten handeln diejenigen, die sich darauf beschränken, zu konstatieren, dass die Wertlehre Lassalles von der Marx' abweiche, die Richtigkeit dieser Konstatierung durch den Hinweis auf die oben erwähnte Bemerkung Marx' bekräftigen, auf das Wesen dieses Unterschieds aber nicht weiter eingehen; aber auch an einem positiven Versuche, der Sache eine neue Fassung zu geben, fehlt es nicht, einem Versuche, der von Franz Mehring unternommen, aber leider von ihm nicht näher ausgeführt wurde und daher bis jetzt auch nicht die genügende Beachtung gefunden hat.

Aber trotzdem die Ansichten darüber, worin eigentlich Lassalle die Marxsche Werttheorie missverstanden haben mag, dermassen voneinander abweichen, finden wir keine einzige dieser Ansichten eingehend genug begründet. Es sind meist leicht hingeworfene Bemerkungen, wie man sie gewöhnlich in Bezug auf längst feststehende Tatsachen zu gebrauchen pflegt, Tatsachen, die keiner näheren Begründung bedürfen, weil sie von niemandem mehr bezweifelt werden können. In Wirklichkeit aber ist gerade dieses von uns aufgeworfene Problem eines der am wenigsten geklärten und wir halten es daher nicht für unnütz, diese Frage einmal gründlicher zu untersuchen und ihr etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als dies bisher geschehen.

Im vorliegenden wollen wir uns nun mit der Lösung dieser Frage beschäftigen, wobei uns folgender Ausführungsplan leiten soll. Vor allem sollen die Ausführungen einiger kritischen Autoren, die sich auf diese Frage beziehen, vorgeführt werden. Dann soll dort, wo die Abweichungen der Lassalleschen Auffassung von der Marxens behandelt werden, die Stichhältigkeit dieser Ansichten geprüft und schliesslich diejenigen Unterschiede in der Wertauffassung von Marx und Lassalle dargelegt werden, die nach unserem Dafürhalten tatsächlich bestehen.

I. Kapitel.

Die Unterschiede zwischen der Marxschen und der Lassalleschen Werttheorie im Rahmen der bisherigen Kritik.

Wie wir in der Einleitung bereits bemerkt haben, geht die am meisten verbreitete Ansicht über die Unterschiede zwischen der Marxschen und der Lassalleschen Werttheorie dahin, dass diese Unterschiede einzig und allein in der Verschiedenheit der Auffassung des Begriffes der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" zu suchen seien. Diese Ansicht wurde, soviel wir übersehen können, zuerst von Heinrich von Sybel in seinem Werke „Die Lehren des heutigen Sozialismus und Kommunismus" (1872) geäussert; dieselbe Ansicht wurde dann auch von Franz Mehring in seiner Schrift „Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehren" (1877) sowie von der Redaktion der sozialistischen Zeitschrift „Die Zukunft" vertreten; schliesslich fand sie ihre Anhänger und Verteidiger auch Mitte der Neunzigerjahre in der Person von Gustav Mayer und Lampert Otto Brandt.

Fasst man diese in Bezug auf den Unterschied zwischen der Marxschen und der Lassalleschen Wertlehre vorherrschende Ansicht, die, Anfang der Siebzigerjahre zuerst geäussert, noch bis auf den heutigen Tag unter Autoren verschiedenster Richtung Anhänger findet, in einigen Worten zusammen, so lässt sie sich folgendermassen ausdrücken: Der Unterschied besteht darin, dass die von Marx und Lassalle als die einzige Quelle alles Wertes bezeichnete „gesellschaftlich notwendige Arbeit" bei dem einen einen anderen Begriff deckt als bei dem anderen. Während Marx unter „gesellschaftlich notwendiger Arbeit" die Arbeit an sich versteht, insofern sie unter normalen Produktionsbedingungen und mit dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität

geleistet wird, führt Lassalle in diese Definition der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ noch ein neues Element ein, das der **Zweckmässigkeit, der Anpassung an das reale quantitative Bedürfnis der Gesellschaft.** Damit also die Arbeit nach Lassalle „gesellschaftlich notwendig“ und folglich wertbildend sei, muss sie nicht bloss unter normalen Produktionsverhältnissen und mit durchschnittlicher Intensität und Geschicklichkeit wie nach Marx, sondern auch dem gegebenen Quantum des gesellschaftlichen Bedürfnisses entsprechend und in diesem Sinne zweckmässig geleistet worden sein. Die Definition der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“, wie sie Marx gegeben hat, ist somit enger, einseitiger und bildet nur einen Teil der Lassalleschen Definition.

Diese verschiedene Definition der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“, als der Quelle alles Wertes, müsste nun konsequenterweise Marx und Lassalle zu verschiedenen Resultaten führen, auch in Bezug auf die weitere Konstruktion ihres ökonomischen Gebäudes. War das nicht der Fall, so ist es einzig und allein auf die Inkonsequenz Lassalles zurückzuführen.

Dies in kurzen Worten der Inhalt der herrschenden Meinung über den Unterschied zwischen der Marxschen und der Lassalleschen Werttheorie. Doch lassen wir die Anhänger dieser Auffassung selbst sprechen und sehen wir uns ihre Argumentationen näher an!

Marx sagt ganz richtig — lesen wir bei Heinrich v. Sybel in seinem Werke „Die Lehren des heutigen Sozialismus und Kommunismus“ — dass die Arbeit nur insofern Wert erzeuge, als sie „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit sei. Wenn die Dampfspinnerei dreissigmal mehr Garn in derselben Zeit liefert als der Handspinner, so mag sich der Handspinner einen Monat lang mit saurem Fleisse plagen, sein Garn stellt immer nur den Wert eines Arbeitstages dar. Ebenso richtig aber sagt Lassalle: Wenn die menschliche Gesellschaft heute zum Beispiel einer Million Ellen Seide bedarf und die Unternehmer produzieren deren fünf, so muss der Wert der Elle Seidenzeug mindestens auf ein Fünftel sinken, da das reale Bedürfnis aller Individuen nach Arbeit in Seide nicht gewachsen, vier Fünftel also der gelieferten Arbeit eine „gesellschaftlich notwendige“ nicht gewesen ist. Man sieht — setzt Sybel fort — auf den ersten Blick, dass in beiden Fällen das Wort „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ in ganz verschiedenem Sinne gebraucht wird. Im ersten Falle bezeichnet es das Minimum der Arbeit, welche zur

Erzeugung einer bestimmten Warenmenge erforderlich ist, im zweiten das Maximum der Arbeit, welche den Gesamtbedarf des Marktes befriedigt. Im ersten Falle ändert sich der Warenwert durch Aenderung der erzeugenden Arbeitskraft, im zweiten bei gleichbleibender Arbeitskraft durch die Aenderung ihres Verhältnisses zum Bedürfnis. [1])

Der Unterschied zwischen der Werttheorie Marx' und Lassalles ist also klar. Beide, sowohl Marx wie auch Lassalle, bezeichnen die „gesellschaftlich notwendige Arbeit" als einzige Quelle alles Wertes, aber während Marx unter „gesellschaftlich notwendiger Arbeit" die menschliche Arbeit für sich allein, insofern sie zur Erzeugung eines bestimmten Gegenstandes notwendig ist, versteht, versteht Lassalle darunter nicht bloss die Zeitdauer, sondern auch die Zweckmässigkeit der Arbeit im Sinne ihrer Anpassung an das quantitative gesellschaftliche Bedürfnis.

Dieser Unterschied in der Definition der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" als Quelle alles Wertes ist nach Sybel von grösster Wichtigkeit. Denn gibt man zu, dass die Arbeit an sich, ohne Rücksicht auf ihre Zweckmässigkeit, die Quelle alles Wertes sei, so muss man auch konsequenterweise mit Marx übereinstimmen, dass die Arbeiter allein es sind, die Werte schaffen, und dass folglich der Gewinn der Unternehmer ausschliesslich auf die Ausbeutung der Arbeiter, auf die unberechtigte Aneignung des Ueberschusses des Arbeitsertrages über den Arbeitslohn zurückzuführen sei. Zu anderen Resultaten kommt man aber, wenn man die Zweckmässigkeit der Arbeit als Quelle und Mass des Wertes bezeichnet; denn daraus ergibt sich in unwiderleglicher Weise, „dass nur der Mensch der Arbeit in Wahrheit ihren Wert verleiht, der ihr den Charakter der Zweckmässigkeit aufdrückt, der ihr die nützlichen Zwecke setzt und für die Verwirklichung derselben die angemessenen Mittel entdeckt und wirken lässt", [2]) oder — dieses Ergebnis auf den Arbeitsprozess einer grossen Manufaktur oder Fabrik angewendet — dass nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer es ist, der als Schöpfer des Zweckes, als diejenige Person, die „den behandelten Stoffen die Eigenschaft von Werten" verleiht, anzusehen ist. „Er prüft die Konjunktur, er bestimmt darnach Art und Umfang der

[1]) Heinrich v. Sybel, „Die Lehren des heutigen Sozialismus und Kommunismus". Bonn 1872. Seite 14 und 15.

[2]) Heinrich v. Sybel, a. a. O., Seite 29.

Produktion, er schafft die Maschinen und deren Verbesserung, die Handarbeiter und deren Auswahl", [1]) mit einem Wort, er macht erst die an sich tote Arbeit zu zweckmässiger, zu werthervorbringender Arbeit. Die Lohnarbeiter aber sind bloss Werkzeuge in der Hand des Unternehmers, „beseelte menschliche Werkzeuge, darum aber für den Arbeitsprozess der Fabrik nichts anderes als eine besondere Art von Arbeitsgerät neben den Maschinen". [2]) Sie sind daher auch in keinem anderen Sinn wertbildend „als die Maschine, mit der sie zusammenwirken". [3]) Freilich geht der Arbeitslohn mit ein in den Wert der Ware, aber nur so „wie ein Teil der Kosten von Nadel und Schere in den Rock, den der Schneider verfertigt". Niemand wird aber daraus den Schluss ziehen, „dass Nadel und Schere den Rock und seinen Wert geschaffen haben, und so ist bei der grossen Fabrikation nicht die Arbeit des Handarbeiters, der die Maschine bedient, sondern die Kopfarbeit des Fabriksherrn, der sie beherrscht, die Schöpferin des Wertes und des Mehrwertes". [4])

Zu diesem Schluss muss man nach Sybel konsequenterweise gelangen, wenn man mit Lassalle nicht die Arbeit an sich, sondern die zweckmässige Arbeit als Quelle alles Wertes bezeichnet; aus diesem Schluss aber, der die Werttheorie, Mehrwerttheorie, wie überhaupt das ganze ökonomische System Marx' umstösst, ist wieder zu ersehen, welch grosser prinzipieller Unterschied zwischen der Werttheorie Marx' und der Lassalles besteht. War Lassalle selbst nicht einsichtig genug, diesen Unterschied zu bemerken, der scharfe Kopf Marx' brachte diesen Unterschied sofort heraus. Daher seine Polemik gegen Lassalle.

Dieselbe Ansicht über den Unterschied zwischen der Marxschen und Lassalleschen Werttheorie wie Sybel vertrat auch Franz Mehring in seinem Werke „Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehre". [5]) Auch er führte diesen Unterschied auf die ver-

[1]) Ebd., Seite 30.

[2]) Ebd., Seite 31.

[3]) Ebd.

[4]) Ebd., Seite 32.

[5]) Obwohl Mehring, wie wir weiter sehen werden, seine Meinung in dieser Frage geändert hat, glauben wir uns trotzdem mit seinen in dem oben zitierten Werke vertretenen Ansichten ausführlicher beschäftigen zu müssen, weil diese manchen lange nach diesem Werke erschienenen Arbeiten als Grundlage dienten.

schiedene Auffassung des Begriffes der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ bei Marx und Lassalle zurück. Die Richtigkeit dieser Auffassung bewies Mehring, indem er zwei Beispiele, die Marx und Lassalle zur Illustration ihrer Werttheorie gebraucht haben, zitierte und miteinander verglich.

Im 1. Band des „Kapital“ gibt nämlich Marx der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die sich im Werte der Ware verkörpert, folgende Definition: Gesellschaftlich notwendige Arbeit oder gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist: „Arbeitszeit erheischt, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen“.[1]) Und um diese Definition den Lesern klarzumachen, gebrauchte Marx folgendes Beispiel: „Nach der Einführung des Dampfwebstuhls in England zum Beispiel genügte vielleicht halb so viel Zeit als vorher, um ein gegebenes Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln. Der englische Handweber brauchte zu dieser Verwandlung in der Tat nach wie vor dieselbe Arbeitszeit, aber das Produkt seiner individuellen Arbeitsstunde stellte jetzt nur noch eine halbe gesellschaftliche Arbeitsstunde dar und fiel daher auf die Hälfte seines früheren Wertes. Es ist also — so schliesst Marx weiter — nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgrösse bestimmt.“[2])

Dieser Stelle nun stellte Mehring das schon oben erwähnte Beispiel Lassalles von den fünf Millionen Ellen Seide gegenüber und erklärte, der Vergleich dieser zwei Stellen lasse keinen Zweifel darüber zu, dass der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bei Marx ein anderer ist als bei Lassalle. „Marx meint die Arbeit an sich, insoweit sie nur nicht durch individuelle Faulheit, Ungeschicklichkeit, Unzulänglichkeit der Werkzeuge etc. vergeudet wird. Lassalle aber findet nach seinem Beispiel diese Voraussetzung noch nicht im entferntesten genügend, da er offenbar annimmt, dass seine fünf Millionen Ellen Seide an sich durchaus zweckmässig produziert sind; er erkennt die Arbeit erst als wertbildend an, insoweit sie sich ‚dem realen Bedürfnis der Individuen‘, das heisst den

[1]) Karl Marx, „Kapital“, 1. Band, Seite 5. 4. Auflage.

[2]) Karl Marx, „Kapital“, 1. Band, Seite 5 und 6.

Zwecken der Gesellschaft anpasst, insoweit sie zweckmässig geleitete Arbeit ist . . ." „Nach Lassalle ist es somit" — meint Mehring — „einzig und allein ihr Zweck, welcher der an sich toten Arbeitskraft die gesellschaftliche Wertseele einhaucht, sie überhaupt erst wertbildend macht." [1])

Mit der Anerkennung der Zweckmässigkeit als notwendiger Bedingung jeder wertbildenden Arbeit führte jedoch Lassalle nach der Meinung Mehrings ein völlig neues Element in die Werttheorie Marx' ein, und zwar das des gesellschaftlich wechselnden Bedarfes. Durch die Einführung dieses Elements in die Marxsche Wertlehre wird aber „alles Bezeichnende und Entscheidende, alles Sozialistische in der Lehre von Marx ausgelöscht, denn alsdann sind die Unternehmer, welche die Arbeit den wechselnden Bedürfnissen der Gesellschaft gemäss leiten, nichts weniger wie unnütze Drohnen im Bienenkorbe, sondern sie haben einen ebenso grossen Anteil an der Schaffung der Werte wie die Arbeiter, welche die Arbeit leisten". [2]) Marx wirft daher, meint Mehring, seinem früheren Freund und Jünger Lassalle mit Recht vor, er habe seine Anschauung bedeutend missverstanden. Denn ist es richtig, dass es einzig und allein der Zweck ist, der die an sich tote Arbeitskraft erst wertbildend macht, dann „ist der Eck- und Grundstein von Marx umgewälzt und das Gebäude, das er mit grösstem Aufwande von Gelehrsamkeit auf ihn errichtet hat, kracht in allen Fugen". [3]) Denn dann ergibt sich mit notwendiger Konsequenz, dass die menschliche Arbeit allein zwar Werte schaffen k a n n, also einen unentbehrlichen Faktor des Wertes darstellt . . ., dass sie aber nicht ohneweiters Werte s c h a f f t, sondern nur insoweit, als sie dem ewig wechselnden „realen Bedürfnis der Individuen" entgegenzukommen versteht. [4]) Da nun die Arbeit zu leisten, Sache des Arbeiters, sie den Zwecken der Gesellschaft anzupassen, Sache des Unternehmers ist, so muss man anerkennen, dass sowohl Arbeiter wie auch Unternehmer zwei „gleichberechtigte, auf die Dauer gleich starke Faktoren" [5]) der Wertbildung sind.

---

[1]) Franz Mehring, „Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre". 3. Auflage. Bremen 1879. Seite 292.

[2]) Ebd., Seite 290.

[3]) Ebd., Seite 292.

[4]) Ebd., Seite 294.

[5]) Ebd., Seite 295.

Sowohl die Werttheorie wie die Mehrwerttheorie von Marx erscheinen damit widerlegt. Die Arbeit an sich, insofern man von ihrer Zweckmässigkeit absieht, schafft keine Werte, die Arbeit des Unternehmers, die in der Zweckbestimmung der Produktion besteht, bildet einen unentbehrlichen Faktor der Wertbildung, der Unternehmergewinn beruht daher keineswegs auf der Ausbeutung der Arbeiter; er ist vielmehr ein vom Unternehmer durch seine wertbildende Arbeit wohlverdienter Anteil an dem Produkt des Arbeitsprozesses.

Im Jahre 1894 erschien eine Dissertationsarbeit von Gustav Mayer, betitelt: „Lassalle als Sozialökonom", und auch in dieser Arbeit begegnen wir derselben Ansicht. Marx, meint auch Mayer, hat „vollkommen recht, wenn er behauptet, dass Lassalle seine Wertlehre unrichtig aufgefasst habe", denn „sie nimmt in der Tat bei Lassalle ein vollkommen anderes Aussehen an".[1]) Und fragen wir, worin dieses „vollkommen andere Aussehen" besteht, so erhalten wir dieselbe Antwort wie von Sybel und Mehring, und zwar dass die „gesellschaftlich notwendige Arbeit", die sowohl Marx wie Lassalle als die einzige Quelle alles Wertes bezeichnen, bei beiden einen verschiedenen Sinn habe. „Nach Marx ist die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit die Arbeitszeit, die notwendig ist, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen. Lassalle dagegen definiert die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit folgendermassen: Unter der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ist diejenige Zeit zu verstehen, welche erforderlich ist, um so viel von einem Gegenstand herzustellen, wie zur Deckung des vorhandenen Bedarfs notwendig ist." [2])

„Der tiefgreifende Unterschied dieser beiden Auffassungen" — setzt Mayer unmittelbar fort — „ist leicht erkennbar. Während Marx bei seiner Definition der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, wie überhaupt in seiner ganzen Wertlehre, durchweg

[1]) Gustav Mayer, „Lassalle als Nationalökonom". Berlin 1894. Seite 103.

[2]) Bei Lassalle finden wir übrigens nirgends wörtlich eine solche Definition der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit". Sie lässt sich höchstens aus dem erwähnten Beispiel von den 5 Millionen Ellen Seide ableiten.

das Moment des Bedarfes unberücksichtigt lässt, beruht Lassalles Definition völlig auf demselben. Während Marx das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot absichtlich völlig eliminiert, führt Lassalle mit seiner Definition dieses Spezifikum der individualistischen Volkswirtschaft wieder ein."[1]) Und ebenso wie Sybel und Mehring beweist auch Mayer dies an dem bekannten Beispiel Lassalles von den 5 Millionen Ellen Seide und ebenso wie sie zieht er dieselben Schlüsse daraus. „Gerade die Abstraktion von dem Bedürfnisse nach den betreffenden Waren war es, welche der Marxschen Wertlehre ihren sozialistischen Charakter gab. Indem Lassalle aber gerade von dem Schwanken der Nachfrage den Wert der Waren abhängig machte, stellte er sich, ohne es zu merken, wieder völlig auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und an die Seite der liberalen Oekonomen."[2])

Die Folge davon ist, dass die sozialistischen Folgerungen bei Lassalle, insofern sie aus seiner Werttheorie abgeleitet sind, im krassen Widerspruch zu dieser Wertlehre selbst stehen. So ist zum Beispiel nicht einzusehen, wie Lassalle das Recht des Arbeiters auf den vollen Arbeitsertrag und die Unrechtmässigkeit des Unternehmergewinns aus seiner Werttheorie hat ableiten können. „Denn gerade aus seiner Wertlehre würde folgen, dass innerhalb einer verkehrswirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft der Stand des Unternehmers nicht nur nicht unentbehrlich ist, sondern sogar direkt erst Werte schafft. Der Unternehmer ist heute dasjenige Element, welches in das ungeregelte Chaos von Konsumtion und Produktion Ordnung zu bringen sucht, welches den vorhandenen Gütervorrat mit dem zur Deckung des Bedarfes notwendigen vergleicht und darnach die Richtung der Produktion quantitativ und qualitativ bemisst. Der Unternehmer studiert die Konjunkturen und macht seine produktive Tätigkeit von den Bedürfnissen der Gesamtheit abhängig. Natürlich kann er dies nicht unentgeltlich tun und das Plus über Produktionskosten, welches ihm beim Verkauf der Güter zufällt, der Unternehmergewinn also, ist darum unter unseren heutigen Verhältnissen völlig berechtigt. Wenn die Arbeiter ohne

[1]) Gustav Mayer, a. a. O., Seite 103 und 104.
[2]) Ebd., Seite 105 und 106.

Leitung, unbekannt mit den Gesetzen des Weltmarktes, darauflosproduzieren würden, so würde ihre Tätigkeit fast niemals eine Werte schaffende sein" ...[1])

Die Darstellung Mayers beruht übrigens vollständig auf den Ausführungen Mehrings, dessen Werk: „Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre" er oft zitiert.

Derselben Anschauung begegnen wir endlich auch bei Lampert Otto Brandt, in seiner Dissertation: „Ferdinand Lassalles sozialökonomische Anschauungen und praktische Vorschläge." [2])

Und glaubten noch die von uns zuerst zitierten Autoren, die von ihnen vertretene Ansicht durch irgend welche Belege bekräftigen zu müssen, L. O. Brandt fand dies schon für vollkommen überflüssig. Er brauchte eine schon längst feststehende Tatsache bloss zu konstatieren.

Und in der Tat war die Ansicht, die den Unterschied zwischen der Marxschen und Lassalleschen Werttheorie auf die verschiedene Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zurückführte, dermassen verbreitet, dass sie von Freund und Feind, von Anhängern und Gegnern der Marxschen Wertlehre gleich geteilt wurde.

So ist zum Beispiel auch in der sozialistischen Zeitschrift „Die Zukunft" gelegentlich der Rezension des Buches von Fr. Mehring „Die deutsche Sozialdemokratie etc." folgende Bemerkung des Rezensenten, eines Anhängers der Marxschen Wertlehre, zu lesen: „L a s s a l l e und andere Schüler von M a r x haben dem Begriff ‚gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit', unter welchem Marx versteht. . . (folgt die Marxsche Definition der gesellschaftlich notwendigen Arbeit) noch den Sinn beigelegt: A r b e i t s z e i t, e r f o r d e r l i c h, u m d a s f ü r d i e r e a l e n B e d ü r f n i s s e d e r G e s e l l s c h a f t n ö t i g e Q u a n t u m P r o d u k t e z u l i e f e r n. Der Unterschied ist in die Augen springend; doch ist diese Auslegung . . . eine der marxistischen Theorie, wenigstens soweit diese im ‚Kapital' entwickelt ist, f r e m d e."[3])

Mit dieser Bemerkung des Rezensenten erklärte sich dann gelegentlich auch die Redaktion der „Zukunft" einverstanden.[4])

---

[1]) Gustav Mayer, a. a. O., Seite 106 und 107.

[2]) L. O. Brandt, „Ferdinand Lassalles sozialökonomische Anschauungen und praktische Vorschläge". Jena 1895. Seite 50.

[3]) „Die Zukunft." Sozialistische Revue. Berlin 1877. Seite 94, Anmerkung.

[4]) Ebd., Seite 113.

So teilten die meisten Anhänger der Marxschen Wertlehre mit ihren Gegnern die Ansicht, Lassalle habe dem Begriffe der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, den er Marx entnommen, eine falsche Fassung gegeben. Sie fühlten sich jedoch dadurch nicht im geringsten veranlasst, auch die Konsequenzen, die die Gegner Marx' daraus gezogen haben, zu teilen. Und mit Recht. Die Tatsache als solche, die Abweichung der Lassalleschen Definition des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit von der Marx', und zwar im oben dargelegten Sinne, hat nämlich mit den Schlüssen, die die Gegner Marx' aus ihr gezogen, nichts zu tun. Denn insofern diese auf Grund der Definition der wertbildenden Arbeit als zweckmässig geleisteter Arbeit, im Sinne ihrer Anpassung an das qualitative und quantitative Bedürfnis der menschlichen Gesellschaft den Beweis führen wollten, dass nicht nur die Hand-, sondern auch die Kopfarbeit, nicht nur die physische, sondern auch die geistige Arbeit produktiv sei — insofern sie d i e s beweisen wollten, war ihre Mühe ganz überflüssig. Denn weder Marx noch Lassalle haben die geistige Arbeit der Leitung der Unternehmung unterschätzt und keinem von ihnen fiel es ein, den Anspruch auf Vergütung dieser Arbeit irgendwie streitig zu machen. Im Gegenteil, beide, sowohl Marx wie auch Lassalle, bezeichneten diese Arbeit, insofern sie nicht auf dem Gegensatz zwischen dem Arbeiter und dem Eigentümer der Produktionsmittel beruht, sondern aus der Natur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses selbst entspringt, als wertbildende Arbeit; aber eben deshalb rechneten sie auch die Entlohnung des Unternehmers für die von ihm als Leiter der Produktion etwa geleistete geistige Arbeit, ebenso wie die Entlohnung der Arbeiter für ihre physische Arbeit, zu den A r b e i t s l ö h n e n und nicht zum Unternehmergewinn. Marx weist ausdrücklich darauf hin, dass die Darstellung des Unternehmergewinns als Aufsichtslohn zum Teil darauf beruht, „dass in der Tat ein Teil des Profits als Arbeitslohn abgesondert werden kann und sich wirklich absondert, oder vielmehr umgekehrt, dass ein Teil des Arbeitslohnes, auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, als ein integrierender Bestandteil des Profits erscheint".[1]) Dieser Teil des Kapitalisteneinkommens hat aber mit dem Unternehmergewinn als solchem nichts zu tun und kann selbständig und getrennt vom Unternehmergewinn dargestellt werden

[1]) „Kapital." III. I., Seite 369.

und zwar „in dem Gehalt des Dirigenten in solchen Geschäftszweigen, deren Ausdehnung u s. w. hinreichende Teilung der Arbeit erlaubt, um besonderen Arbeitslohn für einen Dirigenten zu gestatten“.[1]) Aber auch Lassalle bemerkt ausdrücklich, dass bei ihm dieser Teil des Einkommens des Unternehmers, der eine Entlohnung für die von ihm als Leiter des Unternehmens geleistete Arbeit darstellt, „nie in dem begriffen“ ist, was er „Kapitalprofit nenne“.[2]) Und in der Tat definiert Lassalle in seinem Werke „System der erworbenen Rechte“ den Kapitalprofit als eine Prämie, die „sich bildet durch die Differenz zwischen dem Verkaufspreis des Produkts und der Summe der Löhne und Vergütungen sämtlicher, auch geistiger Arbeiten, die in irgend welcher Weise zum Zustandekommen des Produkts beigetragen haben“.[3]) Ob diese geistige Arbeit vom Unternehmer selbst oder von einem von ihm angestellten geistigen Arbeiter geleistet wird, bleibt sich natürlich gleich.

Also nicht darauf kommt es an, ob die geistige Arbeit und insbesondere die der Leitung eines Unternehmens an sich wertbildend ist — das hat niemand bestritten — auch nicht darauf kommt es an, ob der Unternehmer einen Anspruch auf Entlohnung für die von ihm eventuell geleistete geistige Arbeit hat — auch dies wurde sowohl von Marx als auch von Lassalle anerkannt — worauf es ankommt, ist nur, ob sich das ganze Unternehmereinkommen auf Arbeitslohn zurückführen lässt. Denn was Marx und Lassalle von ihren Kritikern in dieser Frage unterschied, war eben, dass, während die letzteren im Unternehmereinkommen nur die Vergütung für die geistige Arbeit des Unternehmers sahen, Marx und Lassalle bewiesen zu haben glaubten, dass diese Vergütung — dass der Kapitalist zugleich Leiter der Unternehmung ist, wird vorausgesetzt — bloss einen unbeträchtlichen Teil des Unternehmergewinnes ausmacht und den Unternehmerprofit daher zu erklären nicht imstande sei. Dass diese Einwendung gleichermassen in Kraft bleibt, ob man unter wertbildender, gesellschaftlich notwendiger Arbeit Arbeit in rein technischem Sinne, wie sie Marx, oder im Sinne ihrer Anpassung an das quantitative gesellschaftliche Bedürfnis, wie sie

[1]) Ebd., Seite 369.

[2]) „Ferdinand Lassalles Reden und Schriften.“ Herausgegeben von Eduard Bernstein. Berlin 1893. Bd. III, Seite 205. Verlag der Expedition des „Vorwärts“.

[3]) Zitiert nach der Ausgabe Bernsteins. Bd. III, Seite 798.

Lassalle aufgefasst haben soll, versteht, ist evident und so darf man sagen, dass der Versuch, aus der zweiten Definition des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit die Berechtigung des Unternehmergewinnes, seine Zurückführung auf Arbeitslohn für wertbildende Arbeit abzuleiten, als missglückt anzusehen ist. Dass die Leitung einer Unternehmung eine geistige wertbildende Arbeit ist — das leugneten Marx und Lassalle nicht, das zu beweisen war also im besten Falle überflüssig; dass aber der Unternehmerprofit nichts anderes ist als eben eine Entlohnung für diese produktive Arbeit — das lässt sich weder durch die eine noch durch die andere Definition der wertbildenden Arbeit beweisen.

Aber für uns, da wir uns eine bestimmte, eng begrenzte Aufgabe gestellt haben, kommt diese Seite der Frage weniger in Betracht. Wir hoben sie bloss hervor, um zu zeigen, welche Waffe die Gegner des wissenschaftlichen Sozialismus in der neuen Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu finden gehofft haben.

Was uns vor allem interessiert, ist die Frage, inwiefern die angeführten Autoren den Unterschied zwischen der Marxschen und der Lassalleschen Wertlehre richtig erfasst haben, wenn sie diesen Unterschied in der verschiedenen Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit erblicken zu können glaubten. Ist es richtig, dass Lassalle die gesellschaftlich notwendige Arbeit in dem ihm zugeschriebenen Sinne aufgefasst hat; wenn ja, ist diese Auffassung eine der Marxschen entgegengesetzte? Diese Fragen müssen zuerst beantwortet werden, bevor wir dazu übergehen, die Bedeutung dieser verschiedenen Auffassung eines und desselben Begriffes für die Wertlehre zu beurteilen.

Aber diesen Fragen geht wieder noch eine andere voran, die nämlich, was Marx selbst unter dem Begriffe der gesellschaftlich notwendigen Arbeit verstanden hat. Müssen wir doch selbst zuerst über den Sinn dieses Begriffes bei Marx ganz im klaren sein, bevor wir uns zu Richtern über Lassalle und über die Richtigkeit seiner Auffassung dieses Marxschen Begriffes erheben. Dies zu tun, scheint aber um so mehr geboten zu sein, als noch bis auf den heutigen Tag über diese Frage die verschiedensten Meinungen bestehen.

II. Kapitel.

Der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als des wertbildenden Faktors bei Marx und Lassalle.

Die ersten Angriffe, denen die Marxsche Wertlehre von Anfang an ausgesetzt war, gingen dahin, dass Marx bei Behandlung des Wertproblems zu einseitig bloss die technische Seite, nicht aber auch die Einwirkung des wechselnden gesellschaftlichen Bedarfes auf den Tauschwert der Waren berücksichtigt habe. Dies wurde, wie wir im vorigen Kapitel zu sehen schon Gelegenheit hatten, hauptsächlich an der Hand der bekannten Marxschen Definition der wertbildenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit nachgewiesen. Der Umstand, dass dieser Vorwurf gegen die Marxsche Wertlehre nicht nur von ausgesprochenen Gegnern Marx', sondern auch von solchen Leuten wie A. E. Fr. Schäffle, der durch seine „Quintessenz des Sozialismus" sich allgemeiner Sympathie in den Kreisen der Sozialisten erfreute, erhoben wurde, trug nicht wenig dazu bei, dass auch die Anhänger der Marxschen Wertlehre sich gezwungen sahen, den Marxschen Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit einer gründlicheren Untersuchung zu unterziehen. Das Ergebnis dieser Untersuchung war ein sehr verschiedenes. Während die einen, und zwar diejenigen, die den Argumenten der Gegner standhalten konnten, bei der alten Auffassung dieses Begriffes blieben, glaubten andere weniger widerstandsfähige Marxisten, sich dadurch helfen zu können, dass sie den Beweis führten, das Bedarfsmoment sei bereits im Ausdrucke „gesellschaftlich notwendige Arbeit" enthalten.

Soweit wir übersehen können, war es A. C. Schramm, ein begeisterter Anhänger der Marxschen Wertlehre, der zum erstenmal den Versuch gemacht hat, dem Begriffe der gesellschaftlich notwendigen Arbeit eine solche Fassung zu geben. Er ist der erste,

zugleich aber auch der typischeste Vertreter dieser Anschauung und seine Ausführungen über dieses Thema verdienen um so mehr berücksichtigt zu werden, als sie, trotzdem sich gerade an ihnen am leichtesten nachweisen lässt, wie irrig diese Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bei Marx ist, so verlockend zu sein schienen, dass sie mit der Zeit ziemlich viele Anhänger, besonders unter den Vertretern der Marxschen Wertlehre, gefunden haben.

Wenn, meint Schramm, gegen Marx der Vorwurf der Einseitigkeit, der Vorwurf, als hätte Marx bei der Wertbestimmung der Waren die Rolle des quantitativ wechselnden gesellschaftlichen Bedürfnisses vollkommen ausser acht gelassen, erhoben wird, so ist dieser Vorwurf nicht auf eine falsche Definition der gesellschaftlich notwendigen Arbeit seitens Marx', sondern ausschliesslich auf die falsche einseitige Auffassung dieses Begriffes seitens seiner Interpreten zurückzuführen. Denn schon in der blossen Marxschen Wertdefinition, nach der nicht die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit, sondern die gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeit wertbildend sei, ist dem Einflusse, den der wechselnde gesellschaftliche Bedarf auf die Wertbestimmung ausübt, zur Genüge Rechnung getragen.

Schramm erläutert dies an einem Beispiele.

Die Gesellschaft braucht ein bestimmtes Quantum Getreide; die zur Erzeugung desselben aufgewendete oder aufzuwendende allgemein menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit, gemessen nach Zeit, bestimmt den Wert alles Getreides. Ist mehr Getreide erzeugt worden, als gebraucht wird, so wurde auch mehr Arbeit darauf verwendet, als gesellschaftlich notwendig war; ist also doppelt soviel Getreide gebaut worden, so steckt darin nur halb soviel Wert, nur halb soviel gesellschaftlich notwendige Arbeit, als wirkliche Arbeit zur Getreidegewinnung aufgewendet worden ist.

Wäre dagegen der gesellschaftliche Bedarf nur zur Hälfte durch den Ernteertrag gedeckt, so ist eben nicht das genügende Quantum „gesellschaftlich notwendiger Arbeit“ auf Getreidebau verwendet worden; das vorhandene Getreidequantum repräsentiert also einen doppelt so hohen Tauschwert, als wirkliche gesellschaftliche Durchschnittsarbeit zur Produktion verwendet worden ist.

Nimmt man also auch an, dass Preis und Wert gleich hoch sein sollen, so wird der Brotpreis bei einer reichlichen Ernte sinken,

das Brot wird billiger werden, man wird mit dem Arbeitsertrag einer Stunde doppelt soviel kaufen können als in gewöhnlichen Jahren. Ist dagegen nur halb soviel Getreide gewonnen worden, als zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfes notwendig ist, so wird der Brotpreis steigen, man wird für den Arbeitsertrag einer Stunde nur halb soviel Brot kaufen können als sonst.[1])

Dass die zur Hervorbringung der Waren verwendete Arbeit nur dann als wertbestimmend gilt, wenn sie den herrschenden Produktionsverhältnissen gemäss geleistet worden ist, das ist nach Schramm nur selbstverständlich; darauf weist schon der Umstand hin, dass nach Marx der Wert der Ware nicht durch die individuelle, sondern durch die in ihr enthaltene gesellschaftliche Arbeitszeit bestimmt wird. Das von ihm zur Erläuterung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit vorgebrachte Beispiel sollte nur noch zeigen, wie das Wörtchen „notwendig" aufzufassen sei, und wir sahen, dass nach Schramm die in den Waren verkörperte gesellschaftliche Durchschnittsarbeit nur dann im Sinne Marx' als „notwendige" Arbeit anzusehen ist, wenn sie in einer dem gesellschaftlichen Bedürfnisse entsprechenden Menge vorhanden ist.

Enthält somit der Begriff der „gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit" das technische Moment, so der der „notwendigen" Arbeit — das Bedarfsmoment. Im Begriffe „gesellschaftlich notwendige Arbeit" sind folglich beide Momente enthalten: sowohl das technische wie das Bedarfsmoment. Das Rätsel war gelöst und Schramm mit sich selbst höchst zufrieden. Denn nun brauchte er die Vorwürfe der Gegner nicht mehr zu fürchten, nun war er in der Lage, den Gegnern zu beweisen, dass die Marxsche Wertformel nicht nur nicht, wie sie behaupteten, zu beschränkt, sondern die denkbar weitestgehende war.

Vor allem lässt sich der Marxsche Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, als des wertbildenden und wertbestimmenden Faktors, im Sinne Schramms aufgefasst, auf Güter, deren Herstellung ausschliesslich menschliche Arbeit kostet, ebenso wie auf Güter, deren Herstellung nicht bloss von der menschlichen Arbeit, sondern auch vom Naturfaktor abhängig ist, auf beliebig vermehrbare, wie auf Seltenheitsgüter mit demselben Erfolge an-

---

[1]) A. C. Schramm, „Die Quintessenz des Sozialismus". „Vorwärts", 1877, Nr. 62.

wenden. Bei Bestimmung des Wertes beliebig vermehrbarer Güter ist das technische Moment ausschlaggebend, der Wert der Waren entspricht der in ihnen tatsächlich enthaltenen gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit, bei den Gütern dagegen, deren Herstellung auch vom Naturfaktor abhängig ist, die daher nicht dem gesellschaftlichen Bedarfe entsprechend beliebig vermehrt oder vermindert werden können, ist das Bedarfsmoment bei der Wertbestimmung massgebend. „In guten oder geringen Ernteerträgen steckt vielleicht gleich viel menschliche Arbeitszeit — der Wert des Gesamtprodukts richtet sich aber hierbei nicht nur nach der aufgewendeten, sondern auch nach der zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs notwendigen Arbeitszeit und gibt daher bei schlechten Ernten dem einzelnen Scheffel Getreide einen um so viel höheren Wert.“ [1])

Dass der Marxsche Begriff der wertbildenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit diese zwei Momente, das technische und das Bedarfsmoment, in sich enthält und dadurch sich bei allen Gütern bewährt, das schien Schramm sogar das charakteristische Merkmal der Marxschen Wertlehre zu sein und er erklärte auch ausdrücklich, dass er eben darin die „hohe wissenschaftliche Bedeutung der Marxschen Werttheorie“ [2]) erblicke. Denn würde der Ausdruck „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ nichts anderes besagen als das, was die Interpreten Marx' in ihn hineinlegen, dann wäre nicht zu ersehen, worin die Wertdefinition von Marx von der Careys sich unterscheidet. Definierte ja schon Carey den Wert dahin, „dass nicht die wirkliche, zur Herstellung der Ware aufgewendete Arbeit, sondern die zur W i e d e r h e r s t e l l u n g aufzuwendende Arbeit die eigentliche Wertsubstanz bilde“. [3]) Es hiesse daher das Wesen der Marxschen Werttheorie vollkommen verkennen, wollte man unter „gesellschaftlich notwendiger Arbeit“ nur die Arbeit verstehen, die unter bestimmten Produktionsverhältnissen technisch notwendig ist, um irgend einen Gebrauchswert hervorzubringen. Das ist aber falsch. Damit die Arbeit nach Marx „gesellschaftlich notwendig“ ist, meint Schramm, muss sie vielmehr noch e i n e Bedingung erfüllen und diese Bedingung besteht darin, dass die durch diese Arbeit produzierten Produkte auch q u a n t i t a t i v dem

[1]) „Der Einfluss des Privateigentums auf den Wert und die Verteilung der Produkte.“ „Zukunft“, 1877/78, Seite 476 und 477.

[2]) Schramm, „Quintessenz des Sozialismus“. „Vorwärts“, 1877, Nr. 62.

[3]) Ebd.

gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst sind: sie müssen den gesellschaftlichen Bedarf nach diesen Produkten weder übersteigen noch hinter ihm zurückbleiben. Und erst diejenige Arbeit, die diese beiden Bedingungen sowohl in Bezug auf die technische Seite wie in Bezug auf die quantitativ bestimmten menschlichen Bedürfnisse erfüllt, kann als die wertbestimmende „gesellschaftlich notwendige Arbeit" im Sinne Marx' betrachtet werden.

Dass dies von verschiedenen Seiten verkannt wurde und gegen Marx der Vorwurf auch nur erhoben werden konnte, er „betone in zu einseitiger und deshalb nicht zutreffender Weise die Arbeit als die eigentliche Substanz des Wertes", während es doch notorisch sei, „dass auch die Seltenheit einer Ware, dass der Naturfaktor einen eminenten Einfluss auf den Wert ausübe" [1]) — dies, meint Schramm, erklärt sich ganz einfach aus der Art und Weise, in der Marx den Tauschwert immer nur an beliebig vermehrbaren Gütern demonstrierte, an Gütern, die dank ihrer uneingeschränkten Vermehrbarkeit dem gesellschaftlichen Bedürfnis leicht angepasst werden können und bei deren Wertbestimmung daher das Bedarfsmoment keine hervorragende Rolle spielen kann.[2])

Will man aber die wahre Natur des Begriffes der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit" und die Wirkung, die der Bedarf auf die Wertbestimmung ausübt, erkennen, so muss man ihn eben nicht an beliebig vermehrbaren, sondern an Gütern, deren Hervorbringung an den Naturfaktor gebunden ist, demonstrieren. Denn „bei ihnen tritt denn auch gemeiniglich der Fall ein, dass die allgemein menschliche gesellschaftliche Arbeit, gemessen nach Zeit, ihren Wert in der Weise darstellt, dass das Wort: notwendige

---

[1]) Schramm, „Die Werttheorie von Karl Marx". „Zukunft", Heft 5, Seite 127.

[2]) Den Umstand aber, dass Marx seine Werttheorie nur an beliebig vermehrbaren Gütern demonstrierte, erklärte Schramm wieder damit, dass es 1. „bei uneingeschränkter Konkurrenz, bei vollständigem Freihandel" nur wenig Waren gibt, „deren Wert sich nicht auf Arbeitszeit als einzige Wertsubstanz reduzieren liesse; selbst der Naturfaktor verliert an Wirksamkeit, wenn der Getreide-, Holz-, Kohlen-, Leder- etc.-Bedarf jedes Landes aus jedem anderen Lande ungehindert bezogen werden kann", und 2. meint Schramm, was war und ist natürlicher, als dass Marx, da er ja in „Zur Kritik" und im 1. Bande des „Kapital" „die klassische politische Oekonomie kritisiert und in Ricardo den Vollender derselben erblickt, bei Behandlung der ‚Ware' und des ‚Warenwerts' sich ebenfalls in den Grenzen hielt, die sich Ricardo gezogen?" (Ebd., Seite 128.)

Arbeit das Verhältnis bezeichnet zwischen dem Bedürfnis der ganzen Gesellschaft und der Quantität Arbeit, die hinreicht, dies Bedürfnis zu befriedigen".[1])

Hat man aber einmal die wahre Bedeutung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit erkannt, hat man eingesehen, dass in diesem Begriffe „ebenso Rücksicht auf die Arbeit genommen ist, welche zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfes notwendig ist, wie auf die Arbeit, welche zur Herstellung des Produkts unter den jeweiligen Produktionsweisen notwendig erheischt wird",[2]) dann, meint Schramm, fallen alle Einwürfe, die man gegen die Marxsche Werttheorie erhebt — und worin diese Einwürfe bestehen, haben wir bereits gehört: dass sie zu einseitig die Arbeit als die eigentliche Substanz des Wertes betone, dass sie die Einwirkung des Naturfaktors auf die Wertbestimmung verkennt, dass sie sich bloss auf beliebig vermehrbare Güter anwenden lässt u. s. w. — weg und die von Marx aufgestellte Werttheorie lässt nichts zu wünschen übrig.

Und in der Tat, gibt man zu, dass die gesellschaftlich notwendige Arbeit als wertbestimmende Arbeit ein doppeltes Moment enthält, das technische Moment wie das des Bedarfs, dann lassen sich mit dieser Wertformel alle Widersprüche lösen, denn wo das eine Moment zur Erklärung des Wertes nicht ausreicht, dort stellt sich eben das zweite rechtzeitig ein. Haben wir doch gesehen, wie nach Schramm sich der Wert der Waren, je nachdem es ihm gerade passte, bald nach der in ihnen tatsächlich enthaltenen gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit, bald nach der zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfes notwendigen Arbeit richtete. Auf Grund dieser Wertformel lässt sich aber ebenso beweisen — und Schramm beweist dies auch tatsächlich — dass die Arbeit nicht die einzige Substanz des Wertes sei, dass der Naturfaktor eine ebenso aktive Rolle bei der Wertbestimmung spielt. Vom Naturfaktor hängt nämlich die Produktivität der Arbeit ab, von der Produktivität der Arbeit — die Menge der hervorgebrachten Produkte, von der Menge der Produkte — ob der gesellschaftliche Bedarf nach diesen Produkten befriedigt werden kann, der gesellschaftliche Bedarf aber wirkt bestimmend auf den Wert der Waren ein; auf diese Weise er-

---

[1]) „Zukunft", Seite 133 und 134.

[2]) Ebd., Seite 476.

scheint der Naturfaktor mittelbar als wertbestimmender Faktor. Denn, wohlgemerkt, nach der Auslegung Schramms wird durch die Erhöhung oder Verminderung der Produktivität der Arbeit nicht bloss der Wert jeder einzelnen Ware sinken oder steigen, was ja dem Marxschen Wertgesetze vollkommen entsprechen würde,[1]) sondern das Gesamtprodukt wird im Falle erhöhter oder verminderter Produktivität der Arbeit an Wert ab- oder zunehmen, trotzdem die im Gesamtprodukt enthaltene Arbeit weder ab- noch zugenommen hat. Eine solche Werttheorie wird sich natürlich auch auf Seltenheitsgüter anwenden lassen und der Wertvorstellung des isolierten Menschen entsprechen,[2]) nur einen Fehler hat diese Werttheorie, den nämlich, dass sie nicht die Werttheorie Marx' ist, als welche sie Schramm hat hinstellen wollen. Denn die Marxsche Werttheorie betont tatsächlich die Arbeit „als die eigentliche Substanz des Wertes"; nach der Marxschen Werttheorie sind tatsächlich die Seltenheit einer Ware und der Naturfaktor keine wertbestimmenden Faktoren, die Marxsche Werttheorie will schliesslich auch nur für beliebig vermehrbare und nicht für Seltenheitsgüter gelten und die Aufgabe der Anhänger der Marxschen Wertlehre ist es nun, zu zeigen, dass diese Wertlehre trotz alledem oder richtiger gesagt eben deshalb die einzig richtige Wertlehre sei. Schramm aber schlug den entgegengesetzten Weg ein. Er wollte die Richtigkeit der Marxschen Wertlehre dadurch beweisen, dass er alles in sie hineininterpretierte, was die Gegner in ihr vermissten.

Es darf daher auch nicht wundernehmen, wenn der Bekämpfer der Marxschen Werttheorie A. E. Fr. Schäffle, in der dritten Auflage seiner „Quintessenz des Sozialismus", sich auf den Artikel

---

[1]) Bei erhöhter Produktivität der Arbeit verteilt sich die in dem Gesamtprodukt enthaltene Arbeit auf eine grössere Quantität von Produkten; die auf die Hervorbringung jedes einzelnen Produktes verwendete Arbeit vermindert sich, weshalb auch der Wert jeder einzelnen Ware sinken muss. Umgekehrt im entgegengesetzten Falle, wenn sich die Produktivität der Arbeit vermindert. Aber in dem einen wie in dem anderen Falle wird das Gesamtprodukt nach Marx einen und denselben Wert haben, weil die auf die Hervorbringung des Gesamtprodukts verwendete Arbeit in beiden Fällen sich gleich bleibt. Ebenso ist es klar, dass in beiden Fällen die Wertgrösse der Waren einzig und allein durch die in ihnen tatsächlich enthaltene gesellschaftliche Durchschnittsarbeit bestimmt wird.

[2]) Siehe „Die Wertvorstellung des isolierten Menschen" von Schramm. „Zukunft", Heft 4.

Schramms im „Vorwärts" berufend, mit Freuden konstatieren konnte, dass die Sozialisten seiner Aufforderung, den Marxschen „Fundamentalsatz vom sozialen Arbeitskostenwert der Güter von Grund aus zu korrigieren", wenn sie die ganze ökonomische Lehre des Sozialismus nicht zur Utopie werden lassen wollen, gefolgt sind. Denn der „Vorwärts", meint Schäffle mit Recht, „gibt dem Marxschen Begriff der ‚gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit' eine Deutung, welche in dem Begriff des ‚gesellschaftlich Notwendigen' das unterbringt, was ich (Schäffle) den Gebrauchswert nenne".[1]) Schäffle selber hielt zwar diese Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bei Marx für falsch, erklärte aber, dass er an und für sich gegen diese Auslegung nichts einzuwenden habe, da sie die von ihm „betonte notwendige Mitbestimmung des Tauschwertes durch den wechselnden Bedarf wenigstens prinzipiell zur Geltung kommen lässt".[2]) Gegen die Marxsche Wertlehre in dieser Fassung hätte Schäffle jedenfalls nur eines einzuwenden. Er wollte nämlich nicht recht einsehen, wozu „die Hineinzwängung des ganz selbständigen zweiten Momentes der Tauschwertbestimmung, des sozialen Gebrauchswertes, in die gesellschaftliche Arbeitskostengrösse" [3]) notwendig ist. Wäre es doch viel einfacher und viel praktischer, dann mit Schäffle zu sagen, dass „gesellschaftliche Arbeitskosten und gesellschaftlicher Bedarf, beide selbständig und ohne vermengende Ineinanderschiebung"[4]) tauschwertbestimmende Faktoren sind.

Und was war die Antwort Schramms darauf? Er „akzeptierte" seinerseits „mit Freuden" das Zugeständnis Schäffles, „dass man gegen die Marxsche Theorie in dieser (das heisst Schrammschen) Auffassung Einwendungen durchschlagender Art nicht wohl erheben könne".[5])

Nun haben wir gesehen, dass Schäffle nur aus dem Grunde gegen die Marxsche Wertlehre in der Auslegung Schramms nichts einzuwenden hatte, weil sie sich dann von seiner eigenen Wert-

[1]) A. Schäffle, „Die Quintessenz des Sozialismus". 7. Auflage. Gotha 1879, Seite 48, Anmerkung.

[2]) Ebd.

[3]) Ebd.

[4]) Ebd., Seite 48.

[5]) „Vorwärts", 1877, Nr. 128.

lehre durch nichts unterschied, höchstens nur durch grössere Verworrenheit und Unklarheit. Indem aber Schramm trotz dieser klaren Erklärung Schäffles und ohne auch nur den Versuch zu machen, ihn irgendwie zu widerlegen, sein in dieser Form gemachtes „Zugeständnis“ „mit Freuden“ akzeptierte, gab er selbst zu, dass auch er keinen wesentlichen Unterschied zwischen diesen zwei Werttheorien sieht. In der Tat ist nicht einzusehen, wodurch sich zwei Werttheorien voneinander unterscheiden könnten, von denen die eine zwar nur einen, die andere zwei Faktoren der Wertbestimmung anerkennt, die erstere aber ihrem einzigen wertbestimmenden Faktor eine solche Fassung gibt, dass in ihm der zweite Faktor von selbst enthalten ist. Kein anderer Unterschied würde aber zwischen der Werttheorie Schäffles und der Marx' bestehen, wollte man die letztere in der Auslegung Schramms auffassen. Denn dann erhielten wir folgendes: Schäffle anerkennt zwei tauschwertbestimmende Faktoren: die gesellschaftlichen Arbeitskosten u n d den gesellschaftlichen Bedarf; Marx wieder anerkennt bloss e i n e n wertbestimmenden Faktor — „die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“, gibt aber diesem e i n e n Faktor eine solche Fassung, dass in ihm b e i d e Elemente, sowohl die gesellschaftliche Arbeitszeit w i e der gesellschaftliche Bedarf, enthalten sind.

Wie schwer es in der Tat wäre, diese der Form nach zwar verschiedenen, aber dem Inhalt nach auf dasselbe hinauslaufenden Begriffe auseinanderzuhalten, darauf weist der Umstand hin, dass selbst Schramm nicht umhin konnte, die Wertdefinition der bürgerlichen Oekonomen, die er sonst heftig bekämpfte, in dem einen oder dem anderen Falle auch für seine das Wesen des Wertes illustrierenden Beispiele passend zu finden.

In seinem Artikel: „Die Wertvorstellung des isolierten Menschen“, in welchem Schramm nachweisen will, dass die Marxsche Werttheorie auch für die Wirtschaft des isoliert lebenden Menschen gültig sei, dass sie nämlich auch der Wertvorstellung des isolierten Menschen entspreche, führt er folgendes Beispiel an: Nehmen wir an, dass Robinson 120 Stunden gebraucht hat, um ein Stück Land mit Mais zu bestellen. Infolge ungünstiger Witterung gibt ihm der Mais nur 60 Mass Ertrag, während er zum eigenen Gebrauch 120 Mass Mais jährlich braucht. Hätte Robinson die schlechte Missernte vorausgesehen, er würde eine doppelt so grosse Fläche mit Mais

bestellt, nicht 120, sondern 240 Stunden gearbeitet haben, um seine 120 Mass Mais zu erhalten. Da nun nach Marx der Wert der Produkte sich nicht nach der in ihnen tatsächlich enthaltenen Durchschnittsarbeit, sondern nach der zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfes notwendigen Arbeit richtet, so müssten die 60 Mass Mais einen Wert von 240 Stunden haben, oder ein Mass, das das Produkt einer zweistündigen Arbeit ist, müsste den Wert einer vierstündigen Arbeit repräsentieren. Schramm warf nun die Frage auf, ob auch Robinson „den Wert ebenso hoch schätzen oder nur nach der wirklich darauf verwendeten Arbeit taxieren wird“,[1]) und nachdem er den Beweis geführt hat, dass auch Robinson jedes Mass Mais doppelt so hoch schätzen wird, genau so hoch, „als wenn die zur Deckung des gesamten Bedarfs notwendige Arbeitszeit als Gesamtwert des vorhandenen Quantums Mais angesetzt, als wenn die Marxsche Werttheorie der Rechnung zugrunde gelegt würde“,[2]) setzte er unmittelbar fort: „In diesem besonderen Fall kann man den Wert wirklich als eine „Kombination des Gebrauchswertes mit dem Kostenwerte“ bezeichnen (eine Wertdefinition, die Schramm als Anhänger der Marxschen Werttheorie zu Anfang desselben Artikels verspottet hat), denn hier bestimmt das Verhältnis des — zur Deckung des Bedarfes an dem Gebrauchswerte — notwendigen Quantums zu dem vorhandenen Quantum (also: 120 : 60 = 2) multipliziert mit dem Kostenwert, das heisst der zur Herstellung der vorhandenen Menge wirklich aufgewendeten Arbeitszeit (120 Stunden) den in notwendiger Arbeitszeit zu berechnenden Wert dieser Gütermenge (2×120 = 240 Stunden für 60 Mass).“[3])

„In diesem besonderen Fall,“ meint Schramm, stellt der Wert eine „Kombination des Gebrauchswertes mit dem Kostenwerte“ dar. Ja, bildet denn dieser Fall eine Ausnahme? Hat uns denn Schramm diesen Fall nicht vielmehr als einen typischen Fall dargestellt, als einen Fall, der eben dadurch bemerkenswert ist, weil er uns die Marxsche Wertlehre in ihrer reinsten Form widergibt, weil ihm „die Marxsche Werttheorie .... zugrunde gelegt“ ist? Und kann der Wert einer Ware etwas anderes als eine „Kombination des Gebrauchswertes mit dem Kostenwerte“ darstellen,

[1]) „Zukunft“, Heft 4, Seite 112.
[2]) Ebd., Seite 113.
[3]) Ebd.

wenn man mit Schramm der Ansicht ist, dass der Wert der Ware nicht bloss durch die in ihr enthaltene gesellschaftliche Durchschnittsarbeit, sondern auch durch den gesellschaftlichen Bedarf bestimmt wird? Würde sich ja an dieser Formel nichts dadurch ändern, wenn wir anstatt „Gebrauchswert“ „gesellschaftlichen Bedarf“ und anstatt „Kostenwert“ „gesellschaftliche Durchschnittsarbeit“ setzen. Wenn sich aber Schramm trotzdem gegen diese Wertformel wehrt und sie, ohne freilich, wie wir gesehen haben, dazu auch nur im geringsten berechtigt zu sein, nur ausnahmsweise gelten lassen will, so hat dies offenbar seinen Grund darin, dass Schramm wohl selbst eingesehen haben mag, dass dann seine Wertauffassung sich durch nichts von der Wertauffassung derjenigen Oekonomen unterschiede, die, nach seinem eigenen ironischen Ausdruck, zwar die Arbeit als wertbildendes Element „noch immer betonen“, „aber neben der Smithschen Arbeit“ noch „das Bastiatsche Bedürfnis“ anerkennen. [1])

Mochte sich Schramm damit trösten, dass er offiziell die Wertformel der „bürgerlichen“ Oekonomen verwarf, wir können nicht einsehen, wodurch sich seine Wertauffassung von der der letzteren unterscheidet.

Die Bedeutung und Tragweite dieser Auffassung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit für die Marxsche Werttheorie musste besonders zum Vorschein kommen, als die Anhänger dieser Theorie vor das bekannte Rätsel gestellt wurden, wie es mit dem Marxschen Wertgesetze, nach welchem nur lebendige Arbeit neue Werte schaffen kann, zu vereinbaren ist, dass gleiche Kapitale, ohne Rücksicht auf ihre organische Zusammensetzung, in gleichen Zeiten gleich hohe Profite hervorbringen.

Das erste, was den Schülern Marx' bei dem Versuch, dieses Rätsel zu lösen, in den Sinn kommen musste, war der Gedanke, dass da die Produkte, nach ihren Werten ausgetauscht, unbedingt verschiedene Profitraten hervorbringen müssen, gleiche Profitraten bei ungleicher Zusammensetzung der Kapitale nur dadurch entstehen können, dass die Produkte nicht nach ihren Werten ausgetauscht werden, dass Preis und Wert nicht zusammenfallen. Das Problem konnte darnach nur darin bestehen, nachzuweisen, dass die durch Angebot und Nachfrage hervorgerufene Divergenz zwischen den Preisen der Pro-

---

[1]) „Zukunft“, Heft 4, Seite 107.

dukte und ihren Werten mit dem Wertgesetz nicht in Widerspruch steht. So wurde auch die Frage von denjenigen gestellt, die die Marxsche Werttheorie richtig erfasst haben und mehr oder weniger nahe daran waren, das von Engels aufgeworfene Rätsel zu lösen.

Füt die Anhänger der Schrammschen Auffassung der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ bei Marx war schon diese Problemstellung allein eine Sache der Unmöglichkeit, denn für sie war die Konkurrenz, der Wechsel von Angebot und Nachfrage, das gesellschaftliche Bedürfnis, ein Faktor, der vor allem auf den Wert der Produkte selbst einwirkte; entstanden daher durch Ueber- oder Unterproduktion Preisschwankungen, so entsprachen sie bloss den durch diese Ueber- oder Unterproduktion hervorgerufenen Wertschwankungen der Produkte und von einer Divergenz zwischen Preis und Wert konnte somit in solchen Fällen nicht die Rede sein.

So erklärte auch Hugo Landé, einer derjenigen, die das Rätsel der gleichen Profitrate zu lösen versucht haben, der aber dabei von der Auffassung Schramms über den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit beeinflusst war, „die furchtbare Gedankenanstrengung“, die Konrad Schmidt machte, um den Nachweis zu erbringen, dass Divergenz von Preis und Wert nicht im Widerspruche mit dem Wertgesetze steht, für „völlig überflüssig“. „Denn weit davon entfernt, dass diese Divergenz mit dem Wertgesetz in Widerspruch stehen könnte, ist sie vielmehr — sofern sie eben ausschliesslich auf Ueber-, beziehungsweise Unterproduktion beruhe — einfach im Wertgesetz selbst enthalten.“ [1]) Das wird einem sofort klar, sobald man sich daran erinnert, dass nach Marx der Wert der Ware sich nicht nach der in ihr tatsächlich aufgewandten gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit, sondern nach der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“, im Sinne ihrer Anpassung an das quantitative gesellschaftliche Bedürfnis richtet.

„Liegt Ueberproduktion vor, so ist eben keine ‚gesellschaftlich notwendige‘ Arbeitszeit aufgewandt worden, so erzeugt die zu viel aufgewandte Arbeitszeit überhaupt keinen Wert, so enthalten die Gesamtprodukte nur so viel Wert, als bei regulärer Produktion die geringere Produktenmasse enthalten hätte. (Bei Unterproduktion ist natürlich in umgekehrter Richtung das gleiche der Fall), das

[1]) Hugo Landé, „Mehrwert und Profit“. „Neue Zeit“, IX., I. Seite 590.

heisst die Preise entsprechen zwar nicht der in den Produkten kristallisierten tatsächlich aufgewandten, wohl aber der in ihnen kristallisierten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, sie entsprechen durchaus dem Wert der Produkte nach dem Wertgesetz — von einer Divergenz zwischen Preis und Wert kann hier überhaupt keine Rede sein." [1]) Landé zieht dann konsequenterweise daraus den Schluss, dass nach Marx überhaupt Identität von Preis und Wert besteht und dass, wenn Marx „die Möglichkeit der Inkongruenz unterstellt . . . . er eben an Ausnahmefälle" denkt. [2])

Und als nun Konrad Schmidt auf Grund der Ausführungen von Marx selbst Landé die Ueberzeugung beibringen wollte, dass nach Marx die Konkurrenz nicht die Macht ist, „welche das ideelle Wertverhältnis der Waren unmittelbar, sondern die dieses Verhältnis, modifiziert durch den jeweilig grösseren oder geringeren Grad von Warentauschbarkeit, realisiert", [3]) antwortete Landé mit Recht, dass der Unterschied zwischen ihnen vor allem in der verschiedenen Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu suchen sei. Denn, gibt man zu, dass unter gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit die „durchschnittlich notwendige" Arbeitszeit, das heisst die bloss im t e c h n i s c h e n Sinne gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu verstehen sei, dann ist Konrad Schmidt entschieden im Recht; gibt man aber zu, dass der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit in sich auch das Bedarfsmoment enthält, dann ist es klar, dass „den Preisschwankungen durch die Konkurrenz, das heisst durch Wechsel im Angebot und Nachfrage, gleiche Wertverschiebungen entsprechen, dass somit von einem Widerspruch gar keine Rede sein kann". [4])

Nun fanden sich schon im 1. Bande des „Kapital" Hinweise genug darauf, welche Rolle Marx der Konkurrenz, als wirtschaftlichem Faktor, zuschrieb; der 3. Band des „Kapital" aber, in welchem diese Frage besonders ausführlich behandelt wird, liess nun keinen Zweifel mehr darüber zu, dass nach Marx die Konkurrenz, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, bloss auf die Preise und nicht auf den Wert der Waren wirkt, dass die Preise

[1]) „Neue Zeit", XI., I. Seite 590.

[2]) Ebd., Anmerkung.

[3]) Konrad Schmidt, „Wert und Preis. Eine Antwort an Herrn Hugo Landé". „Neue Zeit", XI., 2.

[4]) Landé, „Die Profitrate". „Neue Zeit", XI., 2.

nur „in letzter Instanz" durch den Wert geregelt werden, unmittelbar aber mit dem Wert der Waren n i c h t zusammenfallen oder nur höchst selten, gerade dann, wenn Angebot und Nachfrage sich decken oder, mit anderen Worten, wenn ihre Wirkung aufgehoben ist. Dadurch wurde aber nicht bloss die irrige Anschauung Landés über die Rolle, die der Konkurrenz nach der Marxschen Werttheorie in Bezug auf Wert und Preis zufällt, widerlegt, sondern es musste dadurch auch seine Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, als eines wertbestimmenden Faktors widerlegt werden, denn seine Anschauung über den Einfluss der Konkurrenz auf den Wert war eine logisch notwendige Folgerung aus seiner Auffassung der gesellschaftlich norwendigen Arbeit. Erwiesen sich die Folgerungen als unrichtig, so wies das darauf hin, dass auch die Prämissen, aus denen sie gezogen waren, falsch sind.

Und trotzdem bewirkte es gerade der 3. Band des „Kapital", dass sich die Meinung, Marx ziehe das Bedarfsmoment in den Begriff der wertbestimmenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit hinein, noch mehr bekräftigte. Was sich änderte, war bloss die Bewertung dieser Wertdefinition durch einige Anhänger der Marxschen Wertlehre. Während Schramm, wie wir gesehen, eben darin „die hohe wissenschaftliche Bedeutung der Marxschen Werttheorie" sah, dass nach dieser Theorie die wertbestimmende gesellschaftlich notwendige Arbeit zugleich das technische und das Bedarfsmoment in sich enthält, zwang eben diese Auffassung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit einen anderen Schüler Marx', Eduard B e r n s t e i n, sich von der Marxschen Werttheorie loszusagen und sich der von Leo v. Buch aufgestellten Werttheorie anzuschliessen, nach der zwei Arten von Wert: der A r b e i t s w e r t (bestimmt durch Arbeitslohn und Arbeitszeit) und der S c h ä t z u n g s w e r t (der Wert, den das Produkt auf dem Markte erzielt), streng auseinanderzuhalten sind. Hielt auch Bernstein die Buchsche Werttheorie nicht für ganz „einwandfrei", so schien es ihm doch „zweckmässiger" zu sein, „mit zwei Wertbegriffen zu operieren, als einem und demselben Begriff eine Definition zu geben, die zwei einander neutralisierende Prinzipien einschliesst, wie dies bei der ‚gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit' der Fall". [1])

[1]) Ed. Bernstein, „Arbeitswert oder Nutzwert? Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus". Berlin 1901. Seite 372.

Wie aus dem von uns bereits früher Ausgeführten zu ersehen, schlössen auch wir uns der Meinung Bernsteins an, wenn es tatsächlich richtig wäre, dass der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bei Marx diese zwei einander ausschliessenden Prinzipien enthielte. Ist dies aber auch der Fall?

Unseres Erachtens entschieden nicht. Betrachten wir die Sache etwas näher!

Wenn Schramm und seine Anhänger den Beweis führen wollten, dass Marx bei der Behandlung des Wertgesetzes die Bedeutung des wechselnden gesellschaftlichen Bedarfes für den Wert der Waren nicht unberücksichtigt liess, so konnten sie sich die Mühe, den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit selbst zu erläutern, wahrlich ersparen, denn die Definition, die Marx selbst dem Begriffe der gesellschaftlich notwendigen Arbeit gegeben hat, reichte vollkommen zu diesem Zwecke aus. In dieser Definition heisst es nämlich ausdrücklich, dass man unter gesellschaftlich notwendiger Arbeit die Arbeit zu verstehen habe, die unter den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen notwendig ist, um irgend einen Gebrauchswert hervorzubringen. Wohlgemerkt, da heisst es nicht, um irgend ein Produkt oder irgend ein nützlich Ding, sondern um irgend einen Gebrauchswert hervorzubringen. Das Wort „Gebrauchswert" aber, in diesem Zusammenhange gebraucht, als Träger des Tauschwertes, ist für Marx bei weitem nicht identisch mit dem natürlichen Gebrauchswert, mit der Fähigkeit eines Dinges, irgend ein menschliches Bedürfnis zu befriedigen. Wenn nach einem Produkt, das an und für sich noch so nützlich sein mag, kein gesellschaftliches Bedürfnis vorhanden ist, so hört das Produkt nach Marx auf, Gebrauchswert zu sein, das heisst trotz seiner Fähigkeit, ein menschliches Bedürfnis zu befriedigen, trotz seines natürlichen Gebrauchswertes ist das Produkt nicht imstande, ein gesellschaftliches Bedürfnis zu befriedigen, weil nach ihm kein gesellschaftliches Bedürfnis besteht, es hört auf, gesellschaftlicher Gebrauchswert zu sein und damit überhaupt Gebrauchswert als Träger des Tauschwertes.[1]) Was also Marx unter Gebrauchswert in diesem Sinne versteht, ist nicht natürlicher, sondern gesellschaftlicher Gebrauchswert, und nur als solcher kommt

[1]) „Um Ware zu produzieren, muss er (der Produzent) nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern auch Gebrauchswert für andere, gesellschaftlichen Gebrauchswert." („Kapital", 1. Band, Seite 7.)

der Gebrauchswert für die Ware als Tauschwert überhaupt in Betracht.

Fasst man aber den Begriff „Gebrauchswert“ in diesem Sinne, im Sinne des gesellschaftlichen Gebrauchswertes, auf, dann ist es klar, dass schon in diesem Worte allein das Moment des wechselnden gesellschaftlichen Bedarfes mit enthalten ist; denn damit ein Produkt ein Gebrauchswert sei, muss ein gesellschaftliches Bedürfnis nach ihm vorhanden sein; damit also die Produkte, sagen wir eines Produktionszweiges, Gebrauchswerte sind, muss nach jedem einzelnen dieser Produkte ein Bedürfnis bestehen; mit anderen Worten: damit die Produkte eines ganzen Produktionszweiges Gebrauchswerte und folglich Tauschwerte seien, müssen sie in einer den gesellschaftlichen Bedarf nach ihnen nicht übersteigenden Menge produziert werden. Die Höhe der Produktion ist also im vorhinein begrenzt durch den gesellschaftlichen Bedarf oder, was dasselbe ist, durch die Bedingung des Tauschwertes, vor allem Gebrauchswert zu sein.

Wenn daher Marx die wertbestimmende gesellschaftlich notwendige Arbeit davon abhängig macht, ob das durch diese Arbeit hervorgebrachte Produkt ein Gebrauchswert ist, wenn er ferner im ersten Band des „Kapital“ davon spricht, dass der Gebrauchswert „Träger des Tauschwertes“,[1] dass kein Ding Wert sein kann, „ohne Gebrauchsgegenstand zu sein“,[2] dass die Waren sich zuerst „als Gebrauchswerte bewähren“ müssen, „bevor sie sich als Werte realisieren können“,[3] dass „die auf sie verausgabte menschliche Arbeit nur zählt, soweit sie in einer für andere nützlichen Form verausgabt ist“[4] u. s. w., so beweist dies zur Genüge, dass Marx bei der Entwicklung des Wertgesetzes die Rolle des gesellschaftlichen Bedarfes wohl berücksichtigt hat. Und wenn Schramm und seine Anhänger alle diese Stellen bei Marx ganz ausser acht liessen, so konnte dies seinen Grund nur darin haben, dass sie entweder von dem Begriffe „Gebrauchswert“ bei Marx eine falsche Vorstellung hatten odes es eingesehen haben mochten, dass sich aus ihm nicht die erwünschten Konsequenzen ziehen lassen.

Denn welche Rolle schrieb Marx dem Gebrauchswerte in Bezug auf den Tauschwert zu? — Nur die, wie wir gesehen haben, „stoff-

[1] „Kapital.“ 1. Band, Seite 2.
[2] Ebd., Seite 7.
[3] Ebd., Seite 52.
[4] Ebd.

licher Träger des Tauschwertes" zu sein. Nur in der Form eines Gebrauchswertes kann sich der Tauschwert im Zirkulationsprozess realisieren. Gebrauchswert zu sein, ist daher eine selbstverständliche Voraussetzung jedes Tauschwertes. Aber damit ist die Bedeutung des Gebrauchswertes für den Tauschwert auch erschöpft. Der Tauschwert steht mit dem Gebrauchswert weiter in gar keinem Zusammenhang. Im Gegenteil, will man das Wesen des Tauschwertes untersuchen, seine Substanz und den Massstab seiner Grösse erkennen, so kann man das nach Marx nur, indem man eben vom Gebrauchswert der Waren abstrahiert. „. . . Gerade die Abstraktion von ihren Gebrauchswerten" ist es, „was das Austauschverhältnis der Waren augenscheinlich charakterisiert. Innerhalb desselben gilt ein Gebrauchswert gerade so viel wie jeder andere, wenn er nur in gehöriger Proportion vorhanden ist." [1]) Als Tauschwerte enthalten die Waren „kein Atom Gebrauchswert". [2]) Was den Wert einer Ware ausmacht, ist einzig und allein die in ihr enthaltene abstrakt menschliche Arbeit [3]) und nur das Quantum dieser in einer Ware enthaltenen „wertbildenden Substanz" — insofern es das zur Hervorbringung eines Produktes im Durchschnitt notwendige Quantum darstellt — gemessen nach Zeit bildet die Wertgrösse der Ware. Wenn daher Marx die wertbestimmende gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als die Arbeitszeit definiert, „erheischt, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen", [4]) so ist diese Formel nicht anders zu verstehen, als dass der Gebrauchswert — die Voraussetzung, die in der Ware enthaltene abstrakt menschliche Arbeit aber die Substanz und die auf die Ware verausgabte technisch notwendige Durchschnittsarbeitszeit den Massstab des Tauschwertes bildet. Der Gebrauchswert ist somit zwar Träger des Tauschwertes, aber weder macht er das Wesen des Wertes aus, noch hat er auf die Wertgrösse der Ware irgend welchen Einfluss. Der Gebrauchswert der Ware ist bloss der

---

[1]) „Kapital." 1. Band, Seite 3 und 4.

[2]) Ebd., Seite 4.

[3]) „Ein Gebrauchswert oder Gut hat ... nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist." („Kapital." 1. Band, Seite 5.)

[4]) „Kapital." 1. Band, Seite 5.

Beweggrund, warum sie ausgetauscht wird, bestimmt aber nicht das Verhältnis, in welchem diese Ware gegen eine andere ausgetauscht werden kann, mit anderen Worten, er bestimmt nicht den Wert und die Wertgrösse der Ware. Entweder ist die Ware kein Gebrauchswert für andere, dann fehlt natürlich der Beweggrund des Austausches, der Tauschwert der Ware kann nicht realisiert werden, die in der Ware enthaltene Arbeit ist nutzlos verausgabte Arbeit und kommt überhaupt nicht in Betracht oder die Ware ist Gebrauchswert und dann wird ihre Wertgrösse unabhängig vom Gebrauchswert, einzig und allein durch die in der Ware enthaltene technisch notwendige Arbeit bestimmt. Ist somit der Gebrauchswert von grösster Bedeutung für die Frage der Realisierung des Tauschwertes, so kommt er wieder als wertbestimmender Faktor, als ein Faktor, von dem die Wertgrösse einer Ware abhängt, überhaupt nicht in Rechnung.

Zieht man nun in Betracht, dass das gesellschaftliche Bedürfnis nach dem Ausdrucke Marx' nichts anderes ist als „Gebrauchswert auf gesellschaftlicher Potenz",[1]) als gesellschaftlicher Gebrauchswert, dann ist es klar, dass Marx auch dem gesellschaftlichen Bedürfnisse keine andere Rolle in Bezug auf den Tauschwert zuschreiben kann als die, die er dem Gebrauchswert zugeschrieben hat, das heisst die selbstverständliche Voraussetzung jedes Wertes (ohne gesellschaftliches Bedürfnis kein Gebrauchswert, ohne Gebrauchswert kein Tauschwert), nicht aber ein wertbildender Faktor zu sein.

Uebrigens braucht der Beweis dafür, welche Rolle Marx dem gesellschaftlichen Bedürfnisse in Bezug auf den Tauschwert zuschrieb, nicht erst auf indirektem Wege erbracht zu werden. Hat ja Marx im dritten Bande des „Kapital", und zwar im Kapitel über den Marktwert, diese Frage selbst ausführlich behandelt. Und erst hier, bei der Behandlung des Wertgesetzes, wie es sich nicht bloss in Bezug auf einzelne Waren, sondern auf ganze Produktionszweige geltend macht, konnte diese Frage einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden; denn, meint Marx mit Recht, ist es auch richtig, dass, wenn man sagt, „die Ware hat Gebrauchswert", dies bedeutet, „dass sie irgend ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt",[2]) so ist es andererseits klar, dass „solange wir nur von den einzelnen Waren handelten, wir unterstellen konnten, dass das Bedürfnis für diese

[1]) „Kapital," Band III, II., Seite 176.
[2]) Ebd., Band III, I., Seite 164.

bestimmte Ware — in den Preis schon ihr Quantum eingeschlossen — vorhanden sei, ohne uns auf das Quantum des zu befriedigenden Bedürfnisses weiter einzulassen. Dies Quantum wird aber ein wesentliches Moment, sobald das Produkt eines ganzen Produktionszweiges auf der einen Seite und das gesellschaftliche Bedürfnis auf der anderen Seite steht". [1])

Und nun sehen wir zu, wie Marx selbst diese Frage löst.

Ebenso wie er im ersten Bande des „Kapital" bei Behandlung des Wertes der einzelnen Ware vom Gebrauchswert absah, um das Wesen des Wertes, um den wertbestimmenden Faktor zu entdecken, sehen wir Marx auch hier bei der Behandlung des Wertproduktes ganzer Produktionszweige vom Bedarfsmoment abstrahieren, um das Wesen des Marktwertes, um den, wenn man sich so ausdrücken darf, marktwertbestimmenden Faktor herauszufinden, und ebenso wie den Wert der einzelnen Ware lässt er auch den Marktwert der Waren eines ganzen Produktionszweiges sich durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmen. Diese marktwertbestimmende, gesellschaftlich notwendige Arbeit ist aber bloss die technische Durchschnittsarbeit, die bestimmt wird „durch den Gesamtwert der Masse, der durch Addition der Werte der unter den verschiedenen Bedingungen produzierten Waren herauskäme, und durch den aliquoten Teil, der von diesem Gesamtwert auf die einzelne Ware fiele". [2])

Selbstverständlich wird für den Marktwert der Waren bald die unter den mittleren, bald die unter den besseren, bald die unter den schlechteren technischen Bedingungen produzierte Warenmasse massgebend sein, je nachdem die erste, zweite oder dritte Kategorie von Waren den grössten Raum auf dem Markte einnimmt; der Marktwert der Waren wird also je nachdem bald höher, bald niedriger sein, aber in allen diesen Fällen ist das technische Moment, sind die technischen Bedingungen, unter denen die Waren hervorgebracht wurden, allein für die Bestimmung des Marktwertes massgebend.

Erst nachdem Marx in dieser Weise die Bildung des Marktwertes erklärt hatte, warf er die Frage auf, unter welchen Verhältnissen dieser durch das technische Moment abstrakt bestimmte Marktwert sich auf dem Markte auch wird realisieren können, und

---

[1]) „Kapital." Band III, I., Seite 164.

[2]) Ebd., Seite 163.

erst bei dieser Gelegenheit, bei der Frage der Realisierung des Marktwertes, kommt Marx auf das zweite, auf das Bedarfsmoment zu sprechen.

Ist, meint Marx, die Nachfrage gerade so gross, dass sie die Warenmasse zu ihrem Marktwert absorbieren kann, fallen Nachfrage und Angebot zusammen, dann „wird die Ware zu ihrem Marktwert verkauft, welcher der drei vorhin untersuchten Fälle auch diesen Marktwert regulieren möge. Die Warenmasse befriedigt nicht nur ein Bedürfnis, sondern sie befriedigt es in seinem gesellschaftlichen Umfang. Ist dagegen das Quantum kleiner oder grösser als die Nachfrage dafür, so finden Abweichungen des Marktpreises vom Marktwert statt", [1]) der Marktpreis steigt über oder fällt unter den Marktwert; Marktwert und Marktpreis fallen nicht zusammen. Was also das Verhältnis von Angebot und Nachfrage oder mit anderem Worte: das Bedarfsmoment, bewirkt, ist nicht eine Veränderung des Marktwertes, sondern bloss eine Abweichung der Marktpreise von den Marktwerten der Waren, obwohl im ersten wie im zweiten Falle der Anschein erweckt wird, als würde sich infolge Wechsels des Verhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot der Marktwert selbst geändert haben, indem im ersten Falle die unter den schlechteren, im zweiten die unter den besseren Bedingungen produzierte Ware den Marktwert zu regulieren scheine.

Der Marktwert der Waren steht in keinem Zusammenhange mit dem gesellschaftlichen Bedürfnisse nach diesen Waren. Der Marktwert wird ausschliesslich durch das technische Moment bestimmt und das gesellschaftliche Bedürfnis kommt nur bei der Realisierung des Marktwertes in Betracht, bei der Bestimmung der Bedingungen, unter denen allein die Ware zu ihrem Marktwert verkauft werden kann, denn „damit eine Ware zu ihrem Marktwert verkauft wird, das heisst im Verhältnis zu der in ihr enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit, muss das Gesamtquantum gesellschaftlicher Arbeit, welches auf die Gesamtmasse dieser Warenart verwandt wird, dem Quantum des gesellschaftlichen Bedürfnisses für sie entsprechen, das heisst des zahlungsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnisses". [2]) Aber eben der Umstand, dass man Deckung von Nachfrage und Zufuhr annehmen muss, damit die Ware zu ihrem Marktwert verkauft wird, meint Marx

[1]) „Kapital." Band III, I., Seite 164.

[2]) Ebd., Seite 172.

mit Recht, zeigt zur Genüge darauf hin, dass Nachfrage und Zufuhr von keinem Einflusse auf den Marktwert sein können. „Wenn Nachfrage und Zufuhr sich decken, hören sie auf zu wirken, und eben deswegen wird die Ware zu ihrem Marktwert verkauft. Wenn zwei Kräfte in entgegengesetzter Richtung gleichmässig wirken, heben sie einander auf, wirken sie gar nicht nach aussen und Erscheinungen, die unter dieser Bedingung vorgehen, müssen anders als durch das Eingreifen dieser beiden Kräfte erklärt werden. . . . Die wirklichen innern Gesetze der kapitalistischen Produktion können offenbar nicht aus der Wechselwirkung von Nachfrage und Zufuhr erklärt werden, . . . da diese Gesetze nur dann rein verwirklicht erscheinen, sobald Nachfrage und Zufuhr aufhören zu wirken, das heisst sich decken." [1]) Wenn daher Marx, um die Bildung des Marktwertes zu erklären, von dem Bedarfsmomente, das sich in der Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage äussert, absieht, so abstrahiert er dabei nicht, wie Ed. Bernstein meint, von einem „wertbestimmenden Faktor", [2]) im Gegenteil, er nimmt Deckung von Angebot und Nachfrage an, um, wie Marx selbst sich ausdrückt, „die Erscheinungen in ihrer gesetzmässigen, ihrem Begriff entsprechenden Gestalt zu betrachten, das heisst sie zu betrachten unabhängig von dem durch die Bewegung von Nachfrage und Zufuhr hervorgebrachten Schein". [3])

Wir sehen, was Marx hier in Bezug auf das gesellschaftliche Bedürfnis und seine Bedeutung für den Wert der Waren sagt, ist nichts anderes als das, was er schon im ersten Bande des „Kapital", bei der Behandlung des Wertes der einzelnen Waren, in Bezug auf den G e b r a u c h s w e r t ausgeführt hat, indem er nachwies, dass der Gebrauchswert zwar kein wertbestimmender Faktor, aber doch der Träger, die Voraussetzung jedes Wertes sei. Und in der Tat lassen sich die Abweichungen der Marktpreise von den Marktwerten, hervorgerufen durch die Differenz von Nachfrage und Angebot, auf dasselbe Gesetz des Wertes zurückführen, nach welchem der Gebrauchswert Voraussetzung jedes Wertes ist. Denn nehmen wir an, dass in irgend einem Produktionszweige mehr Produkte hervorgebracht worden sind, als die Gesellschaft braucht, so werden die Waren zu einem unter ihrem Marktwert stehenden Produktions-

[1]) „Kapital." Band III, I., Seite 169.
[2]) Ed. Bernstein, „Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus". Seite 369.
[3]) „Kapital." Band III, I., Seite 169.

preise verkauft werden müssen, und zwar aus dem Grunde, weil ein Teil dieser Produkte, nach denen kein gesellschaftliches Bedürfnis vorhanden ist, aufgehört hat, Gebrauchswert zu sein, und der in ihm enthaltene Wert daher nicht realisiert werden kann.

Nun ist es klar, dass die Bedingung des Tauschwertes, Gebrauchswert zu sein, sich etwas anders ausdrücken muss bei einzelnen Waren und bei ganzen Produktenmassen. Damit eine einzelne Ware Gebrauchswert ist, muss irgend ein gesellschaftliches Bedürfnis nach ihr bestehen, damit aber eine Produkten m a s s e Gebrauchswert ist, muss sie ein q u a n t i t a t i v b e s t i m m t e s gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen; [1]) denn übersteigt die Quantität der Produktenmasse den nach ihr vorhandenen gesellschaftlichen Bedarf, dann wird ein Teil der Produkte nutzlos, sie hören auf, Gebrauchswert und damit Tauschwert zu sein. Lässt sich also die Bedingung jedes Tauschwertes, Gebrauchswert zu sein, bei der einzelnen Ware ganz einfach dahin ausdrücken, dass diese Ware G e b r a u c h s w e r t sein, das heisst irgend ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen muss, so lässt sich dieselbe Bedingung in Bezug auf ganze Produkten m a s s e n dahin umschreiben, dass sie in einer dem gesellschaftlichen Bedarfe nach ihnen entsprechenden Menge produziert werden müssen. Glaubt man auch auf den ersten Blick es hier mit zwei verschiedenen Bedingungen zu tun zu haben, mit einer anderen in Bezug auf einzelne Waren und mit einer anderen in Bezug auf Produktenmassen, so ist dieser Unterschied doch nur ein scheinbarer. Denn beide lassen sie sich auf ein und dasselbe Wertgesetz zurückführen, auf das Gesetz nämlich, nach welchem die Ware nur dann Tauschwert ist, wenn sie Gebrauchswert für andere ist.

Wenn daher Marx gelegentlich im dritten Bande des „Kapital", in welchem er das Wertgesetz, wie es sich bei ganzen Produktenmassen geltend macht, untersucht, die wertbestimmende gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als die Arbeitszeit definiert, „die erheischt ist, unter dem gegebenen Durchschnitt der gesellschaftlichen Produktions-

[1]) „Wenn ... der Gebrauchswert bei der einzelnen Ware davon abhängt, dass sie an und für sich ein Bedürfnis befriedigt, so bei der gesellschaftlichen Produktenmasse davon, dass sie dem quantitativ bestimmten gesellschaftlichen Bedürfnis für jede besondere Art von Produkt adäquat, und die Arbeit daher im Verhältnis dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse, die quantitativ umschrieben sind, in die verschiedenen Produktionssphären proportionell verteilt ist." („Kapital." Band III, I., Seite 175 und 176.)

bedingungen das gesellschaftlich erheischte Gesamtquantum der auf dem Markt befindlichen Warenspecies zu erzeugen",[1]) so entspricht diese Definition der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit vollkommen derjenigen im ersten Bande des „Kapital", wo der Wert nur der einzelnen Ware untersucht wird und wo es heisst, dass man unter gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit die Arbeitszeit zu verstehen habe, die erheischt ist, unter dem gegebenen Durchschnitt der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen „irgend einen Gebrauchswert" hervorzubringen. Der Ausdruck: „das gesellschaftlich erheischte Gesamtquantum zu erzeugen" in der ersten Definition der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, besagt nichts anderes als der Ausdruck: „irgend einen Gebrauchswert hervorzubringen" in der zweiten Definition dieses Begriffes, und ebensowenig wie man aus der Definition des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit im ersten Band des „Kapital" den Schluss ziehen kann, dass nach Marx der Gebrauchswert ein wertbestimmender Faktor sei, ebensowenig kann man aus der Definition dieses Begriffes im dritten Bande des „Kapital" den Schluss ziehen, dass das gesellschaftliche Bedürfnis wertbestimmend sei. Im ersten wie im zweiten Fall kommt nur, wie wir gezeigt zu haben glauben, das Gesetz zum Ausdruck, dass der Gebrauchswert die Voraussetzung jedes Wertes ist, wertbestimmend aber bleibt im ersten wie im zweiten Falle einzig und allein das technische Moment, die in den Waren enthaltene technisch notwendige Arbeit.

Diese zwei Momente — das wertbestimmende technische Moment und das Bedarfsmoment — hält Marx mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für den Wert der Waren in allen drei Bänden des „Kapital", besonders aber im dritten Bande so streng auseinander, dass wir uns wundern müssten, wie es geschehen konnte, dass gerade der dritte Band des „Kapital" zur Meinung beigetragen hat, Marx fasse das Bedarfsmoment als wertbestimmenden Faktor auf, wenn nicht folgender Umstand unseres Erachtens geeignet wäre, diesen Irrtum hervorzurufen.

Wenn man von dem Verhältnisse von Angebot und Nachfrage spricht, versteht man darunter das Verhältnis zwischen dem auf dem Markte vorhandenen Quantum von Produkten und dem gesellschaftlichen Bedarfe nach diesen Produkten. Angebot und Nach-

[1]) „Kapital." Band III, II., Seite 180.

frage fallen zusammen, wenn von den Produkten genau so viel produziert wird, als die Gesellschaft kaufen kann, und umgekehrt, Angebot und Nachfrage weichen voneinander ab, wenn die Produkte in einer grösseren oder kleineren Menge hervorgebracht wurden, als die Gesellschaft braucht. Dasselbe Verhältnis von Angebot und Nachfrage kann aber auch anders dargestellt werden, und zwar: in Arbeitszeit. Das Quantum der hervorgebrachten Produkte kann in der Arbeitszeit ausgedrückt werden, die die Gesellschaft auf ihre Hervorbringung verwendet hat, das gesellschaftliche Bedürfnis nach diesen Produkten — in der Arbeitszeit, die die Gesellschaft für sie zahlen kann, und das Verhältnis zwischen diesen Quantitäten von Arbeitszeit bildet dann das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage.

„Auf einer gegebenen Basis der Produktivität der Arbeit erheischt in jeder besonderen Produktionssphäre die Herstellung eines bestimmten Quantums Artikel ein bestimmtes Quantum gesellschaftlicher Arbeitszeit, obgleich dies Verhältnis in verschiedenen Produktionssphären durchaus verschieden ist und in keinem inneren Zusammenhang mit der Nützlichkeit dieser Artikel oder der besonderen Natur ihrer Gebrauchswerte steht. Alle anderen Umstände gleichgesetzt: Wenn das Quantum a einer Warensorte b Arbeitszeit kostet, so kostet das Quantum na nb Arbeitszeit.“[1]) Dieses auf die Hervorbringung des bestimmten Quantums Artikel verwendete Quantum gesellschaftlicher Arbeitszeit bildet (da die gegebene Basis der Produktivität der Arbeit im vorhinein schon berücksichtigt wurde) den Marktwert dieser Produkte, gleichzeitig aber stellt sie das Angebot dieser Produkte dar.

„Ferner: Soweit die Gesellschaft Bedürfnisse befriedigen, einen Artikel zu diesem Zwecke produziert haben will, so muss sie ihn zahlen. In der Tat, da bei der Warenproduktion Teilung der Arbeit vorausgesetzt ist, kauft die Gesellschaft diese Artikel, indem sie auf ihre Produktion einen Teil ihrer disponiblen Arbeitzeit verwendet, kauft sie sie also durch ein bestimmtes Quantum der Arbeitszeit, worüber diese gegebene Gesellschaft verfügen kann. Der Teil der Gesellschaft, dem es durch die Teilung der Arbeit zufällt, seine Arbeit in der Produktion dieser bestimmten Artikel zu verwenden, muss ein Aequivalent erhalten durch gesellschaftliche Arbeit, dargestellt in den Artikeln, die seine Bedürfnisse befrie-

[1]) „Kapital.“ Band III, I., Seite 166.

digen."[1]) Das Quantum Arbeitszeit, das die Gesellschaft zum Kaufe der bestimmten Produkte verwenden kann, bildet die Nachfrage nach diesen Produkten.

Entspricht dieses Quantum gesellschaftlicher Arbeitszeit dem Quantum, das auf die Hervorbringung der Produkte tatsächlich verausgabt wurde und unter den bestimmten Produktionsverhältnissen verausgabt werden musste, dann fallen Angebot und Nachfrage zusammen und die Produkte werden zu ihrem Marktwert, das heisst im Verhältnis zu der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit, verkauft. „Aber es existiert kein notwendiger, sondern nur zufälliger Zusammenhang zwischen dem Gesamtquantum der gesellschaftlichen Arbeit, das auf einen gesellschaftlichen Artikel verwandt ist, das heisst zwischen dem aliquoten Teil ihrer Gesamtarbeitskraft, den die Gesellschaft auf die Produktion dieses Artikels verwendet, also zwischen dem Umfang, den die Produktion dieses Artikels in der Gesamtproduktion einnimmt, einerseits und zwischen dem Umfang andererseits, worin die Gesellschaft Befriedigung des durch jenen bestimmten Artikel gestillten Bedürfnisses verlangt." [2]) Die Folge davon muss die sein, dass Angebot und Nachfrage sich oft nicht decken und die Produkte zu einem Marktpreise verkauft werden müssen, der unter oder über dem Marktwert steht. „Obgleich jeder einzelne Artikel oder jedes bestimmte Quantum einer Warensorte nur die zu seiner Produktion erheischte gesellschaftliche Arbeit enthalten mag und von dieser Seite her betrachtet der Marktwert dieser gesamten Warensorte nur notwendige Arbeit darstellt, so ist doch, wenn die bestimmte Ware in einem das gesellschaftliche Bedürfnis dermalen überschreitenden Masse produziert worden, ein Teil der gesellschaftlichen Arbeitszeit vergeudet und die Warenmasse repräsentiert dann auf dem Markt ein kleineres Quantum gesellschaftlicher Arbeit, als wirklich in ihr enthalten ist. . . . Daher müssen diese Waren unter ihrem Marktwert losgeschlagen, ein Teil davon kann selbst ganz unverkäuflich werden. Umgekehrt, wenn der Umfang der auf die Produktion einer bestimmten Warensorte verwandten gesellschaftlichen Arbeit zu klein für den Umfang des durch das Produkt zu befriedigenden besonderen gesellschaftlichen Bedürfnisses." [3]) Sollen

[1]) „Kapital." Band III, I., Seite 166.
[2]) Ebd., Band III., Seite 169.
[3]) Ebd., Band III., Seite 166 und 167.

daher die Waren zu ihrem Marktwert verkauft werden, so muss „der Umfang der gesellschaftlichen Arbeit, die zur Produktion eines bestimmten Artikels verwandt, dem Umfang des zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses“ [1]) entsprechen.

Was uns Marx hier sagt, enthält nichts, was uns nicht schon aus dem bisher ausgeführten über den Einfluss des Bedarfsmomentes auf den Preis der Waren bekannt wäre. Der Unterschied besteht bloss darin, dass, während früher das Verhältnis von Angebot und Nachfrage als das Verhältnis von Dingen, als das Verhältnis zwischen dem Quantum bestimmter, auf dem Markte vorhandener Produkte und dem Quantum derselben von der Gesellschaft gebrauchten Produkte dargestellt wurde, es jetzt als Verhältnis von Arbeitszeiten, als das Verhältnis der Arbeitszeit, die auf die Hervorbringung der Produkte verwendet wurde, und der Arbeitszeit, die auf sie hätte verwendet werden müssen, um sie in einer dem gesellschaftlichen Bedürfnisse entsprechenden Menge hervorzubringen, erscheint.

Dieser Unterschied bezieht sich zwar ausschliesslich auf die Form und hat mit dem Wesen der Sache selbst weiter nichts zu tun, ist aber insofern von Bedeutung, als gerade die äussere Form der Darstellung viel dazu beigetragen hat, dass Marx so stark missverstanden werden konnte.

In der Tat bewirkte die Darstellung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, als des Verhältnisses von Arbeitszeiten, dass wir bei Marx eine und dieselbe Bezeichnung und zwar die Bezeichnung „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ für zwei verschiedene Begriffe erhalten. Mit dem Ausdrucke „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ bezeichnet Marx erstens die zur Produktion der Waren technisch notwendige Arbeitszeit und dann zweitens den Umfang der Arbeitszeit, die die Gesellschaft auf jede besondere Art von Produkten verwenden muss, um so viel von ihnen hervorzubringen, als sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse an diesen Produkten braucht. [2]) Das sind nicht, wie manche zu glauben geneigt sind, zwei verschiedene Definitionen

---

[1]) „Kapital,“ Band III, I., Seite 167.

[2]) „Es ist die zur Produktion besonderer Artikel — zur Befriedigung eines besonderen Bedürfnisses der Gesellschaft für besondere Artikel notwendige Arbeit.“ („Kapital.“ Band III, II., Seite 175.)

eines und desselben Begriffes, sondern umgekehrt eine und dieselbe Benennung für zwei verschiedene Begriffe.

Marx selbst unterscheidet scharf zwischen diesen zwei Arten von gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Nach ihm können, wie wir gesehen haben, dieselben Waren zu gleicher Zeit gesellschaftlich notwendige Arbeit in einem Sinne und mehr oder weniger Arbeit, als gesellschaftlich notwendig ist, im zweiten Sinne enthalten. Dieser Fall tritt nämlich ein, wenn die Waren zwar unter normalen Produktionsbedingungen, aber in einer Menge produziert worden sind, die das Quantum des zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedarfes nach diesen Waren übersteigt oder nicht erreicht.

Was die Funktion dieser zwei Arten von gesellschaftlich notwendiger Arbeit in Bezug auf den Wert der Waren betrifft, so ist sie nach Marx ebenfalls sehr verschieden. Während die gesellschaftlich notwendige Arbeit im technischen Sinne ein wertbestimmender Faktor ist, ist die gesellschaftlich notwendige Arbeit im Sinne proportioneller, dem quantitativen gesellschaftlichen Bedürfnisse entsprechender Verteilung der Gesamtarbeitszeit der Gesellschaft auf die verschiedenen Produktionssphären von gar keinem Einfluss auf die Wertgrösse der Waren. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit in diesem Sinne steht mit dem Wertgesetze nur insofern im Zusammenhange, als von ihr die Voraussetzung des Wertes der Warenmasse, Gebrauchswert zu sein, und folglich die Realisierung des Wertes abhängig ist. „Das gesellschaftliche Bedürfnis, das heisst der Gebrauchswert auf gesellschaftlicher Potenz, erscheint . . . bestimmend für die Quota der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit, die den verschiedenen besonderen Produktionssphären anheimfallen. Es ist aber nur dasselbe Gesetz, das sich schon bei der einzelnen Ware zeigt, nämlich: dass ihr Gebrauchswert Voraussetzung ihres Tauschwertes und damit ihres Wertes ist.“ [1])

Ja, an einer Stelle erklärt Marx sogar ausdrücklich, dass die gesellschaftlich notwendige Arbeit in diesem Sinne, im Sinne proportioneller Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit, „einen anderen Sinn“ als die wertbestimmende technisch notwendige Arbeit hat. „Diese quantitative Schranke — lesen wir bei Marx — der auf die verschiedenen besonderen Produktionssphären

[1]) „Kapital.“ Band III, II., Seite 176.

verwendbaren Quoten der gesellschaftlichen Arbeitszeit ist nur weiter entwickelter Ausdruck des Wertgesetzes überhaupt; obgleich die notwendige Arbeitszeit hier einen anderen Sinn enthält.[1]) Es ist nur so und so viel davon notwendig zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses. Die Beschränkung tritt hier ein durch den Gebrauchswert." [2])

Aber trotz dieser klaren Ausführungen Marx' über den verschiedenen Sinn der beiden Begriffe der gesellschaftlich notwendigen Arbeit lag doch die Möglichkeit vor, dass diese beiden Begriffe, infolge ihres gemeinsamen Namens, miteinander verwechselt werden konnten. Und was anderes als Verwechslung dieser zwei Begriffe ist es, wenn zum Beispiel Adolf v. Wenckstern erklärt, Marx bezeichne vollkommen „willkürlich", je nachdem es ihm gerade passte, die wertbestimmende gesellschaftlich notwendige Arbeit bald als Arbeit, „welche mit den gesellschaftlich technischen Bedingungen einen Gebrauchswert an sich herstellt", bald wieder als „Arbeit, welche mit den gesellschaftlich technischen Bedingungen einen Gebrauchswert herstellt, der als Tauschwert sich bewährt . . . einen Wert, der als solcher realisiert wird"? [3]) Und ist es nicht eine Verwechslung dieser zwei Begriffe bei Marx, wenn zum Beispiel Ed. Bernstein Marx die Wertgrösse der Waren durch zwei Momente, durch „das Moment der Nützlichkeit (Gebrauchswert, Bedarf)" und durch „das der Herstellungskosten (Arbeitswert)" [4]) bestimmen lässt, ferner erklärt, Marx ziehe „sehr energisch in den Begriff der wertbestimmenden, gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit das Bedarfsmoment hinein" [5]) und dementsprechend in der Abstraktion Marx' vom schwankenden Verhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage bei der Entwicklung des Wertgesetzes eine Abstraktion „von dem anderen wertbestimmenden Faktor" [6]) sieht? Ja, Bernstein beruft sich sogar ausdrücklich darauf, dass Marx den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit „sowohl für die Arbeitszeit gebraucht, die erfordert ist, die Waren einheit bei normaler Produktionstechnik herzustellen, als

[1]) Dieser Satz ist im Original nicht unterstrichen.
[2]) „Kapital." Band III, II., Seite 176.
[3]) Adolf v. Wenckstern, „Marx". Seite 58. Leipzig 1896.
[4]) „Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus", Seite 368.
[5]) Ebd.
[6]) Ebd., Seite 369.

auch für die Arbeitszeit, die erfordert ist, die betreffende Ware in der vom Markte erforderten und aufnehmbaren Menge herzustellen", [1]) als auf einen direkten Beweis für die Richtigkeit dessen, dass Marx das Bedarfsmoment in den Begriff der wertbestimmenden gesellschaftlichen notwendigen Arbeitszeit hineinzieht.

Nun ist es ja ganz richtig, dass Marx die gesellschaftlich notwendige Arbeit einmal im rein technischen Sinne, ein andermal wieder im Sinne ihrer Anpassung an das gesellschaftliche Bedürfnis gebraucht, aber was Adolf v. Wenckstern und Eduard Bernstein übersahen, war, dass diesen zwei Definitionen der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bei Marx auch zwei Begriffe entsprechen, die sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf ihre Rolle in der Wertbestimmung sich voneinander unterscheiden.

Bemerkenswert ist, dass Bernstein selbst an der oben angeführten Stelle darauf hinweist, dass Marx „den Ausdruck notwendige Arbeitszeit auch noch für eine dritte Beziehung" [2]) gebraucht, und zwar für die Bezeichnung jenes Teiles des Arbeitstages, während welches der Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft reproduziert, mit der Bemerkung jedoch, dass diese dritte Marxsche Definition der notwendigen Arbeit „uns hier (bei der Behandlung des Marxschen Wertgesetzes. T. G.) nicht weiter zu kümmern braucht". [3]) Aber gerade der Umstand, dass Marx den Ausdruck „notwendige Arbeit" für verschiedene Begriffe gebraucht, hätte Bernstein besonders darauf aufmerksam machen sollen, dass man bei der Untersuchung der wertbildenden und wertbestimmenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit desto vorsichtiger sein muss, um verschiedene Begriffe bloss ihres gemeinsamen Namens wegen nicht miteinander zu verwechseln.

Resumieren wir alles bisher Gesagte, so ergibt sich:

1. dass die wertbestimmende gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nach Marx die Arbeitszeit ist, die technisch notwendig ist, um unter den bestimmten Produktionsverhältnissen irgend eine Ware hervorzubringen; dass das Bedarfsmoment somit in der wertbestimmenden Arbeitszeit als wertbestimmendes Moment nicht enthalten ist;

---

[1]) Ed. Bernstein, a. a. O., Seite 368 und 369.

[2]) Ebd., Seite 369, Anmerkung.

[3]) Ebd.

2. dass der gesellschaftliche Bedarf in Bezug auf den Wert der Waren keine andere Rolle spielt als der Gebrauchswert; er somit bloss die Voraussetzung für die Realisierung der Werte ist;

3. dass von der wertbestimmenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu unterscheiden ist, unter der Marx den Umfang der Arbeitszeit versteht, die die Gesellschaft auf die Produktion jeder besonderen Art von Produkten verwenden muss, um ihr Bedürfnis nach diesen Produkten zu befriedigen. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist nur das in Form von Arbeitszeit ausgedrückte gesellschaftliche Bedürfnis, spielt daher auch keine andere Rolle für den Wert der Waren wie das gesellschaftliche Bedürfnis; und endlich

4. dass es nur auf die Verwechslung dieser zwei Arten von gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit zurückzuführen ist, wenn manche nach dem Erscheinen des dritten Bandes des „Kapital" zur Ansicht kamen, Marx selbst anerkenne das Bedarfsmoment als ein wertbestimmendes Moment.

* * *

Und Lassalle? Was verstand er unter dem Begriffe der wertbestimmenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit?

„Arbeit ist Tätigkeit und also Bewegung. Alle Quanta von Bewegung aber sind Zeit." [1]) „Die Auflösung aller Werte in Arbeitsquanta und dieser in Arbeitszeit — das ist die glänzende und gipfelnde Leistung, welche durch Ricardo von der bürgerlichen Oekonomie bereits vollbracht ist." [2]) „Aller Wert löst sich auf in die Arbeitszeit, die zur Herstellung eines Produktes erforderlich war." [3]) Dies die allgemeinen Definitionen des Wertes bei Lassalle. Dass diese „Arbeitszeit" nur als gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit als wertbestimmender Faktor in Betracht kommen kann, das ist für Lassalle nur selbstverständlich. „Denn dass individuelle Ungeschicklichkeit keine ökonomische Einrede bildet und jeder nach jenem Prinzip (nach dem Prinzip der Ricardoschen Arbeitswerttheorie) nur die Bezahlung des normalen Arbeitsquantums verlangen

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 158.

[2]) Ebd.

[3]) Ebd., Seite 159.

kann, das zur Verfertigung eines Produktes erforderlich war, das war . . . seit je jedem Menschen klar.“ [1]) Es ist daher, meint Lassalle, lächerlich, wenn man, um die Unhaltbarkeit der Arbeitswerttheorie zu beweisen, mit solchen „kindischen Beispielen“ kommt wie: „dass einem Bäcker der Teig verunglücken oder ein ungeschickter Arbeiter acht Tage brauchen kann, um ein Arbeitsprodukt von zwei Tagen herzustellen“. [2]) Gegen alle diese Einwände ist zu erwidern, dass nur „das normale Arbeitsquantum (Kostenpreis), welches zur Herstellung eines Gegenstandes erforderlich war, den Massstab seines Wertes bildet“. [3])

Dagegen scheinen Lassalle andere Einwände, die gegen die Arbeitswerttheorie eventuell erhoben werden könnten, ernsterer Natur zu sein. Solcher bemerkenswerter Einwände gegen die Arbeitswerttheorie gibt es nach ihm drei.

„Wenn heute zum Beispiel durch irgend eine Erfindung oder noch so unbedeutend verbesserte Methode in der Kostensumme und somit in dem Arbeitsquantum, welches zur Produktion eines Gegenstandes erforderlich ist, eine mehr oder weniger erhebliche Verringerung eintritt, so erleiden sämtliche vorrätigen Produkte dieser Art dieselbe Preisverminderung. Umsonst rufen die Produzenten, dass der neue Preis unter ihrem Kostenpreise stände, also unter dem Arbeitsquantum, das bisher und noch gestern normal und notwendig in diesem Arbeitsprodukt fixiert werden musste. Ohne Widerrede müssen die Produkte zum heutigen Preise, und sei er die Hälfte des in ihnen fixierten Arbeitsquantums, hergegeben werden.

„Kann man“ — fragt Lassalle — „hiernach noch sagen, dass das normale Arbeitsquantum (Kostenpreis), welches zur Herstellung eines Gegenstandes erforderlich war, den Massstab seines Wertes bildet?“

„Oder man setze den Fall, dass, wie dies regelmässig von Zeit zu Zeit geschieht, eine Aenderung in Geschmack und Bedürfnis einer Periode eintritt. Sofort verwandeln sich die Gegenstände, welche bis jetzt dem Geschmack und Bedürfnis entsprachen, trotz aller in sie hineinfixierten und notwendig in

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 146 und 147.

[2]) Ebd., Seite 146.

[3]) Ebd., Seite 147.

sie hineinfixierten Arbeitsquantität in Plunder und suchen etwa im Trödel einen kläglichen Ausweg für ihr geknicktes Dasein."

„Oder ohne dass eine solche Aenderung in Geschmack und Bedürfnis sich vollzogen hat, ist eine Ueberproduktion in einem Artikel eingetreten, das beständige Schicksal unserer modernen Produktion, und ohne dass es irgend einem Produzenten zu imputieren wäre, wenn seine Konkurrenten in Europa und den umliegenden Weltteilen mehr produziert haben, als er ahnen konnte, und obwohl weder das Bedürfnis nach diesem Gegenstande noch die zu seiner Hervorbringung erforderliche Arbeit sich verringert hat, fallen alle diese Produkte vielleicht um die Hälfte ihres Kostenpreises, müssen zur Hälfte des nützlich und notwendig in ihnen fixierten Arbeitsquantums verschleudert werden."

„Ist es möglich" — fragt wieder Lassalle — „diesen Erscheinungen gegenüber das Prinzip festzuhalten, dass die in einem Gegenstand fixierte Arbeitsquantität der Massstab seines Wertes sei?" [1])

Und seine Antwort lautet: Ja, die Arbeitswerttheorie lässt sich aufrecht erhalten, wenn man nur berücksichtigt

1. dass unter der wertbestimmenden Arbeitszeit nicht individuelle, sondern allgemein gesellschaftliche Arbeitszeit zu verstehen sei, dass erst diese Arbeitszeit „die Masseinheit des im Produkte geronnenen Quantums" [2]) bildet, und

2. dass die Voraussetzung jedes Tauschwertes ist, Gebrauchswert für andere zu sein. „Der Tauschwert, den ich hervorbringe, ist nur dann Tauschwert, wenn er umschlägt in Gebrauchswert, in Nutzobjekt für einen anderen." [3])

Denn behält man, meint Lassalle, diese zwei Punkte im Auge, dann ist es leicht einzusehen, wie die oben angeführten angeblichen Schwierigkeiten durch die Arbeitswerttheorie gelöst werden.

„Wenn jemand auf die Herstellung eines Gegenstandes doch nur die normalerforderlichen Produktionskosten, die sich alle in Arbeitszeit auflösen, verwendet hat und nun durch eine morgen eintretende neue Erfindung, durch welche diese Produktion billiger wird, gezwungen wird, das Produkt um die Hälfte

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 147 und 148.
[2]) Ebd., Seite 160.
[3]) Ebd., Seite 159.

seines Kostenpreises loszuschlagen", [1]) so ist dies ganz einfach dadurch zu erklären, dass „die individuelle Arbeit des Mannes, die in dem Produkt fixiert ist und damals notwendig fixiert werden musste, sich zwar gleich geblieben wäre, aber die gesellschaftliche Arbeitszeit, deren Geronnensein das Ding darstellt, hat sich zusammengezogen, ist noch mehr geronnen". [2]) Diese erste Schwierigkeit wird also ganz einfach dadurch gelöst, dass nach der Arbeitswerttheorie der Wert einer Ware bestimmt wird nicht durch die in der Ware enthaltene individuelle, sondern durch die in ihr enthaltene gesellschaftlich notwendige, und zwar im technischen Sinne gesellschaftlich notwendige Arbeit. In diesem Falle muss also das Produkt zu einem niedrigeren Preise verkauft werden, weil infolge einer Erfindung der Wert der Ware selbst gesunken ist. Hier widerspricht die Preisveränderung nicht nur nicht dem Wertgesetze, sondern im Gegenteil, der Preis richtet sich direkt nach dem Wert, nach der in der Ware verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeit.

Ferner: „Wenn infolge von Geschmacksänderung oder Ueberproduktion in einem Artikel Produkte weit unter ihrem notwendigen Kostenpreise verschleudert werden müssen oder gänzlich unabsetzbar bleiben, so sehen Sie wohl, wie das alles jetzt mit der Theorie von der Arbeitszeit harmoniert. Denn die Waren können jetzt ‚den Salto mortale' in das Geld nicht mehr machen, weil sich jetzt in ihnen — bei der Geschmacksänderung — überhaupt nicht mehr gesellschaftliche Arbeitszeit darstellt: sie sind nicht mehr Tauschwerte, weil sie nicht mehr Gebrauchswerte sind." [3]) Diese zweite Schwierigkeit wird also ihrerseits dadurch gelöst, dass die zweite Voraussetzung des Wertgesetzes, nach welcher jeder Tauschwert vor allem Gebrauchswert sein muss, in diesem Falle — im Falle der Geschmacksveränderung — nicht zutrifft. Ist aber die Ware kein Gebrauchswert, dann kann sie sich natürlich auch als Tauschwert nicht bewähren. Die in ihr enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeit kommt also überhaupt nicht in Betracht.

„Und ebenso" — setzt Lassale fort — „bei der Ueberproduktion in Bezug auf die überflüssige Menge der Dinge. Wenn in der

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 161.

[2]) Ebd., Seite 161 und 162.

[3]) Ebd., Seite 162.

menschlichen Gesellschaft zum Beispiel 1 Million Ellen Seide erforderlich sind und die Unternehmer produzieren 5 Millionen Ellen Seide, so haben sie zwar viel individuelle Arbeitszeit verschleudert, aber die gesellschaftliche Arbeitszeit, die in den Seidenwaren steckt, ist nicht gewachsen, da das reale Bedürfnis aller Individuen nach Arbeit in Seide nicht gewachsen ist. Es steckt jetzt also nur dasselbe Quantum gesellschaftlicher Arbeitszeit in den 5 Millionen Ellen Seide wie früher in der einen Million und die Folge müsste schon hiernach die sein, dass diese 5 Millionen Ellen der besonderen Seidenarbeit ihrem Gewissen, dem Dasein der gesellschaftlichen Arbeit — dem Gelde — gegenübergestellt, nicht mehr davon aufwiegen als früher die eine Million Ellen." [1])

Dies nun das vielbesprochene Beispiel von den 5 Millionen Ellen Seide, auf welches, wie wir im ersten Kapitel dieser Arbeit gesehen haben, sich alle berufen, die nachweisen wollen, dass der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bei Lassalle das Bedarfsmoment in sich enthält und dass das Bedarfsmoment daher als ein wertbestimmender Faktor bei Lassalle anzusehen ist.

Und in der Tat, zieht man dieses Beispiel aus seinem Zusammenhange heraus und betrachtet man es an sich, so lässt sich an ihm nachweisen: nicht nur dass der wertbildende Faktor bei Lassalle das Bedarfsmoment in sich enthält, sondern auch dass Lassalles Wertdefinition einzig und allein auf diesem Moment beruht. Nun ist es eine längst bekannte Tatsache, dass, wollte man sich bloss auf einzelne aus dem Zusammenhange herausgerissene Stellen oder Beispiele stützen, man jedem Autor alles mögliche nachweisen könnte, besonders aber Lassalle, der in Bezug auf die Exaktheit ökonomischer Begriffsdefinitionen überhaupt viel zu wünschen übrig lässt. So muss man zugeben, dass zum Beispiel der Ausdruck, die Unternehmer hätten, falls sie fünf Millionen Ellen Seide hervorgebracht haben, während die Gesellschaft nur eine Million Ellen braucht, „viel individuelle Arbeitszeit verschleudert", sehr unzutreffend und irreführend sei. Denn haben die Unternehmer auf die Produktion jeder einzelnen Elle Seide nur die technisch notwendige Arbeitszeit oder, wie Lassalle sich ausdrückt,

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III. Seite 162.

„die normalerforderlichen Produktionskosten“ verwendet — und dies unterstellt ja Lassalle in seinem Beispiel — dann haben sie nicht zu viel „individuelle“, sondern zu viel gesellschaftliche Arbeitszeit verschleudert. Setzt man hier an Stelle des Ausdruckes „gesellschaftliche Arbeitszeit“ den Ausdruck „individuelle Arbeitszeit“, dann kann leicht der Eindruck hervorgerufen werden, als würde die technisch notwendige Arbeit überhaupt kein wertbestimmender Faktor sein, denn wertbestimmend ist auch nach Lassalle nur die gesellschaftliche Arbeitszeit. Diese Schlussfolgerung würde aber offensichtlich mit dem Lassalleschen Wertgesetze im Widerspruch stehen. Dieser Ausdruck allein würde also schon genügen, dass Lassalle vollkommen missverstanden wird. Der Schluss, der daraus gezogen werden kann, ist jedoch nur der, dass, will man das echte Wesen der Lassalleschen Wertdefinition erkennen, man auch dieses Beispiel von den fünf Millionen Ellen Seide nicht an sich, sondern im Zusammenhange mit allen seinen Ausführungen über dieses Thema betrachten muss. Wendet man aber dieses zweifellos richtige Verfahren ein und zieht man in Betracht, dass Lassalle die Preisveränderungen, hervorgerufen durch Ueberproduktion, auf dieselbe Ursache zurückführt wie die Entwertung der Produkte infolge von Geschmacksveränderung („Und ebenso bei der Ueberproduktion in Bezug auf die überflüssige Menge der Dinge“); dass diese Ursache das Fehlen der Voraussetzung des Tauschwertes, Gebrauchswert zu sein, ist; dass Lassalle bei der Lösung der ersten scheinbaren Schwierigkeit, entstanden durch Einführung einer neuen Erfindung, davon spricht, dass das Produkt, welches unter den alten Produktionsverhältnissen produziert wurde, um die Hälfte „seines Kostenpreises“ losgeschlagen werden muss, während er im Falle von Geschmacksveränderung oder Ueberproduktion vom Losschlagen der Produkte „unter ihrem notwendigen Kostenpreise“ spricht, und endlich, dass für Lassalle „notwendige Kostenpreise“ oder „notwendige Erzeugungskosten“ „nur der praktische Ausdruck für die zur Herstellung eines Produktes erforderlichen Quanta von Arbeitszeit“ [1]) oder mit anderen Worten der praktische Ausdruck für den Wert der Ware selbst ist; zieht man, sagen wir, alles das in Betracht, dann unterliegt es keinem Zweifel mehr, wie dieses Beispiel Lassalles von den

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 194.

fünf Millionen Ellen Seide aufzufassen sei. Ist jede einzelne Elle Seide unter den normalen Produktionsbedingungen produziert worden, dann enthalten auch alle fünf Millionen Ellen nur die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und diese Arbeitszeit allein ist es, die den Wert der Waren ausmacht. Da aber von diesen fünf Millionen Ellen nur für eine Million die Voraussetzung zutrifft, dass sie Gebrauchswerte sind, so kann sich der Wert der anderen vier Millionen nicht realisieren und die Folge davon ist, dass im Zirkulationsprozesse alle Produkte zu einem Preise verkauft werden müssen, der dem Wert nur der einen Million Ellen enspricht. Jede Elle Seidenzeug wird also wenigstens um ein Fünftel unter ihrem Werte oder, wie Lassalle sich ausdrückt, unter ihrem „notwendigen Kostenpreise“ verkauft. Was also die Ueberproduktion bewirkt, ist nur ein Abweichen der Preise vom Wert der Produkte; die Abweichung steht jedoch insofern nicht im Widerspruche mit dem Arbeitswertgesetze, als nach diesem Gesetz der Wert eines Produktes nur dann zum Vorschein kommen kann, wenn dieses Produkt vor allem ein Gebrauchswert, und zwar ein Gebrauchswert für einen anderen ist. Im Falle der Ueberproduktion aber wird ein Teil der Produkte nutzlos, was zur Folge haben muss, dass ein Teil der in den Produkten enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit nicht realisiert werden kann und alle Produkte auf dem Markte daher eine kleinere Quantität gesellschaftlicher Arbeit darstellen, als in ihnen tatsächlich enthalten ist. Diesen Zusammenhang zwischen dem Wertgesetze und den durch Ueberproduktion hervorgerufenen Preisschwankungen nachzuweisen, war nun unseres Erachtens der Zweck, den Lassalle mit seinem Beispiel von den fünf Millionen Ellen Seide allein verfolgen konnte.

Dies der Grund, warum Lassalle im ersten Falle, im Falle der Einführung einer neuen Erfindung, den Preisfall der Produkte als ein Abweichen des Preises vom individuellen Kostenpreis der Waren (denn war dieser Kostenpreis früher, vor der Erfindung, „normalerforderlich“ und notwendig, so hörte er nach der Erfindung auf, notwendig zu sein. Der neu gebildete Preis weicht daher nur vom individuellen Kostenpreise der Produkte, nicht aber vom notwendigen Kostenpreise, das heisst vom Wert der Produkte ab), dagegen im zweiten und dritten Falle — bei Geschmacksveränderung oder Ueberproduktion — als ein Ab-

weichen des Preises vom notwendigen Kostenpreise, das heisst vom Werte der Produkte, bezeichnet.

Den sichersten Aufschluss über diese strittige Frage kann uns übrigens die Preislehre Lassalles geben. Denn würde es richtig sein, dass Lassalle das Bedarfsmoment als ein wertbestimmendes Moment auffasst, dann müsste sich diese seine Ansicht insofern in seiner Preislehre widerspiegeln, als er dann notwendigerweise annehmen müsste, dass Wert und Preis wenigstens bis zu einem gewissen Grade einander decken. Denn wird der Preis unmittelbar durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt, so wirkt andererseits dasselbe Verhältnis von Angebot und Nachfrage auch auf den Wert der Produkte. Den durch Angebot und Nachfrage hervorgerufenen Preisschwankungen müssten daher Schwankungen im Werte entsprechen und diese beiderseitigen Schwankungen müssten ihrerseits bewirken, dass das Verhältnis zwischen Wert und Preis gewissermassen stationär bleibt.

Von allem dem ist aber in der Preislehre Lassalles nichts zu finden. Der Wert der Waren wird bei ihm bestimmt durch ihre „notwendigen Erzeugungskosten“ oder, was nach Lassalle dasselbe ist, durch die zu ihrer Herstellung „erforderlichen Quanta von Arbeitszeit, in welche alle Erzeugungskosten aufgelöst“ [1]) werden können, Angebot und Nachfrage dagegen bestimmen bloss den Marktpreis der Waren. Die Folge davon ist natürlich die, dass Wert und Preis unmittelbar nicht zusammenfallen und dass das Gesetz des Marktpreises daher in beständiger Schwankung zwischen dem Zuviel und Zuwenig, zwischen der Verletzung des Käufers und der Verletzung des Verkäufers besteht. [2]) Der Preis der Produkte wird ebenso wie nach Marx bloss „in letzter Instanz“ [3]) durch den Wert der Waren bestimmt, indem nämlich, vermöge der freien Konkurrenz, die Kapitalien immer denjenigen Produktionssphären zugewendet werden, in denen der Marktpreis über dem Wert steht. Dadurch wird das Verhältnis von Angebot und Nachfrage geregelt, ihre Wirkung letzten Endes aufgehoben und erst dadurch bewirkt, dass das Wertgesetz auch bei der Bestimmung der Warenpreise allein massgebend ist.

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 194.
[2]) Ebd., Seite 163.
[3]) Ebd., Seite 140.

„Die Quanta von Arbeitszeit, die zu einem Produkte erforderlich, sind also der wahre Wertmesser und Massstab, das Gewissen der bürgerlichen Produktion, wenn auch dieses Gewissen... immer nur in seiner Verletzung, in den oszillierenden Pendelschwingungen des Marktpreises, in seinem beständigen Zuviel und Zuwenig zur Verlautbarung kommt.“ [1]) Mit diesen Worten schliesst Lassalle die Darlegung seiner Preislehre.

Lassalle sah wohl selbst ein, dass seine Ausführungen über die Art und Weise der Lösung der der Arbeitswerttheorie sich scheinbar entgegenstellenden Schwierigkeiten erst dann richtig verstanden werden können, wenn man zuerst seine Preislehre berücksichtigt. Er bemerkte daher auch, dass er dazu übergehe, „in Kürze den Nachweis zu erbringen, wie sich jene scheinbaren Schwierigkeiten auch nach dem Ricardoschen Wertprinzip beseitigen, obwohl dieser Nachweis in seiner eigentlichen Form erst bei Entwicklung der freien Konkurrenz und des unter ihr geltenden Gesetzes des Marktpreises geführt werden könnte. [2])

Und in der Tat, würde Lassalle seine Preislehre zuerst entwickelt und die Nachweise, wie die Schwierigkeiten nach dem Arbeitswertgesetze zu beseitigen sind, im Zusammenhange mit seiner Preislehre vorgebracht haben, dann hätte es ihm nicht passieren können, von seinen Interpreten dermassen missverstanden zu werden. Denn weiss man, dass nach Lassalle die Produkte nur dann zu ihren Werten verkauft werden können, wenn Angebot und Nachfrage sich decken, das heisst, wenn ihre Wirkung aufgehoben wird, dann ist es klar, dass Angebot und Nachfrage nur auf die Abweichung der Preise von den Werten, nicht aber auf die Wertgrösse der Waren selbst von Einfluss sein können oder mit anderen Worten, dass nach Lassalle das Bedarfsmoment kein wertbestimmendes Moment ist.

* * *

Ist aber sowohl nach Marx wie nach Lassalle nur die zur Produktion einer Ware im technischen Sinne gesellschaftlich notwendige Arbeit wertbestimmend, ist also in Bezug auf diesen Punkt kein Unterschied in der Auffassung Marx' und Lassalles zu finden, dann bleibt erst die Frage offen, worin eigentlich Lassalle die

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 194 und 195.

[2]) Ebd., Seite 158.

Marxsche Werttheorie missverstanden haben mag. Bevor wir jedoch zu diesem unseren eigentlichen Thema zurückkehren, möchten wir noch auf die Konsequenzen, zu denen die neue Auffassung des Begriffes der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bei Marx selbst führte, hinweisen.

Sie führte vor allem dazu, dass die Vorwürfe gegen Lassalle notwendigerweise immer milder und milder wurden. War er ja der erste, der den schwierigsten Begriff in der Marxschen Wertlehre, der den anderen Anhängern Marx' so viel Kopfzerbrechen gemacht, richtig erfasste, obwohl ihm bloss die „Zur Kritik" bekannt war.

So drückt sich zum Beispiel Eduard Bernstein in seiner Vorbemerkung zu „Bastiat-Schulze«, die Wertlehre Lassalles berührend, folgendermassen aus: „Die einzelnen Missverständnisse Lassalles in Bezug auf die Analyse von Wertgrösse und Wertsubstanz hindern nicht, dass er den Grundgedanken der Marxschen Werttheorie richtig erfasst und in klarer und lichtvoller Weise zur Anschauung gebracht hat." [1]) Zwar sagt uns Bernstein nicht, worin „die einzelnen Missverständnisse Lassalles" bestehen, aber aus dieser Bemerkung ist leicht zu ersehen, dass sie ihm ganz nebensächlicher Natur zu sein scheinen. Ja fast macht es den Eindruck, als würde Bernstein auch diese „einzelnen Missverständnisse" nur aus Rücksicht auf Marx' Bemerkung im ersten Bande des „Kapital" erwähnen.

Andere gingen noch weiter und beschuldigten Marx geradezu, er habe Lassalle aus purem Neid gegenüber diesem genial veranlagten Manne Missverständnisse, die in der Wirklichkeit nicht vorhanden sind, vorgeworfen.

Die Vorsichtigeren gehen auf diese Frage überhaupt nicht näher ein. Auch Professor Karl Diehl begnügt sich in seinem Artikel „Ferdinand Lassalle" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften mit dem Hinweis darauf, dass die Marxsche und Lassallesche Werttheorie trotz ihrer Aehnlichkeit „keineswegs identisch" sind, ohne auch nur ein Unterscheidungsmerkmal anzuführen. Als hinlänglicher Beweis für die Richtigkeit seiner Anschauung dient ihm eben die schon mehrmals erwähnte Bemerkung Marx' im „Kapital".

Der erste und zugleich einzig bemerkenswerte Versuch, der Frage über die Unterschiede zwischen der Marxschen und Lassalle-

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 14.

schen Werttheorie eine neue Lösung zu geben, ging von Franz Mehring aus. Er war es, der zum erstenmal darauf hinwies, dass die Missverständnisse Lassalles in Bezug auf die Marxsche Werttheorie „auf den tiefsten Unterschied“, der zwischen Lassalle und Marx überhaupt bestand, „auf den Unterschied zwischen rechtsphilosophischer und ökonomisch-materialistischer Auffassung“ [1]) zurückzuführen sind. Denn was Lassalle aus der Werttheorie Marx' nahm — meint Mehring mit Recht — ist „nur das, was seiner rechtsphilosophischen Weltanschauung zusagte: den Nachweis, dass die allgemein gesellschaftliche Arbeitszeit, die den Wert bilde, die gemeinsame Produktion der Gesellschaft notwendig mache, um dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern“. Dagegen übersah er vollkommen „den Unterschied zwischen der Arbeit, sofern sie in Gebrauchswerten, und der Arbeit, sofern sie in Tauschwerten resultiert“. [2])

In diesen knappen Worten schildert uns Mehring die Unterschiede zwischen der Marxschen und Lassalleschen Werttheorie und können auch diese seine Ausführungen nicht als das Thema erschöpfend angesehen werden, so besteht doch sein grosses Verdienst darin, dass er als erster auf den einzig richtigen Weg, auf dem die Unterschiede zwischen diesen zwei Werttheorien zu suchen, hingewiesen hat.

---

[1]) Franz Mehring, „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Erste Auflage, Seite 101.

[2]) Ebd.

III. Kapitel.

Der Charakter der wertbildenden Arbeit bei Marx und Lassalle.

Die Werttheorie, nach welcher die Arbeit die einzige Quelle des Wertes sei, rührt, wie bekannt, schon von Ricardo her und die Aufstellung dieser Theorie in ihrer allgemeinen Form konnte es daher nicht sein, was die Werttheorie Marx' so berühmt machte. Die bahnbrechende Leistung Marx' auf diesem Gebiete bestand vielmehr darin, dass er die Arbeit auf ihren wertbildenden Charakter untersuchte, dass er zum erstenmal darauf hingewiesen hat, dass nicht die Arbeit schlechtweg, sondern nur die unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkte betrachtete Arbeit es ist, die den Wert einer Ware bestimmt.

Von unschätzbarer Bedeutung war hierbei, dass Marx vom zwieschlächtigen Charakter der Ware als Gebrauchs- und Tauschwert ausgegangen ist, denn nur an der Hand dieses Leitfadens war es möglich, mit solch bewunderungswürdiger logischer Konsequenz den zwieschlächtigen Charakter der in jeder Ware verkörperten Arbeit abzuleiten.

Dienen die Waren als Gebrauchswerte vor allem dazu, verschiedene menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, so können sie diese ihre Funktion nur deshalb erfüllen, weil sie das Produkt zweckmässiger produktiver Tätigkeit sind. Was „sachlich als Verschiedenheit der Gebrauchswerte, erscheint prozessierend als Verschiedenheit der die Gebrauchswerte hervorbringenden Tätigkeit“. [1])

Verschiedene menschliche Bedürfnisse befriedigen können wieder die Gebrauchswerte nur deshalb, weil sie voneinander

[1]) Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Oekonomie“. Herausgegeben von Karl Kautsky. Stuttgart 1897. Seite 4.

qualitativ verschieden sind. Mit Naturnotwendigkeit folgt daraus, dass auch die Arbeit, insofern sie Gebrauchswerte hervorbringt, qualitativ verschieden sein muss.

Qualitativ verschieden und besonderen menschlichen Bedürfnissen angepasst kann jedoch die Arbeit nur als Produkt individuell verschiedener Tätigkeit sein.

Da ferner das Vorhandensein von Gebrauchswerten die Naturbedingung der menschlichen Existenz ist, so ist es klar, dass auch die die Gebrauchswerte hervorbringende Tätigkeit zu jeder Zeit existieren muss, in den Urzeiten ebenso wie in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft. „Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit . . . eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur also das menschliche Leben zu vermitteln.“ [1])

Als Quelle der Gebrauchswerte, oder was dasselbe ist, als Quelle des stofflichen Reichtums kann daher die Arbeit nur in ihrer Bestimmtheit als konkrete, nützliche, qualitativ verschiedene und individuelle Tätigkeit existieren.

Dass die Arbeit in dieser ihrer konkreten nützlichen Form nur die Quelle der Gebrauchswerte, nicht aber die der Tauschwerte sein kann, das musste für Marx im vorhinein klar sein, denn nach ihm enthält, wie wir gesehen haben, der Tauschwert „kein Atom Gebrauchswert“. Der Weg zur Auffindung des Wesens der wertbildenden Arbeit war mit der Methode von selbst gegeben.

Abstrahierte Marx, um das Wesen des Wertes zu erkennen, vom Gebrauchswert der Waren, so musste er konsequenterweise von der bestimmten konkreten nützlichen Form der Arbeit, die die Ware erst zu Gebrauchswerten macht, absehen, um die Natur der wertschaffenden Arbeit zu ermitteln. War für Marx die Ware nicht mehr Tisch oder Haus oder Garn oder sonst ein nützlich Ding, so war sie für ihn „auch nicht länger das Produkt der Tischlerarbeit oder der Bauarbeit oder der Spinnarbeit oder sonst einer bestimmten produktiven Arbeit. Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten“. [2])

---

[1]) Karl Marx, „Kapital“. Band I, Seite 9.

[2]) Ebd., Seite 4.

Sieht man aber von der bestimmten nützlichen Form der Arbeit ab, so bleibt an ihr nur noch das Merkmal, dass sie Verausgabung menschlicher Arbeitskraft überhaupt, dass sie eine Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand u. s. w., dass sie, mit einem Worte, abstrakt menschliche Arbeit ist. Diese Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinne, unabhängig von der bestimmten Form, in der sie verausgabt wird, ist nun allein dasjenige, was allen Produkten menschlicher Arbeit gemeinsam ist und was sie folglich gegeneinander austauschbar macht. Nur als Kristalle d i e s e r Arbeit können folglich Produkte auch Werte, Tauschwerte darstellen.

Auf diese Weise gelangte Marx zur Aufdeckung des zwieschlächtigen Charakters der Waren produzierenden Arbeit und wies nach, dass eine und dieselbe Arbeit von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet als Gebrauchs- oder Tauschwerte hervorbringende Arbeit verschiedene, ja entgegengesetzte Merkmale aufweist.

1. Während das Merkmal der Gebrauchswerte hervorbringenden Arbeit eben darin besteht, dass sie eine bestimmte besondere Form von Arbeit ist, ist die Tauschwerte hervorbringende Arbeit abstrakt allgemeine Arbeit. „Die verschiedenen Gebrauchswerte sind ... Produkte der Tätigkeit verschiedener Individuen, also Resultat individuell verschiedener Arbeiten. Als Tauschwerte stellen sie ... gleiche, unterschiedlose Arbeit dar, das heisst Arbeit, worin die Individualität der Arbeitenden ausgelöscht ist. Tauschwert setzende Arbeit ist daher a b s t r a k t a l l g e m e i n e A r b e i t. [1])

2. Während die Gebrauchswerte hervorbringenden Arbeiten sich q u a l i t a t i v voneinander unterscheiden, unterscheiden sich die Tauschwerte hervorbringenden Arbeiten voneinander nur q u a n t i t a t i v. Erscheint ja der Tauschwert selbst zunächst bloss als das „q u a n t i t a t i v e V e r h ä l t n i s, worin Gebrauchswerte gegeneinander austauschbar". [2])

3. Während die Gebrauchswerte hervorbringende Arbeit als zweckmässige, nützliche Tätigkeit jeder Epoche der menschlichen Gesellschaft, unabhängig von der Höhe ihrer ökonomischen Entwicklung, eigen ist, ist die Tauschwerte hervorbringende Arbeit „eine spezifisch gesellschaftliche Form der Arbeit". [3]) War die

[1]) „Zur Kritik", Seite 4.
[2]) Ebd., Seite 2.
[3]) Ebd., Seite 13.

Arbeit als Quelle von Gebrauchswerten noch dem „Gesetzgeber Moses“ bekannt, so ist die Tauschwert setzende Arbeit, die abstrakt allgemeine Arbeit, erst das Produkt einer Wirtschaftsordnung, in der nicht mehr für den eigenen, sondern für fremden Gebrauch, in der nicht mehr nur Gebrauchswerte, sondern Tauschwerte produziert werden, und endlich

4. während die Gebrauchswerte hervorbringende Arbeit nicht als die einzige Quelle des von ihr hervorgebrachten Reichtums bezeichnet werden kann, weil bei der Hervorbringung von Gebrauchswerten ausser der menschlichen Arbeit auch die Natur nicht wenig mitwirkt, ist die Tauschwerte setzende Arbeit die einzige Quelle des von ihr hervorgebrachten Reichtums, das heisst des Reichtums, insofern er aus Tauschwerten besteht. „Indem der Tauschwert der Waren in der Tat nichts ist als Beziehung der Arbeiten der einzelnen aufeinander als gleiche und allgemeine, nichts als gegenständlicher Ausdruck einer spezifisch gesellschaftlichen Form der Arbeit, ist es Tautologie, zu sagen, dass die Arbeit einzige Quelle des Tauschwertes sei und daher des Reichtums, soweit er aus Tauschwerten besteht. Es ist dieselbe Tautologie dass der Naturstoff als solcher keinen Tauschwert, weil keine Arbeit, und der Tauschwert als solcher keinen Naturstoff enthält.“ [1])

Je nachdem also wir das Produkt als Gebrauchs- oder Tauschwert betrachten, erscheint es uns bald als Verkörperung konkreter verschiedener individueller Arbeit, bald als Verkörperung abstrakt allgemeiner gesellschaftlicher Arbeit. „Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer zweckbestimmender Form und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte.“ [2])

Dies in Kürze die Ergebnisse der Marxschen Untersuchung über den Doppelcharakter der in der Ware enthaltenen Arbeit. Diese Untersuchung der Arbeit auf ihren Doppelcharakter als Gebrauchs- und Tauschwerte bildende Arbeit nannte Marx selbst den „Springpunkt . . ., um den sich das Verständnis der politischen

---

[1]) „Zur Kritik“, Seite 11 und 12.

[2]) „Kapital.“ Band I, Seite 13.

Oekonomie dreht". [1]) Und sich seiner Leistung voll bewusst, wies er darauf hin, dass dieser Doppelcharakter der Arbeit zuerst von ihm nachgewiesen worden ist. [2]) Die klassische Nationalökonomie, meint Marx, unterscheidet „nirgendwo ausdrücklich und mit klarem Bewusstsein die Arbeit, wie sie sich im Wert von derselben Arbeit, soweit sie sich im Gebrauchswert ihres Produktes darstellt. Sie macht natürlich den Unterschied tatsächlich, da sie die Arbeit das einemal quantitativ, das anderemal qualitativ betrachtet. Aber es fällt ihr nicht ein, dass bloss quantitativer Unterschied der Arbeiten ihre qualitative Einheit oder Gleichheit voraussetzt, also ihre Reduktion auf abstrakt menschliche Arbeit". [3])

Und nun sehen wir zu, wie es bei Lassalle um diesen wichtigen Punkt bestellt ist, bei Lassalle, der nichts anderes getan haben will, als den „gedrängten Gedankenextrakt" aus der Schrift Marx' „Zur Kritik der politischen Oekonomie" wiedergegeben zu haben.

Aehnlich wie Marx begnügt sich auch Lassalle nicht mehr mit der blossen Bezeichnung der Arbeit als einziger Quelle alles Wertes, mit der Definition des Wertes als Verkörperung menschlicher Arbeitszeit. Auch er wirft die Frage auf, was man unter dieser wertbildenden Arbeitszeit zu verstehen habe, aber die Methode, deren er sich bei der Auffindung des Wesens der wertbildenden Arbeit bedient, ist eine total andere als die Methode Marx'. Statt wie Marx von der einzelnen Ware in ihrer Funktion als Gebrauchswert und Tauschwert auszugehen, um das Wesen der wertbildenden Arbeit zu erkennen, verfuhr Lassalle derart, dass er zwei verschiedene Perioden der menschlichen Gesellschaft, eine Periode, in der Produkte bloss für den eigenen Gebrauch, in der bloss Gebrauchswerte, und eine Periode, in der bloss Tauschwerte hervorgebracht werden, einander gegenüberstellte und miteinander verglich.

„Ich arbeite" — führt Lassalle aus — „und insofern, nach dem Subjekte des Satzes, scheint alle Arbeit individuelle Arbeit zu sein. Sie würde dies auch nach dem Objekte des Satzes, nach dem Gegenstand, der in dieser Bewegung des Arbeitens hervorgebracht wird, also nach dem Quantum von Bewegung (Zeit) sein, welches in dem Produkte geronnen ist, wenn

[1]) „Kapital." Band I, Seite 8.

[2]) Ebd.

[3]) Ebd., Seite 46, Anmerkung.

ich reale Nutzobjekte, Gegenstände für meinen persönlichen Bedarf arbeitete." Mit anderen Worten, in einer Periode, in der die Menschen Produkte für ihren eigenen Gebrauch, also nur Gebrauchswerte hervorbringen, ist die die Produkte hervorbringende Arbeit individuelle Arbeit, die in den Produkten geronnene Arbeitszeit — individuelle Arbeitszeit. „Allein dies ist heute und schon sehr lange nicht mehr der Fall. Ich arbeite vielmehr für aller andern Leute Bedürfnisse, nur nicht für das meinige; ich produziere so und so viel Millionen Stecknadeln im Jahr; ich schaffe Tauschwerte und alle anderen Ichs tun desgleichen, produzieren wieder in den Tauschwerten, die sie schaffen, aller anderen Leute Bedürfnisse, nur nicht die eigenen." [1]) Die Folge davon ist, dass die Waren hervorbringende Arbeit nicht mehr individuelle, sondern „individuelle Arbeit aller Individuen, das heisst allgemeine gesellschaftliche Arbeit" und die in den Waren verkörperte Arbeitszeit „nicht individuelle Arbeitszeit, sondern allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit" [2]) ist.

Tatsächlich macht somit Lassalle, wie wir sehen, einen Unterschied zwischen der Arbeit, sofern sie Gebrauchswerte, und der Arbeit, sofern sie Tauschwerte hervorbringt. Als Gebrauchswerte hervorbringende ist die Arbeit individuelle Arbeit und die von ihr zum Gerinnen gebrachte Arbeitszeit — individuelle Arbeitszeit, als Tauschwerte hervorbringende ist die Arbeit allgemein gesellschaftliche und die von ihr zum Gerinnen gebrachte Arbeitszeit — allgemein gesellschaftliche Arbeitszeit.

Wäre nun Lassalle nach dem Beispiele Marxens von Anfang an von der Untersuchung der einzelnen Ware als Gebrauchs- und Tauschwert ausgegangen, er hätte, nachdem er schon so weit gekommen war, einzusehen, dass die die Gebrauchswerte hervorbringende Arbeit anderer Natur sei als die die Tauschwerte hervorbringende Arbeit, von selbst daraufkommen müssen, dass da jede Ware zugleich Gebrauchs- und Tauschwert ist, auch die in ihr enthaltene Arbeit individuelle Arbeit, insofern sie den Gebrauchswert, und allgemein gesellschaftliche Arbeit, insofern sie den Tauschwert der Ware hervorbringt, darstellt, mit anderen Worten, aus dem zwie-

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 159.

[2]) Ebd., Seite 160.

schlächtigen Charakter der Ware hätte Lassalle auf Grund seiner eigenen Ausführungen auf den zwieschlächtigen Charakter der die Waren produzierenden Arbeit schliessen müssen.

Doch diesen Schluss zog Lassalle, wie wir gesehen, nicht. Für ihn konnte die menschliche Arbeit als individuelle Arbeit betrachtet werden, aber bloss zu einer Zeit, wo noch keine Warenproduktion bestand, wo alles nur für den eigenen Bedarf produziert wurde, nicht aber jetzt, wo alle Produktion darauf gerichtet ist, nicht für eigenen, sondern für fremden Bedarf, nicht Gebrauchswerte, sondern Tauschwerte hervorzubringen. Jetzt ist die in den Produkten enthaltene Arbeit, beziehungsweise Arbeitszeit nicht mehr individueller, sondern allgemein gesellschaftlicher Natur. Während also für Marx auch jetzt jede menschliche Arbeit von einem doppelten Gesichtspunkte aus betrachtet werden muss, als individuelle Gebrauchswerte hervorbringende und als allgemein gesellschaftliche Tauschwerte hervorbringende Arbeit, kennt Lassalle nur ein Entweder — oder: entweder produziert man Gebrauchswerte und dann ist die Arbeit individuelle Arbeit oder man produziert Tauschwerte und dann ist die Arbeit allgemein gesellschaftliche Arbeit. Zu einem solchen Schlusse konnte jedoch Lassalle nur deshalb kommen, weil sein Ausgangspunkt von Anfang an ein falscher war, weil Gebrauchswert und Tauschwert, Gebrauchswerte hervorbringende und Tauschwerte hervorbringende Arbeit in seiner Untersuchung nicht wie bei Marx als zwei Seiten eines und desselben Dinges, sondern in zwei verschiedenen voneinander getrennten Perioden der menschlichen Gesellschaft gesondert verkörpert erschienen. Also gerade der Umstand, dass Lassalle nicht, wie Mehring meint, „an der Hand von Marx", sondern umgekehrt in einer Art und Weise, die der Marx' entgegengesetzt war, den gesellschaftlichen Charakter der wertbildenden Arbeit ableitete, trug am meisten dazu bei, dass Lassalle den Doppelcharakter der in den Waren verkörperten Arbeit übersah.

Aber nicht genug daran. Hat Lassalle einmal den Doppelcharakter der in den Waren enthaltenen Arbeit verkannt, so musste er unvermeidlich auch das Wesen der wertbildenden gesellschaftlichen Arbeit verkennen. Dass jeder Tauschwert nur dann Tauschwert sein kann, wenn er zugleich Gebrauchswert, und zwar Gebrauchswert für einen anderen ist, das sah Lassalle wohl selbst ein. „Der T a u s c h w e r t" — meint er — „den ich hervorbringe.

ist nur dann Tauschwert, wenn er umschlägt in Gebrauchswert, in Nutzobjekt für einen andern."[1]) Muss aber jeder Tauschwert, um sich als Tauschwert zu bewähren, Gebrauchswert sein, so kann dies — so dachte Lassalle — nur dann zutreffen, wenn die Tauschwerte hervorbringende allgemein gesellschaftliche Arbeit verschiedener Natur, und zwar: „reale (das heisst Gebrauchswerte herstellende)"[2]) ist.

Damit verfiel aber Lassalle in einen zweiten Fehler, der in der irrtümlichen Definition der tauschwertbildenden allgemein gesellschaftlichen Arbeit bestand.

Dass Marx zum erstenmal den gesellschaftlichen Charakter der wertbildenden Arbeit durchschaut hat, ist zweifellos das grösste Verdienst, das er sich um die ökonomische Wissenschaft erworben hat. Sein Verdienst war nun aber um so grösser, als er auch auf die spezifische Art der Gesellschaftlichkeit der wertbildenden Arbeit hinwies. Da die Menschen, soweit wir ihre Geschichte übersehen können, immer in kleineren oder grösseren Gesellschaften gelebt und gearbeitet haben, so hatte auch ihre Produktion, ihre Arbeit immer einen gesellschaftlichen Charakter, nur äusserte sich der gesellschaftliche Charakter der Arbeit, je nach der Art der Produktion, in verschiedener spezifischer Form. In dem urwüchsigen Kommunismus erscheint jede einzelne Arbeit unmittelbar als Funktion eines Gliedes des gesellschaftlichen Organismus. Im Mittelalter mit seinen Naturaldiensten und Naturallieferungen bildete die Besonderheit der Arbeit ihr gesellschaftliches Band. In der ländlich-patriarchalischen Industrie erschien jede einzelne Arbeit als gesellschaftliche Arbeit innerhalb der Grenzen der Familie. „Der Familienzusammenhang . . . mit seiner naturwüchsigen Teilung der Arbeit drückte dem Produkt der Arbeit seinen eigentümlichen gesellschaftlichen Stempel auf."[3]) Und was die spezifische Art der Gesellschaftlichkeit der wertbildenden Arbeit in der Periode der Warenproduktion ausmacht, ist der Umstand, dass die einzelne Arbeit erst dadurch gesellschaftlich wird, „dass sie die Form ihres unmittelbaren Gegenteils, die Form der abstrakten Allgemeinheit annimmt."[4]) Diese Form der abstrakten Allgemeinheit nimmt aber die einzelne

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 159.

[2]) Ebd., Seite 160.

[3]) „Zur Kritik", Seite 9.

[4]) Ebd., Seite 10.

Arbeit, die als Produkt einer bestimmten individuellen Tätigkeit sich unmittelbar von jeder anderen Arbeit unterscheidet, erst dadurch an, dass man von ihrer individuellen, besonderen, realen Form, die die Quelle der Gebrauchswerte bildet, absieht und sie „auf unterschiedslose, gleichförmige, einfache Arbeit, kurz auf Arbeit, die qualitativ dieselbe ist und sich daher nur quantitativ unterscheidet", [1]) reduziert, mit anderen Worten, die Form der abstrakten Allgemeinheit nimmt die einzelne Arbeit nur als abstrakt menschliche Arbeit an. Erst indem die in den Waren enthaltenen individuellen Arbeiten auf unterschiedslose, gleichförmige, abstrakt menschliche Arbeit reduziert sind, „erscheint im Tauschwert die Arbeitszeit des einzelnen Individuums unmittelbar als allgemeine Arbeitszeit und dieser allgemeine Charakter der vereinzelten Arbeit als gesellschaftlicher Charakter derselben. Die im Tauschwert dargestellte Arbeitszeit ist Arbeitszeit des einzelnen, aber des einzelnen ohne Unterschied vom anderen einzelnen, aller einzelnen, sofern sie gleiche Arbeit vollbringen, daher die von einem zur Produktion einer bestimmten Ware erheischte Arbeitszeit die notwendige Arbeitszeit ist, die jeder andere zur Produktion derselben Ware verwenden würde. Sie ist die Arbeitszeit des einzelnen, seine Arbeitszeit, aber nur als allen gemeine Arbeitszeit, für die es daher gleichgültig, die Arbeitszeit wessen einzelnen sie ist". [2])

Die tauschwertbildende Arbeit ist somit, nach Marx, nur insofern allgemein gesellschaftliche Arbeit, als sie vor allem abstrakt menschliche Arbeit ist.

Anders aber bei Lassalle. Lassalle übernahm zwar bei Marx die Definition der wertbildenden Arbeit als allgemein gesellschaftliche Arbeit, aber nur ihrer äusseren Form, nicht aber ihrem Inhalte nach. Denn was Lassalle unter allgemein gesellschaftlicher Arbeit versteht, ist nicht, wie bei Marx, die in den Waren enthaltene abstrakt menschliche Arbeit, sondern „die reale (das heisst Gebrauchswerte herstellende) individuelle Arbeit aller Individuen" [3]), wie Lassalle selbst die allgemein gesellschaftliche Arbeit definiert. Diese Lassallesche Definition der allgemein gesellschaftlichen Arbeit steht aber nicht nur im Wider-

---

[1]) „Zur Kritik", Seite 5.

[2]) Ebd., Seite 7 und 8.

[3]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 160.

spruche zur Definition, wie sie Marx gegeben hat, sondern birgt auch in sich selbst einen solchen. Besteht ja das Hauptmerkmal der realen, Gebrauchswerte herstellenden Arbeit, auch nach Lassalle, eben darin, dass sie eine bestimmte besondere Form der Arbeit, Arbeit von irgend einem besonderen Inhalte ist, und als solche kann sie ja nur verschiedene individuelle, keineswegs aber allgemeine und folglich auch nicht gesellschaftliche Arbeit sein.

Dieser Widerspruch in der Lassalleschen Definition der wertbildenden allgemein gesellschaftlichen Arbeit ist jedoch nicht als zufällig zu betrachten. Er war die notwendige Folge der Tatsache, dass Lassalle den Doppelcharakter der in jeder Ware enthaltenen Arbeit verkannte. Denn für wen die Arbeit b l o s s als Tauschwerte hervorbringende existiert, für den kann sie unmöglich abstrakt menschliche Arbeit sein: muss einerseits die wertbildende Substanz eine allen Tauschwerten gemeinsame und die in den Tauschwerten sich vergegenständlichende Arbeit daher allgemein menschliche Arbeit sein, so kann andererseits diese allgemeine Arbeit keinesfalls abstrakt menschliche Arbeit sein, weil als blosses Produkt abstrakt menschlicher Arbeit, das heisst blosser Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die konkrete nützliche Form, in der diese Verausgabung menschlicher Arbeitskraft vor sich gegangen war, die Waren keine Gebrauchswerte darstellen könnten; Gebrauchswert zu sein ist aber, wie wir gesehen haben, auch nach Lassalle, die unumgängliche Bedingung jedes Tauschwertes. So bleibt einzig und allein die Notwendigkeit zurück, die tauschwertbildende Arbeit einerseits als „allgemein gesellschaftliche“, andererseits als „reale, Gebrauchswerte hervorbringende“ Arbeit zu definieren, eine Definition, die in sich einen Widerspruch enthält.

Mit dem Verkennen des zwieschlächtigen Charakters der Arbeit als Gebrauchs- und Tauschwerte hervorbringender Arbeit eng verbunden war somit für Lassalle auch das Missverständnis des Charakters der wertbildenden Substanz. Sieht man aber von diesen Hauptmomenten der Marxschen Wertlehre, durch deren Herübernahme Lassalle die Ricardosche Werttheorie erweitert zu haben glaubte, ab, dann ist nicht einzusehen, wodurch sich die Lassallesche Werttheorie von der der klassischen Nationalökonomie unterscheidet. Durch die Definition der wertbildenden Arbeit als allgemein gesellschaftliche Arbeit? Aber diese verwandelte sich bei Lassalle in eine leere Formel ohne jedwelchen konkreten Inhalt.

Doch Lassalle selbst war sich dessen nicht bewusst. Er hegte die Ueberzeugung, die Marxsche Werttheorie vollkommen richtig verstanden zu haben. Und so ist es nicht zu verwundern, wenn er sich auch einigen theoretischen Schlussfolgerungen, die Marx aus seiner Werttheorie zog, anschliessen zu können glaubte, ohne zu bemerken, dass diese Schlussfolgerungen, mit logischer Notwendigkeit aus der Marxschen Werttheorie entsprungen, zu der Werttheorie, wie er sie darstellt, in direktem Widerspruch standen. So glaubte Lassalle, die von Marx auf Grund seiner Werttheorie entwickelte Geldlehre vollkommen annehmen zu können und merkte dabei nicht, dass diese Geldlehre mit seiner eigenen Werttheorie nicht nur nicht im Zusammenhange steht, sondern ihr geradezu widerspricht.

IV. Kapitel.

Die Unvereinbarkeit der Marxschen Geld- mit der Lassalleschen Wertlehre.

Die Analyse der Ware auf ihren Gebrauchs- und Tauschwert und die Analyse der Arbeit auf ihren Doppelcharakter, als Gebrauchs- und Tauschwerte hervorbringende Arbeit dienten Marx als Grundlage für die weitere Entwicklung seiner berühmten Geldtheorie. Nur auf Grund dieser Analyse gelang ihm der Nachweis, dass die Entwicklung des Geldes nicht als eine zufällige Erscheinung betrachtet werden darf, dass sie vielmehr eine notwendige Folge der Warenproduktion, ein notwendiges Produkt des Austauschprozesses ist, weil der Gegensatz von Ware und Geld nur die äussere Widerspiegelung des inneren Widerspruches der Ware, zu gleicher Zeit Gebrauchs- und Tauschwert zu sein, sei.

Als Einheit von Gebrauchs- und Tauschwert schliesst die Ware in sich eine Reihe von Widersprüchen ein, deren Lösung durch die Geldbildung allein erklärt werden können. Einer dieser Widersprüche besteht darin, dass das Produkt als Ware zwar Gebrauchs- und Tauschwert *ist*, zugleich aber es *nicht ist*, weil sowohl der Gebrauchs- als auch der Tauschwert unmittelbar nicht existieren und erst ein werdendes Resultat repräsentieren. In der Tat ist die Ware zwar Gebrauchswert, aber nicht für den Warenbesitzer, sondern für diejenigen, die die Ware zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse benötigen. Um daher Gebrauchswert zu sein, muss die Ware aus der Hand ihres Besitzers in die Hand derjenigen übergehen, für die sie Gebrauchswert ist, das heisst die Ware muss ausgetauscht werden. Ausgetauscht kann aber eine Ware werden nur als Tauschwert. Die notwendige Bedingung der Verwirklichung der Ware als Gebrauchswert ist daher ihre Verwirklichung als Tauschwert.

Andererseits aber kann sich eine Ware als Tauschwert nur dann verwirklichen, wenn sie sich als Gebrauchswert verwirklicht. Denn die in einer Ware verkörperte abstrakt menschliche Arbeitszeit kommt nur dann als allgemeine, wertbildende in Betracht, wenn sie vor allem in einer bestimmten nützlichen Form verausgabt wurde. Gebrauchswert zu sein, ist die stoffliche Bedingung eines jeden Tauschwertes. Wenn daher die notwendige Bedingung der Verwirklichung der Ware als Gebrauchswert ihre Verwirklichung als Tauschwert voraussetzt, so setzt umgekehrt die Verwirklichung der Ware als Tauschwert vor allem ihre Verwirklichung als Gebrauchswert voraus.

Die Entäusserung der Waren als Gebrauchs- und Tauschwerte setzen jedoch diametral entgegengesetzte Bedingungen voraus. Als Gebrauchswerte können die Waren ausgetauscht werden nur als qualitativ verschiedene Dinge, die das Produkt besonderer individueller Arbeit sind und die Eigenschaft besitzen, besondere menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, als Tauschwerte dagegen können die Waren nur als die Verkörperung abstrakt allgemeiner, gleicher Arbeit, also ohne Rücksicht auf den Gebrauchswert der Ware und die in ihr enthaltene besondere individuelle Arbeit, gegeneinander ausgetauscht werden. „Dieselbe Beziehung also soll Beziehung der Waren als wesentlich gleicher, nur quantitativ verschiedener Grössen, soll ihre Gleichsetzung als Materiatur der allgemeinen Arbeitszeit und soll gleichzeitig ihre Beziehung als qualitativ verschiedene Dinge, als besondere Gebrauchswerte für besondere Bedürfnisse, kurz sie als wirkliche Gebrauchswerte unterscheidende Beziehung sein.“ [1])

Ein weiterer Widerspruch besteht darin, dass, während die Ware, wie wir gesehen haben, zu gleicher Zeit als Produkt besonderer individueller Arbeit und als Produkt abstrakt allgemeiner Arbeit in den Austauschprozess eintreten muss, sie unmittelbar n u r als Produkt individueller Arbeit auftreten kann. Die Ware ist unmittelbar bloss Verkörperung besonderer, individueller Arbeit und erst indem man im Austauschprozess von dieser besonderen individuellen Arbeit, die in der Ware enthalten ist, absieht, ergibt sich die Ware als das Produkt allgemeiner gesellschaftlicher Arbeit. Die Schwierigkeit besteht also darin, „dass die Waren einerseits als

[1]) „Zur Kritik“, Seite 22 und 23.

vergegenständlichte allgemeine Arbeitszeit in den Austauschprozess eingehen müssen, andererseits die Vergegenständlichung der Arbeitszeit der Individuen als allgemeiner selbst nur das Produkt des Austauschprozesses ist". [1])

Alle diese Schwierigkeiten und Widersprüche sind Folgen der Tatsache, dass eine und dieselbe Ware zu gleicher Zeit Gebrauchswert und Wert, Produkt individueller und abstrakt allgemeiner Arbeit ist und folglich zu gleicher Zeit vollkommen entgegengesetzte Funktionen verrichten muss.

Wie sind aber diese Widersprüche zu lösen?

Sie werden von selbst gelöst — lautet die Antwort Marx' — und zwar im Austauschprozess, im Wege der Geldbildung.

Schon im einfachen Wertausdruck einer Ware ist diese Lösung enthalten. Wenn irgend ein Gebrauchswert, sagen wir Leinwand, gegen irgend einen beliebigen anderen Gebrauchswert, sagen wir Rock, ausgetauscht wird, so werden bereits in diesem einfachen Austauschprozesse die entgegengesetzten Funktionen der Ware als Gebrauchs- und Tauschwert auf zwei verschiedene Waren verteilt. Die Leinwand erscheint in diesem Falle unmittelbar als Gebrauchswert, ihr Wert wird ausgedrückt in der Ware Rock, der Rock dagegen dient bloss als Aequivalent, als Materie zum Ausdruck des Wertes der Ware Leinwand.

Indem aber der Rock als Wertausdruck der Leinwand erscheint, erscheint er uns nicht mehr als Gebrauchswert, sondern als ein Wertding, denn nur als solches wurde er der Leinwand gleichgesetzt. Der Gebrauchswert Rock wird somit zur Erscheinung seines Gegenteils, des Wertes.[2])

Indem nun aber der Rock der Leinwand als Wertding gleichgesetzt wird, wird auch die im Rock enthaltene Arbeit der in der Leinwand enthaltenen Arbeit, als beiden gemeinsame Arbeit, gleichgesetzt. Als gemeinsame kann aber die Schneiderarbeit der Weberarbeit nur als abstrakt menschliche Arbeit gleichgesetzt werden. Die konkrete Schneiderarbeit erscheint damit nicht als besondere nützliche, sondern als abstrakt menschliche Arbeit. Die konkrete Arbeit wird „zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit". [3])

[1]) „Zur Kritik", Seite 24 und 25.

[2]) „Kapital." Band I, Seite 23.

[3]) Ebd., Seite 25.

Erscheint nun aber die konkrete Schneiderarbeit als abstrakt menschliche Arbeit, dann erscheint sie zugleich als eine allen Waren gemeinsame Arbeit. Aus Privatarbeit wird sie zu ihrem Gegenteil „zu Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form".[1])

So sehen wir denn den in der Ware enthaltenen Gegensatz von Gebrauchswert und Wert schon in dem einfachen Wertausdruck durch einen äusseren Gegensatz dargestellt, und zwar so, dass diejenige Ware, d e r e n Wert ausgedrückt ist, uns unmittelbar als Gebrauchswert, diejenige Ware, in w e l c h e r der Wert der Ware ausgedrückt wird — unmittelbar als Tauschwert erscheint. „Die einfache Wertform einer Ware ist also die einfache Erscheinungsform des in ihr enthaltenen Gegensatzes von Gebrauchswert und Wert." [2])

Und erscheint diese äussere Widerspiegelung des in der Ware enthaltenen Gegensatzes in der einfachen Wertform noch als zufällig, indem die Ware Rock nur zufällig als Wertausdruck der Ware Leinwand dient, so wird sie zu einer dauernden Erscheinung, sobald sich die einfache Wertform zur Geldform entwickelt, sobald im Austauschprozess nicht mehr, wie es bei der einfachen Wertform der Fall ist, irgend eine Ware zufällig zum Ausdruck des Wertes einer anderen Ware dient, sondern aus der Reihe der Waren eine b e s t i m m t e Ware ausgeschlossen wird, in der dann alle anderen Waren ihren Wert ausdrücken.

Diese besondere Ware, die zur Messung des Tauschwertes aller anderen Waren dient und die man G e l d nennt, ist zwar ursprünglich eine Ware wie jede andere, das heisst Gebrauchswert und Produkt besonderer individueller Arbeit, dadurch aber, dass im Austauschprozess alle anderen Waren in ihr ihren Tauschwert messen, erhält sie die spezifisch gesellschaftliche Funktion, allgemeines Aequivalent aller anderen Waren zu sein und infolgedessen unmittelbar als das Dasein allgemein menschlicher Arbeit, als das Dasein des Tauschwertes zu erscheinen.

Auf diese Weise verteilt sich der Gegensatz, der in einer und derselben Ware verkörpert ist, im Austauschprozess unter den verschiedenen Waren, und zwar so, dass, während eine besondere Ware, die die Rolle des Geldes spielt, allen anderen Waren gegenüber als Tauschwert erscheint und um Gebrauchswert zu werden gegen an-

[1]) „Kapital." Band I, Seite 25.
[2]) Ebd., Seite 28.

dere Waren ausgetauscht werden muss, alle anderen Waren dieser besonderen Ware gegenüber als Gebrauchswerte erscheinen, die ihren Tauschwert nur in dieser besonderen Ware — dem Gelde — realisieren können.

Durch diese Verwandlung der Waren im Austauschprozess in Ware und Geld, durch diese äusserliche Darstellung des in der Ware enthaltenen Gegensatzes von Gebrauchswert und Wert wird nun der Gegensatz selbst wie die mit ihm verbundenen Widersprüche vollkommen aufgehoben.

„Der Geldkristall" — lesen wir bei Marx — „ist ein notwendiges Produkt des Austauschprozesses, worin verschiedenartige Arbeitsprodukte einander tatsächlich gleichgesetzt und daher tatsächlich in Waren verwandelt werden. Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austausches entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äusserlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwertes und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld. In demselben Masse daher, worin sich die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waren, vollzieht sich die Verwandlung von Ware und Geld." [1]) („Kapital." Band I, Seite 53.)

[1]) Das Geld ist für Marx, nebenbei bemerkt, bei weitem nicht eine Ware wie jede andere. Zwar konnte eine bestimmte Ware nur darum Geld werden, weil sie ursprünglich eine Ware wie jede andere war, aber indem nun diese bestimmte Ware infolge des gesellschaftlichen Austauschprozesses zu Geld einmal geworden ist, ist sie m e h r als jede andere Ware. Vor allem ist nach Marx die Ware Geld „im Gegensatz zu den Waren, die das selbständige Dasein des Tauschwertes, der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit, des abstrakten Reichtums, nur vorstellen ... d a s m a t e r i e l l e D a s e i n d e s a b s t r a k t e n R e i c h t u m s". („Zur Kritik", Seite 120.) Aber auch nach der Seite des Gebrauchswertes hin ist die Ware Geld m e h r als jede andere, denn während jede Ware „nur ein Moment des stofflichen Reichtums ... durch ihre Beziehung auf ein besonderes Bedürfnis, eine nur vereinzelte Seite des Reichtums" ausdrückt, befriedigt das Geld „jedes Bedürfnis, sofern es in den Gegenstand jedes Bedürfnisses unmittelbar umsetzbar ist. Sein eigener Gebrauchswert ist realisiert in der unendlichen Reihe der Gebrauchswerte, die sein Aequivalent bilden. In seiner gediegenen Metallität enthält es allen stofflichen Reichtum unaufgeschlossen, der in der Welt der Waren entrollt ist". Die Ware Geld ist daher auch „d e r m a t e r i e l l e R e p r ä s e n t a n t d e s s t o f f l i c h e n R e i c h t u m s. Er ist der ‚p r é c i s d e t o u t e s l e s c h o s e s' ..., das Kompendium des gesellschaftlichen Reichtums". „Er ist der allgemeine Reichtum als Individuum." („Zur Kritik", Seite 121.)

Wir sehen, die ganze Geldtheorie von Marx beruht auf seiner Grundlehre vom Doppelcharakter der Ware und der in ihr verkörperten Arbeit. Wer daher diese Grundlehre Marx' nicht annimmt, der kann sich auch unmöglich, so sollte man meinen, den Schlussfolgerungen in Bezug auf die Geldtheorie, die mit Naturnotwendigkeit aus dieser Lehre entspringen, anschliessen.

Nun haben wir gesehen, dass es gerade diese Lehre Marx' war, die Lassalle missverstanden hat. Er erleichterte sich die Sache dadurch, dass er die Gegensätze, die Marx in einer und derselben Ware verkörpert gesehen hat, auf zwei verschiedene Perioden verteilte und das als Ware dienende Produkt unmittelbar als Tauschwert, als das unmittelbare Produkt allgemein gesellschaftlicher Arbeit betrachtete. Durch diese Annahme aber fallen alle Schwierigkeiten und Widersprüche, die nach Marx erst im Austauschprozess durch die Geldbildung gelöst werden, von selbst weg und mit ihnen auch die Grundlage für die Marxsche Geldlehre.

Nichtsdestoweniger setzt Lassalle folgendermassen fort.

Marx bekämpfte entschieden die Ansicht, als würde die Ware Geld an sich, von Natur aus die Eigenschaft unmittelbarer Austauschbarkeit besitzen, und dies gab Anlass dazu, anzunehmen, als würde Marx das Geld als eine Ware wie jede andere betrachten. Diese Annahme ist jedoch entschieden falsch. Denn was Marx beweisen wollte, war nur, dass die Eigenschaft des Geldes, allgemeines Aequivalent aller Waren zu sein, keine angeborene Eigenschaft der einen oder der anderen Ware, die die Rolle des Geldes spielt, sei, sondern bloss das Produkt eines gesellschaftlichen Verhältnisses und als solches nur innerhalb dieses gesellschaftlichen Verhältnisses vorhanden; aber diese Tatsache ändert nichts daran, dass das Geld trotzdem mehr sein kann und nach Marx auch mehr ist als jede andere Ware. Von diesem Standpunkte aus ist es klar, warum Marx in seiner „Zur Kritik" das Monetar- und Merkantilsystem verhältnismässig so mild behandelt. Er sieht nämlich in dem Streben der Merkantilisten nach Geld „als dem einzigen Reichtum" kein blosses Streben nach den Waren Gold und Silber, sondern nach Gold und Silber als „der gediegenen, handgreiflichen und glänzenden Form des Tauschwertes", der Form des abstrakten Reichtums. Denn „Geld als Zweck der Zirkulation" — meint Marx — „ist der Tauschwert oder der abstrakte Reichtum, nicht irgend ein stoffliches Element des Reichtums, als bestimmender Zweck und treibendes Motiv der Produktion". („Zur Kritik", Seite 163.) Marx wendet sich daher energisch gegen die Kritik der politischen Oekonomie, die das Monetar- und Merkantilsystem „als blosse Illusion, als nur falsche Theorie befeindet", aber „nicht als barbarische Form ihrer eigenen Grundvoraussetzung wieder erkennt". (Ebd.) — Eine der Marxschen ähnliche Anschauung über das Merkantilsystem vertritt auch Professor August Oncken in seinem Werke: „Geschichte der Nationalökonomie." Leipzig 1902. Band I, Seite 153 bis 156.

„Die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit hat aber ihr selbständiges Dasein als Geld. Geld ist vergegenständlichte gesellschaftliche Arbeitszeit, gereinigt von jeder individuellen Bestimmtheit der besonderen Arbeit (als Arbeit in Stecknadeln, Holz, Linnen etc.). Nur durch ‚den Salto mortale der Ware in Gold‘ betätigt sich die Ware daher als das, was sie sein soll, als Dasein gesellschaftlicher Arbeitszeit.“ [1])

„Und sehen Sie, Herr Schulze“ — lesen wir weiter bei Lassalle — „was ich Ihnen hier zuletzt entwickelt habe über das Geld wie über die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeitszeit als Masseinheit des Wertes, das ist alles seiner geistigen Grundlage nach vollständig entnommen und nur der gedrängte Gedankenextrakt aus einer äusserst bedeutenden und meisterhaften Schrift, aus welcher auch die soeben in Anführung gesetzten Worte herrühren, aus . . . der vortrefflichen und epochemachenden Schrift von Karl Marx, nämlich: ‚Zur Kritik der politischen Oekonomie.‘“ [2])

Dass die kurze Darstellung Lassalles über das Wesen des Geldes als verselbständigtes Dasein allgemein gesellschaftlicher Arbeitszeit der von Marx entspricht und der „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ entnommen ist — das ist gewiss richtig; was jedoch nicht stimmt und nicht stimmen kann, ist, wie Lassalle diese Ausführungen Marx' über das Wesen des Geldes mit seiner eigenen Analyse des Warenwertes in Einklang bringen konnte. Leugnet man die in der Ware enthaltene individuelle Arbeit und stellt man die Ware als das unmittelbare Produkt allgemein gesellschaftlicher Arbeit dar, wie Lassalle das getan, dann ist nicht einzusehen, warum die Ware „den Salto mortale . . . in Gold“ noch machen muss, um als Dasein gesellschaftlicher Arbeitszeit zu erscheinen. Hat uns ja Lassalle schon die Ware selbst als blosse Verkörperung allgemein gesellschaftlicher Arbeitszeit geschildert; hat er uns ja gezeigt, dass die individuelle Arbeit zwar zu einer Zeit existiert hat, wo die Produkte für den persönlichen Bedarf produziert wurden, nicht aber jetzt, wo die Produkte als Waren, als Gebrauchswerte für alle Welt, nur nicht für den Besitzer der Ware selbst hervorgebracht werden. Wäre daher Lassalle konsequent geblieben, er hätte die Schlussfolgerung Marx', dass das

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 160.

[2]) Ebd., Seite 160 und 161.

Geld ein notwendiges unumgängliches Produkt der Warenproduktion sei, bekämpfen und auf Grund seiner Wertanalyse beweisen müssen, dass die Waren, als die unmittelbare Verkörperung allgemein gesellschaftlicher Arbeit, das Geld als Hilfsmittel nicht brauchen, um gegeneinander ausgetauscht werden zu können. Das wäre zwar an und für sich falsch, aber vom Standpunkte der Werttheorie Lassalles vollkommen konsequent gewesen. Denn wer annimmt, dass die Ware das unmittelbare Produkt allgemein gesellschaftlicher Arbeit sei, für den ist jede Ware Geld, so dass sie eben darum das Geld entbehren kann.

In dieser Beziehung trifft die Kritik, der Marx seinerzeit die Geldtheorie Grays unterworfen hat, auch Lassalles Geldlehre. Die Waren, meint Marx, „können sich . . . nur aufeinander beziehen als das, was sie sind. Die Waren sind unmittelbar Produkte vereinzelter unabhängiger Privatarbeiten, die sich durch ihre Entäusserung im Prozess des Privataustausches als allgemeine gesellschaftliche Arbeit bestätigen müssen, oder die Arbeit auf Grundlage der Warenproduktion wird erst gesellschaftliche Arbeit durch die allseitige Entäusserung der individuellen Arbeiten. Unterstellt Gray aber die in den Waren enthaltene Arbeitszeit als unmittelbar gesellschaftliche, so unterstellt er sie als gemeinschaftliche Arbeitszeit oder als Arbeitszeit direkt assoziierter Individuen. So könnte in der Tat eine spezifische Ware, wie Gold und Silber, den anderen Waren nicht als Inkarnation der allgemeinen Arbeit gegenübertreten“.[1])

Nun scheint allerdings bei Lassalle das Auftreten des Geldes den anderen Waren gegenüber als Inkarnation allgemein gesellschaftlicher Arbeitszeit seine Berechtigung darin zu finden, dass die allgemein gesellschaftliche Arbeitszeit, die das Geld repräsentiert, nach Lassalle anderer Natur zu sein scheint als die aller anderen Waren. Während nämlich Lassalle die allgemein gesellschaftliche Arbeit, die in allen Waren enthalten ist, als die „reale . . . individuelle Arbeit aller Individuen“ definiert, ist nach ihm das Geld „vergegenständlichte gesellschaftliche Arbeitszeit, gereinigt von jeder individuellen Bestimmtheit der besonderen Arbeit (als Arbeit in Stecknadeln, Holz, Linnen etc.)“, [2]) mit anderen Worten, das Geld ist, nach Lassalle, im Gegensatz zu allen anderen Waren, die vergegenständlichte gesellschaftliche Arbeit im Sinne Marx', im Sinne abstrakt menschlicher Arbeit.

[1]) „Zur Kritik“, Seite 71 und 72.
[2]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 160.

In diesem Zusammenhang sehen wir überhaupt bei Lassalle zum erstenmal die allgemein gesellschaftliche Arbeit als abstrakt menschliche auftauchen und mit Verwunderung fragt man sich, wie diese abstrakt menschliche Arbeit im Austauschprozess sich verselbständigen kann, wenn sie, nach Lassalle, in den Waren gar nicht vorhanden ist? Was wir von Lassalle erfahren haben, war ja, dass die Ware zwar das Produkt allgemein gesellschaftlicher Arbeit ist, dass diese allgemein gesellschaftliche Arbeit jedoch identisch ist mit „realer . . . individueller Arbeit aller Individuen".[1]) Von einer allgemein gesellschaftlichen Arbeit als abstrakt menschlicher Arbeit war bei Lassalle überhaupt nicht die Rede. Und nun sehen wir sie plötzlich im Gelde auftauchen, ohne dass uns ihre Entstehung erklärt wird.

Es bleibt somit nichts anderes übrig, als anzunehmen, dass Lassalle gar eine zweifache gesellschaftliche Arbeit unterschied: eine reale gesellschaftliche Arbeit, wie sie in allen Waren verkörpert ist, und eine abstrakte gesellschaftliche Arbeit, deren Inkarnation das Geld darstellt. Was sich also im Austauschprozess gegenübersteht, ist nicht, wie bei Marx, individuelle und allgemein gesellschaftliche Arbeit, sondern gesellschaftliche Arbeit doppelter Natur: reale gesellschaftliche Arbeit und abstrakt gesellschaftliche Arbeit, was an und für sich ein Unding ist.

Wir sehen, wie man das Ding auch anpacken will, in allen Fällen ergibt sich ein Widerspruch zwischen der Geldtheorie, wie sie Lassalle von Marx übernommen, und seiner Analyse der Substanz des Warenwerts. Und wenn Lassalle trotzdem sich im ersten wie im zweiten Falle auf Marx berufen zu können glaubte, so hatte dies seinen Grund nur darin, dass Lassalle selbst sich dessen nicht bewusst war, wie sehr er den Grundgedanken Marx' missverstanden hat und welch grosser Unterschied zwischen seiner Analyse des Warenwerts und derjenigen Marx' bestand. Er war im besten Glauben, die Wert- und Geldtheorie Marx' in kurzen Worten richtig wiedergegeben zu haben. Marx aber hatte, wie wir sehen, Grund genug, mit der Lassalleschen Darstellung seiner Werttheorie unzufrieden zu sein.

Uebrigens verstiess Lassalle nicht nur gegen die Marxsche Werttheorie, sondern auch gegen die Arbeitswerttheorie überhaupt.

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 160.

V. Kapitel.

Wertbildung und gesellschaftliche Zusammenhänge bei Lassalle.

Was wir von einem Arbeitswerttheoretiker vor allem verlangen müssen, ist, dass er sich zur Arbeitswerttheorie nicht bloss bekenne, sondern sie auch in allen Details durchdenke und konsequent alle Erscheinungen des ökonomischen Lebens mit ihr in Anklang bringe.

Von diesen Forderungen ausgehend, muss man zugeben, dass Lassalle als Arbeitswerttheoretiker viel zu wünschen übrig lässt. Von der Richtigkeit der Arbeitswerttheorie selbst in hohem Grade überzeugt, glaubte er oberflächlich, mit unklaren Ausdrücken und nichtssagenden Phrasen über die schwierigsten Probleme der Wertlehre hinwegschreiten zu können. Nicht als ob er selbst sich über diese Probleme klar wäre und dasselbe klare Verständnis für die Sache auch von anderen voraussetzte. Vielmehr macht es den Eindruck, dass die Dunkelheit, in die die Probleme bei Lassalle oft gekleidet wurden, bloss ein Mittel war, sich über das Problem hinwegzuhelfen.

Recht offenbar wurde dies bei der Behandlung der Frage, welchen Einfluss die gesellschaftlichen Zusammenhänge auf die Entstehung von neuen Werten und Kapitalien üben, eines Problems, das zweifellos zu den schwierigsten innerhalb der Wertlehre gehört.

In seiner Polemik gegen Schulze-Delitzsch, der das Kapital als das Ergebnis des Sparens dargestellt, versuchte Lassalle nachzuweisen, dass die Kapitalbildung sowohl im volkswirtschaftlichen wie im privatwirtschaftlichen Sinne nichts mit dem Sparen zu tun hat. Die einzige Quelle der volkswirtschaftlichen Kapitalien bildet die Produktion[1]) und die Privatkapitalien kommen nur durch die

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 101.

Anhäufung von fremdem Arbeitsertrag zustande, was heutzutage, meint Lassalle, doch „eher Rauben oder doch mindestens Ausbeuten",[1]) nicht aber Sparen genannt werden kann.

So war es im Altertum, zur Zeit der Herrschaft der Sklavenarbeit, wo die Arbeiter mit allem, was sie hervorbrachten, das Eigentum des Herrn bildeten, so war es im Mittelalter, zur Zeit, in der an die Stelle der Sklaverei die Leibeigenschaft und Hörigkeit trat, zur Zeit also, in der wenn „nicht mehr der Mensch im ganzen", so doch „sein Wille und besondere Akte seines Willens",[2]) das Privateigentum des Herrn waren, und so blieb es auch nach der französischen Revolution von 1789, da das Privateigentum an Produktionsmitteln der Kapitalistenklasse die Macht gibt, sich einen Teil des Arbeitsertrages der Arbeiter anzueignen.

Mit dem Fortschritte der Arbeitsteilung, mit dem Fortschritte in der Entwicklung der Technik steigt fortwährend die Produktivität der menschlichen Arbeit, da aber nach Lassalle der Arbeitslohn nie auf die Dauer den volksüblich notwendigen Lebensunterhalt übersteigen kann, so hat die gesteigerte Produktivität der menschlichen Arbeit nur zur Folge, dass ein grösserer Ueberschuss des Arbeitsertrages von den Unternehmern in Kapital verwandelt werden kann. So weit, so gut.

Nun galt es, Schulze-Delitzsch den letzten Hieb zu versetzen, ihm endgültig zu beweisen, wie wenig die Entstehung von Kapitalien mit dem „Sparen" zu tun hat, und zu diesem Zwecke führte Lassalle folgende zwei Beispiele an:

„Ich kaufe ein Grundstück für 100.000 Taler. Ich setze den Fall, dass ich fünf Prozent meines Kapitals aus dem Grundstück erlöse und diese jährlich rein ausgebe. Ich ‚spare' also gar nichts. Ja noch mehr, ich gebe jährlich 2000 Taler über mein Einkommen aus, verschwende also, verschulde mich. Aber nach zehn Jahren verkaufe ich das Gut und infolge der inzwischen gestiegenen Preise des Getreides oder der Bauplätze erlöse ich jetzt vielleicht 200.000 Taler für das Grundstück. Ich bezahle die 20.000 Taler Schulden, die mir durch zehnjährige verschwenderische Ausgabe entstanden sind, und habe dennoch ein neues Kapital von 80.000 Talern in der Hand." Woher kommt" — fragt nun Lassalle — „dieses

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 106.

[2]) Ebd., Seite 180.

neue Kapital von 80.000 Talern? Nun, es hat sich eben gebildet durch die — gesellschaftlichen Zusammenhänge. Es hat sich gebildet dadurch, dass eine zahlreichere und dichtere Bevölkerung auf derselben Bodenfläche entstanden ist. Es hat sich gebildet dadurch, dass jetzt vielleicht unfruchtbarere Aecker von kostspieligerem Ertrag in Angriff genommen werden müssen, um das nötige Lebensmittelquantum für die Nation zu erzeugen, und dass der Marktpreis des Getreides nun auch die Getreideproduktionskosten auf diesen unfruchtbaren Aeckern vergüten muss, was mich in den Stand setzt, auch mein Getreide zu diesem gestiegenen Preise zu verkaufen.

Es hat sich gebildet vielleicht dadurch, dass gestiegener Reichtum einer anderen Bevölkerung dieser die Mittel gibt, durch eine wirksamere Mitbewerbung um diese Getreideprodukte den Preis derselben zu steigern, oder vielleicht dadurch, dass in einem anderen Lande die Kornzölle abgeschafft werden und dies selbe Resultat hierdurch eintrat.

Kurz, es hat sich gebildet vielleicht durch alles — nur nicht durch meine Arbeit und durch mein ‚Sparen'."

„Oder" — so lautet das zweite von Lassalle angeführte Beispiel — „ich setze den Fall, ich habe bei Anlegung der Köln-Mindener Eisenbahn 100.000 Taler Aktien al pari gezeichnet. Ich habe, ohne mich sonst irgend um diese Eisenbahn zu bekümmern, Jahre, Jahre lang erst 5, dann 8, dann 10, dann 12, dann 13 Prozent aus meinem Anlagekapital bezogen, also eine wahrhaft riesige Dividende, und ich habe sie unerbittlich bis zum letzten Heller ausgegeben. Ich verkaufe jetzt diese Köln-Mindener Aktien, sie stehen 175 nach dem Kurszettel und ich habe jetzt ein neues Kapital von 75.000 Talern gewonnen in der Hand, ohne jemals einen Heller ‚aus meinem Einkommen angesammelt und gespart' zu haben."

„Wie hat sich" — fragt Lassalle — „dieses neue Kapital gebildet? Durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge, Herr Schulze!"

„Der Personenverkehr ist gestiegen, der Güterverkehr ist gestiegen, durch die Erfindung eines englischen Ingenieurs vielleicht sind die Betriebskosten geringer geworden — kurz durch alle gesellschaftlichen Zusammenhänge, nur nicht durch meine Arbeit und durch mein ‚Sparen' repräsentiert jetzt die grosse Anlage ‚Köln-Mindener Eisenbahn' genannt, und folglich auch jedes Bruch-

teil (Aktie) derselben *wirklich* einen um so viel höheren Kapitalwert." [1])

Und war die neue Kapitalbildung im ersten Falle, im Falle mit dem Grundstück, die Folge einer durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge hervorgerufenen Steigerung der Getreide*preise*, so ist die neue Kapitalbildung im letzteren Falle, im Falle mit der Köln-Mindener Eisenbahn, die Folge der *Wertsteigerung* der Eisenbahn. Denn im Falle der Köln-Mindener Eisenbahn, meint Lassalle, ist „*effektiv* und *reell* ein neuer Kapitalwert entstanden. Infolge des vermehrten Verkehrs, der verringerten Betriebskosten etc. *ist* jetzt die gesamte Köln-Mindener Eisenbahn — und somit auch jeder Anteil an ihr — *wirklich* mehr wert".[2]) Schulze-Delitzsch war widerlegt. Die Beispiele Lassalles zeigten deutlich, dass die Entstehung von Kapitalien mit dem Sparen nichts zu tun hat, aber durch diese Beispiele war zugleich auch die eigene Ansicht Lassalles widerlegt, als würden Kapitalien auf keinem anderen Wege als auf dem der Produktion entstehen. Denn gerade das von Lassalle angeführte Beispiel der Köln-Mindener Eisenbahn weist darauf hin, dass neue Kapitalien, wie neue Werte auch auf anderem Wege entstehen können.

Gibt man nämlich zu, dass die Köln-Mindener Eisenbahn „*wirklich* mehr wert" sei, dass diese Erhöhung des Wertes die Folge „des vermehrten Verkehrs, der verringerten Betriebskosten etc.", mit einem Worte, die Folge gesellschaftlicher Zusammenhänge ist, dann muss man konsequenterweise auch zugeben, dass die gesellschaftlichen Zusammenhänge einen *wirklichen* Faktor der Wertbildung und damit einen wirklichen Faktor der Kapitalbildung, und zwar nicht bloss im *privat*-, sondern auch im *volks*wirtschaftlichen Sinne bilden; denn es ist klar, dass jede Entstehung von Privatkapitalien, die mit einer Entstehung neuer Werte verbunden ist, zugleich auch eine Vermehrung des *gesellschaftlichen* Kapitalbesitzes bedeutet.

Damit wäre aber die ganze Arbeitswerttheorie, deren strenger Anhänger Lassalle war, umgestossen. Ausser der Arbeit hätten wir dann nämlich noch einen Faktor der Wertbildung, den der gesellschaftlichen Zusammenhänge.

---

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 116 bis 113.

[2]) Ebd., Seite 121.

Diese Bresche, die Lassalle selbst in seine Werttheorie legte, konnte ihm nicht verborgen bleiben und so suchte er denn die Entstehung der Werte durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge mit der allgemeinen Arbeitswerttheorie dadurch in Einklang zu bringen, dass er erklärte, der neue Kapitalwert im Falle der Köln-Mindener Eisenbahn sei schliesslich doch „von den Köln-Mindener Eisenbahnarbeitern und allen anderen Gruppen von Arbeitern, die mit diesen auf dasselbe Resultat hinwirkten, hervorgebracht und... dem Besitzer der Eisenbahnaktien übertragen worden".[1])

Diese Bemerkung Lassalles, die uns die Wertsteigerung der Köln-Mindener Eisenbahn vom Standpunkte der Arbeitswerttheorie erklären soll, zeigt uns jedoch nichts mehr als den guten Willen Lassalles, treuer Anhänger der Arbeitswerttheorie zu bleiben und die Entstehung jedes neuen Wertes letzten Endes doch auf die menschliche Arbeit als einzige Quelle des Wertes zurückzuführen. Denn was anderes besagt diese Bemerkung? Wir erfahren aus ihr weder, in welchem Zusammenhange die neue Kapitalbildung, die, wie wir gesehen haben, die Folge der Wertsteigerung der Köln-Mindener Eisenbahn war, gerade mit den Köln-Mindener Eisenbahnarbeitern steht, noch was man unter „allen anderen Gruppen von Arbeitern" zu verstehen hat, und ebenso unklar ist der Ausdruck: „die auf dasselbe Resultat hinwirkten". Ist unter „dasselbe Resultat" die Hervorbringung des neuen Wertes zu verstehen oder die Einwirkung der Arbeiter auf das Zustandekommen der gesellschaftlichen Zusammenhänge, deren Resultat erst die Entstehung des neuen Wertes war? Auf alle diese Fragen suchen wir vergebens eine Antwort.

Die ganze Bemerkung ist überhaupt von Lassalle so dunkel und unklar gefasst, dass sich die Frage aufdrängt, ob diese Unklarheit nicht das Resultat der Tatsache ist, dass der Autor sich selbst nicht recht darüber klar war, wie diese jedenfalls nicht leichte Frage so zu lösen sei, dass einerseits den Tatsachen Rechnung getragen, andererseits aber auch die Arbeitswerttheorie nicht erschüttert wird.

Dass diese Vermutung nicht unbegründet ist, darauf weist noch eine andere Stelle bei Lassalle hin. Seite 218 heisst es bei ihm: „Durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge aller

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 121.

Art und den von ihnen bestimmten Tauschwert" wird „jeden Augenblick alles Mein und Dein in der Gesellschaft geändert und ... alles individuelle Eigentum neu verteilt" Hier begegnen wir bei Lassalle demselben Widerspruch, den wir schon oben hervorgehoben haben. Einerseits erklärt er, die gesellschaftlichen Zusammenhänge wirkten auf den Tauschwert „bestimmend" ein, andererseits, die gesellschaftlichen Zusammenhänge seien bloss ein Verteilungsfaktor, der „alles Mein und Dein in der Gesellschaft ändert".

Der Widerspruch, der in dieser Erklärung enthalten ist, ist in die Augen springend. Denn ist es wahr, dass die gesellschaftlichen Zusammenhänge auf den Tauschwert „bestimmend" einwirken, das heisst den Tauschwert einer Ware je nachdem erhöhen oder erniedrigen können, dann sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht bloss ein Verteilungs-, sondern auch ein Wertfaktor; nimmt man dagegen an, der einzige Faktor des Wertes sei die menschliche Arbeit, die gesellschaftlichen Zusammenhänge aber dienen bloss als Verteilungsfaktor, dann können die letzteren zwar auf den Preis, unmöglich aber auf den Wert bestimmend einwirken.

Diese Widersprüche, diese Unklarheit und Verschwommenheit in Lassalles Erörterung der Frage der gesellschaftlichen Zusammenhänge hat ihren Grund darin, dass Lassalle einerseits ein begeisterter Anhänger der Arbeitswerttheorie war, andererseits aber, auf ökonomischem Gebiete kein so tiefer Denker wie Marx, nicht imstande war, die Arbeitswerttheorie bis zu Ende zu denken und vom Standpunkt dieser Theorie aus alle sich ihr entgegenstellenden Schwierigkeiten zu erklären.

Lassalle konnte sich der Tatsache nicht verschliessen, dass es Fälle gibt, in denen Dinge in ihrem Werte zu steigen scheinen, ohne dass auf ihre Erzeugung eine grössere Menge menschlicher Arbeit aufgewendet worden wäre, und dass der Grund dieser Wertsteigerung die gesellschaftlichen Zusammenhänge sind. Die letzteren schienen ihm daher tatsächlich neue Werte hervorzubringen und „bestimmend" auf den Tauschwert der Dinge einzuwirken. Andererseits aber konnte er als Anhänger der Arbeitswerttheorie nicht übersehen, dass Werte nur durch Arbeit hervorgebracht werden können, und er suchte daher die Rolle der gesellschaftlichen Zusammenhänge auf die eines blossen Verteilungsfaktors zu reduzieren.

Es ist bekannt, wie Marx diese schwierige Frage vom Standpunkte der Arbeitswerttheorie aus löste. Marx leugnete nicht, dass

tatsächlich der Wert der Dinge infolge der gesellschaftlichen Zusammenhänge steigen kann, ohne dass sie eine grössere Menge menschlicher Arbeit darstellten, er wies aber auch zugleich glänzend nach, dass dieser durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge gesteigerte Wert kein wirklicher, sondern ein bloss fiktiver, illusorischer Wert sei. Nachdem man sich, nach Marx, in der kapitalistischen Gesellschaft daran gewöhnt hat, jedes Kapital als zinstragendes Kapital anzusehen, betrachtet man unwillkürlich jede regelmässige Einnahme als Zins eines Kapitals, das nach dem bestehenden Durchschnittsfusse berechnet wird. So kommt es, dass zum Beispiel Aktien, Wertpapiere u. s. w., die einen Anspruch auf einen regelmässigen Ertrag repräsentieren, unabhängig von dem Kapitalwert, den sie tatsächlich darstellen, noch einen eigenen Kapitalwert besitzen, der höher oder niedriger als der tatsächliche Kapitalwert sein kann, je nach der Höhe des repräsentierten Ertrages und der Höhe des bestehenden Zinsfusses. Dieser Kapitalwert hat eine vom tatsächlichen Kapitalwerte unterschiedliche und unabhängige Bewegung und untersteht vollkommen der Einwirkung der gesellschaftlichen Zusammenhänge; das charakteristische Merkmal dieses Kapitalwertes ist aber auch, dass er ein bloss illusorischer Kapitalwert ist, ein „stets nur kapitalisierter Ertrag, das heisst ein Ertrag, berechnet auf ein illusorisches Kapital nach dem bestehenden Zinsfuss“, [1]) der mit dem tatsächlichen Kapitalwert nichts zu tun hat.

Hält man sich diese Ausführungen Marx' vor Augen, dann ist es klar, wie die von Lassalle angeführten Fälle des Grundstücks und der Köln-Mindener Eisenbahn vom Standpunkte der Arbeitswerttheorie zu erklären sind.

Im ersten wie im zweiten Falle ist es richtig, dass es die gesellschaftlichen Zusammenhänge sind, die die Erhöhung des Wertes veranlasst haben, aber welchen Wertes? — Nicht des tatsächlichen, sondern bloss des illusorischen Wertes. Infolge erhöhter Nachfrage nach Getreide mussten schlechtere Aecker in Bebauung genommen werden; das veranlasste eine Steigerung des Getreidepreises und somit auch eine Steigerung der Grundrente der ergibiegeren Grundstücke. Dieser in der Grundrente verkörperte regelmässige Ertrag des Grundes und Bodens wird nun kapitalisiert und als Kapitalwert des Grundstückes selbst — das übrigens gar keinen Wert hat, weil

---

[1]) „Kapital.“ Band III, II., Seite 5.

es nicht das Produkt menschlicher Arbeit ist — angesehen. Da nun aber die Höhe der Grundrente von den gesellschaftlichen Zusammenhängen bestimmt wird, so wird folglich auch der „Wert“ des Grundes und Bodens, der nichts anderes ist als kapitalisierte Grundrente, von diesen gesellschaftlichen Zusammenhängen bestimmt. Dies kann jedoch nach dem Ausgeführten die Arbeitswerttheorie als solche nicht beeinträchtigen, weil dieser durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge bestimmte Wert eben kein wirklicher, sondern ein illusorischer, fiktiver ist.

Und ebenso steht es mit den Aktien der Köln-Mindener Eisenbahn. Infolge verschiedener „gesellschaftlicher Zusammenhänge“ stieg die Dividende der Aktien allmählich von 5 auf 13 Prozent. Die Kapitalisierung der höheren Dividende von 13 Prozent ergibt natürlich auch einen höheren Kapitalwert der Aktie selbst, aber dieser Kapitalwert ist wieder nur der fiktive, illusorische Kapitalwert, der mit dem tatsächlichen in den Anlagen und Betriebsmitteln der Eisenbahn verkörperten Kapitalwerte nichts zu tun hat.

In beiden Fällen, sowohl im Falle des Grundstücks wie im Falle der Köln-Mindener Eisenbahn, wäre somit nach Marx kein neuer Wert entstanden; erhöht durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge wurde bloss der fiktive Wert dieser Waren, der von ihrem tatsächlichen Werte streng zu unterscheiden ist.

Daraus ergibt sich die Rolle, die die gesellschaftlichen Zusammenhänge im ökonomischen System von Marx spielen, von selbst. Da die von ihnen hervorgebrachten Werte fiktiver Natur sind, so tragen die gesellschaftlichen Zusammenhänge bloss dazu bei, dass die in einem Lande schon vorhandenen Werte nur neu verteilt, dass sie aus den Händen des einen Kapitalisten in die Hände des anderen übertragen werden; mit einem Worte: die gesellschaftlichen Zusammenhänge sind bloss ein Verteilungsfaktor.

Diese Schlussfolgerung ist jedoch nur dann logisch und konsequent, wenn man mit Marx annimmt, die durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge hervorgebrachten Werte seien bloss illusorischer Natur. Unlogisch und inkonsequent ist es dagegen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge einerseits als blossen Verteilungsfaktor, andererseits aber die durch sie hervorgebrachten Werte als effektiv und reell entstandene neue Kapitalwerte anzusehen. Denn ist es wahr, dass, wie Lassalle meinte, im Falle

der Köln-Mindener Eisenbahn „effektiv und reell ein neuer Kapitalwert entstanden" ist, dass infolge der gesellschaftlichen Zusammenhänge die Köln-Mindener Eisenbahn „wirklich ... mehr wert ist", dann sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht nur ein Verteilungs-, sondern auch ein Wertfaktor und die Behauptung der Anhänger der Arbeitswerttheorie, dass die Arbeit der einzige wertbildende Faktor sei, entbehrt jeder logischen Begründung, denn dann hätten wir eben nicht einen, sondern zwei Quellen des Wertes: die Arbeit und die gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Lassalle machte Schulze-Delitzsch zum Vorwurf, dass er einmal die Arbeit allein und ein anderesmal wieder das Sparen als die Quelle des Kapitals angibt. „Es scheint also hier, dass wir gar zwei Faktoren der Kapitalbildung bekommen werden,"[1]) rief Lassalle mit Entsetzen aus.

Lassalle ahnte nicht, dass derselbe Vorwurf leicht auch gegen ihn erhoben werden könnte.

Wir sehen, nicht nur die Anhänger der Marxschen Werttheorie, sondern auch die Anhänger der Arbeitswerttheorie schlechtweg hätten Grund genug, mit Lassalle als Arbeitswerttheoretiker nicht ganz zufrieden zu sein.

---

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 98

VI. Kapitel.

Lassalles Idealismus die Hauptursache seiner falschen Auffassung der Marxschen Wertdefinition.

Der Grund dafür, dass Lassalle, trotzdem ihm die Marxsche Wertlehre schon bekannt war, in den alten Fehler der klassischen Nationalökonomie verfallen und den Doppelcharakter der in der Ware enthaltenen Arbeit mit allen aus ihm folgenden Konsequenzen übersehen konnte, ist — darin stimmen wir vollkommen mit Franz Mehring überein — auch nach unserem Dafürhalten in dem tiefen Unterschiede, der zwischen Marx und Lassalle überhaupt besteht, in dem Unterschiede zwischen materialistischer und idealistischer Auffassung zu suchen. Während nämlich Marx als Materialist mit seiner ökonomischen Forschung nur das eine Ziel verfolgen konnte: die wahren inneren Gesetze des ökonomischen Lebens der Gesellschaft objektiv aufzudecken, ohne seine Forschung dadurch zu begrenzen, dass er sich irgendwelche subjektive idealistische Ziele stellte, war für Lassalle als Idealisten sein Ziel, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, von der allein er das Heil der Menschheit erwartete, im voraus gegeben und alle seine ökonomischen Lehren waren für ihn daher bloss das Reservoir, aus dem er die Argumente und die Mittel zur Verwirklichung dieses Ideals schöpfte.

Was Wunder daher, wenn Lassalle, statt wie Marx sein Ideal erst aus den objektiven Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft abzuleiten, diese wirtschaftlichen Gesetze selbst nicht selten seinem Ideal entsprechend sich gestalten liess oder, im besten Falle, diese Gesetze in ihrer Entwicklung nur so weit verfolgte, als es notwendig war, um aus ihnen die erwünschten Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Im Zusammenhange damit ist auch die Tatsache zu erklären, warum Lassalle, obwohl er in seiner Darstellung der Vergangenheit in ziemlich hohem Grade dem Materialismus huldigt, seinen Idealismus desto mehr hervorkehrt, je mehr er sich der Erforschung der Gegenwart und der Zukunft nähert. Je näher nämlich er sich der Verwirklichung seines Ideals dünkt, desto weniger fühlt er sich von dem langsamen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung befriedigt und desto mehr Zuflucht sucht er bei derjenigen Geschichtsauffassung, die dem Menschen die Möglichkeit zu gewähren scheint, künstlich in den Gang der Geschichte einzugreifen.

So kommt es, dass Lassalle zwar die Herrschaft des Adels und der Geistlichkeit im Mittelalter noch einzig und allein auf die „ökonomische, wirtschaftliche Beschaffenheit des Mittelalters“, auf den „Zustand seiner Produktion“ [1]) zurückführt und das Wachstum der Macht der bürgerlichen Klasse aus dem Fortschritte der Industrie erklärt, den er im Gegensatze zu den scheinbar revolutionären Bauernkriegen als die „wirklich und wahrhaft revolutionäre“ [2]) Bewegung bezeichnet und dementsprechend die Erfindung der Maschine als eine Revolution „an und für sich“ [3]) hinstellt, dass er aber diesen rein materialistischen Standpunkt verlässt, sobald er zur Darstellung derjenigen Geschichtsperiode gelangt, in der das Proletariat zur Macht emporsteigt.

Hier zeigt uns Lassalle nicht mehr den wirtschaftlichen Hintergrund dieser notwendigen Veränderung in den Machtverhältnissen der Klassen. Hier verfolgt er nicht mehr mit derselben Genauigkeit die Gesetze der ökonomischen Entwicklung, die mit ebensolcher Naturnotwendigkeit zum Aufstieg des Proletariats führen sollten, wie sie die Machtstellung des Adels und der Geistlichkeit im Mittelalter und der Bourgeoisie in der Neuzeit begründet haben.

Der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung schien Lassalle viel zu langsam, als dass er von den wirtschaftlichen Wandlungen der menschlichen Gesellschaft auch die Verwirklichung seines Zukunftsideals abhängig gemacht hätte. Und so suchte er denn nach einem neuen Faktor der Geschichtsbildung und fand ihn in der Gestalt einer abstrakten Idee — der des Staates.

---

[1]) „Arbeiterprogramm“, Lassalles Reden und Schriften. Band II, Seite 10.
[2]) Ebd., Seite 15.
[3]) Ebd., Seite 25.

Der Staat, der für Marx bloss der äussere politische Ausdruck der tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft und somit den letzteren untergeordnet war, wurde für Lassalle zu einem selbständigen, von der Gesellschaft unabhängigen, ja der Gesellschaft überlegenen Faktor der geschichtlichen Entwicklung.

Dem Staat schrieb er die Funktion zu, „das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen", „die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit"[1]) zu vollbringen, und diesen Staat machte er nunmehr zum Ausgangspunkt auch seines wirtschaftlichen Ideals, des Sozialismus.

Im Gegensatze zum feudalen und privilegierten bürgerlichen Staat, in dem die politische Vorherrschaft der höheren Klassen das Produkt ihrer ökonomischen Vorherrschaft in der Gesellschaft war, sollte der moderne, auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrechte aufgebaute Staat die politische Vorherrschaft der numerisch überlegenen Arbeiterklasse zum Ausgangspunkt ihrer wirtschaftlichen Befreiung machen.

Die Art und Weise, wie Lassalle sich die allmähliche Verwirklichung des Sozialismus durch den Staat dachte — durch Bildung von Produktivassoziationen der Arbeiter mit Staatskredit — ist nur allzu bekannt.

Lassalle verschmähte nicht die materialistische Forschungsmethode, er bediente sich ihrer, solange sie seinen Zwecken entsprach, er nahm aber keinen Anstand, ihr Adieu zu sagen, sobald sie ihm lästig erschien.

Und das ist das charakteristische Merkmal der ökonomischen Forschung Lassalles überhaupt. Sie diente ihm, wie wir erwähnt haben, bloss als Reservoir, aus dem er die Argumente und die Mittel für seine im voraus feststehenden Ideale schöpfte.

Dadurch war aber die ökonomische Forschung Lassalles von vornherein eng begrenzt und dies konnte auch auf seine Wertlehre nicht ohne Einfluss bleiben. Denn war für Marx seine Wertlehre ein Mittel zur Enträtselung der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, „ein Faden" — nach dem Ausdrucke Mehrings — „an dem sich die Wert- und Mehrwertbildung verfolgen liess, als ein welt-

[1]) Lasalles Reden und Schriften. Band II, Seite 46.

geschichtlicher Prozess, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzen muss", so sah Lassalle in ihr bloss eine ethische Begründung für die Notwendigkeit der Abschaffung des Privateigentums und der Einführung einer neuen auf Arbeit basierten Eigentumsform.

Von diesem engen Standpunkt ausgehend, konnte Lassalle für die Bedeutung und Tragweite der Marxschen Wertlehre selbstverständlich kein Verständnis haben. Damit diese Wertlehre als ethische Begründung für die Abschaffung des Privateigentums diene, genügt es, wenn Lassalle aus ihr bloss zwei Punkte herausgriff: erstens die Bezeichnung der Arbeit als einziger Quelle aller Werte, denn ist es die Arbeit allein, die Werte schafft, dann folgt daraus von selbst, dass nur die Arbeiter, die Arbeit leisten, also Werte schaffen, die Empfänger dieser Werte sein sollen; und zweitens die Definition der wertbildenden Arbeit als allgemein gesellschaftlicher Arbeit, denn aus dieser Definition der wertbildenden Arbeit liess sich mit noch grösserer Bestimmtheit die Notwendigkeit einer gemeinsamen Distribution ableiten.

Ist es die Verkörperung der allgemein gesellschaftlichen Arbeit, die den Wert der Waren ausmacht, dann müssen auch die Produkte dieser gesellschaftlichen Arbeit von Rechts wegen nicht von einzelnen Individuen monopolisiert, sondern gemeinsam an alle diejenigen verteilt werden, die zum Zustandekommen des Produktes beigetragen haben. Mit anderen Worten, der gesellschaftliche Charakter der heutigen Produktion verlangt auch eine gesellschaftliche Verteilung der Produkte unter die Produzenten. Jede andere Verteilung muss dem Rechtsbewusstsein der Menschen widersprechen.

„Die heutige gesellschaftliche Arbeit" — lesen wir bei Lassalle — „bildet ganz überwiegend nicht ein nebeneinander geschehendes Vorsichgehen selbständiger Tätigkeiten, sondern eine streng ineinander eingreifende gemeinschaftliche Vereinigung vieler zur Hervorbringung desselben Produktes."[1]) Während aber die Produktion jetzt schon „eine gemeinsame, kooperative ist, ist — und das ist einer der Grundwidersprüche der heutigen Gesellschaft — die Distribution (die Verteilung der erzeugten Produkte) keine gemeinsame, sondern eine individuelle, das heisst das Produkt geht nicht nur als Gegen-

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 59.

stand, sondern auch seinem Werte nach in das individuelle Eigentum des Unternehmers über, der es für seinen alleinigen Gewinn verwertet, sämtliche Arbeiter aber, die zum Zustandekommen des Produktes kooperiert haben", werden eines Teiles ihres Arbeitsvertrages verlustig und nach dem Lohngesetze ausgebeutet.

„Diese schon heute bestehende Gemeinsamkeit in der Produktion und dieser äusserste Individualismus in der Distribution" — setzt Lassalle unmittelbar fort — „das ist der tiefe Widerspruch, durch welchen von der heutigen menschlichen Gesellschaft ‚die Arbeit in Form und Art ihrer Verrichtung wesentlich bestimmt wird'[1]) und der bewirkt, dass die einen Menschen aus der ‚menschlichen Gesellschaft', der menschlichen Gemeinsamkeit, so viel, die anderen so wenig Nutzen empfangen."[2])

Dass ein solcher Zustand ungerecht ist und daher verändert werden muss, das kann, nach Lassalle, keinem Zweifel unterliegen. Worauf es ankommt, ist nur, die Ursache der Erscheinung, dass einzelne Individuen oder eine ganze Klasse die Macht besitzt, ein gesellschaftliches Produkt zu ihrem individuellen Eigentum zu machen, zu ergründen und ein entsprechendes Mittel zu ihrer Beseitigung zu finden.

Die nähere Untersuchung der Frage brachte nun Lassalle zur Ueberzeugung, dass als solche Ursache einzig und allein der Umstand anzusehen ist, dass die zur Produktion notwendigen Vorschüsse individuelles Eigentum der Kapitalistenklasse sind. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist es, das bewirkt, dass die zwar rechtlich freien, aber ökonomisch abhängigen Arbeiter gezwungen sind, ihren einzigen Besitz, ihre Arbeitskraft, an die Eigentümer des Kapitals zu verkaufen, und da nun der Verkauf der Ware Arbeitskraft auf dem Markt nicht anders vor sich geht als der Verkauf jeder anderen Ware — denn „dem Markt ist alles ganz gleich, was auf ihm verkauft wird.... Er hat nur Einen Massstab und nur Ein Gewissen: Die Nachfrage und die Zufuhr, deren Verhältnis sich in letzter Instanz durch die notwendigen Erzeugungskosten bestimmt"[3]) — so erhalten

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 59.
[2]) Ebd., Seite 61 und 62.
[3]) Ebd., Seite 196.

die Arbeiter für ihre Ware, die Arbeitskraft, nicht mehr als die zur Erzeugung dieser Ware notwendigen Kosten oder mit anderen Worten, die volksüblich notwendigen Lebensunterhaltskosten. Jeder Ueberschuss des Arbeitsertrages über diese volksüblich notwendigen Unterhaltskosten fliesst in die Taschen der Kapitalistenklasse und bildet für sie den sogenannten Kapitalprofit. Der Kapitalprofit ist somit nichts anderes als ein „Abzug vom Arbeitsertrag des Arbeiters",[1]) der nur dadurch möglich ist, dass sich die Produktionsvorschüsse in den Händen einzelner Individuen befinden. Würden die Produktionsvorschüsse den Arbeitern ohne weiteres zur Verfügung stehen, sie könnten nicht gezwungen werden, einen Teil ihres Arbeitsertrages der Unternehmerklasse abzutreten.

Die Trennung des Arbeiters von seinem Arbeitsinstrumente ist es also, was bewirkt, dass sich ein gesellschaftlicher Eigentumszustand herausbildet, in dem „jeder nur das sein nennt, was nicht Produkt seiner Arbeit ist". [2])

Und nicht nur zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse, sondern auch innerhalb der Kapitalistenklasse selbst herrscht heute eine anarchische, durch reinen Zufall sich bestimmende Verteilung des Eigentums.

„Durch jedes Ereignis in der Türkei und in Mexiko, durch Krieg und Frieden, nicht bloss durch Krieg und Frieden, ach nein! durch jede ‚öffentliche Meinung', die sich verbreitet, durch jedes Journalistengeschwätz und jede verlogene Depesche, durch jede Anleihe in Paris oder London, durch die Getreideernten am Mississippi und die Goldminen in Australien — kurz, durch jedes objektive Ereignis, durch lauter rein objektive Bewegungen der Gesellschaft als solcher, sei es auf politischem, finanziellem, merkantilem Gebiet etc., wird täglich auf der Börse das Mein und Dein der Individuen bestimmt und festgestellt."[3])

Und der Grund dieser Erscheinung? Der ist nach Lassalle ebenfalls nur darin zu suchen, dass, während das ökonomische Gebiet „das Gebiet der gesellschaftlichen Zusammenhänge, also das Gebiet der Solidarität oder Gemein-

---

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 138.

[2]) Ebd., Seite 216.

[3]) Ebd., Seite 217 und 218.

samkeit"[1]) ist, die Folgen dieser Gemeinsamkeit nicht von der Gesamtheit aller, sondern vom einzelnen Individuum getragen werden müssen. Die Folge davon ist natürlich, „dass auch innerhalb des Kapitalistenkreises selbst jeder verantworten muss, was er nicht getan hat; dass ein zum blossen Glücksspiel gewordener Produktionszustand mit Menschen wie Kapitalisten Ball spielt",[2]) und zwar um so mehr, je weniger die Arbeit auf Produktion von Nutzwerten zum eigenen Gebrauch und je mehr sie auf Produktion gesellschaftlichen Tauschwertes gerichtet ist. In der kapitalistischen Gesellschaft aber, in der das Hauptmerkmal der Produktion eben darin besteht, dass sie fast ausschliesslich Produktion von Tauschwerten ist, gilt nur das eine Prinzip: „Eigentum ist Fremdtum."[3])

Will man nun das Walten dieses Prinzips: „Eigentum ist Fremdtum" autheben und tatsächlich „individuelles Eigentum, auf die Arbeit gegründetes Eigentum",[4]) einführen, dann muss man, nachdem die Ursache dieses Eigentumszustandes einmal erkannt ist, sie auch zu beseitigen trachten. Das Mittel hierzu ergibt sich schon von selbst.

„Teilung der Arbeit ist bereits an sich gemeinsame Arbeit, gesellschaftliche Verbindung der Produktion. Dies, was sie an sich bereits ist, braucht nur an ihr gesetzt zu werden. Es ist also nur erforderlich, in der gesamten Produktion die individuellen Produktionsvorschüsse — aus welchen die . . . Ueberlassung des Produktionsertrages an den Unternehmer und die Abführung alles Produktionsüberschusses über den Lebensunterhalt an ihn folgt — aufzuheben und die ohnehin gemeinsame Arbeit der Gesellschaft auch mit den gemeinsamen Vorschüssen derselben zu betreiben und den Ertrag der Produktion an alle, die zu ihr beigetragen haben, nach Massgabe dieser ihrer Leistung zu verteilen."[5])

Als Uebergangsmittel dazu, und zwar als „das leichteste und mildeste Uebergangsmittel" sollten nun, nach Lassalle, „die Produktivassoziationen der Arbeiter mit Staats-

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 42.
[2]) Ebd., Seite 216.
[3]) Ebd., Seite 217.
[4]) Ebd., Seite 218.
[5]) Ebd., Seite 219 und 220.

kredit" dienen.[1]) Sie sollten bewirken, wenn schon nicht das „einmal entstandene Kapitaleigentum", so doch wenigstens „das noch ungewordene Eigentum der Zukunft durch eine andere Gestaltung der Produktion zum Arbeitseigentum zu gestalten".[2])

In dieser Weise wies Lassalle nach, dass und warum der bestehende Verteilungsmodus der Produkte ein ungerechter sei, warum an seiner statt eine gesellschaftliche Verteilung der Produkte treten müsste, und endlich wies er auch auf das Mittel hin, wodurch die alte Verteilungsweise abgeschafft und die neue eingeführt werden könnte. Und als Grundlage aller dieser wichtigen, ja für Lassalle selbst vielleicht wichtigsten Ausführungen diente ihm, wie wir gesehen haben, die Berufung auf den gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktion wie der die Waren produzierenden Arbeit. Und nun ist es klar, warum Lassalle die Marxsche Definition der wertbildenden Arbeit als allgemein gesellschaftlicher Arbeit so sehr zusagte, trotzdem er sich nicht ganz klar darüber war, welchen Inhalt Marx in sie legte. Diese Definition der wertbildenden Arbeit leistete nämlich Lassalle dieselben Dienste, gleichgültig, ob nun unter dieser Arbeit abstrakt menschliche oder reale Arbeit zu verstehen sei, ob der Doppelcharakter der Arbeit berücksichtigt wird oder nicht u. s. w. Alle diese Fragen konnten nur für den Materialisten Marx, für den seine Wertlehre nur die Grundlage für ein ganzes kompliziertes ökonomisches Gebäude war, von Wichtigkeit sein, nicht aber für Lassalle, der in seiner Wertlehre nichts anderes sah als die ethische Begründung der Abschaffung des Privateigentums. Denn als solche ethische Begründung konnte ihm die Marxsche Definition des Wertes als Verkörperung allgemein gesellschaftlicher Arbeit dienen, ohne Rücksicht darauf, ob er diesen Begriff der gesellschaftlichen Arbeit im Marxschen oder in irgend einem anderen Sinne aufgefasst hat. Für ihn kam tatsächlich nur die Form, nicht aber der Inhalt der Wertdefinition in Betracht.

Die idealistische Weltauffassung im allgemeinen und die idealistische Auffassung der Werttheorie im besonderen waren es in der Tat, was Lassalle hinderte, die Marxsche Wertlehre in ihrem ganzen Umfange zu erfassen.

---

[1]) Lassalles Reden und Schriften. Band III, Seite 220.
[2]) Ebd., Seite 219.

Dieselbe Denkweise, in der des Redners unvergleichliches Pathos, des Politikers Kraft und Schwung, der Persönlichkeit historische Eigenart wurzelt, ward dem Forscher zum Verhängnis. Auch in Lassalles ökonomischen Irrtümern birgt sich noch die Grösse seiner Persönlichkeit: die einheitliche Geschlossenheit seiner philosophischen Denkweise, die kraftvolle Begeisterung für sein grosses Kampfesziel, die grosse Leidenschaft, mit der er sein Leben seinem Ideal geweiht.







